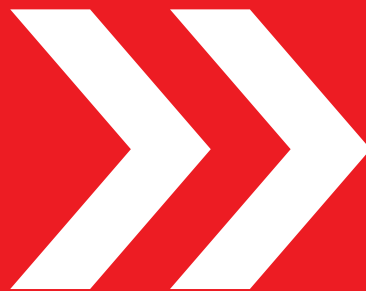


BESCHLÜSSE

**ORDENTLICHER
BUNDESPARTEITAG
DER SPD**



**27. — 29.
JUNI 2025
IN BERLIN**

Inhalte

Mitglieder der Antragskommission	3
Antragsbereiche	4
L - Leitantrag PV.....	4
A - Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik.....	13
Ar - Arbeit und Beschäftigung.....	46
B - Bildung, Wissenschaft, Jugend.....	84
D - Digitales, Demokratie, Medien, Kultur, Weltanschauung.....	99
EU - Europapolitik	122
F - Familien-, Frauen-, Gleichstellungs-, Generations- und Seniorenpolitik.....	127
G - Gesundheit, Pflege	148
I - Inneres, Recht und Verwaltung	196
K - Klima, Energie, Transformation	229
M - Migration, Flucht, Integration	253
S - Soziales & Rente	282
St - Stadtentwicklung, Mieten, Bauen, Wohnen, Kommunales	309
StFi - Steuern und Finanzen	331
U - Umwelt, Ernährung, Landwirtschaft, Natur-, Arten & Verbraucherschutz.....	375
W - Wirtschaft	390
V - Verkehr	396
Th - Themenübergreifende	435
O - Organisationspolitik	443
StÄ - Statutenänderungen	511
Ini - Initiativanträge	527
Impressum	573

MITGLIEDER DER ANTRAGSKOMMISSION

Vorsitzende:	Anke Rehlinger
Stimmberechtigte Mitglieder des Parteivorstands:	
	Katarina Barley
	Sabine Bätzing-Lichtenthäler
	Kaweh Mansoori
	Bettina Martin
	Dietmar Nietan
	Achim Post
	Andreas Stoch
Von den Bezirken/Landesverbänden benannte Mitglieder:	
LV Schleswig-Holstein	Maybrit Venzke
LV Mecklenburg-Vorpommern	Johannes Barsch
LO Hamburg	Mihat Capar
LO Bremen	Anke Kozlowski
BZ Nord-Niedersachsen	Dörte Liebetruth
BZ Weser-Ems	Siemtje Möller
BZ Hannover	Barbara Fahncke
BZ Braunschweig	Annett Eine
LV Sachsen-Anhalt	Susi Möbbeck
LV Brandenburg	Kurt Fischer
LV Berlin	Ina Czyborra
LV Nordrhein-Westfalen	Oliver Kaczmarek
BZ Hessen-Nord	Timon Gremmels
BZ Hessen-Süd	Dagmar Schmidt
LV Thüringen	Oleg Shevchenko
LV Sachsen	Matthias Ecke
LV Saar	Esra Limbacher
LV Rheinland-Pfalz	Tanja Machalet
LV Baden-Württemberg	René Repasi
LV Bayern	Sebastian Roloff

Antrag L01: Veränderung beginnt mit uns.

Antragsteller*in:	SPD Parteivorstand
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung Antragskommission:	Annahme in geänderter Fassung
Auf diesen Antrag verweisende Anträge:	O02, O03, O04, O05, O06, O07, O09
Sachgebiet:	L - Leitantrag PV

1. Verortung

Die Bundestagswahl 2025 war ein historischer Einschnitt. Mit nur 16,4 Prozent der Stimmen hat die SPD ihr schlechtestes Wahlergebnis seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland erzielt. Diese schmerzhafteste Niederlage ist nicht allein das Ergebnis kurzfristiger Versäumnisse unseres Wahlkampfes oder der Konflikte innerhalb einer Regierungskoalition, sondern Ausdruck eines seit langem wirkenden Trends: Die SPD hat substanziell Rückhalt und Vertrauen verloren – inhaltlich, organisatorisch und kommunikativ. Die Sozialdemokratie wird von zu wenigen Menschen in unserem Land als politische Kraft mit Zukunftsversprechen wahrgenommen, die Sicherheit im Wandel bietet.

Neben einer klaren Arbeitnehmerorientierung gehört der Einsatz für eine moderne Gesellschaftspolitik, für Gleichstellung, für Zusammenhalt in Vielfalt und gelingende Inklusion zum Kern der SPD. Und doch: Der Vertrauensverlust ist tief und betrifft die Partei insgesamt. Die Ursachen reichen von fehlender strategischer Klarheit bis hin zu mangelnder Präsenz in den Lebenswelten vieler Menschen. Gerade Arbeitnehmer*innen, junge Menschen und von sozialer Verunsicherung betroffene Gruppen haben sich spürbar von uns abgewandt.

Progressive Politik, die auf gleichen Respekt für alle Menschen und auf die gerechte Verteilung von Chancen, Einkommen und Vermögen abzielt, traf in allen Zeiten und trifft auch heute auf den erbitterten Widerstand organisierter Kapitalinteressen – nicht nur in Deutschland, sondern international. Dabei sind alte fossile und neue digitale Akteure besser vernetzt als jemals zuvor. Ihre Versuche progressive Errungenschaften zurückzudrängen und politische Deutungshoheit zu gewinnen, sind in den vergangenen Jahren ausgefeilter und wirksamer geworden. Sie wehren sich gegen Regulierung, Kontrolle und Besteuerung. Sie nutzen die fundamentalen Umbrüche in einer sich verändernden Welt, um gesellschaftliche Abstiegsängste gezielt zu adressieren und als politisches Kapital für sich und ihre Interessen zu nutzen. Sie bekämpfen eine humane Migrationspolitik, eine gerechte globale Steuerpolitik, eine solidarische internationale Politik, sie wehren sich gegen Klimaschutz und gegen einen handlungsfähigen, partizipativen und aktiven Sozialstaat. Sie diskreditieren progressive Politiker*innen und nehmen zumindest billigend in Kauf, dass antidemokratische Kräfte an Zustimmung gewinnen.

Die Gründe für unsere Wahlniederlage sind vielfältig: Es ist ein ganzes Bündel aus

strukturellen langfristigen Entwicklungen in Wähler*innenschaft, Parteiensystem und zugleich enttäuschte Erwartungen an die Handlungs- und Gestaltungsfähigkeit der abgewählten Bundesregierung, welche weder kommunikativ noch politisch den Puls der Zeit getroffen hat. Und auch wenn uns akute externe Faktoren, wie die wirtschaftlichen und sozialen Umwälzungen nach der Coronapandemie, die Folgen des Ukrainekrieges, die hohe Inflation sowie ein verändertes, zunehmend unberechenbares politisches Umfeld besonders herausgefordert haben, ist der Vertrauensverlust in weiten Teilen hausgemacht.

Die historische Aufgabe der Sozialdemokratie ist es, die Partei der Arbeit zu sein. Viel zu häufig haben wir es in der Vergangenheit geschehen lassen, dass Neoliberale und Konservative die Interessen derjenigen, die von Lohnarbeit leben, und derjenigen, die auf einen starken, solidarischen Sozialstaat angewiesen sind, gegeneinander ausspielen. Diejenigen, die ihren Lebensunterhalt mit ihrer Lohnarbeit bestreiten, und diejenigen, die das nicht können, sondern vom Sozialstaat aufgefangen werden, sind nicht so gegensätzlich, wie es in der öffentlichen Debatte immer wieder dargestellt wird. Beide Gruppen eint mehr, als sie trennt und wir wollen ihr Vertrauen zurückgewinnen, dass ihre Interessen von der SPD gleichermaßen vertreten werden. Die Sozialdemokratie hat die Interessen der arbeitenden Menschen ebenso wie gesellschaftliche Solidarität zu organisieren. Es muss uns wieder gelingen, den Sozialstaat in der breiten gesellschaftlichen Wahrnehmung als eine zentrale historische Errungenschaft zur Förderung von sozialer Gerechtigkeit und zur Verringerung sozialer Ungleichheit zu verankern. Der Sozialstaat bedroht nicht diejenigen, die von Lohnarbeit leben, sondern macht sie unabhängiger von Ausbeutungsverhältnissen, denen sie andernfalls schutzlos ausgeliefert wären.

Unsere politische Kommunikation war oft zu komplex, hat die Gefühle und Lebenslagen der Menschen nicht erreicht und wurde zu oft als PR verstanden – nicht als Dialog. Organisation und Parteikultur blieben hinter unseren eigenen Ansprüchen zurück.

Wichtige Strategien und Programme, die auf eine Bearbeitung und Gestaltung der Transformation gesetzt haben – und die es beispielsweise mit dem Netzausbau, der Fachkräftesicherung oder der Planungsbeschleunigung gab – wurden zu spät oder zu selten spürbar. Aber auch diese Antwort klingt, wie unsere Antworten seit Jahren klingen. Wir sagen diese Worte aus Überzeugung - aber ob unsere Programme und Strategien von den Wähler*innen auch als richtig und wichtig angesehen werden, ob überzeugt, was wir tun, um die Herausforderungen unserer Zeit gut zu bewältigen, daran müssen wir nach unserem Wahlergebnis Zweifel haben.

Wir werden uns fragen, an welchen Punkten wir in der Vergangenheit mit unserem Handeln in Bundesregierungen Kompromisse eingegangen sind, die den inhaltlichen Grundwerten der Partei entgegenstanden und Wähler*innen enttäuscht haben und inwiefern das zum Verlust eines klar erkennbaren Profils der Sozialdemokratie beigetragen hat. Neoliberale Angriffe auf soziale Errungenschaften gilt es genauso wie Angriffe auf grundlegende Menschenrechte abzuwehren. Zu häufig haben wir zu weitgehende Kompromisse entgegen unserer Überzeugungen mitgetragen oder es ist uns

nicht gelungen, die grundsätzliche Haltung der SPD neben schwierigen Regierungskompromissen deutlich zu machen. Kompromisse sind in der parlamentarischen Demokratie notwendig, das darüber hinaus gehende eigenständige Profil der Sozialdemokratie muss aber stets erkennbar sein.

Wir wollen die Ursachen verstehen, bevor wir Schlussfolgerungen ziehen. Die Ursachen, warum wir es nicht schaffen zu überzeugen, warum wir nicht begeistern, warum wir die immergleichen Sätze formulieren. Ein „Weiter so“ kann und darf es nicht geben. In einer Kommission aus externen Expert*innen sowie Mitgliedern der Grundwertekommission und Mitgliedern des Parteivorstands haben wir deshalb einen Prozess gestartet, um die Ursachen für unseren Vertrauensverlust zu analysieren, und schlagen dem Parteitag hiermit einen konkreten Weg vor, um gemeinsam zu neuer Stärke zu finden und Vertrauen zurückzugewinnen.

Wir begreifen diese Krise als Wendepunkt. Wir wollen neu beginnen: mit einer klaren Vision, einer freien, gerechten und solidarischen Gesellschaft, mit organisatorischer Erneuerung und mit einer zugewandten und offenen Kommunikation auf Augenhöhe.

2. Programmatistische Orientierung

Unsere erste Antwort auf den Vertrauensverlust ist ein entschiedener Schritt weg vom kleinteiligen, zielgruppenspezifischen Politikangebot hin zu einem umfassenden Politikansatz mit einer sozialdemokratischen Vision, die als roter Faden unterschiedliche Lebenswelten verbindet. Sie übervorteilt niemanden und nimmt dabei immer auch jene in den Blick, die am stärksten auf unsere Solidarität angewiesen sind. Wir verteidigen nicht den Status quo, sondern wir gestalten den Wandel aktiv – gemeinsam mit den Bürger*innen. Unser Anspruch ist die Entwicklung eines überzeugenden sozialdemokratischen Gesellschaftsentwurfes, der Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität im 21. Jahrhundert neu definiert. Wir betrachten es als unseren Auftrag, die materielle Ungleichheit im Land nicht nur in Konzepten zu bekämpfen, sondern in Regierungsverantwortung im politischen Handeln zu reduzieren. Sagen, was ist, mit dem Anspruch, die Verhältnisse im Sinne einer gerechten Gesellschaft zu ändern.

Mit diesem Parteitag starten wir einen offenen, breit angelegten Prozess zur Erarbeitung unseres neuen Grundsatzprogramms. Dem Parteitag 2027 werden wir einen Programmentwurf vorlegen, der auf unseren zentralen Werten, Überzeugungen und politischen Leitlinien aufbaut. Er soll ein starkes Fundament für unsere tägliche Arbeit schaffen, übergeordnete Orientierung geben – nach innen wie außen – und neues Vertrauen schaffen. Die SPD soll mit ihrem Fortschrittsversprechen als treibende Kraft für eine freie, gerechte, solidarische und nachhaltige Zukunft erkennbar sein.

Die programmatistische Arbeit wird sich nicht in der konstruktiven Begleitung von Regierungspolitik erschöpfen. Die SPD arbeitet verlässlich in einer Regierungskoalition entsprechend den Vereinbarungen des Koalitionsvertrages. Ein solcher Vertrag ist aber immer ein demokratisch notwendiger Kompromiss. Zugleich muss die SPD auch ihr eigenes programmatistisches Profil weiterentwickeln und deutlich

117 machen, welche politischen Alternativen mit einer wieder erstarkten Sozialdemokratie
118 möglich werden. Dafür müssen wir uns mit Widersprüchen auseinandersetzen und
119 Spannungen aushalten. Denn in zentralen Themenbereichen erwarten die Bürger*innen
120 positive Veränderungen – vertrauen aber nicht mehr darauf, dass wir das hinbekommen.
121 Für uns ist das eine bittere Erkenntnis, der wir mit Respekt begegnen und zugleich
122 entschlossen sind, das Gegenteil zu beweisen.

123 Inmitten globaler Umbrüche, technologischer Sprünge, wachsender Unsicherheit und
124 spürbarer Ungleichheiten wächst das dringende Bedürfnis nach Orientierung,
125 Zusammenhalt und Gerechtigkeit. Viele Menschen erleben Fortschritt als etwas, das an
126 ihnen vorbeizieht – während sich andere mit dem Gefühl konfrontiert sehen, dass das
127 Erreichte zunehmend infrage steht. Die SPD ist mit dem Anspruch gegründet worden,
128 Verhältnisse zu überwinden, die auf der Ausbeutung der Arbeiterinnen und Arbeiter
129 beruhen, und stattdessen eine wirklich menschliche Gesellschaft zu verwirklichen, die
130 frei ist von Ausbeutung und Diskriminierung. Als linke Volkspartei haben wir viele
131 Erfolge im Kampf für die Rechte der Arbeiter*innen, die Demokratisierung der
132 Gesellschaft und die Gleichstellung von Frauen und Männern erzielt. Trotzdem
133 existieren Ausbeutung und Diskriminierung in unserer Gesellschaft fort und
134 insbesondere die Ungleichheit nimmt in den letzten Jahrzehnten immer weiter zu. Die
135 Sozialdemokratie muss, um ihren Anspruch als führende politische Kraft einer linken
136 gesellschaftlichen Bewegung zu untermauern, eine klare Vision anbieten, wie es uns
137 gelingt, Freiheit und Gleichheit für alle Menschen konkret zu verwirklichen. Dieses
138 Gesellschaftsbild muss mehr umfassen als einzelne politische Maßnahmen. Es gilt,
139 insbesondere das Vertrauen der Vielen zurückzugewinnen, die in ihrem Leben häufig
140 Enttäuschungen und Rückschläge - auch in Bezug auf die SPD - erlebt haben, die nicht
141 an sich selbst, aber den ungerechten Verhältnissen der Gesellschaft gescheitert sind.
142 Die Sozialdemokratie muss als linke Volkspartei wahrgenommen werden, als die
143 politische Kraft, die sich zusammen mit all diesen Menschen für ein selbstbestimmtes
144 Leben für Alle einsetzt. Wir spüren: Das Versprechen von sozialem Aufstieg,
145 Sicherheit und Teilhabe trägt nicht für alle. Der Wandel der Arbeitswelt, die
146 Klimakrise, zunehmende internationale Konflikte, eine alternde Gesellschaft und die
147 digitale Transformation werfen grundlegende Fragen auf:

148 Wie sichern wir sozialen Zusammenhalt? Was führt uns zusammen – zwischen Alt und
149 Jung, zwischen den Geschlechtern, Ost und West, Stadt und Land, mit und ohne
150 Migrationsgeschichte, mit und ohne Behinderung, in queeren und anderen vielfältigen
151 Lebensrealitäten? Was ist unser wirtschaftliches Versprechen im Wandel? Wie nehmen
152 wir alle mit beim Schutz unseres Klimas? Was ist Arbeit wert, wenn nur noch Vermögen
153 zählt und Bildung zum Aufstieg nicht mehr reicht? Wie verringern wir effektiv die
154 Ungleichheit im Land? Wie gelingt gerechte Teilhabe? Was verhindert echte
155 Gleichstellung? Wer schützt unsere Demokratie? Wer steht auf, wenn andere schweigen?
156 Wie machen wir aus Vielfalt Zusammenhalt - und aus Inklusion echte Teilhabe? Was
157 bedeutet uns Europa in einer Welt im Umbruch? Wie verteidigen wir Frieden, Freiheit
158 und unsere Werte?

159 Mit diesem Grundsatzprogramm-Prozess suchen wir Antworten auf diese drängenden

Fragen. Was unsere Gesellschaft zusammenhält, ist nicht selbstverständlich. Wenn wir den Mut haben, neu zu denken, zu handeln und zu überzeugen, werden wir zu neuer Stärke finden. Nicht rückwärtsgewandt, sondern mit dem Blick nach vorn. Es geht um nicht weniger als die Frage, wie wir das Versprechen sozialer Demokratie erneuern – für unsere Zeit und für die, die nach uns kommen.

3. Organisationspolitik konsequent umsetzen

Die Erneuerung der Partei steht und fällt mit unserer Organisation und Kultur. Wir wollen eine Partei sein, die glaubwürdig das lebt, was sie nach außen verspricht: Demokratische Mitbestimmung, transparente Entscheidungs- und Diskussionsprozesse und eine Kultur der Wertschätzung sind dafür Grundvoraussetzungen.

Mit dem organisationspolitischen Leitantrag O1 hat der letzte ordentliche Bundesparteitag im Dezember 2023 konkrete und präzise Vorgaben hinsichtlich der Ziele und Schritte einer organisationspolitischen Erneuerung beschlossen. Diesen Weg werden wir konsequent weitergehen und beschleunigen.

Auf Grundlage des Wahlergebnisses hat der Parteivorstand einen eigenen Antrag erarbeitet, der dem Parteitag zur Beratung vorliegt. Der Parteivorstand wird beauftragt, eine Arbeitsstruktur zu entwickeln, in der die Umsetzung gemeinsam mit den Landesverbänden und Bezirken gesteuert wird – um so auch regionalspezifische Strategien zu ermöglichen.

Die Art und Weise, wie wir zuhören, auftreten und gemeinsam an der Zukunft arbeiten, ist kein Mittel zum Zweck – sie ist bereits Ausdruck unserer neuen politischen Kultur. Echte Erneuerung beginnt nicht mit einer Umfrage, sondern mit einem Besuch. Nicht mit einem Leitantrag, sondern mit einem offenen Ohr in der Mittagspause einer Pflegekraft, am Tisch einer Dorfgemeinschaft, in der Halle eines mittelständischen Betriebs. Sie beginnt dort, wo gemeinsam Resonanz erlebt wird, Widerspruch ausgehalten, Vertrauen gewagt und Zugehörigkeit neu verhandelt wird.

Als Beteiligungspartei wissen wir: Politische Konzepte entstehen nicht isoliert in Parteigremien, sondern werden gemeinsam aus den Erfahrungen und Bedürfnissen der Menschen vor Ort heraus entwickelt.

Funktionierende Ortsvereine sind das Rückgrat unserer Parteiorganisation. Gerade in Zeiten zunehmender Individualisierung sind Kommunen entscheidende Orte demokratischer Teilhabe – sie stiften Gemeinschaft, ermöglichen Identifikation und machen Politik konkret erfahrbar. Hier entsteht die Wirksamkeit sozialdemokratischer Politik. Wir dürfen jedoch die ehrenamtliche Parteiorganisation nicht überfordern. Sinkende Mitgliederzahlen und nicht vorhandene Mitglieder in vielen Dörfern setzen dem Gestaltungswillen und der Wirksamkeit unserer Ortsvereine vor Ort – gerade in Ostdeutschland – klare Grenzen. Deshalb müssen die Unterbezirke und Gemeindeverbände einer neuen größeren Verantwortung gerecht werden. Sie müssen niederschwellige Angebote machen, um mit den Menschen vor Ort ins Gespräch zu kommen. Sie müssen mit Abgeordneten aller Ebenen und den Fraktionen in den Kreistagen Netzwerke organisieren, die den Input der Bürger*innen verarbeiten und in politische Prozesse

201 einspeisen können.

202 Um den veränderten Rahmenbedingungen gerecht zu werden, braucht es eine zeitgemäße
203 Idee von unseren Ortsvereinen. Wir müssen gemeinsam beantworten: Was macht einen
204 aktiven Ortsverein heute aus? Welche organisatorischen Aufgaben braucht es
205 tatsächlich vor Ort – und welche können gebündelt oder auf höheren Ebenen verankert
206 werden? Ein moderner Ortsverein soll nicht vorrangig Verwaltungseinheit sein, sondern
207 ein Ort des politischen Gesprächs, der Begegnung, der Gemeinschaft und der
208 gemeinsamen Gestaltung. Dazu braucht es klare Unterstützung: Kreisverbände,
209 Unterbezirke und Landesverbände sollen gezielt entlastende Strukturen schaffen – etwa
210 durch Serviceangebote, mobile Organisationshilfen und digitale Tools. Wir wollen ein
211 Vereinsleben ermöglichen, das politisches Engagement fördert, Menschen ermutigt und
212 einlädt. Empowerment, Austausch und Freude an der gemeinsamen Sache müssen im
213 Mittelpunkt stehen. Die Arbeitsgemeinschaften werden eng an den Parteivorstand
214 angebunden und in ihrem Wirken gestärkt.

215 Der Kern unserer Beteiligung am Grundsatzprogramm liegt in der direkten, persönlichen
216 Kommunikation: im Zuhören, im gemeinsamen Nachdenken über politische Notwendigkeiten
217 und konkrete Herausforderungen – und im Mitwirken an Lösungen. Dieser Prozess
218 entspringt dem Lokalen und der Community. Er verbindet programmatische Erneuerung mit
219 einer Stärkung unserer Basis und der SPD als Bewegungspartei – im Netz, stark vor
220 Ort, offen für Allianzen mit Gewerkschaften, Verbänden und der Zivilgesellschaft.

221 Wir müssen vor diesem Hintergrund weiter an unserem organischen und intellektuellen
222 Umfeld arbeiten, uns für kulturelle und wissenschaftliche Diskurse öffnen, wie es in
223 Ansätzen in der makroökonomischen Community von Wissenschaft und Journalismus
224 gelungen ist. Das ist eine Herausforderung auf allen Organisationsebenen in das
225 Netzwerk mit NGOs, Zivilgesellschaft und Gewerkschaften zu investieren, welches
226 brüchig geworden ist. Wir wollen Instrumente entwickeln, um gewerkschaftlich
227 organisierte Arbeitnehmer*innen und Kommunalpolitiker*innen stärker einzubinden und
228 die Verankerung der Partei in den Betrieben und Unternehmen sowie in der Fläche zu
229 stärken. Dies ermöglicht es uns, unsere Politik näher an den Lebensrealitäten der
230 Bürger*innen auszurichten. Die programmatische Weiterentwicklung erschöpft sich nicht
231 in Grundsatzprogrammen, sondern ist eine ständige Aufgabe.

232 Immer wieder schaffen es starke Kandidat*innen aus unseren Reihen bei Europa-,
233 Bundes-, Landtags- oder Kommunalwahlen starke Netzwerke zu bilden, echte Beteiligung
234 zu ermöglichen, ein stabiles Umfeld vor Ort zu entwickeln und damit erfolgreiche
235 sozialdemokratische Politik zu machen. Wir wollen diese Erfolge stärker in den
236 Blickpunkt nehmen und analysieren, durch welche Faktoren und Maßnahmen diese Erfolge
237 möglich werden.

238 **4. Kommunikation neu denken**

239 Unsere Zeit ist geprägt von tiefgreifenden Veränderungen, von Unsicherheiten – aber
240 auch von neuen Chancen. Inmitten dieser Umbrüche steht unsere politische
241 Kommunikation vor einer entscheidenden Aufgabe: Sie muss Orientierung geben,

242 Vertrauen schaffen und aktiv einbinden.

243 Um als politische Kraft relevant zu bleiben, dürfen wir nicht nur senden – wir müssen
244 zuhören und in den Dialog auf Augenhöhe treten. An den Orten, an denen Kommunikation
245 stattfindet: im digitalen Raum ebenso wie im direkten Gespräch.

246 Unsere Sprache muss klar und verständlich sein. Wir dürfen uns nicht hinter Floskeln
247 verstecken, sondern müssen aufrichtig und transparent kommunizieren. Offene,
248 zugewandte und authentische Kommunikation ist die Grundlage für gegenseitige
249 Wertschätzung.

250 Denn: Politik beginnt mit dem Wort – und das Wort prägt das Bild, das Menschen von
251 uns haben. Unsere Kommunikation soll nicht Spiegelstriche aufzählen, sondern in
252 begreiflichen Zukunftsbildern sprechen. Es geht um alltagstaugliche Begriffe und
253 emotionale Ansprachen, die unsere Politik für Menschen nachvollziehbar macht und
254 motiviert. Die geistigen Quellen unserer Geschichte – Gerechtigkeit, Solidarität,
255 Freiheit – sind dabei nicht Vergangenheit, sondern lebendige Grundlagen für eine
256 zukunftsgerichtete und glaubwürdige Kommunikation. Wer Orientierung geben will, muss
257 Haltung zeigen und sie nach außen tragen – durch wertorientierte Kommunikation.

258 Unsere Sprache wird künftig nicht nur von Menschen gestaltet, sondern zunehmend auch
259 von Werkzeugen wie Text-KI, automatischer Übersetzung und von generativer Bildsprache
260 unterstützt. Um glaubwürdig zu bleiben, brauchen wir klare Richtlinien für den
261 Einsatz dieser Technologien – mit einem Verzicht auf synthetische Irreführung und
262 einem Bekenntnis zu Transparenz bei KI-generierten Inhalten.

263 Dafür braucht es auch eine eng abgestimmte, strategische Zusammenarbeit zwischen
264 Regierung, Fraktion und Partei. Dabei darf die Kommunikation der Partei sich nicht
265 einseitig am Begleiten des Regierungshandelns orientieren, sondern muss gleichermaßen
266 eine eigenständige Parteilinie vermitteln. Klarheit und Einheitlichkeit bei den
267 Botschaften erhöht die Durchschlagskraft – besonders im digitalen Raum, wo viele
268 Stimmen gleichzeitig um Aufmerksamkeit ringen. Klare Rollen und gemeinsam abgestimmte
269 Ziele machen politische Kommunikation nachvollziehbar und wirksam. Unsere
270 Kommunikation muss dann beides verbinden: konkrete politische Erfolge sichtbar machen
271 und unsere Ziele erkennbar im Fokus behalten.

272 Starke Kommunikation ist keine Einbahnstraße. Die besten Ideen entstehen im
273 Miteinander. Unsere Mitglieder sind nicht nur Adressat*innen – sie sind
274 Mitgestalter*innen politischer Kommunikation. Wir wollen Kompetenzen
275 parteiübergreifend erkennen, fördern und aktivieren. Co-Kreation soll keine
276 bedarfsorientierte Ausnahme sein, sondern gelebte Praxis. Denn was wirklich gebraucht
277 wird, entsteht im Dialog – durch Beteiligung.

278 Weil unsere Mitglieder unsere wichtigsten Kommunikator*innen sind, wird die
279 Parteischule noch gezielter in dezentrale Schulungen investieren, damit alle, die
280 wollen, mit klarer Haltung, guten Werkzeugen und fundiertem Wissen öffentlich
281 auftreten können – egal ob im Netz, im Betrieb oder in der Nachbarschaft.

282 Wir müssen ergebnisoffen diskutieren, wie in diesem Zusammenhang der Vorwärts, der

283 viele Jahrzehnte unseren Mitgliedern mit Hintergrundinformationen und Argumenten
284 geholfen hat, politische Debatten zu bestehen, so zukunftsweisend neu aufgestellt
285 werden kann, damit er unseren vielen Kommunikator*innen als Plattform „von Programm
286 und Pixeln“ dienen kann.

287 Der digitale Wandel verändert die Logik, wo und wie gesellschaftliche Debatten
288 geführt werden. Manche Themen finden neue Räume, andere werden verdrängt und
289 verschwinden. Plattformen, Formate und Kommunikationskanäle verändern sich ständig.
290 Deshalb müssen wir unsere digitale Kommunikation gezielt ausbauen und unsere Präsenz
291 in den sozialen Medien stärken – vom Ortsverein bis zu bundesweiten Kampagnen. Durch
292 den Ausbau unserer agilen Netzwerke wollen wir unsere Reichweite multiplizieren, um
293 es wieder zu schaffen, eigene Sprachbilder zu entwickeln, zu verbreiten und
294 sozialdemokratische Themen sichtbar zu machen.

295 Social Media ist dabei mehr als ein Verbreitungskanal – es ist Katalysator
296 politischer Botschaften. Hier entsteht Sichtbarkeit. Hier entscheidet sich, ob
297 Inhalte gehört, geteilt und weitergetragen werden. Deshalb entwickeln wir unsere
298 digitalen Plattformen kontinuierlich weiter – im Rahmen unserer Digitalstrategie –
299 und sorgen dafür, dass unsere Botschaften einheitlich kommuniziert, effektiv
300 verbreitet und breit angewendet werden.

301 Kommunikation ist kein Selbstzweck, sondern ein Lernprozess. Was wir tun, muss
302 Wirkung zeigen – und Wirkung muss messbar sein. Wir setzen auf Monitoring und
303 datenbasierte Auswertung, um unsere Strategien adaptiv zu gestalten und flexibel
304 weiterzuentwickeln.

305 Um den Anforderungen an eine agile Marke im digitalen Zeitalter gerecht zu werden,
306 denken wir Kommunikation modular, kanalgerecht und lebendig. Wir bauen digitale
307 Kompetenzen im gesamten Kommunikationshandwerk aus und entwickeln ein flexibles,
308 zukunftsfähiges Corporate Design. Unsere Marke lebt – und mit ihr unsere
309 Kommunikation.

310 Um diese neuen Herausforderungen strategisch zu bearbeiten, richtet die SPD eine
311 Kommission „KI und politische Kommunikation“ ein, in der sie kurzfristig Antworten
312 auf Maßnahmen gegen Desinformationen, Hass und Hetze gibt, und eine eigene Strategie
313 zu einem überzeugenderen Auftritt bei Social Media erarbeitet. Mittelfristig
314 erarbeitet sie binnen zwölf Monaten Leitlinien für den ethischen, wirksamen und
315 transparenten Einsatz von KI bei politischer Kommunikation – von Content Creation
316 über Monitoring, bis hin zu Desinformationsabwehr.

317 **5. Fazit und Auftrag**

318 Die SPD steht vor einer tiefgreifenden Erneuerung. Wir wollen sie aus der Mitte der
319 Partei heraus gestalten – gemeinsam mit unserer Mitgliedschaft, mit unseren
320 gesellschaftlichen Partner*innen und mit den Bürger*innen. Dieser Leitantrag ist der
321 erste Schritt auf dem Weg zu neuer Stärke. Der Bundesparteitag beauftragt den
322 Parteivorstand,

- 323 • einen partizipativen Prozess zur Entwicklung eines Grundsatzprogramms zu
324 starten,
 - 325 • die Reform der Parteiorganisation entlang der beschriebenen Eckpunkte
326 voranzutreiben
 - 327 • sowie eine neue Kommunikationsstrategie zu erarbeiten und mit den Gliederungen
328 umzusetzen.
- 329 Wir wollen ein besseres Morgen. Der Kampf für die soziale Demokratie und eine freie,
330 gerechte und solidarische Gesellschaft ist unsere Mission. Wir stehen weltweit vor
331 der Frage, in welche Richtung sich unsere Gesellschaften entwickeln werden. Die Zeit,
332 diese Auseinandersetzung anzunehmen, ist jetzt.
- 333 Veränderung beginnt mit uns. Zusammen.

Antrag A01: Europäisches Verteidigungsbündnis

Antragsteller*in:	Online-Themenforum zu Außen- und Sicherheitspolitik
Status:	überwiesen
Empfehlung Antragskommission:	Überweisung an SPD-Parteivorstand
Sachgebiet:	A - Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik

- 1 1. Die Europäische Union soll ausgehend von der gemeinsamen Außen- und
2 Sicherheitspolitik (Artikel 42 EU-Vertrag; insbesondere Absatz 7) zu einem
3 vollwertigen Verteidigungsbündnis ausgebaut werden. Dies schließt insbesondere
4 institutionelle, prozessuale und rechtliche Dimensionen für eine gemeinsame
5 Kommandostruktur und -behörden, eine gemeinsame Verteidigungs- und
6 Fähigkeitsplanung, gemeinsame Rüstungsbeschaffung und -vorhaltung und
7 Interoperabilität mit ein. Für eine umfassende Integration der EU-
8 Militärfähigkeiten ist neben der materiellen Ausstattung auch die engere
9 Kooperation bei gemeinsamen Trainings- und Ausbildungszielen notwendig. Der Fokus
10 sollte dabei stärker auf eigenständige Kommando- und Entscheidungsstrukturen,
11 die Interoperabilität zwischen europäischen Streitkräften und die Fähigkeit zur
12 schnellen Reaktionsbereitschaft gelegt werden. Multinationale europäische
13 Verbände wie die EU-Battlegroups und multinationale Bataillone (u.B. deutsch-
14 französisch-niederländische Einheiten) sollten konsequent weiterentwickelt und
15 in ihrer Einsatzfähigkeit verbessert werden.
- 16 2. Zusätzlich soll unter Berücksichtigung derselben Anforderungen ein
17 multilaterales Sicherheits-, Beistands- und Verteidigungsbündnis (Europäisches
18 Verteidigungsbündnis) geschaffen werden, dass allen EU-Staaten, weiteren NATO-
19 Staaten und andere demokratischen oder europäischen Staaten (insbesondere der
20 Ukraine und Kanada) offensteht. Keimzelle hierfür könnte die PESCO bilden.
- 21 3. Die EU und das EVB müssen in der Lage sein die Interessen, die Bevölkerung und
22 das Territorium der Mitgliedsstaaten - unabhängig von der NATO - erfolgreich
23 gegen jedwede Bedrohung zu verteidigen. Das Bündnis muss selbst effektiv zur
24 nuklearen Abschreckung befähigt und von anderen Staaten, insbesondere auch den
25 USA, strategisch unabhängig sein.
- 26 4. Angesichts der schwindenden Verlässlichkeit des US-amerikanischen nuklearen
27 Schutzschirms für Europa muss die Europäische Union zeitnah Gespräche mit
28 Frankreich und Großbritannien über eine erweiterte nukleare Teilhabe führen.
29 Diese beiden europäischen Nuklearmächte sollten als Garanten einer
30 eigenständigen europäischen Abschreckungspolitik fungieren, um die strategische
31 Sicherheit Europas langfristig zu gewährleisten.
- 32 5. Eine Mitgliedschaft in EU oder EVB soll einer NATO-Mitgliedschaft nicht
33 entgegenstehen. EU und EVB und deren Mitgliedstaaten sollen auf verbindlicher
34 vertraglicher Basis eng mit der NATO zusammenarbeiten.
- 35 6. Die Europäische Verteidigungsagentur (EDA) sollte mittel- bis langfristig

erweiterte Kompetenzen erhalten, um ihre Entwicklung zu einer echten europäischen Beschaffungsbehörde voranzutreiben. Dies sollte neben der zentralen Koordinierung von Beschaffungsprozessen auch die Verwaltung gemeinsamer Forschungs- und Entwicklungsbudgets umfassen. Eine solche Institutionalisierung würde nicht nur die Effizienz der europäischen Verteidigungsbeschaffung steigern, sondern auch Innovationen gezielter fördern und eine nachhaltige industrielle Basis für die europäische Rüstungsindustrie schaffen. Rüstungsgüter sind grundsätzlich aus EU oder anderen Vertragsstaaten des EVB zu beziehen.

7. Um eine stärkere Koordinierung und Skalierung der EU-Rüstungsbeschaffung zu ermöglichen, sollte die Bundesregierung sich für die Aktivierung auf lange Sicht der sogenannten „Escape Clause“ einsetzen. Diese Regelung erlaubt es den EU-Mitgliedstaaten, ihre Verteidigungsausgaben zu erhöhen, ohne dass diese auf die im Stabilitäts- und Wachstumspakt vorgeschriebene Begrenzung des Haushaltsdefizits angerechnet werden. Eine solche Ausnahmeregelung würde den Mitgliedstaaten dringend benötigten finanziellen Spielraum verschaffen, um in die europäische Verteidigungsfähigkeit zu investieren, ohne fiskalische Zwänge zu verschärfen.

8. Darüber hinaus sollte sich die Bundesregierung nicht nur für die Möglichkeit einer gemeinsamen Kreditaufnahme zur Finanzierung von Rüstungsgütern – den sogenannten „Defense Bonds“ – öffnen, sondern sich aktiv für deren zeitnahe Umsetzung einsetzen. Eine solche europäische Finanzierungsstruktur würde es ermöglichen, groß angelegte Investitionen in Verteidigungsprojekte zu tätigen, ohne dass einzelne Mitgliedstaaten unverhältnismäßig belastet werden. Zudem würde eine koordinierte Kreditaufnahme die europäische Rüstungsindustrie stärken, den Aufbau strategischer Autonomie fördern und die Abhängigkeit von Drittstaaten verringern. Die Finanzierung von Rüstung durch 'Defense Bonds' ist an eine gemeinsame europäische Rüstungsbeschaffung zu binden (siehe 6.)

Antrag A02: What ever it takes – für eine neue Friedensordnung in Europa

Antragsteller*in:	SPD-Unterbezirk Miesbach
Status:	überwiesen
Empfehlung Antragskommission:	Überweisung an SPD-Parteivorstand
Sachgebiet:	A - Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik

1 Die Westliche Welt im Wandel

2 Der völkerrechtswidrige Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine im Februar 2022
3 stellt nicht nur einen Verstoß gegen bestehende Verträge dar, sondern stellt auch
4 alle Gewissheiten über die europäische und die internationale Friedensordnung in
5 Frage. Von dem damaligen Kanzler Olaf Scholz wurde die Zeitenwende ausgerufen. Ein
6 Sondervermögen von 100 Milliarden Euro für die Aufrüstung der Bundeswehr wurde von
7 der Mehrheit des Bundestages und des Bundesrates beschlossen und fand die breite
8 Zustimmung der Bevölkerung.

9 Nach der Wiederwahl Donald Trumps zum Präsidenten der USA stehen nun auch die
10 transatlantischen Beziehungen und der Schutz Europas durch die Atommacht USA auf dem
11 Prüfstand. Noch nie hat eine US-amerikanische Regierung so unverblümt über ihre
12 wirtschafts- und geopolitischen Vorstellungen und Forderungen gesprochen, wie es
13 Donald Trump und seine Administration tun.

14 In der Folge diskutieren die europäischen Länder, wie die EU, die bisher kein
15 militärisches Bündnis ist, zu einem solchen werden könnte. Die Entscheidung, ob die
16 dazu nötigen milliardenschweren Programme für die von Frau von der Leyen geforderte
17 „Wiederaufrüstung“ über Gemeinschaftsschulden oder von jedem Mitgliedsland einzeln
18 getragen werden sollen, ist noch nicht gefallen.

19

20 Folgen für den politischen Diskurs in Deutschland

21 Täglich wird in den Nachrichten über die hohe Wahrscheinlichkeit unterschiedlicher
22 drohender Kriegsszenarien und über den bereits bestehenden hybriden Krieg Russlands
23 gegen Deutschland und die EU berichtet, sowie in den Talkshows bis hin zu einem
24 „Dritten Weltkrieg“ diskutiert. Dabei fällt auf, dass es die immer gleichen Experten
25 und Wissenschaftler sind, die sich gegenseitig in ihrer Annahme eines zeitnahen
26 drohenden Angriffs Russlands auf weitere europäische Länder unterstützen. Nicht
27 einbezogen werden Wissenschaftler*innen der Friedens- und
28 Konfliktforschungsinstitute, die eine abweichende Einschätzung zu der militärischen
29 Ausstattung, den Möglichkeiten und den Zielen Russlands vertreten. In der Folge
30 verbreiten sich Unsicherheit und Angst in der Bevölkerung und führen zu einer
31 weiteren Spaltung. Daher werden wir eine breite Diskussion über die Art der
32 anzuschaffenden notwendigen Rüstungsgüter zum Schutz der Bevölkerung, aber auch über
33 eine neue Friedens- und Sicherheitspolitik anstoßen und führen.

34

35 Aufgaben sozialdemokratischer Politik

36 Gerade Deutschland, das durch die Rüstungsbegrenzungsabkommen der 80er und 90er Jahre
37 nicht nur durch einen 80jährigen Frieden, sondern mit der Wiedervereinigung in
38 besonderem Maße profitierte, ist in der Verantwortung mit aller Kraft auf eine neue
39 europäische Friedensordnung hinzuwirken. Dabei können wir auf die Erfahrungen der
40 letzten 80 Jahre zurückgreifen, in denen es trotz „Kalttem Krieg“ gelungen ist, mit
41 Verhandlungen zu umfangreichen Abrüstungs- und Sicherheitsverhandlungen zu gelangen.

42 „What ever it takes“ muss nicht nur für die Beschaffung von Rüstungsgütern um die
43 Sicherheit Deutschlands zu gewährleisten gelten, sondern auch für alle Bemühungen:

- 44 1. einer Aufrüstungsspirale entgegenzuwirken,
- 45 2. den Krieg in der Ukraine auf dem Verhandlungsweg zu beenden und
- 46 3. eine neue europäische Friedensordnung zu entwickeln, der im weiteren Verlauf
47 auch Russland zustimmen kann.

48 Wir Sozialdemokraten stehen weiterhin zu der Erkenntnis, dass Sicherheit und Frieden
49 nur auf dem Verhandlungsweg durch die Wiederbelebung der Abrüstungs- und
50 Rüstungskontrollverträge sowie der OSZE und des Nato- Russlandrates gelingen kann.
51 Denn „Beide Seiten müssen Sicherheit erlangen, nicht vor dem Gegner, sondern
52 gemeinsam mit ihm.“ (Olaf Palme). Daher ist es unabdingbar die Entwicklung der Länder
53 Europas, ihrer gegenseitigen Beziehungen und Abhängigkeiten, inklusive der
54 Verwerfungen, seit Beginn der 90er Jahre genau zu analysieren und aus den so
55 gewonnenen Erkenntnissen die neue europäische Sicherheitspolitik zu entwickeln.

56 Durch die Verpflichtung, die notwendige Ertüchtigung der Bundeswehr an dem Prinzip
57 der strukturellen Nichtangriffsfähigkeit auszurichten, wollen wir unsere
58 Verteidigungsfähigkeit erhöhen und gleichzeitig signalisieren, dass wir nicht für
59 einen möglichen Angriffskrieg aufrüsten.

60 Deswegen sehen wir in dem Aufbau eines Satellitennetzes und eines Abwehrschirmes
61 einen Schwerpunkt im Bemühen, verteidigungsfähig zu werden.

62 Dagegen lehnen wir die Stationierung von Mittelstreckenraketen zwischen unseren
63 Großstädten ab. Auch einen Ausbau der nuklearen Teilhabe und die Stationierung von
64 Atombomben der US-Streitkräfte auf deutschem Boden wollen wir verhindern, da beides
65 Deutschland zum Kriegsschauplatz machen würde. Um keine Angriffsziele in Europa zu
66 bilden, halten wir es für dringlich diese Waffen ausschließlich seegestützt zu
67 stationieren.

Antrag A03: Unterstützung für die Ukraine

Antragsteller*in:	Online-Themenforum zu Außen- und Sicherheitspolitik
Status:	erledigt durch SPD-Regierungsprogramm 2025
Empfehlung Antragskommission:	Erledigt durch SPD-Regierungsprogramm 2025
Sachgebiet:	A - Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik

- 1 1. Ziel der Unterstützung der Ukraine, ist die Wiederherstellung ihrer
2 vollständigen territorialen Integrität in den Grenzen von 1991 sowie der Erhalt
3 ihrer vollständigen politischen Souveränität. Im Sinne der regelbasierten
4 internationalen Ordnung muss die Ukraine den Krieg gegen die russischen
5 Angreifer gewinnen. Die Unterstützung ist so lange in einem solchen Umfang zu
6 leisten, bis dieses Ziel erreicht ist und/oder die Ukraine sich frei und ohne
7 Einflussnahme zu einem Friedensschluss entscheidet. Nur die Ukraine entscheidet
8 über Ihre Bedingungen hierfür. Hierzu soll gemeinsam mit der Ukraine und unseren
9 europäischen Verbündeten und weltweiten Partnern eine Strategie entwickelt
10 werden.
- 11 2. Deutschland soll aus eigenen Mitteln jährlich mindestens 0,6 % des BIP an
12 militärischer, humanitärer und wirtschaftlicher Unterstützung für die Ukraine
13 aufwenden. Insbesondere auch für die Beschaffung von Rüstungsgütern für die
14 Ukraine auf dem nationalen und internationalen Markt und Investitionen in die
15 ukrainische Rüstungsindustrie. Hierbei soll mit unseren Verbündeten und Partnern
16 dort eng zusammengearbeitet werden, wo diese Zusammenarbeit den Zulauf
17 beschleunigen und das Volumen erhöhen kann. Ein möglicher Ausfall der
18 Unterstützungsleistungen durch die USA sind im Ereignisfall durch Deutschland
19 und unsere Verbündeten mindestens vollumfänglich zu kompensieren. Wenn es für
20 die Erreichung des Ziels der Unterstützung erforderlich ist, ist diese auch
21 überzukompensieren. Eine An- und Verrechnung der Unterstützung mit Mitteln des
22 Verteidigungshaushalts oder mit Sozialleistungen im Inland ist auszuschließen.
- 23 3. Der Ukraine sind für die Verwendung der ihr geleisteten Unterstützung keine
24 Beschränkungen aufzuerlegen, die über die Regelungen des Völkerrechts
25 hinausgehen. Sie ist effektiv, zeitnah und nach den Bedürfnissen der Ukraine und
26 zu leisten. Die militärische Unterstützung für die Ukraine muss sich der
27 operativen Lage anpassen.
- 28 4. Russland hat als Aggressor für die Schäden des Krieges und den Wiederaufbau der
29 Ukraine die notwendigen Mittel zu leisten. Zusätzlich sollte Deutschland nach
30 Kriegsende Mittel in Höhe von bis zu 0,6 % des BIP für einen Zeitraum von zehn
31 Jahren für den Wiederaufbau der Ukraine bereitstellen. Diese Mittel sollen Kern
32 eines „European Recovery Program for Ukraine“ sein, dessen Ziel es ist, die
33 Aufnahme der Ukraine in die Europäische Union und den Nordatlantikpakt zu
34 beschleunigen und schnellstmöglich vollziehen zu können.
- 35 5. Bis der Beitritt der Ukraine in die NATO und die EU realisiert ist, soll sich
36 die Bundesregierung an der Bereitstellung umfassender militärischer

37 Sicherheitsgarantien, bis hin zur Entsendung von Bodentruppen (auch gegen den
38 Willen Russlands), für die Ukraine gegen einen etwaigen Friedens- oder
39 Waffenstillstandsbruch beteiligen und proaktiv für die Beteiligung weiterer
40 Garantiestaaten werben. Sollte der Beitritt der Ukraine zur NATO oder EU
41 aufgrund des Widerstandes einiger Mitgliedstaaten scheitern oder verzögert
42 werden, ist die Ukraine in ergänzende bi- oder multilaterale Sicherheits- und
43 Beistandsverpflichtungen aufzunehmen (Europäisches Verteidigungsbündnis),

Antrag A04: Keine Lieferung von Taurus-Marschflugkörper an die Ukraine

Antragsteller*in:	SPD-Landesorganisation Bremen
Status:	erledigt durch SPD-Regierungsprogramm 2025
Empfehlung Antragskommission:	Erledigt durch SPD-Regierungsprogramm 2025
Sachgebiet:	A - Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik

- 1 Die SPD lehnt die Lieferung von Taurus-Marschflugkörper an die Ukraine ab. Durch die
- 2 Lieferung droht eine direkte Kriegsbeteiligung Deutschlands. Zudem würde die
- 3 Lieferung dieser Waffe die Gefahr einer weiteren militärischen Eskalation im Ukraine-
- 4 Krieg erheblich erhöhen.
- 5 Wir halten im Übrigen an einer politischen, wirtschaftlichen und militärischen
- 6 Unterstützung bis zur Einigung über einen umfassenden Waffenstillstand bzw.
- 7 Friedensvertrag fest.

Antrag A05: Ukrainekrieg: Friedensverhandlungen anstreben!

Antragsteller*in:	60 plus Bundeskonferenz Bund (Parteizentrale)
Status:	Sonstiges Überweisung als Material
Empfehlung Antragskommission:	Sonstiges Überweisung als Material
Sachgebiet:	A - Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik

- 1 Die Bundeskonferenz der AG 60 plus teilt die Auffassung des Vorsitzenden der SPD-
2 Fraktion im Deutschen Bundestag, Rolf Mützenich, dass man – unter Beteiligung beider
3 Kriegsparteien und auch vermittelnder Dritter (ggfls. China) über „... ein Einfrieren
4 des Ukrainekriegs reden muss“.
- 5 Um Fehlinterpretationen zur Forderung „Einfrieren des Krieges“ vorzubeugen stellt die
6 Bundeskonferenz der AG 60 plus klar, dass damit nicht die einseitige, bedingungslose
7 Einstellung der Kampfhandlungen einhergeht. Vielmehr ist die Forderung zu verstehen
8 als Aufruf zu Verhandlungen mit dem Ziel zunächst zeitlich befristeter lokaler
9 (beiderseitiger) Waffenruhen und humanitärer Feuerpausen, dabei gleichzeitiger
10 diplomatischer Aktivitäten bzw. Verhandlungen mit dem Ziel eines generellen
11 Waffenstillstandes bzw. der Beendigung des Krieges.
- 12 Angesichts der täglich zu beklagenden Kriegsoffer und gewaltigen Zerstörungen,
13 gleichzeitig dem nach zweieinhalb Jahren Krieg kaum noch zu leugnenden Sachverhalt
14 (daran hat sich auch 7 Monate nach der Äußerung Mützenichs wenig geändert), dass der
15 Krieg durch die Ukraine nicht zu gewinnen ist, ist es nach Auffassung der
16 Ordentlichen Bundeskonferenz der AG 60 mehr als berechtigt zu fragen, ob es „... an der
17 Zeit ist, nicht nur darüber zu reden, wie man einen Krieg führt, sondern auch darüber
18 nachdenkt, wie man einen Krieg einfrieren und später auch beenden kann!“ (Mützenich).
- 19 Die Bundeskonferenz der AG 60 plus ist mit Rolf Mützenich der Auffassung, dass „...
20 zeitlich befristete lokale Waffenruhen und humanitäre Feuerpausen ermöglicht werden
21 sollten, die überführt werden können in eine beständige Abwesenheit militärischer
22 Gewalt,“ und dass vor allem China davon überzeugt werden muss, „... dass die
23 Volksrepublik ein existenzielles und wirtschaftliches Interesse hat, stärker im von
24 Russland zu verantwortenden Krieg diplomatisch aktiv zu werden (...) Die Optionen, wie
25 ein militärischer Konflikt beendet werden kann, die werden am Ende politische sein.“
26 (Mützenich)
- 27 Die Bundeskonferenz der AG 60 plus ist der Auffassung, dass die bisher verfolgte
28 Politik der Erwartung eines „Sieges“ der Ukraine über Russland hinterfragt werden und
29 abgewogen werden muss mit den Kosten an weiteren Menschenleben und Zerstörungen
30 ganzer Landstriche, des Weiteren der Gefahr eine Ausweitung des Krieges bis hin zu
31 einem Dritten Weltkrieg und atomarer Verwüstung.

Antrag A06: Positionsantrag: Grundsätze der Russlandpolitik

Antragsteller*in:	Online-Themenforum zu Außen- und Sicherheitspolitik
Status:	erledigt durch Beschlusslage
Empfehlung Antragskommission:	Erledigt durch Beschlusslage
Sachgebiet:	A - Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik

- 1 Die SPD erkennt an:
- 2 1. Russland ist eine faschistische, imperialistische und aggressive Diktatur, die
3 auch durch einen nicht kleinen Teil der russischen Bevölkerung getragen oder
4 zumindest geduldet wird.
- 5 2. Russland ist Feind der liberalen Demokratien und der regelbasierten Weltordnung
6 und somit unser Feind und der unserer Verbündeten.
- 7 3. Russland führt gegen uns und unsere Verbündeten einen hybriden Krieg.
- 8 4. Russland ist kein verlässlicher Gesprächs- und Verhandlungspartner. Verträge
9 hält es nur ein, soweit sie den eigenen expansionistischen Zielen nicht
10 entgegenstehen. Jede Vereinbarung mit Russland kann nur aus einer Position der
11 Stärke heraus geschlossen werden und ist robust mit Sanktionen oder
12 militärischer Macht abzusichern. Jeder russischen Aggression ist entschieden und
13 konsequent unter Ausnutzung aller verfügbaren politischen, wirtschaftlichen,
14 rechtlichen und als ultima ratio auch militärischen Möglichkeiten, national wie
15 international, entgegenzutreten.
- 16 5. Eine Normalisierung der Beziehungen zu Russland wird erst nach einem umfassenden
17 Wechsel des dortigen Regimes und der dortigen politischen Kultur und wenn
18 Russland zur regelbasierten Ordnung zurückgekehrt ist, möglich sein. Hierauf
19 hoffen wir. Zu diesem Zweck ist die liberal-demokratische Zivilgesellschaft in
20 Russland, soweit es uns möglich ist zu schützen und zu unterstützen.
- 21 6. Die Mitglieder der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag werden aufgerufen, sich
22 fraktionsübergreifend für eine unabhängige Enquete-Kommission aus Fachleuten
23 einzusetzen, um die deutsche Russlandpolitik seit der Wende 1990/1991 und
24 insbesondere seit Beginn der Präsidentschaft Wladimir Putins im Jahr 1999
25 historisch und systematisch aufzuarbeiten. Im Kern geht es darum, Faktoren,
26 Strukturen, persönliche und institutionelle Beziehungen und Abhängigkeiten zu
27 identifizieren, die zur gescheiterten deutschen Russlandpolitik beigetragen
28 haben, um ähnliche strategische Fehler im Umgang mit autoritären Staaten, wie
29 etwa der Volksrepublik China, in Zukunft zu vermeiden.
- 30 7. Der Parteivorstand wird aufgefordert eine umfassende Untersuchung im Sinne von
31 6. auch parteiintern zu veranlassen, vollumfänglich zu unterstützen und die
32 Ergebnisse und Ableitungen daraus öffentlich zu machen.

Antrag A07: Gegen Krieg, Diktatur und Imperialismus: Gezielte Unterstützung für russische und belarussische Zivilgesellschaft

Antragsteller*in:	Online-Themenforum zu Außen- und Sicherheitspolitik
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung Antragskommission:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	A - Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik

- 1 Für die langfristige Stärkung der russischen und belarussischen prodemokratischen
2 Zivilgesellschaft im In- und Ausland fordern wir:
- 3 1. Eine verstärkte Förderung russischer und belarussischer Zivilgesellschaft
4 außerhalb Russlands sowie der Diaspora in Deutschland, u.a. durch die Schaffung
5 von Austauschräumen und Netzwerken zwischen unterschiedlichen Organisationen und
6 Initiativen zur Entwicklung gemeinsamer Visionen für ein demokratisches Russland
7 und Belarus und zur gesellschaftlichen Integration in Deutschland.
- 8 2. Die gezielte Förderung prodemokratischer Akteure in Russland und Belarus: Unter
9 Bedingung strikter Risikoanalysen sowie eines konsequenten „Do-No-Harm“-
10 Ansatzes sollte weiter die Förderung lokaler prodemokratischer Initiativen,
11 einschließlich Journalist_innen und Aktivist_innen sowie (in Russland) Gruppen
12 nationaler Minderheiten ermöglicht werden. Da ein direkter Austausch und
13 Zusammenarbeit in beiden Ländern kaum möglich ist, soll die Förderung, wo immer
14 möglich, über vertrauenswürdige Diasporaangehörige in Drittstaaten oder
15 Deutschland ermöglicht werden. Ziel dabei soll nicht eine (derzeit völlig
16 unrealistischer) Regierungswandel, sondern ausschließlich die
17 zivilgesellschaftliche Resilienzförderung sein.
- 18 3. Die Entwicklung einer gemeinsamen EU/like-minded Engagement-Strategie für
19 wichtige Hubs der prodemokratischen russischen/belarussischen Diaspora – u.a.
20 der Westbalkan und Kaukasus, Zentralasien und die Türkei – zur Förderung und
21 Unterstützung dortiger Vernetzungsaktivitäten.
- 22 4. Die Fortsetzung und – insbesondere im Fall Belarus – gezielte Ausweitung
23 humanitärer Aufnahmeprogramme für besonders gefährdete Angehörige der
24 prodemokratischen Zivilgesellschaft, darunter Aktivist*innen, Akademiker*innen
25 und Journalist*innen, bleibt unerlässlich. Dies gilt sowohl für Bedrohungslagen
26 im Herkunftsland als auch für Drittstaaten, in denen kein gesicherter Aufenthalt
27 besteht oder Repression durch Kooperation mit russischen oder belarussischen
28 Sicherheitsdiensten droht. Darüber hinaus setzen wir uns für die Schaffung
29 sicherheitsüberprüfter und beschleunigter Visawege ein, um eine kurzfristige
30 Ausreise bei akuten Gefährdungen zu ermöglichen. Ergänzend ist die Erteilung
31 kontrollierter Mehrfach-Schengen-Visa zu fördern, um es zivilgesellschaftlich
32 Engagierten zu ermöglichen, verlässliche Kontakte mit Partner*innen,
33 Unterstützungsstrukturen und Netzwerken im In- und Ausland zu pflegen. Der
34 grenzüberschreitende Austausch stärkt die Widerstandskraft demokratischer

35 Bewegungen, verhindert Isolation und dient zugleich unseren
36 sicherheitspolitischen Interessen.

37 Wer heute Demokratinnen und Demokraten in Russland und Belarus schützt, leistet einen
38 Beitrag zu einer besseren Zukunft nach Putin und Lukaschenko. Wir stehen an der Seite
39 derjenigen, die für Freiheit, Menschenrechte und eine europäische Perspektive kämpfen
40 – aus tief empfundener Verbundenheit mit den Menschen, nicht mit den Regimen.

41

Antrag A08: Friedensinitiative Nahost: Das zivile Leben in Gaza und Israel muss geschützt werden!

Antragsteller*in:	SPD-Landesorganisation Hamburg
Status:	erledigt durch SPD-Regierungsprogramm 2025
Empfehlung Antragskommission:	Erledigt durch SPD-Regierungsprogramm 2025
Sachgebiet:	A - Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik

- 1 Die SPD Bundestagsfraktion und die SPD Mitglieder der Bundesregierung werden
- 2 aufgefordert:
- 3 1. Sich für eine sofortige Waffenpause und einen langfristigen Waffenstillstand im
- 4 Nahost-Krieg einzusetzen, der den Schutz der Zivilbevölkerung in Gaza und Israel
- 5 gleichermaßen priorisiert.
- 6 2. Sich für die sofortige Bereitstellung von humanitärer Hilfe und Unterstützung
- 7 für die Menschen im Gazastreifen einzusetzen, um die katastrophale humanitäre
- 8 Lage zu lindern.
- 9 3. Sich weiterhin dafür einzusetzen, dass alle Parteien im Nahost-Krieg sich an das
- 10 humanitäre Völkerrecht und den Schutz der Zivilbevölkerung halten.
- 11 4. Sich weiterhin für die sofortige Freilassung aller Hamas-Geiseln einzusetzen und
- 12 alle diplomatischen Mittel dafür auszuschöpfen.
- 13 5. Die Hamas dazu aufzufordern, ihre Kämpfer nicht in zivilen Einrichtungen
- 14 einzusetzen und Zivilisten als menschliche Schutzschilde zu missbrauchen.

Antrag A09: „Gazakrieg“

Antragsteller*in:	60 plus Bundeskonferenz Bund (Parteizentrale)
Status:	erledigt durch SPD-Regierungsprogramm 2025
Empfehlung Antragskommission:	Erledigt durch SPD-Regierungsprogramm 2025
Sachgebiet:	A - Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik

- 1 Die Bundeskonferenz der AG SPD 60 plus fordert die politischen Entscheidungsorgane
- 2 dazu auf darauf hinzuwirken, dass Israel die Besetzung der palästinensischen,
- 3 syrischen und libanesischen Grenzgebiete entsprechend der Resolutionen des UN-
- 4 Sicherheitsrats beendet und sich aus den nach Völkerrecht widerrechtlich besiedelten
- 5 Gebieten zurückzieht bzw. sich (ggfls. mittels Entschädigungsleistungen) insoweit neu
- 6 vereinbart.

Antrag A10: Rasche Unterstützung der syrischen Zivilgesellschaft und Wiederaufbau-Hilfen zur Stabilisierung des Landes

Antragsteller*in:	010 SPD-Kreis Mitte
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung Antragskommission:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	A - Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik

- 1 Deutschland und die Europäische Union (EU) sollen daher weiterhin mit aller Kraft den
- 2 Wiederaufbau gemeinsam vorantreiben. Dafür soll nicht nur Geld, sondern auch
- 3 Maschinen sowie Personal und Knowhow nach Syrien gebracht werden, um ganz konkret vor
- 4 Ort zu helfen, damit ein möglichst schneller Wiederaufbau der Infrastruktur und damit
- 5 eine Stabilisierung des Landes gelingen kann.
- 6 Um den Wiederaufbau Syriens wirksam zu unterstützen, braucht es auch die Kompetenz
- 7 und Erfahrung jener syrischen Fachkräfte, die bei uns Schutz und Zuflucht gefunden
- 8 haben. Wir wollen es ihnen ermöglichen, vorübergehend nach Syrien zu reisen – etwa um
- 9 zu prüfen, ob ihr Haus noch steht, wo ihre Angehörigen leben oder ob erste
- 10 vorsichtige Kontakte zu lokalen Behörden möglich sind, ohne dass dadurch ihr
- 11 Schutzstatus in Deutschland gefährdet wird. Wir wollen ausschließen, dass solche
- 12 kurzen Erkundungsreisen automatisch zu einem Widerrufsverfahren führen, das den
- 13 befristet zuerkannten Schutzstatus gefährdet.
- 14 Deutschland und die EU knüpfen die zukünftige Zusammenarbeit mit der aktuellen
- 15 syrischen Übergangsregierung an die Wahrung und Durchsetzung von Menschenrechten,
- 16 sodass nach dem Ende des Assad-Regimes keine neue Diktatur entsteht und alle
- 17 ethnischen und religiösen Gruppen im Land sowie im Besonderen Frauen, eine sichere
- 18 Zukunft im Land haben und beim Wiederaufbau des Landes und der syrischen Gesellschaft
- 19 partizipieren können.
- 20 Deutschland setzt sich für eine nachhaltige finanzielle Unterstützung für
- 21 zivilgesellschaftliche Akteur:innen in Syrien, vor allem für humanitäre und
- 22 demokratische Initiativen. Die Akteur:innen vor Ort wissen am besten, was genau
- 23 gebraucht wird und fungieren als ‚Watchdog‘ des Transitionsprozesses.
- 24 Deutschland und die EU verpflichten sich zur schnellen und unbürokratischen
- 25 Unterstützung bei der Dokumentation und Aufarbeitung der Menschen-rechtsverbrechen
- 26 des Assad-Regimes und andere militärische Gruppierungen sowie der Gräueltaten des
- 27 sog. Islamischen Staates, wie genozidale Verbrechen, Tötungen, Verschwindenlassen,
- 28 Folterungen, Versklavung und unrechtmäßige Inhaftierungen von Syrer:innen, um diese
- 29 Gewalttaten vor Gericht bringen zu können und mögliche Formen der Selbstjustiz in
- 30 Syrien zu verhindern. Ebenso setzen sich Deutschland und die EU gegenüber der
- 31 Übergangsregierung dafür ein, dass eine lückenlose und transparente Aufklärung der
- 32 Verbrechen gegen die Zivilbevölkerung zwischen dem 07.-10.03.2025 stattfindet.

Antrag A11: Neue Wehrpflicht

Antragsteller*in:	Online-Themenforum zu Außen- und Sicherheitspolitik
Status:	erledigt durch SPD-Regierungsprogramm 2025
Empfehlung Antragskommission:	Erledigt durch SPD-Regierungsprogramm 2025
Sachgebiet:	A - Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik

- 1 Die SPD setzt sich für eine allgemeine Wehrpflicht für alle Geschlechter mit der
- 2 Möglichkeit zum Ersatzdienst ein. Die notwendigen Grundgesetzänderungen streben wir
- 3 an. Der Dienst soll sich im zeitlichen Umfang an den Bedürfnissen der Bundeswehr
- 4 orientieren. Die Einführung, soll zügig vorbereitet und umgesetzt werden, einschl.
- 5 der entsprechenden Kapazitäten für Musterung, Ausbildung und anderes. Um zu
- 6 verhindern, dass Wehr- und Ersatzdienst zulasten der Einsatzfähigkeit der Bundeswehr
- 7 gehen, ist die Finanzierung additiv zum übrigen Wehretat im Haushalt abzubilden.

Antrag A12: Weltliche Seelsorge für konfessionsfreie Soldat*innen

Antragsteller*in:	AK Säkularität und Humanismus
Status:	überwiesen
Empfehlung Antragskommission:	Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion
Sachgebiet:	A - Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik

- 1 Die Bundestagsfraktion der SPD sowie die SPD-Mitglieder der Bundesregierung werden
2 aufgefordert, sich für die Einführung einer weltlichen Lebensbegleitung (Seelsorge)
3 für konfessionsfreie Soldat*innen als Ergänzung zur christlichen und jüdischen
4 Militärseelsorge in der Bundeswehr einzusetzen.
- 5 Die religiöse Zusammensetzung der Bevölkerung in Deutschland hat sich in den letzten
6 Jahrzehnten drastisch verändert. Waren noch in den 1950er Jahren über 90 Prozent der
7 Menschen Mitglied einer der beiden großen christlichen Kirchen, so sind dies heute,
8 im Jahr 2025, nur noch ca. 45 Prozent, also weniger als der Anteil der
9 Konfessionsfreien mit 47 Prozent. Und nur noch 5 Prozent besuchen regelmäßig eine
10 Kirche, Synagoge oder Moschee. Der Anteil der Konfessionsfreien besonders in den
11 ostdeutschen Bundesländern ist noch deutlich höher. Die zunehmende Säkularisierung
12 der Gesellschaft stellt den Staat und die Gesellschaft vor neue Herausforderungen.
- 13 Die Frage der Repräsentation und Teilhabe konfessionsfreier Menschen in verschiedenen
14 gesellschaftlichen Bereichen, wie etwa im öffentlichen Leben oder in staatlichen
15 Institutionen wie der Bundeswehr, ist dabei von zentraler Bedeutung. Sie betrifft
16 nicht nur die Rechte von Individuen, sondern auch die Gestaltung einer inklusiven und
17 gleichberechtigten Gesellschaft.
- 18 Bewährte Formen der religiösen Seelsorge sollen nicht in Frage gestellt, sondern der
19 Dialog zwischen den verschiedenen Weltanschauungen gefördert werden. Nur durch eine
20 gleichwertige Repräsentation aller Gesellschaftsgruppen kann eine inklusive
21 Arbeitskultur entstehen. Dies gilt besonders in der Bundeswehr, die die Vielfalt der
22 deutschen Gesellschaft widerspiegeln sollte.
- 23 Die christliche Militärseelsorge ist ein traditioneller Bestandteil der deutschen
24 Bundeswehr. Sie sorgt für die seelsorgerliche Betreuung der Soldat*innen und ihrer
25 Angehörigen
- 26 Auch eine jüdische Militärseelsorge in der Bundeswehr wurde offiziell am 21. Juni
27 2021 eingeführt, als Rabbiner Zsolt Balla zum ersten Militärbundesrabbiner ernannt
28 und feierlich in sein Amt eingeführt wurde. Dies markierte die Rückkehr jüdischer
29 Militärseelsorge in die deutschen Streitkräfte nach rund 100 Jahren.
- 30 Ein seelsorgerisches Angebot für muslimische Soldat*innen soll noch in diesem Jahr
31 eingeführt werden. Im Gegensatz zur jüdischen Militärseelsorge, die durch einen
32 Staatsvertrag geregelt ist, sollen muslimische Geistliche zunächst über
33 Einzelverträge in die Bundeswehr eingebunden werden. Die Umsetzung gestaltet sich
34 komplexer, da es keine zentrale Institution gibt, die alle islamischen
35 Glaubensrichtungen in Deutschland vertritt.

Für nicht-religiöse oder andersgläubige Menschen gibt es bislang keine vergleichbare, weltanschaulich neutrale Betreuung. Die Einführung einer weltlichen Lebensbegleitung (Seelsorge), die auf die spezifischen Bedürfnisse konfessionsfreier Soldat*innen eingeht, ist in diesem Zusammenhang nur folgerichtig. Sie würde ähnliche Unterstützungsleistungen bieten wie die religiöse Militärseelsorge, sich jedoch auf Themen wie Moral, Sinnfindung und ethische Reflexion ohne religiöse Konzepte konzentrieren. Sie würde dafür sorgen, dass sich auch konfessionsfreie Menschen vom Staat anerkannt und repräsentiert sehen. und damit einen wichtigen Beitrag zur Stärkung unserer Demokratie leisten.

Ausbildung in Berlin möglich - Die im Jahr 2023 neu gegründete erste Humanistische Hochschule in Berlin in Trägerschaft des Humanistischen Verbandes Berlin-Brandenburg KdöR unter Leitung des bekannten Philosophen und Sozialdemokraten Prof. Dr. Nida-Rümelin bietet sich an, den Einstieg in eine entsprechende Ausbildung vorzubereiten. Erfolgsmodelle aus anderen Ländern - Beispiele aus Nachbarländern wie Belgien, Norwegen und den Niederlanden zeigen, dass eine weltlich-humanistische Militärseelsorge bereits erfolgreich umgesetzt wird. In den Niederlanden etwa gibt es eine große Zahl solcher Militärseelsorger, die von den Soldatinnen und Soldaten gut angenommen werden. So sind etwa im Deutsch-Niederländischen Korps in Münster gemeinsam und partnerschaftlich Seelsorger*innen für Christen, Juden, Muslime und nichtreligiöse Soldat*innen aktiv.

Antrag A13: Für starke Vereinte Nationen - Zukunftsgipfel nutzen

Antragsteller*in:	SPD-Landesverband Berlin
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung Antragskommission:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	A - Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik

1 Zukunftspakt für den Multilateralismus - Die Erneuerung der VN als Chance und 2 Verpflichtung Deutschlands

3

4 Das internationale System befindet sich in einem Umbruch, der aktiv gestaltet werden
5 muss. Nur ein starkes multilaterales System mit den Vereinten Nationen im Zentrum
6 kann ein friedliches, stabiles und nachhaltiges Miteinander der Staaten ermöglichen.
7 Starke Vereinte Nationen liegen deshalb im ureigensten Interesse Deutschlands. Als
8 internationalistische Partei kann die SPD noch mehr tun, um die Vereinten Nationen zu
9 stärken.

10

11 Die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung sowie die SPD-
12 Bundestagsfraktion mögen sich für folgende Punkte einsetzen:

- 13 1. Der Erfolg der Verabschiedung des Zukunftspaktes der Vereinten Nationen (UN)
14 durch die Koordination Deutschlands und Namibias sollte von der Bundesregierung
15 genutzt werden, um sich weiter für eine gerechte und funktionierende
16 internationale Ordnung einzusetzen. Das essentielle Interesse Deutschlands an
17 einem effektiven und inklusiven UN- System sollte Richtschnur der deutschen
18 Außenpolitik sein.
- 19 2. Die Bundesregierung sollte jegliche bilaterale und multilaterale Formate nutzen,
20 um sich für die rasche Umsetzung des Zukunftspaktes einzusetzen - die
21 bevorstehende deutsche Präsidentschaft der UN-Generalversammlung bietet hierfür
22 eine wichtige Gelegenheit. Dazu gehören eine bessere Repräsentation der Ländern
23 des Globalen Südens, institutionelle Reformen, konkrete Mechanismen für die
24 wirkungsvolle Einbeziehung von Zivilgesellschaft, eine stärkere Rolle der UN in
25 globalen ökonomischen Fragen sowie die Umsetzung der New Agenda for Peace.
- 26 3. Für eine ausreichende Finanzierung des UN-Systems sollte Deutschland eine
27 Vorreiterrolle einnehmen.
- 28 4. Deutschland soll sich für eine moderne und geschlechtergerechte UN-
29 Personalpolitik auf allen Ebenen einsetzen.
- 30 5. Deutschland sollte sich aktiv in die internationale Debatte über die notwendige
31 Umsetzung der Agenda 2030 der UN einbringen. Ziel soll ein positives Narrativ
32 des globalen Wandels angesichts der massiven Herausforderungen, u.a. durch die
33 Klimakrise, sein.

Antrag A14: Jetzt erst recht: Internationale Solidarität stärken!

Antragsteller*in:	SPD-Unterbezirk Köln
Status:	überwiesen
Empfehlung Antragskommission:	Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion
Sachgebiet:	A - Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik

- 1 1. Die neue Ausnahme von der Schuldenbremse muss so ausgelegt werden, dass „Hilfe
2 für völkerrechtswidrig angegriffene Staaten“ auch die zivile und humanitäre
3 Unterstützung der Ukraine umfasst.
- 4 2. Die neue Ausnahme von der Schuldenbremse muss so ausgelegt werden, dass
5 „Verteidigungsausgaben“ auch die Beiträge zu europäischen Initiativen der
6 Sicherheitspolitik umfasst.
- 7 3. Ausgaben für Entwicklungshilfe dürfen im kommenden Bundeshaushalt nicht
8 abgesenkt werden.

Antrag A15: Nichtmilitärische Friedenssicherung ebenfalls stärken!

Antragsteller*in:	070 SPD-Kreis Tempelhof-Schöneberg
Status:	überwiesen
Empfehlung Antragskommission:	Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion
Sachgebiet:	A - Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik

- 1 Neben den bereits beschlossenen zusätzlichen Mitteln für Verteidigung und Maßnahmen
- 2 der Inneren- und Cyber-Sicherheit sollen auch zusätzliche Haushaltsmittel für
- 3 nichtmilitärische Friedenssicherung, Entwicklungszusammenarbeit, zivile
- 4 Krisenprävention und Konfliktregelung, humanitäre Hilfe sowie die Stärkung der
- 5 Vereinten Nationen und der Organe der Internationalen Gerichtsbarkeit bereitgestellt
- 6 werden.

Antrag A16: Für die Stärkung der transatlantischen Beziehungen zwischen Deutschland und den USA im zivilgesellschaftlichen und politischen Kontext

Antragsteller*in:	Online-Themenforum zu Außen- und Sicherheitspolitik
Status:	überwiesen
Empfehlung Antragskommission:	Überweisung an SPD-Parteivorstand
Sachgebiet:	A - Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik

- 1 Wir fordern den Bundesparteivorstand der SPD sowie die sozialdemokratischen
2 Regierungsmitglieder der jetzigen und einer möglichen zukünftigen Bundesregierung zur
3 Umsetzung folgender Punkte im Parteiumfeld und innerhalb der Regierungskoalition auf:
- 4 1. Aufbau eines stabilen, institutionalisierten Netzwerks zwischen
5 Parteimitgliedern der SPD auf deutscher und vorzugsweise der demokratischen
6 Partei aber auch der republikanischen Partei auf der US-amerikanischen Seite.
7 Ziele der Netzwerke sollen insbesondere der Aufbau und die Pflege von Kontakten,
8 der Austausch politischer Positionen sowie die Entwicklung gemeinsamer
9 transatlantischer Standpunkte in der internationalen Politik sein. Die SPD wird
10 sich hierbei zentral für den Erhalt und Stärkung des Multilateralismus, seiner
11 Institutionen und dem Völkerrecht einsetzen. Ebenso für faire Handelsbeziehungen
12 weltweit und für eine globale klimagerechte Wirtschaftsentwicklung. Diese
13 Netzwerke sollen sowohl hauptamtliche sozialdemokratische Funktionsträger*innen
14 auf europäischer, bundes- und landespolitischer sowie kommunaler Ebene als auch
15 ehrenamtlich tätige SPD-Mitglieder ansprechen.
- 16 2. Aufbau und Förderung eines Austauschprogramms sozialdemokratischer
17 Parteimitglieder und der Demokratischen Partei in den USA zur regelmäßigen
18 Wahlkampfunterstützung in Deutschland und den USA.
- 19 3. Erhalt und Stärkung von Förderprogrammen für deutsche zivilgesellschaftliche
20 Organisationen mit transatlantischen Forschungsschwerpunkten und -projekten
- 21 4. Ermutigung und institutionelle Unterstützung weiterer SPD-Gliederungen und
22 sozialdemokratischen Funktionsträger*innen zum Aufbau weiterer
23 institutionalisierter Verbindungen zu US-amerikanischen Ebenen, bspw.
24 Städtepartnerschaften auf kommunaler Ebene.

Antrag A17: Für mehr Diversität in Post-Conflict Settings - Verpflichtende Beteiligung von FINTA in Friedensprozessen

Antragsteller*in:	SPD-Landesverband Berlin
Status:	überwiesen
Empfehlung Antragskommission:	Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion
Sachgebiet:	A - Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik

1 Die Notwendigkeit einer feministischen Außenpolitik, die die menschliche Sicherheit
2 in den Fokus stellt, hat angesichts der zahlreichen Krisen kein Stück ihrer Bedeutung
3 verloren. Um die menschliche Sicherheit nachhaltig zu gewährleisten, braucht es die
4 Beteiligung aller marginalisierten und systematisch benachteiligten Gruppen an
5 Friedensprozessen.

6
7 Es wurde bereits bewiesen, dass die Beteiligung von Frauen in Friedensprozessen zu
8 besserem Regierungshandeln ("Governance") und nachhaltigerem Frieden führt. Auch
9 forderten die Vereinten Nationen mit der Sicherheitsratsresolution 1325 bereits im
10 Jahr 2000 die Einbeziehung von Frauen in die Prävention, das Management und die
11 Konfliktlösung. Diese Resolution verpflichtet Staaten dazu, Frauen und ihre
12 Perspektiven in alle Bereiche des Friedensprozesses einzubeziehen und dabei ihre
13 besonderen Erfahrungen in Konflikten anzuerkennen. Über 20 Jahre nach dieser
14 bedeutenden Resolution sind Frauen immer noch wenig und unterproportional an
15 Friedensprozessen beteiligt. FINTA, also Frauen, Inter-, Nichtbinäre*, Trans- und
16 Agender Personen, sowie andere marginalisierte Gruppen erhalten bisher wenig bis gar
17 keine besondere Aufmerksamkeit in politischen Entscheidungsgremien. Dies führt dazu,
18 dass deren wichtige Sichtweisen und besondere Herausforderungen meist nicht am
19 Verhandlungstisch diskutiert werden. Durch diese fehlenden Perspektiven kann
20 umfassende menschliche Sicherheit nicht erreicht werden.

21
22 Es sind insbesondere weiblich sozialisierte Menschen, die in Gemeinschaften eine
23 proaktive soziale Rolle einnehmen: Auch wenn wir eine solche traditionelle
24 Rollenaufteilung bekämpfen und eine gleichberechtigte Aufteilung, unabhängig von
25 Geschlechtern anstreben, kümmern sich besonders in patriarchalen Gesellschaften
26 kümmern noch zumeist Frauen um Kinder und andere Familien- und
27 Gesellschaftsmitglieder. Durch häufig vorkommende Interaktionen mit anderen
28 marginalisierten Gruppen sowie aufgrund ihrer eigenen Betroffenheit von
29 systematischer Diskriminierung sind FINTA häufig die Herausforderungen und
30 Schwierigkeiten marginalisierter Gruppen und Individuen bekannt. Dadurch, dass die
31 Gruppe FINTA für Diskriminierungen eher sensibilisiert ist, sollten FINTA auch als
32 Mediator*innen eingesetzt werden.

33
34 Durch die Beteiligung von FINTA Personen an Entscheidungsgremien wie

Friedensverhandlungen kann also besser gewährleistet werden, dass die Perspektiven und Situationen marginalisierter Gruppen mitgedacht werden. Hierbei muss beachtet werden, dass es nicht ausreicht, eine Gruppe Frauen als Repräsentantinnen von FINTA einzuladen. Vielmehr braucht es die Beteiligung von FINTA möglichst in ALLEN am Friedensprozess beteiligten Gruppen und Parteien. Denn FINTA sind keine homogene Gruppe, die durch eine einzige Delegation an Frauen ausreichend repräsentiert ist. Die kann durch folgendes Bild verdeutlicht werden: Cis-Männer sind in der Regel in allen an Verhandlungen beteiligten Parteien zu finden. Frauen werden oftmals nur pro forma als eine zusätzliche Gruppe oder Partei eingeladen und nicht gleichwertig in die Prozesse eingebunden. Derweil wird von Cis-Männern nicht verlangt, nur in einer Gruppe vertreten zu sein, da damit ja "deren Perspektive bereits abgedeckt" sei.

Es ist wissenschaftlich bewiesen, dass die Beteiligung der Zivilgesellschaft und damit auch mehr FINTA-Personen in Friedensprozessen zu länger anhaltendem Frieden führt. Die Beteiligung von unterschiedlichen zivilgesellschaftlichen Gruppen ist wichtig, da diese als Repräsentant*innen und Vermittler*innen von marginalisierten Gruppen in der Bevölkerung dienen kann. Werden nämlich FINTA nur als Teil politischer Delegationen in Friedensverhandlungen einbezogen, besteht die Gefahr, dass wichtige Perspektiven fehlen. Denn FINTA in politischen Delegationen sind meist hochrangige Politiker*innen oder international bekannte und häufig gut ausgebildete Personen, die nicht immer mit FINTA aus der lokalen Bevölkerung gleichgesetzt werden können. Auch hier besteht also die Gefahr, nicht ausreichend die Diversität und Vielseitigkeit der FINTA abzubilden, was zu einer Reduktion an menschlicher Sicherheit aufgrund fehlender Perspektiven führen kann.

Wir fordern daher die Bundesregierung dazu auf, in allen humanitären, Friedens- und Waffenstillstandsverhandlungen die sie politisch flankiert sowie in allen Projekten, an denen sie durch Friedens- oder Militärmissionen oder durch Entwicklungszusammenarbeit beteiligt ist, folgendes sicherzustellen:

- Dass bei Teilnahme der Bundesregierung an oder Flankierung von hochrangigen Verhandlungen auf politischer Ebene, an denen keine FINTA beteiligt sind oder in welchen die Auswirkungen von Kampfhandlungen auf vulnerable Bevölkerungssegmente wie FINTA, Kinder und marginalisierte Gruppen nicht genügend Gehör finden, die Bundesregierung dies öffentlich problematisiert;
- Dass sie während unter Ausschluss zivilgesellschaftlicher Akteure laufender politischer Verhandlungen in Konfliktkontexten bereits gezielt ebenjene Akteure, insb. lokale durch FINTA und marginalisierte Gruppen geführte Organisationen, in den Konfliktstaaten und -Regionen fördert, diese finanziell unterstützt, ihre Kapazitäten für die spätere Teilnahme an langfristigen Prozessen stärkt und sich für deren tatsächliche aktiven Beteiligung an den Friedensverhandlungen im Rahmen ihrer Möglichkeiten einsetzt;
- die angemessene und effektive Beteiligung von FINTA an Stabilisierungs-,

Wiederaufbau-, Mediations- und Versöhnungsprozessen (langfristig auch von allen anderen marginalisierten Gruppen) in allen betroffenen Parteien. Dabei soll im Rahmen der Möglichkeiten eine FINTA Quote von mind. 50% angestrebt werden.

- Dass alle relevanten Koordinierungstreffen (z.B. unter Leitung der VN in humanitären und Stabilisierungs-Kontexten) die nachhaltige Beteiligung lokaler, durch FINTA und marginalisierte Gruppen geführte Organisationen in verantwortlicher Position (z.B. Co-Vorsitz einschlägiger Gremien) umsetzen.
- Mit Blick auf die Zukunft und der Möglichkeit, dass die Bundesregierung bei künftigen Prozessen möglicherweise bereits in früheren Schritten Einfluss auf Friedensverhandlungen nehmen kann, fordern wir zudem, dass sich die Bundesregierung in jedem Schritt des Friedensprozess, an dem sie beteiligt wird, für eine starke FINTA Beteiligung und den Einsatz von FINTA als Mediator*innen einsetzt.

Antrag A18: Sexualisierte Gewalt in bewaffneten Konflikten konsequenter bekämpfen und Überlebende effektiver schützen

Antragsteller*in:	Online-Themenforum zu Außen- und Sicherheitspolitik
Status:	überwiesen
Empfehlung Antragskommission:	Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion
Sachgebiet:	A - Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik

- 1 Zur Umsetzung einer feministischen Außen- und Entwicklungspolitik fordern wir:
- 2 1. Ein klares Bekenntnis der Bundesregierung zur umfassenden Untersuchung,
3 Aufklärung und ggf. strafrechtlichen Verfolgung aller Berichte über
4 sexualisierte Gewalt in allen Konflikten („conflict-related sexual violence“,
5 CRSV) weltweit. Dies setzt aufgrund der Schwierigkeit der Beweissicherung sowie
6 des großen Risikos einer Re-Traumatisierung ein hohes Maß an Erfahrung und
7 Sensibilität seitens der Ermittler*innen voraus. Aus diesem Grund sollte sich
8 Deutschland für die Aufstellung von Expert*innenteams für die Ermittlung in
9 allen Verdachtsfällen einsetzen und diplomatisch auf uneingeschränkten Zugang zu
10 allen relevanten Schauplätzen und Beweisen einwirken.
- 11 2. Ausbau und Umsetzung sozialer/psychologischer Begleitprojekte für Überlebende
12 von CRSV sowohl vor Ort als auch in Deutschland, um eine Bewältigung zu
13 ermöglichen und eine Re-Traumatisierung durch die zahlreichen Berichte und
14 Bilder aus aktuellen Konflikten vorzubeugen. Hierbei müssen sprachliche, sozio-
15 kulturelle und religiöse Bedürfnisse besonders berücksichtigt werden.
- 16 3. Die Bundesregierung sollte Untersuchungsmissionen zu Fällen von CRSV auch in
17 medial wenig präsenten Krisenregionen wie Sudan, Kongo und Tigray die notwendige
18 finanzielle und politische Unterstützung zukommen lassen, auf welche diese
19 angewiesen sind. Eine Stärkung des VN-Systems sowie des Mandats des IKRK in
20 diesem Bereich ist zu begrüßen.
- 21 4. Einsatz für verpflichtende Ausbildungsmodule zur Sensibilisierung/Prävention für
22 VN-Friedenstruppen in allen Truppenstellernationen, in Deutschland diesbzgl.
23 Stärkung des ZiF., sowie striktere Selbstverpflichtungsmaßgaben an alle
24 Entsenderstaaten bzgl. der rigorosen Strafverfolgung von Verdachtsfällen durch
25 nationale Gerichte.
- 26 5. (Internationale) strafrechtliche Verfolgung und Ahndung erleichtern: Dass es
27 bislang trotz umfassender Dokumentation zu keiner einzigen Verurteilung in CRSV-
28 Fällen gekommen ist zeigt, dass die Beweislast und Attribuierungspflicht im
29 Vergleich zu anderen Kriegsverbrechen disproportional hoch ist. Die
30 Bundesregierung sollte deshalb proaktiv für eine völkerrechtliche Anpassung
31 eintreten, welche diese Disproportionalität überkommt. Rechtsstaatliche
32 Standards an ein Strafverfahren (z.B. Freiheit der richterlichen
33 Beweiswürdigung, Beweispflicht des Anklägers, Ausschluss von politischer
34 Einflussnahme auf Urteile etc.) sind sicherzustellen.

- 35 6. Aktuelle Planungen zur Haushaltskürzung in den Bereichen Humanitäre Hilfe und
36 Entwicklungszusammenarbeit sehen wir vor dem Hintergrund der o.g. Forderung
37 äußerst kritisch. Die Bundesregierung sollte die Mittel in diesen Bereichen
38 ausweiten, anstatt sie zu kürzen.
- 39 7. Eine stärkere Sensibilisierung der deutschen Öffentlichkeit für
40 Verantwortlichkeiten, Zielsetzungen und Arbeitsweise multilateraler
41 Institutionen wie VN-Agenturen, um Versuchen der unaufrichtigen Politisierung
42 zur Untergrabung des multilateralen Systems - insb. seitens Akteuren der rechten
43 "Anti Rights"-Bewegung - vorzugreifen und die Bedeutung des deutschen
44 Engagements zur Aufrechterhaltung, Gestaltung und Stärkung des Systems sichtbar
45 zu machen.
- 46 8. Vorausschauende Planung: mit dem absehbaren politischen Rechtsruck wichtiger
47 Geberländer und der damit einhergehenden Gefahr einer abermaligen Mittelkürzung
48 im Bereich reproduktiver Gesundheit, insb. mit Antritt der zweiten Trump-
49 Administration, sollte die Bundesregierung zeitnah multilaterale politische
50 Allianzen schmieden, um weitere Mittelkürzungen in diesem Bereich umgehend zu
51 kompensieren und als international verlässlicher Partner diese Lücke zu füllen.

Antrag A19: Queerfeindliche und autoritäre Gesetzgebung in Georgien konsequent verurteilen!

Antragsteller*in:	SPD-Landesverband Berlin
Status:	überwiesen
Empfehlung Antragskommission:	Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion & Europa-SPD
Sachgebiet:	A - Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik

1 Triggerwarnung: Queerfeindlichkeit und Polizeigewalt

2

3 Im Mai 2024 verabschiedete das georgische Parlament trotz massiver Proteste endgültig
4 das sogenannte "Agentengesetz". Damit werden Nicht-Regierungsorganisationen (NGOs),
5 die mehr als 20% ihrer finanziellen Mittel aus dem Ausland erhalten, dazu gezwungen,
6 sich als Organisation eintragen zu lassen, die "die Interessen einer ausländischen
7 Macht" verfolgt. Dieses Label soll insbesondere oppositionelle Organisationen und
8 Organisationen, die sich für die Rechte marginalisierter Gruppen stark machen,
9 öffentlich diskreditieren und ihre Arbeit so erschweren. Auch ist der
10 Verwaltungsaufwand, den das Gesetz verursacht, enorm und die Strafen bei Verstößen
11 astronomisch. Doch nicht nur das: den Behörden ist es durch das Gesetz auch erlaubt,
12 Mitarbeiter*innen der NGOs zu zwingen, persönliche Informationen wie
13 Religionszugehörigkeit oder sexuelle Identität offenzulegen. Zusätzlich wurde
14 außerdem ein Gesetzespaket ins Parlament eingebracht, der vorsieht, so genannte
15 "LGBT- Propaganda" zu verbieten. Dabei sind die neuen Gesetze lediglich die Spitze
16 des Eisbergs. Schon seit längerem versucht die georgische Regierung durch autoritäre
17 Mittel ihre Macht zu zementieren und die Opposition sowie marginalisierte Gruppen
18 weiter zu schwächen.

19

20 Georgien - zwischen russischem Einfluss und EU-Beitritt

21

22 Dabei spaltet die in Georgien regierende Partei "Georgischer Traum" (welche bis 2023
23 Teil der PES war) mit diesen Gesetzen die georgische Gesellschaft weiter und
24 untergräbt das mehrheitlich geforderte und in der Verfassung verankerte Ziel eines
25 EU-Beitritts. Gleichzeitig erinnern diese Gesetze stark an russische Regelungen, die
26 bereits vor Jahren dort in Kraft getreten ist, um kritische NGOs mundtot zu machen
27 und queeres Leben aus dem öffentlichen Leben zu verbannen. So ist es wenig
28 verwunderlich, dass die russische Regierung sich positiv hinsichtlich des
29 "Agentengesetzes" geäußert hat und gegenüber Kritik verteidigt. Das Gesetz trifft
30 nämlich insbesondere Organisationen, die durch die EU, deren Mitgliedsstaaten oder
31 die USA unterstützt werden. Die georgische Regierung nähert sich also weiter an
32 Russland an, obwohl Russland die georgischen Regionen Abchasien und Südossetien immer
33 noch besetzt hält. Die Gesetze sind nur damit das neueste und offensichtlichsste
34 Beispiel,

35

36 dass die georgische Regierung immer mehr die Nähe zu Russland sucht. Dies wird
37 spätestens seit dem Angriff Russlands auf die Ukraine offensichtlich. So unterstellen
38 georgische Regierungspolitiker*innen seitdem der EU und NATO immer wieder, in
39 Georgien bzw. der Kaukasus-Region eine "zweite Front gegen Russland" eröffnen zu
40 wollen. Auch nahm der damalige georgische Ministerpräsident an einer Konferenz
41 rechter, nationalistischer Politiker unter der Führung Viktor Orbans teil und
42 begrüßte ausdrücklich die Wiederaufnahme von Direktflügen zwischen Russland und
43 Georgien, die ebenso zu heftigen Protesten führte. Gleichzeitig versucht die
44 georgische Regierung jedoch weiterhin zumindest so zu tun, als sei ein EU-Beitritt
45 weiterhin das Ziel ihrer Politik - schließlich wird ein solcher Schritt auch von
46 einer großen Mehrheit der Georgier*innen unterstützt. So ist Georgien seit Dezember
47 2023 EU-Beitrittskandidat, wobei im Zuge des "Agentengesetzes" die
48 Beitrittsverhandlungen von der EU seit Juni 2024 auf Eis gelegt wurden.

49

50 Georgien ist ein tiefreligiöses christliches Land. Seit dem Zerfall der UdSSR ist
51 Georgiens wirtschaftliche Lage relativ instabil, so gab es auch schon viele
52 Protestbewegungen und eine Revolution 2003. Seit Georgiens Unabhängigkeit spielt die
53 orthodoxe georgische Kirche eine große Rolle für Georgiens Politik und Gesellschaft.
54 Sie lobbyiert erfolgreich für einen konservativen, sehr russlandnahen Kurs. Dieser
55 findet bei der konservativen Mehrheit in der Gesellschaft viel Zuspruch.

56

57 **Die georgische Zivilgesellschaft**

58

59 Gerade auch weil ein solcher Schritt durch die EU absehbar war und viele insbesondere
60 junge Menschen in Georgien eine weitere Annäherung und Einflussnahme Russlands in
61 Georgien fürchten, demonstrierten Zehntausende regelmäßig friedlich in Tiflis und
62 anderen Städten gegen die Einführung des "Agentengesetzes". Auch hier zeigte die
63 Regierung ihren offen autoritären Stil, der die Opposition und kritische Stimmen in
64 der Gesellschaft mit allen Mitteln zu bekämpfen versucht. So kam es während der
65 Proteste zu massiver Polizeigewalt: Tränengas, Gummigeschosse, Wasserwerfer und
66 rechtswidrige Verhaftungen waren die routinierte Antwort auf die Kritik an dem
67 Gesetz. Nichtsdestotrotz ließen sich die Demonstrierenden nicht einschüchtern, denn
68 diese Antwort der Regierung lässt erahnen, was mit dem Gesetz bezweckt wird: Das Ende
69 einer kritischen, offenen, demokratisch orientierten Zivilgesellschaft. Das können
70 wir nicht hinnehmen! Denn diese ist der letzte verbleibende Akteur, der nicht in
71 Gänze durch die Regierungspartei und dessen Ehrenvorsitzenden und Milliardär Bidsina
72 Iwanischwili kontrolliert wird.

73

74 **Queerfeindlichkeit und die Unterdrückung von Minderheiten**

75

Gerade marginalisierte Gruppen wie z.B. die LGBTQIA+-Community sind der Regierungspartei dabei ein Dorn im Auge. So werden sie schon seit längerem als Sündenbock für verschiedenste gesellschaftliche Probleme dargestellt und von konservativen Teilen der Bevölkerung, insbesondere der Kirche, verfolgt. So wurden Pride-Veranstaltungen immer wieder angegriffen und Teilnehmende zum Teil schwer verletzt. Die Polizei beteiligte sich bzw. begünstigte das. Dementsprechend wundert es nicht, dass das so genannte "Agentengesetz" nun besonders NGOs trifft, die sich für die Belange marginalisierter Gruppen wie die LGBTQIA+-Community einsetzt. Diese werden von der georgischen Regierung in der Regel nur wenig unterstützt und sind dementsprechend dringend auf Unterstützung aus dem Ausland angewiesen. Gerade Angebote wie AIDS- (Auto- Immun-Difficiency-Syndrome) und HIV(Human Immunodeficiency Virus)-Prävention könnten noch schwieriger werden als zuvor. Verschärft wird die Situation durch das so genannte "Gesetz gegen LGBT-Propaganda". Dieses soll das Zeigen nicht-cisheterosexueller Lebens- und Beziehungsrealitäten in Medien und Bildungseinrichtungen verbieten. Außerdem sollen Kundgebungen wie der Christopher-Street-Day (CSD) sowie geschlechtsangleichende Operationen für trans*Personen verboten und die Adoption von Kindern durch gleichgeschlechtliche Paare ausgeschlossen werden. Per Verfassungsänderung wurde die Ehe in Georgien als Verbindung zwischen Mann und Frau definiert.

Die Rolle Deutschlands

Es gibt jedoch Möglichkeiten, die demokratischen Kräfte in Georgien zu unterstützen. Sie müssen nur genutzt werden. Möglichkeiten der Einflussnahme gibt es also, sie müssten aber auch genutzt werden! Dass sich die Bundesregierung inzwischen über die Lage in Georgien "besorgt zeigt", reicht uns nicht.

In Georgien sind viele Menschen, die gesellschaftlichen Minderheiten angehören, akut bedroht. Hinzu kommt, dass der georgische Premierminister Kobakhidze vor den Wahlen offen damit gedroht hat, Oppositionsparteien weitreichend zu verbieten. Dazu gehörten die Unity – National-Bewegung, Coalition for Change und das Parteienbündnis Strong Georgie sowie „For Georgia“.

Die Einstufung als sicherer Drittstaat berücksichtigt nicht hinreichend die besondere Situation queerer Menschen und oppositioneller Bewegungen in Georgien.

Nach den Wahlen

Das Bild einer immer autoritäreren Regierung setzte sich auch bei den im Oktober stattgefundenen Wahlen fort. Neben den massiven Einschüchterungen von Oppositionellen im Vorfeld sind auch Vorwürfe von systematischen und weitverbreiteten

Wahlmanipulation lautgeworden – so z.B. durch s.g. „ballot stuffing“, Bestechung oder Einschüchterung. Auch die proeuropäische georgische Präsidentin Salome Surabischwili erkennt das offizielle Ergebnis nicht an und erklärte die Wahl als illegitim. In ihrer Rede bezeichnete sie ihr eigenes Amt als die einzige noch unabhängige demokratische Institution.

Wir fordern daher

- unabhängige Behörden und Organisationen bei der Ermittlung und Aufarbeitung der Vorwürfe zu unterstützen und für geschlossene Unterstützung demokratischer Interessen und Rechte der georgischen Zivilgesellschaft innerhalb der EU einzutreten.
- jede Form queerfeindlicher und autoritärer Gesetzgebung sowie die Polizeigewalt gegenüber georgischen Demonstrierenden klar zu verurteilen, insbesondere durch sozialdemokratische Mandats- und Funktionsträger*innen. Insbesondere ist das sogenannte „Agentengesetz“ und der Gesetzesvorschlag gegen LGBT-Propaganda zu kritisieren und ihren Widerspruch zu einem möglichen EU-Beitritt hinzuweisen.
- die verstärkte finanzielle Förderung von georgischen NGOs und zivilgesellschaftlichen Akteuren, insbesondere solchen, die sich für marginalisierte Gruppen einsetzen, insbesondere ist das sogenannte „Agentengesetz“ und der Gesetzesvorschlag gegen LGBT-Propaganda zu kritisieren und ihren Widerspruch zu einem möglichen EU-Beitritt hinzuweisen. Dabei soll darauf Wert gelegt werden, dass NGOs und andere Akteure nicht aufgrund dieser Finanzierung selbst in rechtliche Schwierigkeiten, beispielsweise aufgrund des „Agentengesetzes“ geraten. Im Einzelfall muss mit den Betroffenen eine angemessene, möglichst sichere Lösung gesucht werden. Die Sicherheit der Betroffenen und der Fortbestand der kritischen Zivilgesellschaft Georgiens muss immer im Mittelpunkt stehen.
- Keine Kürzungen bei der Förderung politischen Bildungsarbeit durch deutsche Stiftungen und NGOs in Georgien.
- Die verschärfte politische Lage in Georgien bei einer Neubewertung von Georgien als sog. „sicheres Herkunftsland“ zugrunde legen. Insbesondere für queere Menschen oder Menschen, die sich gegen die Regierung stellen, ist Georgien kein sicherer Ort mehr.
- die SPD innerhalb der PES auf, sich gegen Georgiens Regierungskurs einzusetzen.
- zu überprüfen, inwiefern Sanktionen gegen führenden georgischen Regierungspolitiker*innen möglich und zielführend sind, die eine solche autoritäre und queerfeindliche Gesetzgebung unterstützen
- eine klare Verurteilung des sogenannten „Agentengesetz“, das auf die Einschränkung der Arbeit von NGOs und unabhängigen Medien abzielt.
- die EU-Beitrittsverhandlungen mit Georgien wieder aufzunehmen, sofern das Agentengesetz zurückgenommen wird. Die georgische Zivilbevölkerung soll

158 weiterhin in ihrer Annäherung an die Europäische Union gefördert werden.

Antrag A20: Berufung eines Expertengremiums zur Intensivierung der Zusammenarbeit mit der Indischen Congress-Partei

Antragsteller*in:	AGS Vorstand Bund (Parteizentrale)
Status:	überwiesen
Empfehlung Antragskommission:	Überweisung an SPD-Parteivorstand
Sachgebiet:	A - Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik

1 Die Parteiführung wird aufgefordert, zeitnah ein handlungsfähiges Expertengremium
2 zusammenzustellen, dass sich mit der strukturellen und programmatischen
3 Zusammenarbeit mit unserer „Schwesterpartei“ in Indien, der Congress-Partei,
4 auseinandersetzt und die Kontaktaufnahme intensiviert und in enger Zusammenarbeit mit
5 der Parteiführung verantwortlich durch- und fortführt.

6

7 Dieses Expertengremium soll aus Parteimitgliedern bestehen, die über Erfahrungen in
8 Europäischen Gremien, den SPD-Parteigliederungen, den entsprechenden
9 Arbeitsgemeinschaften (hier vor allem AGS, MuV, Frauen, AfA, ASJ, AfB und Jusos)
10 verfügen, sowohl die deutsche, wie auch die englische und mindestens eine indische
11 Hauptsprache fließend sprechen und bereits über entsprechende diesbezügliche
12 Vorkenntnisse in beiden Ländern verfügen.

Antrag A21: Solidarität mit den Genossinnen und Genossen in der Türkei

Antragsteller*in:	SPD-Ortsverein Laubach
Status:	erledigt durch SPD-Präsidiumsbeschluss
Empfehlung Antragskommission:	Erledigt durch SPD-Präsidiumsbeschluss
Sachgebiet:	A - Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik

- 1 Solidarität mit dem kämpfenden türkischen Volk!
- 2 Solidarität mit Ekrem Imamoglu!
- 3 Solidarität mit unserer Schwesterpartei CHP - Republikanische Volkspartei!
- 4 Letzte Woche stimmten 1,6 Millionen Wählerinnen und Wähler aus der CHP und mehr als
- 5 20 Millionen Wählerinnen und Wähler aus dem gesamten türkischen Volk für Ekrem
- 6 Imamoglu als Präsidentschaftskandidat.
- 7 Sie alle sprechen eine deutliche Sprache:
- 8 Ekrem Imamoglu muss der nächste Präsident der Türkei werden! In demokratischer Wahl
- 9 muss „Sultan“ Erdogan abgewählt werden. Seine Profiteure müssen ihre Posten
- 10 verlassen!
- 11 Wir bestärken alle demokratischen Kräfte in ihrem Kampf für eine demokratische
- 12 Türkei. Macht weiter!
- 13 Wir fordern die deutsche Regierung auf:
- 14 Diplomatischer Druck auf die Türkei!
- 15 Keine deutschen Waffen für die Türkei!
- 16 Einfrieren der Wirtschaftsbeziehungen!

Antrag Ar01: Tarifwende JETZT!

Antragsteller*in:	SPD-LV Sachsen-Anhalt
Status:	erledigt durch SPD-Regierungsprogramm 2025 und teilweise Koalitionsvertrag 2025
Empfehlung Antragskommission:	Erledigt durch SPD-Regierungsprogramm 2025 und teilweise Koalitionsvertrag 2025
Sachgebiet:	Ar - Arbeit und Beschäftigung

- 1 Die SPD muss sich stärker für die Tarifbindung einsetzen. Dazu soll sie sich für
- 2 folgende Maßnahmen stark machen und das TVG (Tarifvertragsgesetz) entsprechend
- 3 anpassen:
- 4 • Nachwirkung von Tarifverträgen stärken: § 4 TVG durch einen neuen § 4 Abs. 2a
- 5 TVG ergänzen, welcher regelt, dass die Rechtsnormen eines Tarifvertrages weiter
- 6 gelten, bis sie durch einen anderen Tarifvertrag abgelöst werden
- 7 • Mitgliedschaften ohne Tarifbindung (OT-Mitgliedschaften) abschaffen: § 3 Abs. 1
- 8 TVG ändern mit Neueinfügung eines Satzes 2, wonach alle Mitglieder der
- 9 Tarifvertragsparteien die vereinbarten Regelungen einhalten müssen
- 10 • Vorteile für nur Gewerkschaftsmitglieder explizit im TVG erlauben
- 11 • Allgemeinverbindlicherklärung erleichtern: § 5 Abs. 1 S. 1 TVG sinngemäß so
- 12 ändern, dass Tarifverträge auf Antrag einer Tarifvertragspartei durch
- 13 Verwaltungsakt für allgemeinverbindlich erklärt werden können, wenn dies im
- 14 öffentlichen Interesse geboten erscheint und ein paritätisch besetzter
- 15 Tarifausschuss nicht widerspricht.
- 16 • wirksames Tariftreuegesetz

Antrag Ar02: FÜR EINEN STARKEN ARBEITS- UND GESUNDHEITSSCHUTZ

Antragsteller*in:	Arbeitsgemeinschaft für Arbeit (AfA)
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung Antragskommission:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	Ar - Arbeit und Beschäftigung

- 1 Arbeit darf nicht krank machen. Zu guter Arbeit gehört guter Arbeitsschutz. Mehr
2 Anstrengungen für die Gesunderhaltung am Arbeitsplatz sind zudem Voraussetzung,
3 möglichst lange am Erwerbsleben teilhaben zu können.
- 4 Viele Beschäftigte sind an ihrem Arbeitsplatz in allen Wirtschaftsbereichen, ob
5 beispielsweise in Industrie, Dienstleistung, Forschung, Pflege oder Verwaltung
6 übermäßig hohen Belastungen ausgesetzt. Jede Arbeitnehmerin und jeder Arbeitnehmer
7 hat Anspruch auf das gleiche, den Arbeitsbedingungen angepasste Schutzniveau,
8 unabhängig von der Größe des Unternehmens.
- 9 Hohe Standards im Arbeitsschutz sollen für alle arbeitenden Menschen gelten! Es geht
10 zum einen um die körperlichen Belastungen, die vor allem durch schwere Lasten, durch
11 Heben, Tragen, Bücken, durch Arbeiten über Kopf oder in verdrehter Haltung entstehen
12 und auch Belastungen durch Gefahrstoffe. Übermäßige Belastungen umfassen aber
13 zunehmend auch psychische Faktoren, die dazu führen, dass Beschäftigte belastet bzw.
14 gestresst sind: Steigende Arbeitsintensität, ständige Erreichbarkeit, stetig
15 wachsender Druck etwa gehören dazu. Die Folgen solch arbeitsbedingter Fehlbelastungen
16 sind nicht gering zu schätzen, denn: Psychische wie physische Belastungen – das haben
17 wissenschaftliche Studien längst klar gezeigt – stellen ein erhebliches
18 Gesundheitsrisiko für die Beschäftigten dar. Gute Arbeitsgestaltung und
19 Gesundheitsschutz sind damit ein elementar wichtiges Thema in Betrieb und Verwaltung.
- 20 Kurz: Wir brauchen eine neue und ganzheitliche Humanisierung der Arbeitswelt!
21 Dazu gehört für uns insbesondere:
- 22 • Das Arbeitszeitgesetz ist in erster Linie ein Arbeitsschutzgesetz. Tägliche und
23 wöchentliche Höchstgrenzen bei der Arbeitszeit sowie die Ruhezeiten bieten
24 Schutz vor Überlastung. Das Arbeitszeitgesetz ist der wesentliche gesetzliche
25 Rahmen für die Arbeitszeitgestaltung, innerhalb dessen passgenaue tarifliche
26 Lösungen im Rahmen von Tarifautonomie und Mitbestimmung erarbeitet werden. Der
27 Acht-Stunden-Tag ist und bleibt für uns dabei eine sinnvolle Grenze für die gute
28 Vereinbarkeit von Arbeit, Gesundheit und Leben. Viele Beschäftigte arbeiten
29 bereits am Limit. Mit einer möglichen Ausweitung der täglichen Arbeitszeit auf
30 bis zu 13 Stunden steigt das Risiko für Unfälle und gesundheitliche Probleme
31 deutlich. Aus Sicht der SPD bietet das Arbeitszeitgesetz Schutz vor Überlastung,
32 aber auch bereits jetzt ausreichend Flexibilität für Arbeitgeber und
33 Beschäftigte. Die im Koalitionsvertrag vereinbarte Änderung des
34 Arbeitszeitgesetzes ist ein schmerzhafter Kompromiss. Die SPD steht auch

weiterhin für einen starken Arbeits- und Gesundheitsschutz ein. Die Einführung der Möglichkeit einer wöchentlichen anstatt einer täglichen Höchstarbeitszeit muss an einen hohen Arbeitsschutzstandard gebunden sein. Die Umsetzung wird in einem engen Dialog mit den Sozialpartnern erfolgen. Missbrauch muss ausgeschlossen werden und niemand darf gegen seinen Willen zu Mehrarbeit gezwungen werden. Die geltenden Ruhezeiten sind für den Arbeitsschutz von hoher Bedeutung und bleiben erhalten.

- Es ist sicher zu stellen, dass Arbeitgeber ihre Verpflichtung zur Erfassung der Arbeitszeiten erfüllen, insbesondere auch bei der Vertrauensarbeitszeit, und für eine gesunde Arbeitszeitgestaltung sorgen. Das hilft auch dabei, endlich Mehrarbeit und Überstunden korrekt zu erfassen und damit die Voraussetzung für deren Vergütung zu schaffen.
- Der Gesetzgeber ist gefordert, Regelungslücken bei mobiler Arbeit zu schließen. Mobile Arbeit und die Arbeit in „Modern Workspaces“ muss human gestaltet sein.
- Die Gefährdungsbeurteilung ist ein gutes Instrument der Arbeitsschutzgesetzgebung. Noch immer werden aber Gefährdungsbeurteilungen bei weitem nicht in allen Betrieben durchgeführt und es gibt Lücken bei der Arbeitsschutzkontrolle. Die Gefährdungsbeurteilung braucht mehr Verbindlichkeit. Notwendig sind eine weitere rechtliche Konkretisierung und Systematisierung der Gefährdungstatbestände, mehr Effizienz bei der Kontrolle der Einhaltung sowie wirksame Sanktionsmaßnahmen.
- Präventionsinstrumente und Instrumente zur Gefährdungsbeurteilung sind für die verschiedenen Gewerke, insbesondere auch für die Montage- und Servicebereiche wegen den besonderen Unfall- und Gesundheitsgefahren auf wechselnden Baustellen oder Arbeitsorten anzupassen und weiterzuentwickeln. Der Ausbau von Windkraftwerken und Stromtrassen, der durch energetische Sanierungsmaßnahmen steigende Personalbedarf und der vermehrte Einbau dezentraler Energieinfrastruktur wird den Anteil der Montage- oder Servicetätigkeiten künftig noch vergrößern.
- Wir brauchen ein Initiativrecht und eine wirksame Mitbestimmung bei der Durchsetzung von Präventionsmaßnahmen im Betriebsverfassungsgesetz und den Personalvertretungsgesetzen.
- Der Weg zu besseren Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten in der Pflege, insbesondere durch eine verbesserte Personalausstattung wie im PPR 2.0 muss fortgesetzt werden.
- Arbeitsbedingte psychische Erkrankungen müssen endlich als Berufskrankheit anerkannt werden.
- Das Berufskrankheitenrecht muss reformiert werden. Die gesetzlichen Hürden für die Anerkennung einer Berufskrankheit müssen gesenkt werden. Regelungen zur Beweiserleichterung sind zu treffen.
- Die Sanierung und der Umbau von Industrie und Gebäuden (öffentliche/private),

76 insbesondere die vor uns stehende energetische Sanierung, ist eine der großen
77 Herausforderungen, da noch ca. 35 Mio. Tonnen Asbest verbaut sind. Dies ist eine
78 andauernde Gefahr für mehrere 10.000 Handwerker:innen und die Bevölkerung. Vor
79 dem Hintergrund der weiterhin hohen Zahlen asbestbedingter Berufskrankheiten und
80 Todesfälle ist es entscheidend, dass die Gefahrstoffverordnung in der Praxis
81 richtig umgesetzt wird. Dazu bedarf es u.a. der Aktualisierung der technischen
82 Regeln mit klaren und einheitlichen Qualitätsstandards, insbesondere bei den
83 bußgeldbewehrten Mitwirkungs- und Informationspflichten des Veranlassers sowie
84 verstärkter Qualifikation, Information und Aufklärung. Die staatlichen
85 Aufsichtsbehörden müssen so aufgestellt sein, dass sie die Betriebe regelmäßig
86 und anlassbezogen beraten und kontrollieren können. Eine ausreichende
87 Ausstattung der Behörden mit qualifiziertem Personal sowie ständige
88 Weiterentwicklung des Vorschriften- und Regelwerkes ist seitens der jeweiligen
89 staatlichen Institutionen zu gewährleisten.

90 Guter Arbeitsschutz dient den Menschen und ist keine „unnötige Bürokratie“. Deshalb
91 braucht es eine ausreichende Ausstattung der Behörden mit qualifiziertem Personal,
92 eine ständige Weiterentwicklung des Vorschriften- und Regelwerkes sowie Aufklärung
93 und Dokumentation von Gefährdungen.

94

Antrag Ar03: Für einen heißen Arbeitskampf – gegen überhitzte Arbeiter*innen

Antragsteller*in:	110 SPD-Kreis Lichtenberg
Status:	überwiesen
Empfehlung Antragskommission:	Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion
Sachgebiet:	Ar - Arbeit und Beschäftigung

- 1 Die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundestagsfraktion und die SPD-
2 Bundesminister*innen werden aufgefordert, gesetzliche Regelungen zu schaffen, die
3 verpflichtende Hitzeschutzmaßnahmen für Arbeitnehmer*innen bei extremen Temperaturen
4 vorsehen. Dabei soll auf bestehenden arbeitsschutzrechtlichen Regelungen aufgebaut
5 und diese sinnvoll weiterentwickelt werden. Ziel ist es, den Schutz der Beschäftigten
6 angesichts zunehmender klimatischer Belastungen rechtlich abzusichern.
- 7 Insbesondere sollen folgende Maßnahmen Bestandteil eines gestuften gesetzlichen
8 Schutzsystems werden:
- 9 - Orientierung an der Arbeitsstättenverordnung (ArbStättV) und der Technischen Regel
 - 10 ASR A3.5, wobei Raum- und Außentemperaturen von über 30 °C mit verpflichtenden
 - 11 Maßnahmen verbunden werden müssen.
 - 12 - Einführung einer gesetzlichen Höchsttemperatur für körperlich belastende
 - 13 Tätigkeiten im Freien und in Innenräumen ohne Kühlung 35 °C als Obergrenze mit
 - 14 verpflichtender Arbeitsunterbrechung oder Verlagerung.
 - 15 - Festlegung von Hitzepausenregelungen bei Erreichen definierter Temperaturgrenzen,
 - 16 analog zu Siesta-Regelungen in Südeuropa.
 - 17 - Verpflichtende Bereitstellung von Trinkwasser am Arbeitsplatz.
 - 18 - Pflicht zur Ausstattung mit UV-Schutz (z. B. Schattenspende, Sonnencreme,
 - 19 Kopfbedeckung) für alle Beschäftigten, die im Freien tätig sind.
 - 20 - Regelmäßige arbeitsmedizinische Beratung und Checks bei länger andauernden
 - 21 Hitzewellen (z. B. über Betriebsärzt*innen).
- 22 Gleichzeitig soll ein Finanzierungs- und Umsetzungsplan erarbeitet werden, der kleine
23 und mittlere Unternehmen bei der Einführung dieser Maßnahmen unterstützt.
- 24 Die Einhaltung der Regelungen ist durch die zuständigen Aufsichtsbehörden (z. B.
25 Gewerbeaufsicht, Berufsgenossenschaften) zu überwachen und mit einem gestuften
26 Sanktionssystem zu versehen.

Antrag Ar04: Arbeitszeitschutz auch für medizinisches Personal

Antragsteller*in:	SPD-Landesverband Berlin
Status:	überwiesen
Empfehlung Antragskommission:	Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion
Sachgebiet:	Ar - Arbeit und Beschäftigung

- 1 Als erster Schritt für ein gerechteres Arbeitszeitrecht für medizinisches Personal
- 2 fordern wir die SPD Bundestagsfraktion auf, sich für die Streichung des §5III ArbZG
- 3 einzusetzen.

Antrag Ar05: Unternehmensverpflichtung zur Schaffung von Ruhezonen und sanitären Einrichtungen für Berufskraftfahrer:innen

Antragsteller*in:	SPD-Unterbezirk Duisburg
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung Antragskommission:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	Ar - Arbeit und Beschäftigung

- 1 Versandunternehmen (z.B. Ikea, Amazon usw.), die an ihren Niederlassungen auf die
- 2 Dienste eigener Berufskraftfahrer zurückgreifen oder die Dienste von externen
- 3 Speditionsunternehmen nutzen, sollen gesetzlich verpflichtet werden, für dieses
- 4 Personal auf eigenem Gelände oder an von diesen zu schaffenden Standorten (außerhalb
- 5 des öffentlichen Verkehrsraumes!) ausreichende Stellmöglichkeiten und sanitäre
- 6 Einrichtungen zu schaffen.

7

- 8 Die Bundestagsfraktion der SPD wird aufgefordert, in diesem Sinne tätig zu werden.

Antrag Ar06: Keep on trucking – Arbeitsbedingungen für LKW-Fahrer:innen verbessern!

Antragsteller*in:	SPD-LV Sachsen-Anhalt
Status:	erledigt durch Koalitionsvertrag 2025
Empfehlung Antragskommission:	Erledigt durch Koalitionsvertrag 2025
Sachgebiet:	Ar - Arbeit und Beschäftigung

- 1 1. An Deutschlands Autobahnen soll die Zahl der Rastplätze für LKWs auf 100.000
- 2 ausgebaut werden.
- 3 2. Bestehende LKW-Rastplätze sollen hinsichtlich Sicherheit, Versorgung mit
- 4 Nahrungsmitteln und hygienischen Bedingungen evaluiert und ggf. ausgebaut
- 5 werden.
- 6 3. Für LKW-Fahrer:innen sollen gut erreichbare, mehrsprachige Beratungsangebote
- 7 gefördert werden.
- 8 4. Betreiber von Versandlagern sollen dazu verpflichtet werden, festinstallierte
- 9 Toilettenanlagen und Sozialräume für LKW-Fahrer:innen vorzuhalten.
- 10 5. Die Kapazitäten von Zoll und Autobahnpolizei sind so aufzubauen, dass
- 11 regelmäßige flächendeckende Kontrollen des LKW-Verkehrs hinsichtlich
- 12 Standzeiten, Bezahlung und Heimkehrpflicht erfolgen können.

13

Antrag Ar07: Arbeitslosenversicherung für Beschäftigte über das Budget für Arbeit

Antragsteller*in:	Arbeitsgemeinschaft Selbst Aktiv
Status:	überwiesen
Empfehlung Antragskommission:	Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion
Sachgebiet:	Ar - Arbeit und Beschäftigung

- 1 Beschäftigte, die über das Budget für Arbeit eine Stelle auf dem 1. Arbeitsmarkt oder
- 2 in einem Inklusionsbetrieb gefunden haben, benötigen von Anfang an auch eine
- 3 Arbeitslosenversicherung. Das ist gesetzlich zu regeln.

Antrag Ar08: Arbeitszeitgesetz: Flexibilisierung durch Tarifverträge statt betrieblicher Willkür

Antragsteller*in:	070 SPD-Kreis Tempelhof-Schöneberg
Status:	erledigt durch Annahme von Ar02 in geänderter Fassung
Empfehlung Antragskommission:	Erledigt durch Annahme von Ar02 in geänderter Fassung
Sachgebiet:	Ar - Arbeit und Beschäftigung

- 1 Die Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion werden aufgefordert sicher zu stellen, dass
- 2 die folgenden Punkte des Arbeitszeitgesetzes auch in Zukunft unverändert gelten:
- 3 1. Die werktägliche Arbeitszeit darf acht Stunden weiterhin nicht überschreiten.
- 4 2. Es bleibt bei mindestens 30 Minuten Pause nach sechsstündiger bzw. 45 Minuten
- 5 Pause nach neunstündiger Arbeit.
- 6 3. Beschäftigte behalten ihren Anspruch auf eine ununterbrochene Ruhezeit von
- 7 mindestens elf Stunden nach Beendigung der täglichen Arbeitszeit.
- 8 Flexibilisierung von Arbeitszeiten dürfen nur über Tarifverträge erfolgen. Dies ist
- 9 bei einer Reform des Arbeitszeitgesetzes zu berücksichtigen. Darüber hinaus ist in
- 10 das Arbeitszeitgesetz aufzunehmen, dass eine lückenlose, für Arbeitnehmer*innen
- 11 nachvollziehbare, Erfassung der Arbeitszeit in jedem Betrieb zu erfolgen hat.

Antrag Ar09: Aufklärung vor allem von KMU zur Anwerbung, Einstellung und Betreuung von außereuropäischen Fachkräften

Antragsteller*in:	AGS Vorstand Bund (Parteizentrale)
Status:	erledigt durch Koalitionsvertrag 2025
Empfehlung Antragskommission:	Erledigt durch Koalitionsvertrag 2025
Sachgebiet:	Ar - Arbeit und Beschäftigung

- 1 Die Parteiführung wird aufgefordert, über die entscheidenden Stellen (BMAS, BA, BMWK
- 2 et al) auf Bundes- und Landesebene darauf hinzuwirken, vor allem den KMU die
- 3 Möglichkeiten und die Verfahrensweise bei der Anwerbung, Einstellung und Betreuung
- 4 von außereuropäischen Fachkräften dediziert zu erläutern und dieses auch in
- 5 persönlicher proaktiver Beratung zu tun.

Antrag Ar10: Internationale MINT-Studierende als strategische Fachkräftepotenziale in der Fachkräftestrategie des Bundes verankern

Antragsteller*in:	SPD-Landesorganisation Bremen
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung Antragskommission:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	Ar - Arbeit und Beschäftigung

- 1 Die SPD setzt sich auf Bundesebene dafür ein, dass internationale Studierende –
2 insbesondere in den MINT-Fächern (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und
3 Technik) – systematisch als künftige Fachkräfte anerkannt und als eigenständiges
4 Handlungsfeld in der Fachkräftestrategie der Bundesregierung verankert werden.
- 5 Konkret fordert die SPD:
- 6 Die **Ergänzung der Fachkräftestrategie des Bundes** zur Gewinnung und Bindung
7 internationaler MINT-Studierender sollte ein eigenes Maßnahmenpaket umfassen,
8 beispielsweise
- 9 den **Aufbau eines beschleunigten Visaverfahrens (Fast Track)** für
- 10 2. Studienbewerber:innen aus Drittstaaten in MINT-Fächern, die Einführung von
11 „**Study & Stay**“-Programmen mit durchgängiger Begleitung vom Hochschulzugang bis
12 zum Berufseinstieg und die **Förderung regionaler Kooperationsprojekte** zwischen
13 Hochschulen, Unternehmen und Ausländerbehörden zur frühzeitigen Integration
14 internationaler Studierender in den Arbeitsmarkt.

Antrag Ar11: Förderung von zugewanderten Frauen im Arbeitsmarkt

Antragsteller*in:	SPD-Unterbezirk Dresden
Status:	angenommen
Empfehlung Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	Ar - Arbeit und Beschäftigung

- 1 Im allgemeinen Arbeitsmarkt sind zugewanderte Frauen mit ausländischer
2 Staatsangehörigkeit unterrepräsentiert. Besonders bei geflüchteten Personen
3 unterscheidet sich die Erwerbstätigenquote zwischen Männern und Frauen nach dem Zuzug
4 maßgeblich:
- 5 Die Erwerbstätigenquote von Frauen, die 2015 nach Deutschland geflüchtet sind, liegt
6 zehn Jahre nach ihrer Ankunft über 50 Prozentpunkte unter der der geflüchteten Männer
7 (86 % vs. 33 %) und 40 Prozentpunkte unter dem Durchschnitt der weiblichen
8 Bevölkerung (72 % vs. 33 %). Dafür gibt es mehrere Gründe. Ein großer Teil der neu
9 zugewanderten Frauen lebt in benachteiligten sozialen Lagen und ist regelmäßig
10 migrations- sowie genderspezifischen Stressoren ausgesetzt, wie z. B.
11 Sprachproblemen, unterschiedlichen Rollenverständnissen, Anpassungsanforderungen an
12 die mitgebrachte und die neue deutsche Kultur, Fremdenfeindlichkeit und
13 Diskriminierungserfahrungen. Zudem ist die Lebenssituation von Migrantinnen oft durch
14 eine überfordernde Mehrfachbelastung innerhalb der Familie geprägt.
- 15 Daher ist es unabdingbar, dass gering qualifizierte Frauen mit eigener
16 Migrationserfahrung und erhöhtem Unterstützungsbedarf auf dem Weg in Qualifizierung,
17 Ausbildung und sozialversicherungspflichtige Beschäftigung gezielt gefördert werden.
18 Dies wirkt einer möglichen (weiteren) Verfestigung der Abhängigkeit von
19 Unterstützungsleistungen entgegen.
- 20 Der Bundesparteitag möge beschließen und an die SPD Fraktion im Deutschen Bundestag
21 sowie die sozialdemokratischen Mitglieder in der Bundesregierung weiterleiten:
- 22 Die dauerhaft ausfinanzierten Unterstützungsleistungen sowie Projekte zur gezielten
23 lebenslagenorientierten Ansprache und Beratung der Frauen sowie eine kontinuierliche,
24 vertrauensvolle und individuelle Begleitung müssen gewährleistet sein. Solche
25 Projekte sollten umfassen:
- 26 1. Ansprache und Informationsvermittlung zu relevanten Leistungen des regulären
27 Hilfesystems
- 28 2. Empowerment-Aktivitäten
- 29 3. Beratung zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf
- 30 4. Vernetzung mit Betrieben
- 31 5. Individuelle Begleitung
- 32 Weiterhin muss die Kinderbetreuung während der Inanspruchnahme der
33 Unterstützungsleistungen gewährleistet sein. Die Schwerpunkte der Förderung liegen
34 auf Qualifizierung und Arbeitsmarktintegration. Eine nahtlose und vergleichsweise

- 35 langfristige Begleitung der Teilnehmerinnen – sowohl während der Maßnahme als auch
- 36 nach Beginn einer Ausbildung oder Beschäftigung – erhöht die Chancen einer
- 37 erfolgreichen Teilnahme sowie einer nachhaltigen Integration in Ausbildung und
- 38 Arbeit.

Antrag Ar12: Mitbestimmung für eine nachhaltige Wirtschaft und Gesellschaft

Antragsteller*in:	SPD-Ortsverein Bielefeld-Altenhagen
Status:	überwiesen
Empfehlung Antragskommission:	Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion
Sachgebiet:	Ar - Arbeit und Beschäftigung

1 **Moderne Mitbestimmung - Neue Herausforderungen benötigen neue Antworten**

2 Digitalisierung, Internationalisierung, Demografie und sozial ökologische
3 Transformation erzeugen große wirtschaftliche Umbrüche und stellen die Betriebe vor
4 große Herausforderungen. Die schon jetzt einsetzenden Veränderungen der Arbeitswelt
5 erfordern einen Modernisierungsschub für das letztmalig 1972 umfassend modernisierte
6 Betriebsverfassungsgesetz. Die Interessenvertretungen der Beschäftigten müssen die
7 Umbrüche wirksam mitgestalten, sollen sie erfolgreich sein. Wir brauchen mehr
8 Mitbestimmung.

9 Aus diesen Gründen fordert die SPD für wesentliche Punkte der zukünftigen Unter-
10nehmenspolitik eine Modernisierung des Betriebsverfassungsgesetzes.

11 **Mitbestimmung tritt für Umweltschutz und Gleichstellung ein**

12 Klima, Umwelt und Gleichstellung sind zentrale Themen unserer Zeit. Deshalb nimmt die
13 sozial-ökologische Transformation eine überragende Stellung in der gesellschaftlichen
14 Diskussion ein. Notwendig sind bessere Initiativ- und Mitbestimmungsrechte bei der
15 ökonomisch/ökologischen Ausrichtung des Betriebes. Durch Erweiterung des § 87 BetrVG
16 erhält der Betriebsrat größere Gestaltungsmöglichkeiten bei einer umweltfreundlichen
17 Produktion. Der Mitbestimmungskatalog wird durch folgende Regelung erweitert:
18 „**Grundsätze über Nachhaltigkeitskriterien im Rahmen des Betriebs-bzw. Unternehmens-**
19**zwecks.**“ Gestärkt wird das ökologische Standing eines Unternehmens durch die Gründung
20 eines Umweltausschusses. (§ 28 BetrVG)

21 Die Gleichstellung der Geschlechter wird durch ein Initiativ- und Mitbestimmungsrecht
22 im § 87 BetrVG u.a. zur Entgeltgerechtigkeit gestärkt. Notwendig ist folgende
23 Ergänzung: „**Grundsätze über die Förderung der tatsächlichen Gleichstellung aller**
24**Geschlechter, insbesondere in Hinblick auf Einstellung, Bezahlung,**
25**Qualitätsentwicklung und beruflichen Aufstieg.**“ Zudem unterstützt die zwingende
26 Gründung eines Gleichstellungsausschusses (§ 28 BetrVG) die Gleichberechtigung. Dem
27 Gleichstellungsausschuss wird ein Mitgestaltungsrecht bei Gleichstellungsmaßnahmen
28 eingeräumt. Zudem sollte der Gesetzgeber prüfen, wie im Gesetz die
29 Geschlechtervielfalt besser abgebildet werden kann.

30 **Mitbestimmung sichert Beschäftigung in der Transformation**

31 Die zuvor skizzierten Umbrüche werden die Arbeitswelt in ihrer bislang bekannten Form
32 nachhaltig verändern. Darauf müssen wir politische Antworten finden. Dafür benötigen
33 insbesondere Betriebsräte bei den Schlüsselthemen Weiterbildung,
34 Beschäftigungssicherung und Personalplanung der Transformation weitergehenden

Einflussrechte. Gerade vor dem Hintergrund des Themas „New Work“ ist dies unverzichtbar. „New Work“ gilt in vielen Unternehmen als Zauberformel für eine neue agilere Ausgestaltung der Arbeit. Dabei geht es sowohl um örtlich als auch zeitlich flexibleres Arbeiten, um die Organisation von Privaten und Beruflichen in Einklang zu bringen. Dies kann zur Folge haben, dass die Einhaltung von Arbeitszeitstandards und insgesamt eine Entgrenzung der Arbeitszeit kaum überprüft werden kann. Auch in diesem Zusammenhang muss die Betriebsverfassung nachgeschärft werden, damit Interessenvertretungen Kolleg*innen besser schützen können.

Die bisherigen Rechte bei Beschäftigungssicherungsmaßnahmen und der Personalplanung werden zu Mitbestimmungsrechten ausgebaut. (§ 92 BetrVG) Hierdurch können sich die Interessenvertretungen für Fachkräftegewinnung und Beschäftigungssicherung einsetzen und in Zusammenhang mit §§ 87 und 90, 91 BetrVG die Arbeitsabläufe und somit gute Arbeit (Gesundheit, Arbeitsintensität) gestalten. Auch bei personellen Einzelentscheidungen muss das Mitbestimmungsrecht des Betriebsrates gestärkt werden. Hier sind die §§ 99 und 102 BetrVG entsprechend zu gestalten (z.B. Fristverlängerung der Einspruchsmöglichkeiten durch Beschluss des Betriebsrates). Von zentraler Bedeutung in der sozialverträglichen Gestaltung der vielfältigen Umbrüche sind Fragen einer zukunftsorientierten Berufs- und Weiterbildung. In diesem Bereich muss das bestehende Initiativrecht zu einem Mitbestimmungsrecht mit erzwingbarer Einigung ausgebaut werden. (§ 96 ff BetrVG) Insbesondere soll der § 97 Abs. 2 BetrVG wie folgt geändert werden: **„Bei der Planung und Durchführung von betrieblichen und außerbetrieblichen Berufsbildungsmaßnahmen hat der Betriebsrat mitzubestimmen.“**

Mitbestimmung erhält einen weitergehenden Zuständigkeits- und Schutzbereich

Digitalisierung und Outsourcing hat zu flexiblen Organisations- und Kooperationsformen in und zwischen den Unternehmen geführt. Dies erfordert einen erweiterten Betriebsbegriff (§ 1 BetrVG) und eine Neubestimmung des/der Arbeitnehmer*in. Der Betriebsbegriff in Verbindung mit dem Mitbestimmungskatalog (§ 87 BetrVG) wird so geändert bzw. erweitert, dass der Betriebsrat auch bei Umstrukturierungen und Änderungen der Arbeitsabläufe mitbestimmen kann. Um alle schutzbedürftigen Beschäftigten effektiv vertreten zu können, wird der Begriff des Betriebes (§ 1 BetrVG) und des Arbeitnehmers (§ 5 BetrVG) und die Wahlrechte (§ 7 BetrVG) entsprechend geändert. Z. B. müssen auch atypische Werkverträge einbezogen werden, so dass auch diese Beschäftigten vertreten werden können.

Mitbestimmung erfordert Zeit und Freiheit. Den Beschäftigten wird Zeit (mindestens eine Stunde pro Woche) zur Verfügung gestellt, um die Beteiligungsrechte auch wahrnehmen zu können und um Ideen zu den eigenen Arbeitsbedingungen zu entwickeln (§ 81 BetrVG). Bessere Schutzklauseln stärken Beschäftigung. So werden Aufhebungsverträge nur wirksam, wenn der Arbeitnehmer vorher eine Beratung durch den Betriebsrat oder die zuständige Gewerkschaft bekommen hat.

Mitbestimmung erfordert den Schutz starker Gremien

Neben gestärkten Individualrechten benötigen die Gremien der betrieblichen Mitbestimmung eine aufgewertete Stellung. Die Gründung von Betriebsräten muss

77 erleichtert werden. Erweiterter Kündigungsschutz für Initiatoren erschwert das Union-
78 Busting (§ 119 BetrVG). Zudem könnte die Pflicht zur Durchführung von jährlichen
79 Informationsveranstaltungen in betriebsratslosen Betrieben die Gründung unterstützen.
80 Dazu sollte auch eine im Betrieb vertretene Gewerkschaft einladen dürfen. Auch sind
81 befristet und prekär Beschäftigte besonders zu schützen, um diesen
82 Beschäftigungsgruppen eine aktive Betriebsratsarbeit zu ermöglichen.

83 Betriebsräte benötigen effektive Durchsetzungsrechte. Ein Unterlassungsanspruch, bei
84 Nichtbeachtung von Beteiligungsrechten und konsequente Strafverfolgung bei
85 Behinderung von Betriebsratswahlen (Offizialdelikt) stellen wirksame Regelungen dar.
86 In diesem Zusammenhang sollte auch der breite generelle Tendenzschutz in religiösen
87 Institutionen abgeschafft werden und nur noch für enge religiöse
88 Verkündigungsbereiche gelten (§ 118 BetrVG).

89 **Gesellschaft und Wirtschaft ist ohne Demokratie und Mitbestimmung nicht denkbar. Nur**
90 **mit einer verbesserten Mitbestimmung können wir die Herausforderungen einer sozial-**
91 **ökologischen Transformation erfolgreich gestalten.**

Antrag Ar13: Digitales Zugangsrecht für Gewerkschaften in Unternehmen

Antragsteller*in:	OV Fürstenwalde
Status:	erledigt durch Koalitionsvertrag 2025
Empfehlung Antragskommission:	Erledigt durch Koalitionsvertrag 2025
Sachgebiet:	Ar - Arbeit und Beschäftigung

- 1 Die Mitglieder der SPD, insbesondere die Bundestagsabgeordneten, setzen sich dafür
- 2 ein, dass das Betriebsverfassungsgesetz um eine Regelung analog zu § 9 Abs. 3 Satz 2
- 3 BPersVG mit dem Wortlaut "Auf Verlangen einer Gewerkschaft oder einer Vereinigung der
- 4 Arbeitgeber hat die Dienststelle/Arbeitgeber in ihrem Intranet auf den
- 5 Internetauftritt der Gewerkschaft oder der Arbeitgebervereinigung zu verlinken."
- 6 sowie um ein digitales Zugangsrecht der Gewerkschaften, das einen Anspruch der
- 7 Gewerkschaften auf die Übermittlung der betrieblichen E-Mailadressen der
- 8 Arbeitnehmenden beinhaltet, ergänzt wird.

Antrag Ar14: Grenzenlose Beteiligung! Für transnationale betriebliche Mitbestimmung in der EU

Antragsteller*in:	SPD-Landesverband Berlin
Status:	überwiesen
Empfehlung Antragskommission:	Überweisung an Europa-SPD
Sachgebiet:	Ar - Arbeit und Beschäftigung

1 Stell dir vor, du arbeitest in Berlin und musst mit einem*einer Chef*in in Madrid
2 verhandeln, der*die neue Regeln für das gesamte Unternehmen durchsetzen will. Du
3 kämpfst für bessere Arbeitsbedingungen, aber ständig hörst du: „Keine Extrawurst für
4 euch!“ Am Ende kommt oft nur der kleinste gemeinsame Nenner heraus – weit entfernt
5 von echten Verbesserungen. Dieses Verhandlungschaos erschwert nicht nur die
6 Verbesserung der Arbeitsbedingungen vor Ort, sondern auch die demokratische
7 Beteiligung aller Kolleg*innen. Egal ob mit oder ohne eigene Vertretung, der aktuelle
8 Zustand bremst die Mitbestimmung der Arbeitnehmer*innen in der gesamten EU.

9

10 Arbeitnehmer*innenvertretungen müssen immer häufiger nach jeweiligem, örtlich
11 geltendem Recht mit Geschäftsführer*innen verhandeln, die in einem anderen
12 Mitgliedstaat sitzen und Vereinbarungen anstreben, die grenzüberschreitende Normen im
13 gesamten Unternehmen setzen würden.

14

15 Arbeit verändert, digitalisiert und europäisiert sich. In vielen Branchen ist die
16 Arbeit nicht mehr zwingend ortsgebunden und Unternehmen organisieren sich zunehmend
17 über Staatsgrenzen hinaus. Transnational arbeitende Teams sowie Fern- und Telearbeit
18 gehörten auch vor der COVID-19-Pandemie für viele schon zur Arbeitsnorm, haben sich
19 seitdem aber immer weiter verbreitet.

20

21 Es gehört nach Jahren der europäischen Wirtschaftsintegration längst zum
22 Arbeitsalltag, dass Unternehmen mehrere selbstständige oder voneinander abhängige
23 Betriebe in mehreren EU-Mitgliedstaaten unterhalten.

24

25 Die betriebliche Mitbestimmung in unserem zunehmend transnational organisierten und
26 europäisch ausgerichteten Arbeitsalltag steckt voller Herausforderungen. Die EU steht
27 hier auf dem Prüfstand und zeigt deutliche Schwächen und Lücken. Während die
28 Wirtschaftsintegration voranschreitet und die institutionellen Rahmenbedingungen für
29 die grenzüberschreitende Integration von Unternehmen kontinuierlich ausgebaut werden,
30 hinkt die EU bei sozialen Fragen hinterher. Es fehlen dringend notwendige,
31 grenzüberschreitende Mitbestimmungsregeln, um die Demokratie auch im europäischen
32 Arbeitsalltag zu verankern.

33

Die aktuelle Form der Arbeitnehmer*innenvertretung im europäischen Kontext ist der Europäische Betriebsrat (EBR), welcher ein Gremium zur Unterrichtung und Anhörung in grenzüberschreitend tätigen Unternehmen mit mehr als 1.000 Beschäftigten und jeweils mindestens 150 Arbeitnehmer*innen in mindestens zwei Mitgliedstaaten darstellt. Ein EBR ist allerdings kein Betriebsrat im Sinne der deutschen Betriebsverfassung und hat keine Mitbestimmungsrechte. Ein Betriebsrat hat hingegen als gewählte Interessenvertretung der Arbeitnehmer*innen in einem Betrieb Mitbestimmungsrechte, einige deren erzwingbar, in verschiedenen Bereichen wie Arbeitszeit- und Lohngestaltung, Personalmaßnahmen und sozialen Angelegenheiten. In diesem Kontext erschweren die extrem hohen Hürden für die Gründung eines EBRs sowie die begrenzten Rechte des Gremiums die betriebspolitische Praxis für Arbeitnehmer*innenvertretungen, die grenzüberschreitend zusammenarbeiten und somit ihre Projekte voranbringen möchten.

Der EBR wurde durch die europäische Betriebsratsrichtlinie vom 22. September 1994 ins Leben gerufen, die am 6. Mai 2009 novelliert wurde. Die Arbeitswelt in vielen Sektoren sieht allerdings längst nicht mehr wie in den 90er und 00er Jahren aus. Das Europäische Parlament stimmte im Februar 2023 für einen legislativen Initiativbericht, um die Europäische Kommission aufzufordern, die aktuellste Richtlinie zu überarbeiten, um unter anderem Informationsrechte und Durchsetzungsmöglichkeiten der EBRs zu stärken. Echte Mitbestimmung ist für europäische Betriebsräte in transnationalen Konzernen aber nicht vorgesehen.

Die europäische Politik verschläft seit Jahren die Chance, die transnationale Mitbestimmung an die Realität des transnationalen Arbeitens und Unternehmens im heutigen Europa anzupassen und das Recht auf grenzüberschreitende Zusammenarbeit der Vertretungsorgane auch für Mitarbeiter*innen kleiner und mittelständischer Unternehmen zu erweitern. Mitbestimmung zu stärken hilft dabei, politischer Apathie entgegenzuwirken, das politische Interesse der Beschäftigten zu steigern und so demokratische Prozesse zu stabilisieren. In einem Europa, wo Rechte auf dem Vormarsch sind, ist die Mitbestimmung auch als wirksame antifaschistische Gegenmaßnahme zu verstehen und sollte dementsprechend dringend eingeführt werden.

Wir fordern daher:

1. Eine weitreichende Novelle der europäischen Betriebsratsrichtlinie, um transnationale Mitbestimmungsrechte einzuführen.
2. Die Senkung der erforderlichen Beschäftigtenzahl für die Gründung eines europäischen Betriebsrats auf 100 und jeweils 15 Arbeitnehmer*innen in mindestens zwei Mitgliedstaaten.
3. Eine Verpflichtung für die Geschäftsführung von staatenübergreifend tätigen Unternehmen mit mindestens 200 Mitarbeiter*innen, solange kein EBR existiert,

einmal im Jahr eine Versammlung der agierenden Vertretungsorganen einzuberufen, geeignete Räumlichkeiten zur Verfügung zu stellen, die betroffene Kolleg*innen für die Versammlung freizustellen sowie die daraus entstehenden Reisekosten zu übernehmen. Die Ausgestaltung, Organisation und Leitung der Versammlung ist den Vertreter*innen der nationalen Mitarbeiter*innenvertretung oder in Ermangelung solcher Vertreter*innen der jeweiligen nationalen Gewerkschaften zu übertragen.

4. Den daraus resultierenden Betriebsrat mit den Zuständigkeiten auszustatten, die nach deutschem Gesetz einem Gesamtbetriebsrat zur Verfügung stehen. Das heißt, dass der EBR für die Behandlung von Angelegenheiten zuständig sein soll, die das Gesamtunternehmen oder mehrere Betriebe betreffen und nicht durch die einzelnen Vertretungsorgane innerhalb ihrer Betriebe geregelt werden können. Seine Zuständigkeit soll sich insoweit auch auf Betriebe ohne Betriebsrat und Betriebe in Ländern ohne Vertretungsorgane nach national geltendem Recht erstrecken. Er wäre den einzelnen Vertretungsorganen nicht übergeordnet.

5. Dass das genaue Ausmaß der Beteiligungsrechte des EBRs nach dem Recht im anwendbaren Mitgliedstaat gerichtet wird, welches die umfassendsten Gegenstände der Mitbestimmung und somit Gestaltungsspielraum vorsieht. Bei einer Gründung eines deutsch-französischen EBRs würde dann beispielsweise das deutsche BetrVG Vorrang haben.

6. Eine Verpflichtung im Vergabeverfahren der Europäischen Kommission und ihrer untergegliederten Agenturen, ausschließlich an Unternehmen mit betrieblicher Mitbestimmung Aufträge zu vergeben.

Antrag Ar15: Mehr Schutz für alle Mitglieder in Jugend- und Auszubildendenvertretungen

Antragsteller*in:	SPD-Landesorganisation Hamburg
Status:	angenommen
Empfehlung Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	Ar - Arbeit und Beschäftigung

- 1 Die SPD Bundestagsabgeordneten im Ausschuss für Arbeit und Soziales mögen auf eine
- 2 Ergänzung im Betriebsverfassungsgesetz hinwirken, sodass §78a BetrVG seinen Schutz
- 3 nicht nur auf Auszubildende erstreckt, sondern auch auf Dual Studierende.

Antrag Ar16: Mindestlohn – Aber richtig!

Antragsteller*in:	SPD-Bezirk Hessen-Nord
Status:	erledigt durch Beschlusslage und Koalitionsvertrag 2025
Empfehlung Antragskommission:	Erledigt durch Beschlusslage und Koalitionsvertrag 2025
Sachgebiet:	Ar - Arbeit und Beschäftigung

- 1 Der Mindestlohn muss auf ein angemessenes Niveau steigen und kontinuierlich an die
- 2 wirtschaftliche Entwicklung angepasst werden und für die lückenlose Umsetzung müssen
- 3 ergänzend auch nach Forderung des Deutschen Gewerkschaftsbundes gute Tarifverträge
- 4 der Standard und dementsprechend die Tarifbindung gestärkt werden. Die Ableistung von
- 5 unbezahlten Überstunden ist außerdem zu unterbinden. Entsprechende Kontrollen müssen
- 6 verstärkt werden. Ausnahmen vom Mindestlohn wie z.B. bei Praktikant*innen, Menschen
- 7 mit Behinderungen, Jugendlichen unter 18 und Langzeitarbeitslosen sind abzuschaffen..
- 8 Notwendig für die Überprüfung der Einhaltung des Mindestlohnes ist es, mehr Personal
- 9 bei den kontrollierenden Behörden anzustellen. Eine ausreichende bundesweite
- 10 Überprüfung ist aktuell nicht möglich. Außerdem müssen die Dokumentationspflichten
- 11 ausgebaut werden. So sollen Arbeitgeber*innen verpflichtet sein, Arbeitszeiten aller
- 12 Mitarbeiter mit genauen Zeiten zu erfassen.

Antrag Ar17: Mindestlohn für alle – auch für Beschäftigte in Werkstätten für behinderte Menschen

Antragsteller*in:	Arbeitsgemeinschaft Selbst Aktiv
Status:	überwiesen
Empfehlung Antragskommission:	Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion
Sachgebiet:	Ar - Arbeit und Beschäftigung

- 1 Die SPD setzt sich für die Übertragung des Mindestlohns auch für die Menschen mit
- 2 Behinderungen in Werkstätten ein. Dies ist verbunden mit der Übertragung des
- 3 Arbeitnehmerstatus wie sie im Arbeitsleben üblich sind. Es gilt, ebenfalls durch
- 4 entsprechende Qualifizierung, die arbeitsmarktlichen Potentiale auch behinderter
- 5 Menschen in den Werkstätten für den allgemeinen Arbeitsmarkt verstärkt zu
- 6 erschließen.
- 7 Zur Höhe des Mindestlohnes schließen wir uns hierbei den Antrag der Nord-SPD mit
- 8 einem Mindestlohn von 15,00 € an.
- 9 Durch gezielte Übergänge von Schule und Ausbildung sowie Schule und Beruf, ist eine
- 10 gemeinsame Bildung, Ausbildung, berufliche Tätigkeit behinderter Menschen politisches
- 11 Ziel der Gesellschaft.
- 12 Wir greifen hierbei die Kritik des UN-Staatenberichts zur verstärkten beruflichen
- 13 Inklusion behinderter Menschen auf. Wir fordern ebenfalls neue Qualifikationsfelder
- 14 mit beruflichem Abschluss für den Personenkreis von Menschen mit Behinderungen
- 15 ergänzt einzurichten.
- 16 Diese Ziele müssen jetzt gezielt umgesetzt werden und entsprechend der Forderung des
- 17 UN-Staatenberichts in Kooperation mit behinderten Menschen, also Selbst Aktiv, neue
- 18 berufliche Perspektiven für Menschen mit Behinderungen schaffen.
- 19 Es gilt jedoch auch mit dem Mindestlohn, den Werkstattbeschäftigten konsequent einen
- 20 Arbeitnehmerstatus zuzusichern.

Antrag Ar18: Reallöhne stärken, Mindestlohn erhöhen!

Antragsteller*in:	SPD-Landesorganisation Hamburg
Status:	erledigt durch Beschlusslage und Koalitionsvertrag 2025
Empfehlung Antragskommission:	Erledigt durch Beschlusslage und Koalitionsvertrag 2025
Sachgebiet:	Ar - Arbeit und Beschäftigung

- 1 Wir halten die zum 1.1.2024 beschlossene Erhöhung des Mindestlohnes nicht für
- 2 ausreichend und setzen uns für eine angemessene Erhöhung des Mindestlohnes zum
- 3 1.1.2025 ein.
- 4 § 9 Abs. 2 MiLoG (Gesetz zur Regelung eines allgemeinen Mindestlohns) soll
- 5 dahingehend ergänzt werden, dass für Beschlüsse der Mindestlohnkommission stets der
- 6 aktuelle Mindestlohn als Bemessungsgrundlage dient.
- 7 Die Bundestagsfraktion wird gebeten zu prüfen, ob eine Indexierung des Mindestlohns
- 8 auch ohne Einschaltung der Mindestlohnkommission möglich ist.

Antrag Ar19: Subunternehmen bei Zustellern verbieten

Antragsteller*in:	SPD-Bezirk Hessen-Nord
Status:	angenommen
Empfehlung Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	Ar - Arbeit und Beschäftigung

- 1 Analog zum Gesetz der Sicherung von Arbeitnehmer*innenrechten in der Fleischindustrie
- 2 sollen auch die Mitarbeitenden der Paketbranche durch ein Gesetz besser geschützt
- 3 werden.

Antrag Ar20: Leiharbeit: Schlechterstellung beenden.

Antragsteller*in:	SPD-Unterbezirk Köln
Status:	erledigt durch SPD-Wahlprogramm 2021
Empfehlung Antragskommission:	Erledigt durch SPD-Wahlprogramm 2021
Sachgebiet:	Ar - Arbeit und Beschäftigung

- 1 Die SPD-Bundestagsfraktion sowie die Bundespartei sind dazu aufgefordert sich dafür
- 2 einzusetzen, dass die Schlechterbezahlung von Leiharbeitnehmer*innen beendet wird.
- 3 Equal-Pay muss ohne Schlupflöcher durchgesetzt werden können. Dazu ist § 8
- 4 Arbeitnehmerüberlassungsgesetz dahingehend abzuändern, dass die Möglichkeit der
- 5 tarifvertraglichen Abweichung nach unten vom Equal-Pay-Grundsatz, abgeschafft wird.

Antrag Ar21: Bekenntnis zu einem starken Öffentlichen Dienst

Antragsteller*in:	SPD-Landesverband Bayern
Status:	überwiesen
Empfehlung Antragskommission:	Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion und SPD-Landtagsfraktionen
Sachgebiet:	Ar - Arbeit und Beschäftigung

- 1 Wir fordern die Verantwortlichen in Bund, Land und Kommunen, insbesondere die SPD-
2 Vertreter in Bundes- und die Landesregierungen sowie in den kommunalen Verwaltungen
3 auf, massiv in die finanzielle und personelle Ausstattung des öffentlichen Dienstes
4 zu investieren.
- 5 Die SPD-Vertreter*innen haben bei Tarifverhandlungen im Öffentlichen Dienst darauf
6 hinzuwirken, dass die Attraktivität des Öffentlichen Dienstes erheblich gesteigert
7 wird. Daher müssen insbesondere in Sachen Entgelt, Arbeitszeit und Arbeitsbedingungen
8 massive Verbesserungen erzielt werden, um das bestehende Personal zu halten und neues
9 zu gewinnen und so die Zukunftsfähigkeit der öffentlichen Hand, die
10 Handlungsfähigkeit des Staats und die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands
11 aufrechterhalten zu können.
- 12 Die Transformation der Wirtschaft, die Modernisierung der Infrastrukturen, der Abbau
13 von Bürokratie, die Daseinsvorsorge und moderne und gerechte Verwaltungen brauchen
14 einen handlungsfähigen öffentlichen Dienst. Um dies sicherzustellen, bedarf es
15 dringend notwendiger Investitionen. Die großen Herausforderungen an das Personal
16 müssen sich in Form von Entlastung sowie angemessenen Entgelt und Arbeitsbedingungen
17 niederschlagen.
- 18 Deshalb müssen die SPD-Vertreter*innen der öffentlichen Arbeitgeber in den
19 Tarifverhandlungen bereits zu Verhandlungsbeginn einen fachlich angemessenen und
20 konsensfähigen Vorschlag in die Verhandlungen einbringen, anstatt zunächst ihre
21 Beschäftigten mit leeren Händen zu brüskieren. Die SPD-Vertreter*innen der
22 öffentlichen Arbeitgeber haben in den Verhandlungen konstruktiv darauf hinzuwirken,
23 dass ein tragfähiger und wertschätzender Konsens mit der Arbeitnehmenseite
24 zustande kommt, der eine zukunftsfähige Antwort auf Überlastung und Personalnot und
25 ein Bekenntnis für einen handlungsfähigen Öffentlichen Dienst gibt.
- 26 Die Verantwortlichen in Kommunen, Ländern und im Bund haben darüber hinaus
27 gesetzgeberisch und durch Verwaltungshandeln dafür Sorge zu tragen, dass der
28 öffentliche Dienst eine Vorreiterrolle, was Attraktivität, Entgelt, Arbeitszeit,
29 Arbeitsorganisation und Arbeitsbedingungen angeht, einnimmt. Das gilt ebenso für
30 Weiterbildung und Aufstiegsmöglichkeiten. Angesichts der vielfältigen
31 Zukunftsaufgaben brauchen die Kolleg*innen außerdem personelle Verstärkung.
- 32 Hierfür müssen auch die finanziellen Voraussetzungen geschaffen werden. Daher müssen
33 Bund und Länder die Kommunen finanziell auch so ausstatten, dass diese die auf sie
34 zukommenden Herausforderungen und steigenden Personalkosten auch stemmen können.

- 35 Alle staatlichen Ebenen sind gefordert, eine gesellschaftliche Debatte über die
36 Zukunft des öffentlichen Dienstes zu eröffnen. Es darf nicht hingenommen werden,
37 diesen als Last für Wirtschaft und Gesellschaft abzuqualifizieren. Der Öffentliche
38 Dienst ist das Fundament unseres Staates.

Antrag Ar22: Verbesserung der beruflichen Bildung in den Werkstätten für Menschen mit Behinderungen

Antragsteller*in:	Arbeitsgemeinschaft Selbst Aktiv
Status:	erledigt durch Koalitionsvertrag 2025
Empfehlung Antragskommission:	Erledigt durch Koalitionsvertrag 2025
Sachgebiet:	Ar - Arbeit und Beschäftigung

- 1 Berufliche Bildung in der Werkstatt für Menschen mit Behinderungen soll nach Außen an
- 2 externe Anbieter verlagert werden können, um bessere Übergänge in den Ersten
- 3 Arbeitsmarkt zu erreichen.

Antrag Ar23: Keine Streichungen bei der Agentur für Arbeit!

Antragsteller*in:	SPD-Landesorganisation Hamburg
Status:	überwiesen
Empfehlung Antragskommission:	Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion
Sachgebiet:	Ar - Arbeit und Beschäftigung

- 1 Der Etat Bundesagentur für Arbeit wird im kommenden Haushaltsjahr nicht gekürzt,
- 2 sondern entsprechend der Inflationsrate angepasst.

Antrag Ar24: Rentenkompetenz verpflichtend in die (berufliche) Bildung integrieren

Antragsteller*in:	AGS Vorstand Bund (Parteizentrale)
Status:	überwiesen
Empfehlung Antragskommission:	Überweisung an SPD-Landtagsfraktionen
Sachgebiet:	Ar - Arbeit und Beschäftigung

- 1 Wir fordern:
- 2 1. Verpflichtende Module zur Altersvorsorge (gesetzlich, betrieblich, privat) im
- 3 Rahmen der dualen Ausbildung und in allen öffentlich geförderten beruflichen
- 4 Qualifizierungen.
- 5 2. Integration rentenrelevanter Bildungsinhalte in den Berufsschulunterricht sowie
- 6 in Weiterbildungsangebote sämtlicher Kammern und anderer Bildungsträger sowie
- 7 weiterführenden Schulen.
- 8 3. Aufklärungskampagnen und praxisnahe Materialien, die insbesondere junge
- 9 Erwerbstätige über Einflussfaktoren wie Versicherungsjahre, Entgeltpunkte,
- 10 Lücken im Erwerbsverlauf und private Vorsorgeoptionen informieren.

Antrag Ar25: Rechtsextremismus nicht nur auf der Straße, sondern auch in den Betrieben bekämpfen

Antragsteller*in:	SPD-Landesverband Bayern
Status:	angenommen
Empfehlung Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	Ar - Arbeit und Beschäftigung

- 1 Das Förderprogramm „Zusammenhalt durch Teilhabe“ aus dem Innenministerium ist zu
- 2 erhalten und finanziell aufzustocken. Das Förderprogramm „betriebliche
- 3 Demokratiebildung fördern“ des BMAS wird über das Jahr 2025 hinaus erhalten und
- 4 finanziell aufgestockt.
- 5 Weitere Fördermöglichkeiten für den Kampf gegen Rechts in Betrieben – z.B. für
- 6 Sozialpartner*innen, Pausenräume, etc. müssen geprüft, etabliert und idealerweise
- 7 institutionalisiert werden.

Antrag Ar26: Schluss mit der Entgrenzung der Arbeitszeit: Den gesetzlichen Achtstundentag endlich wieder Realität werden lassen!

Antragsteller*in:	010 SPD-Kreis Mitte
Status:	erledigt durch Annahme von Ar02 in geänderter Fassung
Empfehlung Antragskommission:	Erledigt durch Annahme von Ar02 in geänderter Fassung
Sachgebiet:	Ar - Arbeit und Beschäftigung

- 1 1. die bestehende gesetzliche Regelung im Arbeitszeitgesetz weder aufzuweichen noch
- 2 abzuschaffen und den gesetzlich normierten Achtstundentag im Arbeitszeitgesetz
- 3 weder aufzuweichen noch abzuschaffen. Darüber hinaus werden Vorstößen, die
- 4 tägliche durch eine wöchentliche Höchstarbeitszeit zu ersetzen, oder auch nur
- 5 eine derartige gesetzliche Möglichkeit zu schaffen, eine klare Absage erteilt;
- 6 2. die Incentivierung für das Leisten von Überstunden durch steuerliche Vorteile
- 7 und damit das Setzen neuer Anreize für Selbstausbeutung und Entgrenzung
- 8 abzulehnen;
- 9 3. geeignete Maßnahmen dafür einzuleiten, den gesetzlichen Arbeitstag von maximal
- 10 acht Stunden wieder Realität werden zu lassen.

Antrag Ar27: Tarifverträge zu Sorgearbeit im privaten Umfeld unterstützen

Antragsteller*in:	SPD-Landesverband Berlin
Status:	überwiesen
Empfehlung Antragskommission:	Überweisung an SPD-Parteivorstand - Sozialstaatskommission
Sachgebiet:	Ar - Arbeit und Beschäftigung

- 1 Die SPD unterstützt den Abschluss von Tarifverträgen, welche Freistellungen unter
- 2 Fortzahlung des Entgeltes zum Zwecke der
- 3 Sorgearbeit im privaten Umfeld ermöglichen, durch folgende Maßnahmen:
- 4 • öffentliche positive Bewertung von Tarifverträgen, die Sorgearbeit im privaten
- 5 Umfeld durch Freistellung unter Fortzahlung des Entgeltes ermöglichen, an
- 6 geeigneten Stellen
- 7 • aktiver Einsatz für die Regelung zur finanziellen Entlastung der
- 8 Arbeitgeber*innen von Sozialversicherungsbeiträgen für jeden vollen Monat
- 9 Freistellung unter Fortzahlung des Entgeltes zum Zweck der Sorgearbeit im
- 10 privaten Umfeld auf Grundlage eines Tarifvertrages

Antrag Ar28: Verzicht auf den Rückgriff auf die „Minderjährigenhaftung“ nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch bei Rückforderungen der Jobcenter

Antragsteller*in:	SPD-Landesverband Berlin
Status:	überwiesen
Empfehlung Antragskommission:	Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion
Sachgebiet:	Ar - Arbeit und Beschäftigung

1 „Klarstellung und Einschränkung der Minderjährigenhaftung gemäß § 1629a BGB bei 2 Rückforderungen der Jobcenter“

3

4 Die SPD-Mitglieder der Bundesregierung und die SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag,
5 im Verwaltungsverzug außerdem die SPD-Mitglieder im Berliner Senat und in den
6 Bezirksämtern bzw. in den Gremien der Berliner Jobcenter werden aufgefordert, alle
7 entsprechenden Gesetze, Verordnungen und Verwaltungsvorschriften so anzupassen, dass
8 Rückzahlungsaufforderungen ausschließlich an die ursprünglichen Geldempfänger*innen
9 oder -verwalter, in der Regel die Eltern, gerichtet werden und nicht an die
10 volljährig gewordenen Kinder, es sei denn, es handelt sich um Fälle, in denen die
11 Kinder Vermögen oberhalb des Vermögensfreibetrages von 15.000 Euro erwirtschaftet
12 oder übertragen bekommen haben.

13

14 Dafür fordern wir:

- 15 1. Die vollständige Abschaffung des Rückgriffs auf die volljährig gewordenen
16 Kinder. Rückforderungen sollen direkt an die eigentlichen
17 Leistungsempfänger*innen (Eltern) adressiert werden.
- 18 2. Die verpflichtende klare Kommunikation der rechtlichen Regelungen an junge
19 Erwachsene, um Missverständnisse oder Belastungen zu vermeiden. Schreiben der
20 Jobcenter müssen eindeutig erklären, dass eine Haftung gemäß § 1629a BGB
21 ausgeschlossen ist, solange kein relevantes Vermögen oder rechtsmissbräuchliche
22 Übertragungen bestehen.
- 23 3. Vereinfachte Verfahren für den Nachweis von Vermögenswerten, die nur im Fall
24 eines begründeten Verdachts auf rechts- missbräuchliche Übertragung notwendig
25 sind.
- 26 4. Eine generelle Altfälle-Regelung, die sicherstellt, dass Rückforderungen aus der
27 Zeit vor der Bürger nicht an junge Erwachsene adressiert werden.
- 28 5. Sicherstellung, dass die von uns beschlossene Kindergrundsicherung wirksam
29 umgesetzt wird, ohne junge Menschen mit Rückzahlungsforderungen zu
30 konfrontieren.

Antrag Ar29: Verschärfte (Total-)Sanktionen im Bürgergeld zurücknehmen!

Antragsteller*in:	SPD-Landesorganisation Hamburg
Status:	überwiesen
Empfehlung Antragskommission:	Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion
Sachgebiet:	Ar - Arbeit und Beschäftigung

- 1 Die Mitglieder der SPD Bundestagsfraktion werden aufgefordert, sich dafür
- 2 einzusetzen, dass die Anfang Januar vom Bundeskabinett und möglicherweise durch
- 3 weitere Instanzen beschlossenen schärferen "Totalsanktionen" im Bürgergeld
- 4 zurückgenommen werden.

Antrag Ar30: Verbesserung der Situation von Au-pairs in Deutschland

Antragsteller*in:	SPD-Landesverband Berlin
Status:	überwiesen
Empfehlung Antragskommission:	Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion
Sachgebiet:	Ar - Arbeit und Beschäftigung

- 1 Wir möchten den Austausch zwischen Ländern und Kulturen über Au-Pairs und deren
2 Gastfamilien verbessern. Dazu ist es erforderlich, gegen Ausbeutung von Au-Pairs
3 wirksam vorzugehen und Qualität in den Au-Pair Beziehungen zu sichern. Wir fordern
4 die SPD-Bundestagsfraktion im Bundestag dazu auf, sich für eine Stärkung der
5 Maßnahmen einzusetzen, die eine Ausbeutung von Au-pairs in Deutschland verhindern
6 sollen.
- 7 Hierzu sind unter anderem folgende Punkte umzusetzen:
- 8 • Gastfamilien und in Deutschland ankommende Au-pairs dürfen ausschließlich über
9 akkreditierte Agenturen vermittelt werden.
 - 10 • Für eine Akkreditierung muss eine Au-pair-Agentur die Vorgaben des RAL-
11 Gütezeichen Au pair incoming oder einen vergleichbar anspruchsvollen Prüfkatalog
12 erfüllen. Dabei ist verstärkt darauf hinzuwirken, dass Au-pairs umfassend und
13 verbindlich über ihre Rechte und Anlaufstellen aufgeklärt werden.
 - 14 • Eine regelmäßige Anpassung des Mindesttaschengeldes gemäß der
15 Verbraucherpreisentwicklung.

Antrag B01: Für ein Sondervermögen für die Bildung

Antragsteller*in:	SPD-UB Region Hannover
Status:	erledigt durch Gesetzgebung
Empfehlung Antragskommission:	Erledigt durch Gesetzgebung
Sachgebiet:	B - Bildung, Wissenschaft, Jugend

- 1 Die Bundestagsfraktion wird aufgefordert, sich nachhaltig für ein Sondervermögen
- 2 Bildung und Teilhabe in Höhe von 100 Milliarden Euro einzusetzen.

Antrag B02: Stärkung der Sprachförderung im vorschulischen Bereich auf Landes- und Bundesebene – gegen die Streichung von Finanzmitteln

Antragsteller*in:	SPD-UB Region Hannover
Status:	erledigt durch Koalitionsvertrag 2025
Empfehlung Antragskommission:	Erledigt durch Koalitionsvertrag 2025
Sachgebiet:	B - Bildung, Wissenschaft, Jugend

- 1 Die Bundestagsfraktion wird aufgerufen, mehr finanzielle Mittel für die
- 2 Sprachförderung im vorschulischen Bereich zur Verfügung zu stellen. Die
- 3 Bundestagsfraktion wird explizit aufgefordert, die gestrichene Bundesförderung für
- 4 Sprachkitas für den Haushalt 2025 wieder einzubringen.

Antrag B03: Bundeseinheitliche Ausbildung von Lehrer:innen

Antragsteller*in:	SPD-UB München-Stadt
Status:	abgelehnt
Empfehlung Antragskommission:	Ablehnung
Sachgebiet:	B - Bildung, Wissenschaft, Jugend

- 1 Die SPD Bundestagsfraktion setzt sich für eine bundeseinheitliche Ausbildung von
- 2 Lehrerinnen und Lehrern ein, sowie für erleichterte, verkürzte Kurzausbildungen, um
- 3 Personen mit vergleichbaren Abschlüssen, die im Ausland erworben wurden und
- 4 QuereinsteigerInnen schneller für den Einsatz in Schulen zu qualifizieren.

Antrag B04: Ausstattung von Bildungseinrichtungen mit Luftreinigungs- und Belüftungsanlagen

Antragsteller*in:	SPD-Unterbezirk Dresden
Status:	zurückgezogen
Sachgebiet:	B - Bildung, Wissenschaft, Jugend

- 1 Die SPD setzt sich dafür ein, zu prüfen, wie alle noch nicht sanierten
- 2 Bildungseinrichtungen (Kinderkrippen, Kindergärten und Schulen) gemäß ASR-A3.6 mit
- 3 den jeweiligen Raumgrößen angemessenen Luftreinigungs- und Belüftungssystemen
- 4 ausgestattet werden können.
- 5 Da grundsätzliche Um- und Neubaumaßnahmen einen Zeitrahmen von Jahren bis Jahrzehnten
- 6 haben, ist jedoch zu prüfen, inwieweit eine kurzfristigere Lösung in Form von mobilen
- 7 bzw. an den Wänden montierbaren Luftfiltern umsetzbar ist. Die Belüftungsregelungen
- 8 für Arbeitsstätten (ASR-A3.6) gilt bereits für Um- und Neubauten, bezieht sich
- 9 bislang jedoch nicht auf die Raumtemperatur der Innenräume. Bei dauerhafter Zuluft
- 10 über Raumlufttechnischen Anlagen (RLT-Anlagen) wird im Sommer heiße Außenluft
- 11 eingeblasen, was die Räume weiter aufheizt, wobei im Winter die kalte Außenluft
- 12 eingeblasen wird, obwohl geheizt wird.
- 13 Die Regelungen sind so zu ändern, dass in Einrichtungen mit RLT-Anlagen die Zuluft
- 14 über zusätzliche Lüftungsanlagen so ausgerichtet werden muss, dass keine zusätzliche
- 15 Aufheizung der Räume im Sommer geschieht und die Personen vor Überhitzung geschützt
- 16 werden und im Winter bei aktiver Heizung, keine kalte Außenluft eingeblasen wird, was
- 17 zusätzliche Kosten und negative Klimaeffekte nach sich zieht.

Antrag B05: Stärkung der Bundes- und Landeszentralen für Politische Bildung

Antragsteller*in:	SPD-UB Region Hannover
Status:	überwiesen
Empfehlung Antragskommission:	Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion und SPD-Landtagsfraktionen
Sachgebiet:	B - Bildung, Wissenschaft, Jugend

- 1 Die SPD setzt sich auf Bundes- und Landesebene für eine Stärkung der Landes- bzw.
- 2 Bundeszentralen für politische Bildung ein. Dazu fordern wir:
- 3 1. Die in den Koalitionsverträgen von Bund und Land vereinbarten Erhöhungen der
- 4 finanziellen Mittel für die Bundeszentrale für politische Bildung, sowie für die
- 5 Landeszentrale für politische Bildung konsequent und prioritär umzusetzen.
- 6 2. Die Bundes- und Landeszentralen langfristig rechtlich und finanziell
- 7 abzusichern.
- 8 3. Innovative Bildungsprojekte durch die Schaffung von zusätzlichen Ressourcen zu
- 9 fördern und den digitalen Wandel in der politischen Bildung voranzutreiben.

Antrag B06: Hochschulen – demokratisch und sozial!

Antragsteller*in:	SPD-Landesorganisation Hamburg
Status:	überwiesen
Empfehlung Antragskommission:	Überweisung an SPD-Landtagsfraktionen
Sachgebiet:	B - Bildung, Wissenschaft, Jugend

- 1 Die SPD Bundestagsfraktion und die sozialdemokratischen Mitglieder der
- 2 Bundesregierung sollen sich dafür einsetzen, dass im Hochschulrahmengesetz und dem
- 3 Hamburgischen Hochschulgesetz eine breitere Demokratisierung der Hochschulen
- 4 verankert wird.
- 5 Dafür fordern wir:
- 6 • die Viertelparität in Hochschulgremien, insbesondere im akademischen Senat für
- 7 die vier Statusgruppen Studierende, Professor*innen, Wissenschaftliche
- 8 Mitarbeitende und Verwaltungspersonal
- 9 • studentische Vizepräsident*innen als Teil des Hochschulpräsidiums

Antrag B07: Bafög-Reform

Antragsteller*in:	SPD-Landesverband Berlin
Status:	überwiesen
Empfehlung Antragskommission:	Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion
Sachgebiet:	B - Bildung, Wissenschaft, Jugend

- 1 Unter Bestätigung der Beschlussfassung der Berliner SPD, zuletzt mit dem Antrag
2 43/II/2021 „50 Jahre BAföG: Umfassende Reformen jetzt!“ und der Unterstützung der
3 Zielsetzung in der aktuellen Legislatur der SPD Bundestragfraktion, insbesondere das
4 BAföG elternunabhängiger zu gestalten, den elternunabhängigen Garantiebetrag im
5 Rahmen der Kindergrundsicherung künftig direkt an volljährige Anspruchsberechtigte in
6 Ausbildung und Studium auszuzahlen, die Altersgrenzen stark anzuheben, eine deutliche
7 Erhöhung der Freibeträge durchzusetzen, Studienfachwechsel zu erleichtern, die
8 Förderhöchstdauer zu verlängern, eine Absenkung des Darlehensanteils und eine Öffnung
9 des zinsfreien BAföG-Volldarlehens für alle durchzusetzen, die Bedarfssätze auch vor
10 dem Hintergrund steigender Wohnkosten anheben und um einen Notfallmechanismus zu
11 ergänzen sowie eine Teilzeitförderungen einzurichten, fordern wir die
12 sozialdemokratischen Mitglieder des Bundestages auf, sich im Rahmen der anstehenden
13 Bafög-Reform dafür einzusetzen, auch die folgenden Änderungen für alle Formen des
14 Bafög zu erreichen:
- 15 • Wiederholungsanträge auf Bafög müssen spätestens zwei Monate nach fristgerechtem
16 Eingang entschieden und unmittelbar mit der Auszahlung begonnen werden. Ist dies
17 aus besonderen Gründen nicht möglich, wird an die Antragsteller*innen bei
18 offenkundiger Berechtigung (bspw. wenn sich an den Lebensumständen nichts
19 geändert hat) eine Abschlagszahlung in Höhe von 80 Prozent der zu erwartenden
20 Leistung ab Antragstellung ohne eine weitere gesonderte Beantragung
 - 21 • Der Bezug von Bafög darf während der Durchführung von unentgeltlichen
22 Pflichtpraktika im Rahmen einer Ausbildung nicht ausgesetzt und auch nicht bei
23 der nachträglichen Anerkennung von praktischen Tätigkeiten als Leistung
24 innerhalb des Studiums rückwirkend aufgehoben
 - 25 • Der Bezug von Leistungen des Jobcenters, die im Rahmen einer Ausbildung als
26 Ersatz für Bafög gezahlt werden, darf im Rahmen eines Einbürgerungsantrags nicht
27 als staatliche Transferleistung berechnet werden und damit einem
28 Einbürgerungsantrag entgegenstehen.
 - 29 • Die Leistungen aus dem Erasmus- bzw. Erasmus-plus-Programm der EU zur Förderung
30 von Auslandsaufenthalten von Studierenden und Auszubildenden dürfen nicht mit
31 dem Bezug von Bafög als Einkommen verrechnet werden.

Antrag B08: Angemessener BAföG-Grundbedarf und bedarfsgerechte Wohnkostenpauschale

Antragsteller*in:	SPD-Landesorganisation Hamburg
Status:	erledigt durch Koalitionsvertrag 2025
Empfehlung Antragskommission:	Erledigt durch Koalitionsvertrag 2025
Sachgebiet:	B - Bildung, Wissenschaft, Jugend

- 1 Der Bundesparteitag der SPD möge Folgendes beschließen: Die SPD Bundestagsfraktion
- 2 sowie die Regierungsmitglieder, die der SPD angehören, werden dazu aufgefordert, sich
- 3 für eine angemessene Erhöhung des BAföG-Grundbedarfs und der Wohnkostenpauschale
- 4 einsetzen.
- 5 Daneben soll geprüft werden, inwieweit die Fördersätze dynamisch an die Düsseldorfer
- 6 Tabelle gekoppelt werden können.

Antrag B09: Barrieren abbauen – für eine bessere Anerkennung von Prüfungsleistungen beim Hochschulwechsel!

Antragsteller*in:	SPD-Landesorganisation Hamburg
Status:	überwiesen
Empfehlung Antragskommission:	Überweisung an SPD-Landtagsfraktionen
Sachgebiet:	B - Bildung, Wissenschaft, Jugend

- 1 Die SPD Bundestagsfraktion, die Bundesregierung, die SPD Bildungsminister*innen sowie
- 2 die SPD Landtagsfraktionen werden dazu aufgefordert, sich für eine Erleichterung des
- 3 Anerkennungsprozesses von Studienleistungen beim Hochschulwechsel einzusetzen. So
- 4 sollen künftig bspw. die Form der Leistung (Klausur, Hausarbeit, Praktikum etc.)
- 5 sowie geringfügige inhaltliche Abweichungen der Leistung die Anerkennung der
- 6 Prüfungsleistung an der neuen Hochschule nicht mehr beeinträchtigen. Und die SPD
- 7 Bürgerschaftsfraktion und die Hamburgische Wissenschaftsbehörde werden dazu
- 8 aufgefordert, zu prüfen, ob §40 I Hamburgische Hochschulgesetz, dem Studierenden
- 9 Bedürfnis Studienleistungen vom Studienortwechseler*innen erleichtert anzuerkennen
- 10 ausreichend Rechnung trägt.

Antrag B10: Rechtliche Gleichstellung von dual Studierenden

Antragsteller*in:	SPD-Landesverband Berlin
Status:	erledigt durch SPD-Regierungsprogramm 2025
Empfehlung Antragskommission:	Erledigt durch SPD-Regierungsprogramm 2025
Sachgebiet:	B - Bildung, Wissenschaft, Jugend

- 1 Für die Praxisphasen des dualen Studiums in den betrieblichen Einrichtungen sind
- 2 gesetzliche Regelungen zu schaffen, die die Mindeststandards des BBiG nicht
- 3 unterschreiten.
- 4
- 5 Rechte und Pflichten von dual Studierenden sowie die Eignungsvoraussetzungen von
- 6 Ausbildungsstätten und Personal sind gesetzlich zu regeln. In den
- 7 Personalvertretungsgesetzen ist die Stellung der Dual Studierenden zu regeln.

Antrag B11: Prekäre Praktikumsituation für Pflichtpraktika beenden - Praktikumsvergütung als Pflichtaufgabe der Kommunen und des Landes zur Fachkräftesicherung festlegen

Antragsteller*in:	SPD-LV Sachsen-Anhalt
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung Antragskommission:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	B - Bildung, Wissenschaft, Jugend

- 1 Die SPD setzt sich für faire Bedingungen für junge Menschen in Pflichtpraktika in
- 2 schulischen Ausbildungen, Umschulungen und dualen Studiengängen ein. Die SPD-
- 3 Bundestagsfraktion wird aufgefordert, Lösungen für eine rechtliche Absicherung von
- 4 Pflichtpraktika und deren Vergütung zu erarbeiten und zu verfolgen.

5

Antrag B12: Keine Altersdiskriminierung für Studierende über 30 – studentische Krankenversicherung für alle!

Antragsteller*in:	SPD-Landesorganisation Hamburg
Status:	überwiesen
Empfehlung Antragskommission:	Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion
Sachgebiet:	B - Bildung, Wissenschaft, Jugend

- 1 Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass auch
- 2 Studierende bis zu dem Alter, bis zu dem Bafög gewährt wird, Zugang zur studentischen
- 3 Versicherung in der gesetzlichen Krankenversicherung bekommen.

Antrag B13: Finanzielle Gleichstellung beruflicher und akademischer Bildung umsetzen

Antragsteller*in:	AGS Vorstand Bund (Parteizentrale)
Status:	erledigt durch Koalitionsvertrag 2025
Empfehlung Antragskommission:	Erledigt durch Koalitionsvertrag 2025
Sachgebiet:	B - Bildung, Wissenschaft, Jugend

- 1 Die SPD setzt sich auf Bundes- und Landesebene dafür ein, dass die Gleichwertigkeit
- 2 von beruflicher und akademischer Bildung endlich auch finanziell vollständig
- 3 hergestellt wird. Konkret fordern wir:
- 4 **1. Die vollständige Kostenübernahme** durch Bund und Länder:
- 5 Sowie sämtliche schulischen Kosten für berufliche Bildung (z. B. Meister, Techniker
- 6 [„Bachelor Professional“], Betriebswirt, Fachwirt [„Master Professional“] und
- 7 vergleichbare Abschlüsse auf den DQR-Niveaus 6 und 7), sämtliche Semestergebühren und
- 8 Prüfungsgebühren sind wie bei anderen Studiengängen zu übernehmen.
- 9 **Ein klares gesetzliches Bekenntnis zur vollen Gleichwertigkeit von beruflicher und**
- 10 **akademischer Bildung.**

Antrag B14: Freier Zugang zu Mikrozensus-Daten für Forschende an öffentlichen Hochschulen und Forschungseinrichtungen

Antragsteller*in:	020 SPD-Kreis Friedrichshain-Kreuzberg
Status:	angenommen
Empfehlung Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	B - Bildung, Wissenschaft, Jugend

- 1 Die sozialdemokratischen Mitglieder des Bundestags und der Bundesregierung werden
- 2 aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass Mitglieder bzw. Mitarbeiter*innen
- 3 einschließlich Studierende für studienrelevante Tätigkeiten sowie Doktorand*innen an
- 4 öffentlichen Hochschulen und Forschungseinrichtungen kostenlos Zugang zu den Daten
- 5 des Mikrozensus erhalten.

Antrag B15: Queere Politik braucht queere Forschung! Für eine ausreichende Berücksichtigung queerer Bedarfe in den deutschen Bevölkerungsumfragen

Antragsteller*in:	020 SPD-Kreis Friedrichshain-Kreuzberg
Status:	überwiesen
Empfehlung Antragskommission:	Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion
Sachgebiet:	B - Bildung, Wissenschaft, Jugend

- 1 Die sozialdemokratischen Mitglieder von Bundestag, Bundesregierung, Abgeordnetenhaus
- 2 und Senat werden aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass das öffentlich geförderte
- 3 Sozioökonomische Panel (SOEP) und der Mikrozensus queere Menschen und Menschen aus
- 4 Regenbogenfamilien jährlich spezialisiert zu gruppenspezifischen Bedarfen und
- 5 Diskriminierung befragen und die Fragebögen für diese Menschen dahingehend erweitert
- 6 werden. Bei Menschen aus Regenbogenfamilien soll auch die Abfrage von
- 7 gruppenspezifischen Merkmalen auf der Haushaltsebene ergänzt und befragt werden.
- 8 Bezüglich des Mikrozensus sollen die notwendigen Erhebungsmerkmale im
- 9 Mikrozensusgesetz verankert werden. Dabei ist auch die Option vorzusehen, keinen
- 10 Angaben zu diesen Fragen zu machen.

Antrag D01: Die Vorteile von KI nutzen - Grenzen künstlicher Intelligenz gesellschaftlich definieren und gesetzlich absichern

Antragsteller*in:	SPD-Landesorganisation Hamburg
Status:	überwiesen
Empfehlung Antragskommission:	Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion
Sachgebiet:	D - Digitales, Demokratie, Medien, Kultur, Weltanschauung

- 1 Folgende Grundsätze und Forderungen sollen beschlossen werden, dass diese bei
- 2 nationalen bzw. bundeslandspezifischen Einsatzrichtlinien Berücksichtigung finden:
- 3 - Eingesetzte KI muss transparent und nachvollziehbar sein.
- 4 - Öffentliche Verwaltungen, die KI einsetzen wollen, sind gehalten, vorab eine
- 5 Technikfolgeabschätzung vorzunehmen.
- 6 - Bei Einsatz von KI zu sozialen Entscheidungen ist immer die Ergänzung durch eine
- 7 menschliche Einzelfallentscheidung zu gewährleisten
- 8 -Es sind Einsichts-und Einspruchsrechte Betroffener zu schaffen und rechtlich zu
- 9 verankern
- 10 -Persönlichkeitsschutz, Datenschutz und Schutz der Privatsphäre sind zu
- 11 gewährleisten.
- 12 - Zum Schutz vor Manipulation der öffentlichen Meinung ist eine Kennzeichnungspflicht
- 13 von durch KI
- 14 erstellten Fotos, Texten, Videos und Audios zu schaffen.
- 15 - KI in gesellschaftlich sensiblen Bereichen wie Polizei, Justiz und sozialen
- 16 Einrichtungen muss der
- 17 gesellschaftlichen Kontrolle (Gremium, Institution) unterliegen.
- 18 Bildungsbereich:
- 19 - Der Einsatz von KI zur Lehr- und Lernunterstützung kann genutzt werden (enger
- 20 Anwendungszweck)
- 21 - Der Einsatz von Technologien zur Beobachtung von Schulklassen im Unterricht und
- 22 Analyse des Schülerverhaltens ist aufgrund des Schutzes der Privatsphäre der Schüler
- 23 und Lehrkräfte nicht zuzulassen.
- 24 KI bestimmt zur Zeit vielerorts die öffentliche Diskussion und ist Bestandteil
- 25 unseres Alltags. In den letzten drei Monaten machte die KI ChatGPT von sich reden.
- 26 Mit ihr können lesbare, verwendbare Texte automatisch erstellt werden, eine
- 27 Unterscheidung zu einem von einem Menschen geschriebenen Text ist nicht mehr ohne
- 28 weiteres möglich. Die Entwicklung hat seit 2017 eine enorme Leistungssteigerung
- 29 erfahren.
- 30 Die Kommunikation Mensch zu Maschine erfordert keine Programmierkenntnisse mehr,
- 31 vielmehr reicht ein einfacher Sprachbefehl aus. Die automatisch erstellten Texte sind
- 32 dennoch nicht fehlerfrei, aber schon sehr weit entwickelt.

Durch Text zu Bildgeneratoren (z.B. Midjourney) können beliebige (Fake) Fotos erstellt werden, die nicht der Wahrheit entsprechen und nicht dem Urheberrecht unterliegen. Ebenso können mittels KI inzwischen ganze Videos oder Audios produziert werden, die nicht der Realität entsprechen.

Die Gesellschaft droht von einer Welle nicht erkennbarer Falschnachrichten und Unwahrheiten überrollt zu werden, die eine Bedrohung und Destabilisierung des gesellschaftlichen Konsenses und der Demokratie darstellen können. Durch die gleichzeitige Verkleinerung von Computern (Smartphones, Tablets) und die rasante Steigerung ihrer Leistungsfähigkeit ist KI in die Fläche gelangt und wird von der Masse genutzt. Sie birgt erhebliche Risiken zu Manipulation und Missbrauch, die reguliert und kontrolliert werden müssen.

Es gibt aber auch den Einsatz von KI zu positiven Zwecken:

- So wird KI in der Medizin zur Hautkrebserkennung eingesetzt
- in der schulischen Bildung zur Lernunterstützung
- in der öffentlichen Kommunikation und Meinungsbildung (soziale Netzwerke)
- in der öffentlichen Verwaltung (z.B. bei der Bearbeitung von Bürgeranträgen oder bei der Bearbeitung der Fälle zum Dieselskandal).

Wichtig ist in allen diesen Fällen, wo Menschen von durch KI getroffenen Entscheidungen betroffen sind, dass niemals menschliche Einzelbeurteilungen ausgelassen werden. Insgesamt stellt der Einsatz von KI die Gesellschaft vor erhebliche komplexe Herausforderungen, auf die schnellstmöglich mit einem breiten demokratischen, gesellschaftlichen Diskurs reagiert werden sollte.

So ist auch die Forderung nach einem Moratorium des Trainings von KI für ein halbes Jahr durch 1000 Unterzeichner (Experten und Prominente) zu verstehen:

KI verfügt über enorme Potentiale, aber weder über theoretische noch praktische Vernunft oder Ethik. Sie ist auf keinen Fall fehlerfrei !

Es gibt bereits rechtliche Rahmenrichtlinien, die auf die Herausforderungen der KI reagieren.

Dazu gehören

- Mediengesetze
- Codizes einzelner Unternehmen

Durch die EU:

- Datenschutzgrundverordnung und
- in Arbeit:
- Artificial Intelligence Act.

Diese Werke bilden einen regulativen Rahmen für den Einsatz künstlicher KI, der jedoch noch der Umsetzung in nationales Recht bedarf und konkretisiert werden muss. Es ergeben sich in Abhängigkeit ihrer Anwendung und der enormen Datenmengen, die zur Modellierung von KI benötigt werden, viele unterschiedliche Forderungen.

Antrag D02: Für eine geschlechtergerechte Künstliche Intelligenz: Entwicklung einer feministische KI-Strategie auf der Grundlage des „EU Artificial Intelligence Act“ (EU AI Act)

Antragsteller*in:	SPD FRAUEN Vorstand Bund (Parteizentrale)
Status:	überwiesen
Empfehlung Antragskommission:	Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion
Sachgebiet:	D - Digitales, Demokratie, Medien, Kultur, Weltanschauung

- 1 Mit dem „EU AI Act“ wurde eine Grundlage für die Regulierung der Künstlichen
2 Intelligenz in der EU geschaffen. Dieser AI-Act bietet das Potenzial für eine
3 wertebasierte, inklusive und diskriminierungsfreie Gestaltung der KI. Dem stehen
4 internationale Entwicklungen wie die Anti-DEI-Dekrete der US-Regierung entgegen. Mit
5 der transatlantischen Ausweitung dieses Kurses werden auch europäische Unternehmen
6 unter Druck gesetzt, Gleichstellungsstandards zu senken. Es ist daher dringend
7 erforderlich, den europäischen AI-Act zu stärken. Eine feministische Strategie
8 fungiert als Schutzschild gegen das internationale Rollback bei Diversität und
9 Gleichstellung. Zivilgesellschaft, Politik und Institutionen müssen gemeinsam eine
10 diskriminierungsfreie digitale Zukunft gestalten. Der SPD Parteivorstand und die SPD
11 Bundestagsfraktion sind aufgefordert, eine inklusive, feministische Strategie zu
12 entwickeln, die:
- 13 • für regulatorische Rahmenbedingungen sorgt, um Vorurteile in Algorithmen
 - 14 • verbindliche Geschlechterverträglichkeitsprüfungen für KI-Systeme einführt
 - 15 • durch diverse Teams eine inklusive KI-Entwicklung fördert
 - 16 • die Beteiligung von Frauenverbänden in KI-Ethikräten und Regulierungsgremien
 - 17 sicherstellt
 - 18 • durch grundwerte-gerechte Datengewinnung und Datennutzung den Gender
 - 19 • bei der Entwicklung von KI Geschlechtergerechtigkeit integriert (Ethik-by-
 - 20 Design)
 - 21 • die Öffentlichkeit für algorithmische Diskriminierung sensibilisiert
 - 22 • eine geschlechtergerechte Medien-, Digital- und KI-Kompetenz fördert
 - 23 • in internationaler Zusammenarbeit globale Standards für eine
 - 24 geschlechtergerechte, inklusive KI entwickelt und durchsetzt

Antrag D03: Ein echtes Gesetz zur Bekämpfung digitaler Gewalt

Antragsteller*in:	SPD-Landesverband Berlin
Status:	überwiesen
Empfehlung Antragskommission:	Überweisung an an SPD-Bundestagsfraktion
Sachgebiet:	D - Digitales, Demokratie, Medien, Kultur, Weltanschauung

1 Digitale Gewaltakte gehören für viele Personen leider zum Alltag im Internet.
2 Insbesondere marginalisierte und diskriminierte Gruppen erleben durch die Nutzung
3 digitaler Medien oder technischer Hilfsmittel oft Hass, Verfolgung und
4 Diskriminierung im digitalen Raum. Gewalt findet nicht nur öffentlich auf sozialen
5 Medien statt, sondern auch in partner*innenschaftlicher Gewalt oder im sozialen
6 Nahbereich (z.B. Familie, Freundeskreis, Sportverein). Grob lassen sich zwei Formen
7 digitaler Gewalt unterscheiden: Plattformbasierte digitale Gewalt, wie beispielsweise
8 Belästigung und Cybermobbing, und technologiebasierte digitale Gewalt, also Gewalt,
9 die mithilfe technischer Geräte und/oder digitaler Technologie ausgeführt wird.
10 Digitale Gewalt ist häufig mit analoger Gewalt, d.h. offline Gewalt, verknüpft, etwa
11 als Fortsetzung oder Ergänzung von analog bestehenden Gewaltdynamiken. Auch die
12 Intentionen ähneln sich stark – es geht um Macht, Kontrolle, Unterdrückung,
13 Demütigung, Verletzung und kann im schlimmsten Fall auch zu Mord und Suizid führen.
14 Wie auch analoge Gewalt nimmt digitale Gewalt stetig zu. Und das, obwohl das
15 Netzwerkdurchsetzungsgesetz seit Jahren Plattformen verpflichtet, sträfliche Inhalte
16 innerhalb kurzer Zeit zu entfernen. Allein langwierige und intransparente
17 Prüfverfahren von Inhalten, nachdem diese gemeldet wurden, zeigen die Defizite der
18 bestehenden Regulierung. Auch mit dem seit Februar 2024 wirkenden “Digital Services
19 Act” wird sich diese Situation voraussichtlich nicht wesentlich verbessern. Die in
20 2024 verabschiedete EU-Richtlinie zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und
21 häuslicher Gewalt beinhaltet ebenfalls neue Straftatbestände im Bereich digitale
22 Gewalt, jedoch blockierten Mitgliedsstaaten wie Polen aber auch Deutschland eine
23 wirklich progressive Gesetzgebung. Konkret blockierte Deutschland, dass es EU-weit
24 einheitliche Straftatbestände für Vergewaltigung gibt. Was alle diese genannten
25 Regelungen eint: sie sind primär auf die Identifizierung und Verfolgung von
26 strafbaren Inhalten und von Täter*innen auf sozialen Plattformen ausgerichtet, aber
27 wenig bis gar nicht auf Gewalt durch andere Arten von Technologie oder Gewalt im
28 sozialen Nahbereich. Prävention sowie Betroffenenenschutz wird fast gänzlich
29 ausgespart. Im Koalitionsvertrag der Ampelparteien auf Bundesebene wurde vereinbart,
30 ein Gesetz gegen digitale Gewalt auszuarbeiten und die Situation von Betroffenen zu
31 verbessern. Im April 2023 hat das Bundesjustizministerium erste Eckpunkte für ein
32 entsprechendes Gesetz vorgelegt. Nach Meinung vieler zivilgesellschaftlichen
33 Organisationen sind die Ideen aus dem Bundesjustizministerium viel zu kurzgefasst.
34 Eine ganzheitliche Strategie, die Polizeiarbeit, Justiz, Bildungsarbeit und
35 Hilfeleistungen für Betroffene berücksichtigt, fehlt bisher.

36

Daher fordern wir eine echte Strategie gegen digitale Gewalt und ein Gesetz, was diesen Namen auch verdient. Aus unserer Sicht müssen folgende Punkte enthalten sein:

I: ganzheitliche Definition von digitaler Gewalt

Bisher gibt es keine Definition, was digitale Gewalt überhaupt ist. Häufig werden nur Volksverhetzung, Androhung von schwerwiegenden Straftaten oder Morddrohung als digitale Gewalt aufgefasst. Dies sind zwar auch wichtige Beispiele digitaler Gewalt, aber durch den Einsatz von digitaler Technik müssen wir den Begriff weiter fassen, da sich durch technische Innovation die Möglichkeiten digitaler Gewaltanwendungen immer weiter erweitern. So sind beispielsweise Doxing (die Veröffentlichung personenbezogener Daten durch Täter*innen), Stalking, Tracking (die Nachverfolgung von Aktivitäten) sowie bildbasierte Gewalt (z.B. nicht einvernehmliche versandte „dick pics“) sehr verbreitet. Darüber hinaus ermöglichen KI-Systeme die Generierung von gefälschtem und nicht-einvernehmlichem sexuellem Bildmaterial, sogenannte „deep fake pornography“. All das ist auch digitale Gewalt, da sie Betroffene schädigen können. Auch ist es ohne eine Definition von digitaler Gewalt schwierig, eine Datengrundlage aufzubauen, um Forschung zu betreiben und das Problem besser zu verstehen. Häufig gibt es ohne Daten und Definition zu wenig Geld für Präventionsangebote und Maßnahmen zum Schutz vor digitaler Gewalt können nur unvollständig getroffen werden.

Auf EU-Ebene wird darauf hingewirkt, dass Tracking-Apps und Geo-Tracker reguliert werden, sodass die heimliche Nachverfolgung über diese technischen Hilfsmittel erschwert wird. So könnte es z.B. untersagt werden, dass Tracking-Apps auf Mobiltelefonen, wie derzeit möglich, unsichtbar bleiben und betroffene Personen nicht bemerken, dass eine solche App installiert ist.

II: Bessere Hilfeleistungen für Betroffene

Analoge und digitale Gewalt müssen gemeinsam gedacht werden, da der Übergang oft fließend ist. Die Hilfeleistungen für Betroffene von digitaler Gewalt müssen dringend gestärkt werden. Daher muss, um digitale Gewalt zu bekämpfen, die existierenden Strukturen des Gewaltschutzes durchfinanziert, ausgebaut und für digitale Gewalt aufgerüstet werden. Frauenhäuser sind beispielsweise bereits unterfinanziert und überlastet. Für die Arbeit im Umgang mit digitaler Gewalt sind sie oftmals nicht richtig geschult. So können Täter*innen durch Tracking der Handys Auskunft darüber erhalten, wo genau das Frauenhaus sich befindet und damit wäre die betroffene Person wieder in Gefahr. Das Personal muss dazu in der Lage sein, versteckte Programme ausfindig zu machen und zu deinstallieren, um die Sicherheit aller Personen im Haus gewährleisten zu können. Es bedarf hier einer stärkeren finanziellen Förderung

existierender Strukturen und der Schaffung spezialisierter Dienste gegen digitale Gewalt. Beispielsweise muss die Förderung der Zivilgesellschaft zur Beratung von Betroffenen von digitaler Gewalt durch das Bundesjustizministerium gestärkt werden. Die Landesregierungen sollen ergänzende Angebote schaffen. Die Berliner Landesregierung soll die Mittel für Bildungsangebote gegen Gewalt und für Demokratieerziehung ausbauen und nicht wie bisher immer weiter streichen.

III: Bildungsarbeit

Daneben bedarf es auch weiterer Hilfsprogramme - beispielsweise an Schulen, um digitale Kompetenz zu stärken und frühzeitig gegen digitale Gewalt vorzugehen. Dafür ist, wie im Koalitionsvertrag vorgeschlagen, die Gründung einer Bundeszentrale für digitale Bildung elementar. Schüler*innen sollen dabei auch verstärkt die Fähigkeiten zur digitalen Selbstverteidigung an die Hand gelegt bekommen, um sich sicher auf sozialen Medien und im Umgang mit anderen Technologien zu werden. Zivilgesellschaftliche Akteur*innen sollten dabei mit eingebunden werden. Daneben bedarf es auch besonderer Programme in Unternehmen, an Universitäten und Berufsschulen. Die Einrichtung und spezielle Schulung von psychologischen Diensten in diesen Bereichen sollte verpflichtend sein, damit sich Betroffene schnell Hilfe suchen können.

IV: Bessere Plattformen

Plattformen dienen häufig als Treiber*innen von digitaler Gewalt in dem Hass und Desinformation schneller geteilt und verbreitet werden, als andere Inhalte. Die Tech-Unternehmen hinter den Plattformen müssen bei der Bekämpfung von digitaler Gewalt daher auch verstärkt in die Pflicht genommen werden. So fordern wir, dass Plattformen ihre Algorithmen und Empfehlungssysteme so anpassen, dass Inhalte digitaler Gewalt nicht mehr verbreitet werden können. Inhalte digitaler Gewalt müssen nach Meldung schneller als derzeit üblich gesperrt werden. Unsere Ablehnung des Netzwerkdurchsetzungsgesetz bleibt von dieser Forderung allerdings unberührt. Welche Äußerungen strafbar sind, kann in einem Rechtsstaat nur die Justiz entscheiden und diese Entscheidung nicht an privatwirtschaftliche Unternehmen ausgelagert werden. Dabei müssen aber auch grundlegende Menschenrechte wie die freie Meinungsäußerung und Selbstbestimmung geachtet und dem Löschen konsensueller und legaler sexueller und feministischer Inhalte Einhalt geboten werden. Die Löschpraktiken und weitere Maßnahmen der Plattformen zum Schutz gegen digitale Gewalt sollen außerdem regelmäßig von einer unabhängigen Aufsichtsbehörde geprüft werden. Die Arbeitsbedingungen von Content-Moderator*innen, welche diese Maßnahmen umsetzen werden, müssen überprüft und verbessert werden. Die Aufsichtsbehörde muss außerdem in die Lage versetzt werden, Plattformen mit empfindlichen Geldstrafen bei Nicht-Einhaltung der Regulierungen zu

versehen. Zusätzlich bedarf es Verbandsklagemöglichkeiten für Betroffene gegenüber Plattformen. Während Social-Media-Plattformen Gewinne mit Geschäftsmodellen erwirtschaften, die Hass im Netz begünstigen, weisen diese jegliche Verantwortung für den dort verbreiteten Hass von sich. Den gesellschaftlichen Schäden, die durch die Diskursverschiebung nach rechts auf öffentlichen Plattformen entstehen, wird heute hauptsächlich von zivilgesellschaftlichen Organisationen entgegengewirkt. Organisationen wie beispielsweise HateAid oder DasNetz e.V. bieten Opferschutz und Beratungen an, stehen jedoch aufgrund begrenzter Projektmittel häufig vor finanziellen Schwierigkeiten. Social-Media-Plattformen müssen daher verpflichtet werden, einen Anteil ihres Gewinns aufzuwenden, um die gesellschaftlichen Kosten für die Schäden durch Hass im Netz in ausreichendem Maße zu tragen.V: Polizei- und Justizarbeit verbessern

Die Polizei und Justiz müssen den Umgang mit digitaler Gewalt endlich ernst nehmen und bestehende Gesetze konsequent durchsetzen. Viel zu oft erhalten Betroffene keine Unterstützung, ihnen werden ihre Erfahrungen abgesprochen oder ihnen werden Schuldvorwürfe gemacht. Hier bedarf es einer zusätzlichen Sensibilisierung und verstärkter Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft sowie Hilfsprogrammen. Auch bedarf es neuer Möglichkeiten des Rechtsstaates, um im Netz effektiv durchgreifen zu können. Richterlich angeordnete Accountsperrn sollen bereits bei einmaligem Strafrechtsverstoß möglich sein, um die Reichweite von Täterinnen zu beschränken und eine generalpräventive Wirkung zu entfalten. Zudem müssen die Ressourcen für diesen Themenbereich in der Justiz erhöht und Verfahren sowie Anzeigen weiter digitalisiert werden. Aus diesem Grund wiederholen wir unsere Forderung nach Schwerpunktstaatsanwaltschaften für diesen Bereich. Weiterhin hilft es Betroffenen digitaler Gewalt, die Impressumspflicht so zu aktualisieren, dass keine Privatadressen von Einzelpersonen verwendet werden müssen, denn das setzt Aktivist*innen, Journalist*innen und Blogger*innen unnötigen Risiken aus. Zukünftig soll beispielsweise die Angabe eines Postfachs zur Identifikation ausreichend sein. Zudem muss der Zugang zu Melderegistersperren für gefährdete Personen wie Journalist*innen, Aktivist*innen oder Politiker*innen vereinfacht werden.

Auf EU-Ebene wird darauf hingewirkt, dass die Impressumspflicht angepasst wird, damit insbesondere Privatpersonen oder Selbstständige und Freiberufler*innen nicht mehr ihre Wohnanschrift offen im Netz Preis geben müssen (stattdessen z.B. ein Postfach oder eine Anwaltskanzlei).

Antrag D04: Informationsfreiheit erhalten!

Antragsteller*in:	010 SPD-Kreis Mitte
Status:	angenommen
Empfehlung Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	D - Digitales, Demokratie, Medien, Kultur, Weltanschauung

- 1 Die SPD lehnt eine Abschaffung des Informationsfreiheitsgesetzes (IFG) ab. Bei
- 2 etwaigen Reformen muss der Kern des Gesetzes – das Recht auf freien Zugang zu
- 3 amtlichen Informationen – unbedingt erhalten bleiben.

Antrag D05: Einrichtung eines Zertifikates für kindergerechte Apps

Antragsteller*in:	SPD-LV Sachsen-Anhalt
Status:	überwiesen
Empfehlung Antragskommission:	Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion
Sachgebiet:	D - Digitales, Demokratie, Medien, Kultur, Weltanschauung

- 1 Die SPD setzt sich für die Einführung eines Zertifikates für gute kindergerechte
- 2 Spiele und Apps ein, die Eltern unbedenklich ihren Kindern zur Beschäftigung anbieten
- 3 können. Dabei dürfen entsprechende Apps insbesondere nicht über pädagogisch
- 4 bedenkliche Merkmale verfügen oder durch Kaufanreize, Glücksspiel und Lootboxen
- 5 auffallen.

Antrag D06: X-it now: Raus aus Twitter

Antragsteller*in:	SPD-Landesverband Berlin
Status:	überwiesen
Empfehlung Antragskommission:	Überweisung an SPD-Parteivorstand
Sachgebiet:	D - Digitales, Demokratie, Medien, Kultur, Weltanschauung

1 Wir fordern

2

- 3 • die Stilllegung aller offiziellen SPD-Accounts auf X (ehemals Twitter). Die
4 Accounts sollen nicht gelöscht werden, um einer anderweitigen Verwendung der
5 Accounts vorzubeugen, sondern nach einer entsprechenden Ankündigung und einer
6 aussagekräftigen Änderung des Profilbilds nicht mehr bespielt werden. Es kann
7 regelmäßig überprüft werden, ob sich die Plattform im Sinne eines freiheitlich-
8 demokratischen Diskurses und eines im Wesentlichen sicheren digitalen Raumes
9 entwickelt, was eine Reaktivierung der Accounts ermöglicht.
- 10 • die Prüfung der erhöhten Interaktion auf Social-Media-Plattformen, die nicht-
11 profitorientiert arbeiten

Antrag D07: Hände weg von meinen Chats! - Gegen Chatkontrolle und Überwachung im Internet

Antragsteller*in:	SPD-Landesverband Berlin
Status:	überwiesen
Empfehlung Antragskommission:	Überweisung an Europa SPD sowie SPD-Bundestagsfraktion
Sachgebiet:	D - Digitales, Demokratie, Medien, Kultur, Weltanschauung

- 1 Der Kongress der Party of European Socialists möge beschließen:
- 2
- 3 „Privacy is the right to a free mind“ - Was bisher geschah
- 4
- 5 Vor 10 Jahren, im Sommer 2013, versetzte der NSA-Mitarbeiter Edward Snowden die Welt
6 in Aufruhr: Mit der Veröffentlichung geheimer Daten und Materialien konnte er
7 beweisen, dass die Geheimdienste der USA ihre eigenen und auch fremde
8 Staatsbürger*innen gezielt – auch das Handy der damaligen Bundeskanzlerin Angela
9 Merkel wurde überwacht – aber auch großflächig und ungerichtet abhörten. Diese
10 permanente Überwachung und Aufzeichnung von Bewegungsdaten, Kommunikation und Bildern
11 erlaubte es den Geheimdiensten, auch Jahre nach der Aufzeichnung detaillierte Profile
12 über Personen zu erstellen. Diese Form der unbegründeten und rechtswidrigen
13 massenhaften Überwachung und Vorratsdatenspeicherung stieß damals zu Recht auf
14 weltweite massive Empörung.
- 15
- 16 Seit den Leaks von Edward Snowden hat sich an der Praxis der Geheimdienste
17 wahrscheinlich wenig geändert. Die Möglichkeiten, die eigene Kommunikation zu
18 verschlüsseln und so vor dem Zugriff Dritter zu schützen, wurden aber ausgeweitet.
19 Was vor 10 Jahren noch ein Hobby von wenigen Personen war, ist spätestens mit der
20 Einführung von Ende-zu-Ende-Verschlüsselung bei Messengerdiensten in der Breite der
21 Gesellschaft angekommen. Ende-zu-Ende-Verschlüsselung erlaubt es Nutzer*innen,
22 private Kommunikation zu führen, ohne dass die Nachrichten von Messengerdiensten,
23 Regierungen oder anderen unbefugten Personen gelesen werden kann – ein riesiger
24 Fortschritt für Privatsphäre und sichere Kommunikation im Internet.
- 25
- 26 Im Mai 2022 stellte die schwedische EU-Kommissarin Ylva Johansson einen
27 Gesetzesvorschlag vor, der das Ende für verschlüsselte Kommunikation und Anonymität im
28 Internet bedeuten könnte. „Child Sexual Abuse Reduction“ nennt sich dieses Vorhaben
29 und das Ziel ist es, Kindesmissbrauch und die Verbreitung von diesen im Netz
30 einzudämmen. Wir unterstützen das grundlegende, obligatorische Anliegen, der
31 Unterbindung von Darstellungen sexuellen Kindesmissbrauchs, jedoch nicht diesen Weg
32 dorthin. Denn dazu sollen neben der massenhaften Kontrolle von Chats auch
33 Altersverifikation und Netzsperrern eingesetzt werden.

Meine Chats gehören mir – und nicht einer KI oder den Behörden!

Ylva Johansson schlägt in ihrem Gesetzentwurf verschiedene Maßnahmen vor, die technische Umsetzung bleibt dabei unklar.

Zentral in der Debatte um diesen Entwurf ist die sogenannte Chatkontrolle: die Kommission hat das Ziel formuliert, alle Chats auf Kindesmissbrauch zu scannen.

Die Einführung einer Chatkontrolle würde dazu führen, dass die private Kommunikation jeder Person zu jeder Zeit gescannt würde. Dies würde einen massiven Einschnitt in die Bürger*innenrechte bedeuten.

Dass man verschlüsselte Kommunikation nicht einfach verbieten kann, ist zum Glück selbst Ylva Johansson klar. Die Alternative heißt „client-side scanning“: jede Nachricht würde, bevor sie verschickt wird, auf dem eigenen Gerät gescannt und mit einer zentralen Datenbank aus Darstellungen sexuellen Kindesmissbrauchs verglichen. In der Logik der EU-Kommission wird dadurch die Verschlüsselung der Kommunikation nicht angegriffen, schließlich wird die Nachricht erst gescannt und erst danach verschlüsselt.

Doch das Gegenteil ist der Fall. Die Einführung dieser Technologie einen massiven Einschnitt in die Privatsphäre darstellen und nach Einschätzung des legal councils der EU die Essenz der fundamentalen Rechte verletzen. Auch die Expert*innen, die der Digitalausschuss des Bundestages im März zu einer Anhörung eingeladen hat, haben sich einmündig gegen client-side-scanning ausgesprochen. Von Kinderschutzbund und Internet-Ermittler bis Chaos Computer Club – nicht einmal der Union ist es gelungen, eine*n Expert*in aufzutreiben, der*die sich für die vorgeschlagenen Maßnahmen ausspricht. Auch der wissenschaftliche Dienst des Bundestags sieht im aktuellen Verordnungsentwurf „unverhältnismäßige Eingriffe in die geprüften Grundrechte der GRCh (EU-Grundrechtecharta).

Auch technisch zeigen sich Problematiken: damit eine KI Missbrauchsabbildungen erkennen kann, muss sie vorher auf einer Sammlung von solchen Abbildungen trainiert werden. Dabei werden der KI Abbildungen gezeigt und die KI soll die Abbildungen als Missbrauch oder nicht deklarieren. Die Entscheidungen der KI im Trainingsprozess müssen von Menschen kontrolliert werden, die sich ebenfalls diese Abbildungen ansehen und die Entscheidung der KI bestätigen müssen. Eine solche unbekannte KI bietet massives Missbrauchspotential. Verbrecher*innen könnten Zugriff auf Trainingsdaten erlangen und diese Abbildungen weiter nutzen oder sich durch die KI selbst Bilder

generieren lassen. Weiterhin kann von Bürger*innen nicht kontrolliert werden, ob die eigenen Nachrichten tatsächlich nur in diesem Rahmen kontrolliert oder ob auch andere Inhalte gesucht werden.

Jede*r Bürger*in wäre davon betroffen, dass sämtliche private Kommunikation ständig durchsucht würde. Von einer zentralen unbekannten Entität. Neben echten Missbrauchsabbildungen würde diese Kontrolle auch jede Menge falsche Meldungen produzieren, also Nachrichten, die fälschlich als Missbrauch gekennzeichnet werden und dann von den Behörden kontrolliert werden. Dies kann sowohl das Versenden von Kinderfotos in Familiengruppen als auch Nachrichten betreffen, die sich Jugendliche einvernehmlich schicken. Studien zeigen zudem, dass Inhalte, die die queere Community betreffen, deutlich häufiger fälschlich als Pornographie erkannt werden.

Zudem ist fragwürdig, ob die Einführung der Chatkontrolle tatsächlich einen Beitrag zu weniger Kindesmissbrauch leisten würde. Missbrauchsabbildungen werden in der Regel nicht per Messenger versendet. Stattdessen werden Links auf Seiten im „dark net“ geteilt, von denen das Material anonym abgerufen werden kann.

Die Einführung einer Chatkontrolle würde das zugrundeliegende Problem also nicht lösen, sondern unverhältnismäßig in die Privatsphäre aller eingreifen.

Keine Stoppschilder im Internet – Löschen, statt sperren!

Schon 2009 sagte Ursula von der Leyen, damals noch als Familienministerin, Abbildungen von sexualisierter Gewalt gegen Kinder im Internet den Kampf an. Ihr Vorschlag: Seiten, auf denen Darstellungen sexuellen Kindesmissbrauchs zu finden sind, sollen gesperrt und mit einem großen Stoppschild versehen werden. Dieser Vorschlag wurde damals nach langen Protesten aufgegeben. Zu Recht! Netzsperrern sind nicht nur schwer umzusetzen und lassen sich leicht umgehen. Wird eine Seite mit einem großen roten Stoppschild versehen, wird auch noch aktiver Täter*innenschutz betrieben. Alle Materialien existieren noch auf den Servern der gesperrten Seite und können von Betreiber*innen einfach auf eine andere Seite übertragen werden.

Stattdessen wird in Deutschland inzwischen das Prinzip „Löschen, statt Sperren“ verfolgt. Stoßen Ermittler*innen im Internet auf Darstellungen sexuellen Kindesmissbrauchs, wird dies an die Serverbetreiber*innen gemeldet, die die Seite mit allen Inhalten löschen. Dieses Verfahren ist „einfach und wirksam“, so berichtet es das Justizministerium. Und doch werden viele Seiten nicht direkt gelöscht. Den Behörden fehlt häufig Personal, um alle Seiten zu löschen. Es ist nicht hinnehmbar, dass einfache Mittel, die ausschließlich Täter*innen betreffen, durch Ermittlungsbehörden nicht ausgeschöpft werden.

115

116 Netzsperrern sind auch auf europäischer Ebene zu verhindern. Stattdessen müssen
117 Missbrauchsabbildungen wo immer sie auftreten, gelöscht werden. Behörden müssen
118 ausreichend Personal ausgestattet sein, um Seiten zu löschen.

119

120 **Alter, geht's noch? - Ein Internet ohne Altersverifikation und Ausweispflicht**

121

122 Die Kommission geht in ihrem Gesetzesvorhaben aber noch weiter, als bestehendes
123 Material zu erkennen. Auch dem sogenannten „grooming“ - also versuchter
124 Kontaktaufnahme von Erwachsenen bei Kindern mit dem Ziel des Missbrauchs soll Einhalt
125 geboten werden. Dafür könnten Anbieter*innen künftig dazu gezwungen werden,
126 Alterskontrollen einzuführen.

127

128 Heute schon verhindern manche Anbieter*innen, dass Kinder von Erwachsenen
129 angeschrieben werden können. TikTok beispielsweise stellt Accounts von 13- bis 15-
130 jährigen grundsätzlich privat. Solche Maßnahmen basieren meist auf Selbstauskünften
131 der Nutzer*innen, dies wird der EU-Kommission sicher nicht ausreichen.

132

133 Möglichkeiten der Altersverifikation reichen von der Identifikation mit Ausweisen bis
134 zur KI-gestützten Berechnung des Alters durch biometrische Daten. Nicht nur aus
135 Datenschutzperspektive ist dabei eine Variante schlimmer als die nächste.

136

137 Die Verifikation des Alters durch Kontrolle des Personalausweises würde das Ende der
138 Anonymität im Internet bedeuten. Nutzer*innen jeder Plattform, auf der Chats möglich
139 sind, müssten den Anbieter*innen persönliche Daten übermitteln. Ein Datenleak oder
140 ein Hackerangriff auf die Datenbanken der Anbieter*innen wäre fatal. Durch die
141 AusweisApp ist es theoretisch möglich, nur die Daten zu übermitteln, die tatsächlich
142 gebraucht werden. Es ist jedoch abzusehen, dass sich Plattformen mit dieser
143 Einschränkung nicht zufriedengeben werden, sondern unter den Deckmantel gesetzlicher
144 Legitimierung weitere Daten zu Werbezwecken sammeln werden und so weitere Daten von
145 Nutzer*innen sammeln können, die sie eigentlich nicht haben sollten.

146

147 Natürlich ist die Verfolgung von Besitz und Verbreitung kinder- und
148 jugendmissbräuchliches Bildmaterials unterstützens- und schützenswert. Insofern
149 sollen alle Möglichkeiten der Strafverfolgung ausgenutzt werden, die dem Rechtsstaat
150 bereits jetzt zur Verfügung stehen. Es ist zu bezweifeln, dass der durch die
151 Chatkontrolle verfolgte Zweck der Prävention und der Bekämpfung des sexuellen
152 Missbrauchs von Kindern und Jugendlichen durch eine Überwachung erreicht werden kann.
153 Täter*innen könnten die Inhalte über andere Kanäle austauschen. Sie können auf
154 alternative Messenger-Dienste oder Versandarten ausweichen oder Daten manuell

155 verschlüsseln.

156

157 Damit wären die Personen weiterhin nicht oder nur schwer greifbar, die man mittels
158 der Chatkontrolle ermitteln möchte. Hingegen müssten andere Nutzer*innen
159 unverhältnismäßige Rechtseingriffe hinnehmen. Aufgrund des technischen Stands der KI
160 ist mit vielen falsch-positiven Ergebnissen zu rechnen, die durch Staatsanwält*innen
161 und Polizist*innen auszuwerten wären, beispielsweise private Strandbilder aus dem
162 Urlaub. Es ist nicht realistisch, dass die Justiz dies mit ihren gegenwärtigen
163 personellen Ressourcen bewerkstelligt.

164

165 Der Angriff auf die Anonymität im Internet hat aber auch weitere Auswirkungen, die zu
166 kritisieren sind. Die Pflicht, für jede Form der Online-Kommunikation den
167 Personalausweis vorlegen zu müssen, wird massive Auswirkungen auf die
168 Kommunikationsfreiheit im Internet haben. Wenn Nutzer*innen bei jeder Anmeldung und
169 Nachricht im Internet befürchten müssen, dass Inhalte gelesen und zurückverfolgt
170 werden können, hat dies messbare Folgen für das individuelle Verhalten und die
171 Meinungsfreiheit. Es ist zudem unverhältnismäßig: Niemand würde auf die Idee kommen,
172 vor jedem Gespräch, Telefonat oder Museumsbesuch einen Personalausweis anzufordern.

173

174 Personen, die keinen Ausweis besitzen, wären so komplett von digitaler Teilhabe
175 ausgeschlossen. Auch Betreiber*innen von Open-Source-Programmen wären von einer
176 solchen Regelung bedroht. Open-Source-Programme ermöglichen es Nutzer*innen,
177 Programme kostenlos zu nutzen, weiterzuentwickeln und zu testen. Dabei gibt es keine
178 zentrale Datenbank von Nutzer*innen, sondern Programme oder Quellcode können aus
179 verschiedenen Quellen genutzt werden. Der Schutz der persönlichen Daten von
180 Nutzer*innen muss auch im Internet gelten!

Antrag D08: Zivilgesellschaft vor hohen Kosten durch urheberrechtliche Abmahnungen schützen

Antragsteller*in:	SPD-Landesverband Berlin
Status:	überwiesen
Empfehlung Antragskommission:	Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion
Sachgebiet:	D - Digitales, Demokratie, Medien, Kultur, Weltanschauung

- 1 Die Bundestagsfraktion der SPD im Deutschen Bundestag wird aufgefordert, ein weiteres
2 Änderungsgesetz zu § 97a Urheberrechtsgesetz (UrhG) einbringen, indem geregelt ist,
3 dass
4
- 5 • wenn eine Abmahnung erforderlich ist, diese nur dann Gebühren auslösen kann,
6 wenn ihr nicht binnen einer Woche endgültig abgeholfen oder der Verletzter
7 bereits wegen einer anderen und vergleichbaren Rechtsverletzung abgemahnt wurde
 - 8 • sich die Höhe des Ersatzes der erforderlichen Aufwendungen bei einer Gruppe
9 mehrerer natürlicher Personen, einer schulische, universitären oder einer
10 ehrenamtlichen Gliederung einer wohltätigen Einrichtung, einer politischen
11 Partei oder eines Vereins auf die Höhe beschränkt, die für natürliche Personen
12 gilt
- 13 und
- 14 • ein Anspruch aus der Abmahnung auf Unterlassung und Ersatz erforderlicher
15 Aufwendungen nur dann besteht, wenn die Abmahnung nicht rechtsmissbräuchlich
16 ist.
- 17
- 18 Der Entwurf des weiteren Änderungsgesetzes zu § 97a UrhG ist dem Antrag als Anlage
19 beigefügt. Die farblich grün hervorgehobenen Passagen werden als Ergänzungen
20 vorgeschlagen.

Antrag D09: Digitalisierung

Antragsteller*in:	60 plus Bundeskonferenz Bund (Parteizentrale)
Status:	erledigt durch Koalitionsvertrag 2025/Regierungshandeln
Empfehlung Antragskommission:	Erledigt durch Koalitionsvertrag 2025/Regierungshandeln
Sachgebiet:	D - Digitales, Demokratie, Medien, Kultur, Weltanschauung

- 1 Die Bundeskonferenz der AG SPD 60 plus fordert die SPD-Bundestagsfraktion auf, über
- 2 Initiativen im Deutschen Bundestag den jeweils zuständigen Ministerien Gesetze,
- 3 Verordnungen oder Verfahrensvorschriften einzubringen, welche:
- 4 a) Eine „digitale Spaltung“ der Gesellschaft verhindert und die im Zuge der
- 5 Digitalisierung bereits entstandene (wie auch neue) Hürden vermeidet.
- 6 b) Transparenz gewährleisten
- 7 c) Bildung und Forschung umfassend in die Lage versetzen, den durch Digitalisierung
- 8 verursachten Bedarf bei Unterricht, Forschung und Lehre gerecht zu werden. Hierzu
- 9 bedarf es – neben einer modernen Ausrüstung mit Tablets und Smartphones – der
- 10 Rahmenregeln zum Umgang mit diesen, ebenso auch eine breit aufgestellte Weiterbildung
- 11 der Lehrerinnen und Lehrer.

Antrag D10: Keine Ausgrenzung durch digitalen Zwang

Antragsteller*in:	60 plus Bundeskonferenz Bund (Parteizentrale)
Status:	überwiesen
Empfehlung Antragskommission:	Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion
Sachgebiet:	D - Digitales, Demokratie, Medien, Kultur, Weltanschauung

- 1 Die Bundesregierung muss eine verbindliche Vorgabe erarbeiten in der klar festgelegt
- 2 ist, dass Seniorinnen und Senioren, die (noch) keinen Zugang zu digitalen Medien
- 3 haben, keine Nachteile erfahren. Das heißt, alle Dienstleistungen und Angebote sowohl
- 4 von staatlichen Behörden als auch von Dienstleistern, die im Sinne der
- 5 Daseinsvorsorge tätig sind, wie Banken/Sparkassen, Post, ÖPNV, Deutsche Bahn u.a.
- 6 müssen bis auf Weiteres verpflichtend neben digitalen Zugängen auch analoge
- 7 Zugänge/Abwicklung ermöglichen. Den Menschen ohne digitalen Zugang dürfen dabei keine
- 8 Mehrkosten entstehen.

Antrag D11: Medienkompetenz ausbauen

Antragsteller*in:	60 plus Bundeskonferenz Bund (Parteizentrale)
Status:	erledigt durch Annahme D12 in geänderter Fassung
Empfehlung Antragskommission:	Erledigt durch Annahme D12 in geänderter Fassung
Sachgebiet:	D - Digitales, Demokratie, Medien, Kultur, Weltanschauung

- 1 Der AG SPD 60 plus Bundeskongress 2024 in Berlin möge beschließen:
- 2 Die SPD-Landtagsfraktionen und der SPD-Parteivorstand werden aufgefordert sich dafür
- 3 einzusetzen, dass den Kommunen Handlungsanweisungen geben werden, damit die
- 4 Digitalisierung bürgernaher Dienste nicht zur Exklusion führt. Hierzu muss die
- 5 Medienkompetenz der älteren Menschen ausgebaut werden.

Antrag D12: Nachhaltige Förderung der Medienkompetenz

Antragsteller*in:	SPD-UB Region Hannover
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung Antragskommission:	Annahme in geänderter Fassung
Auf diesen Antrag verweisende Anträge:	D11
Sachgebiet:	D - Digitales, Demokratie, Medien, Kultur, Weltanschauung

- 1 Die Medienkompetenz aller Generationen wird durch entsprechende geeignete Maßnahmen
- 2 gestärkt, insbesondere
- 3 • soll in allen Stufen des Bildungssystems Medienkompetenz nachhaltig verankert
- 4 und gelehrt werden.
- 5 • sollen öffentliche Kampagnen zur Förderung des sicheren und kritischen Umgangs
- 6 mit Medien erfolgen und
- 7 • soll öffentlich aufgeklärt werden, wie auf medienkompetente Weise der
- 8 Wahrheitsgehalt von Nachrichten überprüft werden kann.

Antrag D13: Förderung des Ehrenamts

Antragsteller*in:	SPD-LV Sachsen-Anhalt
Status:	erledigt durch Koalitionsvertrag 2025
Empfehlung Antragskommission:	Erledigt durch Koalitionsvertrag 2025
Sachgebiet:	D - Digitales, Demokratie, Medien, Kultur, Weltanschauung

- 1 Die SPD Sachsen-Anhalt setzt sich für eine Erhöhung und Dynamisierung der
- 2 Ehrenamtspauschale ein. Mittels geeigneter Werbe- und Informationsmaßnahmen soll
- 3 darüber hinaus die Bekanntheit der Ehrenamtspauschale gesteigert werden, damit mehr
- 4 Menschen von dieser profitieren können.

Antrag D14: Demokratieförderung in der Breite stärken – für eine vielfältige und unabhängige Zivilgesellschaft

Antragsteller*in:	110 SPD-Kreis Lichtenberg
Status:	erledigt durch SPD-Regierungsprogramm 2025
Empfehlung Antragskommission:	Erledigt durch SPD-Regierungsprogramm 2025
Sachgebiet:	D - Digitales, Demokratie, Medien, Kultur, Weltanschauung

- 1 Die SPD-Fraktion im Bundestag sowie die sozialdemokratischen Mitglieder der
2 Bundesregierung werden aufgefordert, sich für die Schaffung eines
3 Demokratieförderungsgesetzes einzusetzen, das auf folgenden Grundsätzen beruht:
- 4 1. Verabschiedung eines Demokratieförderungsgesetzes Bisher sind viele demokratische
5 Projekte auf befristete Fördermittel angewiesen. Ein Demokratieförderungsgesetz
6 würde ihnen langfristige finanzielle Sicherheit geben.
- 7 2. Modernisierung des Gemeinnützigkeitsrechts Demokratische Organisationen müssen
8 vor politisch motivierten Angriffen geschützt werden. Es braucht eine rechtliche
9 Absicherung, damit Vereine und Initiativen, die sich für Menschenrechte und
10 gegen Rechtsextremismus engagieren, nicht durch den Vorwurf der „politischen
11 Einseitigkeit“ ihre Gemeinnützigkeit verlieren.
- 12 3. Klare Positionierung gegen Einschüchterungsversuche Die SPD darf nicht zulassen,
13 dass demokratische Akteure durch gezielte Kampagnen unter Druck gesetzt werden.
14 Sie muss sich aktiv gegen eine solche Vergiftung des politischen Klimas,
15 Diffamierungsversuche und für die Verteidigung einer kritischen
16 Zivilgesellschaft einsetzen. Zivilgesellschaftliche Organisationen sind kein
17 politisches Feindbild – sie sind essenziell für unsere Demokratie. Eine starke
18 Demokratie braucht eine starke Zivilgesellschaft. Die SPD muss deshalb
19 entschlossen gegen diese Angriffe Stellung beziehen und sich für eine
20 verlässliche Förderung demokratischer Initiativen einsetzen.
- 21 4. Breiter Zivilgesellschaftsbegriff: Das Gesetz soll explizit die Vielfalt der
22 Zivilgesellschaft anerkennen – von politischen Bildungsinitiativen über
23 Jugendverbände, Migrant*innenselbstorganisationen, Sportvereine,
24 Religionsgemeinschaften bis hin zu Nachbarschaftsinitiativen und sozialen
25 Projekten.
- 26 5. Pluralität und demokratische Offenheit: Das Gesetz soll die Förderung einer
27 pluralistischen, demokratischen Debattenkultur stärken. Es darf keine Förderung
28 für Organisationen geben, die gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung
29 oder die Menschenwürde arbeiten. Gleichzeitig soll die Vielfalt
30 weltanschaulicher, religiöser oder politischer Perspektiven gewahrt bleiben.
- 31 6. Stärkung langfristiger Strukturen: Die Förderpraxis soll verstärkt auf die
32 Unterstützung nachhaltiger, langfristig angelegter Demokratiearbeit ausgerichtet
33 werden. Prekäre Projektförderungen sollen durch stabile Finanzierungsstrukturen
34 ergänzt werden.

35 7. Klare Regelungen zur Gemeinnützigkeit: Der Berliner Senat wird aufgefordert,
36 sich auf Bundesebene für eine Reform des Gemeinnützigkeitsrechts einzusetzen,
37 die mehr Rechtsklarheit für politisch bildende Arbeit schafft – insbesondere bei
38 Engagement gegen Antisemitismus, Rassismus oder andere demokratiefeindliche
39 Entwicklungen.

40 **Begründung**

41 Eine lebendige und kritische Zivilgesellschaft ist ein zentraler Bestandteil unserer
42 Demokratie. Sie trägt dazu bei, politische Prozesse transparent zu machen,
43 gesellschaftliche Debatten zu fördern und gegen demokratiefeindliche Strömungen
44 vorzugehen. Insbesondere in Zeiten zunehmender gesellschaftlicher Polarisierung und
45 rechtspopulistischer Angriffe auf demokratische Institutionen bedarf es einer starken
46 Unterstützung von Initiativen, Vereinen und Organisationen, die sich für Demokratie,
47 Menschenrechte und soziale Gerechtigkeit einsetzen.

48 Angriffe auf die Zivilgesellschaft – eine demokratiegefährdende Strategie

49 Die jüngste Kleine Anfrage der CDU/CSU-Fraktion zur „politischen Neutralität
50 staatlich geförderter Organisationen“ stellt eine neue Eskalationsstufe in der
51 politischen Auseinandersetzung um zivilgesellschaftliches Engagement dar. Diese
52 Anfrage ist nicht nur ein Versuch der Einschüchterung, sondern folgt einer klaren
53 Strategie: Sie übernimmt Narrative rechtsextremer Akteure, um Stimmung gegen
54 Organisationen zu machen, die sich für Demokratie und Menschenrechte einsetzen. Die
55 CDU/CSU setzt dabei bewusst auf die Diskreditierung und finanzielle Schwächung der
56 Zivilgesellschaft, indem sie sie als parteiisch und „nicht neutral“ darstellt.

57 Dies ist kein Einzelfall: Rechtsextreme Netzwerke wie „Ein Prozent“ arbeiten seit
58 Jahren gezielt daran, demokratische Organisationen durch Angriffe auf ihre
59 Gemeinnützigkeit politisch und finanziell unter Druck zu setzen. Die Strategie
60 dahinter ist klar: Wer sich gegen Rassismus, Antisemitismus und Rechtsextremismus
61 engagiert, soll als „links“ und parteiisch diffamiert werden, um so demokratische
62 Gegenwehr zu schwächen.

63 Warum die SPD jetzt handeln muss

64 Gerade nach den Wahlergebnissen der letzten Bundestagswahl ist es die falsche
65 Strategie, die Zivilgesellschaft anzugreifen – sie muss gestärkt werden. Die SPD muss
66 sich daher in Koalitionsverhandlungen und in ihrer Arbeit in der 21.
67 Legislaturperiode klar für die Sicherung und Förderung einer starken
68 Zivilgesellschaft einsetzen.

Antrag EU01: Einführung EU Behindertenausweis

Antragsteller*in:	60 plus Bundeskonferenz Bund (Parteizentrale)
Status:	angenommen
Empfehlung Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	EU - Europapolitik

- 1 Die sozialdemokratischen Mitglieder des Bundestages und der Bundesregierung werden
- 2 aufgefordert, sich für die umgehende Übernahme der EU Richtlinie vom 16.02.2024 zur
- 3 Einführung des Europäischen Behindertenausweises und des Europäischen Parkausweises
- 4 für Menschen mit Behinderung einzusetzen.

Antrag EU02: Europäische Mindeststandards für den Verkauf von Feuerwerkskörpern

Antragsteller*in:	020 SPD-Kreis Friedrichshain-Kreuzberg
Status:	überwiesen
Empfehlung Antragskommission:	Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion & Europa SPD
Sachgebiet:	EU - Europapolitik

- 1 Die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung und des Deutschen Bundestags
2 sowie die Mitglieder der S&D-Fraktion im Europäischen Parlament werden aufgefordert,
3 sich für die Einführung EU-weiter Mindeststandards für den Verkauf und die Abgabe von
4 Feuerwerkskörpern einzusetzen.
- 5 • Dabei ist sicherzustellen, dass Feuerwerkskörper, von denen mindestens eine
6 mittlere Gefahr ausgeht, nur an Personen abgegeben werden dürfen, die zuvor die
7 erforderliche Fachkunde nachgewiesen haben.
- 8 • Die Mitgliedstaaten sollen weiterhin die Möglichkeit erhalten, weitergehende
9 Einschränkungen an die Abgabe und die Nutzung von Feuerwerkskörpern – bis hin zu
10 einem ortsabhängigen, zeitabhängigen oder vollständigen Böllerverbot – zu
11 beschließen.
- 12 • Um eine Einhaltung der Bestimmungen über Verkauf und Abgabe von
13 Feuerwerkskörpern zu gewährleisten, sollen diese mit einer Verkäufer-
14 Kennzeichnung versehen werden. Diese Kennzeichnung soll gewährleisten, dass bei
15 der Verwendung von Feuerwerkskörpern durch Personen ohne die erforderliche
16 Fachkunde nachvollzogen werden kann, wo diese die Feuerwerkskörper erworben
17 haben.
- 18 • Insbesondere Online-Versandgeschäfte, die Feuerwerkskörper auf dem europäischen
19 Markt anbieten, sind regelmäßig hinsichtlich der Einhaltung der Bestimmungen zu
20 überprüfen.

Antrag EU03: Sanktionen gegen Ungarn

Antragsteller*in:	080 SPD-Kreis Neukölln
Status:	erledigt durch SPD-Regierungsprogramm 2025
Empfehlung Antragskommission:	Erledigt durch SPD-Regierungsprogramm 2025
Sachgebiet:	EU - Europapolitik

- 1 Die sozialdemokratischen Mitglieder des Bundestags und die sozialdemokratischen
2 Mitglieder der Bundesregierung,
3 die sozialdemokratischen Mitglieder des EU-Parlaments und die Sozialdemokratischen
4 Mitglieder der Europäischen Kommission werden aufgefordert:
5
6 Die Mitgliedschaft Ungarns in der EU gem. Art. 7 EUV zu suspendieren , Ungarn alle
7 finanziellen Zuwendungen der EU streichen und die ungarische Regierung ultimativ
8 auffordern, alle LGBTIQ*-feindlichen Gesetzgebungen, insbesondere die Untersagung von
9 Pride-Veranstaltungen und die automatische Gesichtserkennung von Teilnehmenden von
10 Pride Paraden, sofort zu beenden und zu europäischen Rechtsnormen und allgemeinen
11 Grundsätzen von Menschenrechten ohne jegliche staatliche Diskriminierung
12 zurückzukehren.
13 Sollte die ungarische Regierung diese neue Grenzüberschreitung beibehalten, werden
14 sich die sozialdemokratischen Mitglieder der betroffenen Parlamente für eine
15 Suspendierung der Mitgliedschaft Ungarns in der EU mit allen nötigen Mitteln
16 einsetzen.

Antrag EU04: Unsere Demokratie ist nicht käuflich - Gegen den Einfluss von Tech-Milliardären!

Antragsteller*in:	080 SPD-Kreis Neukölln
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung Antragskommission:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	EU - Europapolitik

- 1 Große globale Tech-Konzerne haben eine große Machtfülle erlangt. Sie werden immer
2 häufiger ihrer Verantwortung nicht gerecht, was nicht zuletzt unsere Demokratie und
3 die Rechte einzelner bedroht. Die EU muss diesen Entwicklungen als gemeinsame
4 europäische Schutzsphäre für Demokratie und fairen Wettbewerb noch entschiedener
5 entgegenreten.
- 6 Hierzu fordern wir:
- 7 1. umfassende politische Neuaufstellung der EU bezüglich Tech-Konzernen durch:
- 8 a. Strikte Umsetzung EU-weiter Sanktionen gegen Tech-Konzerne, die wiederholt
9 rechtswidrige Inhalte hosten oder verbreiten. Neben empfindlichen
10 Geldstrafen müssen die zuständigen Behörden auch temporäre Zugangssperren
11 ernsthaft prüfen und wo nötig verhängen.
- 12 b. Verbesserte Kooperation mit unabhängigen Fact-Checking-Organisationen.
13 Diese könnte etwa durch eine Digitalsteuer finanziert werden, um ihre
14 Unabhängigkeit zu gewährleisten.
- 15 c. Stärkung der europäischen Digitalaufsicht bei sehr großen Plattformen durch
16 mehr Ressourcen für die zuständigen Behörden, insbesondere zur verstärkten
17 Prüfung von Algorithmen. Zudem muss die Zwangszerschlagung von Monopolen
18 ernsthaft geprüft werden.
- 19 d. Prüfung einer EU-weiten Digitalabgabe zur Finanzierung auch von
20 Medienbildung, Faktenchecks und Aufbau bzw. Finanzierung alternativer
21 Strukturen.
- 22 e. Strikte Durchsetzung der Regeln für politische Werbung auf digitalen Plattformen,
23 einschließlich Transparenzpflichten. Zudem die Prüfung einer Obergrenze für Ausgaben.
- 24 1. f. Förderung digitaler Medienkompetenz durch EU-weite Bildungsprogramme, um
25 e. Bürgerinnen und Bürger besser gegen Desinformation und Manipulation zu
26 wappnen.
- 27 2. Umsetzung des verpflichtenden Transparenz-Registers für politische Werbung und
28 die Informationen für Zielgruppen-Targeting
- 29 3. Verhängung drastischer Sanktionen für Plattformen bei Verstößen gegen
30 Wahlfairness und politische Manipulation
- 31 4. Die Offenlegung der Algorithmen im Sinne der politischen Neutralität bei sehr
32 großen Plattformen

Antrag EU05: Die Zeit ist jetzt – Für ein vereintes Europa der Bürgerinnen und Bürger: Beitritt der SPD zum Aktionsbündnis für die Vereinigten Staaten von Europa

Antragsteller*in:	SPD-Ortsverein Augsburg-Lechhausen
Status:	überwiesen
Empfehlung Antragskommission:	Überweisung an SPD-Parteivorstand
Sachgebiet:	EU - Europapolitik

- 1 Die SPD tritt dem zu gründenden Aktionsbündnis für die Vereinigten Staaten von Europa
- 2 als Mitglied bei. Ziel dieses Bündnisses ist die Vollendung des europäischen
- 3 Einigungsprozesses hin zu einem demokratischen, föderalen Bundesstaat Europa im Sinne
- 4 der im Hamburger Grundsatzprogramm formulierten Vision.
- 5 Der Parteivorstand wird beauftragt, den Beitritt politisch zu begleiten, innerhalb
- 6 der Partei sichtbar zu machen und sich auf europäischer Ebene, insbesondere im Rahmen
- 7 der SPE, für die Gründung einer europäischen Bürgerbewegung einzusetzen, die dieses
- 8 Ziel aktiv verfolgt.

Antrag F01: Reform des Unterhaltsvorschussgesetzes: Keine Abzüge beim Kindergeld für Alleinerziehende

Antragsteller*in:	SPD-LV Sachsen-Anhalt
Status:	erledigt durch Koalitionsvertrag 2025
Empfehlung Antragskommission:	Erledigt durch Koalitionsvertrag 2025
Sachgebiet:	F - Familien-, Frauen-, Gleichstellungs-, Generations- und Seniorenpolitik

- 1 Die SPD setzt sich für eine Reform des Unterhaltsvorschussgesetzes dahingehend ein,
- 2 dass in Zukunft nur das hälftige Kindergeld auf den Vorschuss anzurechnen ist.

Antrag F02: Bundespräsidentin - die Zeit ist reif.

Antragsteller*in:	SPD FRAUEN Vorstand Bund (Parteizentrale)
Status:	überwiesen
Empfehlung Antragskommission:	Überweisung an SPD-Parteivorstand
Sachgebiet:	F - Familien-, Frauen-, Gleichstellungs-, Generations- und Seniorenpolitik

- 1 Der SPD Parteivorstand und die SPD Bundestagsfraktion setzen sich dafür ein, dass die
- 2 13. Person, die das Amt der Bundespräsident:in bekleidet, eine Frau ist.

Antrag F03: EU-Entgelttransparenzrichtlinie jetzt umsetzen!

Antragsteller*in:	SPD-Landesorganisation Hamburg
Status:	erledigt durch SPD-Regierungsprogramm 2025 und Koalitionsvertrag 2025
Empfehlung Antragskommission:	Erledigt durch SPD-Regierungsprogramm 2025 und Koalitionsvertrag 2025
Sachgebiet:	F - Familien-, Frauen-, Gleichstellungs-, Generations- und Seniorenpolitik

- 1 Die EU-Entgelttransparenzrichtlinie (RL2023/970) muss zügig in deutsches Gesetz
- 2 überführt werden.

Antrag F04: §218

Antragsteller*in:	SPD FRAUEN Vorstand Bund (Parteizentrale) · SPD-LV Thüringen
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung Antragskommission:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	F - Familien-, Frauen-, Gleichstellungs-, Generations- und Seniorenpolitik

1 Resolution

2 Die SPD setzt sich dafür ein, dass ungewollt Schwangere innerhalb der ersten 12
3 Wochen der Schwangerschaft Zugang zu sicheren Schwangerschaftsabbrüchen haben müssen.
4 Dieser darf weder an finanziellen, regionalen, strukturellen, bürokratischen, noch an
5 anderen Hürden scheitern. Hierzu gehört auch die Entkriminalisierung des
6 Schwangerschaftsabbruchs.

7 • Wir bekräftigen, dass die Versorgungslage von ungewollt Schwangeren in
8 entscheidender Weise dadurch verbessert werden kann, dass
9 Schwangerschaftsabbrüche, die nach dem Willen der Frau in den ersten 12 Wochen
10 vorgenommen werden, nicht mehr im Strafgesetzbuch geregelt werden. Eine Reform
11 des Paragraphen 218 wird in dieser Legislatur nicht ausgeschlossen und die SPD
12 macht sich dafür weiterhin stark.

13 • Wir setzen wir uns daher dafür ein, dass die Erkenntnisse der ELSA-Studie,
14 basierend auf ihrem Abschlussbericht, zügig berücksichtigt werden, denn sie
15 zeigen sehr deutlich, dass die Regelung über das Strafrecht der maßgebliche
16 Grund ist, weshalb Ärzt:innen davor zurückschrecken, Schwangerschaftsabbrüche
17 durchzuführen und immer mehr Stellen wegbrechen.

18 • Wir begrüßen, dass die Kostenerstattung von Schwangerschaftsabbrüchen durch die
19 Krankenkassen ausgeweitet werden soll. Wir gehen davon aus, dass der Umstand,
20 dass Krankenkassen keine Leistungen erstatten, die rechtswidrig sind, eine
21 Grundlage bietet, die strafrechtliche Verankerung von Schwangerschaftsabbrüchen
22 zu beenden.

23 • Wir unterstreichen, dass das Thema Schwangerschaftsabbruch im Bundestag wie auch
24 in der Vergangenheit als Gewissensentscheidung auf Basis eines Gruppenantrags in
25 dieser Wahlperiode behandelt werden kann. Trotzdem ist für uns grundsätzlich
26 klar, dass wir sowohl im Parlament als auch in der Zivilgesellschaft Initiativen
27 und Gesetzentwürfe unterstützen, welche die Entkriminalisierung des
28 Schwangerschaftsabbruchs zum Ziel haben.

29 • Wir sind weiterhin optimistisch, dass es eine Lösung geben wird,
30 Schwangerschaftsabbrüche außerhalb des Strafrechts zu regeln. Dies sind wir auch
31 in Anbetracht der Tatsache, dass eine deutliche Mehrheit der Bevölkerung dies
32 befürwortet und es für die Menschen in Ostdeutschland schon einmal Realität war.

Antrag F05: Abschaffung des §218 StGB

Antragsteller*in:	OV Wunsiedel
Status:	erledigt durch Annahme von Antrag F04 in geänderter Fassung
Empfehlung Antragskommission:	Erledigt durch Annahme von Antrag F04 in geänderter Fassung
Sachgebiet:	F - Familien-, Frauen-, Gleichstellungs-, Generations- und Seniorenpolitik

- 1 wir setzen uns mit Nachdruck für die vollständige Abschaffung des §218 StGB
- 2 einzusetzen und Schwangerschaftsabbrüche außerhalb des Strafgesetzbuches zu regeln.

Antrag F06: Männer sind Teil der Lösung! Präventionsmaßnahmen gegen Frauenfeindlichkeit stärken.

Antragsteller*in:	010 SPD-Kreis Mitte
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung Antragskommission:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	F - Familien-, Frauen-, Gleichstellungs-, Generations- und Seniorenpolitik

1 Bund, Länder und Kommunen setzen sich dafür ein, dass langfristige Maßnahmen zur
2 Prävention von Frauenfeindlichkeit und Gewalt gegen Frauen flächendeckend umgesetzt
3 werden. Die Präventionsmaßnahmen sollen sich an Männer in allen Altersgruppen
4 richten. Viele Männer schaffen bereits Räume, wo Frauenfeindlichkeit keinen Platz
5 hat, und sie können mehr solcher Räume schaffen.

6 Ziele der Präventionsmaßnahmen sollen sein,

- 7 • dass mehr Männer sich ermutigt fühlen, sich aktiv gegen Frauenfeindlichkeit
8 einzusetzen, indem sie in entsprechenden Situationen (von abwertenden
9 Kommentaren bis hin zu gewalttätigen Taten) intervenieren und Zivilcourage
10 zeigen
- 11 • zu verhindern, dass Männer selbst zu Tätern werden.

12 Die Präventionsmaßnahmen sollen beispielsweise umfassen:

- 13 • Kampagnen im öffentlichen Raum (Straßen, ÖPNV...)
- 14 • Kampagnen und aufsuchende "digitale Straßenarbeit" im Internet, bei dem der
15 Austausch mit jungen Männern in sozialen Netzwerken, in Online-
16 Medienerzeugnissen (wie Podcasts, Blogs und Vlogs) und Messenger Diensten sowie
17 Gaming Plattformen proaktiv gesucht wird.
- 18 • Die Förderung von Kampagnen und Workshops in Unternehmen und in öffentlichen
19 Einrichtungen (Verwaltung, Polizei, ...) sowie beispielsweise in Sportvereinen und
20 Fanszenen
- 21 • Workshops in Schulen, Familien- und Stadtteilzentren u.ä.
- 22 • Wissenschaftliche Studien, die die Entstehung von Frauenfeindlichkeit und die
23 Täterschaft von Männern erforschen und die Rückschlüsse auf effektive
24 Präventionsmaßnahmen geben. Zudem sollten bereits vorhandene Studien, vor allem
25 aus anderen Ländern, auf ihre Übertragbarkeit auf Deutschland überprüft werden.

26 Die Präventionsmaßnahmen sollten zudem:

- 27 • wissenschaftlich begleitet und evaluiert werden
- 28 • positive männliche Vorbilder einbinden und sichtbar machen
- 29 • Männern die Möglichkeit geben, sich kritisch mit Vorstellungen von
30 Männlichkeit(en) auseinanderzusetzen, über den Umgang mit Gefühlen zu sprechen
31 und gewaltfreie Handlungsoptionen zu erfahren

- 32 • für Gewalt gegen Frauen sensibilisieren, Empathie für die Opfer und Zivilcourage
- 33 fördern
- 34 Die Finanzierung der Präventionsmaßnahmen dürfen in keinem Fall auf Kosten von
- 35 Projekten gehen, die explizit Frauen unterstützen.

Antrag F07: Weiterer Ausbau und Weiterentwicklung unserer Frauenhauslandschaft und unserer Frauenfachberatungsstellen

Antragsteller*in:	SPD-UB Region Hannover
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung Antragskommission:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	F - Familien-, Frauen-, Gleichstellungs-, Generations- und Seniorenpolitik

- 1 Die SPD setzt sich auf Bundes-, Landes- und
- 2 kommunaler Ebene weiterhin für den Erhalt und Ausbau der Frauenhauslandschaft, der
- 3 Frauenfachberatungsstellen und der mobilen Beratungen ein. Dazu gehört im Rahmen der
- 4 Umsetzung des Gewalthilfegesetzes insbesondere die bedarfsgerechte Finanzierung der
- 5 bestehenden Einrichtungen durch die Länder und den Bund. Zudem streben wir an,
- 6 genauere Standards für unsere Frauenhäuser zu definieren und entsprechend mit
- 7 finanziellen Ressourcen zu unterlegen. Auch neuen Themen, wie die Verankerung von
- 8 digitaler Gewalt in Schutzkonzepten soll sich vertieft gewidmet werden.

Antrag F08: Nur Ja heißt Ja

Antragsteller*in:	SPD FRAUEN Vorstand Bund (Parteizentrale)
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung Antragskommission:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	F - Familien-, Frauen-, Gleichstellungs-, Generations- und Seniorenpolitik

- 1 Der SPD Parteivorstand und die SPD Bundestagsfraktion setzen sich dafür ein, dass die
- 2 Straftatbestände der Vergewaltigung und des sexuellen Übergriffs dahingehend geändert
- 3 werden, dass jede sexuelle Handlung, ohne den erkennbar geäußerten positiven Willen
- 4 einer Person zu dieser Handlung, unter Strafe fällt; Stichwort: Nur Ja heißt Ja.
- 5 Wir wollen, dass geschlechtsspezifische Gewalt EU-weit als Straftatbestand
- 6 festgeschrieben wird und dabei die Grundsatz "Nur Ja heißt Ja" der Maßstab ist. Unser
- 7 Ziel sind einheitliche Standards im Schutz und in der Strafverfolgung in allen
- 8 Mitgliedstaaten.

Antrag F09: Nur „Ja“ heißt „Ja“!

Antragsteller*in:	SPD-Landesorganisation Hamburg
Status:	erledigt durch Annahme F08 in geänderter Fassung
Empfehlung Antragskommission:	Erledigt durch Annahme F08 in geänderter Fassung
Sachgebiet:	F - Familien-, Frauen-, Gleichstellungs-, Generations- und Seniorenpolitik

- 1 Die sozialdemokratischen Mitglieder des Bundestages setzen sich dafür ein, dass der
- 2 Paragraph 177 Strafgesetzbuch (StGB), Absatz 1 neu gefasst wird. Statt:
- 3 „Wer gegen den erkennbaren Willen einer Person sexuelle Handlungen an dieser Person
- 4 vornimmt [...]“, soll es künftig: „Wer ohne den erkennbaren Willen einer Person
- 5 sexuelle Handlungen vornimmt an dieser [...]“ heißen. Durch diese Änderung soll die
- 6 „Nein heißt Nein“-Regelung durch die „Nur Ja heißt Ja“-Regelung ersetzt werden.
- 7

Antrag F10: Betroffene von sexualisierter und häuslicher Gewalt besser schützen!

Antragsteller*in:	SPD-Landesverband Berlin
Status:	überwiesen
Empfehlung Antragskommission:	Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion
Sachgebiet:	F - Familien-, Frauen-, Gleichstellungs-, Generations- und Seniorenpolitik

1 Wenn es darum geht, unser Rechtssystem zu bewerten, muss dieses sich immer auch daran
2 messen lassen, wie mit Opfern von Straftaten umgegangen wird. Es sollte
3 selbstverständlich sein, dass gerade diejenigen, die Opfer einer Straftat werden,
4 besonderen Schutz bekommen. Gerade Opfer von sexualisierter und häuslicher Gewalt
5 werden allerdings nicht ausreichend geschützt. Die Zahl der Betroffenen von
6 sexualisierter und häuslicher Gewalt steigt jedes Jahr an und betrifft besonders
7 FINTA (Frauen*, Inter*, nicht-binäre und Trans*Personen). So wird fast alle zwei
8 Minuten ein Mensch in Deutschland Opfer von häuslicher Gewalt. Jede Stunde werden
9 mehr als 14 FINTA Opfer von Partnerschaftsgewalt. Gleichzeitig gibt es bundesweit pro
10 Jahr mehr als 13.000 Anzeigen wegen Vergewaltigung oder sexueller Nötigung - die
11 Dunkelziffer nicht zur Anzeige gebrachter Straftaten in diesem Bereich liegt
12 vermutlich deutlich höher. Tagtäglich sehen sich FINTA mit sexuellen Übergriffen
13 konfrontiert. Diese reichen von sexuellen Anspielungen und Blicken bis hin zu
14 übergriffigen Nachrichten und Berührungen. Das Patriarchat wirkt sich auf alle
15 Lebensbereiche aus. Für das Justizsystem, welches maßgeblich von Männern für Männer
16 schaffen wurde, gilt dies in besonderer Weise. Die strukturelle Misogynie und
17 patriarchale Strukturen müssen dort und überall zerschlagen werden. Vor dem
18 Hintergrund dieser Zahlen muss dem Schutz der Opfer deswegen dringend mehr
19 Aufmerksamkeit zukommen.

20

21 **Retraumatisierende Vernehmungen verhindern**

22

23 Oftmals werden Betroffene von sexualisierter Gewalt bei ihren Aussagen, die im Rahmen
24 eines Gerichtsverfahrens notwendig sind, retraumatisiert. Jede Aussage führt zu einer
25 erneuten Konfrontation mit dem Geschehenen. Und selbst, wenn es dann zu einem Urteil
26 kommt, ist es in der Regel so, dass das Verfahren in einer höheren Instanz erneut
27 verhandelt wird, sodass dann erneut eine Aussage gemacht werden muss. Um den
28 Betroffenen eine Aussage vor Gericht in mehreren Instanzen zu ersparen, wurde 2013
29 die Möglichkeit geschaffen, dass Verfahren, bei denen die mehrfache Befragung der
30 Betroffenen zu erheblichen psychischen Belastungen führen kann, nicht beim
31 Amtsgericht, sondern direkt beim höher instanzlichen Landgericht starten. In der
32 Realität wird diese Möglichkeit aber aufgrund von fehlenden Ressourcen und
33 Personalmangel an den Landgerichten nicht genutzt. Vielmehr wird fast immer beim
34 Amtsgericht angeklagt, sodass es in aller Regel zu Verfahren in zwei Instanzen kommt

und die betroffene Person dann auch zweimal aussagen muss. Wir fordern daher, dass die Landgerichte besser ausgestattet werden, sodass eine zusätzliche Retraumatisierung mit allen Mitteln verhindert wird. Dieser Zweck kann auch durch eine konsequente Anwendung des § 58a StPO erreicht werden, indem die Aussage bereits bei der Vernehmung aufgezeichnet wird und bei der Gerichtsverhandlung abgespielt werden kann.

Psychische Belastung bei Gewaltschutzverfügungen verringern

In Deutschland finden jährlich zahlreiche Gewaltschutzverfahren statt, in denen Opfer von häuslicher oder sexualisierter Gewalt versuchen, Schutzmaßnahmen zu erwirken. Dabei besteht das deutliche Problem, dass bei Anhörungen im Rahmen dieser Verfahren die Betroffenen in der Regel gemeinsam mit den Täter*innen vor Gericht erscheinen müssen. Dies kann zu erheblichen psychischen Belastungen führen, da die Opfer direkt mit demjenigen konfrontiert werden, vor denen sie sich fürchten. Oftmals leiden die Betroffenen schon lange vor dem eigentlichen Tag der Anhörung vor wiederkehrenden Panikattacken und Schlafproblemen. Es besteht zwar die Möglichkeit, eine getrennte Anhörung zu beantragen, dies wird allerdings von den Gerichten häufig mit dem Verweis auf einen höheren Aufwand abgelehnt. Die potentielle Retraumatisierung und der Stress, dem die Betroffenen ausgesetzt sind, wird häufig ignoriert.

Wir fordern deshalb, dass es auf Antrag der betroffenen Person, der nicht weiter begründet werden muss, ein Recht auf getrennte Anhörung gibt!

Häusliche Gewalt endlich auch vor den Familiengerichten berücksichtigen!

Ein weiteres Problem sehen wir darin, dass bei Familiengerichten häusliche Gewalt von den Richter*innen bei ihren Entscheidungen nicht angemessen berücksichtigt wird. Streiten sich etwa zwei Eltern um das Sorgerecht für ihr gemeinsames Kind, wird von häuslicher Gewalt betroffenen Partner*innen oft empfohlen diese Gewalt vor den Gerichten nicht anzusprechen, weil es ihnen von Richter*innenseite häufig negativ ausgelegt wird. So wird dann nicht selten behauptet, dass die häusliche Gewalt nur angesprochen wird, um die andere Person zu diskreditieren. Wird die Gewalt doch angesprochen, spielt sie für die Entscheidung im Sorgerecht keine große Rolle. Häufig wird von den Richter*innen argumentiert, dass die Gewalt ein Phänomen sei, was sich nur zwischen den Partner*innen abspielen würde und Gewalt gegen die Kinder nicht denkbar sei. Es zeigt sich aber, dass das in der Regel nicht stimmt und die Kinder dann auch häufig Opfer von häuslicher Gewalt werden. Darüber hinaus wird das betroffene Elternteil durch den gemeinsamen Umgang der weiteren Gefahr von Übergriffen ausgesetzt. In der Abwägung wird eine mögliche Entfremdung des Kindes zu einem Elternteil, oftmals dem Vater, mehr Gewicht zugestanden, als die mögliche

Gefahr von körperlichen Übergriffen dem Kind oder dem betroffenen Elternteil gegenüber. Das Recht der Eltern über ihre Kinder, wird in Deutschland immer noch über das Recht des Kindes auf ein unversehrtes Leben gestellt. Das kann nicht sein!

Diese Fehleinschätzung kommt auch davon, dass die Richter*innen sich zwar juristisch mit dem Familienrecht gut auskennen, aber keine besonderen Schulungen oder Fortbildungen im Zusammenhang mit sexualisierter und häuslicher Gewalt bekommen. Dies ist etwa bei Jugendrichter*innen anders. Diese erlernen neben den rechtlichen Grundlagen auch den besonderen Umgang mit Jugendlichen und den gesellschaftlichen Kontext von Jugendkriminalität.

Wir fordern daher, dass Familienrichter*innen eine verbindliche Schulung, in der die sozialen Bedingungen und unterschiedlichen Erscheinungsformen von sexualisierter und häuslicher Gewalt gelehrt werden, besucht haben müssen. Außerdem muss es regelmäßige Fortbildungen geben.

Zusammenfassend fordern wir daher,

- dass die Landgerichte besser ausgestattet werden und die Möglichkeit Verfahren wegen sexualisierter Gewalt vor den
- Landgerichten anzuklagen konsequent genutzt wird
- dass es auf Antrag der betroffenen Person, der nicht weiter begründet werden muss, ein Recht auf getrennte Anhörung gibt
- dass alle Personen, die Opfer von sexualisierter oder häuslicher Gewalt auf dem Weg von der Anzeige bis zum Gerichtsverfahren betreuen, wie Polizist*innen, Ärzt*innen oder Familienrichter*innen vor Ausübung ihres Amtes besondere Schulungen zu dem Thema der sexualisierten und häuslichen Gewalt besuchen und ihr Wissen in regelmäßigen Fortbildungen erneuern müssen
- Umfassende Forschung zu den Folgen von erzwungenem Umgang auf die Opfer und deren Kinder
- dass das Recht von Kindern auf ein unversehrtes Leben größer ist, als das der Eltern über sie verfügen zu können

Antrag F11: Aufenthaltsgebot statt Aufenthaltsverbot – Mehr Sicherheit für Opfer von häuslicher Gewalt

Antragsteller*in:	SPD-Unterbezirk Salzgitter
Status:	erledigt durch SPD-Regierungsprogramm 2025
Empfehlung Antragskommission:	Erledigt durch SPD-Regierungsprogramm 2025
Sachgebiet:	F - Familien-, Frauen-, Gleichstellungs-, Generations- und Seniorenpolitik

- 1 Zum Schutz der Opfer von häuslicher Gewalt fordern wir:
- 2 • Statt des bisherigen Aufenthaltsverbots ein Aufenthaltsgebot für die
- 3 gewaltausübende Person einzuführen. Würde statt eines Aufenthaltsverbots ein
- 4 Aufenthaltsgebot ausgesprochen, wäre umgekehrt die Situation gegeben, dass die
- 5 gewaltausübende Person sich nur noch an den in der Wegweisung angegebenen Orten
- 6 oder im Umkreis dieser aufhalten dürfte. Dadurch käme es zu einer größeren
- 7 Einschränkung der gewaltausübenden Person und zu mehr Freiheiten im Alltag der
- 8 gewaltbetroffenen Person. Der Prämisse des Opferschutzes wird mit einer solchen
- 9 Regelung Rechnung getragen. Es darf nicht sein, dass die von Gewalt betroffenen
- 10 Personen in einem unsichtbaren Käfig leben und bei dessen Verlassen Angst vor
- 11 der Konfrontation mit den gewalttätigen Haushaltsangehörigen haben müssen. Das
- 12 schutzwürdige Interesse der gewaltausübenden Person unterliegt in der Abwägung,
- 13 da diese durch das gewaltvolle Verhalten erst die Notwendigkeit für die
- 14 polizeiliche Maßnahme geschaffen hat. Zudem ergeben sich durch die Einführung
- 15 des Aufenthaltsgebots auch praktische Vorteile für den Opferschutz: Die
- 16 gewalttätige Person hat nicht mehr zwangsläufig, durch die Festlegung der Orte
- 17 mit Betretungsverboten, das Wissen, wo sich das Opfer wahrscheinlich aufhalten
- 18 wird. Dies schützt das Opfer auch faktisch vor bewussten Verstößen gegen das
- 19 Kontaktaufnahmeverbot. Ferner fordern wir, die Befugnis zur Maßnahmenverlängerung
- 20 nach § 17a Abs. 1 S. 1 NPOG, welche derzeit auf 10 Tage festgelegt ist, zu
- 21 erweitern: Im Einzelfall soll die Polizei befugt sein, die Maßnahmen nach § 17a
- 22 Abs. 1 S. 1 NPOG zum Schutz der Opfer häuslicher Gewalt über die 10 Tage hinaus
- 23 zu verlängern, wenn bestimmte Tatsachen vorliegen, dass die Gefahr noch immer
- 24 anhält. Eine effektive Kontrolle über die Einhaltung des Aufenthaltsgebots ist
- 25 schließlich unumgänglich, um tatsächlich einen Schutzraum für die
- 26 gewaltbetroffenen Personen zu schaffen. In welcher Form dies geschehen soll,
- 27 soll mittels einer übergreifenden Kommission erörtert werden.
- 28 • Im Rahmen einer disziplinübergreifenden Kommission aus Legislative, Exekutive
- 29 und Fachkompetenz sollen Mechanismen erörtert werden, wie eine praktische
- 30 Umsetzung der Überwachung von Aufenthaltsgeboten effektiv erfolgen kann.
- 31 Insbesondere sollen die Vor- und Nachteile des Einsatzes sogenannter
- 32 elektronischer Fußfesseln für diesen Zweck abgewogen werden.

Antrag F12: Konsequente Strafverfolgung bei häuslicher Gewalt - Gerechtigkeit für Betroffene sichern

Antragsteller*in:	010 SPD-Kreis Mitte
Status:	überwiesen
Empfehlung Antragskommission:	Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion
Sachgebiet:	F - Familien-, Frauen-, Gleichstellungs-, Generations- und Seniorenpolitik

- 1 1. Zur Umsetzung der Istanbul-Konvention ist in Fällen von häuslicher Gewalt, die als
2 vorsätzliche sogenannte „einfache“ Körperverletzung strafbar sind, grundsätzlich ein
3 besonderes öffentliches Interesse an der Strafverfolgung anzunehmen, sofern keine
4 gewichtigen Opferinteressen entgegenstehen. Hierzu fordert der Bundesparteitag
5 vorrangig eine gesetzliche Änderung des § 230 StGB, subsidiär eine Anpassung von Nr.
6 234 der Richtlinien für das Strafverfahren und das Bußgeldverfahren (RiStBV).
7 Alternativ fordert der Bundesparteitag eine Verlängerung der Strafantragsfrist in
8 Fällen von häuslicher Gewalt von drei auf mindestens 24 Monate.
- 9 2. In Übereinstimmung mit der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für
10 Menschenrechte darf eine vorsätzliche sogenannte „einfache“ Körperverletzung im Falle
11 häuslicher Gewalt nicht länger auf den Privatklageweg verwiesen werden. Der
12 Bundesparteitag fordert dafür vorrangig eine Änderung des § 374 Abs. 1 Nr. 4 StPO,
13 subsidiär eine klarstellende Anpassung von Nr. 86 RiStBV.
- 14 Die SPD-Bundestagsfraktion und die SPD-Bundesminister:innen werden aufgefordert,
15 diese Änderungen jeweils umzusetzen.

Antrag F13: FINTA* in Krisen finanziell entlasten

Antragsteller*in:	SPD-Landesorganisation Hamburg
Status:	überwiesen
Empfehlung Antragskommission:	Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion
Sachgebiet:	F - Familien-, Frauen-, Gleichstellungs-, Generations- und Seniorenpolitik

- 1 1. Die Abschaffung der Mehrwertsteuer auf Schwangerschaftstests
- 2 2. Die Abschaffung der Mehrwertsteuer auf kommerziell erhältliche Verhütungsmittel
- 3 3. Die Kostenübernahme für verschreibungspflichtige Verhütungsmittel (Pille,
- 4 Spirale, Hormonpflaster etc.) durch die gesetzlichen Krankenversicherungen auch
- 5 nach dem 22. Lebensjahr
- 6 4. Die Kostenübernahme für die Pille danach durch die gesetzlichen
- 7 Krankenversicherungen auch nach dem 22. Lebensjahr

Antrag F14: Blutige Wahrheiten anerkennen: Gegen Periodenarmut und das Patriarchat in der Periode

Antragsteller*in:	SPD-Landesverband Berlin
Status:	überwiesen
Empfehlung Antragskommission:	Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion und SPD-Landtagsfraktionen
Sachgebiet:	F - Familien-, Frauen-, Gleichstellungs-, Generations- und Seniorenpolitik

1 Sichere und zugängliche Periodenprodukte:

2 In den vergangenen Monaten erhielt eine Studie aus den USA, welche in Tampons
3 verschiedene Metalle nachwies, medial große Aufmerksamkeit. Auch wenn die Studie
4 nicht aufzeigen kann, in welchem Maße die Metalle durch das Tampon in den Körper
5 aufgenommen werden, zeigt sich das Problem, dass Hersteller*innen ihre
6 Periodenprodukten nicht auf (Schwer-)metalle testen und diese Werte nicht angeben
7 müssen. Dies liegt in Deutschland daran, dass Periodenprodukte Bedarfsgegenstände
8 sind und somit nicht anders als andere Produkte nicht unter die Deklarationspflicht
9 fallen und deshalb auf giftige Metalle getestet werden müssen.

10 Wir fordern:

- 11 • dass Hersteller*innen Periodenprodukte zukünftig auf gesundheitsschädliche
12 Stoffe, wie z.B. Pestizide, Schwermetalle oder andere giftige Metalle testen und
13 den Schwermetallgehalt ihrer Produkte kontrollieren und angeben müssen
- 14 • dass vermehrt unabhängige Kontrollen und Studien zur Belastung von
15 Periodenprodukten stattfinden
- 16 • eine Deklarationspflicht zu Inhaltsstoffen in Periodenprodukten
- 17 • dass die Forschung zu und Entwicklung von gesundheitlich-unbedenklichen und
18 nachhaltigen Menstruationsprodukten gefördert wird

19 Auch der Zugang zu Periodenprodukten gestaltet sich für Personen in Deutschland nicht
20 immer einfach. In einigen Kommunen, so bspw. in einigen Berliner Bezirken, gibt es
21 bereits kostenlose Periodenprodukte in öffentlichen Gebäuden. Jedoch ist dies nicht
22 überall der Fall. Für manche menstruierende Personen sind die Kosten für
23 Periodenprodukte eine finanzielle Belastung, was das Leben der betroffenen Personen
24 massiv einschränkt. Auch die Sorge vor einer fehlenden Toilette oder eingeschränkter
25 Hygienesituation sorgt dafür, dass Menstruierende sich aus Sorge dafür entscheiden,
26 zuhause zu bleiben und somit erneut eingeschränkt werden.

27 Ein Arbeitsplatz oder eine Bildungsstätte mit sauberen und zugänglichen Toiletten,
28 ausgestattet mit Periodenprodukten, kann für Menstruierende eine Möglichkeit sein,
29 diese Einschränkungen zu verringern.

30 Wir fordern deshalb:

- 31 • die Änderung des Arbeitsschutzgesetzes durch die Ergänzung der Bereitstellung

von Periodenprodukten zusätzlich zu

- Toilettenpapier am Arbeitsplatz oder einer alternativen Lösung, welche Periodenprodukte am Arbeitsplatz bereitstellen
- zusätzlich halten wir an unserer Forderung der kostenlosen Periodenprodukte an öffentlichen Orten/ Einrichtungen und in Bildungsstätten fest
- Zusätzlich sollen auf allen Toiletten und den Kabinen Mülleimer bereitgestellt werden. Konkret bedeutet dies, dass Mülleimer in den Kabinen und Periodenprodukte auf oder vor allen Toiletten bereitgestellt werden.

Periodenprodukte in der Steuerpolitik:

Studien ergeben, dass 3/4 aller menstruierenden Personen es schwierig finden, sich ausreichend mit Binden und Tampons zu versorgen. Die Umsatzsteuer sehen wir aufgrund ihrer überdurchschnittlichen Belastung für untere Einkommen insgesamt kritisch und bekräftigen unsere Forderung nach ihrer Abschaffung. Besonders bei Periodenprodukten halten wir mit Blick auf die weit verbreitete Periodenarmut auch die mittlerweile reduzierte Umsatzsteuer für eine ungerechte Belastung von Menstruierenden und fordern daher ihre Abschaffung, zumal diese Steuersenkungen nach neuesten Erkenntnissen nicht an die Verbraucherinnen weitergegeben wurden. Dadurch wird Periodenarmut bekämpft und die gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen und öffentlichen Leben nicht mehr erschwert. Des Weiteren fordern wir, dass wirklich alle Periodenprodukte wie z.B. auch Slipeinlagen gleich besteuert werden und nicht manche Produkte nach wie vor mit 19% besteuert werden.

Antrag F15: Physisch oder digital - Zuhälterei ist illegal!

Antragsteller*in:	SPD-Landesverband Berlin
Status:	überwiesen
Empfehlung Antragskommission:	Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion
Sachgebiet:	F - Familien-, Frauen-, Gleichstellungs-, Generations- und Seniorenpolitik

1 Als die Funk-Recherche-Netzwerke des Y-Kollektivs und STRG_F Ende letzten Jahres die
2 Strukturen der deutschen Coaching- Seite „ChampLife“ untersucht haben, wurde
3 aufgedeckt, dass neben der „Self improvement“ und „Alpha Male“ Coachings auch
4 Anleitungen zur gezielten Manipulation und Ausbeutung von Frauen Teil des Programms
5 sind. Diese Form der Manipulation wird LoverBoy Methode genannt. Teilweise wird hier
6 gezielt über Facebook Gruppen auf Frauen, bevorzugt aus Osteuropa, zugegangen und
7 eine Beziehung versprochen. Die Betroffenen werden strukturiert von ihren Familien
8 und ihrem sozialen Umfeld isoliert und dann in die Prostitution gedrängt. Zwischen
9 den Tätern und den Opfern besteht dadurch ein starkes Abhängigkeitsverhältnis und
10 Machtgefälle, oft beherrschen die Frauen auch nicht die deutsche Sprache.
11 Ausgebeutete werden durch gezielte mentale und körperliche Manipulation dazu
12 gebracht, ihren Körper digital über Seiten wie OnlyFans zu zwangsprostituieren. Der
13 digitale Raum bietet eine zusätzliche Isolationsmöglichkeit bzw. Abschirmung der
14 Ausgebeuteten von der Außenwelt.

15

16 Die Männer übernehmen dann das Management dieser Accounts, verwalten die Einnahmen
17 und behalten diese überwiegend für sich. Im Gegensatz zu Personen, die sich
18 freiwillig für Sexarbeit entscheiden, werden diese Frauen sowohl finanziell als auch
19 mental und körperlich zu diesen Handlungen gedrängt. Sie geben durch Scheinverträge
20 die Selbstbestimmung über ihren Content und das verdiente Geld auf. Dies sind
21 Strategien, die durch Programme wie „ChampLife“ angeboten und als „einfache
22 Geldquelle“ falsch dargestellt werden.

23

24 Ähnliche Strategien werden ebenfalls schon lange von Zuhältern im Bereich der
25 Zwangsprostitution verwendet.

26

27 Der momentane §181a des Strafgesetzbuches bestraft Zuhälterei nur, wenn eine Person
28 eine andere Person zu sexuellen Handlungen bringt und ihre wirtschaftliche und
29 persönliche Unabhängigkeit beeinträchtigt. Wie die Recherche zeigt, fängt der Zwang
30 zur Prostitution durch andere aber nicht erst bei der physischen sexuellen Handlung
31 an, sondern kann bereits bei Zwangsprostitution im Netz beginnen. Die, die sich daran
32 bereichern, handeln als Zuhälter und sollten deshalb auch als solche bestraft werden.

33

34 Deshalb fordern wir:

- 35 • eine Anpassung des § 181a Strafgesetzbuch, der die Zuhälterei nicht erst beim
36 Zwang zur physischen sexuellen Handlung, sondern auch beim Zwang zur
37 Prostitution im Netz, was unter anderem das Verkaufen getragene Unterwäsche,
38 Bilder, Videomaterial, Livestreams oder auch Tonaufnahmen der Ausgebeuteten sein
39 können, bestraft.

Antrag F16: Seniorenmitwirkungsgesetze in den Ländern

Antragsteller*in:	60 plus Bundeskonferenz Bund (Parteizentrale)
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung Antragskommission:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	F - Familien-, Frauen-, Gleichstellungs-, Generations- und Seniorenpolitik

- 1 Die SPD-Landtagsfraktionen und die SPD-Landesverbände und -Bezirke werden
- 2 aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass in den Ländern Seniorenmitwirkungsgesetze
- 3 verabschiedet werden (wenn nicht schon geschehen).
- 4 Demokratieförderung ist in den Ländern durch konkrete Maßnahmen umzusetzen. Um
- 5 demokratisches Bewusstsein zu fördern und das Entstehen demokratiefeindlicher
- 6 Strömungen zu verhindern, sollten zivilgesellschaftliche Ressourcen verlässlich
- 7 gestärkt werden. Die Förderung politischer Bildung im Sinne des Empowerments muss
- 8 unbedingt die Zielgruppe der Älteren einschließen.
- 9 Die Arbeit von Seniorenvertretungen ist ein wichtiger Beitrag der politischen
- 10 Partizipation älterer Menschen. Sie muss verbindlich geregelt werden, z. B. im Rahmen
- 11 der Gemeinde- und Kreisordnungen der Länder oder durch Seniorenmitwirkungsgesetze.
- 12 Ein zentraler Baustein sind dabei Anhörungsrechte für Seniorenvertretungen (auch auf
- 13 Landesebene). Demokratische Strukturen, insbesondere die Konstituierung der
- 14 Seniorenvertretungen durch Wahlen, stärken das Mandat und fördern das
- 15 Selbstverständnis, das Selbstbewusstsein und die Motivation derjenigen, die sich in
- 16 den Gremien engagieren. Ihr Votum sollte bei allen landes- und kommunalpolitischen
- 17 Maßnahmen mit Relevanz für Seniorinnen und Senioren gehört und berücksichtigt werden.

Antrag G01: Gesundheits- und Pflegepolitik der neuen Legislaturperiode für die Menschen

Antragsteller*in:	Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Gesundheitswesen
Status:	angenommen
Empfehlung Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	G - Gesundheit, Pflege

- 1 1. Die SPD-Bundestagsfraktion und die sozialdemokratischen Mitglieder der
2 Bundesregierung werden aufgefordert, die Umsetzung des Koalitionsvertrag im Bereich
3 Gesundheit und Pflege eng mitzugestalten und zu gewährleisten, dass die
4 Konkretisierungen der Vereinbarungen mit den sozialdemokratischen Werten
5 übereinstimmen. Die begonnenen und weiter vereinbarten Strukturreformen müssen
6 konsequent zum Wohl von Patientinnen und Patienten sowie mit Blick auf Versicherte
7 fortgesetzt werden.
- 8 2. Insbesondere bei sozialdemokratischen Kernanliegen aus dem Wahlkampf - wie der
9 Termingarantie für gesetzlich Versicherte beim Facharzt oder dem "Pflegedeckel" zur
10 Begrenzung der Eigenanteile vom Pflegebedürftigen - ist durch die SPD auf eine
11 wirkungsvolle Umsetzung hinzuwirken.
- 12 3. Da es - entgegen den Wahlprogrammen der Partner - mit der Koalitionsvereinbarung
13 nicht gelungen ist, den kurzfristigen, erheblichen Beitragssatzdruck abzuwenden, ist
14 SPD-seitig besonderes Augenmerk darauf zu legen, dass keine schlichten „Lösungen“
15 Realität werden, die die finanziellen Lasten entsolidarisierend auf Kranke lenken
16 oder Versicherungsleistungen willkürlich reduzieren.

Antrag G02: Nachhaltige Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung vereinbaren!

Antragsteller*in:	010 SPD-Kreis Mitte
Status:	überwiesen
Empfehlung Antragskommission:	Überweisung an den SPD-Parteivorstand - Sozialstaatskommission
Sachgebiet:	G - Gesundheit, Pflege

- 1 Die Mitglieder der SPD Bundestagsfraktion setzen sich für Maßnahmen zur nachhaltigen
- 2 Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung ein.
- 3 Um die gesetzliche Krankenversicherung zukünftig nachhaltig zu finanzieren, werden
- 4 insbesondere folgende Maßnahmen in Erwägung gezogen bzw. aufgegriffen:
- 5 1. Versicherungsfremde Leistungen werden ganz oder zumindest stärker als bisher aus
- 6 Steuermitteln finanziert, um die Beiträge zu dämpfen bzw. zu senken.
- 7 2. Die Beitragsbasis wird durch Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze und
- 8 Einbeziehung weiterer Einkommensarten gestärkt.
- 9 3. Der Bundeszuschuss wird jährlich dynamisiert.
- 10 4. Der intensive Ausbau von Prävention und Digitalisierung sind Teil der Lösung.

Antrag G03: Beitragssteigerungen der gesetzlichen Krankenversicherung stoppen!

Antragsteller*in:	010 SPD-Kreis Mitte
Status:	überwiesen
Empfehlung Antragskommission:	Überweisung an den SPD-Parteivorstand - Sozialstaatskommission
Sachgebiet:	G - Gesundheit, Pflege

- 1 Die Mitglieder der SPD Bundestagsfraktion setzen sich für Maßnahmen zur kurzfristigen
- 2 Stabilisierung der Beiträge der gesetzlichen Krankenversicherung ein.
- 3 Um die sich immer schneller drehende Preisspirale in der gesetzlichen
- 4 Krankenversicherung aufzuhalten, werden insbesondere folgende Maßnahmen in Erwägung
- 5 gezogen bzw. aufgegriffen:
- 6 1. Absenkung des Mehrwertsteuersatzes bei Waren und Dienstleistungen, die der
- 7 Gesundheit dienen.
- 8 2. Die Beiträge für Bürgergeldbeziehende steuerfinanzieren.
- 9 3. Keine weiteren Gesetzesvorhaben, die zusätzliche Beitragssteigerungen auslösen.

Antrag G04: Auch morgen noch Kraftvoll zubeißen!

Antragsteller*in:	SPD-Landesverband Berlin
Status:	überwiesen
Empfehlung Antragskommission:	Überweisung an den SPD-Parteivorstand - Sozialstaatskommission
Sachgebiet:	G - Gesundheit, Pflege

- 1 Die geltenden Beschlusslagen zu den Themen Einführung der Bürgerversicherung sowie
- 2 der 100% Übernahme der Kosten von Brillengläsern, Zahnsparungen und Zahnersatz, sofern
- 3 diese medizinisch notwendig sind, werden in Gesetze umgesetzt. Zur Gegenfinanzierung
- 4 wird die Beitragsbemessungsgrenze und die private Krankenversicherung abgeschafft.
- 5 Die heute gesetzlich und privat Versicherten werden in die Bürgerversicherung
- 6 überführt.
- 7
- 8 Der Parteivorstand wird aufgefordert bis zum Ende der laufenden Legislaturperiode für
- 9 die in der laufenden Legislatur nicht durchgesetzten Beschlusslagen in den
- 10 vorbezeichneten Bereichen ein tragfähiges Konzept zu erarbeiten, in den
- 11 Wahlprogrammprozess einzubringen und zur Grundlage einer eventuellen Koalition nach
- 12 der Bundestagswahl 2025 zu machen.

Antrag G05: Überarbeitung des Krankenhausstrukturgesetzes

Antragsteller*in:	SPD-Unterbezirk Köln
Status:	erledigt durch Regierungshandeln
Empfehlung Antragskommission:	Erledigt durch Regierungshandeln
Sachgebiet:	G - Gesundheit, Pflege

- 1 Der Parteitag unterstützt das Krankenhausstrukturgesetz, das Karl Lauterbach auf den
- 2 Weg gebracht hat. Im Hinblick auf die Finanzierung bestehen jedoch nicht nur
- 3 verfassungsrechtliche Bedenken, sie ist darüber hinaus zutiefst unsolidarisch, da
- 4 neben den Bundesländern nur die gesetzlich Versicherten zur Finanzierung herangezogen
- 5 werden.
- 6 Der Parteitag fordert, das Krankenhausstrukturgesetz im Hinblick auf die
- 7 Finanzierung zu überarbeiten und die Lasten von den GKV's zurück auf den Bund zu
- 8 übertragen wie bisher, da es sich um eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe handelt.

Antrag G06: LV Berlin Daseinsvorsorge nach Bedarf bei Krankenhausleistungen

Antragsteller*in:	SPD-Landesverband Berlin
Status:	nicht befasst
Empfehlung Antragskommission:	Nichtbefassung
Sachgebiet:	G - Gesundheit, Pflege

- 1 Der Landesparteitag Berlin und der Bundesparteitag der SPD mögen auch zwecks Aufnahme
2 in zukünftige Wahlprogramme beschließen:

3

- 4 Die Mitglieder der Bundestagsfraktion der SPD werden aufgefordert, die
5 Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass sich das Vergütungsinteresse des
6 Krankenhausträgers für einen Krankenhausaufenthalt am tatsächlichen Behandlungsbedarf
7 ausrichtet und nicht an möglichst häufiger und intensiver Krankenhausbehandlung, wie
8 dies durch das jetzige Fallpauschalen-System gefördert wird.

Antrag G07: Leben retten – jede Sekunde zählt!

Informationskampagne zu Notfalldaten starten: Medizinische Informationen hinterlegen, damit diese Rettungskräften im Notfall schnell zur Verfügung stehen

Antragsteller*in:	SPD-Landesorganisation Hamburg
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung Antragskommission:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	G - Gesundheit, Pflege

- 1 dass die SPD-Bundestagsfraktion darauf hinwirkt, dass im Rahmen des bevorstehenden
- 2 Roll-Outs der e-PA eine Informationskampagne zum Thema Notfalldaten initiiert wird.
- 3 Hierüber sollen Bürger*innen über die Möglichkeit aufgeklärt werden, relevante
- 4 Notfalldaten auf der elektronischen Gesundheitskarte (eGK) und in der elektronische
- 5 Patientenakte (ePA) zu hinterlegen, welche im Notfall von den Rettungskräften sowie
- 6 den Notfallärzt:innen ausgelesen werden können.
- 7 Zudem sollen Ärzt*innen ihre Patient*innen aktiv über die mögliche Hinterlegung von
- 8 Notfalldaten auf der eGK und in der e-PA hinweisen.
- 9 Ebenso sind Rettungskräfte und Notfallärzt*innen zu informieren und aufzufordern,
- 10 diese Möglichkeit zu nutzen.

Antrag G08: Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum

Antragsteller*in:	SPD-Bezirk Hessen-Nord
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung Antragskommission:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	G - Gesundheit, Pflege

- 1 Das deutsche Gesundheitssystem steht vor vielfältigen Herausforderungen, insbesondere
2 im ländlichen Raum, wo oft ein Mangel an ausreichender medizinischer Versorgung
3 herrscht. Um diesen Herausforderungen zu begegnen und die Gesundheitsversorgung in
4 ländlichen Gebieten zu verbessern, fordern wir die SPD-Bundestagsfraktion, die SPD-
5 Mitglieder der Bundesregierung, die Landkreise und Kommunen und die Krankenhausträger
6 sowie die SPD-Landtagsfraktionen und die SPD-Regierungsmitglieder in den
7 Landesregierungen auf, folgende Maßnahmen umzusetzen:
- 8 1. Förderung von Telemedizin: Die Nutzung digitaler Gesundheitsdienste, wie
9 Telemedizin, kann die Erreichbarkeit und Verfügbarkeit von medizinischer
10 Versorgung im ländlichen Raum erheblich verbessern. Wir fordern daher eine
11 verstärkte Förderung von Telemedizinprojekten sowie die Bereitstellung von
12 finanziellen Mitteln für den Ausbau digitaler Infrastrukturen in ländlichen
13 Gebieten.
- 14 2. Ausbildung von Ärzten: Angehende Ärzte müssen in den Studiengängen verstärkt auf
15 die Anwendung der künstlichen Intelligenz vorbereitet werden. Die Studiengänge
16 sind entsprechend zu gestalten.
- 17 3. Förderung neuer Arbeitszeitmodelle: Wir unterstützen die Förderung neuer
18 Arbeitszeitmodelle, wie sie in einigen Kliniken schon genutzt werden wie zum
19 Beispiel Pflegepool.
- 20 4. Stärkung der ambulanten Versorgung: Um die medizinische Grundversorgung im
21 ländlichen Raum sicherzustellen, bedarf es einer Stärkung der ambulanten
22 Versorgungsstrukturen. Wir schlagen vor, weitere Anreize für junge Ärzte zu
23 schaffen, sich in ländlichen Regionen niederzulassen, etwa durch die Gewährung
24 von finanziellen Unterstützungen oder die Schließung von Versorgungslücken durch
25 mobile medizinische Einheiten.
- 26 5. Bessere Verzahnung der stationären und ambulanten Versorgung: Die Zeitfenster
27 der Notfallversorgung sind flexibel zu gestalten. Hier ist nicht die
28 Erreichbarkeit einer Klinik, sondern die Erreichbarkeit einer adäquaten
29 Versorgung durch entsprechende Fachkräfte zu berücksichtigen.
- 30 6. Ausbau der präventiven Gesundheitsmaßnahmen: Prävention ist ein wesentlicher
31 Bestandteil eines nachhaltigen Gesundheitssystems. Wir fordern daher den
32 verstärkten Ausbau präventiver Gesundheitsmaßnahmen im ländlichen Raum und
33 Aufklärungsarbeit in Schulen sowie die Schaffung von Anreizen für
34 gesundheitsförderndes Verhalten.
- 35 7. Einführung von Gesundheitskiosken: Die Gesundheitskioske sind zumindest im

ländlichen Raum baldmöglichst einzuführen. Sie verbessern erheblich in unterversorgten Gebieten die niederschwellige Beratung und Unterstützung.

8. Sicherstellung der Krankenhausversorgung: Der Erhalt und Ausbau von Krankenhausstrukturen im ländlichen Raum ist von entscheidender Bedeutung für eine flächendeckende Gesundheitsversorgung. Wir fordern daher die Sicherstellung einer ausreichenden Finanzierung und personellen Ausstattung von Krankenhäusern in ländlichen Regionen sowie die Förderung von Kooperationen zwischen Krankenhäusern und anderen Gesundheitseinrichtungen.

Der verstärkt aufkommenden Kommerzialisierung im Gesundheitswesen muss durch gesetzliche Maßnahmen Einhalt geboten werden. Krankenhäuser sind Einrichtungen der Daseinsversorgung und keine Wirtschaftsbetriebe, die sich in erster Linie auf Rentabilitätszahlen ausrichten. Sie müssen sich ausschließlich an den Bedürfnissen der Patienten orientieren.

Antrag G09: Psychische Gesundheit stärken: Mehr Therapieplätze und schnellere und einfachere Hilfe

Antragsteller*in:	010 SPD-Kreis Mitte
Status:	überwiesen
Empfehlung Antragskommission:	Überweisung an die SPD-Bundestagsfraktion
Sachgebiet:	G - Gesundheit, Pflege

- 1 Die Versorgung an psychotherapeutischen Therapieplätzen in Deutschland ist dramatisch
2 schlecht. Viele Menschen warten monatelang auf einen dringend benötigten
3 Therapieplatz. Es herrscht dringender Handlungsbedarf.
- 4 Deswegen fordern wir:
- 5 • Eine höhere Anzahl an Therapieplätzen auch für Kassenpatient:innen
 - 6 • Erhöhung der Ausbildungsplätze/Hochschulplätze sind vorzunehmen
 - 7 • Einen kurzfristigeren und leichteren Zugang zu Plätzen für schnelle Hilfe, auch
8 ohne persönliche Zuzahlungen
 - 9 • Eine Einbindung digitaler Angebote in die Versorgung, um das Angebot zu
10 flexibilisieren und zu ergänzen
 - 11 • Um eine kurzfristige Entlastung zu erreichen soll in Gebieten mit angespannter
12 Lage für einen begrenzten Zeitraum ein genereller Notstand erklärt werden. Dies
13 ermöglicht betroffenen Personen ohne einen extra Nachweis das Aufsuchen von
14 Therapeut:innen ohne Kassensitz aber mit Kostenerstattungsverfahren der
15 Krankenkassen
 - 16 • Einen Abbau von bürokratischen Hürden beim Zugang von Therapieplätzen
 - 17 • Eine Abkehr vom sogenannten Kassensitz-Prinzip, um mehr Niederlassungen zu
18 ermöglichen, mehr Patient:innen den Zugang zur Therapie zu erleichtern
 - 19 • Laut Experten ist dieses Prinzip der Kassensitze aber längst überholt. Deshalb
20 sollten wir uns als Sozialdemokraten dafür einsetzen, dieses System abzuschaffen
21 und durch besseres noch zu ermittelndes System zu verbessern.

Antrag G10: Abschaffung der 2-jährigen Sperrfrist nach der abgeschlossenen Psychotherapie

Antragsteller*in:	SPD-LV Sachsen-Anhalt
Status:	überwiesen
Empfehlung Antragskommission:	Überweisung an die SPD-Bundestagsfraktion
Sachgebiet:	G - Gesundheit, Pflege

- 1 Die SPD-Bundestagsfraktion wird gebeten, die Sperrfrist nach einer Psychotherapie
- 2 abzuschaffen.

Antrag G11: Verbesserung der psychotherapeutischen Versorgung von Kindern und Jugendlichen

Antragsteller*in:	SPD-Ortsverein Bogenhausen-Oberföhring
Status:	überwiesen
Empfehlung Antragskommission:	Überweisung an die SPD-Bundestagsfraktion und an die SPD Mitglieder in der Bundesregierung
Sachgebiet:	G - Gesundheit, Pflege

- 1 1. Die SPD setzt sich in der zukünftigen Bundesregierung für eine Konkretisierung
2 der Formulierungen im Koalitionsvertrag 2025 ein, die die psychotherapeutische
3 Versorgung von Kindern und Jugendlichen bereits im ersten Jahr der
4 Legislaturperiode verbessert.
- 5 2. Die SPD setzt sich in der zukünftigen Bundesregierung weiterhin, wie bereits im
6 Koalitionsvertrag von 2021 festgehalten, für einen flächendeckenden Ausbau der
7 psychiatrischen Notfall- und Krisenversorgung ein.
- 8 3. Die SPD setzt sich in der zukünftigen Bundesregierung für eine separate
9 Bedarfsplanung für die psychotherapeutische Versorgung von Kindern und
10 Jugendlichen ein. Die SPD schließt sich damit der Forderung der Bundes
11 Psychotherapeuten Kammer (BPTK)¹ und des Bundesverbands der
12 Vertragspsychotherapeuten e. V. (bvvp)² an. Die politische Umsetzung muss
13 unverzüglich, mit hoher Priorität erfolgen.
- 14 4. Die SPD setzt sich in der zukünftigen Bundesregierung dafür ein, dass der Bund
15 sich dazu verpflichtet, innerhalb der Legislaturperiode folgende Kennzahlen bei
16 der psychotherapeutischen Versorgung von Kindern und Jugendlichen zu erreichen:
 - 17 a. Kinder und Jugendliche erhalten innerhalb von maximal drei Wochen einen Termin für
18 ein Erstgespräch bei eine*r Kinder- und Jugendpsychotherapeut*in, der in räumlicher
19 Nähe zur Wohnung liegt.
 - 20 b. Kinder und Jugendliche erhalten innerhalb von maximal sechs Wochen nach
21 Erstanfrage die Möglichkeit, eine psychotherapeutische Behandlung zu beginnen.

Antrag G12: Die Zukunft sichern: Für eine flächendeckende und bedarfsgerechte ambulante psychotherapeutische Versorgung junger Menschen

Antragsteller*in:	SPD-Bezirk Hessen-Nord
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung Antragskommission:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	G - Gesundheit, Pflege

- 1 Die psychische Gesundheit von jungen Menschen ist von entscheidender Bedeutung für
- 2 ihre Zukunft und die Gesellschaft als Ganzes. Bereits vor Ausbruch der COVID-19-
- 3 Pandemie betrug die durchschnittliche Wartezeit auf ein ambulantes
- 4 psychotherapeutisches Erstgespräch bei einem Kinder- und
- 5 Jugendlichenpsychotherapeuten oder einer Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeutin
- 6 (KJP) etwa 5,8 Wochen [1]. Der Beginn einer Therapie erfolgte im Durchschnitt nach
- 7 14,4 Wochen.
- 8 Die COVID-19-Pandemie hat die Situation allerdings drastisch verschärft: Die
- 9 Wartezeiten haben sich nahezu verdoppelt, mit durchschnittlich 10,2 Wochen für ein
- 10 Erstgespräch und alarmierenden 25,3 Wochen bis zum Therapiebeginn. Die Auswirkungen
- 11 auf die psychische Gesundheit junger Menschen sind gravierend. Die Fallzahlen
- 12 stationärer Behandlungen sind infolge der Pandemie gestiegen, begleitet von einem
- 13 Anstieg psychischer Störungen und pandemieassoziierten Symptomverschlechterungen bei
- 14 bereits erkrankten Kindern und Jugendlichen.
- 15 Die psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen darf nicht weiter
- 16 vernachlässigt werden. Es muss sichergestellt werden, dass sie rechtzeitig Zugang zur
- 17 ambulanten psychotherapeutischen Versorgung erhalten.

Antrag G13: Psychotherapeutenausbildung fördern, Therapieplätze sichern

Antragsteller*in:	SPD-UB Landkreis Harburg
Status:	überwiesen
Empfehlung Antragskommission:	Überweisung an die SPD-Bundestagsfraktion
Sachgebiet:	G - Gesundheit, Pflege

- 1 1. die Ausbildung von Psychotherapeuten staatlich finanziert wird.
- 2 2. eine Form der Vergütung stattfinden muss, welche sich in Bezug auf die Höhe an der
- 3 gesetzlichen Mindestauszubildenenvergütung orientiert.

Antrag G14: Psychotherapeutische Versorgung sichern - Weiterbildungsplätze schaffen!

Antragsteller*in:	SPD-Landesorganisation Hamburg
Status:	nicht befasst
Empfehlung Antragskommission:	Nichtbefassung
Sachgebiet:	G - Gesundheit, Pflege

- 1 Der Bundesparteitag möge beschließen, dass sich auf allen Ebenen für eine schnelle
- 2 Lösung des jetzigen Engpasses für psychotherapeutische Weiterbildungsplätze nach dem
- 3 neuen Psychotherapeutengesetz eingesetzt wird. Eine ausreichende Anzahl von
- 4 Weiterbildungsplätzen muss bundesweit geschaffen werden, damit möglichst viele
- 5 Absolventinnen der entsprechenden Studiengänge für die Behandlung von psychischen
- 6 Erkrankungen qualifiziert werden können. Die SPD Hamburg möge sich auch auf
- 7 Landesebene für mehr psychotherapeutische Weiterbildungsplätze, insbesondere an
- 8 staatlichen oder staatlich geförderten Krankenhäusern einsetzen.

Antrag G15: Psychosoziale Hilfe für Geflüchtete ausfinanzieren!

Antragsteller*in:	SPD-Landesorganisation Hamburg
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung Antragskommission:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	G - Gesundheit, Pflege

- 1 Dass die SPD-Bundestagsfraktion sowie die sozialdemokratischen Mitglieder der
- 2 Bundesregierung aufgefordert werden, sich für eine Verstetigung und bedarfsgerechte
- 3 Ausfinanzierung der psychosozialen Hilfe für geflüchtete Menschen einzusetzen

Antrag G16: Suizid existiert, Aufklärung jetzt!

Antragsteller*in:	SPD-Landesorganisation Hamburg
Status:	angenommen
Empfehlung Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	G - Gesundheit, Pflege

- 1 Die SPD Bundestagsfraktion setzt sich für eine bundesweite Informationskampagne zur
- 2 Aufklärung über Suizid sowie die Entwicklung einer bundesweiten Präventionsstrategie
- 3 ein, welche sich an den Empfehlungen der WHO (Preventing Suicide: A global
- 4 imperative) orientiert.

Antrag G17: Entwicklung einer Long Covid-Strategie

Antragsteller*in:	SPD-Bezirk Hessen-Nord
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung Antragskommission:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	G - Gesundheit, Pflege

- 1 Die Bundesregierung wird zusammen mit den Bundesländern aufgefordert, eine
- 2 bundesweite Postinfekt-Strategie zu entwickeln, die insbesondere Long Covid, ME/CFS
- 3 sowie Post-Vac-Syndrome umfasst und folgende Schwerpunkte beinhaltet:
- 4 1. Schaffung von Forschungsschwerpunkt- und Therapieeinrichtungen zu Long Covid,
- 5 ME/CFS und Post-Vac-Syndromen.
- 6 2. Entwicklung eines öffentlich zugänglichen Verzeichnisses zu qualifizierten
- 7 Behandlungs- und Versorgungseinrichtungen für Long Covid, ME/CFS und Post-Vac.
- 8 3. Anerkennung von Long Covid, ME/CFS und Post-Vac als eigenständige Krankheitsbilder
- 9 sowie – je nach Ursache und Verlauf – als Berufskrankheiten.
- 10 4. Entwicklung flexibler Modelle zur sozialen Absicherung, Reintegration und
- 11 Unterstützung dauerhaft oder temporär betroffener Menschen, insbesondere mit Blick
- 12 auf Erwerbsfähigkeit, Bildung, Teilhabe und Alimentationssicherung.

13

Antrag G18: Aus- und Weiterbildung zu Long-, Post-Covid und Post-Vac

Antragsteller*in:	SPD-Bezirk Hessen-Nord
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung Antragskommission:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	G - Gesundheit, Pflege

- 1 Die SPD-Bundestagsfraktion und die sozialdemokratischen Mitglieder der
- 2 Bundesregierung werden aufgefordert, sich für die Einrichtung einer zertifizierten
- 3 Aus- und Weiterbildung für die Heilmittelerbringer, die Ärztinnen und Ärzte, die
- 4 Psychologinnen und Psychologen und das Pflegefachpersonals zu Long-, Post-Covid und
- 5 Post-Vac einzusetzen.

Antrag G19: Entwicklung einer nationalen Strategie zur Bekämpfung von Endometriose

Antragsteller*in:	SPD-Landesorganisation Hamburg
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung Antragskommission:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	G - Gesundheit, Pflege

- 1 Die SPD Bundestagsfraktion wird dazu aufgefordert:
- 2 1. In Zusammenarbeit mit der Endometriose-Vereinigung Deutschland e.V. eine breite,
- 3 kontextspezifische und sichtbare Sensibilisierungskampagne zu Endometriose
- 4 möglich zu machen, um ein größeres Bewusstsein über diese Krankheit in der
- 5 Öffentlichkeit zu schaffen. Besonders wichtig ist hierbei die Aufklärung an
- 6 Schulen über diese Krankheit.
- 7 2. Bei der Bundesärztekammer darauf hinzuwirken, dass eine verpflichtende
- 8 Fortbildung in Bezug auf diese Krankheit für den Fachbereich Gynäkologie geprüft
- 9 und ggf. eingeführt wird.

Antrag G20: Hodenkrebsvorsorge kostenlos!

Antragsteller*in:	SPD-Landesorganisation Hamburg
Status:	angenommen
Empfehlung Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	G - Gesundheit, Pflege

- 1 Die Mitglieder der SPD Bundestagsfraktion und die SPD Regierungsmitglieder werden
- 2 gebeten, den Gemeinsamen Bundesausschuss zu beauftragen, die Hodenkrebsvorsorge ab 16
- 3 als GKV Leistung zu prüfen.

Antrag G21: Erweiterung der Gesundheitsversorgung - Kostenübernahme für HPV-Vorsorgeuntersuchung durch gesetzliche Krankenkassen

Antragsteller*in:	SPD-Landesorganisation Hamburg
Status:	angenommen
Empfehlung Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	G - Gesundheit, Pflege

- 1 Wir fordern die Bundestagsfraktion, sich dafür einzusetzen, dass das
- 2 Gesundheitsministerium darauf einwirkt, dass die Vorsorgeuntersuchung und die Impfung
- 3 gegen das humane Papillomavirus (HPV) vollständig durch die gesetzlichen
- 4 Krankenkassen übernommen wird.

Antrag G22: Knochendichte-Messung muss Vorsorge-Untersuchung werden, die von der Krankenkasse bezahlt wird

Antragsteller*in:	SPD-Landesorganisation Hamburg
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung Antragskommission:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	G - Gesundheit, Pflege

- 1 Die SPD-Bundestagsfraktion und die sozialdemokratischen Mitglieder der
- 2 Bundesregierung werden aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass ein Vorsorge-
- 3 Programm für Osteoporose und andere Knochenstoffwechselstörungen für alle Personen ab
- 4 50 Jahren eingeführt wird. Dieses Programm soll - wann immer medizinisch angezeigt -
- 5 auch die Knochendichtemessung umfassen.

Antrag G23: Kostenübernahme der Blutuntersuchung auf Vitamin B12 (Holo-TC) bei fleischloser Ernährung

Antragsteller*in:	SPD-Landesorganisation Hamburg
Status:	abgelehnt
Empfehlung Antragskommission:	Ablehnung
Sachgebiet:	G - Gesundheit, Pflege

- 1 Die SPD-Politiker*innen in Bundestag und Bundesregierung setzen sich dafür ein, dass
- 2 jede*r, der oder die sich vegetarisch oder vegan ernährt, 1x jährlich ein Anrecht auf
- 3 kostenfreie, von den gesetzlichen Krankenkassen übernommene Bestimmung des Holo-
- 4 Transcobalamin, der aktiven Form des Vitamin B12, per Blutuntersuchung hat.

Antrag G24: Kostenübernahme von Brillen und Zahnersatz durch die Krankenkassen

Antragsteller*in:	SPD-Unterbezirk Dresden
Status:	überwiesen
Empfehlung Antragskommission:	Überweisung an die SPD-Bundestagsfraktion
Sachgebiet:	G - Gesundheit, Pflege

- 1 Die hohen Kosten für Zahnbehandlungen und Brillen stellen für viele Menschen eine
2 große finanzielle Belastung dar. Um Gesundheit und Wohlbefinden zu fördern, fordern
3 wir, dass die gesetzlichen Krankenkassen Kosten für Zahnbehandlung und Brillen
4 vollständig übernehmen.
- 5 Derzeit werden diese Leistungen von Krankenkassen nur teilweise oder gar nicht
6 erstattet, was dazu führt, dass viele Menschen sich diese wichtigen medizinischen
7 Hilfsmittel nicht leisten können. Insbesondere für Menschen mit niedrigem Einkommen
8 oder einer chronischen Krankheit kann dies zu einer großen finanziellen Belastung
9 führen.
- 10 Die Korrektur eines beeinträchtigten Sehvermögens ist für viele Menschen von
11 entscheidender Bedeutung für gesellschaftliche Teilhabe. Wer sich das nicht
12 leisten kann, ist aufgeschmissen beim Lesen von ÖPNV-Fahrplänen, Verfassen von
13 Abschlussarbeiten, Bewerbungsschreiben und vielem anderen
- 14 Auch der Ersatz oder die Korrektur und Rekonstruktion von Zähnen, Zahnfehlstellungen
15 und Gebiss ist für viele Menschen ein zentrales Element, um selbstbewusst in sozialen
16 Kontexten aufzutreten. Ist er nicht erschwinglich, ziehen sich Betroffene nicht
17 zuletzt durch Scham zurück und fehlen mit ihren individuellen Talenten
- 18 Deswegen ist vollständige Kostenübernahme nicht nur für die betroffenen Personen,
19 sondern auch für die Gesellschaft insgesamt von großem Nutzen. Denn eine bessere
20 Gesundheitsversorgung führt zu höherer Lebensqualität und Produktivität, was sich
21 letztlich auch auf die Wirtschaft positiv und die Bereicherung der Gesellschaft als
22 Ganzes.
- 23 Deshalb fordern wir den Bundestagsfraktion der SPD auf, sich dafür einzusetzen, dass
24 die Krankenkassen die vollständigen Kosten für Zahnbehandlungen und Brillen
25 übernehmen. Diese Leistungen sind für die Gesundheit und das Wohlbefinden unserer
26 Mitmenschen von entscheidender Bedeutung und sollten für alle zugänglich sein,
27 unabhängig von ihrem Einkommen oder ihrer sozialen Stellung.

Antrag G25: Naloxon kosten- und rezeptfrei in Apotheken verfügbar machen

Antragsteller*in:	SPD-Landesorganisation Hamburg
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung Antragskommission:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	G - Gesundheit, Pflege

- 1 Die sozialdemokratischen Mitglieder des Bundestages und der Bundesregierung sowie der
- 2 SPD-Bundesvorstand sollen sich dafür einsetzen, dass Naloxon-Nasenspray in
- 3 Deutschland nach kanadischem Beispiel rezeptfrei und steuerfinanziert in allen
- 4 Apotheken erhältlich wird. Zusätzlich sollen Suchthilfeeinrichtungen,
- 5 Drogenberatungsstellen und ähnliche Organisationen kurze, staatlich finanzierte
- 6 Schulungen anbieten, in denen über den Einsatz und die Wirkung von Naloxon aufgeklärt
- 7 wird.

Antrag G26: Sicherstellung der Kostenübernahme durch Krankenkassen von geschlechtsangleichenden Maßnahmen

Antragsteller*in:	SPD-Bezirk Hessen-Nord
Status:	nicht befasst
Empfehlung Antragskommission:	Nichtbefassung
Sachgebiet:	G - Gesundheit, Pflege

- 1 Wir fordern eine Sicherstellung der Kostenübernahme von geschlechtsangleichenden
- 2 Maßnahmen wie Haarentfernungen, Stimmtherapien und ästhetischen Eingriffen durch die
- 3 Krankenkassen.

Antrag G27: Einrichtung einer staatlichen Forschungseinrichtung für die Entwicklung von Antibiotika

Antragsteller*in:	SPD-Landesorganisation Hamburg
Status:	angenommen
Empfehlung Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	G - Gesundheit, Pflege

- 1 Es soll geprüft werden, ob und wie eine staatliche Forschungseinrichtungen zur
- 2 Entwicklung von Antibiotika realisiert werden kann, inwieweit Anreize für Unternehmen
- 3 geschaffen werden können, um neue Produkte auf den Markt zu bringen bzw. welche
- 4 alternativen Optionen bestehen.

Antrag G28: Kein Sonderrecht für wirkungslose Präparate

Antragsteller*in:	SPD-Landesorganisation Hamburg
Status:	überwiesen
Empfehlung Antragskommission:	Überweisung an die SPD-Bundestagsfraktion
Sachgebiet:	G - Gesundheit, Pflege

- 1 Die Bundestagsfraktion wird aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass homöopathische
2 Mittel nicht weiterhin mit wissenschaftlich als wirksam nachgewiesenen und über den
3 Placebo-Effekt hinaus wirksamen Arzneimitteln gleichgestellt werden sollen. Dazu sind
4 folgende Punkte umzusetzen:
- 5 1. Die entsprechenden Gesetze und Regelungen des BfArM (Bundesamt für Arzneimittel
6 und Medizinprodukte) für homöopathische Mittel sind an die Zulassungskriterien
7 von Arzneimitteln mit klinischem Wirkungsnachweis anzupassen.
- 8 2. Die zuständigen Behörden mögen homöopathischen Mitteln den Status als
9 Arzneimittel aberkennen, so dass Hersteller*innen ihre homöopathischen Produkte
10 nicht mehr als Arzneimittel bewerben dürfen.
- 11 3. Für homöopathische Mittel und ihre Werbung ist eine Hinweispflicht auf den
12 fehlenden Wirkungsnachweis einzuführen. Dies könnte zum Beispiel wie folgt
13 aussehen: „Dieses Produkt basiert nicht auf medizinischen Erkenntnissen. Für die
14 Wirksamkeit dieses Produktes gibt es keinerlei medizinische oder
15 wissenschaftliche Belege!“.

Antrag G29: Regelmäßige Statistiken zur Hebammenversorgung

Antragsteller*in:	SPD-Bezirk Hessen-Nord
Status:	nicht befasst
Empfehlung Antragskommission:	Nichtbefassung
Sachgebiet:	G - Gesundheit, Pflege

- 1 Eine bundeseinheitliche Statistik soll über die Versorgung mit Hebammenhilfe Auskunft
- 2 geben. Dazu sollen Erhebungen zum Bedarf an Studienplätzen, an benötigten Hebammen
- 3 zur Umsetzung der Eins-zu-Eins-Betreuung und dem Gesamtbedarf an Hebammen in
- 4 Deutschland erarbeitet werden.

Antrag G30: Für mehr Blutspende und Solidarität: freier Tag für Blutspender*innen!

Antragsteller*in:	SPD-Landesorganisation Hamburg
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung Antragskommission:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	G - Gesundheit, Pflege

- 1 Die SPD Bundestagsfraktion wird aufgefordert, sich für einen Freizeitausgleich für
- 2 Blutspender*innen einzusetzen. Der Freizeitausgleich soll verpflichtend für die/den
- 3 Arbeitgeber*in sein. Die entstehenden Kosten soll der Staat übernehmen.

Antrag G31: Barrierefreie Apotheken, Arztpraxen und barrierefreie Behandlung

Antragsteller*in:	60 plus Bundeskonferenz Bund (Parteizentrale)
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung Antragskommission:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	G - Gesundheit, Pflege

- 1 Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert sich dafür einzusetzen, dass
- 2 eine barrierefreie ärztliche Behandlung in Medizinischen Ärztezentren und / oder in
- 3 Gemeinschaftspraxen vorgehalten wird.

Antrag G32: Sicherstellung pflegerischer Versorgung

Antragsteller*in:	SPD-Unterbezirk Wolfenbüttel
Status:	überwiesen
Empfehlung Antragskommission:	Überweisung an den SPD-Parteivorstand - Sozialstaatskommission
Sachgebiet:	G - Gesundheit, Pflege

- 1 1. Die Sicherstellung der pflegerischen Versorgung der Bevölkerung setzt eine
- 2 grundlegende Veränderung der Absicherung voraus, in der die Finanzierungsmodule
- 3 Eigenbeitrag, soziale Pflegeversicherung und öffentliche Sozialleistung in ein
- 4 anderes als das bestehende Verhältnis zueinander gesetzt werden.
- 5 2. Die gesellschaftliche Wahrnehmung von „Menschen mit Pflegebedarf“ wird gegenüber
- 6 den Begrifflichkeiten von Krankheit und Gesundheit deutlich abgegrenzt und separat
- 7 betrachtet.

Antrag G33: Pflege neu denken

Antragsteller*in:	60 plus Bundeskonferenz Bund (Parteizentrale)
Status:	überwiesen
Empfehlung Antragskommission:	Überweisung an den SPD-Parteivorstand - Sozialstaatskommission
Sachgebiet:	G - Gesundheit, Pflege

- 1 Prüfauftrag: Es ist zu prüfen, ob das von Fachleuten vertretene Zukunftsmodell
- 2 „Caring Society“ (Sorgende Gesellschaft), bei dem Sorge an die Stelle von Pflege
- 3 tritt, nicht eine sinnvolle Alternative für unser bisheriges System aus stationärer
- 4 und ambulanter Pflege sein könnte. Es geht darum auch echte Alternativen zu denken,
- 5 die auf Dauer ggf. einen geringeren Bedarf an professioneller Pflege erfordern und
- 6 einen Mix mit lokaler Laienpflege in den Blick nehmen. Dabei muss eine gerechte und
- 7 gleichmäßige Verteilung dieser Care-Aufgaben zwischen Geschlechtern und allen
- 8 Altersstufen geachtet werden. Dafür können Pilotvorhaben befristet finanziert werden,
- 9 um entsprechende Modelle zu testen.

Antrag G34: Erstellung eines „Masterplans Pflege“

Antragsteller*in:	60 plus Bundeskonferenz Bund (Parteizentrale)
Status:	überwiesen
Empfehlung Antragskommission:	Überweisung an den SPD-Parteivorstand - Sozialstaatskommission
Sachgebiet:	G - Gesundheit, Pflege

- 1 Wir fordern auf, einen „Masterplan Pflege“ auszuarbeiten.
- 2 Angesichts des schlechten Zustandes unseres Pflegesystems muss die SPD dieses Thema
3 zu ihrer zentralen politischen Arbeit machen. Politik, Kranken- und Pflegekassen,
4 Arbeitgeber:innen und Gewerkschaften, Vertreter:innen der Versicherten/soziale
5 Selbstverwaltung sowie Betroffenen-Verbände können gemeinsam mehr in der Pflege
6 bewegen. Nicht zuletzt zeigt uns die Corona Pandemie, wie anfällig unser
7 Gesundheitssystem ist. Deshalb wird mit diesem Forderungskatalog eine umfassende
8 Restrukturierung unseres Pflegesystems mit sozialdemokratischem Anspruch
9 vorgeschlagen. Wir brauchen einen „Masterplan Pflege“, der sich nicht damit begnügt
10 Details zu korrigieren und an sogenannten „Stellschrauben“ zu drehen. Vielmehr gilt
11 es, den gesamten Pflegebereich und seine Einbettung in unser Gesundheitssystem auf
12 den Prüfstand zu stellen und angesichts des demographischen Wandels nachhaltig
13 zukunftsfähig zu verbessern. Dabei sind die unten aufgeführten Punkte zu beachten:
- 14
- 15 Zurück zur bedarfsgerechten Personalplanung statt Finanzierung über die sogenannten
16 Fallpauschalen.
- 17 Da das Finanzierungsmodell der Krankenhäuser über Fallpauschalen und DRG's (Diagnosis
18 related groups) bei uns genauso wie zuvor in anderen Ländern versagt hat. In der
19 Krankenpflege sowie in der ambulanten und stationären Altenpflege sind für alle
20 Fachbereiche Personaluntergrenzen auf Bundesebene gesetzlich festzulegen. Bis dies
21 erreicht ist, sind die Länder ermächtigt, über Landesgesetzgebung dies
22 sicherzustellen. Die Refinanzierung muss über die Kranken- und Pflegekassen
23 garantiert sein. Die gängige Praxis, dass Pflegebedürftige wegen der Fallpauschalen-
24 Regelung nicht aus dem Krankenhaus entlassen werden und die weitere
25 Behandlungspflege der entlassenen Pflegeheimbewohner zu Lasten der Pflegekassen statt
26 der Krankenkassen geht, ist nicht weiter hinnehmbar und muss korrigiert werden. Die
27 Pflegeleistung wie auch der Patientenschlüssel in einem Krankenhaus oder Pflegeheim
28 werden als Qualitätsmerkmal definiert. Um die Durchsetzungsfähigkeit pflegerischer
29 Anliegen zu gewährleisten, sollen die Führungsgremien in Kliniken und
30 Pflegeeinrichtungen paritätisch mit Pflegedirektoren/-innen und medizinischem
31 Fachpersonal besetzt werden. Ausbildungssystem und Einwanderungsgesetzgebung sind der
32 künftigen Sicherstellung des Personalbedarfs anzupassen.
- 33 Zur Ermittlung des Fachkräftebedarfs wird ein bundeseinheitliches
34 Fachkräftemonitoring auf der Grundlage fortlaufend aktualisierter regionaler Daten
35 entwickelt. Um diese regionalen Daten zu erhalten, wird eine bundeseinheitliche

Pflegeprognoseformel für die wahrscheinliche Pflegesituation in den Jahren 2025 und 2030 ausgehend von den aktuellen Demographie-Werten für Kommunen zu entwickeln sein, damit Kommunen mit mehr als 5000 Einwohner:innen damit eine Berechnungs- und Versorgungsplanung durchführen können, wenn sie mehr als 20 – 25% Einwohner:innen über 60 Jahre haben. Abgeleitet von der Bedarfsprognose werden die erforderlichen Ausbildungskapazitäten der Bundesländer ermittelt. Diese setzen ihre Ausbildungskapazitäten entsprechend fest. Um den Bedarf der erforderlichen Lehrkräfte in Schulen und der Praxisanleiter/-innen in den Betrieben zu decken, werden Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten bedarfsgerecht erhöht. Um den Bedarf der Berufsfachschulen für Pflege zu decken, wird flächendeckend ein staatlicher Studiengang „Pflegepädagogik“ eingerichtet (in Bayern nur 7-mal angeboten). Die Anerkennung qualifizierter und qualifikationswilliger Migranten ist umgehend zu beschleunigen und zu entbürokratisieren. Bedarfsgerechte Integrationshilfen sind vorzusehen. Migranten, die bereit und fähig sind, in der Pflege zu arbeiten oder sich ausbilden zu lassen, erhalten kostenlose Sprachkurse. Herkömmliche Integrationskurse reichen nicht aus! Das Einwanderungsgesetz muss die Möglichkeit des „Spurwechsels“ vom Asyl- ins Einwanderungsrecht ausdrücklich anbieten.

Überführung der Ausbildung zur Pflegefachkraft in das duale System. Die neue duale und generalistische dreijährige Ausbildung zur Pflegefachkraft soll Kern eines durchlässigen, und anschlussfähigen Ausbildungssystems werden. Die Helfer:innen-Ausbildungen werden ebenfalls generalistisch ausgerichtet, ermöglichen Schulabschlüsse und sind anschlussfähig hin zur Fachkraftausbildung. Dabei ist sicherzustellen, dass eine Generalisierung der Ausbildung nicht zu Lasten der Pflegefachschulen geht. Akademische Weiterbildungen werden praxisgerecht ausgebaut. Ausbildung in Teilzeit muss ermöglicht und berufsbegleitende Ausbildung muss finanziell attraktiver werden. Auszubildende erhalten eine Ausbildungsvergütung gemäß Berufsbildungsgesetz BBiG. Wie in der dualen Ausbildung werden die Ausbildungsplätze in der Pflege an die Agentur für Arbeit gemeldet und dort statistisch erfasst. Dies ermöglicht eine bessere Vermittlungsquote der Bewerber:innen und erleichtert die Anpassung der Kapazitäten auf regionaler Ebene. Im Rahmen der Berufsorientierung in den Schulen und der Jugendberufsagenturen wird das Berufsbild Pflege offensiv, begleitet von einer bundesweiten Werbekampagne, integriert.

Sofortige Verbesserung von Arbeitsbedingungen und Arbeitsumfeld.

Das bedeutet im Wesentlichen:

- + Sicherstellung der Fachkraftquote und Entbürokratisierung der Arbeit. + Verlässliche Dienstpläne, die familiengerechte Arbeits- und Freizeiten ermöglichen + keine Monsterschichten, geteilten Dienste oder Schaukelschichten
- + Verbindliche Jahres- und Urlaubspläne, Aufbau entsprechender Springer-Pools
- + betriebliches Gesundheitsmanagement, denn Pflege ist physische und psychische Schwerstarbeit

+ Bauliche, technische und materielle Verbesserungen am Arbeitsplatz, Auflage eines entsprechenden Investitionsprogramms.

Pflege ist eine Mensch-zu-Mensch Beziehung. Doch müssen Möglichkeiten der Digitalisierung genutzt werden, um die Qualität der Pflege zu erhöhen und Pflegekräfte zu entlasten. Gewonnene zeitliche Spielräume durch Digitalisierung, durch assistierte Lösungen oder durch Robotik dienen dazu, mehr Zeit für die Mensch-zu-Mensch-Beziehung in der Pflege zu gewinnen. Instabile IT und Zeitlupeninternet wirken jedoch entgegengesetzt und sind unzumutbar. Eine Entbürokratisierung, d.h. vor allem Verminderung des überbordenden Dokumentationsaufwandes, setzt Ressourcen frei. Gute Arbeitsbedingungen umfassen also eine Senkung der Arbeitsintensität durch bessere Personalausstattung, betriebliches Gesundheitsmanagement, Entbürokratisierung, Digitalisierung und bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Gute berufliche Fort- und Weiterbildung beugt Überforderung durch unzureichende Kenntnis vor, sichert eine gleichbleibende Qualität der Pflege, ermöglicht Aufstiegschancen und macht den Pflegeberuf insgesamt attraktiver.

Leistungsgerechte Bezahlung.

Mit den Sozialpartnern wird ein Pakt "Neustart in der Pflege" initiiert mit dem Ziel eines bundesweiten sozialen Flächentarifvertrags in Anlehnung an TVÖD, dem sich auch die gemeinnützigen und kirchlichen Träger anschließen haben. Seit dem 1. September 2022 muss eine Pflegeeinrichtung, um als solche zugelassen zu sein, entweder selbst tarifgebunden sein oder ihre Pflege- und Betreuungskräfte mindestens in Höhe von in der Region anwendbaren Pflege-Tarifverträgen entlohnen. Die privaten Träger werden ihre Bezahlung somit automatisch anpassen müssen.

Im Gegenzug sind die Pflegekassen verpflichtet, die steigenden Lohnaufwendungen bei den Verhandlungen der Vergütung der Pflegeleistungen zu berücksichtigen und damit die Refinanzierung der Tarifbindung oder -orientierung zu gewährleisten.

Damit ist auch die Angleichung des immer noch unterschiedlichen Lohnniveaus zwischen Kranken- und Altenpflege gewährleistet. Für den künftigen Gesundheitsfachberuf "Pflegekraft", muss eine einheitliche Vergütung sichergestellt werden.

Zeitgemäße und praxisorientierte Qualitätssicherung.

Gute Pflege benötigt gute Qualität auch durch Aufsicht und Kontrolle. Im Pflegegesetz Zwei (PLG II) sind die Kontrollrechte des Medizinischen Dienstes der Kassen (MDK) gestärkt worden. Die Kassen müssen die Umsetzung sicherstellen. Dies darf aber nicht durch immer mehr bürokratische, damit pflegefremde Anforderungen erfolgen. Im Sinne einer Minderung des Dokumentationsaufwandes, damit Entbürokratisierung der pflegerischen Arbeit, ist eine Neugewichtung der Funktionen der Kontrollgremien Heimaufsicht und MDK hin zu mehr Beratung notwendig. Konkret heißt dies beispielsweise eine höhere Wertung des Zustandes eines Pflegebedürftigen als ein sechs Monate zurückliegender fehlender Eintrag in die Dokumentation. Bezüglich der

häuslichen Pflege ist im Sozialgesetzbuch zwei (SGB II) vorgesehen, dass auch der Sozialhilfeträger die Prüfungen des MDK beauftragen kann. Beratungsbesuche bei pflegenden Angehörigen durch die Kassen sollen qualifiziert nach einheitlichen Standards durchgeführt werden. Auch Kontinuität in der Unterbringung und Betreuung sind ein wichtiges Qualitätsmerkmal, welche einer regelmäßigen Kontrolle bedürfen.

Unterstützung von pflegenden Angehörigen durch flächendeckende Pflegestützpunkte. 2008 wurden in der Pflegeversicherung (§ 92c SGB XI) Pflegestützpunkte eingeführt, um eine flächendeckende, neutrale und niedrigschwellige Beratung für alle Angehörigen und Pflegebedürftigen zu schaffen. Diese Aufgabe haben die Länder sehr unterschiedlich umgesetzt' Deshalb müssen im SGB XI für das gesamte Bundesgebiet gesetzlich bindende Standards festgelegt und in allen Ländern einheitlich verwirklicht werden. Aus den bisherigen Erfahrungen kann auch eine qualitative Weiterentwicklung abgeleitet werden:

Vernetzung im Sozialraum, aufsuchende Beratung, interkulturelle Öffnung, aktive Begleitung der Digitalisierung sollen gestärkt werden. Beratungsangebote für pflegende Kinder und Jugendliche sowie für Familien, die ihre Kinder pflegen, müssen gestärkt werden. Dies trifft auch für die pflegenden Angehörigen zu, die Senior:innen zu Hause pflegen.

Pflegende Angehörige übernehmen derzeit mehr als dreiviertel der Pflegeleistungen in Deutschland Sie benötigen mehr finanzielle und strukturelle Unterstützung. Hierzu gehört ein deutlicher Ausbau der Angebote der Tages- und Kurzzeitpflegeplätze sowie eine höhere finanzielle Absicherung der Kurzzeitpflegeplätze. Es muss den pflegenden Angehörigen, die eine „24/7-Pflege“ übernehmen, ermöglichen den notwendigen Risiko der Erkrankung der Pflegeperson innerhalb eines Kalenderjahres decken.

- Kostenübernahme / Nachtzuschläge in der ambulanten Pflege

Bis die Pflegevollversicherung greift, müssen mehr als 2 Termine pro Tag in besonderen Fällen maximal 3 Termine im ambulanten Bereich pro Person realisiert werden.

Ein Nachtdienst oder ein Notdienst wird nicht über die Pflegeversicherung finanziert, außer bei der Intensivpflege.

In diesem Zusammenhang muss, wie in anderen Berufen ebenfalls auch ein entsprechender Nachtzuschlag für die Mitarbeiter:innen gezahlt werden, der über die Pflegeversicherung gedeckt wird.

Inanspruchnahme eines Erholungsurlaubs und bei Ausfall durch Erkrankung im selben Kalenderjahr alle anfallenden Pflegekosten bei einer erneuten Unterbringung des zu Pflegenden zu zahlen. Daher müssen die Kosten für Kurzzeitpflege individuell so berechnet werden, dass sie die unterschiedliche Höhe des Pflegeaufwandes und das Risiko der Erkrankung der Pflegeperson innerhalb eines Kalenderjahres decken.

Bessere Vereinbarkeit von häuslicher Pflege und Beruf.

159

160 Der VdK-Forderung folgend sind eine „Pflegepersonenzeit und „Pflegepersonengeld“
161 einzuführen. Dabei sind Pflegezeitgesetz (PflegeZG) und Familienpflegezeitgesetz
162 (FPfZG) entsprechend zusammenzuführen und weiterzuentwickeln. Nutzerfreundliche
163 Ausgestaltung des Rechtsanspruchs für pflegende Angehörige auf 10-tägige Freistellung
164 mit Lohnfortzahlung, um einen niederschweligen Zugang analog zum Kinderkrankengeld
165 zu ermöglichen. Freistellung sowie eine steuerfinanzierte Lohnersatzleistung über
166 einen längeren Zeitraum, analog zum Elterngeld. Überarbeitung des Konzepts
167 Familienpflegezeit. berücksichtigt werden sollen auch die Einbeziehung von
168 Nichtfamilienangehörigen und existenzsichernde Teilzeitarbeit. Ein Rechtsanspruch zum
169 Erwerb von Rentenansprüchen der berufstätigen pflegenden Angehörigen ist einzuführen
170 und ggf. aus Bundesmitteln zu finanzieren.

171

172 Verstärkte Überführung ehrenamtlich zuhause Gepflegter in professionelle Pflege
173 Aus qualifikatorischer und familienpsychologischer Sicht ist der Wechsel aus
174 ehrenamtlicher, häuslicher Pflege zu professionellen häuslichen Pflegediensten bzw.
175 stationären Einrichtungen zu fördern und zu unterstützen wo dies gewünscht wird. Das
176 Selbstbestimmungsstärkungsgesetz soll dabei nicht unterlaufen, sondern eine gute und
177 qualitative Pflege in der jeweiligen Lebenssituation ermöglicht werden.

178

179 Umwandlung der Pflegeversicherung in eine Vollversicherung mit festem Eigenanteil.
180 1995 war die Einführung der Pflegeversicherung ein Meilenstein zur sozialen
181 Absicherung pflegebedürftiger Menschen und ihrer Angehörigen. Doch obwohl Sie unter
182 der Maßgabe eingeführt worden war, sie zu gegebener Zeit auf ihre Nachhaltigkeit und
183 Tragfähigkeit zu überprüfen, hat diese Prüfung nie stattgefunden. Nach wie vor ist
184 sie eine Teilversicherung, die nur einen festen Zuschuss zu den tatsächlichen
185 Pflegekosten gewährt. Dadurch steigt der zu leistende Eigenanteil kontinuierlich an.
186 Auch aufgrund des demographischen Wandels, wachsender Pflegebedürfnisse und moderner
187 Familien- und Erwerbsstrukturen fordern wir daher entsprechend dem Vorbild der
188 Krankenversicherung eine Pflegevollversicherung mit festem Eigenanteil. In diesem
189 Zusammenhang sind aus Gründen der Transparenz, Gerechtigkeit und zur Vermeidung von
190 Wettbewerbsverzerrungen eine Vereinheitlichung der Abrechnungsgrundlagen für
191 stationäre und ambulante Pflege herbeizuführen.

192

193 Ein wichtiger Baustein der Kostenreduzierung sind die Investitionskosten.
194 - Komplette Übernahme der Investitionskosten für die Einrichtungen durch die Länder
195 (Keine Abwälzung auf Kommunen und Pflegebedürftige)
196 - bzw. verstärkte Förderung von genossenschaftlichen betreuten Wohnungs- und
197 Pflegeeinrichtungen durch Senioren:innen mit an dessen Einkommenssituation
198 angepassten Förderbedingungen.
199 Insbesondere ist hier die Verordnung zu ändern, dass einige Länder trotz geringer

200 Einkommen entsprechend dem sozialen Wohnraumförderungsgesetz kein Bezug einer
201 geförderten Wohnung ermöglichen, wenn der Betreffende ein Wohneigentum hat. Das ist
202 dahingehend zu ändern, dass Senioren, die sich mit ihrem früheren Einkommen
203 Wohneigentum geschaffen haben und auf andere Weise keine ihrer Situation und ihrem
204 Einkommen entsprechende angemessene betreute Wohnung beschaffen können, soziale
205 Wohnraumförderung gewährt wird, wenn sie als Einlage in die Genossenschaft einen
206 erheblichen Teil ihres Vermögens (aus Wohneigentum) einsetzen.

207 Entstehen dabei Tagespflege und Pflegewohngruppen in einer genossenschaftlich
208 organisierten betreuten Wohnanlage sind die mit dem gleichen Verhältnis aus dem
209 sozialen Wohnungsbau, wie die Wohnungen in der gesamten betreuten Wohnanlage zu
210 fördern.

211 Damit entstehen kurzfristig mehr bezahlbare betreute Wohnungen, die mit Tagespflege
212 und Wohngruppe die rein stationären Einrichtungen ergänzen und entlasten können.

213

214 Die Altersvorsorge für pflegende Angehörige ist der geleisteten Arbeit sowie dem
215 Berufsrisiko anzupassen.

216 Die Arbeit in der Pflege ist, ebenso wie eine gesicherte Altersversorgung, Maßstab
217 eines funktionierenden Sozialstaates. Berufstätige in der Pflege sollen deshalb
218 Anspruch auf eine Altersvorsorge haben, die jener der Bergleute unter Tage im Rahmen
219 der knappschaftlichen Rentenversicherung entspricht. Auf Grund der vorteilhafteren
220 Berechnungsfaktoren zeitlich früher eine höhere Rente bekommen zu können sowie
221 bessere Bedingungen für Berufsunfähigkeitsrente und berufliche Reha, wäre auch Anreiz
222 für eine entsprechende Berufswahl. Die Finanzierung der höheren Rentenbeträge hat aus
223 Steuermitteln zu erfolgen, da zukunftsichere und menschenwürdige Pflege eine
224 gesellschaftliche Verpflichtung darstellt, deren Kosten insofern nicht von den
225 Beitragszahlern, sondern von der gesamten Steuergemeinschaft zu tragen sind. Die
226 Steuermittel können über den bereits jetzt gezahlten jährlichen Bundeszuschuss an die
227 gesamte Rentenversicherung bereitgestellt werden. Arbeits- und
228 Ausbildungsunterbrechungen wegen Pflege von Familienangehörigen sind ebenso wie die
229 Zeiten zur Überführung in stationäre Pflege als Anrechnungszeiten zu berücksichtigen.

230 Vermeidung von sachfremden Leistungen in der Pflegeversicherung

231 - Rückerstattung der pandemiebedingten Zusatzkosten an die Pflegeversicherung aus
232 Steuermitteln.

233 - Übernahme der kompletten Ausbildungskosten von Pflegenden durch den Staat
234 (Bund, Land), nicht durch immer höhere Eigenanteile

235 - Finanzierung aller Sozialbeiträge für pflegende Angehörige aus Steuermitteln, nicht
236 aus den Kassen der gesetzlich Versicherten. Dies trifft vor allem auf alle
237 Rentenbeiträge zu.

238 - Übernahme der medizinischen Behandlungspflege (z. B. Blutdruck- und
239 Zuckermessungen) durch die privaten und gesetzlichen Krankenkassen.

240

241 Die Mittel zur Finanzierung sind bereitzustellen.

242 Gegenstand dieses Antrags ist die zur Rettung der Pflege notwendige Neuausrichtung
243 des politischen Handelns auf allen Ebenen, nicht dessen Finanzierung. Eine
244 Finanzierung ist möglich. Entscheidend ist einzig und allein der politische Wille. So
245 haben sich praktisch alle Bundesländer aus der Krankenhausfinanzierung immer mehr
246 zurückgezogen, so dass notwendige Investitionen zunehmend aus den unzureichenden
247 Betriebserlösen der Fallpauschalen sowie der Kreishaushalte geleistet werden. Wir
248 fordern deshalb den Wiedereinstieg in die Krankenhausfinanzierung gemäß Gesetz (KFG)
249 durch die Bundesländer.

250 Pflege gehört in die Mitte unserer Gesellschaft.

251 Entscheidungen in der Pflege werden nicht nur für die eine Million professionell
252 Pflegenden, sondern sie werden für jede Bürger:in spürbar sein. Denn jede/r ist
253 irgendwann einmal in seinem Leben auf ein funktionierendes Pflegesystem angewiesen.
254 Wie das Gesundheitssystem insgesamt, ist ein funktionierendes Pflegesystem deshalb
255 ureigenste staatliche Aufgabe der Daseinsvorsorge und Verfassungsauftrag und gehört
256 deshalb in öffentlicher Hand und nicht an die Börse. Die Kommunikation darüber muss
257 in die Lebenswelten der Menschen getragen werden: Kita, Familie, Schule, Universität,
258 Kultur, Arbeitsplatz, Sportverein, Seniorenorganisationen u.v.m. Pflege gehört zur
259 Lebensplanung dazu.

260 Neben den Maßnahmen der Pflegeprognose und der Ermittlung des Fachkräftebedarfs sowie
261 dem Zusammenspiel von Pflege und Krankenhausversorgung gehört auch der große Bereich
262 der Prävention.

263 Die Menschen möchten möglichst lange in ihrer vertrauten Umgebung bleiben. Hierzu ist
264 u.a. ein flächendeckender präventiver Hausbesuch ab dem 70. Lebensjahr in Deutschland
265 zu etablieren. In einigen Bundesländern wird dies bereits sehr erfolgreich
266 durchgeführt, allerdings nicht flächendeckend. Mit Hilfe des präventiven Hausbesuchs
267 können durch kleine Unterstützungsmaßnahmen viele Menschen länger selbstbestimmt
268 leben. Hierzu ist eine Finanzierung über die Pflege- und Krankenkassen realisierbar,
269 da ja bereits andere Präventionsmaßnahmen zur Gesunderhaltung hieraus geleistet
270 werden.

271 Auch muss bei Pflege stärker die Vernetzung von ärztlicher Versorgung,
272 Krankenhausstrukturen, Pflegeheimen und Hospizen geplant und umgesetzt werden. Ohne
273 ein aufeinander abgestimmtes und aus den Pflege- und Krankenkassen sowie mit
274 staatlicher Unterstützung finanziertes Zusammenwirken, werden die Herausforderungen
275 der kommenden Jahre kaum leistbar sein.

276 Die Notwendigkeit unseres Anliegens ergibt sich neben grundsätzlichen
277 gesellschaftspolitischen und sozialen Begründungen aus der aktuellen Situation im
278 Gesundheits- und Pflegebereich. Daher bitten wir um die Annahme dieses Antrages zum
279 Wohle aller Beteiligten in der Pflege.

Antrag G35: Reform der Pflegeversicherung

Antragsteller*in:	SPD-LV Mecklenburg-Vorpommern
Status:	überwiesen
Empfehlung Antragskommission:	Überweisung an den SPD-Parteivorstand - Sozialstaatskommission
Sachgebiet:	G - Gesundheit, Pflege

- 1 Der Parteivorstand und die Bundestagsfraktion der SPD werden aufgefordert dafür Sorge
- 2 zu tragen, dass
- 3 • schnellstens eine Reform der Pflegeversicherung in Form einer Bürgerversicherung
- 4 auf den Weg gebracht wird,
- 5 • eine Deckelung der Eigenanteile in der stationären Pflege vorgenommen wird.

Antrag G36: Pflege-Bürgerversicherung jetzt!

Antragsteller*in:	60 plus Bundeskonferenz Bund (Parteizentrale)
Status:	überwiesen
Empfehlung Antragskommission:	Überweisung an den SPD-Parteivorstand - Sozialstaatskommission
Sachgebiet:	G - Gesundheit, Pflege

- 1 Die AG 60 Plus unterstützt Bundesgesundheitsminister Lauterbach MdB mit seinen Plänen
- 2 zur Einführung einer Pflege- Bürgerversicherung zur Finanzierung der erwartbar
- 3 steigenden Kosten für die Pflege in Deutschland. Es muss verhindert werden, dass
- 4 Pflegebedürftigkeit (die jeden treffen kann) in der viertgrößten Volkswirtschaft der
- 5 Welt zu einem allgemeinen Armutsrisiko wird.

Antrag G37: Senkung der Kostenexplosion in der stationären Pflege

Antragsteller*in:	60 plus Bundeskonferenz Bund (Parteizentrale)
Status:	überwiesen
Empfehlung Antragskommission:	Überweisung an den SPD-Parteivorstand - Sozialstaatskommission
Sachgebiet:	G - Gesundheit, Pflege

- 1 Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass die
- 2 Pflegekosten in der stationären Pflege ab dem 1.1.2026 von einer
- 3 Pflegevollversicherung abgedeckt werden.
- 4 Die Länder werden aufgefordert, Ihrer Verpflichtung zur Deckung der notwendigen
- 5 Investitionskosten umfänglich und zügig nachzukommen.

Antrag G38: Förderung von Pflegegenossenschaften

Antragsteller*in:	60 plus Bundeskonferenz Bund (Parteizentrale)
Status:	angenommen
Empfehlung Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	G - Gesundheit, Pflege

- 1 Die SPD-Bundestagsfraktion sowie die SPD-Landtagsfraktionen werden aufgefordert, sich
- 2 dafür einzusetzen, dass Genossenschaften, die eine Pflegeeinrichtung erstellen, zur
- 3 Finanzierung des Bauwerkes Förderungen und günstige Darlehen bekommen, die bei der
- 4 Investitionskostenberechnung als Reduzierung der Herstellungskosten zu
- 5 berücksichtigen sind und damit den Eigenanteil der zu Pflegenden reduzieren.

Antrag G39: Transparenz der Kosten in Pflegeeinrichtungen herstellen

Antragsteller*in:	SPD-Landesorganisation Hamburg
Status:	überwiesen
Empfehlung Antragskommission:	Überweisung an den SPD-Parteivorstand - Sozialstaatskommission
Sachgebiet:	G - Gesundheit, Pflege

- 1 Der SPD Bundesvorstand und die SPD Bundestagsfraktion werden aufgefordert, sich dafür
- 2 einzusetzen, dass
- 3 1. die Betreiber stationärer Pflegeeinrichtungen verpflichtet werden, die von den
- 4 Pflegebedürftigen zu tragenden Kosten transparent zu machen,
- 5 2. die Kosten für die Unterkunft nach den im Wohnraum-Mietrecht geltenden
- 6 Grundsätzen gedeckelt werden; dies gilt insbesondere für die Investitions- und
- 7 Modernisierungskosten,
- 8 3. und die Personalkosten in voller (Tarif-)Höhe von den Pflegekassen zu tragen
- 9 sind.

Antrag G40: Transparenz der Kosten in Pflegeeinrichtungen herstellen

Antragsteller*in:	60 plus Bundeskonferenz Bund (Parteizentrale)
Status:	überwiesen
Empfehlung Antragskommission:	Überweisung an den SPD-Parteivorstand - Sozialstaatskommission
Sachgebiet:	G - Gesundheit, Pflege

- 1 Der SPD-Bundesvorstand und die SPD-Bundestagsfraktion werden aufgefordert, sich dafür
2 einzusetzen, dass
3
4 1. die Betreiber stationärer Pflegeeinrichtungen verpflichtet werden, die von den
5 Pflegebedürftigen zu tragenden Kosten transparent zu machen,
6 2. die Kosten für die Unterkunft nach den im Wohnraum-Mietrecht geltenden
7 Grundsätzen gedeckelt werden; dies gilt insbesondere für die Investitions- und
8 Modernisierungskosten,
9 3. und die Personalkosten in voller (Tarif-)Höhe von den Pflegekassen zu tragen
10 sind.

Antrag G41: Verhinderung des Einsatzes von Pflegefachkräften zur Durchführung sachfremder Tätigkeiten

Antragsteller*in:	SPD-Unterbezirk Salzgitter
Status:	angenommen
Empfehlung Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	G - Gesundheit, Pflege

- 1 Die SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag wird aufgefordert, geeignete gesetzgeberische
- 2 Maßnahmen zur Verhinderung des Einsatzes zur Durchführung sachfremder Tätigkeiten von
- 3 Pflegefachkräften (z. B. Reinigung bzw. Desinfektion von Betten) in Krankenhäusern
- 4 und anderen stationären Pflegeeinrichtungen auf den Weg zu bringen.

Antrag I01: Die Demokratie ist wehrhaft! Rechtsstaatliche Mittel gegen die AfD nutzen

Antragsteller*in:	SPD-Landesverband Bayern
Status:	erledigt durch Annahme von Ini01
Empfehlung Antragskommission:	Erledigt durch Annahme von Ini01
Sachgebiet:	I - Inneres, Recht und Verwaltung

- 1 Die SPD strebt einen Antrag beim Bundesverfassungsgericht zur Überprüfung der
- 2 Verfassungskonformität der AfD an. Die Verantwortlichen der SPD im Bundestag, in der
- 3 Bundesregierung und im Bundesrat werden aufgefordert, alle hierfür notwendigen
- 4 Schritte zu ergreifen und entsprechende Anträge zu unterstützen.

Antrag I02: Demokratie schützen: Überprüfung der AfD ermöglichen!

Antragsteller*in:	SPD-LV Thüringen
Status:	erledigt durch Annahme von Ini01
Empfehlung Antragskommission:	Erledigt durch Annahme von Ini01
Sachgebiet:	I - Inneres, Recht und Verwaltung

- 1 Da die SPD ist sich absolut im Klaren darüber ist, wie sehr die AfD unsere Demokratie
2 bedroht, sprechen wir uns dafür aus, Instrumente, die eine demokratische Überprüfung
3 der Partei initiieren, dringend zu prüfen und auf den Weg zu bringen. Je länger ein
4 Antrag auf Prüfung der Verfassungsmäßigkeit der AfD hinausgezögert wird, desto
5 fataler aus unserer Sicht die Folgen. Daher bekräftigen wir:
- 6 • Die Mitglieder unserer Partei stehen dafür ein, alle Möglichkeiten gründlich zu
7 prüfen und zügig auszuschöpfen, die eine Überprüfung der Verfassungsmäßigkeit
8 der AfD bewirken.
 - 9 • Dieser Appell richtet sich insbesondere an unsere Vertreter:innen im Bundestag,
10 im Bundesrat und in der Bundesregierung.
 - 11 • Wir halten es für unerlässlich, dass das Gutachten des Verfassungsschutzes zur
12 Einstufung der AfD so zügig wie möglich veröffentlicht wird.

Antrag I03: Wehrhafte Demokratie – Alle rechtsstaatlichen Mittel gegen Verfassungsfeinde nutzen

Antragsteller*in:	ASJ Vorstand Bund (Parteizentrale) · SPD FRAUEN Vorstand Bund (Parteizentrale)
Status:	erledigt durch Annahme von Ini01
Empfehlung Antragskommission:	Erledigt durch Annahme von Ini01
Sachgebiet:	I - Inneres, Recht und Verwaltung

- 1 Der Parteitag fordert den Parteivorstand auf, selbst die juristische Prüfung eines
- 2 Verfahrens nach Art. 21 Abs. 2 GG i.V.m. §§ 43 ff. BVerfGG vorzunehmen, ob die AfD
- 3 verfassungswidrig ist (Parteiverbot).
- 4 Dabei sollen - soweit möglich - Erkenntnisse von Verfassungsschutzbehörden des Bundes
- 5 und der Länder einbezogen werden. Sollte die Prüfung ergeben, dass die
- 6 Voraussetzungen für ein Verbotsverfahren vorliegen, fordern wir den Parteivorstand
- 7 auf, aktiv darauf hinzuwirken, dass Bundesregierung, Bundestag und/oder
- 8 Landesregierungen einen Verbotsantrag stellen.

Antrag I04: BJÖRN HÖCKE STOPPEN !

Antragsteller*in:	OV Sendling
Status:	erledigt durch Annahme von Ini01
Empfehlung Antragskommission:	Erledigt durch Annahme von Ini01
Sachgebiet:	I - Inneres, Recht und Verwaltung

- 1 Der Bundesparteitag fordert die Einleitung eines Verfahrens auf Grundrechtsverwirkung
- 2 gem. Art. 18 GG gegen den AfD-Politiker Björn Höcke.

Antrag I05: Gegen Rechts - Gewinnen statt nur Abwehren

Antragsteller*in:	OV Viechtach, OV Bogenhausen-Oberföhring
Status:	angenommen
Empfehlung Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	I - Inneres, Recht und Verwaltung

- 1 Der Kampf gegen Rechts wird nicht durch bloße Abwehr (wie Verbote oder Brandmauern)
- 2 gewonnen. Entscheidend ist der Kampf um die Hirne und Herzen. Wir müssen Wege finden,
- 3 die zu erreichen.

Antrag I06: „Nie Wieder!“ ist jetzt - jüdisches Leben schützen!

Antragsteller*in:	SPD-Landesverband Berlin
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung Antragskommission:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	I - Inneres, Recht und Verwaltung

- 1 Gewalt gegen Jüdinnen*Juden in Deutschland ist alltäglich und allgegenwärtig. Ob auf
- 2 der Straße, in der Schule, in der Universität, zuhause oder auf Arbeit Jüdinnen*Juden
- 3 werden immer wieder Opfer antisemitischer Übergriffe und Verbrechen.
- 4 Dabei steigt die Zahl der Übergriffe und Verbrechen seit 2015 mit jedem Jahr an.
- 5 Verzeichnete das Bundeskriminalamt im Jahr 2021 noch knapp 3.000 antisemitische
- 6 Delikte, waren es im Jahr 2022 schon 3.500 Delikte. Seit dem 07. Oktober 2023
- 7 erreicht die Bedrohungslage für Jüdinnen*Juden ein neues Maß und die Lage
- 8 verschlimmert sich drastisch. Allein von Anfang Oktober bis Anfang November 2024
- 9 dokumentierte der Bundesverband der Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus
- 10 e.V. (kurz: RIAS) 994 antisemitische Delikte. Im gleichen Zeitraum erfasste der
- 11 Bundesverband RIAS allein 177 antisemitische Versammlungen. Der Abschlussbericht des
- 12 Bundesverbands RIAS zeichnet ein furchtbares Bild.
- 13 So berichten Jüdinnen*Juden vermehrt von antisemitischen Vorfällen an Orten ihres
- 14 Alltags: in der Nachbarschaft, an ihrem Arbeitsplatz oder an Hochschulen - nirgends
- 15 sind sie sicher.
- 16 Auch an Hochschulen kommt es vermehrt zu antisemitischen Schmierereien und
- 17 Versammlungen. So werden Jüdinnen*Juden für das Verhalten Israels verantwortlich
- 18 gemacht, antisemitische Hetzschriften verteilt, der Krieg in Gaza auf antisemitische
- 19 und verharmlosende Art und Weise mit der Shoah gleichgesetzt und jüdische Studierende
- 20 öffentlich antisemitisch markiert.
- 21 Mit Blick auf die Zunahme der antisemitischen Vorfälle und Gewalttaten zeichnet auch
- 22 der Antisemitismusbeauftragte der Bundesregierung, Felix Klein, ein düsteres Bild und
- 23 spricht von geringer Solidarität mit jüdischen Gemeinschaften, mangelnder Empathie
- 24 und drastischen Auswirkungen für Jüdinnen*Juden in Deutschland.
- 25 **Schutz von jüdischen Einrichtungen jetzt!**
- 26 Und bei Betrachtung dieser alltäglichen und allgegenwärtigen Bedrohung, dieser immer
- 27 wiederkehrenden Gewalt wird neben einem gesellschaftlichen Schweigen auch ein
- 28 staatliches Defizit, nicht in der Lage zu sein, jüdisches Leben zu schützen.
- 29 In manchen Bundesländern sind jüdische Gemeinden selbst dafür verantwortlich, für die
- 30 Umsetzung und den Hauptteil der Finanzierung von Sicherheitsmaßnahmen etwa für
- 31 Synagogen und Bildungseinrichtungen zu sorgen.
- 32 Klar muss sein, dass die Gefahrenabwehr eine Kernaufgabe des Staates ist! Ob
- 33 Synagoge, jüdische Schule oder jüdische Bildungseinrichtung - der Staat muss mit den
- 34 maßgeblichen Maßnahmen für die Gefahrenabwehr und Sicherung sorgen, um Orte jüdischen
- 35 Lebens zu schützen!

Antisemit*innen raus aus unseren Sicherheitsbehörden!

Zudem muss immer klar sein, dass unsere Polizistinnen und Polizisten über jeden rechtsstaatlichen Zweifel erhaben sein müssen. Wir dulden keine Antisemiten in ihren Reihen. Wir wollen, dass das, was wir mit der Reform des Disziplinarrechts im Bund erreicht haben, überall gilt: Extremisten und Antisemiten müssen schneller aus dem öffentlichen Dienst entfernt werden.

Menschen, die auf den Schutz des Staates und den Schutz der Polizei angewiesen sind, müssen sich immer darauf verlassen können, dass diejenigen, vor deren Angriffen und Gewalt sie geschützt werden müssen, nicht auch noch in den Sicherheitsbehörden selbst sitzen. Die Behördenleitungen müssen hier konsequent durchgreifen und alle Maßnahmen ergreifen, um Antisemit*innen aus dem Dienst zu entfernen.

Schulung von Richter*innen, Staatsanwälten und Polizei

Wir haben mit dafür gesorgt, dass das Strafrecht wirksame Instrumente im Kampf gegen Antisemitismus und antisemitisch motivierte Straftaten bereithält. Bei der Rechtsanwendung braucht es aber das geschulte Auge, damit diese Instrumente, wie vom Gesetzgeber intendiert, eingesetzt werden. Das beginnt bei der Sachverhaltsfeststellung durch die Polizei, das gilt für handelnde Staatsanwälte genauso wie für urteilenden Richter*innen und der Frage der besonderen Strafzumessung für antisemitische motivierte Taten (§ 46 StGB). Dafür braucht es Schulungen und eine Nulltoleranzstrategie, Sensibilität und ein geschultes Judiz, damit in der Praxis Antisemitismus erkannt, Opfer geschützt und Täter ihrer gerechten Strafe zugeführt werden können.

Antisemitismusprävention unterstützen, fördern, ausbauen!

Der beste Schutz ist, antisemitischer Gewalt und Diskriminierung vorzubeugen. Deshalb wollen wir mehr Prävention. Dafür soll die Arbeit von Einrichtungen unterstützt werden, die nicht nur ansprechbar sind und Menschen im Nachgang zu antisemitischen Übergriffen begleiten, sondern auch essenzielle Arbeit im Bereich der Aufzeichnung und Sammlung von Vorfällen leisten. Beratungsstellen, wie bspw. der Bundesverband RIAS oder der Verein OFEK, der auch die hebräischsprachige Seelsorge „Matan“ organisiert, sollen die (finanzielle) Unterstützung erhalten, die sie brauchen. Dies ist angesichts der leider rasant gestiegenen Fall- und Betreuungszahlen von wachsender Dringlichkeit.

Auch an Schulen braucht es mehr Prävention und Aufklärung. Beides muss noch viel früher greifen! Wir brauchen noch pädagogische Angebote, die über antisemitische Parolen, Bewegungen und Gewalttaten aufklären und wir brauchen Rahmenlehrpläne, die ein „Nie wieder!“ begreifbar und den damit einhergehenden Auftrag verständlich machen.

Jüdinnen*Juden auf dem Campus schützen!

Die Bilder, die uns von Hochschulen aus ganz Deutschland erreichen, sind erschreckend! Veranstaltungen, in denen die Shoah relativiert, zum Genozid aufgerufen oder der Staat Israel und jüdische Studierende zum Ziel antisemitischer Tiraden

77 werden, jüdische Studierende, die davon berichten, dass ihr Campus für sie zu einem
78 Ort des Schreckens geworden ist oder die Verbreitung antisemitischer Hetzschriften -
79 wir haben ein ernsthaftes Problem an unseren Hochschulen!

80 Wir fordern: Kein Zögern bei antisemitischen Vorfällen, die konsequente Anzeige
81 antisemitischer Vorfälle, das Schaffen von Schutz- und Vernetzungsräumen für jüdische
82 Studierende, keine Verallgemeinerungen in der Bewertung und eine effektive, schnelle
83 Durchsetzung des Hausrechts!

84 **Wir alle sind gefordert!**

85 „Nie Wieder“ ist jetzt! Hinsichtlich des grassierenden und erstarkenden
86 Antisemitismus bedeutet das: Wir alle sind gefordert, uns schützend vor
87 Jüdinnen*Juden zu stellen, Antisemitismus klar zu widersprechen und uns selbst
88 hinsichtlich antisemitischer Denkmuster und Pauschalisierungen zu hinterfragen. Das
89 ist der unverrückbare Schutzauftrag, den wir alle zu erfüllen haben. Denn aufgrund
90 der aktuellen Ereignisse dürfen wir auch unsere historische Verantwortung zur Shoah
91 nicht vergessen

92 – „Nie wieder ist jetzt“ heißt auch Erinnerungskultur.

93 Daher fordern wir:

- 94 • einen Ausbau der Sicherheitsmaßnahmen und Vorkehrungen für jüdischen
95 Einrichtungen;
- 96 • ein konsequentes Durchgreifen gegenüber Antisemit*innen in den
97 Sicherheitsbehörden und hierfür notwendige Anwendung des (neuen)
98 Disziplinarrechts, die eine Entfernung aus dem Staatsdienst und eine
99 Zerschlagung antisemitischer Strukturen ermöglichen;
- 100 • die weitere Befähigung zur sensiblen Anwendung des Strafrecht, um antisemitische
101 Gewalttaten und Verbrechen als solche besser zu erkennen und zu ahnden, sowie
102 eine konsequente Verfolgung antisemitischer Straftaten, die keine Form der
103 Diskriminierung, der Übergriffe und der Hassrede duldet;
- 104 • den weiteren Ausbau der finanziellen Unterstützung von Angeboten und Initiativen
105 der Antisemitismusprävention, der Beratung und der Aufnahme antisemitischer
106 Vorfälle sowie zivilgesellschaftlicher Angebote jüdischer Akteur*innen, Angebote
107 des interreligiösen Dialogs und des zivilgesellschaftlichen Austauschs;
- 108 • die Förderung und den Ausbau von Bildungsprogrammen zur Sensibilisierung *für* und
109 Aufklärung *über* Antisemitismus in Sicherheitsbehörden, Schulen, Universitäten
110 sowie Angeboten für Jugendämter und der offenen Kinder- und Jugendarbeit;
- 111 • die Schaffung von Vernetzungs- und Schutzräumen für jüdische Studierende an
112 allen Hochschulen sowie eine konsequente Durchsetzung des Hausrechts im Falle
113 antisemitischer Übergriffe an Hochschulen.

Antrag I07: Stärkere Beobachtung/Untersuchung verfassungsfeindlicher Inhalte bei YouTube u.a. Sozialen Medien

Antragsteller*in:	SPD-Unterbezirk Duisburg
Status:	angenommen
Empfehlung Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	I - Inneres, Recht und Verwaltung

- 1 Die SPD-Bundestagsfraktion soll sich dafür einzusetzen, dass YouTube und andere
- 2 Soziale Medien noch stärker auf verfassungsfeindliche und die freiheitliche
- 3 demokratische Grundordnung delegitimierende Inhalte hin untersucht werden.

Antrag I08: Schutz von Krankenhausmitarbeitenden vor steigender Gewalt

Antragsteller*in:	SPD-Landesverband Berlin
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung Antragskommission:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	I - Inneres, Recht und Verwaltung

- 1 Wir sehen mit großer Sorge, dass es auch in Krankenhäusern zu immer mehr gewalttätige
- 2 Übergriffen auf Ärzt*innen und Pflegekräfte kommt. Um hierauf gezielt reagieren zu
- 3 können, braucht es gute Konzepte der Prävention und auch der Strafverfolgung.
- 4 Wichtige Grundlage dafür ist ein präzises Lagebild. Deshalb sollen in den
- 5 Bundesländern bestehende und künftige Erhebungen so vereinheitlicht sein, dass daraus
- 6 ein aussagekräftiges Bundeslagebild erstellt werden kann. Die SPD-Bundestagsfraktion
- 7 soll das Bundesgesundheitsministerium auffordern, ein Programme zur Gewaltprävention
- 8 in Krankenhäusern zu erarbeiten, das Krankenhauspersonal besser schützt und die
- 9 Gewalt eindämmt.

Antrag I09: Einführung eines Waffenregisters für Schreckschusswaffen

Antragsteller*in:	SPD-Landesorganisation Hamburg
Status:	angenommen
Empfehlung Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	I - Inneres, Recht und Verwaltung

- 1 Wir fordern die Einführung einer Erlaubnispflicht für den Erwerb und die Führung von
- 2 Schreckschusspistolen durch den kleinen Waffenschein.

Antrag I10: Verkauf von Pyrotechnik für private Nutzung untersagen

Antragsteller*in:	SPD-Ortsverein Blankenfelde-Mahlow
Status:	erledigt durch SPD-Regierungsprogramm 2025
Empfehlung Antragskommission:	Erledigt durch SPD-Regierungsprogramm 2025
Sachgebiet:	I - Inneres, Recht und Verwaltung

- 1 Die sozialdemokratischen Mitglieder des Bundestages und der Bundesregierung sowie des
2 Landtages Brandenburg und der Kommunen werden aufgefordert, sich dafür einzusetzen,
3 dass
- 4 1. in Deutschland privat keine Böller und keine Pyrotechnik -auch nicht an
5 Silvester – entzündet werden dürfen. Es wird stattdessen angeregt, zu Silvester
6 Feuerwerk an mehreren ausgesuchten zentralen Orten von Berufsfeuerwerkern (wie
7 z. B. am Brandenburger Tor in Berlin) zünden zu lassen.
- 8 2. Der Verkauf an Privatpersonen sowie der Besitz von Pyrotechnik der Klassen F2
9 bis F4 (gem. § 3a SprengG) ist verboten.
- 10 3. Verstöße werden strafrechtlich geahndet.

Antrag I11: Rechtssicherheit für Betroffene von Polizeieinsätzen schaffen!

Antragsteller*in:	SPD-Landesorganisation Hamburg
Status:	nicht befasst
Empfehlung Antragskommission:	Nichtbefassung
Sachgebiet:	I - Inneres, Recht und Verwaltung

- 1 Die SPD Bundestagsfraktion sowie die sozialdemokratischen Mitglieder der
- 2 Bundesregierung werden dazu aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass das bloße
- 3 Filmen von Polizeieinsätzen künftig weder mit Strafe noch mit Bußgeld bewehrt wird.

Antrag I12: Bevölkerungsschutzeinheiten besser ausstatten und stärken (Sondervermögen); kritische Infrastruktur aufrechterhalten

Antragsteller*in:	SPD-LV Sachsen-Anhalt
Status:	überwiesen
Empfehlung Antragskommission:	Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion
Sachgebiet:	I - Inneres, Recht und Verwaltung

- 1 Die SPD-Bundestagsfraktion wird dazu aufgefordert, das BMI eine Überprüfung der
- 2 kritischen Infrastruktur (Transport und Verkehr, Energie, Ernährung, Finanz- und
- 3 Versicherungswesen, Gesundheit, Informationstechnik und Telekommunikation,
- 4 Abfallentsorgung, Medien und Kultur, Staat und Verwaltung) durchführen zu lassen, um
- 5 zeitgemäß und rasche auf Großschadensereignisse durch klimabedingte Extreme reagieren
- 6 zu können.
- 7 Besonders soll folgende Frage beantwortet werden: Wie schnell können Zivilschutz-
- 8 /Bevölkerungsschutzeinheiten effizient auf klimabedingte Großschadensereignisse
- 9 reagieren und wie kann die kritische Infrastruktur aufrechterhalten werden?

Antrag I13: Ausbau der Luftrettung

Antragsteller*in:	Online-Themenforum zu Außen- und Sicherheitspolitik
Status:	überwiesen
Empfehlung Antragskommission:	Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion
Sachgebiet:	I - Inneres, Recht und Verwaltung

- 1 Die SPD setzt sich für einen deutlichen Ausbau der Luftrettung ein. Der Bund soll mit
- 2 den Ländern hierzu ein Programm auflegen, welches die Stationierung von zusätzlichen
- 3 Mitteln der Luftrettung unterstützt, insbesondere in ländlichen Regionen.

Antrag I14: Das Ehrenamt stärken

Antragsteller*in:	60 plus Bundeskonferenz Bund (Parteizentrale)
Status:	angenommen
Empfehlung Antragskommission:	Annahme
Auf diesen Antrag verweisende Anträge:	I16
Sachgebiet:	I - Inneres, Recht und Verwaltung

- 1 Die Bundestagsfraktion soll sich dafür einsetzen, dass das Ehrenamt gestärkt,
- 2 entlastet und somit auch mehr wertgeschätzt wird.
- 3 Finanzielle Nachteile sind nicht hinnehmbar und müssen abgebaut werden. Dazu gehören
- 4 auch steuerliche Nachteile durch eine ehrenamtliche Tätigkeit.

Antrag I15: Wir unterstützen das Ehrenamt - Wir stärken den Brand- und Katastrophenschutz

Antragsteller*in:	SPD-LV Mecklenburg-Vorpommern
Status:	überwiesen
Empfehlung Antragskommission:	Überweisung an SPD-Parteivorstand - Sozialstaatskommission
Sachgebiet:	I - Inneres, Recht und Verwaltung

- 1 Zum sicheren Leben der Menschen in Mecklenburg-Vorpommern gehört ein leistungsfähiger
2 Brand- und Katastrophenschutz. Drohende Gefahren durch Extremwetterereignisse – wie
3 Hochwasser oder große Waldbrände – oder durch einen großräumigen Strom- oder
4 Heizungsausfall, beispielsweise in einem schweren Schneewinter, können nur gemeinsam
5 mit den vielen ehrenamtlichen Kameradinnen und Kameraden im Brand- und
6 Katastrophenschutz abgewehrt werden. Die ehrenamtlich tätigen Bürgerinnen und Bürger
7 leisten einen unschätzbaren Wert für unser Gemeinwohl und riskieren in der Ausübung
8 dieses Ehrenamtes im Extremfall ihre eigene Gesundheit für das Gemeinwohl. Dafür
9 gelten unser Dank und Respekt. Die Freiwilligen Feuerwehren sind in vielen Gemeinden
10 und Städten mehr als nur eine kommunale Selbsthilfe im Brandschutz. Oft sorgen die
11 Feuerwehren vor Ort für den Zusammenhalt einer Dorfgemeinschaft und leisten
12 hervorragende Jugendarbeit.
- 13 Deshalb werden der Parteivorstand und die Bundestagsfraktion der SPD aufgefordert,
14 sich für eine bundesweit einheitliche Regelung einzusetzen, damit ein langjähriger
15 Dienst im Brand- und Katastrophenschutz – egal ob in unseren Freiwilligen Feuerwehren
16 oder unseren Katastrophenschutzorganisationen – zu einer Anerkennung des Ehrenamtes
17 in Form einer Verbesserung der gesetzlichen Rentenversorgung führt.

Antrag I16: Ehrenamtspauschale auch für politische Arbeit

Antragsteller*in:	60 plus Bundeskonferenz Bund (Parteizentrale)
Status:	erledigt durch Annahme von I14
Empfehlung Antragskommission:	Erledigt durch Annahme von I14
Sachgebiet:	I - Inneres, Recht und Verwaltung

- 1 Der SPD Bezirk Braunschweig fordert die politisch verantwortlichen Gremien der SPD
- 2 auf, sich für eine steuerrechtliche Gesetzesanpassung einzusetzen, um die
- 3 ehrenamtliche Arbeit von Vorstandsmitgliedern in Arbeitsgruppen und anderen
- 4 Vorständen von politischen demokratischen Parteien finanziell zu unterstützen.

Antrag I17: Bundestagsausweis nur im Mandat

Antragsteller*in:	SPD-Bezirk Hessen-Nord
Status:	erledigt durch Neufassung der Hausordnung des Deutschen Bundestags (2023)
Empfehlung Antragskommission:	Erledigt durch Neufassung der Hausordnung des Deutschen Bundestags (2023)
Sachgebiet:	I - Inneres, Recht und Verwaltung

- 1 Ehemalige Mitglieder des Deutschen Bundestags sollen in dieser Funktion zukünftig
- 2 keinen Bundestagsausweis mehr erhalten. Die SPD-Bundestagsfraktion soll darauf
- 3 hinwirken, dass §2 Absatz 2 Satz 2 der Hausordnung des Deutschen Bundestages
- 4 ersatzlos gestrichen wird. Ebenso soll sie darauf hinwirken, dass die
- 5 Bundestagsverwaltung die Sicherheitsüberprüfung für Mitarbeiterinnen der
- 6 Bundestagsabgeordneten intensiviert, um gesichert rechtsextremistische, vorbelastete
- 7 Personen im Dienst zu verhindern.

Antrag I18: Ermutigungskampagne Diversität im Öffentlichen Dienst

Antragsteller*in:	SPD-UB Region Hannover
Status:	überwiesen
Empfehlung Antragskommission:	Überweisung an SPD-Landtagsfraktionen und SPD-Bundestagsfraktion
Sachgebiet:	I - Inneres, Recht und Verwaltung

- 1 Der Öffentliche Dienst startet eine Ermutigungskampagne für Bewerbungen auf allen
- 2 staatlichen Ebenen, um qualifiziertes Personal zu gewinnen, indem
- 3 • Werbekampagnen gestartet werden, die insbesondere auch unterrepräsentierte,
- 4 diverse Bevölkerungsgruppen sichtbar machen,
- 5 • Diskriminierungsfreiheit sichergestellt wird und schon im Schulbereich auf die
- 6 Variantenbreite von Beschäftigungen im Öffentlichen Dienst hingewiesen wird.

Antrag I19: Aufbau von Bürokratieabbau-Kommissionen

Antragsteller*in:	SPD-Unterbezirk Cuxland
Status:	überwiesen
Empfehlung Antragskommission:	Überweisung an SPD-Landtagsfraktionen und SPD-Bundestagsfraktion
Sachgebiet:	I - Inneres, Recht und Verwaltung

- 1 Wir setzen uns für die Schaffung von Kommissionen auf Bundes- und Landesebene ein,
- 2 die Gesetzestexte auf ihre Relevanz hin überprüfen und veraltete Gesetze inkl.
- 3 jeweiliger Maßnahmenvorschläge an die betreffende Regierung melden. Die Besetzung der
- 4 Kommissionen obliegt in den Bundesländern den jeweiligen Landtagen und auf
- 5 Bundesebene dem Bundestag und Bundesrat. Die Überprüfung kommunaler Angelegenheiten
- 6 sollen die Landeskommissionen übernehmen, wobei die Kommissionen in diesem Fall zu
- 7 25% aus ehrenamtlichen kommunalen Vertreter:innen und zu 25% aus hauptamtlichen
- 8 kommunalen Vertreter:innen bestehen sollen. In jeder der genannten Gruppe sollte
- 9 mindestens ein schwerbehinderter Mensch dabei sein.

Antrag I20: Geschlechtergerechtigkeit bei Unterhaltszahlungen

Antragsteller*in:	SPD-Landesverband Berlin
Status:	überwiesen
Empfehlung Antragskommission:	Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion
Sachgebiet:	I - Inneres, Recht und Verwaltung

- 1 • Die sozialdemokratischen Mitglieder des Deutschen Bundestages werden
- 2 aufgefordert, zu prüfen, inwieweit das familiengerichtliche Verfahren in Bezug
- 3 auf die Eintreibung von Unterhalt verbessert werden kann.
- 4 • Insbesondere soll dabei dem Umstand Rechnung getragen werden, dass Ex-Partner
- 5 den Unterhalt immer wieder als Druckmittel nutzen und darüber hinaus von der
- 6 Geltendmachung eines Unterhaltsanspruchs häufig abgesehen wird, wenn die
- 7 jeweiligen Unterhaltsberechtigten von geschlechtsspezifischer und häuslicher
- 8 Gewalt ihres Ex-Partners eingeschüchtert sind.
- 9 • Darüber hinaus sollte beim familiengerichtlichen Verfahren insbesondere
- 10 Partnerschaftsgewalt bei etwaigen Umgangsregelungen stärker berücksichtigt
- 11 werden.
- 12 • Mithin soll nach dem Vorbild Bayerns eine Zentralstelle zur
- 13 Unterhaltseintreibung (entweder des Bundes oder der jeweiligen Bundesländer)
- 14 eingerichtet werden, um die logistische Arbeit besser leisten zu können.
- 15 • Außerdem werden die sozialdemokratischen Mitglieder des Deutschen Bundestages
- 16 und der Bundesregierung dazu aufgefordert, zu prüfen, inwieweit es sinnvoll ist,
- 17 Unterhaltsvorschuss alleinerziehenden Nicht-EU-Ausländern ohne Aufenthaltstitel
- 18 nicht zu gewähren. Hierbei sollte Berücksichtigung finden, dass die Erteilung
- 19 eines Aufenthaltstitels nach § 5
- 20 • Abs. 1 Nr. 1 AufenthG regelmäßig die Lebensunterhaltssicherung erfordert, die
- 21 bei Alleinerziehenden, die keinen Unterhalt von ihrem Expartner bekommen,
- 22 oftmals nicht möglich ist.
- 23 • Zuletzt soll geprüft werden, ob und inwieweit eine Schärfung der bereits
- 24 vorhandenen strafrechtlichen Instrumente bei widerrechtlich und in besonders
- 25 verwerflicher Art und Weise (§ 170 StGB) unterhaltsverweigernden Personen
- 26 verhältnismäßig und zielführend sind. Die generelle Unterstrafestellung der
- 27 widerrechtlichen und vorsätzlichen Vorenthaltung von Unterhalt gegenüber dem
- 28 sorgerechtlich verantwortlichen Elternteil des Kindes sollte als Option erwogen
- 29 werden.

Antrag I21: Modernisierung des Namensrechts II: Selbstbestimmte Namenswahl jetzt und für alle!

Antragsteller*in:	020 SPD-Kreis Friedrichshain-Kreuzberg
Status:	überwiesen
Empfehlung Antragskommission:	Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion
Sachgebiet:	I - Inneres, Recht und Verwaltung

1 Die sozialdemokratischen Mitglieder des Deutschen Bundestags und die
2 sozialdemokratischen Vertreter*innen im Bundesrat werden aufgefordert, sich für eine
3 weitere Liberalisierung des deutschen Namensrechts einzusetzen, damit Menschen sowohl
4 ihren Vor- als auch Nachnamen einfacher ändern können. Das restriktive Namensrecht,
5 das in Teilen noch aus der NS-Zeit stammt, ist bisher nur teilweise reformiert worden
6 und soll den gesellschaftlichen Entwicklungen endlich vollständig gerecht werden.

7

8 Konkret fordern wir:

- 9 • Die Namensänderungen nach dem Namensänderungsgesetz sollen erleichtert werden.
10 Änderungen sollen nicht mehr begründet werden müssen. § 3 Abs. 1 des NamÄndG
11 soll deswegen gestrichen werden. Eine Selbsterklärung über die Änderung des
12 Namens muss ausreichen. Der Antrag auf Namensänderung soll bei jedem Standesamt
13 bundesweit gestellt werden können.
- 14 • Namensvorgaben, wie die Zuordnung zu einem bestimmten Geschlecht oder
15 Bewertungen über die "Üblichkeit" oder "Wesensart", sollen aus der Allgemeinen
16 Verwaltungsvorschrift zum Gesetz über die Änderung von Familiennamen und
17 Vornamen gestrichen werden.
- 18 • Einschränkungen bei der Vornamenswahl bei Geburt eines Kindes soll es nur bei
19 Gefährdung des Kindeswohls geben (z.B. bei Namen mit NS-Bezug). Zugleich müssen
20 die Eltern die Möglichkeit haben, für ihr Kind einen Namen zu wählen, der nicht
21 zwingend einem Geschlecht zuzuordnen ist. Auch die Herkunft eines Namens darf
22 keine Rolle spielen.
- 23 • Um das Persönlichkeitsrecht besser zu schützen, soll die Möglichkeit einer
24 amtlichen Bekanntmachung der Änderung eines Vor- oder Nachnamens durch Einrücken
25 in eine Tageszeitung (geregelt in NamÄndVwV und in der ersten Verordnung zur
26 Durchführung des Gesetzes über die Änderung von Familiennamen und Vornamen) aus
27 der entsprechenden Verwaltungsvorschrift und Verordnung gestrichen werden.
- 28 • Unterlagen wie z. B. psychologische Gutachten oder Gerichtsurteile, die aus
29 früheren Anträgen auf Namensänderung zum Nachweis des Vorliegens von „wichtigen
30 Gründen“ vorgelegt und archiviert wurden, sollen aus den Verwaltungsarchiven
31 entfernt und auf Wunsch an die Antragstellenden zurückgegeben werden.

Antrag I22: Beseitigung der Altersdiskriminierung

Antragsteller*in:	SPD-LV Mecklenburg-Vorpommern · SPD-LV Thüringen
Status:	überwiesen
Empfehlung Antragskommission:	Überweisung an SPD-Parteivorstand und SPD-Bundestagsfraktion
Sachgebiet:	I - Inneres, Recht und Verwaltung

- 1 Der Parteivorstand und die Bundestagsfraktion der SPD werden aufgefordert, dafür
- 2 Sorge zu tragen, dass
- 3 • Im Artikel 3 des Grundgesetzes das Merkmal „Lebensalter“ als
- 4 Diskriminierungsgrund aufgenommen wird,
- 5 • Höchstaltersgrenzen beim Zugang zu Ehrenämtern beseitigt werden,
- 6 • und digitaler Fortschritt nicht zur Entmündigung bzw. Ausgrenzung älterer
- 7 Menschen führt.

Antrag I23: Vor dem Gesetz sind (nicht) alle gleich!

Antragsteller*in:	SPD-Landesverband Berlin
Status:	überwiesen
Empfehlung Antragskommission:	Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion
Sachgebiet:	I - Inneres, Recht und Verwaltung

1 Soziale Ungleichheit und Ungerechtigkeiten im Strafverfahren abschaffen!

2
3 Eine gerechte Justiz bildet das Fundament eines jeden Rechtsstaats und muss sich
4 insbesondere daran messen lassen, wie sie mit den Schwächsten in der Gesellschaft
5 umgeht. Der Rechtsstaat basiert auf dem Versprechen, dass alle Menschen vor dem
6 Gesetz gleich sind. Die Realität ist jedoch häufig eine andere. Von Armut betroffene
7 Personen und reiche Menschen sind vor dem Strafrecht in vielerlei Hinsicht ungleich.
8 Damit das Versprechen auch gehalten wird, braucht es daher weitgehende Anpassungen
9 des bestehenden Systems!

10
11 Deshalb fordern wir:

- 12 • Die Justiz (Gerichte und Staatsanwaltschaften) muss finanziell besser
13 ausgestattet werden.
- 14 • Das Strafbefehlsverfahrens muss dahingehend geändert werden, dass bedürftigen
15 Angeklagten die Kosten für eine Verteidigung/Rechtsberatung zu erstatten sind
16 sowie die Einspruchsfrist gegen einen Strafbefehl auf vier Wochen verlängert
17 wird, um sich helfen und beraten zu lassen.
- 18 • Die Bereitstellung von Pflichtverteidiger:innen muss ausgeweitet werden, indem
19 entsprechend den Regelungen zur Prozesskostenhilfe den Beschuldigten die Kosten
20 für Strafverteidiger:innen im Ermittlungsverfahren/Strafverfahren zu erstatten
21 sind, sofern diese die Kosten nicht selbst oder nur zum Teil aufbringen können.
- 22 • Die Auswahl der Pflichtverteidiger:innen soll einer von den Gerichten
23 unabhängigen Organisation überlassen werden, anstatt sie von den jeweiligen
24 Richter:innen des Strafprozesses auszusuchen.
- 25 • Der Staatsanwaltschaft und den Gerichten soll die Möglichkeit eröffnet werden,
26 die tatsächlichen Einkommensverhältnisse von Täter:innen und
27 unterhaltspflichtigen Personen beim Finanzamt für die Festsetzung von
28 Geldstrafen abzurufen, hierfür soll eine Änderung der Vorschriften zum
29 Steuergeheimnis geschaffen werden.
- 30 • Unternehmen sollen nicht weiter die Möglichkeit haben, Geldauflagen oder
31 Geldstrafen gegen Manager:innen steuerlich abzusetzen. Dies soll ergänzt werden
32 durch eine gesetzliche Regelung, nach der Klauseln in Arbeitsverträgen unwirksam
33 sind, die den Arbeitgeber verpflichten, Geldstrafen oder Geldauflagen für den
34 Arbeitnehmer zu übernehmen, die durch eine Verurteilung im Zusammenhang mit

35 Pflichtverletzungen aus dem Arbeitsverhältnis entstanden sind.

Antrag I24: Wegfall Pfändung

Antragsteller*in:	SPD-Landesverband Berlin
Status:	angenommen
Empfehlung Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	I - Inneres, Recht und Verwaltung

- 1 § 301 Insolvenzordnung wird um den Zusatz ergänzt, dass mit Erteilung der
- 2 Restschuldbefreiung die öffentlich-rechtliche Verstrickung auf den Konten des
- 3 Schuldners aufgehoben wird, soweit die der Pfändung zugrunde liegenden Forderungen
- 4 von der Restschuldbefreiung erfasst werden.

Antrag I25: Ein Beitrag zum Neustart: Öffentlich-rechtliche Verstrickung von Forderungen nach der Insolvenz begrenzen

Antragsteller*in:	SPD-Landesverband Berlin
Status:	überwiesen
Empfehlung Antragskommission:	Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion
Sachgebiet:	I - Inneres, Recht und Verwaltung

- 1 Die sozialdemokratischen Bundestagsabgeordneten werden aufgefordert, sich für eine
- 2 Änderung der Insolvenzordnung einzusetzen, nach der Pfändungs- (und
- 3 Überweisungs)beschlüsse, die nach Wirksamwerden einer Restschuldbefreiung entstehende
- 4 Geldforderungen betreffen, kraft Gesetzes ihre Wirkung verlieren, soweit die den
- 5 Pfändungs- und Überweisungsbeschlüssen zugrundeliegenden Titel Forderungen erfassen,
- 6 die der Restschuldbefreiung unterliegen. Den Schuldner soll ein unkompliziertes und
- 7 kostengünstiges Verfahren beim zuständigen Gericht eröffnet werden, um diese Wirkung
- 8 feststellen zu lassen. Dabei bietet sich eine Zuständigkeit des Insolvenzgerichts an.

Antrag I26: Antrag Insolvenz-Entziehung

Antragsteller*in:	SPD-Ortsverein Blankenfelde-Mahlow, SPD-Unterbezirksvorstand Teltow-Fläming, AGS Bundeskonferenz Bund (Parteizentrale) · AGS Vorstand Bund (Parteizentrale)
Status:	überwiesen
Empfehlung Antragskommission:	Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion
Sachgebiet:	I - Inneres, Recht und Verwaltung

- 1 Strafgerichte sollen die Möglichkeit haben, von vermögensabschöpfenden Maßnahmen nach
- 2 §§ 73 ff StGB ganz oder teilweise abzusehen, insbesondere gegenüber denjenigen, die
- 3 dem Jugendstrafrecht unterliegen, wie dies der Abschlussbericht der Bund- Länder-
- 4 Arbeitsgruppe in ihrem Bericht zur Optimierung des Rechts zur Vermögensabschöpfung
- 5 vom März 2024 auf Seite 499 vorsieht. Auch ein teilweiser Ausschluss der
- 6 Vollstreckung sollte entsprechend den Vorschlägen der Arbeitsgruppe möglich sein. Die
- 7 Besonderheiten des Jugendstrafrechts (Erziehung statt Strafe, Resozialisierung, keine
- 8 Perspektivlosigkeit) müssen Berücksichtigung finden können, insbesondere soweit dies
- 9 nach dem Tatbeitrag, den Folgen für Opfer von Straftaten, sowie nach Schwere der Tat
- 10 unter Verhältnismäßigkeitsgesichtspunkten geboten ist

Antrag I27: Streitwertbegrenzung bei Unterlassungsklagen

Antragsteller*in:	SPD-Landesorganisation Hamburg
Status:	angenommen
Empfehlung Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	I - Inneres, Recht und Verwaltung

- 1 Die Bundestagsfraktion soll sich in geeigneter Weise dafür einzusetzen, dass eine
- 2 Streitwertbegrenzung bei Unterlassungsklagen zugunsten der Verbraucherzentralen
- 3 eingeführt wird.

Antrag I28: Jedermannsrecht: Freies Zelten ermöglichen!

Antragsteller*in:	SPD-Landesorganisation Bremen
Status:	überwiesen
Empfehlung Antragskommission:	Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion
Sachgebiet:	I - Inneres, Recht und Verwaltung

- 1 Wir fordern die Einführung eines bundesweiten Jedermannsrechtes, welches allen
2 Menschen Recht auf die Nutzung der Natur gibt. Dadurch sollen Aktivitäten wie Zelten
3 unter folgenden Bedingungen erlaubt ist:
- 4 • die Übernachtung findet maximal eine Nacht am Stück statt. Für Gruppen ab 5
5 Personen ist eine Erlaubnis des Besitzers erforderlich.
 - 6 • ein Mindestabstand zu bewohnten Gebäuden muss eingehalten werden.
 - 7 • Siedlungsflächen, Agrarnutzflächen und Naturschutzgebiete dürfen nicht genutzt
8 werden. Für letztere können Ausnahmen etabliert werden, solange es der
9 Schutzzweck erlaubt.
 - 10 • Im Sinne des Brand- oder Tierschutzes kann diese Regelung für bestimmte Flächen
11 und/oder Zeiträume eingeschränkt werden.

Antrag I29: Antrag Grundsatzgesetz

Antragsteller*in:	Arbeitskreis Säkularität und Humanismus der SPD
Status:	überwiesen
Empfehlung Antragskommission:	Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion
Sachgebiet:	I - Inneres, Recht und Verwaltung

- 1 Die Bundestagsfraktion der SPD sowie die SPD-Mitglieder der Bundesregierung werden
- 2 aufgefordert, sich für Einbringung und Verabschiedung eines Grundsatzgesetzes zur
- 3 Ablösung der Staatsleistungen an die Kirchen einzusetzen.
- 4 Das Gesetz ist so zu formulieren, dass es nicht die Verfassung ändert, nicht in die
- 5 Verwaltungs- und Organisationshoheit der Länder eingreift und keine finanziellen
- 6 Auswirkungen auf die Steuergesetze und Geldleistungen der Länder hat.
- 7 Die Bundesländer müssen endlich in die Lage versetzt werden, dem Verfassungsauftrag
- 8 nach Artikel 140 GG (Art. 138 WRV) nachzukommen, der sie seit der Weimarer
- 9 Reichsverfassung zur Ablösung dieser Staatsleistungen verpflichtet.

Antrag I30: Mehr Gleichheit in der Parteienfinanzierung

Antragsteller*in:	SPD-Unterbezirk Bochum
Status:	überwiesen
Empfehlung Antragskommission:	Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion
Sachgebiet:	I - Inneres, Recht und Verwaltung

- 1 Die SPD Bochum fordert dazu auf, dass auf Ebene der Bundespartei ein Konzept zur
2 Reform der Parteienfinanzierung erarbeitet wird. Dieses soll zum Ziel haben, den
3 staatlichen Anteil an der Parteienfinanzierung zu erhöhen, um den Einfluss privater
4 Großspender auf die Parteien größtmöglich zu beschränken.
- 5 Hierzu sollten die folgenden Maßnahmen geprüft werden:
- 6 - Ausweitung der staatlichen Parteien-Finanzierung, die sich auf eine Kombination
7 verschiedener Faktoren richtet, wie die Wahlergebnisse bei Bundestags-, Landtags- und
8 Europawahlen der letzten Jahre, die Vertretung auf kommunaler Ebene und die Anzahl
9 der Mitglieder. Die genaue Ermittlung und Gewichtung der verschiedenen Faktoren muss
10 erarbeitet werden. Die staatliche Finanzierung muss als Ziel haben, eine ausreichende
11 und langfristige Parteienfinanzierung zu gewährleisten und Kleinparteien nicht zu
12 benachteiligen.
- 13 - Einführung einer jährlichen Obergrenze für Spenden (inkl. Sponsoring und
14 Sachleistungen) durch Privatpersonen nach dem Vorbild Frankreichs. Die besondere
15 Bedeutung von Mandatsträgerbeiträgen ist zu berücksichtigen.
- 16 - Einführung einer Deckelung für alle Parteispenden, die von Unternehmen, Stiftungen
17 und Vereinen stammen (juristischen Personen).
- 18 - Schaffung einer unabhängigen Instanz zur Kontrolle der Einkünfte und Ausgaben der
19 Parteien und bei Wahlen Kandidierenden nach dem Modell Frankreichs, um für mehr
20 Transparenz und Akzeptanz in der Bevölkerung zu sorgen.

Antrag K01: Design eines zukunftsfähigen Energiesystems

Antragsteller*in:	OTF Klimagerechte Wirtschaft
Status:	überwiesen
Empfehlung Antragskommission:	Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion
Sachgebiet:	K - Klima, Energie, Transformation

1 Die Mitglieder der SPD in Bundestag und Bundesregierung werden aufgefordert, folgende
2 Aspekte für ein zukunftsfähiges Energiesystem umzusetzen.

- 3 • Im zukunftsfähigen Energiesystem werden die erneuerbaren Energien (EE),
4 kombiniert mit Speichern, in den Mittelpunkt dieses Systems gestellt. Hierfür
5 wird ein neues Energie-/Strommarktdesign entwickelt.
- 6 • Durch Angebotsabhängige, flexible Strompreise muss die Energienachfrage besser
7 an das Angebot angepasst werden. Mit einem beschleunigten Smart-Meter-Rollout
8 werden dafür die Voraussetzungen geschaffen. Intelligente Energie- und
9 Lastmanagementsysteme werden sowohl im privaten wie im industriellen als auch im
10 öffentlichen Bereich gefördert.
- 11 • Die geschickte und kluge Integration der unterschiedlichen Speichertechnologien
12 (Batterien, Pumpspeicher, Hochtemperaturspeicher, Kopplung mit dem Wärmesektor
13 etc.) in das Energiesystem stellt die beste Flexibilitätsoption für die
14 zukünftige Energieversorgung dar. Um Netzüberlastungen weitgehend zu vermeiden,
15 sollen Stromspeicher in der Nähe der EE-Erzeugungsanlagen errichtet werden
16 (direkt an den Anlagen oder z. B. als Quartierspeicher). Für den Vor-Ort-
17 Speicherausbau werden (finanzielle) Anreize geschaffen. Das wird durch flexible
18 Vergütungssätze (niedrigere bei hohem EE-Angebot, höhere bei geringerem EE-
19 Angebot) und / oder Speicherboni / Kaufprämien erreicht.
- 20 • Gasbetriebene (später Wasserstoffbetriebene) Reservekraftwerke müssen auf ein
21 notwendiges Minimum reduziert werden. Das gilt insbesondere auch für das dafür
22 im KOAV vorgesehene CCS. Soweit möglich muss der Volatilitätsausgleich durch
23 Speicher und Lastmanagement realisiert werden. Für den Einsatz von
24 Reservekraftwerken sind klare Regelungen für deren Einsatz notwendig.
- 25 • Der mit Biogas erzeugte Anteil von etwa sechs Prozent der gesamten
26 Stromeinspeisung darf zukünftig nicht mehr im Grundlastbetrieb erfolgen, sondern
27 muss als Regelernergie zur Verfügung gestellt werden. Ein erster Schritt in diese
28 Richtung wurde mit dem noch von der alten Bundesregierung verabschiedeten
29 Biomasse-Paket gemacht. Es werden eine langfristige Biomassestrategie entwickelt
30 und weitere notwendige Rahmenbedingungen geschaffen.
- 31 • An der Energiewende müssen alle Bürgerinnen und Bürger teilnehmen und teilhaben
32 können. Dazu werden die notwendigen Regularien zu Erneuerbare-Energien-
33 Gemeinschaften und Energy Sharing (Basis: EU-Richtlinie RED II)
34 weiterentwickelt. Für Bürgerinnen und Bürger muss es möglichst einfach sein,
35 sich gegenseitig – zumindest zu einem gewissen Teil – günstig mit Energie zu

- 36 versorgen. Mieterstrommodell und die gemeinschaftliche Gebäudeenergieversorgung
37 sind wichtige Säulen einer sozial gerechten Energiepolitik und müssen
38 praxisorientiert weiter verbessert werden.
- 39 • Die steigenden finanziellen Belastungen für konventionelle Energien müssen
40 insbesondere für ärmere Bevölkerungsschichten abgemildert werden. Das wird durch
41 die Auszahlung eines sozial gestaffelten Klimagelds erfolgen.
- 42 • Kommunen und ihre Unternehmen müssen bei der Energieversorgung und den Netzen
43 eine wichtige und zentrale Rolle spielen. Dabei streben wir eine
44 Rekommunalisierung von Stromnetzen an.

Antrag K02: Dezentrale Bürgerenergiegewende als Kern der Energiewende

Antragsteller*in:	OTF Klimagerechte Wirtschaft
Status:	erledigt durch Koalitionsvertrag 2025
Empfehlung Antragskommission:	Erledigt durch Koalitionsvertrag 2025
Sachgebiet:	K - Klima, Energie, Transformation

- 1 Die SPD-Abgeordneten im Deutschen Bundestag und die SPD-Mitglieder der
2 Bundesregierung werden aufgefordert, Energiewende und Klimaschutz durch folgende
3 Maßnahmen für alle Menschen attraktiver zu machen:
- 4 • Einführung eines einfachen Modells für Energiegemeinschaften und das Energy
5 Sharing, das Millionen von Stromkunden den Bezug von billigerem Strom ermöglicht
6 und gleichzeitig den Ausbau der Erneuerbaren Energien beschleunigt. Länder wie
7 Österreich oder Spanien sind dabei Vorbilder.
 - 8 • Entsprechende Ermöglichung für Unternehmen für vereinfachte, vorzugsweise lokale
9 Direktlieferverträge statt pauschal subventionierter Stromtarife
 - 10 • Vorrang für Bürgerenergieprojekte, einschließlich kommunaler Projekte, und der
11 Abbau von Diskriminierung von Bürgerenergie
 - 12 • Ein Bundes-Bürgerenergiegesetz, das hohe Mindeststandards für die Beteiligung
13 der Bürger*innen festlegt. Alle Beteiligten – Grundstückseigentümer*innen,
14 Anwohner*innen, Landwirtschaft, Kommune, Natur- und Artenschutz, regionale
15 Unternehmen und die Bürger*innen – werden als Gestalter der Energiewende von
16 Anfang an einbezogen.
 - 17 • Anreize sollten geschaffen werden für die flexible, auch systemdienliche Nutzung
18 von Heimspeichern und für das (bidirektionale) Lademanagement von Elektroautos,
19 um den Eigenverbrauch bei dezentralen Erzeugungsanlagen zu erhöhen, Spitzen zu
20 glätten und die Netze damit zu entlasten. Dazu müssen regulatorische Barrieren
21 wie die Doppelbesteuerung des Stroms entfallen.
 - 22 • Erneuerbaren Energien speisen in erster Linie dezentral, auf Nieder- und
23 Mittelspannungsebene, in die Netze ein und der Strom sollte auch möglichst
24 erzeugungsnah verbraucht werden. Deshalb sollte der Netzausbau sich in erster
25 Linie auf die regionalen Verteilnetze konzentrieren. Der überdimensionierte
26 Ausbau der Übertragungsnetze, die zu 70 % dem grenzüberschreitenden Stromhandel
27 dienen, muss stattdessen vermieden werden, auch um die unnötige Belastung der
28 Bürger*innen mit Netzentgelten zu reduzieren.

Antrag K03: Klimaneutralität bis 2045, Klimaschutz und Klimaanpassung gesetzlich als Daseinsvorsorge sicherstellen

Antragsteller*in:	OTF Klimagerechte Wirtschaft
Status:	überwiesen
Empfehlung Antragskommission:	Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion
Sachgebiet:	K - Klima, Energie, Transformation

- 1 Der SPD-Parteivorstand und die SPD-Bundestagsfraktion wirken bei der
- 2 bundesgesetzlichen Umsetzung des Sondervermögens für Infrastruktur nach Art. 143h
- 3 Absatz 1 Satz 5 Grundgesetz darauf hin, dass die Schaffung der Klimaneutralität bis
- 4 2045, Klimaschutz und die Anpassung kommunaler Infrastruktur an den Klimawandel als
- 5 Daseinsvorsorge und damit als Pflichtaufgabe des Staates klarstellend in das neu zu
- 6 verfassende Bundesgesetz aufgenommen werden.

Antrag K04: Unsere Zukunft: sozial gerecht und dekarbonisiert

Antragsteller*in:	SPD-Landesorganisation Hamburg
Status:	erledigt durch Koalitionsvertrag 2025
Empfehlung Antragskommission:	Erledigt durch Koalitionsvertrag 2025
Sachgebiet:	K - Klima, Energie, Transformation

1 Der Landesparteitag der SPD Hamburg möge beschließen und an den SPD-Bundesparteitag
2 weiterleiten:

3 Wir fordern folgende konkrete Maßnahmen:

4 Energiewende und Dekarbonisierung der Wirtschaft

5 Der Strommengenpfad in §4a EEG zur Erzeugung erneuerbarer Energien wird durch
6 folgende Maßnahmen sichergestellt:

7 Der Ausbau von Windenergie-Anlagen an Land und auf See sowie der Photovoltaik-Anlagen
8 wird massiv vorangetrieben, um die gesetzten Erzeugungsziele für die jeweiligen
9 Erzeugungsarten einzuhalten

10 - Die Forschung an und Entwicklung von Windenergie- und Photovoltaik-Anlagen wird
11 intensiviert. Dabei wird der Fokus auf der Ertragmaximierung zukünftiger Anlagen und
12 der Entwicklung neuer, möglichst umweltschonender Anlagen zur Vermeidung
13 nachbarschaftlicher Interessenkonflikte liegen.

14 - Die Forschung an Stromspeichertechnologien wird intensiviert. Technologien zur
15 Stromspeicherung in Deutschland werden erforscht und Pilotprojekte vorangetrieben. In
16 Kooperation mit internationalen Partnern, die geographisch dafür prädestiniert sind
17 (Schweden, Österreich, Norwegen etc.) werden Pläne für den Bau von
18 Pumpspeicherkraftwerken geprüft.

19 - Planungs- und Genehmigungsverfahren werden durch die Einführung von
20 Genehmigungsfristen und die Beschränkung von Rechtsschutzmöglichkeiten innerhalb des
21 verfassungs- und europarechtlich Zulässigen beschleunigt.

22 Die Energiewende wird partizipativ gestaltet, indem:

23 - die Gründung von Energiegenossenschaften durch finanzielle Förderung und
24 Absicherung intensiviert wird

25 - der konsequente Ausbau von Produktionsstätten für grünen Wasserstoff sowie ein
26 entsprechendes Verteilungsnetz – zunächst für die Industrie, mittel und langfristig
27 auch für Privathaushalte – vorangetrieben wird, denn dies ist für die Transformation
28 der Wirtschaft und das Gelingen der Wärmewende essentiell.

29 Der Netzausbau wird der Umstrukturierung der Energiegewinnung und des Verbrauchs
30 entsprechend ausgebaut:

31 - Insbesondere alle in Planung befindlichen Nord-Süd-Trassen werden bis 2030
32 fertiggestellt.

33 - Weiterhin wird das Netz zügig so umgebaut, dass leistungsstarke Trassen

Verbrauchszentren (Industriestandorten, urbanen Ballungsräumen) und Erzeugungsorte verbinden.

- Die Verteilnetze werden so verstärkt und ausgebaut, dass sie nicht durch eine kontinuierlich steigende Einspeisung von Strom aus Photovoltaikdachanlagen überfordert werden.

Eine erschwingliche Energieversorgung für Industrie und Private wird gesichert, indem

- der Preisbildungsmechanismus an den Strombörsen dahingehend geändert wird, das nicht mehr der Markträumungspreis (Merit-Order) bestimmt ist, jedoch weiterhin Anreize bestehen, Strom aus erneuerbaren Energien anzubieten und dieses Angebot auszubauen,

- ein Brückenstrompreis für energieintensive Industrie- und Handwerksbetriebe eingeführt wird. Dieser dient dazu, die Wirkung des kurzfristig zu erwartenden Anstieg des Strompreises, abzufedern und setzt zugleich Anreize, den Energieverbrauch zu reduzieren.

Die Vermeidung ungewollter internationaler Abhängigkeiten im Bereich der Energieversorgung stellen wir sicher, in dem

- durch gezielte Förderpolitik die Produktion der nötigen Bauteile und Entwicklung der Technologien nach Möglichkeit in Deutschland bzw. in die Europäische Union stattfindet.

- Die Netze auch über nationale Grenzen hinweg ausgebaut werden, sodass ein europäisches Stromnetz entsteht, welches durch Produktions- und Speicherkapazitäten unterschiedlicher Art überall auf dem europäischen Kontinent europaweit die Stromversorgung gesichert ist.

Finanzierung

Um die angestrebten Maßnahmen zu finanzieren, werden folgende Maßnahmen ergriffen

- Der Finanzierung der Energiewende wird im Haushalt herausragende Bedeutung beigemessen.

- Die Schuldenbremse wird reformiert, um den Weg für die erforderlichen Investitionen freizumachen.

- Klimaschädliche Subventionen werden ausnahmslos abgeschafft.

- Wirksame einmalige und dauerhafte Vermögensabgaben mit und ohne Emissionsbezug, um eine gerechte Verteilung der Kosten für die Transformation unserer Gesellschaft und Wirtschaft zur Nachhaltigkeit zu erreichen.

Soziale und partizipative Gestaltung

Zur Abfederung der sozialen Härten der Transformation werden wird darüber hinaus:

- Das bereits beschlossene Klimageld bereits 2024 und danach jährlich auszahlen.

Dafür sind die Einnahmen aus dem staatlichen CO₂-Preis vollständig umzulegen.

- Aus- und Weiterbildungsangebote sowie Umqualifizierungsmaßnahmen für Menschen schaffen, die vorher in Sektor gearbeitet haben, der durch die Dekarbonisierung der

- 73 Wirtschaft wegfällt.
- 74 - Beratungsangebote für kleine und mittlere Unternehmen schaffen, die von der
- 75 Transformation betroffen sind
- 76 - Wege schaffen, die es Mitarbeitenden ermöglichen, Transformationsentscheidungen in
- 77 ihren Unternehmen zu beeinflussen.
- 78 Hohes Ambitionsniveau aufrechterhalten
- 79 Das im 2019 beschlossenen KSG (Klimaschutzgesetz) vorgesehene Modell der
- 80 verbindlichen Sektorenziele für die Reduzierung von CO₂-Emissionen wird
- 81 wiedereingeführt.

Antrag K05: Die Strompreise müssen runter – für eine sozial gerechte und schnelle Energiewende

Antragsteller*in:	020 SPD-Kreis Friedrichshain-Kreuzberg
Status:	erledigt durch SPD-Regierungsprogramm 2025
Empfehlung Antragskommission:	Erledigt durch SPD-Regierungsprogramm 2025
Sachgebiet:	K - Klima, Energie, Transformation

- 1 Wir fordern
- 2
 - die vollständige Abschaffung der Stromsteuern,
- 3
 - Die Mehrwertsteuer auf Strom wird auf 7% abgesenkt.
- 4
 - die vollständige Überführung des Betriebs der Stromnetze in die öffentliche
- 5 Hand.

Antrag K06: Bedeutung und Entwicklung der Batterie-Technologie

Antragsteller*in:	OTF Klimagerechte Wirtschaft
Status:	überwiesen
Empfehlung Antragskommission:	Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion
Sachgebiet:	K - Klima, Energie, Transformation

- 1 Die Entwicklung der Batterie- (Akku-) Technologie deutet darauf hin, dass dieser
2 Bereich eine zentrale Rolle gewinnt. Dabei ist nicht nur der gesamte
3 Mobilitätsbereich (PKW, LKW, ggf. sogar der Schiffsverkehr) gemeint, sondern auch
4 eine zumindest Kurzzeit-Speichermöglichkeit zur Stabilisierung der Stromnetze und zur
5 Überbrückung der schwankenden erneuerbaren Energiegewinnung. Schon heute zeigt sich,
6 dass zu bestimmten Zeiten Solarenergie und Windstrom den gesamten Bedarf in
7 Deutschland decken können. Dies hat aktuell zur Folge, dass Solaranlagen und
8 Windräder abgeschaltet werden müssen, um eine Netzüberlastung zu vermeiden.
- 9 Die Akku-Entwicklung hat in den letzten Jahren eine dramatische Entwicklung erfahren.
10 Dabei werden die Leistungsdichte, die Ladegeschwindigkeit und die Lebensdauer (Anzahl
11 der Ladezyklen) immer weiter optimiert. Auch werden die System- insbesondere die
12 Rohstoffkosten immer günstiger.
- 13 Um kostenintensive Fehlentwicklungen zu vermeiden, ist es deshalb von zentraler
14 Bedeutung, jetzt die richtigen Entscheidungen für die Stromversorgung und das
15 Stromnetz der Zukunft zu treffen.
- 16 Die SPD wird sich dafür einsetzen, dass die Forschung und wirtschaftliche Entwicklung
17 der Batterietechnologie eine zentrale Rolle spielen. (Unterstützung von
18 Forschungsvorhaben und Förderung von entsprechenden Wirtschaftsunternehmen).
19 Insbesondere die Forschung an Batteriesystemen ohne seltene und nur durch Import
20 nutzbare Materialien ist besonders zu fördern.

Antrag K07: Klimafonds für alle

Antragsteller*in:	110 SPD-Kreis Lichtenberg
Status:	erledigt durch Koalitionsvertrag 2025
Empfehlung Antragskommission:	Erledigt durch Koalitionsvertrag 2025
Sachgebiet:	K - Klima, Energie, Transformation

- 1 Um die Klimaziele der Bundesregierung zu erreichen, soll der deutsche Staat einen
- 2 Klimafond auflegen bzw. bestehende verwenden und diese besonders medienwirksam
- 3 bewerben, sodass private Anlegerinnen und Anleger die Möglichkeit erhalten, in
- 4 Klimaschutzprojekte zu investieren. Im Vordergrund sollen dabei Nachhaltigkeit und
- 5 sinnvolle Klimaprojekte stehen und etwas weniger große Gewinnabsichten.

Antrag K08: Klimageld

Antragsteller*in:	SPD-LV Sachsen-Anhalt
Status:	erledigt durch SPD-Regierungsprogramm 2025
Empfehlung Antragskommission:	Erledigt durch SPD-Regierungsprogramm 2025
Sachgebiet:	K - Klima, Energie, Transformation

- 1 Die Bundestagsfraktion wird aufgefordert, keine Erhöhung der CO2 Bepreisung ohne
- 2 Zahlung von Klimageld durchzuführen.

Antrag K09: Sozial gestaffeltes Klimageld

Antragsteller*in:	OTF Klimagerechte Wirtschaft
Status:	erledigt durch SPD-Regierungsprogramm 2025
Empfehlung Antragskommission:	Erledigt durch SPD-Regierungsprogramm 2025
Sachgebiet:	K - Klima, Energie, Transformation

- 1 Der steigende CO2-Preis von derzeit 55 Euro pro Tonne ist ein zentrales Instrument
2 der Dekarbonisierung der Wirtschaft und Gesellschaft. Durch die insbesondere durch
3 den 2027 einsetzenden Europäischen Emissionshandel II (ETS II) immer höher werdenden
4 Abgaben wird fossiles und damit klimaschädliches Verhalten teurer, während mit
5 klimaneutralen Alternativen viel Geld gespart werden kann.
- 6 Hierbei zeigt sich eine dreifache Ungerechtigkeit: Finanziell schwächere Haushalte
7 tragen weniger zum Klimawandel bei, leiden aber besonders an dessen Folgen wie z.B.
8 Extremwettern. Weiter müssen sie einen größeren Anteil ihres Einkommens für einen
9 steigenden CO2-Preis aufbringen und können sich klimaneutrale Alternativen nur
10 schlecht leisten, wodurch sie sich schlechter vom CO2-Preis befreien können. Die
11 entstehenden Kosten sind also sehr ungleich und zu Ungunsten vulnerabler Gruppen
12 verteilt.
- 13 Während über den Klima- und Transformationsfond beispielsweise durch Förderung von
14 Wärmepumpenbau und anderem bereits Maßnahmen zur Unterstützung der Dekarbonisierung
15 von Wirtschaft und Haushalten existieren, muss es darüber hinaus auch noch eine
16 soziale Kompensation geben, um die genannten Ungleichheiten zu adressieren und den
17 Übergang zu erleichtern: das Klimageld.
- 18 Wir fordern daher von den SPD-Mandatsträger*innen im Bundestag, in der
19 Bundesregierung sowie im Europäischen Parlament die Einführung eines Klimageldes,
20 das:
- 21 1. anhand von Einkommensgrenzen sozial gestaffelt ist.
 - 22 2. weitere Kriterien zur Staffelung wie beispielsweise regional unterschiedliche
23 infrastrukturelle Ausstattung (ÖPNV, Krankenhäuser, Schulen) oder Familiengröße
24 miteinbezieht.
 - 25 3. die finanzielle Mehrbelastung von Menschen mit niedrigem Einkommen zeitlich
26 befristet auf die Übergangsjahre der Dekarbonisierung, in denen es vor allem
27 vulnerablen Gruppen noch nicht möglich ist den CO2-Preis durch klimaneutrale
28 Lebensweisen zu vermeiden, kompensiert.
 - 29 4. direkt, bürokratiearm und mit einer positiven Botschaft in einem sinnvollen
30 Rhythmus durch einen verständlichen Mechanismus ausgezahlt wird, beispielsweise
31 durch den Direktauszahlungsmechanismus durch das Bundeszentralamt für Steuern
32 (BZSt).
- 33 Das Klimageld als Kompensationsmaßnahme muss darüber hinaus durch einen ausgewogenen
34 und sozial orientierten Instrumentenmix ergänzt werden, der allen Bürger*innen den
35 Übergang in eine klimaneutrale Zukunft erlaubt (z.B. social leasing von

- 36 Elektrofahrzeugen, Aufbau klimaneutraler Infrastruktur und ÖPNV usw.).
- 37 Technisch bestehen seit Ende 2024 die Eckpunkte für den Direktauszahlungsmechanismus,
- 38 die vom Kabinett der rot-grünen Minderheitsregierung beschlossen wurde. Die Schaffung
- 39 der letzten Modalitäten des Basismechanismus, wie z.B. die konkrete Ausgestaltung der
- 40 Auszahlungsstelle beim BZSt und die Zuspeicherung aller zugänglichen Kontodaten
- 41 sollte weiterhin verfolgt und zügig abgeschlossen werden, damit der Mechanismus
- 42 einsatzbereit ist.

Antrag K10: Nein zu Nordstream

Antragsteller*in:	OTF Klimagerechte Wirtschaft
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung Antragskommission:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	K - Klima, Energie, Transformation

- 1 Der Bundesparteitag spricht sich gegen die Wiederaufnahme von jeglichen
- 2 Erdgaslieferungen aus Russland durch die Gaspipelines Nordstream 1 und Nordstream 2
- 3 aus. Entsprechende Vorschläge aus dem Umfeld der Union und aus der Republikanischen
- 4 Partei der USA lehnt der SPD-Bundesparteitag ab. Der SPD Parteivorstand und die SPD
- 5 Fraktionen auf Länder-, Bund- und Europaebene richten sich in ihrem Handeln an diesem
- 6 Beschluss.

Antrag K11: Stromversorgungsversagen der CSU und Grünen nicht auf dem Rücken Nordhessens begegnen

Antragsteller*in:	SPD-Bezirk Hessen-Nord
Status:	erledigt durch Koalitionsvertrag 2025
Empfehlung Antragskommission:	Erledigt durch Koalitionsvertrag 2025
Sachgebiet:	K - Klima, Energie, Transformation

- 1 Der SPD-Bundesparteitag lehnt die derzeit geplanten Hochspannungsleitungstrassen (550
- 2 KV) durch Nordhessen ab.
- 3 Der SPD-Bundesparteitag fordert die Bundesnetzagentur und den Deutschen Bundestag
- 4 auf, Bayern und Baden-Württemberg endlich gesetzlich zum Ausbau Regenerativer
- 5 Energie-produktionen anzuhalten!
- 6 Der SPD-Bundesparteitag fordert die Bundesnetzagentur und den Deutschen Bundestag
- 7 auf, die dauerhaften Beeinträchtigungen von Entwicklung und Nutzung der
- 8 Trassenregionen auszugleichen.
- 9 Sowohl die Landeigentümer, wie auch die Kommunen und Regionen müssen dauerhafte
- 10 Entschädigungen erhalten.
- 11 Der SPD-Bundesparteitag fordert die Bundesnetzagentur und den Bundestag auf, nicht
- 12 allein die Erdverkabelung vorzusehen, vielmehr Trassenverläufe auch in Freileitung zu
- 13 ermöglichen.

Antrag K12: Für eine ambitionierte und sozial gerechte internationale Klimapolitik

Antragsteller*in:	OTF Klimagerechte Wirtschaft, Online-Themenforum zu Außen- und Sicherheitspolitik
Status:	überwiesen
Empfehlung Antragskommission:	Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion und SPD-Parteivorstand für Grundsatzprogramm-Prozess
Sachgebiet:	K - Klima, Energie, Transformation

1 Wir fordern die deutsche Bundesregierung und insbesondere die SPD dazu auf, bei den
2 zukünftigen UN-Klimakonferenzen (COP) auf eine ambitionierte und sozial gerechte
3 internationale Klimapolitik hinzuwirken.

4 Folgende Maßnahmen sind hierbei essentiell:

5 I. Gerechtigkeit in der Finanzierung des Klimaschutzes, der Maßnahmen zur Anpassung
6 an den Klimawandel und der Klimafolgeschäden sicherstellen:

7 1. Eine Anerkennung der ‚wahren‘ Kosten, die der Klimawandel verursacht, ist nötig.
8 Neueste Schätzungen verdeutlichen die möglichen dramatischen Schäden, von fast
9 20 Prozent Einkommensverlust weltweit bis 2050 und damit Bedarfe auch über dem
10 auf der COP29 vereinbarten Klimafinanzierungsziel von 300 Milliarden USD.

11 2. Es braucht dafür ein neues globales Ziel für die Klimafinanzierung (New
12 Collective Quantified Goal, NCQG), welches Entwicklungsländer angemessen beim
13 Umgang mit der Klimakrise unterstützt. Der Betrag sollte bis 2030 auf mind. eine
14 Billion USD jährlich erhöht werden, um die tatsächlichen Bedarfe zur Bekämpfung
15 der Klimakrise auch nur annähernd decken zu können. Zum einen sollten hierfür
16 Unterziele für Emissionsminderung, Anpassung an den Klimawandel und
17 Klimafolgeschäden gesetzt werden, damit neben der Reduktion von klimaschädlichen
18 Treibhausgasen auch der Schutz vulnerabler Gruppen vor den Folgen des
19 Klimawandels sichergestellt wird. Außerdem bedarf es eines gerechten
20 Verteilungsmechanismus der Kosten und einer konkreten Bezifferung des Beitrags
21 aller Länder mit den höchsten Ausstößen von klimaschädlichen Treibhausgasen.
22 Hierzu zählt auch eine Verbreiterung der Geberbasis gemessen an den aktuellen
23 Pro-Kopf-Emissionen, um weitere Finanzierungsmittel freizusetzen.

24 3. Um ausreichend Klimafinanzierung bereitstellen zu können, muss die deutsche
25 Regierung sicherstellen, dass die deutsche Zusage von 6 Milliarden Euro
26 Klimafinanzierung bis 2025 eingehalten wird. Ab 2025 müssen Mittel
27 bereitgestellt werden, die sich an einem fairen Anteil des neuen globalen
28 Klimafinanzierungsziels von mindestens 8 bis 10 Milliarden Euro pro Jahr
29 orientieren. Für einen zielgenauen Mitteleinsatz sind hierbei humanitäre und
30 rechtsstaatliche Kriterien zu berücksichtigen.

31 4. Die Ausgestaltung des Loss and Damage Funds durch klare Zeitleisten und
32 Kriterien für Einzahlung und Verwendung des Geldes ist essentiell. Ein Aufwuchs

der Finanzierung muss dabei allerdings verstärkt konditionalisiert werden und es ist zu gewährleisten, dass Gelder stärker als bisher direkt bei den schutzbedürftigsten Gesellschaftsgruppen ankommen. Hierfür ist eine enge Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft vor Ort nötig.

5. Neben Krediten sollten verstärkt Zuschüsse und alternative Finanzierungsarten Anwendung finden (z.B. debt for climate swaps), um die Verschuldung von Ländern im sog. Globalen Süden nicht weiter anzufeuern. In diesem Kontext sollte die Frage der Klimafinanzierung mit der Reform der internationalen Finanzarchitektur zusammen gedacht werden, um Staaten mehr Anreize und bessere Unterstützung für Investitionen in globale öffentliche Güter wie den Klimaschutz zu bieten und und u.a. ein Staateninsolvenzverfahren aufgesetzt werden.

6. Wir unterstützen eine weltweite Mindeststeuer für Milliardäre, wie von Brasilien in der G20 vorgeschlagen. Die faire Besteuerung großer Vermögen könnte nötiges Geld für den Klimaschutz bereitstellen und würde dafür sorgen, dass die sehr reichen Bevölkerungsgruppen, die in besonderem Maße für die Klimakrise verantwortlich sind, auch zu deren Bekämpfung angemessene Beiträge leisten. Und nicht zuletzt ist es wichtig, dass klimaschädliche Subventionen weltweit abgebaut werden, u.a. im Flugverkehr.

II. Den Just Transition Ansatz konsequent anwenden, u.a. bei der Bestimmung der national festgesetzten Beiträge (NDCs) und des Globalen Anpassungsziels (GGA), sowie beim Just Transition Work Programme (JTWP).

7. Derzeit beinhalten nur weniger als 40% aller NDCs explizit Just Transition Prinzipien, was bedeutet, dass in einem Großteil der Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels soziale Gerechtigkeit und die Einbindung von Gewerkschaften und der Zivilgesellschaft in die Transformation nicht ausreichend berücksichtigt werden. Durch die Integration von Just Transition Elementen in NDCs und des GGAs kann allerdings nicht nur ein sozial gerechter Strukturwandel hin zu mehr Klimaschutz unter Einbindung marginalisierter Gruppen sichergestellt werden. Just Transition Ansätze bedeuten auch reduzierte systemische Risiken der Transformation und sind so attraktiver für öffentliche und private für Investor*innen. Und nicht zuletzt tragen soziale gerechte Klimaschutzmaßnahmen, die von einer breiten Bevölkerungsgruppe getragen werden, auch zu einer größeren Akzeptanz bei.

8. In den Verhandlungen zum JTWP müssen die ILO-Leitlinien für Just Transition sowie die Arbeitnehmer*innenrechte fest verankert werden. Das JTWP sollte konkrete und verbindliche Empfehlungen für die Umsetzung machen und sich weniger auf prozedurale Elemente konzentrieren.

III. Konkrete Maßnahmen zur Reduktion der Gender-bedingten Ungerechtigkeiten, die durch den Klimawandel entstehen, definieren:

9. Es braucht dringend einen neuen und umfassenden Gender Action Plan, der die Querverbindungen zu Just Transition und Menschenrechten herstellt. Bereits erreichte Fortschritte bei Gendergerechtigkeit im Rahmen des Lima Work

75 Programmes müssen verteidigt werden sowie Ziele, Indikatoren zur Messung des
76 Fortschritts bzgl. Gendergerechtigkeit im Hinblick auf den Klimawandel und
77 Verantwortlichkeiten klarer definiert werden.

78 IV. Zivilgesellschaftliche Räume und Umweltaktivist*innen schützen

79 1. 196 Umwelt- und Klimaaktivist*innen wurden 2023 weltweit ermordet. Sichere und
80 freie Räume für eine aktive Zivilgesellschaft sind unabdingbar für offene
81 Gesellschaften und Fortschritte für wirksamen und inklusiven Klimaschutz und
82 müssen daher unbedingt geschützt werden. Daher sollte von der SPD darauf
83 hingewirkt werden, dass die jeweilige COP Präsidentschaft Menschenrechte achtet
84 und Zivilgesellschaft schützt, z.B. durch die öffentliche Thematisierung
85 diesbezüglicher Verstöße durch die Bundesregierung.

Antrag K13: Geschlechtergerechte Gestaltung der sozial-ökologischen Transformation

Antragsteller*in:	OTF Klimagerechte Wirtschaft, SPD FRAUEN Vorstand Bund (Parteizentrale)
Status:	überwiesen
Empfehlung Antragskommission:	Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion und SPD-Parteivorstand für Grundsatzprogramm-Prozess
Sachgebiet:	K - Klima, Energie, Transformation

- 1 Die SPD setzt sich für eine geschlechtergerechte Gestaltung der sozial-ökologischen
2 Transformation ein. Es gilt, stärker in den Blick zu nehmen, dass diese
3 Transformation nicht nur eine technologische oder wirtschaftliche Herausforderung,
4 sondern vor allem eine soziale und kulturelle ist.
- 5 Gerade in Zeiten von Unsicherheit und Krisenerfahrung gewinnen autoritäre und
6 patriarchale Erzählungen wieder an Stärke. Kennzeichnend für diese ist, dass Werte
7 wie Hierarchie/Überlegenheit, Konkurrenz, Dominanz und Egoismus - anstatt Beziehung
8 und Solidarität - als wertvoll und richtungsweisend zur Grundlage von konkreten
9 Entscheidungen gemacht werden. Diese Entwicklungen:
- 10 • stellen eine existentielle Bedrohung für demokratische und emanzipatorische
11 Errungenschaften dar
- 12 • sind mit Entscheidungen verbunden, die unser aller Überleben gefährden, da sie
13 im Menschen durchaus angelegtes kooperatives, solidarisches Verhalten schwächen.
- 14 • stellen den Gegensatz dessen dar, wofür die SPD mit ihren Grundwerten Freiheit,
15 Gerechtigkeit und Solidarität steht.
- 16 In der Praxis zeigt sich dies mit angebotenen Lösungen in Form z. B. von weiterer
17 Abschottung; Aufwertung der eigenen Gruppe und Abwertung anderer; aggressivem,
18 unsolidarischem Vorgehen; schwarz-weiß-Denken usw. Diese Entwicklung aber ist nicht
19 nur eine Herausforderung für unsere Demokratie. Diese Entwicklung wirkt einer sozial-
20 ökologischen Transformation entgegen. Sie stellt damit nicht weniger als eine
21 existentielle Bedrohung für alles Leben auf diesem Planeten dar.
- 22 Die SPD muss als progressive Kraft eine klare und mutige Antwort geben: Nicht die
23 Transformation ist das Problem – sondern das Festhalten an ungleichen, ausschließlich
24 vom Mann her gedachten (androzentrischen) Strukturen. Die Vision einer gerechten
25 Zukunft muss (geschlechter-)gerecht, nachhaltig und solidarisch gestaltet werden.
- 26 Insbesondere fordern wir:
- 27 • die Einrichtung einer interministeriellen Arbeitsgruppe unter Federführung des
28 Bundesumweltministeriums zur ressortübergreifenden Koordinierung,
- 29 • die Aufnahme des Ziels einer gleichstellungsorientierten sozial-ökologischen
30 Transformation in die Gleichstellungsstrategie der Bundesregierung,
- 31 • die Entwicklung eines umwelt- und klimapolitischen Gender-Aktionsplans,

- 32 • die verbindliche Sicherstellung der Repräsentation von Frauen* und
- 33 Genderkompetenz in allen politischen Gremien und Entscheidungsstrukturen.

Antrag K14: Klimaschutz, Tempobegrenzung auf deutschen Autobahnen

Antragsteller*in:	60 plus Bundeskonferenz Bund (Parteizentrale)
Status:	erledigt durch SPD-Regierungsprogramm 2025
Empfehlung Antragskommission:	Erledigt durch SPD-Regierungsprogramm 2025
Sachgebiet:	K - Klima, Energie, Transformation

- 1 Die ordentliche Bundeskonferenz der AG 60 plus 2024 fordert die SPD-
- 2 Bundestagsfraktion auf, umgehend einen Gesetzesentwurf im Deutschen Bundestag
- 3 einzubringen mit dem Ziel eines Tempolimits (maximal 130 km/h) auf deutschen
- 4 Autobahnen. Die Bundeskonferenz der AG 60 beruft sich hierbei nicht allein auf den
- 5 Willen der überwiegenden Mehrheit innerhalb der deutschen Bevölkerung bzw. der
- 6 deutschen Autofahrer (dies belegen repräsentative Umfragen), sie beruft sich auch auf
- 7 alle Umweltverbände und den ADAC, auf aus jeweiliger Praxis gewonnenen Erkenntnisse
- 8 der meisten Länder innerhalb und außerhalb Europas (Verkehrssicherheit!) und nicht
- 9 zuletzt auf jüngst getätigte Aussagen des Staatssekretär im
- 10 Bundesverkehrsministerium, Oliver Luksic (FDP). Nachdem nunmehr der Letztgenannte
- 11 Verhandlungsbereitschaft signalisiert hat, sollte einem Gesetz noch in dieser
- 12 Legislaturperiode nichts mehr im Wege stehen.

Antrag K15: Der Klimawandel beschleunigt sich – Der Umstieg auf regenerative Energien muss intensiviert und beschleunigt werden.

Antragsteller*in:	60 plus Bundeskonferenz Bund (Parteizentrale)
Status:	erledigt durch SPD-Regierungsprogramm 2025
Empfehlung Antragskommission:	Erledigt durch SPD-Regierungsprogramm 2025
Sachgebiet:	K - Klima, Energie, Transformation

1 Das letzte Jahr zeigte, dass sich der Klimawandel stark beschleunigt hat. Seit
2 mehreren Monaten werden jeweils die höchsten monatlichen Mittelwerttemperaturen seit
3 Beginn der Klimaaufzeichnungen erreicht. Die im Pariser Klimavertrag festgelegten 1,5
4 °C als Maximalwert für die Erhöhung der mittleren Erdtemperatur wurde im letzten Jahr
5 erreicht. Nach allen wissenschaftlichen Prognosen steuern wir auf eine Erhöhung der
6 mittleren globalen Temperatur um 3 – 4 °C an. Die Folgen sind schon jetzt zu
7 beobachten: Extremwetterereignisse wie Starkregen, Dürren oder Orkane nehmen an Zahl
8 und an Intensität zu. Tropenkrankheiten breiten sich nach Norden aus, da die
9 Überträger bessere Lebensverhältnisse vorfinden. Landwirtschaft ist nicht mehr in
10 allen Gebieten möglich, die Folge sind zunehmende Migrantenströme.

11 Wir fordern deshalb:

12 Die Nutzung regenerativer Energiequellen muss deutlich schneller und in größerem
13 Umfang ausgebaut werden. Folgende Maßnahmen dafür kommen in Betracht:

- 14 1. Alle geeigneten Dachflächen müssen für Photovoltaikanlagen genutzt werden.
- 15 2. Der Bau von Anlagen soll gefördert werden.
- 16 3. Mieterstromanlagen sollen verstärkt ermöglicht werden u.a. durch Änderungen im
17 Steuerrecht für Wohnbaugesellschaften.
- 18 4. Es müssen alle technisch Möglichen Verfahren zur Gewinnung von Strom aus
19 Photovoltaikanlagen genutzt werden. Dies schließt Agroanlagen, die Nutzung von
20 Fassaden oder z.B. von Lärmschutzwänden ein.
- 21 5. Der Genehmigungsaufwand für Photovoltaikanlagen aller Art muss deutlich
22 vermindert werden.
- 23 6. Die Nutzung der Windenergie muss ausgebaut werden.
- 24 7. Es müssen mehr Flächen Windkraftanlagen bereitgestellt werden.
- 25 8. Der Aufwand für die Genehmigung ist zu verringern, die Verfahren sind zu
26 beschleunigen.
- 27 9. Die Genehmigung von Kleinwindanlagen muss deutlich erleichtert werden.
- 28 10. Die Nutzung von Bioenergie muss intensiviert werden. Dies soll aber nicht durch
29 vermehrten Anbau von Energiepflanzen erfolgen, sondern durch verstärkte Nutzung
30 von Bioabfällen aller Art.
- 31 11. In vielen Gebieten Deutschlands kann Geothermie z.B. für die Bereitstellung von
32 Wärmeenergie genutzt werden. Der Bau von Geothermieranlagen ist zu fördern, die

Genehmigungsverfahren zu vereinfachen und zu beschleunigen.

12. Eine verstärkte Nutzung von Wasserenergie durch neuartige Verfahren ist zu ermöglichen.

13. Die Speicherung von Energie muss vorrangig ausgebaut werden. Dazu gehören:

- Großakkumulatoren zur direkten Stromspeicherung.
- Produktion von Wasserstoff mit überschüssigem Strom.
- Speicherung von Energie als Wärmeenergie.

14. Eine doppelte Besteuerung der gespeicherten Energie ist zu vermeiden.

15. Der Verbrauch von Energie muss vermindert werden. Alle Maßnahmen, die zu einer Absenkung des Energieverbrauches führen sind voranzutreiben.

16. Die Decarbonisierung der industriellen Produktion ist weiter zu beschleunigen.

Entsprechende Produktionsprozesse, wie z. B. Eisengewinnung mit Wasserstoff sind zu fördern. Dabei soll vermieden werden, dass Produktionsprozesse mit hohen Kohlendioxidemissionen lediglich in anderen Länder verlegt werden.

17. Die Stromnetze müssen für den höhere Nutzung elektrischer Energie ausgebaut werden.

18. Für die Wärmeversorgung müssen mehr Fernwärmenetze eingerichtet werden. Dies ist besonders wichtig für Stadtgebiete, in denen eine Wärmeversorgung der Gebäude mit Wärmepumpen nicht möglich ist. Die Wärmeversorgung kann dann über ein Fernwärmenetz erfolgen, dass Wärme aus Abwärme erhält oder durch eine eigne Wärmepumpe (Großanlage) versorgt wird.

Antrag K16: Keine Erhöhung der CO2 Bepreisung

Antragsteller*in:	60 plus Bundeskonferenz Bund (Parteizentrale)
Status:	erledigt durch Koalitionsvertrag 2025
Empfehlung Antragskommission:	Erledigt durch Koalitionsvertrag 2025
Sachgebiet:	K - Klima, Energie, Transformation

- 1 Die Bundestagsfraktion wird aufgefordert, keine Erhöhung der CO2 Bepreisung ohne
- 2 Zahlung von Klimageld durchzuführen.

Antrag M01: Deutschland ist ein Einwanderungsland: Einwanderungserfolge müssen stärker betont werden

Antragsteller*in:	SPD-Unterbezirk Köln
Status:	überwiesen
Empfehlung Antragskommission:	Überweisung an SPD-Parteivorstand für Grundsatzprogramm-Prozess
Sachgebiet:	M - Migration, Flucht, Integration

- 1 1. Deutschland ist ein Einwanderungsland. Hier lebende Menschen mit internationaler
2 Familiengeschichte sind wesentliche Antreiber unserer gesellschaftlichen und
3 wirtschaftlichen Weiterentwicklung. Wir würdigen ihren Beitrag zu unserem
4 Gemeinwesen.
- 5 2. Die zuletzt im Wahlkampf, aber auch bereits davor in den Vordergrund gestellte
6 negative Behandlung des Themas Migration spaltet unsere Gesellschaft. Die
7 Überbetonung krimineller Migranten diskriminiert nicht nur die rechtstreuen
8 aktuellen Einwandernden, sondern auch die bereits hier integrierten Menschen mit
9 internationaler Familiengeschichte, sogar solche mit deutscher
10 Staatsangehörigkeit. Eine der Folgen dieser Debatte ist ein weiter zunehmender
11 Rassismus in unserem Land.
- 12 3. Es ist Zeit für eine neue Einwanderungspolitik und es ist Zeit für ein neues
13 Framing unserer Einwanderungsgeschichte. Das Thema Migration muss endlich über
14 seinen gesellschaftlichen Nutzen, seine Menschlichkeit und über die Erfolge und
15 Leistungen der hier lebenden Menschen mit Migrationsgeschichte erzählt werden.
- 16 4. Als Einwanderungsland mit Fachkräftemangel müssen Einwandernde schnellstmöglich
17 in den Arbeitsmarkt integriert werden. Losgelöst vom Einwanderungsstatus muss
18 eine zügige Integration in den Arbeitsmarkt in Verbindung mit Sprachausbildung
19 erfolgen. Die SPD als Partei der Arbeit betont die positiven gesellschaftlichen
20 Folgen einer Integration durch Arbeit für das Gemeinwesen und für die sich
21 integrierenden Menschen.
- 22 5. Deutschland braucht endlich ein modernes Einwanderungsrecht. Anstatt Menschen
23 durch ausländerrechtliche oder asylrechtliche Vorschriften an einer Integration
24 in den Arbeitsmarkt zu hindern, muss die schnellstmögliche Integration verfolgt
25 werden. Dem Arbeitsmarkt kommt dabei eine zentrale Rolle zu. Bei der Frage von
26 Bleiberechten sind Bedürfnisse des Arbeitsmarkts und die erfolgreichen
27 Integrationsleistungen in den Arbeitsmarkt zu berücksichtigen. Aber Integration
28 kommt nicht von allein, sie bedarf der Unterstützung. So braucht Integration
29 auch faire Bildungschancen. Kinder und Jugendliche mit internationaler
30 Familienbiografie und vor allem mit Fluchtgeschichte brauchen bessere
31 Bildungschancen und Unterstützungsangebote – nicht zuletzt im Bereich der
32 Psychosozialen Versorgung. Es geht um ihre und um unsere Zukunft!
- 33 6. Zu einem neuen Framing des Themas Einwanderung gehört auch eine selbstkritische
34 Aufarbeitung bisheriger Fehler bei der Bewältigung von

35 Migrationsherausforderungen:

36 7. Damit einhergehend werden die Leistungen eingewanderter Menschen in unser Land
37 unzureichend kommuniziert. Notwendig erscheint deshalb auch eine intensivere
38 kulturelle und wissenschaftliche Aufbereitung der Einwanderungsgeschichte
39 Deutschlands. Ziel ist die erhöhte Wahrnehmung der positiven Effekte von
40 Einwanderung und die Vermittlung von Integrationserfolgen (Museale Aufarbeitung,
41 Denkmäler, kulturgeschichtliche Aufbereitung und kulturelle Weitergabe).

42 8. Schließlich ist selbstkritisch festzustellen, dass die Gewinnung ausländischer
43 Fachkräfte kein „Selbstläufer“ ist. Viele von denen, die wir hier als Fachkräfte
44 bräuchten, wollen gar nicht nach Deutschland. Unser Land muss sich deshalb
45 attraktiver machen für Arbeitsmigration. Die fehlgewichtete Kommunikation des
46 Themas Migration wirkt sich negativ auf die Attraktivität Deutschlands aus und
47 schreckt potentiell zuwandernde Arbeitskräfte ab. Insbesondere hochqualifizierte
48 Menschen nehmen die hier geführten ausgrenzenden, teilweise sogar rassistischen
49 Debatten wahr und entscheiden sich dann gegen eine Einreise. Deutschland muss
50 sich deshalb endlich attraktiver machen, will es seinen Fachkräftebedarf der
51 nächsten Jahre decken.

52 Von der Aufnahme der in Folge des Zweiten Weltkriegs Vertriebenen über die Einreise
53 der sogenannten Gastarbeiter („Wir riefen Arbeitskräfte, und es kamen Menschen“), die
54 Zuwanderung der Deutschstämmigen aus den Nachfolgestaaten der Sowjetunion, die
55 Migrationswanderungen der letzten Jahre bis hin zur Einwanderung von
56 Kriegsflüchtlingen aus Syrien und der Ukraine lässt sich für die Bundesrepublik als
57 Einwanderungsland feststellen, dass die erzielten Erfolge im Zusammenhang mit der
58 jeweiligen Migration nicht im hinreichenden Maße Ergebnisse strategischer
59 Zielverfolgung, sondern regelmäßig und im Wesentlichen auch rein zufälliger Natur
60 waren. Das hatte nicht nur Auswirkungen auf den jeweiligen Integrationserfolg,
61 sondern auch auf die jeweilige Wahrnehmung und Beurteilung der Einwanderung, der
62 Einwandernden und von Integrationserfolgen. Die dabei gesammelten Erfahrungen sind
63 für das Herausarbeiten von erfolgskritischen Faktoren für gelungene Migration
64 heranzuziehen.

65
66
67 **Auftrag:**

68 Der Bundesparteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands beauftragt den
69 Parteivorstand zur Einrichtung einer vorübergehenden Arbeitsgruppe, um ein Konzept
70 für eine veränderte politische und gesellschaftliche Kommunikation zum Thema
71 Migration zu erstellen. Darüberhinausgehende Fragen zum Beispiel nach politischen
72 Leitlinien einer modernen Einwanderungspolitik oder notwendigen Rechtsanpassungen auf
73 dem Weg zu einem modernen Einwanderungsrecht können in Ergänzung zu diesem Auftrag
74 verfolgt werden, sind aber bei der Auftrags erledigung gesondert zu verfolgen.

75 Es soll zuvorderst eine Kommunikationsstrategie entwickelt werden, um ein anderes

- 76 Framing für die Erzählung von Migration in Deutschland zu schaffen.
- 77 Der den Antrag einreichende Unterbezirk Köln ist sowohl zur Mitarbeit in der
- 78 Arbeitsgruppe als auch zu deren Leitung bereit.

Antrag M02: Guten Morgen, Mayistero!

Antragsteller*in:	SPD-Landesverband Berlin
Status:	überwiesen
Empfehlung Antragskommission:	Überweisung an SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus Berlin sowie an SPD-Parteivorstand für Grundsatzprogramm-Prozess
Sachgebiet:	M - Migration, Flucht, Integration

1 **Zwischen Hoffnung und Herausforderung: Das harte Leben der Gastarbeiter*innen in der** 2 **Bundesrepublik**

3

4 Mit dem ersten Anwerbeabkommen 1955, welches die BRD unter der Kanzlerschaft
5 Adenauers abgeschlossen hat, kamen Menschen aus Italien in die Bundesrepublik zum
6 Arbeiten. Die mit US-amerikanischen Hilfen boomende Wirtschaft kam an ihr Limit, das
7 sich nur durch die Zuwanderung von Arbeitskräften aus dem Ausland versetzen konnte.
8 Aus diesem Grund entschied sich die damalige Koalition aus konservativen Parteien
9 dazu, Menschen aus dem Ausland für Arbeiten in der Bundesrepublik
10 „anzuwerben“. Das deutsch-italienische Abkommen blieb nicht das einzige, es folgten
11 zahlreiche weitere Abkommen mit Spanien, Griechenland, der Türkei, Marokko, Portugal,
12 Tunesien und Jugoslawien. Die meist, nicht ausgebildeten Menschen übernahmen allerlei
13 Tätigkeiten in Branchen, bei denen die schlechten Arbeitsbedingungen im Vorhinein
14 bekannt waren. Diese menschenunwürdigen Beschäftigungsverhältnisse manifestierten
15 sich in geringem Lohn, illegaler Anstellung zur Umgehung von
16 Sozialversicherungskosten, verweigertem Urlaubsanspruch und einer Unterbringung, die
17 jeglichen Sanitär- und Hygienestandards widerspricht. Noch heute erfahren die
18 Nachfahren der sogenannten „Gastarbeiter*innen“ von den grausamen Lebensumständen
19 ihrer Eltern oder Großeltern, denn die Aufarbeitung seitens der Bundesregierung
20 geschieht kaum bis gar nicht.

21

22 In Zeiten wirtschaftlicher Rezession wird oft außer Acht gelassen, wie entscheidend
23 die schwere Arbeit der sogenannten „Gastarbeiter*innen“ für den aktuellen und
24 vergangenen Wohlstand war und ist. Trotzdem wird ihr Beitrag häufig unterschätzt oder
25 ignoriert, obwohl er einen wesentlichen Teil zur Stabilität und Prosperität unserer
26 Gesellschaft beigetragen hat. Diese Arbeiter*innen haben oft unter schwierigen
27 Bedingungen gearbeitet, und ihr Einsatz hat dazu beigetragen, viele Lücken in
28 verschiedenen Branchen zu schließen, von der Landwirtschaft bis hin zur Industrie.
29 Ihre Anstrengungen haben nicht nur dazu beigetragen, die Wirtschaft anzukurbeln,
30 sondern auch die kulturelle Vielfalt bereichert und den sozialen Zusammenhalt
31 gestärkt. Es ist wichtig, ihre Beiträge anzuerkennen und zu würdigen, um eine
32 gerechtere und integrativere Gesellschaft zu schaffen, die auf den Prinzipien der
33 Anerkennung und Wertschätzung aller Menschen basiert.

34

Bis heute fehlt die Anerkennung für die immense Leistung und den Beitrag der sogenannten Gastarbeiter*innen, was nicht nur eine Unterbewertung ihrer Arbeit darstellt, sondern auch den rassistischen Charakter des Kapitalismus manifestiert. Diese Arbeiter*innen wurden oft als bloße „Arbeitskräfte“ betrachtet, ohne ihre menschliche Würde und ihre Rechte angemessen anzuerkennen. Zusätzlich äußert sich der rassistische Charakter des Kapitalismus in der Tatsache, dass Gastarbeiter*innen oft aus Ländern rekrutiert wurden, die von europäischen Kolonialmächten unterdrückt wurden oder immer noch unter wirtschaftlicher Ausbeutung leiden. Diese Menschen wurden als „billige Arbeitskräfte“ angesehen und in vielen Fällen unter unzureichenden Bedingungen beschäftigt, ohne angemessenen Schutz oder faire Bezahlung.

Rassismus und Kapitalismus sind zwingend miteinander verbunden, da Armut und armutsbedingende Faktoren durch Diskriminierungsmechanismen verstärkt werden. Rassismus existiert jedoch auch über kapitalistische Ausbeutung hinaus. Prinzipiell bedurfte das System eines Narrativen, um die Überausbeutung der Gastarbeiter*innen zu rechtfertigen. Indem sie als Fremde und „Geringwertige“ bezeichnet und so von der Gesellschaft ausgeschlossen wurden, konnte man die menschenunwürdige Ausbeutung plausibel machen. Diese rassistischen Zuschreibungen waren Ausdruck eines Herrschaftsanspruchs der Gastarbeiter*innen in eine „Pufferfunktion“ für das wirtschaftliche System zwingen sollte und prägten den Alltag der Gastarbeiter*innen auch außerhalb der Arbeitsstätte. Diese Formen des Rassismus und der Diskriminierung haben tiefe Spuren hinterlassen und sind bis heute in unserer Gesellschaft präsent.

Es ist wichtig anzuerkennen, dass der Erfolg vieler Industrien und Wirtschaftssektoren in Ländern wie Deutschland, Frankreich oder Belgien eng mit der harten Arbeit und dem Engagement von Gastarbeiter*innen verbunden ist. Ohne ihren Beitrag wäre der wirtschaftliche Aufschwung vieler europäischer Länder nicht möglich gewesen. Daher ist es unerlässlich, die Anerkennung für ihre Leistung zu fordern und gleichzeitig aktiv gegen rassistische Strukturen und Vorurteile vorzugehen. Nur durch eine konsequente Ablehnung von Rassismus in allen seinen Formen können wir eine gerechtere und inklusivere Gesellschaft schaffen, in der die Würde und die Rechte aller Menschen geachtet werden. Vor allem unsere Stadt wird wie keine andere mit dem Wirken der Gastarbeitenden in Verbindung gebracht. Die Geschichte ganzer Bezirke basiert maßgeblich auf dem kulturellen und alltäglichen Leben dieser Menschen. Kreuzberg und Neukölln sind Beispiele dafür, wie sich die Präsenz von Gastarbeiter*innen im Stadtbild manifestiert. Die Entstehung von „Kiezen“ mit türkischen, arabischen oder italienischen Geschäften, Restaurants und Orte, religiöser Wichtigkeit spiegelt die Vielfalt und den Einfluss dieser Gemeinschaften wider. Doch ihr Einfluss erstreckt sich weit über diesen Bereich hinaus. Die Spuren ihrer Arbeit sind auch in der Architektur zu finden, sei es durch den Bau von Wohnhäusern, Fabriken oder öffentlichen Einrichtungen. Darüber hinaus prägen sie das

kulturelle Leben der Stadt durch Festivals, Märkte und kulturelle Veranstaltungen, die ihre Traditionen und Bräuche zelebrieren. Die Gastarbeitenden haben nicht nur zur wirtschaftlichen Entwicklung Berlins, sondern auch zu einem Gefühl der Gemeinschaft und des Zusammenhalts beigetragen, indem sie Solidarität untereinander sowie mit den Einheimischen gefördert haben. Ihre Erfahrungen und Geschichten sind integraler Bestandteil der Berliner Identität und erinnern uns daran, dass unsere Stadt auf dem Einsatz und den Beiträgen von Menschen verschiedener Herkunft und Kulturen aufgebaut ist.

Ein Vertrag von dem nur eine Seite profitierte...

Auch in der damaligen DDR wurden Arbeitskräfte aus dem Ausland angeworben. Unter dem Vorwand der Ausbildung im sozialistischen Bruderstaat wurden Menschen, nach neoimperialistischer Ideologie, für den eigenen Zweck ausgebeutet. Insbesondere aus Ländern wie Vietnam, Mosambik und Kuba wurden Arbeiter*innen angeworben, um den Arbeitskräftemangel in verschiedenen Sektoren zu beheben, sei es in der Industrie, der Landwirtschaft oder im Baugewerbe. Diese Praxis der Anwerbung von ausländischen Arbeitskräften war jedoch nicht frei von Problemen und Widersprüchen. Obwohl offiziell als solidarischer Akt dargestellt, diente sie auch dazu, die wirtschaftlichen Interessen der DDR zu fördern und die eigene Produktivität zu steigern. Die Arbeitsbedingungen für diese ausländischen Arbeitskräfte waren oft unzureichend, und sie wurden häufig schlechter bezahlt als ihre einheimischen Kolleg*innen. Darüber hinaus wurden sie oft von der Gesellschaft isoliert und hatten begrenzte Möglichkeiten zur sozialen Teilhabe. Diese Praxis der Anwerbung von Vertragsarbeiter*innen in der DDR verdeutlicht, wie auch in sozialistischen Systemen die Ausbeutung von Arbeitskräften im Namen des Staates und seiner ideologischen Ziele stattfand. Sie zeigt auch, wie Ideologie und politische Interessen oft dazu verwendet wurden, um die Rechte und Würde der Arbeitenden zu unterdrücken und auszubeuten. Zudem wird dadurch auch deutlich, dass die Diskriminierung migrantisierter Menschen, und auch Rassismus, den BIPOCs erleben, auch in anderen Wirtschaftsformen stattfindet.

Deshalb fordern wir:

- Die ernstzunehmende Auseinandersetzung und die Verstetigung der Auseinandersetzung mit dem Leben der sogenannten Gast- und Vertragsarbeiter*innen innerhalb unseres Verbandes, aber auch gesellschaftlich. Wir begrüßen dazu die geplante Errichtung eines Migrationsmuseum und Dokumentationszentrum in Berlin.
- Ausweitung von Orten der Begegnung verschiedener Generationen von sog. Gastarbeitenden und ihren Nachkommen
- Die Einführung eines wiederkehrenden Feiertags für die Verabschiedung zahlreicher Anwerbeabkommen. Ein mögliches Datum wäre der 30. Oktober, da am 30.

- 118 Oktober 1961 das deutsch-türkische Anwerbeabkommen beschlossen wurde. Vor allem
119 dieses Anwerbeabkommen prägt das Stadtbild noch bis heute.
- 120 • Wir fordern die sozialdemokratischen Mitglieder des Bundestags sowie des
121 Abgeordnetenhauses auf, sich für die Vorbereitung und Durchführung eines
122 Staatsaktes zum 65.-jährigen Jubiläum des deutsch-türkischen Anwerbeabkommens
123 einzusetzen.
- 124 • Die historische Auseinandersetzung mit dem Unrecht, dass den
125 Vertragsarbeiter*innen in der DDR widerfuhr.

Antrag M03: Anwerbung ausländischer Wissenschaftler für Deutschland

Antragsteller*in:	AGS Vorstand Bund (Parteizentrale)
Status:	überwiesen
Empfehlung Antragskommission:	Überweisung an SPD-Landtagsfraktionen und SPD-Bundestagsfraktion
Sachgebiet:	M - Migration, Flucht, Integration

- 1 Die Regierungen der Bundesländer und des Bundes sollen schnell und ohne bürokratische
- 2 Hindernisse gute Bedingungen und einen finanziellen Rahmen bereitstellen, damit
- 3 ausländische Forscher & Wissenschaftler ihre Zukunft in Deutschland in Betracht
- 4 ziehen.

Antrag M04: Arbeitsmarktorientierte Zuwanderung, gelebte Integration, wirksamer Schutz vor Verfolgung und Krieg – Grundpfeiler sozialdemokratischer Migrationspolitik

Antragsteller*in:	SPD-LV Sachsen-Anhalt
Status:	überwiesen
Empfehlung Antragskommission:	Überweisung an SPD-Landtagsfraktionen und SPD-Bundestagsfraktion
Sachgebiet:	M - Migration, Flucht, Integration

1 Fluchtmigration und Zuwanderung im Kontext einer zunehmend verflochtenen
2 Weltwirtschaft haben eine wachsende Bedeutung für wirtschaftlichen Erfolg, aber auch
3 für unser soziales Zusammenleben. Für unser demografisch besonders betroffenes
4 Bundesland bildet Zuwanderung die Chance, wirtschaftlich erfolgreich zu bleiben und
5 unsere Daseinsvorsorge sicherzustellen. Um diese Potentiale zu erschließen braucht es
6 eine Migrations- und Integrationspolitik, die bürokratische Hürden abbaut, notwendige
7 Ressourcen bereitstellt und dafür sorgt, dass Sachsen-Anhalt für
8 Zuwanderungsinteressierte als attraktiver Lebens- und Arbeitsort wahrgenommen wird.
9 Gemeinsam mit der Wirtschaft, den Kommunen und der Zivilgesellschaft sorgen wir für
10 eine gelingende Integration.

11 Aus Gesprächen an Wahlständen, im Freundeskreis und in unserer Partei wissen wir aber
12 auch: Über das Thema Migration wird nach wie vor hitzig diskutiert und – zu häufig –
13 unsachlich gestritten. Als SPD Sachsen-Anhalt haben wir in mehreren inhaltlichen
14 Veranstaltungen und im Landesparteirat über Chancen, Hürden, Zahlen und Fakten
15 gesprochen. Die Emotionalität, die das Thema auch bei uns auslöst, ist Ausdruck eines
16 Wunsches nach Kontinuität und verweist zugleich auf die tiefen Veränderungen unserer
17 Gesellschaft. Unsere Fähigkeit, Solidarität zu leben, auch wenn es schwierig wird,
18 wird genauso auf die Probe gestellt, wie unsere Bereitschaft, Integration zu
19 organisieren und auch einzufordern. Integration muss besser gelingen, damit wir
20 handlungs- und mehrheitsfähig bleiben.

21 **Fluchtursachen bekämpfen, nicht flüchtende Menschen**

22 Angesichts der brutalen Konflikte in Europa und in der ganzen Welt, die zu
23 millionenfachem Leid, Hoffnungslosigkeit und Vertreibung führen, braucht es eine
24 klare sozialdemokratische Grundhaltung: Nicht flüchtende Menschen sind unser Problem,
25 sondern Krieg, Terror Verfolgung und Gewalt, die Menschen dazu zwingen, ihre Heimat
26 zu verlassen. Wir müssen Fluchtursachen bekämpfen, nicht flüchtende Menschen!
27 Zu unserer Grundhaltung gehört die Anerkennung des Grundrechts auf Asyl und der Würde
28 des Menschen - unabhängig von Herkunft, Religion oder kulturellem Hintergrund. Trotz
29 der Lautstärke von Menschen, die Migration ablehnend gegenüberstehen, können wir
30 konstatieren: Die Mehrheit der Bevölkerung befürwortet das Grundrecht auf Asyl, das
31 gerade angesichts der historischen Erfahrungen im Nationalsozialismus ein
32 unverbrüchlicher Wesenskern unserer Demokratie ist. So waren es auch viele

33 Sozialdemokrat:innen, nicht zuletzt der spätere sozialdemokratische Bundeskanzler
34 Willy Brandt, die durch Verfolgung und Vertreibung selbst Geflüchtete waren. Diese
35 Erfahrung mahnt uns bis heute. Gerade in Zeiten, in denen eine Sprache der Spaltung
36 und Entsolidarisierung an Lautstärke gewinnt, ist es unsere Verantwortung, durch
37 gerechte Politik einen Beitrag dazu zu leisten, mehr gesellschaftlichen Zusammenhalt
38 zu erzeugen.

39 Weltweit spielen sich mehr Fluchtdramen ab als jemals zuvor. Über 117 Millionen
40 Menschen sind auf der Flucht. Nur ein kleiner Teil von ihnen kommt zu uns nach
41 Europa, nach Deutschland, nach Sachsen-Anhalt. Die meisten Geflüchteten bleiben unter
42 meist elenden und lebensgefährlichen Umständen in unmittelbarer Umgebung des
43 Konfliktherdes.

44 Klar ist: Wir können nicht alle Menschen aufnehmen. Aber es bleibt eine Illusion,
45 dass wir Menschen, die so verzweifelt sind, dass sie in kleine, verrottete Boote
46 steigen, mit Zäunen und Grenzbehörden aufhalten können. Wir müssen ran an die
47 Ursachen von Flucht und Vertreibung. Diese liegen meistens in regionalen Konflikten
48 und existenzieller Not. Wir müssen legale Zuwanderungswege schaffen, um den Druck
49 durch ungesteuerte Migration zu senken. Als SPD setzen wir deshalb zuallererst auf
50 Konfliktlösungen vor Ort, internationale Zusammenarbeit und eine stärkere
51 Unterstützung der Aufnahmeländer im Bereich der Anrainerstaaten. Wir setzen uns dafür
52 ein, dass eine europäische Rettungsmission auf dem Mittelmeer eingesetzt wird. Ebenso
53 müssen Schleppernetzwerke bekämpft werden.

54 Dank des Einsatzes der SPD konnte mit dem Fachkräfteeinwanderungsgesetz und der
55 Reform des Staatsangehörigkeitsrechts eine Zäsur im Selbstverständnis der
56 Bundesrepublik Deutschland erreicht werden: Die Gesetze sind selbstbewusster Ausdruck
57 dessen, dass Deutschland ein Einwanderungsland ist, das auf qualifizierte
58 Einwanderung angewiesen und in dem Vielfalt zu Hause ist. Damit holen wir nach, was
59 die alte Bundesrepublik in den 50er und 60er Jahren versäumt hat. Mit dem
60 Einwanderungsgesetz sorgen wir für legale Zuwanderungswege für Menschen außerhalb des
61 Asylsystems, die ihre berufliche Zukunft in Deutschland aufbauen wollen.

62 Wir plädieren dafür, dass künftig nach dem Vorbild der Westbalkanregelung mehr
63 Kontingente an Arbeitskräften gezielt angeworben werden. Diese legalen
64 Zuwanderungswege stärken unsere Wirtschaft, sorgen für geordnete Zuwanderung nach
65 Deutschland und senken den Migrationsdruck. Geordnete und funktionierende Asylpolitik
66 erfordert zugleich mehr europäische Solidarität und Verantwortungsübernahme der
67 Staaten Europas, die den europäischen und internationalen humanitären Standards
68 gerecht wird. Dabei besteht auch in Aufnahmeprogrammen die große Chance, humanitäre
69 Zuwanderung gezielter zu steuern. Dieser Weg erleichtert es den Kommunen und anderen
70 Unterstützungsstrukturen, sich frühzeitig auf die Aufnahme vorzubereiten.

71 Gleichzeitig arbeiten Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten aktiv an der Lösung
72 von Problemen zum Beispiel bei der schulischen Integration oder der Kostenausstattung
73 der Kommunen. Bestehende Probleme müssen wir benennen und gemeinsam dafür kämpfen, zu
74 Lösungen zu kommen. Basis unseres Zusammenlebens ist und bleibt das Grundgesetz. Der

Rechtsstaat muss die Regeln und Normen des Zusammenlebens allen Bürgerinnen und Bürgern unabhängig von ihrer Herkunft unmissverständlich vermitteln und deren Einhaltung einfordern. Dazu gehört ein konsequenter Kampf gegen Antisemitismus und Islamismus sowie die verstärkte Prävention von Radikalisierungsprozessen.

Als SPD setzen wir auf bestmögliche Unterstützung des Integrationsprozesses. Der Fokus auf Abschiebung und Repression trifft häufig diejenigen, die sich gesetzestreu verhalten und vorbildlich integrieren, die an ihrer Meldeadresse leben und Ausländerbehörden pflichtgemäß aufsuchen. Praxis und Rhetorik der Abschiebung verunsichern viele, die positive Motivation für die Integration nötig hätten. Dennoch ist klar: Rückführungen von Menschen, die weder von Verfolgung noch von Krieg bedroht sind, sind Teil des Asylrechts. Dabei halten wir an den Grundsätzen fest, dass Menschen nicht in Länder abgeschoben werden, in denen Gefahr für Leib und Leben besteht, und dass Abschiebungen nur das letzte Mittel sein können.

Vor dem Hintergrund des weltweiten Fluchtgeschehens verständigten sich das Europäische Parlament, der Rat der Europäischen Union und die EU-Kommission auf eine Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS). Bei der Umsetzung von GEAS setzen wir darauf, dass humanitäre Standards eingehalten werden und Geflüchtete schnell in die entsprechenden Zielländer verteilt werden. Bei der frühzeitig umzusetzenden Registrierung müssen auch Berufsqualifikationen aufgenommen werden. Wir setzen uns ein für eine solidarische Verteilung von Geflüchteten über die europäischen Staaten hinweg, es darf keine Mehrbelastung einzelner Staaten geben. Das bedeutet auch, dass sich kein Land "freikaufen" kann. Dennoch soll Ländern ermöglicht werden, mehr Geflüchtete aufzunehmen als ein zu vereinbarenden Schlüssel vorschreibt. Diese Aufnahmebereitschaft soll durch finanzielle Mittel der EU gefördert werden, dafür soll es einen direkten Weg zur Finanzierung von Integrationsangeboten in den Kommunen geben.

Für uns ist klar, dass ein Überbietungswettbewerb mit dem Ziel der repressivsten Asylpolitik keinen Beitrag zur Lösung globaler Probleme leistet, sondern für Wasser auf die Mühlen von Populisten sorgt. Auch deshalb halten wir eine Verlagerung von Asylverfahren in Staaten außerhalb der europäischen Union wie beispielsweise Ruanda für nicht mit sozialdemokratischen Grundsätzen vereinbar. Außerdem sehen wir es als eine humanitäre Verpflichtung an, für eine menschenwürdige, dezentrale Unterbringung einzustehen; auch deshalb braucht es eine zügige Weiterreise in die Zielländer. Es ist sicherzustellen, dass alle Personen in Aufnahmeverfahren Zugang zu Rechtsberatung haben.

Stabiler Arbeitsmarkt dank Zuwanderung – Fachkräfte dringend gesucht

Die Debatte wird durch einen schreienden Widerspruch bestimmt: die händeringende Suche nach internationalen Fachkräften auf der einen Seite und die Abschottung gegen Geflüchtete auf der anderen Seite. Diese Einteilung in gute und schlechte Ausländer erkennt die große Chance, die für Deutschland und insbesondere für ein von der demografischen Entwicklung besonders stark betroffenes Bundesland wie Sachsen-Anhalt in einer besser geregelten Aufnahme und einer gelingenden Integration liegt.

117 Schon jetzt zeigen die Zahlen: Unser Arbeitsmarkt bleibt nur durch die insgesamt
118 59.000 ausländischen Arbeitskräfte stabil. Während zwischen 2016 und 2023 die Zahl
119 der deutschen Beschäftigten um 26.000 gesunken ist, stieg die Zahl der ausländischen
120 Arbeitskräfte um mehr als 37.000. Ohne die Tatkraft der ausländischen Beschäftigten
121 können unsere Kliniken, Restaurants und Betriebe schon heute nicht funktionieren.

122 Der Arbeits- und Fachkräftemangel in Folge der demografischen Entwicklung belastet
123 unsere 119 Wirtschaft zunehmend. Kein anderes Bundesland schrumpft stärker als
124 Sachsen-Anhalt: Bis 2040 werden wir 12 Prozent der Bevölkerung verlieren. Sachsen-
125 Anhalt wird bis 2040 ein Viertel der Erwerbstätigen verlieren. Diese Lücke kann auch
126 im Zuge der Digitalisierung und der Erschließung aller heimischen Ausbildungs- und
127 Beschäftigungspotentiale nicht geschlossen werden. Unser Bundesland wird in Zukunft
128 mehr Zuwanderung von Fachkräften benötigen, um wettbewerbsfähig zu bleiben.

129 Die gesetzlichen Rahmenbedingungen zur Integration in den Arbeitsmarkt haben sich mit
130 dem Fachkräfteeinwanderungsgesetz des Bundes deutlich verbessert. Daran müssen sich
131 weitere Fortschritte anschließen. Unser Ziel ist, Arbeitsverbote zu überwinden und
132 Geflüchteten von Anfang an Arbeitserlaubnisse zu erteilen. Das ist gut für die
133 Integration, die Wirtschaft und die
134 gesellschaftliche Akzeptanz. Als SPD setzen wir uns dafür ein, das große
135 Beschäftigungspotential unter Geflüchteten besser zu erschließen und dafür den
136 Spurwechsel zu erweitern. Geflüchtete mit Arbeitsmarktpotential sollen leichter in
137 einen arbeitsmarktbezogenen Aufenthaltstitel wechseln können, um schnellstmöglich am
138 Arbeitsmarkt und in der Gesellschaft anzukommen. Unser Motto: Wer seinen oder ihren
139 Lebensunterhalt selbstständig bestreitet, soll bleiben können.

140 Damit Sachsen-Anhalt von den verbesserten gesetzlichen Rahmenbedingungen profitiert,
141 müssen wir im Wettbewerb mit anderen Ländern weiter vorankommen und uns stärker als
142 attraktives Zielland für Zuwandernde profilieren. Verfügbarer Wohnraum zu
143 vergleichsweise günstigen Preisen, eine flächendeckende KiTa-Betreuung und
144 Großansiedlungen wie INTEL sind wichtige Faktoren dafür, dass sich
145 Zuwanderungsinteressierte für Sachsen-Anhalt entscheiden. Lebendige und aktive
146 Communities sowie gut ausgestattete Migrant:innenselbstorganisationen erhöhen
147 ebenfalls die Attraktivität Sachsen-Anhalts. Um das Ankommen gut zu gestalten,
148 braucht es auch eine interkulturelle Öffnung der Verwaltung in Kommunen und Land.

149 Des Weiteren setzen wir auf einen Schulterschluss zwischen Politik und Wirtschaft,
150 damit das Ankommen in Sachsen-Anhalt nachhaltig gelingt. Die gemeinsame Botschaft:
151 Sachsen-Anhalt ist attraktiv für Zuwanderung. Wir werben mit fairen
152 Arbeitsbedingungen für unser Land. Und: Populisten, die gegen Zugewanderte hetzen,
153 sind eine Bedrohung auch unseres Wirtschaftsstandortes.

154 Die Geschichte der Zuwanderung in den Arbeitsmarkt lehrt uns, dass Menschen kommen
155 und nicht nur Arbeitskräfte. In Sachsen-Anhalt steht Zuwandernden wie Unternehmen das
156 Welcome Center zur Verfügung, das auf dem Weg in einen passenden Job bzw. beim
157 Einstieg in eine berufliche Tätigkeit hilft. Die zentrale Beratungseinrichtung
158 unterstützt auch bei Fragen rund um KiTas, Wohnung, Schule und Freizeit. Wir wollen

159 Unternehmen und ankommende Fachkräfte bei der Integration im Betrieb und im
160 Gemeinwesen noch besser unterstützen, indem wir JOB BUDDYS für die unmittelbare
161 soziale Begleitung der Zugewanderten bereitstellen. Damit sorgen wir dafür, dass
162 Zuwandernde in Sachsen-Anhalt langfristig eine neue Heimat finden.
163 Mit dem Job-Turbo soll die Integration von Geflüchteten aus den Asylherkunftsländern
164 und der Ukraine beschleunigt werden – auch wenn ihr Deutsch noch nicht perfekt ist.
165 Denn: Arbeit ist der beste Weg der erfolgreichen Integration. Damit wird endlich ein
166 Paradigmenwechsel vollzogen: weg von der Sprachtheorie in Kursen, hin zu mehr
167 Sprachanwendung im Berufsalltag. Um den Fachkräftebedarf der Unternehmen zu decken,
168 wird der beschleunigte Arbeitsmarktzugang durch berufsbegleitende Sprachkurse und
169 Weiterqualifizierung unterstützt. Wer über Fachkräftemangel klagt, muss auch in
170 Geflüchtete investieren. Wir werden Unternehmen, die sich auf den Weg machen, bei der
171 Arbeitsmarktintegration unterstützen.

172 **Kommunen als das Herzstück der Integration – Integration braucht Ressourcen**

173 Integration ist eine Gemeinschaftsaufgabe, die durch Staat und Zivilgesellschaft
174 gemeinsam umgesetzt wird. Bund und Land haben für gute Rahmenbedingungen einer
175 gelingenden Integration zu sorgen und die erforderlichen Ressourcen bereitzustellen.
176 Je früher die Unterstützung beginnt, desto eher gelingt die Integration in
177 Gesellschaft und Arbeitsleben.
178 Maßgeblich gestaltet wird Integration vor Ort in den Dörfern und Städten unseres
179 Landes. Dort entscheidet sich, ob sich Menschen gut aufgenommen und willkommen
180 fühlen. Sie sind Heimat für Menschen mit und ohne Migrationsgeschichte, schaffen Orte
181 der Begegnung und lassen Zusammenhalt entstehen. Für all diese Aufgaben benötigen
182 Kommunen finanzielle und personelle Ressourcen. Ressourcen in
183 Integrationskoordination, Begegnungsarbeit, Sprachmittlung oder Unterstützung beim
184 Schuleinstieg sind Investitionen in die Zukunft unseres Landes.
185 In Anbetracht der Zuwanderungsbedarfe nicht nur für industrielle Großansiedlungen
186 wie INTEL, sondern auch für Handwerk, Pflege, Sozialberufe und Gastronomie braucht
187 Sachsen- Anhalt besser ausgestattete Unterstützungsstrukturen.
188 Wir setzen uns für modernisierte Ausländerbehörden ein, die als Aushängeschild
189 unseres Landes Zuwandernde willkommen heißen und beim Ankommen unterstützen. Dies
190 erfordert einen tiefgreifenden und mit notwendigen Ressourcen ausgestatteten
191 Paradigmenwechsel, der Leitbilder, Zielsetzungen, Arbeitsweise und
192 Kommunikationskultur dieser Behörden erfasst.
193 Unser Ziel ist die Beschleunigung und Entbürokratisierung bei der Antragsbearbeitung
194 sowie der Anerkennung von Berufsabschlüssen. Hier setzen wir auf einen
195 Digitalisierungsschub und eine Kooperation mit dem Welcome-Center, um sicher zu
196 stellen, dass es zu einer guten Beratung und einem direkt verknüpften
197 Integrationsangebot kommt. Internationale Fachkräfte wie Unternehmen müssen schneller
198 eine Orientierungshilfe und Unterstützung bei der Klärung aufenthaltsrechtlicher
199 Fragen erhalten.

200 Die Einbürgerung ist der Schlusspunkt eines erfolgreichen Integrationsprozesses. Die
201 SPD steht für ein modernes Staatsverständnis, das Menschen, die sich dauerhaft in
202 Deutschland aufhalten, eine Perspektive auf volle rechtliche und gesellschaftliche
203 Teilhabe bietet. Mit der Reform des Einbürgerungsrechtes wollen wir eine
204 Vereinfachung und Beschleunigung des Einbürgerungsverfahrens erreichen. Angesichts
205 der langen Bearbeitungsdauer bei Einbürgerungsanträgen setzen wir uns dafür ein, dass
206 das Landesinnenministerium für eine Vereinheitlichung und Beschleunigung der
207 Verfahrensdauer sorgt.

208 Tausende Engagierte - mit und ohne Migrationsgeschichte - unterstützen in ganz
209 Sachsen-Anhalt das Ankommen in der Kommune. Das Engagement der Aufnahmegesellschaft,
210 aber auch der Migrantenselbstorganisationen braucht verlässliche Förderung.
211 Migrantenorganisationen in den Städten und Dörfern sind häufig Türöffner, damit
212 internationale Fachkräfte Sachsen-Anhalt als Zielland entdecken und vor Ort ankommen
213 können.

214 Integration ist eine Querschnittsaufgabe, die sich auf alle Politikfelder erstreckt.
215 In unserem Verständnis muss Vielfalt immanenter Teil des Regelsystems sein. Dieses
216 Verständnis wird in den Kindertageseinrichtungen, die in Sachsen-Anhalt von über
217 20.000 Kinder mit Migrationsgeschichte besucht werden, mit Leben gefüllt. Um ihnen
218 den Übergang in die Schule zu erleichtern, werben wir für den Kitabesuch und sorgen
219 mit gezielter Sprachförderung für einen guten Start auf ihrem Bildungsweg.

220 Im Schulsystem erleben wir eine enorme Ungleichverteilung von Kindern mit
221 Migrationshintergrund. Dort wo viele Migrant:innen leben und dort, wo in – meist in
222 den Plattenbausiedlungen der kreisfreien und größeren kreisangehörigen Städte – viele
223 Geflüchtete untergebracht werden, haben wir Schulen mit hohem Anteil an Kindern mit
224 Migrationshintergrund. Dem gegenüber steht eine deutliche Mehrheit an Schulen, an
225 denen kaum oder gar keine Kinder mit Migrationshintergrund lernen.

226 Als SPD treten wir für gut ausgestattete Schulen ein, in denen gemeinsam gelernt
227 wird. Dafür brauchen wir dringend beispielsweise eine Rückkehr der ukrainischen
228 Fachkräfte an unsere Schulen, um den 6.000 ukrainischen Kindern die Integration zu
229 erleichtern. Vorschläge der CDU, Schüler:innen nach Herkunft zu segregieren und
230 gesonderte Flüchtlingschulen einzurichten, lehnen wir vehement ab. Was wir brauchen
231 ist mehr Personal an den Schulen mit hohem Anteil an Kindern mit
232 Migrationshintergrund! Dafür muss die Anerkennung von ausländischen Berufsabschlüssen
233 dringend beschleunigt werden. Es ist ein Unding, dass das Bildungsministerium viel
234 Geld ausgibt, um Lehrkräfte aus dem Ausland zu rekrutieren, und die Potentiale der
235 bereits Zugewanderten ungenutzt bleiben.

236 Bereits jetzt übernimmt das Sozialministerium in den Landesaufnahmeeinrichtungen für
237 Asylbewerber:innen den Job des Bildungsministeriums, indem es in Halberstadt und
238 Stendal die Lernwerkstatt fördert, dank der die in den Einrichtungen lebenden Kinder
239 und Jugendlichen im schulpflichtigen Alter ein Bildungsangebot erhalten. Die
240 Untätigkeit des Bildungsministeriums bei der Unterstützung migrantischer
241 Schüler:innen ist gerade angesichts des drängenden Fachkräftemangels ein

242 Armutszeugnis konservativer Bildungspolitik.

243 Die SPD setzt sich dafür ein, dass zugewanderte Menschen in schwierigen Lebenslagen
244 unterstützt werden und eine Chance erhalten. Wir fordern den Bund auf, Kürzungen bei
245 den Integrationskursen und den Beratungsstellen (Jugendmigrationsdienste und
246 Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer) zurückzunehmen! Kurse und Beratung sind
247 im Integrationsprozess entscheidend: Sie öffnen Türen, sorgen für Orientierung und
248 leisten einen wichtigen Beitrag beim Ankommen in der neuen Gesellschaft. Kommunen
249 sollen zudem in die Lage versetzt werden, eigene Liegenschaften für Kursangebote
250 bereitzustellen. Auch die vom Bund angekündigten Kürzungen im Bereich der
251 Bundesagentur für Arbeit und der Jobcenter stehen im Widerspruch zu dem gemeinsamen
252 Ziel, mit dem Job-Turbo mehr Geflüchtete aus der Ukraine und den Asylherkunftsländern
253 in Arbeit zu bringen. Wird hier der Rotstift angesetzt, werden die
254 volkswirtschaftlichen Folgekosten in die Höhe getrieben. Wir fordern den Bund auf,
255 die Jugendmigrationsdienste, die Migrationsberatung für Erwachsene, die
256 Integrationskursangebote sowie die Arbeitsmarktverwaltung nachhaltig zu stärken.

257 Des Weiteren müssen wir aus den Erfahrungen der letzten zehn Jahre lernen. Gerade als
258 die Fluchtbewegung aus Syrien und Afghanistan vorbei schien, begann der russische
259 Angriffskrieg gegen die Ukraine, durch den erneut viele Menschen ihre Heimat verloren
260 und zu uns flüchteten. Innerhalb kürzester Zeit kamen viele Kommunen erneut an eine
261 Belastungsgrenze bei der Aufnahme und Unterbringung von Geflüchteten. Angesichts der
262 Vielzahl an globalen Krisen sind auch in den nächsten Jahren weitere
263 Migrationsbewegungen nach Deutschland und Europa sehr wahrscheinlich. Deshalb müssen
264 wir vorausschauend Aufnahmestrukturen stärken, um den Menschen ein Ankommen in Würde
265 zu ermöglichen - überfüllte Sporthallen und zu geringe Ressourcen für die Kommunen
266 müssen der Vergangenheit angehören.

267 **Für eine Zukunft in Sachsen-Anhalt – Gemeinsam gegen Rassismus**

268 Die grassierende rechtsextremistische Gewalt und die menschenverachtende Hetze der
269 AfD bedeuten eine Gefahr – eine Gefahr in erster Linie für Menschen mit sichtbarem
270 Migrationshintergrund. Zunehmend treffen die Angriffe auch in Flüchtlingshilfe und
271 Integrationsarbeit engagierte Menschen, demokratische (Kommunal-)Politiker:innen und
272 andere Antirassist:innen. Die SPD zeigt sich solidarisch mit den Betroffenen rechter
273 Gewalt und ruft dazu auf, Rassismus zu ächten! Neben dem Engagement der
274 Zivilgesellschaft brauchen wir zugleich die Verfolgung und Ahndung rassistischer
275 Straftaten durch unseren Rechtsstaat.

276 Mit der AfD wird Sachsen-Anhalt keine Zukunft haben. Ihr Hass spaltet. Ihr Hass
277 grenzt aus. Ihr Hass ebnet den Weg für brutale Gewalt. Eine starke AfD führt dazu,
278 dass sich Menschen gegen Sachsen-Anhalt als Lebensort entscheiden.

279 Um eine Zukunft zu haben, muss Sachsen-Anhalt für Zuwandernde attraktiv sein. Als SPD
280 wollen wir mutig vorangehen und dafür sorgen, dass Menschen unabhängig von ihrer
281 Herkunft heimisch werden!

Antrag M05: Mittel für Integration (Sprach- und Integrationskurse) sichern

Antragsteller*in:	SPD-LV Sachsen-Anhalt
Status:	überwiesen
Empfehlung Antragskommission:	Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion
Sachgebiet:	M - Migration, Flucht, Integration

- 1 Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, im Bundeshaushalt 2025 dafür Sorge
- 2 zu tragen, dass die bisherigen Mittel aus dem Bundesinnenministerium für Sprach- und
- 3 Integrationskurse mindestens in der bisherigen Höhe von 1,1 Milliarden Euro gesichert
- 4 werden.
- 5 Darüber hinaus sind weitere Kürzungen des Bundesarbeitsministeriums zu Zuweisungen an
- 6 die Jobcenter nicht hinnehmbar und sollen mindestens auf dem Niveau von 2024 bleiben.

Antrag M06: Migration sozialdemokratisch gestalten: humanitär und planvoll

Antragsteller*in:	Arbeitsgemeinschaft für Migration und Vielfalt
Status:	überwiesen
Empfehlung Antragskommission:	Überweisung an SPD-Parteivorstand für Grundsatzprogramm-Prozess
Sachgebiet:	M - Migration, Flucht, Integration

- 1 Angesichts des Erstarkens rechtsextremer Kräfte und wachsender gesellschaftlicher
2 Polarisierung ist es dringlicher denn je, dass die SPD Haltung und eine klare Linie
3 in der Migrationspolitik zeigt. Viel zu sehr schien es so, dass wir getrieben von den
4 Debatten uns mitreißen lassen haben. Aus den Erfahrungen vergangener schwarz-roter
5 Koalitionen ist absehbar, dass das Thema Migration auch vom Koalitionspartner immer
6 wieder hochgekocht werden wird. Daher ist es entscheidend, dass die Sozialdemokratie
7 eine Linie findet, die Humanität in den Vordergrund stellt und deutlich macht, dass
8 wir einen klaren Plan haben.
- 9 Der Bundesparteivorstand wird beauftragt, ein klares Signal für eine weltoffene,
10 humanitäre und wirtschaftlich nachhaltige Migrationspolitik zu setzen. Ziel ist es,
11 Migration als gesellschaftliche Realität und Chance zu begreifen – jenseits
12 sicherheitspolitischer Reduktion und populistischer Narrative. Dabei stehen die
13 Grundwerte der SPD – Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität – im Zentrum.
- 14 Der Bundesparteivorstand wird beauftragt bis spätestens Ende 2028 ein umfassendes
15 Migrationskonzept vorzulegen. Dieses soll partizipativ unter Einbindung der
16 Bundestagsfraktion und der inhaltlich betroffenen Arbeitsgemeinschaften sowie von
17 fachkompetenten Migrant*innenorganisationen, Verbänden, Trägern und Vertreter*innen
18 aus Wissenschaft, Kultur und Zivilgesellschaft erarbeitet werden. Dabei kann das
19 Migrationskonzept der AG Migration und Vielfalt eine gute Diskussionsbasis liefern.
- 20 Das Konzept soll zur Grundlage für Bundestagswahlprogramme ab 2029 werden. Im Prozess
21 ist es essentiell, die widerstreitenden Positionen innerhalb der SPD von Mitgliedern
22 der Arbeitsgemeinschaft Migration und Vielfalt und Jusos bis zu Innenpolitiker*innen
23 und zentral im Prozess einzubauen und im Idealfall bei der Gestaltung des Prozesses
24 zu beteiligen.

Antrag M07: Für eine menschenrechtsbasierte & sozialdemokratische Migrations- und Asylpolitik!

Antragsteller*in:	SPD-Landesverband Berlin
Status:	überwiesen
Empfehlung Antragskommission:	Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion
Sachgebiet:	M - Migration, Flucht, Integration

1 Der furchtbare Anschlag von Solingen hat die in der politischen Debatte
2 voranschreitende Diskursverschiebung in der Migrationspolitik weiter verschlimmert.
3 Während Geflüchteten aus der Ukraine zunächst mit Solidarität begegnet wurde, bleibt
4 die Ablehnung gegenüber Geflüchteten aus anderen Teilen der Welt erschreckend hoch.
5 Debatten darüber, dass Migration begrenzt werden müsse, kommen seit 2015 immer wieder
6 auf und stehen dem individuellen Menschenrecht auf Asyl fundamental gegenüber.

7
8 Nachdem die Bundesregierung zuvor mit dem Chancenaufenthaltsrecht, dem
9 Fachkräftezuwanderungsgesetz und dem neuen Einbürgerungsrecht ein aktives Eintreten
10 und Bekenntnis Deutschlands als Einwanderungsland manifestiert hat, wurden immer mehr
11 restriktivere Regelungen in der Migrationspolitik über das
12 Rückkehrverbesserungsgesetzes, das GEAS bis hin zum Sicherheitspaket von der
13 sozialdemokratisch-geführte Bundesregierung aufgenommen.

14
15 Migration wird damit nicht mehr als Chance und Bereicherung für unsere Gesellschaft
16 und gleichberechtigte Teilhabe verstanden, sondern vor allem als Bedrohung für die
17 öffentliche Sicherheit. Die Konnexität von Migration und Kriminalität ist das Gift
18 rechter Narrative, das auch in Teilen der linken Parteien wie der SPD aufgenommen
19 wurde und ein gesellschaftliches Klima geschaffen hat, indem Migrant*innen ablehnend
20 und rassistisch begegnet wird. Rechte Narrative arbeiten dabei stets nach dem
21 gleichen Muster, indem sie Migrant*innen als Bedrohung darstellen und Migration in
22 einen Kontext von Kriminalität stellen. Die Debatte wird nicht mehr nur von
23 rechtsextremen Kreisen geführt, sie ist inzwischen in der Mitte der Gesellschaft
24 angekommen und eine Bedrohung für Menschen, die bei uns Schutz suchen oder aufgrund
25 ihrer Zuschreibung als Migrant*innen gelesen werden. Unsere sozialdemokratische
26 Antwort muss dazu klar und unmissverständlich sein: Wir lehnen rechte Narrative
27 entschieden ab und eifern ihnen nicht hinterher oder relativieren sie. Dieses
28 schleichende Gift zerstört unsere solidarische Gesellschaft und widerspricht unseren
29 sozialdemokratischen Grundwerten.

30
31 In diesem Kontext erleben wir leider eine fortschreitende Adaption solcher Narrative,
32 die mit sich überbietenden Forderungen einer immer restriktiveren Migrationspolitik
33 in das bürgerliche Milieu vordringt. Der furchtbare Anschlag eines extremistischen
34 Einzeltäters in Solingen wurde zum Anlass für eine deutliche Verschärfung des

Migrationsrechts genommen, um diese Debatte aufzunehmen, anstatt ihr entgegenzutreten.

Das "Sicherheitspaket"

Als Reaktion auf den Anschlag von Solingen wurde sehr schnell das sogenannte "Sicherheitspaket" auf den Weg gebracht. Dieses besteht aus verschiedenen Gesetzen, die unter anderem Verschärfungen im Asyl- und Aufenthaltsrecht vorsehen. Durch den gewählten Zeitpunkt der Gesetze sowie durch den direkten Bezug auf das Asylrecht in diesen wird eine Verknüpfung von Terrorismus und Geflüchteten impliziert, die wir entschieden ablehnen. Ebenso hat die Debatte um das „Sicherheitspaket“ erneut offengelegt, dass Menschenrechte, wie das individuelle Recht auf Asyl oder das Recht auf ein Leben in Würde für alle Menschen zunehmend in Frage gestellt werden. Diese Diskursverschiebung, die sich auch im „Sicherheitspaket“ wiederfindet, nehmen wir nicht hin und stellen uns ihnen klar entgegen.

Ein Bestandteil der Reaktionen auf den Terroranschlag von Solingen war die Wiedereinführung von stationären Grenzkontrollen an allen deutschen Landgrenzen, zunächst für sechs Monate. Bereits zuvor bestanden bereits seit 2023 stationäre Grenzkontrollen zu Landgrenzen zu Polen, Tschechien und der Schweiz sowie seit 2015 an der Landgrenze zu Österreich.

Die Wiedereinführung von Grenzkontrollen widerspricht den Errungenschaften des Schengen-Raums, der für offene Grenzen, freien Personenverkehr und eine engere europäische Zusammenarbeit steht. Neben der Einschränkung für die Mobilität von Menschen sowie der Behinderung des wirtschaftlichen Verkehrs sendet diese Maßnahme ein Signal der Abschottung. Hierdurch schwächen diese Grenzkontrollen das Vertrauen in die europäische Integration und gefährden den Zusammenhalt. Grenzkontrollen können zwar Schleuserkriminalität bekämpfen, die aus der Not der Menschen Profit machen. Sie bekämpfen aber nur das Symptom, aber nicht die Ursache. Diese liegt in dem unsolidarischen Dublinsystem, weil ungleiche Asylstandards in Europa eine Sekundärmigration und Vertreibung in Europa begründen. Das GEAS verfestigt dieses System mit Grenzverfahren, anstatt in ganz Europa einheitliche Asylstandards zu etablieren.

Hinzu kommt, dass diese Grenzkontrollen, die Gefahr von Racial Profiling bieten.

Gleichzeitig werden flächendeckend populistische Narrative bedient, die Geflüchtete sowie grundsätzlich Menschen mit Migrationsgeschichte als Bedrohung darstellen. In diesem Zusammenhang besteht eine erhöhte Gefahr, dass bestimmte Menschen vermehrt Opfer von Racial Profiling werden können. Darüber hinaus ist zweifelhaft, ob diese

Maßnahme überhaupt die Gefahr von extremistischen Terroranschlägen reduzieren kann.

Die Unionspartei hat im Zuge der Wiedereinführung der Grenzkontrollen sogar wiederholt deutlich gemacht, dass ihnen diese Maßnahmen nicht weit genug gehen. Vielmehr fordern sie, das Grundrecht auf Asylrecht aufzuweichen. Dies soll geschehen, indem Geflüchtete trotz eines Asylgesuchs abgewiesen werden sollen. Diesen Verstoß gegen die europäische Menschenrechtskonvention lehnen wir entschieden ab, er legt die Axt an die Wurzel der europäischen Union.

Daher fordern wir:

- Die Zurücknahme der stationären Grenzkontrollen an allen deutschen Landgrenzen.
- Das Asylrecht weiterhin vollumfänglich zu schützen und jeglichen Aufweichungsversuchen entschieden entgegenzutreten.
- (Den Einsatz für einen klaren Rahmen für Asylverfahren in der gesamten EU nach den höchsten Standards)”

Neben den Grenzkontrollen beinhaltet das “Sicherheitspaket” den vollständigen Ausschluss von Sozialleistungen, der eine Grenzüberschreitung bleibt.

Auch rückkehrpflichtigen Menschen steht in Deutschland bis zum Tag der Ausreise ein Recht auf ein menschenwürdiges Existenzminimum zu, Art. 1 Abs. 1 und Art. 20 Abs. 1 Grundgesetz. Leistungen auf null zu setzen sowie auf die „Unterbringung nach jeweiligen Landesgesetzen“ – also in der Regel die ordnungsrechtliche Notunterbringung – zu verweisen, steht im Widerspruch dazu und ist mit sozialdemokratischen Grundwerten unvereinbar.

Wir fordern daher die Rücknahme der Komplett-Streichung und die Wahrung des Existenzminimums für alle in Deutschland lebenden Menschen.

Die Entwicklungen der letzten Wochen in der Asyl- und Migrationspolitik haben innerparteilich, aber auch gesamtgesellschaftlich große Verunsicherung und Unzufriedenheit erzeugt. Die SPD muss in dieser Debatte einen klaren Standpunkt vertreten und darf sich nicht von einzelnen rechten sowie rechtsextremen Akteur:innen treiben lassen. Das Ziel der Sozialdemokratie muss es sein, Terrorismusbekämpfung und die Schaffung eines funktionierenden sowie menschenrechtskonformen Rahmens für die Asyl- und Migrationspolitik differenziert anzugehen. Die Menschen erwarten dabei Ergebnisse, die als Gesamtkonstrukt gedacht und nicht reine Symptombekämpfung im Sinne des kurzfristigen politischen Erfolgs sind. Die Ausgestaltung und Umsetzung des Sicherheitspaketes schafft dies nicht.

Wir stehen als SPD immer für Humanität und den individuellen Schutz des Asylrechts.

Die mit der Zunahme der Migration verbundenen Herausforderungen werden wir nicht ignorieren, sondern aktiv angehen, anstatt ihnen nur durch kurzfristige Abschottungs- und Abschreckungsmaßnahmen zu begegnen.

Für uns ist klar, dass wir Gewalt- und Terroranschläge auf das Schärfste verurteilen und von Menschen, denen wir Schutz und Aufnahme geben, erwarten, dass sie unsere Rechtsordnung achten. Wir verurteilen aber gleichermaßen jede populistische Verallgemeinerung, aus islamistisch motivierten Einzeltaten eine Migrationsfeindlichkeit abzuleiten und damit rechte Narrative gesellschaftsfähig zu machen.

Für eine sozialdemokratische Asyl- und Migrationspolitik

Unser Konzept sozialdemokratischer Migrationspolitik beruht auf unserer Geschichte als SPD und unserer gemeinsamen Überzeugung unseres Menschenbildes. Sie ist in unserem Grundsatzprogramm fest verankert. Wir treten für eine gleichberechtigte und vielfältige Gesellschaft ein, in der Menschen, die vor Krieg und Verfolgung fliehen, unseren Schutz und unsere Solidarität erhalten. Die SPD steht für die Humanität in der Migrationspolitik und lehnt jede Art der Ausgrenzung von Menschen anderer Nationalitäten entschieden ab. Wir wollen Menschen, die zu uns kommen, eine echte Chance und Bleibeperspektive geben, wir gehen offen, hilfsbereit und wertschätzend auf Menschen zu und lehnen jede Form rassistischer und Ausgrenzung ab. Wir bieten und fördern eine Integration, Partizipation und Vielfalt auf der Grundlage unserer solidarischen und menschenrechtsorientierten Werte.

Unsere Wirtschaft und Gesellschaft sind auf Migration angewiesen. Dafür hat die SPD geführte Ampel-Koalition viel erreicht: Wir haben mit dem Chancen-Aufenthaltsrecht das diskriminierende System jahrelanger Kettenduldungen beendet, mit dem Fachkräfteeinwanderungsgesetz haben wir Wege der Zuwanderung außerhalb gefährlicher Fluchtrouten und dem Asylrecht

geschaffen und mit einem modernen Staatsangehörigkeitsrecht eine Doppelstaatigkeit und gleichberechtigte politische Teilhabe ermöglicht. Diese sozialdemokratischen Erfolge lassen wir uns durch rechte Narrative, die aus Angst politischen Profit schlagen wollen, nicht klein reden. Unser Konzept sozialdemokratischer Migrationspolitik begreift Migration als Chance und Herausforderung für unsere Gesellschaft und nicht als Bedrohung oder Gefahr für die öffentliche Sicherheit.

Wir sind stolz darauf, eine vielfältige Gesellschaft und Chancengleichheit unabhängig von der Herkunft zu gestalten. Hierzu gehört, dass wir Integration, Partizipation und Vielfalt und Vielfalt als zwingende Voraussetzung für ein friedliches Zusammenleben

157 begreifen und Angriffe auf unsere solidarische und menschenrechtsorientierte Werte,
158 unseren Rechtsstaat und unsere Freiheit entschieden ablehnen.

159

160 Aus diesem Grund fordern wir:

- 161 • Die Reformen, die durch das Sicherheitspakets beschlossen wurden, insbesondere
162 die Einführung der Grenzkontrollen an allen deutschen Landgrenzen sowie die
163 Verschärfungen bei den Sozialleistungen für Geflüchtete/Asylbewerber*innen,
164 schnellstmöglich zurückzunehmen
- 165 • Die Ausgestaltung und Umsetzung einer sozialdemokratischen Asyl- und
166 Sicherheitspolitik anhand bereits bestehender Beschlusslagen
- 167 • Die Ablehnung von rechten Narrativen sowie ein aktives Eintreten für die
168 Verteidigung von Menschenrechten
- 169 • Eine Weiterentwicklung der neuen Regelungen einer gemeinsamen europäischen
170 Asylpolitik mit den europäischen Partner*innen.

Antrag M08: Für einen menschenrechtsbasierten Diskurs und gezielte Maßnahmen in der Asylpolitik

Antragsteller*in:	SPD-Landesverband Berlin
Status:	überwiesen
Empfehlung Antragskommission:	Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion und Europa SPD
Sachgebiet:	M - Migration, Flucht, Integration

- 1 Wir fordern die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung sowie die SPD-
2 Bundestagsfraktion dazu auf, in der Regierungskoalition folgende Punkte umzusetzen:
- 3 1. Klare Absage ggü. weiteren Verschärfungen des Asyldiskurses und hin zu einer
4 wissenschafts- und menschenrechtsbasierten Debatte über gangbare, nachhaltige
5 Lösungen.
- 6 2. Angesichts des fast einstimmigen Sachverständigenurteil sollte die
7 Bundesregierung sowohl die eigenen Ressourcen als auch den politischen Diskurs
8 auf gangbare, effektivere Modelle der Fluchtbewegungssteuerung lenken, wie z.B.
9 die Teilnahme an der sog. „Safe Mobility Offices“ Initiative (USA, Kanada und
10 Spanien), welche die Prüfung von Asylanträgen entlang der jeweiligen
11 Fluchtrouten und somit mehr Steuerung der irregulären Migration erlauben würde.
- 12 3. Höhere bilaterale und EU- Investitionen in die Aufnahme- und
13 Integrationskapazitäten in tatsächlich sicheren Transitstaaten wie den
14 Westbalkanländern, um den Aufnahmedruck auf Deutschland zu reduzieren und die
15 langfristige Diasporabildung zu fördern.
- 16 4. Frühzeitige Unterstützung der von der GEAS-Reform und durch das Dublin-System am
17 meisten belasteten EU- Mitgliedsstaaten an den Außengrenzen durch gezielte
18 Unterstützung bei Kapazitätenausbau für die Einrichtung der beschleunigten
19 Grenzkontrollen, Unterkünfte und Integrations- sowie Rückführungsmaßnahmen.
- 20 5. Eine Öffnung/Vertiefung des international und regional abgestimmten Diskurses
21 über den Umgang mit den de-facto Regierungen in Kabul und Damaskus, der diese
22 nicht anerkennt, der die Sicherheit und Stärkung der Zivilgesellschaft, und
23 insb. der Rechte von Frauen und Minderheiten als Zielsetzung hat.

Antrag M09: Keine dauerhaften, stationären Kontrollen der Binnengrenzen - Europa muss geeint bleiben!

Antragsteller*in:	Online-Themenforum zu Außen- und Sicherheitspolitik
Status:	angenommen
Empfehlung Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	M - Migration, Flucht, Integration

- 1 Bereits seit 2015 gibt es entgegen den eigentlichen Bestimmungen des Schengenkodex
- 2 zahlreiche dauerhafte, stationäre Grenzkontrollen und es wurden immer mehr. Im
- 3 September hat die Bundesregierung nun den Weg freigemacht, solche Kontrollen auf alle
- 4 Landesgrenzen auszuweiten. Das OTF Außen- und Sicherheitspolitik hält solche
- 5 Grenzkontrollen für einen falschen Weg, der an der damit adressierten Problemlage im
- 6 Prinzip nichts ändert. Das OTF Außen- und Sicherheitspolitik beschließt daher:
- 7 Das OTF Außen- und Sicherheitspolitik tritt für ein Europa offener Binnengrenzen ein,
- 8 um das Zusammenwachsen und den Austausch mit unseren europäischen Nachbarn
- 9 bestmöglich zu gewährleisten! Insbesondere in grenznahen Regionen sind dauerhafte,
- 10 stationäre Grenzkontrollen ein Ärgernis und Hindernis für das grenzüberschreitende
- 11 Zusammenleben. Auch sieht EU-Recht ganz klar vor, dass solche Grenzkontrollen nur
- 12 ausnahmsweise und befristet zulässig sind. Das OTF Außen- und Sicherheitspolitik
- 13 lehnt daher dauerhafte, stationäre Grenzkontrollen ab und fordert den Parteivorstand
- 14 und die Bundestagsfraktion auf, sich bei der Bundesregierung für ein Ende solcher
- 15 dauerhaften, stationären Grenzkontrollen einzusetzen.

Antrag M10: Barrieren im AsylG abbauen

Antragsteller*in:	SPD-Landesorganisation Hamburg
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung Antragskommission:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	M - Migration, Flucht, Integration

- 1 1. Allen Geflüchteten, die einen Asylantrag in Deutschland gestellt haben, soll es
- 2 nach drei Monaten im Regelfall erlaubt sein, einer Arbeit nachzugehen. Hierfür soll
- 3 insbesondere geprüft werden, ob das Zustimmungserfordernis für Arbeit von Menschen im
- 4 Asylverfahren aufgehoben und in ein Widerspruchsrecht der
- 5 Ausländerbehörde/Arbeitsagentur umgewandelt werden soll.
- 6 2. Bestehende bürokratische Hürden, die es Arbeitgeber:innen erschweren, Asylsuchende
- 7 einzustellen, sind abzubauen.
- 8

Antrag M11: Abschiebungen

Antragsteller*in:	SPD-Landesorganisation Hamburg
Status:	überwiesen
Empfehlung Antragskommission:	Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion
Sachgebiet:	M - Migration, Flucht, Integration

- 1 Der Bundesparteitag möge mit dem Ziel der Weiterleitung an die SPD Bundestagsfraktion
- 2 beschließen:
- 3 Wir sind uns über die Situation in Syrien und Afghanistan bewusst und setzen uns
- 4 dafür ein, dass ausschließlich rechtskräftig verurteilte schwerste Straftäter und
- 5 terroristische Gefährder*innen abgeschoben werden.

Antrag M12: Zwischen Bleiben und Gehen – Ursachen, Folgen und Wege der klimawandel- und umweltbedingten Migration

Antragsteller*in:	OTF Klimagerechte Wirtschaft
Status:	überwiesen
Empfehlung Antragskommission:	Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion
Sachgebiet:	M - Migration, Flucht, Integration

- 1 Der Bundesparteitag möge beschließen:
- 2 Der menschengemachte Klimawandel und die Biodiversitätskrise sind die zentralen
3 sozialen Krisen des 21. Jahrhunderts und bedrohen besonders die Existenz jener
4 Menschen, die sie am wenigsten verursacht haben.
- 5 Migration und Flucht aufgrund von akuten Katastrophen (Dürre, Hunger, Kriege) sowie
6 langfristigen Effekten wie Meeresspiegelanstieg oder Ausfall von Ökosystemleistungen
7 (z.B. Bestäubung) und damit Verlust von Heimat und Nahrungsgrundlagen sind zunehmende
8 Fluchtursachen unserer Zeit und künftiger Jahrzehnte.
- 9 Die Prozesse von klimawandel- und umweltbedingter Migration sind komplex. Sie zu
10 verstehen und wirksame (soziale, technische, rechtliche etc.) Gegenmaßnahmen zu
11 entwickeln, ist eine große Herausforderung. Dieser Themenschwerpunkt muss jedoch von
12 einer sozialen, internationalistischen, solidarischen Partei wie der SPD gesetzt
13 werden.
- 14 In Ergänzung zu Antrag M20 des BPT 2023 ('Klimawandel als Fluchtursache anerkennen!')
15 fordern wir daher alle SPD-Mitglieder, insbesondere die SPD-Abgeordneten des
16 Deutschen Bundestags, dazu auf:
- 17 • Interdisziplinäre Forschung und gegenseitiges Lernen zum Thema klimawandel- und
18 umweltbedingte Migration ausbauen
- 19 • Die sozialen, technischen, rechtlichen, wirtschaftlichen und politischen
20 Aspekte müssen tiefergehend erforscht werden und Grundlage der Politik
21 sein.
- 22 • Ein Verfahren zur Prognose von Migration muss entwickelt werden.
- 23 • Ein umfassendes Lehr- und Austauschprogramm für junge Menschen aus
24 betroffenen Regionen der Erde muss entwickelt werden, um Klima- und
25 Umweltschutz und -anpassung vor Ort voranzutreiben. Dabei ist ein
26 Schwerpunkt auf das beidseitige Lernen und den Austausch funktionierender
27 Maßnahmen und Policies zu legen.
- 28 • Konzept zum menschlichen und inklusiven Umgang mit klimawandel- und -
29 umweltbedingter Migration erarbeiten und durchsetzen
- 30 Um der global-sozialen Komponente des Klimawandels und der Biodiversitätskrise
31 gerecht zu werden, muss ein umfassendes Konzept zu klimawandel- und umweltbedingter
32 Migration und Vertreibung erarbeitet und umgesetzt werden. Das Konzept muss
33 berücksichtigen:

- 34 • Die natürliche Lebensgrundlage und damit die Heimat von Menschen muss
35 weitestgehend erhalten oder wiederhergestellt werden.
- 36 • Dort, wo Klimawandel und Biodiversitätskrise bereits negative Auswirkungen
37 haben, müssen Anpassungsmaßnahmen zur Resilienzsteigerung umgesetzt werden.
- 38 • Dort, wo es keine realistische Chance für Anpassung gibt, muss den Menschen eine
39 Perspektive an einem sicheren Ort ermöglicht werden. Es muss ein Verfahren
40 entwickelt werden, um vor den Lebensgrundlagen entziehenden Klimawandel- und
41 Umweltkatastrophen flüchtende Menschen als Geflüchtete anzuerkennen. Etwaige
42 Hürden bei der Integration wie im derzeitigen Asylsystem (insb. Verfahrensdauer,
43 Arbeitsmarktzugang und Sammelunterkünfte) müssen abgebaut werden.
- 44 • Das Konzept muss die verschiedenen zeitlichen (Tage bis Jahrzehnte) und
45 räumlichen (lokal bis global) Dimensionen abdecken.
- 46 • Das Konzept muss interdisziplinär gedacht werden, d.h. soziale,
47 klimatologische, technische, (land-) wirtschaftliche und rechtliche Aspekte
48 berücksichtigen.
- 49 • Das Konzept muss vulnerable Gruppen in besonderem Maße mitdenken, da diese
50 häufig einer Mehrfachdiskriminierung ausgesetzt sind. Dazu gehören insbesondere:
51 Kinder, Frauen, alte Menschen, Menschen mit Behinderung, queere und Trans*-
52 Menschen, sowie Familien.
- 53 • Die oben genannten Maßnahmen müssen rechtlich, finanziell und infrastrukturell
54 ermöglicht werden.

Antrag M13: Leben retten - keine Abschiebungen von Jesid*innen in den Irak!

Antragsteller*in:	SPD-Landesorganisation Hamburg
Status:	überwiesen
Empfehlung Antragskommission:	Überweisung an SPD-Landtagsfraktionen und SPD-Bundestagsfraktion
Sachgebiet:	M - Migration, Flucht, Integration

- 1 Die SPD Bundestagsfraktion soll sich dafür einzusetzen
- 2 a) zu prüfen, ob die Frist, bis zu der Jesid*innen in Deutschland automatisch Schutz
- 3 erhalten haben, bis zum 31.12.2024 verlängert werden kann und falls nicht, eine neue
- 4 Stichtagsregelung zu schaffen, die einen ähnlichen Schutz gewährleistet.
- 5 b) zu prüfen, ob ein genereller bundesweiter Abschiebestopp über diese Frist hinaus
- 6 möglich ist und wenn ja, ihn zeitnah im Bundestag zu beschließen.

Antrag S01: DEN KURS IN DER RENTENPOLITIK Korrigieren - Solidarisch und gerecht den Lebensstandard im Alter sichern - Rente mit 70 verhindern!

Antragsteller*in:	SPD-Landesverband Bayern
Status:	überwiesen
Empfehlung Antragskommission:	Überweisung an SPD-Parteivorstand - Sozialstaatskommission
Sachgebiet:	S - Soziales & Rente

- 1 Das deutsche System der Altersvorsorge wird den Anforderungen von Sicherung des
2 Lebensstandards in einer sich wandelnden Arbeitswelt und Gesellschaft trotz der von
3 der SPD durchgesetzten punktuellen Verbesserungen nicht mehr gerecht. Immer mehr
4 Menschen droht im Alter der Gang in die Grundsicherung. Selbst
5 Durchschnittsverdienende müssen mit einer Mager-Rente rechnen. Schuld sind die
6 Verwerfungen der letzten Jahrzehnte auf dem Arbeitsmarkt und eine verfehlte
7 Rentenpolitik, die durch die Vereinbarungen im Koalitionsvertrag nicht ausreichend
8 korrigiert wird.
- 9 Menschen, die über einen langen Zeitraum Beiträge einzahlen, müssen im Gegenzug auch
10 darauf vertrauen können, dass sie am Ende ihres Berufslebens eine auskömmliche
11 gesetzliche Rente beziehen werden. Diese Erwartung spiegelt noch immer einen breiten
12 gesellschaftlichen Konsens wider und wird nach wie vor generationenübergreifend
13 geteilt.
- 14 Das Drei-Säulen-Modell der Alterssicherung und die damit verbundene
15 Teilprivatisierung ist gescheitert. Nur wenige haben die Möglichkeit, die wachsenden
16 Versorgungslücken in Folge des festgelegten Leistungsabbaus der gesetzlichen
17 Rentenversicherung durch private Vorsorge zu schließen. Eine zusätzliche betriebliche
18 Altersvorsorge gibt es nicht flächendeckend, sie befindet sich in Zeiten einer
19 langjährigen Niedrigzinsphase auf dem Rückzug und erreicht gerade diejenigen
20 Arbeitenden am wenigsten, die sie am dringendsten bräuchten.
- 21 Die Leistungsreduzierungen bei der gesetzlichen Rentenversicherung, insbesondere nach
22 der Jahrtausendwende, waren vom Streben nach einem möglichst niedrigen Beitragssatz
23 getrieben. Dieser Weg bringt die Versicherten in eine Sackgasse, in der den
24 marginalen Entlastungen in der Erwerbsphase sozialer Abstieg oder gar Armut im Alter
25 folgen. Deshalb muss es einen Kurswechsel und eine Rückbesinnung auf das
26 Versorgungsprinzip sozialer Sicherung geben. Auskömmliche Renten müssen wieder
27 primäres Sicherungsziel des Sozialstaates werden. Die Rentenversicherung zählt zum
28 Kern unseres Sozialstaats und hat sich seit vielen Jahrzehnten bewährt. Gerade in der
29 Zeit seit der Finanzmarktkrise ab 2008 stellte sich die Stärke dieses
30 umlagefinanzierten Sicherungssystems heraus. Sie umfasst alle Generationen im Land,
31 ist unabhängig von Banken, Privatversicherungen und internationalen Fonds, von
32 privaten Renditeinteressen und auch unabhängig von der Entwicklung einzelner
33 Beschäftigtengruppen, Betrieben oder Branchen. Sie stellt dabei eine hälftige

Finanzierung durch die Arbeitgeber sicher. Zugleich nutzt sie bestmöglich den Vorteil möglichst großer, solidarischer Kollektive. Unser rentenpolitisches Ziel ist es, in Zukunft den Solidarvertrag zwischen den und innerhalb der Generationen zu schützen und weiterzuentwickeln. Durch eine sozialstaatlich ausgestaltete und gerecht finanzierte Absicherung muss ein gutes Leben im Alter garantiert und der Lebensstandard weitgehend gesichert werden. Deshalb wollen wir einen Kurswechsel in der Rentenpolitik mit einer langfristig deutlichen Steigerung des gesetzlichen Rentenniveaus mit dessen dauerhafter Ankoppelung an die allgemeine Wohlstandsentwicklung. Angesichts des tiefgreifenden Strukturwandels der Arbeitswelt und der bevorstehenden Transformation der Industriearbeit ist dies besonders dringlich. Das Alterssicherungssystem muss an die bevorstehenden strukturellen Umbrüche angepasst werden. Die Arbeitswelt wird immer vielschichtiger. Der Trend zu immer individuelleren Erwerbsverläufen wird sich im Zuge der Veränderung weiter verstärken. Erziehungs-, Weiterbildungs- und Pflegezeiten werden zum Normalfall. Ein zeitgemäßes Rentensystem muss sich an die Tatsache einer dynamischeren Arbeitswelt anpassen und ebenfalls in Zeiten des Wandels soziale Sicherheit für alle gewährleisten. Für eine nachhaltige Verbesserung der Versorgung im Alter ist der Neuaufbau einer solidarischen und gerechten Alterssicherung unverzichtbar! Das SPD-Zukunftsprogramm sieht viele Verbesserungen in der Rentenpolitik vor: Alle Erwerbstätigen sollen langfristig in die Rentenversicherung aufgenommen werden. Armutsrisiken sollen bei den Erwerbsminderungsrentner*innen verringert, vieles soll verbessert werden. Langjährige Pflege von Familienmitgliedern sollen sich nicht mehr negativ auf die Rente auswirken. Gesetzlich Versicherte sollen sich in angemessenem Umfang ergänzend freiwillig in der gesetzlichen Rentenversicherung versichern können. Eine ergänzende private Altersvorsorge ist kein Ersatz. Das Rentenniveau soll auf 48% dauerhaft stabilisiert werden. Tarifvertraglich vereinbarte kollektive Altersversorgungsformen sollen bevorzugt werden. Zudem soll die Vollverbeitragung sowie der Doppelverbeitragung von Betriebsrenten in der gesetzlichen Krankenversicherung vollständig abgeschafft werden. Die im Koalitionsvertrag festgelegte Stabilisierung des Rentenniveaus und das Festhalten am Status quo bei der gesetzlichen Rentenversicherung reichen nicht aus. Für eine lebensstandardsichernde gesetzliche Rente brauchen wir, wie auch von den Gewerkschaften gefordert, eine Anhebung auf 53 %. Mit der Reaktivierung des Nachholfaktors noch vor der nächsten Rentenanpassung 2022 werden die Renten in den kommenden Jahren voraussichtlich nicht in ausreichendem Maße mit der Lohn- und Preisentwicklung mithalten können.

Vor diesem Hintergrund fordern wir:

- Die gesetzliche Rente ist und bleibt der Grundpfeiler der Alterssicherung
- Berechnungen zeigen, dass die Rendite der gesetzlichen Rentenversicherung positiv ist und auch für kommende Generationen positiv bleibt. Die gesetzliche Rente ist der Grundpfeiler der Alterssicherung in Deutschland. Die gesetzliche Rente muss zukünftig wieder die alleinige Säule der Alterssicherung sein. Das System der gesetzlichen Alterssicherung ist so umzubauen, dass das Ziel der Lebensstandardsicherung wieder

ausschließlich durch das gesetzliche Rentensystem erreicht und damit die strukturelle Armut vermieden wird.

Nur die Rückkehr zur lebensstandardsichernden gesetzlichen Altersrente kann der jahrzehntelangen Arbeits- und Beitragsleistung der Versicherten gerecht werden.

Die bisherige Riesterrente mit staatlicher Subventionierung der Versicherungskonzerne darf nicht weitergeführt werden. Die gesetzliche Förderung privater Vorsorge muss künftig entfallen. Für bestehende Verträge soll jedoch der Vertrauensschutz gelten. Alle für die Altersvorsorge notwendigen Steuermittel sind in der gesetzlichen Rentenversicherung zu bündeln.

Kapitalgedeckte Formen der Alterssicherung haben sich nicht bewährt. Sie sind risikobehaftet, zehren einen großen Teil ihrer Erträge durch Verwaltungs- und Managementkosten sowie Profiterwartungen und Provisionen auf. Zudem vermehren sie auf den Finanzmärkten die Massen anlagesuchenden Kapitals, was wiederum den Renditedruck von Fonds und Anlegern auf den produktiven Bereich erhöht. Daher lehnen wir mit allem Nachdruck die von der FDP forcierte Aktienrente ab. Sie kann keinen nennenswerten Beitrag zur Stabilisierung der Altersvorsorge leisten und kostet die Steuerzahlenden gerade angesichts der Schuldenfinanzierung viel Geld, das an anderer Stelle fehlt. Gewinne entstehen lediglich auf den Finanzmärkten.

- Schrittweise Anhebung des Rentenniveaus auf 53 Prozent

Wir haben die Abwärtsspirale bei der gesetzlichen Rente gestoppt. Um ein gutes Leben im Alter zu ermöglichen und den Lebensstandard besser zu sichern, ist das gesetzliche Rentenniveau schrittweise von heute 48 Prozent auf das Niveau von 53 Prozent anzuheben, also in etwa auf den Stand zu Beginn dieses Jahrtausends. Über lange Zeit wurde so ein Netto-Rentenniveau von etwa 70 Prozent erreicht – was nach heutiger Berechnungsmethode einem Sicherungsniveau netto vor Steuern von etwa 53 Prozent entspricht. Dies erfordert zwingend zwei Maßnahmen:

- Zentrale Bezugsgröße bei der Berechnung des Rentenniveaus ist die sogenannte Standardrente mit 45 Entgeltpunkten für 45 Jahre Durchschnittseinkommen. Diese Standardrente ist auf der Basis der von langjährig Versicherten im Schnitt tatsächlich erreichten Entgeltpunkte (derzeit etwa 43 Entgeltpunkte) neu zu definieren.

- Das von der Bundesregierung angenommene Gesamtversorgungsniveau unterstellt, dass die gesetzliche Rente von einer Riester-Rente ergänzt wird. Doch auf viele Beschäftigte trifft diese Annahme gar nicht oder zumindest nicht in dieser Höhe zu, da sie über keine entsprechenden Anwartschaften verfügen. Zudem geht die Bundesregierung von überzogen optimistischen Annahmen hinsichtlich Rendite, Dynamisierung und Kosten aus. Diese unterstellte Zusatzvorsorge aus einem Riester-Vertrag sollte daher in entsprechender Höhe wieder als Bestandteil der gesetzlichen Rentenversicherung gezahlt werden.

Das Verhältnis von neuer Standardrente zu entsprechendem Durchschnittseinkommen muss mit 53% zum dauerhaften Zielniveau werden.

117 Der Altersvorsorgeanteil (AVA) muss aus der Rentenanpassungsformel ersatzlos
118 gestrichen werden.

119 1. Eine solidarische Finanzierung der Alterssicherung durch eine Paritätisch
120 finanzierte Erwerbstätigenversicherung

121 Wir wollen die paritätisch finanzierte Rentenversicherung in eine
122 Erwerbstätigenversicherung weiterentwickeln, in die zukünftig alle Erwerbstätigen,
123 also auch Selbständige, BeamtInnen, Berufspolitiker, in das Rentensystem einbezogen
124 werden. Aus verschiedenen Gründen ist gerade jetzt, also zu Beginn der 2020er Jahre
125 der Umstieg auf eine Erwerbstätigenversicherung günstig und politisch geboten.

126 Hierbei sollen in Zukunft Sozialversicherungsbeiträge der Arbeitgeber auch zusätzlich
127 auf den Gewinn erhoben werden können. Die Höhe des Arbeitgeberbeitrages im Bereich
128 des Niedriglohnsektors ist mindestens am Durchschnitt der Branche auszurichten
129 (Arbeitgebermindestbeitrag).

130 Auf die historisch gewachsenen Ansprüche in den Sonderversorgungssystemen besteht ein
131 eigentumsähnlicher Bestandsschutz. Deshalb kann die Weiterentwicklung zu einer
132 Erwerbstätigenversicherung nur schrittweise im Rahmen einer Stichtagsregelung
133 vollzogen werden. Dabei werden jene Selbständige, Beamte, Abgeordnete oder
134 freiberuflich Tätige in die Versicherungspflicht einbezogen, die zum Stichtag noch
135 nicht in einem obligatorischen Alterssicherungssystem versichert sind. Im Rahmen der
136 Übergänge der Sonderversorgungssysteme in die Erwerbstätigenversicherung sind die
137 jeweils nach altem Recht noch erworbenen Anwartschaften zu gewährleisten. Der
138 Übergang wird daher ein bis zwei Generationen in Anspruch nehmen. Um Länder und
139 Kommunen von den vorübergehend ansteigenden Beitragslasten für Ihre BeamtInnen zu
140 entlasten, errichtet der Bund einen Sonderfonds, der mittelfristig durch die
141 eingesparten Pensionen zurückerstattet wird. Perspektivisch stellen wir damit die
142 Alterssicherung unabhängig von der arbeitsrechtlichen Erwerbsform und dem bezogenen
143 Einkommen auf eine möglichst breite Beitragszahlendenbasis.

144 Parallel muss hierzu die Möglichkeit einer Demographie-Rücklage in der
145 Rentenversicherung geschaffen werden. Ergänzend zum Aufbau dieser Demografie-Reserve
146 muss ein demografiebedingter Kostenanstieg vorübergehend durch Bundeszuschüsse zur
147 gesetzlichen Rentenversicherung erfolgen.

148 Die Mindestreserve und die Demografie-Rücklage sind sinnvoll zu investieren. Wir
149 halten es für dringend geboten, damit bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, wie dies
150 schon bis 2005 geschah. Damit schaffen wir gesellschaftlichen Nutzen und eine
151 Verzinsung des angesammelten Kapitals. Die hierdurch mobilisierbaren Beträge
152 übersteigen die bisher geplanten Maßnahmen aller öffentlichen Hände für den sozialen
153 Wohnungsbau um ein Mehrfaches.

154 Beiträge und Bemessung

155 Einen guten Sozialstaat gibt es nicht zum Nulltarif. Der von den Arbeitnehmern und
156 Arbeitgebern paritätisch finanzierte Beitragssatz von derzeit 18,6 % kann moderat
157 steigen, um substantielle Verbesserungen im Rentenniveau zu erreichen. Eine positive

158 Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt hat in den letzten Jahren viele Horrorvisionen über
159 steigende Beiträge und die angebliche Unfinanzierbarkeit eines höheren
160 Leistungsniveaus widerlegt.

161 Aufgabe einer sozialdemokratischen Reform muss es sein, die Rentenformel an die
162 jetzige und künftige Gesellschaft anzupassen und dieses Thema zu besetzen - als
163 Vereinfachung, als Klarheit und als Schutz vor dem Risiko der Altersarmut.

164 Dabei muss es Ziel sein, Nachteile in der Rentenversicherung ohne bürokratischen Auf
165 wand auszugleichen. Statt immer neue Ausnahmeregelungen zu schaffen, dürfte es
166 gerechter sein, das Drittel der persönlichen Entgeltpunkte für die Beitragszeiten mit
167 der geringsten Bewertung auf den Durchschnitt der persönlichen Entgeltpunkte
168 anzuheben und somit zum Prinzip der Rente nach Mindesteinkommen zurückzukehren.

169 Die Beitragsbemessungsgrenze für die Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung ist
170 aufzuheben, wobei die Leistungen degressiv abgeflacht werden. Das bedeutet, dass
171 oberhalb eines noch festzulegenden hohen Jahreseinkommens die mit den Beiträgen
172 verbundenen Rentenanwartschaften bei Berücksichtigung der verfassungsrechtlichen
173 Vorgaben nicht mehr im Verhältnis 1:1 ansteigen würden.

174 Außerdem sollen die Arbeitnehmerbeiträge zu den Sozialversicherungen in den unteren
175 Einkommensbereichen zulasten entsprechend höherer Arbeitgeberbeiträge proportional
176 reduziert werden.

177 Die Verschlechterung der Rentenformel durch den Nachhaltigkeitsfaktor muss künftig
178 wieder entfallen.

179 Zeiten des Bezugs von Bürgergeld sind künftig wieder wie bis 2010 als versicherungs-
180 und Beitragszeiten zu bewerten.

181 Für Erziehungs- und Pflegeleistung (finanziert durch Pflegeversicherung) erhalten die
182 erziehenden bzw. pflegenden Personen so viele Rentenpunkte zusätzlich zu ihrem
183 Rentenanspruch, als hätten sie in der Erziehungs- bzw. Pflegezeit weitergearbeitet.
184 Entsprechend erfolgt eine rentenrechtliche Bewertung zukünftig von Aus- und
185 Fortbildungszeiten.

186 Steuer- und Verteilungspolitik, Zuschuss

187 Die notwendige ausreichende Kapitalausstattung der umlagefinanzierten gesetzlichen
188 Rente ist durch einen angemessenen Zuschuss aus dem Bundeshaushalt herzustellen.

189 Darüber hinaus ist darauf hinzuwirken, dass auch die gesetzliche Rente nur zur Hälfte
190 auf Leistungen nach dem SGB XII angerechnet wird.

191 Außerdem muss ein wesentlicher Teil zur Finanzierung der gesetzlichen Rente zügig
192 durch eine gerechte Steuer- und Verteilungspolitik erbracht werden. Der
193 Spitzensteuersatz ist zu erhöhen, um die soziale Ungleichheit einzudämmen. Außerdem
194 sind europaweit Finanzgeschäfte (Finanztransaktionssteuer) und die Umsätze von
195 digitalen Unternehmen (Digitalsteuer) zu besteuern.

196 Die Mehreinnahmen sind zur Stärkung der gesetzlichen Rentenversicherung einzusetzen.
197 Altersvorsorge ist auch und gerade in Zeiten tiefgreifender Umbrüche eine
198 gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Angesichts der Reichtumsentwicklung ist sie auch

199 finanzierbar.

200 Die gesetzliche Obergrenze für Rücklagen der gesetzlichen Rentenversicherung von
201 aktuell 1,5 Monatsausgaben ist zu beseitigen oder zumindest deutlich zu erhöhen.

202 Beitragsungedekte Leistungen steuerlich finanzieren

203 Leistungen, die systematisch nicht durch Beiträge gedeckt sind, wollen wir
204 solidarisch und gerecht über Steuermittel finanzieren. Es entspricht der
205 rentenpolitischen Beschlusslage der SPD, alle versicherungsfremden, aber sozial
206 notwendige Leistungen über das allgemeine Steueraufkommen zu finanzieren. Dazu gehören
207 zum Beispiel: Mütterrente, Ost-West-Angleichung, Erwerbsminderungsrente, Erziehungs-
208 und Pflegeleistungen.

209 Betriebliche Altersvorsorge als Ergänzung

210 Die bestehenden und zukünftigen vereinbarten Regelungen zwischen Gewerkschaften und
211 Arbeitgeberverbänden bezüglich Betriebsrente bleiben unberührt. Eine betriebliche
212 Altersversorgung (bAV) kann, tariflich abgesichert und arbeitgeberfinanziert, als
213 Ergänzung zu einer gestärkten gesetzlichen Rente einen Beitrag zur individuellen
214 Absicherung im Alter, bei Erwerbsminderung sowie zur Hinterbliebenenversorgung
215 leisten. Den Einsatz von Steuermitteln zu deren Förderung lehnen wir hingegen ab.

216 2. Guter Übergang in die Rente statt Rente mit 67 oder 70!

217 Die Regelaltersgrenze anpassen

218 Die Diskussionen um Verbesserungen beim Rentenniveau wie bei der Armutsbekämpfung
219 werden konterkariert durch die nicht enden wollende Debatten um eine immer höhere
220 Regelaltersgrenze. Letztere lehnen wir ab.

221 Die Rente mit 67 geht an der Realität vieler Beschäftigten vorbei und ist durch das
222 gesetzliche Rentenzugangsalter mit 65 Jahren und durch flexible, die individuelle
223 Situation berücksichtigende Übergänge zu ersetzen. Eine realistisch in Arbeit
224 erreichbare Regelaltersgrenze muss gerade vor dem Hintergrund des Wandels der Arbeit
225 verstärkt von passgenauen Optionen für die Gestaltung sozial abgesicherter Übergänge
226 während des Erwerbslebens sowie beim Ausstieg aus dem Erwerbsleben begleitet werden.
227 Hier geht es um die Ermöglichung und Förderung abschlagsfreier Übergänge vom
228 Arbeitsleben in den Ruhestand. Lücken in der Erwerbsbiografie haben in der Regel
229 negative Auswirkungen auf die Versorgungssituation im Alter. Mögliche Instrumente für
230 den Übergang in den Ruhestand sind hier insbesondere die Stärkung der
231 Rahmenbedingungen für die Altersteilzeit, ein dauerhafter Rentenzugang ohne Abschläge
232 ab 63 Lebensjahren und nach mindestens 45 Beitragsjahren.

233 Erwerbsminderungsschutz verbessern

234 Der Invaliditätsschutz der gesetzlichen Rentenversicherungen ist weiter zu
235 verbessern. Der Zugang zur Erwerbsminderungsrente ist zu erleichtern.

236 Die Altfälle sollen den Neufällen gleichgestellt werden. Die Zurechnungszeiten für
237 die Erwerbsminderungsrenten (auch Altfälle) werden auf 65 Jahre verlängert.
238 Erwerbsgemindert ist, wer wegen körperlicher (z.B. Unfall) oder psychischer
239 Erkrankung einer Erwerbstätigkeit nicht mehr nachgehen kann. Im vorletzten

240 Bundestagswahlkampf wurde den Erwerbsgeminderten eine deutliche Verbesserung ihrer
241 Erwerbsminderungsrente versprochen. Tatsächlich wurde mit dem Rentenpaket 2014 die
242 Zurechnungszeit bei Rentenneuzugängen ab 1. Juli 2014 um zwei Jahre verlängert.
243 Erwerbsgeminderte wurden dabei so gestellt, als hätten sie mit ihrem bisherigen
244 Einkommen bis zum 62. statt wie vorher bis zum 60. Geburtstag weitergearbeitet.
245 Außerdem müssen neben der beschlossenen Verlängerung der Zurechnungszeiten und den
246 jüngsten Verbesserungen bei der Erwerbsminderungsrente in weiteren Schritten
247 ungerechtfertigte Abschlüsse beseitigt werden. Niemand wird freiwillig
248 erwerbsgemindert.

249 Währenddessen müssen die Angebote und Möglichkeiten der Prävention und Rehabilitation
250 auch durch die gesetzliche Rentenversicherung ausgeweitet werden, um alters- und
251 altersgerechte Arbeit zu fördern und gesundheitsbedingte vorgezogene Austritte aus
252 dem Erwerbsleben möglichst lange zu verhindern. Dabei ist besonderes Augenmerk auf
253 Maßnahmen gegen den dramatischen Anstieg psychischer Belastungen zu legen.

254 5) Nur gute Arbeit sichert gute Rente.

255 Dauerhafte, sozialversicherungspflichtige und gut bezahlte Arbeit kann einerseits
256 individuelle Ansprüche auf eine gute Altersversorgung und andererseits gesunde
257 solidarische Rentenfinanzen sichern. Deshalb streben wir auch mit Blick auf die Rente
258 Ordnung auf dem Arbeitsmarkt ohne Prekarität, Niedriglöhne und gebrochene
259 Erwerbsbiografien, mit geschlechtergerechter Erwerbsbeteiligung, mit Arbeits- und
260 Gesundheitsschutz an.

Antrag S02: Umlagefinanziertes Rentensystem erneuern und nach österreichischem Vorbild umbauen, zur sozialgerechten Altersversorgung und Verhinderung von Altersarmut

Antragsteller*in:	60 plus Bundeskonferenz Bund (Parteizentrale)
Status:	überwiesen
Empfehlung Antragskommission:	Überweisung an SPD-Parteivorstand - Sozialstaatskommission
Sachgebiet:	S - Soziales & Rente

- 1 Der Bundesvorstand der AG 60 plus wird aufgefordert, aktiv mit anderen Landes- und
- 2 Bundesverbänden, den Arbeitsgemeinschaften, den Sozialverbänden und den
- 3 Gewerkschaften einen durchgreifenden Reformprozess in Gang zu setzen.
- 4 Die umlagefinanzierte gesetzliche Rentenversicherung ist als Fundament einer lebens-
- 5 würdigen, sozialgerechten Altersversorgung zu sichern und auszubauen.
- 6 "Lösungselemente, wie in Österreich umgesetzt, sind hierbei wichtige Ansätze, die
- 7 auch in die deutsche Debatte einfließen müssen: neben dem Gesamterwerbstätigensystem
- 8 jedenfalls auch Beitragshöhe und -verteilung sowie die Mindestabsicherung".
- 9 Die Elemente des Reformprozesses sollten u.a. sein:
- 10 • Die zügige Schaffung einer armutsfesten Mindestrente nach entsprechender
- 11 Beschäftigungsdauer und eine unverminderte Koppelung der GRV an die Arbeitsentgelte.
- 12 • Über die als Verteidigungslinie gegenüber den aktuellen Angriffen durchgesetzte
- 13 Haltelinie des Rentenniveaus von 48% bis 2039 hinaus die Entwicklung eines
- 14 Aufbauplanes, der eine deutliche Erhöhung des Rentenniveaus zum Ziel hat.
- 15 • Einführung einer Pflichtversicherung für alle Erwerbstätigen, Beamte, Mandatsträger
- 16 und Selbständige.
- 17 • Endlich eine klare Abgrenzung zwischen durch Arbeit erworbenen Ansprüchen und durch
- 18 gesellschaftliche Erfordernisse und Entscheidungen bedingten Ausgleichszahlungen, die
- 19 ausnahmslos aus Steuermitteln finanziert werden müssen.
- 20 • deutliche Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze,
- 21 • keine Finanzierung über Aktienfonds

Antrag S03: Weiterentwicklung der gesetzlichen Rentenversicherung zu einer Erwerbstätigenversicherung

Antragsteller*in:	SPD-Unterbezirk Cuxland
Status:	erledigt durch Annahme von S04 in geänderter Fassung
Empfehlung Antragskommission:	Erledigt durch Annahme von S04 in geänderter Fassung
Sachgebiet:	S - Soziales & Rente

- 1 Der SPD-Bundesvorstand wird aufgefordert, in das nächste Regierungsprogramm die
- 2 Weiterentwicklung der gesetzlichen Rentenversicherung zu einer
- 3 Erwerbstätigenversicherung, in die alle ohne Ausnahme einzahlen, voranzutreiben.

Antrag S04: Weiterentwicklung der gesetzlichen Rentenversicherung zu einer Erwerbstätigenversicherung

Antragsteller*in:	60 plus Bundeskonferenz Bund (Parteizentrale)
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung Antragskommission:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	S - Soziales & Rente

1

2 Ziel sozialdemokratischer Rentenpolitik ist die Sicherung des Lebensstandards im
3 Alter. Grundlage einer starken Rentenversicherung ist ein guter Arbeitsmarkt mit
4 gerechten Löhnen, flächendeckender Tarifbindung und einem hohen Beschäftigungsniveau.
5 Die gesetzliche Rente ist für uns die starke Basis der Alterssicherung. Sie wollen
6 wir ausbauen und gerechter machen.

7 Das Rentenniveau wollen wir als ersten Schritt in der schwarz-roten Koalition auf
8 mindestens 48% bis 2031 sichern. Lebensstandardsicherung im Alter muss auch für
9 kleine und mittlere Einkommen machbar und erreichbar sein. Die betriebliche
10 Altersvorsorge wollen wir dafür verbindlicher machen und fördern. Die Grundrente
11 wollen wir armutsfest weiter entwickeln.

12 Unser Ziel in einer von der Bundesregierung eingesetzten Rentenkommission ist, dass
13 auch grundlegende Gerechtigkeitsfragen der Alterssicherungspolitik behandelt werden.
14 Die SPD will die gesetzliche Rentenversicherung zu einer Erwerbstätigenversicherung
15 weiterentwickeln, in die alle ohne Ausnahme einzahlen. Gerade in ökonomisch und
16 demographisch fordernden Zeiten ist die Solidarität aller gefragt.

Antrag S05: Anpassung der Rentenformel für eine gerechte Rente

Antragsteller*in:	SPD-Landesorganisation Hamburg
Status:	überwiesen
Empfehlung Antragskommission:	Überweisung an SPD-Parteivorstand - Sozialstaatskommission
Sachgebiet:	S - Soziales & Rente

- 1 Aufgabe einer sozialdemokratischen Rentenpolitik muss es sein, die Rentenformel an
- 2 die jetzige und künftige Gesellschaft anzupassen. Sozialpolitische Zielsetzung eines
- 3 gesetzlichen Alterssicherungssystems darf nicht nur die Vermeidung von Altersarmut
- 4 sein.
- 5 Generationsgerechtigkeit bedeutet vor allem, dass die Beitragszahler bereits in
- 6 jungen Jahren darauf vertrauen können, im Versicherungsfall eine Altersversorgung zu
- 7 erhalten, die einen gesellschaftlichen und sozialen Abstieg im Alter ausschließt. Es
- 8 muss der Grundsatz gelten, dass jahrzehntelange Arbeit auch ein angemessenes Leben im
- 9 Alter ermöglicht.
- 10 Es ist falsch, den Wert der Arbeit nur nach der Höhe des erzielten Einkommens zu
- 11 bewerten. Der mit der Rentenreform 1992 abgeschaffte Zeitfaktor muss daher wieder bei
- 12 der Berechnung der individuellen Rente berücksichtigt werden.
- 13 Auch im Hinblick auf eine Erwerbstätigenversicherung zeigt das Beispiel Österreich,
- 14 dass die Einbeziehung der Beamtenversorgung in die soziale Alterssicherung nur
- 15 gelingen kann, wenn die soziale Rentenversicherung ähnliche Bedingungen bzw.
- 16 Berechnungsgrundlagen wie die Beamtenversorgung hat.
- 17 Statt immer neue Ausnahmeregelungen zu schaffen, wäre zu prüfen, ob es nicht
- 18 gerechter ist, z.B. das Drittel der persönlichen Entgeltpunkte für die Beitragszeiten
- 19 mit der geringsten Bewertung auf den Durchschnitt der persönlichen Entgeltpunkte
- 20 anzuheben.

Antrag S06: Erhöhung der Grundrente und des Grundrentenfreibetrags

Antragsteller*in:	SPD-LV Sachsen-Anhalt
Status:	erledigt durch Annahme von S04 in geänderter Fassung
Empfehlung Antragskommission:	Erledigt durch Annahme von S04 in geänderter Fassung
Sachgebiet:	S - Soziales & Rente

- 1 Die SPD Sachsen-Anhalt setzt sich für eine armutsfeste Rente ein.

Antrag S07: Rente nach Beitragsjahren reformieren

Antragsteller*in:	AGS Vorstand Bund (Parteizentrale)
Status:	überwiesen
Empfehlung Antragskommission:	Überweisung an SPD-Parteivorstand - Sozialstaatskommission
Sachgebiet:	S - Soziales & Rente

- 1 Die SPD setzt sich bei der Erarbeitung einer Rentenreform dafür ein, dass der
- 2 Renteneintritt der zukünftigen Altersrente vorrangig nach Beitragsjahren und nicht
- 3 wie bisher nach dem Lebensalter erfolgt.

Antrag S08: Hinzuverdienstgrenzen bei Witwen-/Witwerrente streichen

Antragsteller*in:	SPD-Landesorganisation Hamburg
Status:	erledigt durch SPD-Regierungsprogramm 2025 und Koalitionsvertrag 2025
Empfehlung Antragskommission:	Erledigt durch SPD-Regierungsprogramm 2025 und Koalitionsvertrag 2025
Sachgebiet:	S - Soziales & Rente

- 1 Dass die SPD-Bundestagsfraktion und die sozialdemokratischen Mitglieder der
- 2 Bundesregierung aufgefordert werden, zu prüfen, ob die Hinzuverdienstgrenzen der
- 3 Witwen- und Witwerrente zu streichen sind.

Antrag S09: Soziale Gerechtigkeit als Herzstück der SPD erneuern

Antragsteller*in:	Migration und Vielfalt Bundeskonferenz Bund (Parteizentrale)
Status:	überwiesen
Empfehlung Antragskommission:	Überweisung an SPD-Parteivorstand für Grundsatzprogramm-Prozess
Sachgebiet:	S - Soziales & Rente

1 Das Ergebnis der Bundestagswahl ist das schlechteste in der Geschichte unserer
2 Partei. Keine einfache einmalige Niederlage, die man abhakt. Um uns wieder als
3 Volkspartei zu etablieren, ist es erforderlich, grundlegende Veränderungen in unserer
4 Struktur, Programmatik und Führung einzuleiten. Soziale Gerechtigkeit,
5 Chancengleichheit und die Stärkung der Demokratie müssen im Zentrum unserer Agenda
6 stehen.

7 Thematische Polarisierung auf Geflüchtete oder andere Schwächere spaltet statt zu
8 einen. Unsere große Schwäche war es, dass wir unzureichende Antworten auf die
9 sozialen Fragen unserer Zeit gegeben und die Diskussionen auf diese Themen gelenkt
10 haben.

11

12 Der Bundesparteivorstand wird beauftragt, eine sozialpolitische Offensive unter dem
13 Leitmotiv „Solidarischer Sozialstaat 2030“ zu initiieren. Ziel ist es, konkrete
14 politische Vorhaben zu entwickeln, die das Leben für die Mehrheit der Menschen
15 bezahlbar machen – etwa durch Begrenzung der Mietkosten, gerechte Steuerpolitik und
16 konsequente Entlastung unterer und mittlerer Einkommen. Die Themen sollen im Rahmen
17 bundesweiter „Zukunftsforen soziale Gerechtigkeit“ gemeinsam mit Mitgliedern,
18 Fachleuten und Betroffenen diskutiert werden – ohne Rücksichtnahme auf
19 Koalitions Grenzen.

20 Bis Ende 2026 sollen sozialdemokratische Antworten auf die drängendsten sozialen
21 Fragen der Bevölkerung erarbeitet und sichtbar kommuniziert werden.

Antrag S10: Streichung der Beitragsbemessungsgrenzen der Sozialversicherungen

Antragsteller*in:	OV Dresden-West
Status:	überwiesen
Empfehlung Antragskommission:	Überweisung an SPD-Parteivorstand - Sozialstaatskommission
Sachgebiet:	S - Soziales & Rente

- 1 Beitragsbemessungsgrenzen für die Berechnung der Zahlungen in die Sozialversicherung
- 2 werden aufgehoben. Damit wird sichergestellt, dass die Zahlungen der Beiträge für
- 3 Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung gerecht auf der Grundlage des tatsächlichen
- 4 in der Bundesrepublik erzielten Einkommens berechnet und gezahlt werden.

Antrag S11: Die Sonderregelung zur Antragsfrist für Leistungen nach § 37 SGB II verlängern!

Antragsteller*in:	SPD-Landesverband Berlin
Status:	überwiesen
Empfehlung Antragskommission:	Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion
Sachgebiet:	S - Soziales & Rente

- 1 Die sozialdemokratischen Mitglieder des Bundestages, die Mitglieder des Berliner
- 2 Abgeordnetenhauses und der Senat sollen sich dafür einsetzen, dass die Sonderregelung
- 3 zur Antragsfrist für Leistungen nach § 37 Absatz 2 Satz 3 SGB II wieder eingeführt
- 4 wird.

Antrag S12: Vielfalt und Inklusion stärken – Staatsminister für Inklusion und Partizipation neben dem Staatsminister für Migration, Flüchtlinge und Integration berufen

Antragsteller*in:	Arbeitsgemeinschaft Selbst Aktiv
Status:	überwiesen
Empfehlung Antragskommission:	Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion
Sachgebiet:	S - Soziales & Rente

- 1 Analog dem Staatsminister / der Staatsministerin für Migration, Flüchtlinge und
2 Integration wird die SPD sich dafür einsetzen, gleichrangig die Stelle eines
3 Staatsministers / einer Staatsministerin für Inklusion und Gesellschaftliche Teilhabe
4 behinderter und nicht-behinderter Menschen zu schaffen. Diese Aufgabe soll von einem
5 behinderten Menschen direkt wahrgenommen werden, der in der aktiven politischen
6 Behindertenszene verankert ist und von ihr getragen wird. Er hat sowohl die Aufgabe,
7 die Politik der Bundes- und Landesregierung einzubringen und zu koordinieren, aber
8 auch die Interessen und Belange behinderter Menschen mit- und gegenüber der Politik
9 einzubringen.
- 10 Dies als Weiterentwicklung der partizipativ begründeten Definition für Beauftragte:
11 „Staatsminister/Staatsministerinnen für besondere Zielgruppen haben die Aufgabe, die
12 Interessen und Belange, hier von Menschen mit Behinderungen, gegenüber Politik und
13 Verwaltung einzubringen und sind ein Element direkter Beteiligung, anstatt anonymer
14 Großbürokratien.“ Ebenfalls ist es ein klares Signal, politisch nicht- oder
15 unterrepräsentierte Bevölkerungsgruppen als Teil der Gesellschaft zu verankern und
16 den Lebensstil in Deutschland und Europa, eine Gesellschaft von Vielfalt und
17 Inklusion, darzustellen, aber auch konkret zu leben.
- 18 Wir beschließen damit, die Aussage unserer derzeitigen Bundeskanzlers Olaf Scholz
19 beim Global Disability Summit Anfang April laut dpa: „Diese reichen von Ausbildung
20 und Beruf über die Gesundheitsversorgung bis hin zur politischen Teilhabe und dem
21 Zugang zu modernen Technologien.“ Im Sinne einer Gesellschaft von Vielfalt, Inklusion
22 und Teilhabe setzen wir einen deutlichen Akzent für eine inklusive Gesellschaft

Antrag S13: Übergangsfristen des Barrierefreiheitsstärkungsgesetz (BFSG) auf reale Bedarfe anpassen.

Antragsteller*in:	Arbeitsgemeinschaft Selbst Aktiv
Status:	überwiesen
Empfehlung Antragskommission:	Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion
Sachgebiet:	S - Soziales & Rente

- 1 § 38 Übergangsbestimmungen Abs. 2 des BFSG ändern in:
- 2 (2) Selbstbedienungsterminals, die von den Dienstleistungserbringern vor dem 28. Juni
- 3 2025 zur Erbringung von Dienstleistungen unter Einhaltung der geltenden gesetzlichen
- 4 Regelungen eingesetzt werden, dürfen bis zum Ende ihrer wirtschaftlichen
- 5 Nutzungsdauer, aber nicht länger als **sechs** Jahre nach ihrer Ingebrauchnahme, statt
- 6 der vorgesehenen 15 Jahren, weiter zur Erbringung vergleichbarer Dienstleistungen
- 7 eingesetzt werden.

Antrag S14: Einrichtung eines bundesweiten Kontrollmechanismus zur Umsetzung des inklusiven Sports

Antragsteller*in:	Arbeitsgemeinschaft Selbst Aktiv
Status:	überwiesen
Empfehlung Antragskommission:	Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion
Sachgebiet:	S - Soziales & Rente

- 1 In Artikel 30 der UN-Behindertenrechtskonvention, die seit 2009 in Deutschland gilt,
- 2 ist das Recht auf Teilhabe an Kultur, Freizeit und Sport festgehalten. Die konkrete
- 3 Gestaltung des Sports obliegt den Sportverbänden, -bünden und -vereinen auf Bundes-/
- 4 Landes- und kommunaler Ebene. Es bedarf jedoch eines übergeordneten Kontrollgremiums,
- 5 welches die formulierten Ziele, Kriterien und Maßnahmen für eine inklusive
- 6 Sportlandschaft auf allen Ebenen regelmäßig auf ihre Inhalte und Umsetzung überprüft.
- 7 Die AG Selbst Aktiv fordert eine vom Bund finanzierte und organisierte regelmäßige
- 8 Inklusionskonferenz Sport, auf der qualitativ messbare Maßnahmen beschlossen werden
- 9 und stetig über deren Umsetzung berichtet wird.

Antrag S15: Der Fall Marcell Jansen - Neue Unfallverhütungsvorschrift für Profisport

Antragsteller*in:	SPD-LV Sachsen-Anhalt
Status:	überwiesen
Empfehlung Antragskommission:	Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion
Sachgebiet:	S - Soziales & Rente

- 1 Die SPD soll sich dafür stark machen, dass eine neue Unfallverhütungsvorschrift für
- 2 Sport eingeführt wird. In dieser soll geregelt werden, dass die Abfindungsansprüche
- 3 von Sportler:innen, speziell im Profisport, reduziert werden. Die Forderung der
- 4 Vereine, dass Hobbysportler:innen, die weniger als 520 Euro pro Monat bekommen, von
- 5 der Pflichtversicherung auszunehmen, soll explizit ausgeschlossen werden. Zusätzlich
- 6 sollen Profivereine durch höhere Sätze bei der gesetzlichen Unfallversicherung und
- 7 damit an die Berufsgenossenschaft zahlen. Damit soll verhindert werden, dass die
- 8 Ausgaben für verletzte Profis nicht die Einnahmen der Berufsgenossenschaft
- 9 übersteigen und die Berufsgenossenschaften anderer Berufssparten einspringen müssen.

Antrag S16: Altenhilfe nach §71 SGB XII: Einheitlich anwenden und verbindlich umsetzen

Antragsteller*in:	60 plus Bundeskonferenz Bund (Parteizentrale)
Status:	überwiesen
Empfehlung Antragskommission:	Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion und SPD-Landtagsfraktionen
Sachgebiet:	S - Soziales & Rente

- 1 Altenhilfe ist eine Sollvorschrift und damit keine Pflichtaufgabe der Landkreise und
- 2 kreisfreien Städte. Altenhilfeplanung muss deshalb im Rahmen integrierter
- 3 Planungsansätze bundesweit landesrechtlich verbindlich gemacht werden

Antrag S17: Weiterentwicklung der quartiersbezogenen kommunalen Altenhilfe

Antragsteller*in:	60 plus Bundeskonferenz Bund (Parteizentrale)
Status:	überwiesen
Empfehlung Antragskommission:	Überweisung an SPD-Landtagsfraktionen
Sachgebiet:	S - Soziales & Rente

- 1 Die SPD-Landtagsfraktionen und der SPD-Parteivorstand werden aufgefordert, sich für
- 2 eine Weiterentwicklung und Qualifizierung der quartiersbezogenen Altenhilfe
- 3 entsprechend den Empfehlungen des „Deutschen Vereins für öffentliche und private
- 4 Fürsorge e.V.“ zur Umsetzung 11 des § 71 Sozialgesetzbuch (SGB) XII vom 20. März 2024
- 5 einzusetzen.

Antrag S18: Altenhilfestrukturen in den Ländern

Antragsteller*in:	60 plus Bundeskonferenz Bund (Parteizentrale)
Status:	überwiesen
Empfehlung Antragskommission:	Überweisung an SPD-Landtagsfraktionen
Sachgebiet:	S - Soziales & Rente

- 1 Die SPD-Landtagsfraktionen und der SPD-Parteivorstand werden aufgefordert sich dafür
- 2 einzusetzen, dass in den Ländern ein Altenhilfestrukturen Gesetz verabschiedet wird.

Antrag S19: Altenhilfe SGB XII, §71

Antragsteller*in:	60 plus Bundeskonferenz Bund (Parteizentrale)
Status:	überwiesen
Empfehlung Antragskommission:	Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion
Sachgebiet:	S - Soziales & Rente

- 1 Die SPD-Bundestagsfraktion setzt sich dafür ein, dass die Altenhilfe einen
- 2 gleichwertigen Anspruch wie die Jugendhilfe erhält. Hierzu bedarf es einer Änderung
- 3 im Sozialgesetzbuch XII (SGB XII). Im SGB XII, § 71 wird das Wörtchen „soll“ durch
- 4 das Wörtchen „muss“ ersetzt.

Antrag S20: Finger weg von der Rentenversicherung

Antragsteller*in:	60 plus Bundeskonferenz Bund (Parteizentrale)
Status:	überwiesen
Empfehlung Antragskommission:	Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion
Sachgebiet:	S - Soziales & Rente

- 1 Die AG 60 Plus in der SPD hält es für grundsätzlich falsch im Zuge der
- 2 Haushaltsplanungen für 2025 den Bundeszuschuss für die RV- Bund erneut um 2 Mrd. Euro
- 3 zu kürzen. Mit den geplanten und bereits beschlossenen mittelfristigen Einsparungen
- 4 in Höhe von rund 8,8 Mrd. Euro seit 2021 wird zusätzlich das Vertrauen in die
- 5 Leistungsfähigkeit des entscheidenden Elements der Altersversorgung der übergroßen
- 6 Mehrheit der Bevölkerung unterminiert ohne verbesserte Lösungen für die Ausgestaltung
- 7 einer auskömmlichen, armutsfesten Rente aufzuzeigen.
- 8 Im Grunde handelt es sich letztlich um eine Taschenspielerlei: Mit der Kürzung des
- 9 Bundeszuschusses wird faktisch auf die Rücklagen der Rentenversicherung
- 10 zurückgegriffen, die diese für die erwartbar steigenden Ausgaben dringend benötigt.
- 11 Höhere Beiträge von Arbeitgebern und Versicherten zum Ausgleich wären die Folge.
- 12 Die AG 60 Plus fordert die SPD- Bundestagsabgeordneten auf sich im Rahmen der
- 13 parlamentarischen Haushaltsberatungen für die Rücknahme der Kürzungen einzusetzen.

Antrag S21: Inflationsausgleich für Rentnerinnen und Rentner

Antragsteller*in:	60 plus Bundeskonferenz Bund (Parteizentrale)
Status:	überwiesen
Empfehlung Antragskommission:	Überweisung an SPD-Parteivorstand - Sozialstaatskommission
Sachgebiet:	S - Soziales & Rente

- 1 Die Bundeskonferenz der AG 60 plus fordert den SPD-Parteivorstand und die SPD-
2 Bundestagsfraktion auf, sich im Bundestag und Bundesrat für einen Inflationsausgleich
3 für Rentnerinnen und Rentnern im Rahmen der Gleichbehandlung mit den Beschäftigten
4 einzusetzen.
- 5 Wie bekannt können Arbeitgeber ihren Beschäftigten noch bis Ende 2024 die sogenannte
6 Inflationsausgleichsprämie (IAP) als Leistung zur Abmilderung der Inflation gewähren
7 – steuerfrei bis zu einem Betrag von 3.000 Euro. Der Tarifabschluss ÖD (sowie Bund)
8 sieht eine analoge Regelung für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst vor. Die
9 einzelnen Länder übernehmen den Ausgleich auch auf die Beamtinnen und Beamte sowie
10 deren Versorgungsempfänger und setzen damit auch ein Zeichen der Wertschätzung
11 gegenüber ihren Beschäftigten und Versorgungsempfängern.
- 12 Die Bundeskonferenz der AG 60 missbilligt, dass bei den Versicherten der DRV von
13 einer entsprechenden Gleichbehandlung sowie der dann nötigen Übertragung eines
14 solchen Inflationsausgleiches nichts zu verspüren ist, und dass Verhandlungen und
15 Diskussionen ohne positive Entscheidungen verliefen.
- 16 Darum wollen wir einen neuen Impuls gegenüber den politischen Verantwortlichen geben.
17 Wir wollen das Thema erneut auf die Tagesordnung setzen und im Sinne der Rentnerinnen
18 und Rentnern dafür sorgen, dass auch für sie eine positive Regelung herbeigeführt
19 wird.

Antrag St01: Schaffung eines umfassenden Vorkaufsrechts für Städte und Gemeinden!

Antragsteller*in:	SPD-Bezirk Hessen-Nord
Status:	überwiesen
Empfehlung Antragskommission:	Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion
Sachgebiet:	St - Stadtentwicklung, Mieten, Bauen, Wohnen, Kommunales

- 1 Die Bundestagsfraktion der SPD wird aufgefordert, darauf hinzuwirken, dass den
- 2 Städten und Gemeinden im Baugesetzbuch ein umfassendes Vorkaufsrecht für alle
- 3 Grundstücke in den im Zusammenhang bebauten Ortsteilen oder in beplanten Gebieten
- 4 eingeräumt wird, um die Kommunen in die Lage zu versetzen, Bauinteressenten
- 5 Baugrundstücke zu einem angemessenen Preis zur Verfügung zu stellen und um in das
- 6 Eigentum von Flächen zu gelangen, die sie zur Erfüllung ihrer vielfältigen
- 7 öffentlichen Aufgaben dringend benötigen. Darüber hinaus führt ein derart erweitertes
- 8 Vorkaufsrecht zur Eindämmung der Spekulation mit zur Bebauung benötigten
- 9 Grundstücken.

Antrag St02: Stärkung kommunaler Vorkaufsrechte

Antragsteller*in:	OV Hannover Oststadt/ Zoo
Status:	überwiesen
Empfehlung Antragskommission:	Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion
Sachgebiet:	St - Stadtentwicklung, Mieten, Bauen, Wohnen, Kommunales

- 1 Die Regelung des § 26 Nr.4 BauGB, nach welcher kommunale Vorkaufsrechte, die an sich
- 2 vorgesehen sind, weitgehend ausgeschlossen werden, wird aufgehoben.

Antrag St03: Vereinfachung des Baugebots!

Antragsteller*in:	SPD-Bezirk Hessen-Nord
Status:	überwiesen
Empfehlung Antragskommission:	Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion
Sachgebiet:	St - Stadtentwicklung, Mieten, Bauen, Wohnen, Kommunales

- 1 Die Bundestagsfraktion der SPD wird aufgefordert, darauf hinzuwirken, dass den
- 2 Städten und Gemeinden im Baugesetzbuch die Möglichkeit eröffnet wird, durch kommunale
- 3 Satzung Gebiete festzulegen, in denen ein Baugebot besteht, um der bestehenden
- 4 Wohnraumknappheit entgegenzuwirken sowie der Bodenspekulation und der damit
- 5 verbundenen Verteuerung der Schaffung neuen Wohnraums Einhalt zu gebieten.

Antrag St04: Genehmigungsverfahren vereinfachen, mehr Wohnraum schaffen - Anpassung der Geschossflächenzahl (GFZ) an heutige Bedürfnisse

Antragsteller*in:	SPD-Landesorganisation Hamburg
Status:	überwiesen
Empfehlung Antragskommission:	Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion
Sachgebiet:	St - Stadtentwicklung, Mieten, Bauen, Wohnen, Kommunales

- 1 Der Bundesparteitag möge beschließen: Es soll geprüft werden, ob die Gültigkeit von §
- 2 20 der Baunutzungsverordnungen von 1962, 1966 und 1977 für obsolet erklärt werden und
- 3 der aktuell gültige § 20 Baunutzungsverordnung als rechtskräftige
- 4 Beurteilungsgrundlage benannt werden kann.

Antrag St05: Ein Zuhause als Basis für gesellschaftliche Partizipation schaffen. Wohnen als die soziale Frage auch für Menschen mit Behinderung.

Antragsteller*in:	Arbeitsgemeinschaft Selbst Aktiv
Status:	überwiesen
Empfehlung Antragskommission:	Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion
Sachgebiet:	St - Stadtentwicklung, Mieten, Bauen, Wohnen, Kommunales

- 1 Die Bundesregierung wird durch die SPD, als eine sie tragende Säule aufgefordert,
- 2 sich wieder verstärkt für Gemeinde getragenen Wohnraum einzusetzen und entsprechende
- 3 Gesellschaftsgründungen oder bereits entstehende Projekte fördern.
- 4 Projekte wie sie z.B. im „Südstädter Dreieck“ in Hannover verwirklicht wurden.
- 5 Hier sind wichtige Entwicklungen des inklusiven Wohnungsbaus zeithistorisch
- 6 nachvollziehbar und bis heute in Nutzung.
- 7 So wissen wir, woher wir kommen und wohin wir wollen.
- 8 Dieses Ziel vor Augen ergibt sich:
- 9 Wohnen ist eine der wichtigsten sozialen Fragen für umfassende Teilhabe. Daher sind
- 10 diesbezügliche Programme zu schaffen und zu forcieren.
- 11 Eingriffsmöglichkeit durch auskömmliche Förderungen in einem entsprechenden Programm
- 12 soll die Bundesebene ermächtigen Spezialwohnraum für Menschen mit Behinderung,
- 13 barrierefrei nach DIN 18040-2, in seiner Realisierung zu begünstigen.
- 14 Für diese barrierefreien Wohnungen soll es eine festgelegte Quote geben, die sich auf
- 15 die Gesamtheit der zu schaffenden Sozialwohnungen geben.

Antrag St06: Sozialdemokratische Wohnungspolitik - Mieten stabilisieren - Planungssicherheit geben - Wohnraum erhalten

Antragsteller*in:	SPD-Landesverband Berlin
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung Antragskommission:	Annahme in geänderter Fassung
Auf diesen Antrag verweisende Anträge:	St10, St11, St13, St15
Sachgebiet:	St - Stadtentwicklung, Mieten, Bauen, Wohnen, Kommunales

1 I. Sozialdemokratische Wohnungspolitik: Bezahlbaren Mietwohnraum auf Dauer

1. Ziel der SPD ist es, bezahlbaren und barrierefreien Wohnraum auf Dauer zu schaffen und zu erhalten. Deswegen unterstützen wir die Einführung der neuen Wohngemeinnützigkeit auf Bundesebene. Sie soll im nächsten Schritt mit gezielter und wirksamer Förderung - wie Investitionskostenzuschüssen oder einer reduzierten Umsatzsteuer auf Bauvorhaben und Sanierungen - verbunden werden.
2. Wir werden kommunale Wohnungsbaugesellschaften und genossenschaftliches Bauen durch spezielle Förderprogramme sowie die Bereitstellung von Bauland weiter stärken, da sie bezahlbaren Wohnraum auf Dauer und nicht nur während des Zeitraums von Belegungsbindungen der sozialen Wohnraumförderung anbieten.
3. Wir setzen uns dafür ein, dass Städte und Gemeinden wieder ein wirksames Vorkaufsrecht anwenden können – also das Recht, Immobilien zu kaufen, bevor sie an private Investoren verkauft werden. Dabei soll der Kaufpreis nicht spekulativ überhöht sein, sondern sich am sozialen Nutzen orientieren – etwa daran, wie viel mit fairen Mieten erwirtschaftet werden kann. So wollen wir verhindern, dass Wohnraum zum Spekulationsobjekt wird, und gleichzeitig bezahlbares Wohnen sichern. Der Umwandlungsschutz nach § 250 BauGB muss dauerhaft entfristet werden und für alle Bundesländer gelten.
4. Die KfW soll ein mit Länderprogrammen ergänzbares Förderkreditprogramm für Wohnungsankäufe durch kommunale Gesellschaften und Genossenschaften auflegen, um kommunal die Chance zu stärken, weiteren Wohnraum auf Dauer im gemeinwohlorientierten Bestand zu sichern.
5. Eine Reform der Modernisierungumlage soll den umlagefähigen Prozentsatz auf die Jahresmiete deutlich herabsetzen. Auch der umlagefähige Höchstsatz innerhalb von sechs Jahren nach einer Vollsanierung ist zu reduzieren. Gleiches soll analog für Teilsanierungen gelten. Die Modernisierungumlage muss künftig enden, wenn die Kosten Modernisierung abbezahlt sind.

29 II. Mietwucher bekämpfen, Mietspiegel und Mietpreisbremse stärken, Gemeinnütziges 30 Wohneigentum ermöglichen

- 31 1. Die Mietpreisbremse soll bis Ende des Jahres 2029 verlängert werden. Zugleich
32 sollen Länder die Möglichkeit erhalten, darüber hinausgehende eigenständige

33 Regelungen zu treffen, um in extrem angespannten Wohnungsmärkten Mieterhöhungen
34 noch stärker zu begrenzen.

35 2. Wir brauchen eine echte Reform des Mietspiegels. Wir fordern eine Verlängerung
36 des Bindungszeitraums des Mietspiegels sowie eine Verlängerung des
37 Betrachtungszeitraums auf bis zu 10 Jahre. Alle Wohnungen, auch öffentlich
38 geförderte und alle Bestandswohnungen müssen in die Erhebung und Berechnung
39 einfließen. Ebenso dürfen Mieten, die über der Mietpreisbremse liegen und somit
40 rechtswidrig sind, nicht in die Erhebung einfließen.

41 3. Wir fordern eine Reform der Kappungsgrenze. In angespannten Wohnungsmärkten
42 soll
43 die Kappungsgrenze von 15 Prozent Mieterhöhung innerhalb von drei Jahren auf
44 maximal 11 Prozent gesenkt werden.

45 4. Wir fordern eine umfassende Gesetzesänderung für Zeit-Mietverträge, die
46 sicherstellt, dass Wohnungen auf Zeit nicht von der Mietpreisbremse ausgenommen
47 sind. Dies würde eine gerechte Mietpreisregulierung gewährleisten und
48 verhindern, dass Vermieter*innen von Wohnungen auf Zeit unangemessen hohe
49 Mieten
50 verlangen können.

51 5. Wir fordern klare und faire Richtlinien für die Berechnung von Zuschlägen für
52 möblierte Wohnungen, um Mieter*innen vor überhöhten Mietpreisen zu schützen.
53 In solchen Richtlinien ist zugleich eine Deckelung des Möblierungszuschlags
54 vorzusehen.

55 6. Wir unterstützen den Vorschlag der SPD-Bundestagsfraktion, den zahnlosen
56 Mietwucherparagrafen zu reformieren und Beweisprobleme zu entschärfen.
57 Insbesondere soll das Kriterium des „Ausnutzens“, durch ein objektives
58 Angemessenheitskriterium ersetzt werden und der Bußgeldrahmen auf 100.000 Euro
59 erhöht werden. Dabei ist zu prüfen, ob auch die Wohnungsämter und Jobcenter bei
60 der Verfolgung von Mietwucher stärker in die Pflicht genommen werden können.

61 7. Wir fordern eine Reform der Eigenbedarfskündigung: Diese solle künftig nur für
62 Eigentümerinnen und Eigentümer und Angehörige ersten Grades möglich sein. Die
63 Kosten der Wohnungssuche und des Umzugs sollen zulasten der
64 Vermieter:innenseite gehen. Eigenbedarfskündigung darf nur zu Wohnzwecken
65 erfolgen. Bei missbräuchlicher Eigenbedarfskündigung steht Mieter:innen
66 Schadensersatz zu.

67 8. Wir fordern eine Reform des Kündigungsschutzes bei Mietverträgen für Wohnraum
68 über eine Ausdehnung der gesetzlichen Kündigungsfrist von Vermieterseite in
69 angespannten Wohnungsmärkten von mindestens drei auf mindestens sechs Monate
70 sowie eine Ausweitung der Heilungswirkung von Schonfristzahlungen auch auf
71 ordentliche Kündigungen.

72 9. Wir fordern ein Verbot für den Abschluss von neuen Index- und
73 Staffelmietverträgen über Wohnraum.

- 74 10. Wir fordern die Ausweitung des sozialen Mietrechts auf Gewerbetreibende in
75 Ländern und Kommunen mit angespannten Mietmärkten. Dazu gehören ein effektiver
76 Kündigungsschutz und eine Begrenzung zulässiger Mieterhöhungen sowie die
77 Einführung eines Gewerbemietpreises.
78

Antrag St07: Die Landes-AG60plus fordert, dass der soziale und altersgerechte Wohnungsbau sowie das Mehrgenerationswohnen gestärkt wird.

Antragsteller*in:	60 plus Bundeskonferenz Bund (Parteizentrale)
Status:	erledigt durch SPD-Regierungsprogramm 2025
Empfehlung Antragskommission:	Erledigt durch SPD-Regierungsprogramm 2025
Sachgebiet:	St - Stadtentwicklung, Mieten, Bauen, Wohnen, Kommunales

- 1 Der Landesvorstand der AG 60 plus von Sachsen-Anhalt fordert, dass der soziale
- 2 Wohnungsbau landes- und bundesweit gestärkt wird, um breiten Bevölkerungsschichten
- 3 angemessenen und bezahlbaren Wohnraum zu verschaffen.
- 4 Sozialer Wohnungsbau ist als Gemeinschaftsaufgabe von Bund, Ländern, Landkreisen und
- 5 Kommunen zu stärken. Er umfasst neben dem Mietwohnungsbau und dem Kauf von
- 6 Belegungsrechten auch die Wohneigentumsbildung für einkommensschwache
- 7 Bevölkerungsschichten. Des Weiteren sind altengerechter und barrierefreier Umbau
- 8 sowie energetische Sanierungsmaßnahmen zu fördern.
- 9 Die Mietpreisbindungsfristen für geförderten Wohnraum sind angemessen zu verlängern,
- 10 um nachhaltig bezahlbar Mieten zu gewährleisten, Fehlbelegungen sozialer Wohnungen
- 11 sind zu vermeiden und die dazu notwendigen wirksamen Kontrollmechanismen zu schaffen.
- 12 Wir wollen langfristig ein Eigentumsmodell erreichen, bei dem der Gewinn aus
- 13 Bodenwertsteigerungen nicht bei Immobilieneigentümer*innen und Spekulanten verbleibt,
- 14 sondern den Gemeinden zu Gute kommt. Hierfür soll der Grund und Boden und die Bau-
- 15 und Nutzungsrechte anschließend nur noch in Erbpacht- oder ähnlichen Modellen
- 16 vergeben werden.
- 17 Das Bundesbaugesetz und die Länderbaugesetze sind dahingehend zu ergänzen, dass
- 18 Neubauten grundsätzlich nur noch barrierefrei errichtet werden.
- 19 Darüber hinaus sollte die Anhebung der Förderung von gemeinschaftlichen Wohnformen –
- 20 Mehrgenerationenwohnen, Wohngemeinschaften, genossenschaftliches und betreutes Wohnen
- 21 erfolgen.

Antrag St08: Mietenstopp

Antragsteller*in:	OV Hannover Oststadt/ Zoo
Status:	überwiesen
Empfehlung Antragskommission:	Überweisung an SPD-Parteivorstand für Grundsatzprogramm-Prozess
Sachgebiet:	St - Stadtentwicklung, Mieten, Bauen, Wohnen, Kommunales

- 1 Der Bundesgesetzgeber führt einen Mietenstopp ein, der entsprechend des Berliner
- 2 Gesetzes zur Mietenbegrenzung im Wohnungswesen vom 11.02.2020 im BGB entsprechende
- 3 Regelungen einführt, die sowohl u.a. einen Mietenstopp mit Genehmigungsvorbehalt
- 4 vorsehen als auch einen Tatbestand für Ordnungswidrigkeiten für die Erhebung
- 5 überhöhter Mieten und weiterer Gesetzesverstöße.

Antrag St09: Begrenzung der Mieterhöhungen bei landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften

Antragsteller*in:	020 SPD-Kreis Friedrichshain-Kreuzberg
Status:	nicht befasst
Empfehlung Antragskommission:	Nichtbefassung
Sachgebiet:	St - Stadtentwicklung, Mieten, Bauen, Wohnen, Kommunales

- 1 • Die landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften werden verpflichtet, ab dem
- 2 01.01.2026 die jährlichen Mieterhöhungen auf maximal 2 Prozent pro Jahr und pro
- 3 Wohnung zu begrenzen.
- 4 • Die bestehende Regelung, die Mieterhöhungen von bis zu 11 Prozent alle drei
- 5 Jahre erlaubt, wird aufgehoben.
- 6 • Für einkommensstärkere Haushalte wird die mittelbare Fehlbelegungsabgabe
- 7 eingeführt.

Antrag St10: Betrachtungszeitraum des Mietspiegels erweitern!

Antragsteller*in:	020 SPD-Kreis Friedrichshain-Kreuzberg
Status:	erledigt durch Annahme St06 in geänderter Fassung
Empfehlung Antragskommission:	Erledigt durch Annahme St06 in geänderter Fassung
Sachgebiet:	St - Stadtentwicklung, Mieten, Bauen, Wohnen, Kommunales

- 1 1. Die Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion werden aufgefordert, sich für die
2 Verlängerung des Betrachtungszeitraumes einzusetzen, der für die Berechnung der
3 ortsüblichen Vergleichsmiete im Mietspiegel herangezogen wird. Statt wie bisher
4 nur Wohnungen zu berücksichtigen, deren Miete in den letzten sechs Jahren neu
5 vereinbart oder geändert wurde, sollen es zukünftig 10 Jahre sein. Zudem soll
6 auch preisgebundener Wohnraum in die Betrachtung einbezogen werden. Dies bedarf
7 einer Änderung bzw. Anpassung des § 558 BGB, Absatz 2, Satz 1.
- 8 2. Der Berliner Senat sowie die Mitglieder der SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus
9 werden aufgefordert, diesbezüglich eine Bundesratsinitiative zu starten bzw.
10 sich dafür einzusetzen.

Antrag St11: Reform des Mietspiegels

Antragsteller*in:	SPD-UB München-Stadt
Status:	erledigt durch Annahme St06 in geänderter Fassung
Empfehlung Antragskommission:	Erledigt durch Annahme St06 in geänderter Fassung
Sachgebiet:	St - Stadtentwicklung, Mieten, Bauen, Wohnen, Kommunales

- 1 Der Parteitag möge beschließen: Die neue Bundesregierung muss dafür sorgen, dass wir
- 2 endlich eine echte Reform des Mietspiegels bekommen. Alle Wohnungen, auch öffentlich
- 3 geförderte und alle Bestandswohnungen müssen in die Erhebung und Berechnung mit
- 4 einfließen! Ebenso dürfen Mieten die über der Mietpreisbremse liegen und somit
- 5 rechtswidrig sind nicht in die Erhebung einfließen

Antrag St12: Streichung § 557b Indexmiete

Antragsteller*in:	SPD-Landesorganisation Hamburg
Status:	überwiesen
Empfehlung Antragskommission:	Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion
Sachgebiet:	St - Stadtentwicklung, Mieten, Bauen, Wohnen, Kommunales

- 1 Wir fordern die SPD Bundestagsfraktion dazu auf, eine gesetzliche Regelung zur
2 Streichung des
3 § 557b BGB Indexmiete zu initiieren. Die weitere Neuvermietung von Wohnraum auf
4 Grundlage eines sog. Indexmietvertrags soll unterbunden werden. Für bestehende
5 Indexmietverträge ist eine Kappung der Mietpreissteigerungsmöglichkeiten auf 2 % pro
6 Jahr vorzusehen. Mit einer Übergangsfrist von 5 Jahren soll ein vollständiger
7 Ausstieg aus der Indexmiete erreicht werden, für die betroffenen Mietverhältnisse
8 gilt dann das allgemeine Mietrecht.

9

Antrag St13: Mietwucher bekämpfen und den Schutz von Mieter*innen stärken!

Antragsteller*in:	020 SPD-Kreis Friedrichshain-Kreuzberg
Status:	erledigt durch Annahme St06 in geänderter Fassung
Empfehlung Antragskommission:	Erledigt durch Annahme St06 in geänderter Fassung
Sachgebiet:	St - Stadtentwicklung, Mieten, Bauen, Wohnen, Kommunales

1 Die SPD-Mitglieder der Bundesregierung und die Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion
2 werden aufgefordert, den Mietwucher nach § 5 Wirtschaftsstrafgesetzes (WiStrG) zu
3 reformieren und den § 5 Abs. 2 WiStrG wie folgt zu ändern:

4 1. Das Tatbestandsmerkmal „infolge der Ausnutzung“ soll durch „bei Vorliegen“
5 ersetzt werden.

6 2. Die Geldbuße für ordnungswidriges Verhalten durch Vermieter*innen soll gemäß §
7 5 Abs. 3 WiStrG von derzeit maximal 50.000 Euro auf maximal 100.000 Euro
8 angehoben werden.

9 Zugleich wird der Berliner Senat aufgefordert, nach Zusammentritt des neuen
10 Bundestages erneut eine Bundesratsinitiative des Landes Berlin mit den benannten
11 Änderungen des § 5 Abs. 2 des WiStrG einzubringen. Die SPD-Fraktion im Berliner
12 Abgeordnetenhaus wird aufgefordert sich für eine entsprechende Bundesratsinitiative
13 einzusetzen.

Antrag St14: Eigenbedarfskündigungen fairer gestalten

Antragsteller*in:	SPD-Landesorganisation Hamburg
Status:	angenommen
Empfehlung Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	St - Stadtentwicklung, Mieten, Bauen, Wohnen, Kommunales

- 1 Der Bundesparteitag möge beschließen:
- 2 Um die Stellung der Mietenden fairer zu gestalten, werden wir § 573 BGB Ordentliche
- 3 Kündigung des Vermieters wie folgt ergänzen:
- 4 (5) Kündigt der Vermieter in den Fällen (2) 2. und 3., steht dem Mieter ein
- 5 außerordentliches Kündigungsrecht zu.

Antrag St15: Entfristung des Umwandlungsvorbehalts nach § 250 BauGB

Antragsteller*in:	020 SPD-Kreis Friedrichshain-Kreuzberg
Status:	erledigt durch Annahme St06 in geänderter Fassung
Empfehlung Antragskommission:	Erledigt durch Annahme St06 in geänderter Fassung
Sachgebiet:	St - Stadtentwicklung, Mieten, Bauen, Wohnen, Kommunales

- 1 Die SPD-Mitglieder der Bundesregierung, die Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion
- 2 sowie der Berliner Senat und die SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus werden
- 3 aufgefordert, auf Bundesebene darauf hinzuwirken, dass der mit dem
- 4 Baulandmobilisierungsgesetz eingeführte Umwandlungsvorbehalt nach §250 BauGB
- 5 entfristet wird, damit das Umwandlungsverbot nach §250 BauGB in Berlin weiterhin
- 6 angewendet werden kann.

Antrag St16: Rechtliche Grauzone schließen: Bestellerprinzip auch für Immobilienscout24 und Co.

Antragsteller*in:	SPD-Landesverband Berlin
Status:	überwiesen
Empfehlung Antragskommission:	Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion und Europa SPD
Sachgebiet:	St - Stadtentwicklung, Mieten, Bauen, Wohnen, Kommunales

- 1 Wir fordern die sozialdemokratischen Mitglieder des Bundestages, der Bundesregierung,
- 2 des Europäischen Parlaments und der Europäischen Kommission dazu auf sich dafür
- 3 einzusetzen, dass das Bestellerprinzip erweitert und auch auf Online-
- 4 Immobilienplattformen, wie Immobilienscout24, angewandt wird.
- 5
- 6 Anbietende Vermieter:innen sollen alle Kosten für die Vermittlung ihrer Immobilien
- 7 und die Kontaktherstellung zwischen ihnen und Mietinteressent:innen tragen. Das
- 8 Geschäftsmodell, das Wohnungssuchende zu kostenpflichtigen Premiummitgliedschaften
- 9 zwingt, alleine um Zugang zu Wohnungsangeboten zu haben, ist zu unterbinden.

Antrag St17: Abschaffung der Grundsteuer-Umlagefähigkeit auf Mieter*innen

Antragsteller*in:	020 SPD-Kreis Friedrichshain-Kreuzberg
Status:	erledigt durch SPD-Regierungsprogramm 2025
Empfehlung Antragskommission:	Erledigt durch SPD-Regierungsprogramm 2025
Sachgebiet:	St - Stadtentwicklung, Mieten, Bauen, Wohnen, Kommunales

- 1 Die SPD-Mitglieder der Bundesregierung und die Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion
- 2 werden aufgefordert sich dafür einzusetzen, die Betriebskostenverordnung (BetrKV)
- 3 dahingehend zu ändern, dass die Grundsteuer künftig nicht mehr auf die Miete umgelegt
- 4 werden kann.
- 5 Der Berliner Senat und die SPD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus wird*n
- 6 aufgefordert, eine entsprechende Bundesratsinitiative einzubringen.

Antrag St18: Gewerbemieten begrenzen – Stadtentwicklung sozial gestalten

Antragsteller*in:	020 SPD-Kreis Friedrichshain-Kreuzberg
Status:	überwiesen
Empfehlung Antragskommission:	Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion
Sachgebiet:	St - Stadtentwicklung, Mieten, Bauen, Wohnen, Kommunales

- 1 Die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung und des Deutschen Bundestags
2 werden aufgefordert, sich für eine bundesgesetzliche Begrenzung von Gewerbemieten
3 einzusetzen. Ziel ist es, eine Verdrängung insbesondere von kleinen Unternehmen sowie
4 sozialen und kulturellen Einrichtungen aus den Innenstädten und den Vierteln zu
5 verhindern und eine vielfältige Stadtentwicklung zu gewährleisten.
- 6 Hierzu soll ein Gewerbemietrecht geschaffen werden, das insbesondere folgende
7 Maßnahmen umfasst:
- 8 1. Einführung einer Gewerbemietpreisbremse: Analog zur Mietpreisbremse im
9 Wohnbereich soll eine Begrenzung von Gewerbemieten eingeführt werden. Dabei darf
10 die Neuvermietung von Gewerberäumen nicht mehr als 10 Prozent betragen.
 - 11 2. Gewerbemietpiegel zur Bestimmung der ortsüblichen Vergleichsmiete: Kommunen
12 sollen verpflichtet werden, regelmäßig Gewerbemietpiegel zu erstellen, um
13 Transparenz über ortsübliche Gewerbemieten herzustellen und die Anwendung der
14 Mietpreisbremse zu erleichtern.
 - 15 3. Kündigungsschutz für Kleingewerbebetreibende: Kleine gewerbliche Mieter*innen,
16 zum Beispiel im Einzelhandel und Handwerk und soziale Einrichtungen sollen einen
17 Anspruch auf eine Verlängerung des Mietverhältnisses erhalten. Vermieter*innen
18 sollen eine Verlängerung nur verweigern oder das Mietverhältnis kündigen können,
19 wenn sie ein schutzwürdiges Interesse daran nachweisen.
 - 20 4. Vorkaufsrecht für Kommunen und gemeinwohlorientierte Träger: Um die spekulative
21 Verdrängung von Gewerbemieter*innen zu verhindern, sollen Kommunen und
22 gemeinwohlorientierte Träger in Lagen mit angespanntem Mietmarkt ein erweitertes
23 Vorkaufsrecht für Gewerbeimmobilien erhalten.
 - 24 5. Härtefallregelungen und Ausnahmen: In besonderen Fällen können Ausnahmen für
25 Eigentümer*innen geregelt werden, wenn eine Begrenzung der Miete eine
26 unzumutbare wirtschaftliche Härte darstellen würde, etwa im Falle von
27 Investitionen. Gleichzeitig müssen Schutzmechanismen gegen missbräuchliche
28 Kündigungen geschaffen werden.

Antrag St19: Soziale Sanierung der “Worst-Performing-Buildings”

Antragsteller*in:	OTF Klimagerechte Wirtschaft
Status:	überwiesen
Empfehlung Antragskommission:	Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion
Sachgebiet:	St - Stadtentwicklung, Mieten, Bauen, Wohnen, Kommunales

- 1 Ob bei Mieten, Nebenkosten, Heizungstausch und Sanierung - die Kosten für Wohnen und
2 die Sorge vor steigenden Wohnkosten treiben die Ängste der Menschen. Schon heute
3 rauben hohe Wohnkosten die Chance auf Konsum oder Altersvorsorge. Gleichzeitig
4 besteht ein hoher Handlungsbedarf bei den Gebäuden, um die Wärmewende zum Erfolg zu
5 führen. Als SPD sollten wir diese Herausforderungen zusammendenken und ein
6 schlagkräftiges Programm für die Sanierung der “Worst-Performing-Buildings”
7 (Effizienzklasse F-H) auflegen. Unser Ziel ist es, durch Sanierung sehr ineffizienter
8 Gebäude massiv Energie und damit Ausbaurkosten für erneuerbare Energien,
9 Spitzenlasterzeuger in Wärmenetzen sowie Stromnetze zu sparen. Damit verbunden wollen
10 wir die Wohnqualität der Bewohner:innen besonders schlechter Gebäude verbessern,
11 unter Wahrung der Warmmietenneutralität. Klimaschutz darf die Bewohner:innen dieser
12 Gebäude nicht schlechter stellen. Die SPD wird sich in Bund, Ländern und Kommunen
13 dafür einsetzen:
- 14 Dass die Sanierung von Worst-Performing-Buildings eingebettet ist in eine
15 Förderstrategie im Gebäudeenergiebereich, die sich an einer möglichst
16 kosteneffizienten CO2-Einsparung im Gebäude orientiert. Dass Fördermittel aus dem
17 neuen Sondervermögen bereitgestellt werden, mittels derer bei Sanierung von Worst-
18 Performing Buildings eine Warmmietenneutralität erreicht wird. Dass eine
19 “warmmietenneutrale Reform” der Modernisierungsumlage kommt, nach Abzahlung einer
20 Sanierung muss die Umlage enden. Dass für kommunale Wohnungsgesellschaften und
21 Wohnungsgenossenschaften unkomplizierte Eigenkapitalzuschüsse bereitgestellt werden.
22 Dass Strategien für die Sanierung der Worst-Performing-Buildings auch in den
23 kommunalen Wärmeplanungen verankert werden.

Antrag St20: Einrichtung eines Förderprogramms von Land und Bund zur energetischen Sanierung sowie Gewährleistung der Barrierefreiheit von Kinder- und Jugendeinrichtungen

Antragsteller*in:	SPD-LV Sachsen-Anhalt
Status:	überwiesen
Empfehlung Antragskommission:	Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion
Sachgebiet:	St - Stadtentwicklung, Mieten, Bauen, Wohnen, Kommunales

- 1 Die SPD möge sich dafür einsetzen, dass
- 2 • die Landesregierung ein Förderprogramm für die Kommunen auf den Weg bringt, mit
- 3 dem Kinder- und Jugendeinrichtungen zukunftsfähig gemacht werden.
- 4 • der Bund sich ebenfalls mit einer separaten Förderstruktur an der Sanierung und
- 5 Umsetzung der Barrierefreiheit in den Kinder- und Jugendeinrichtungen beteiligt.
- 6 • bis zur Umsetzung eines neuen Förderprogramms soll das bestehende
- 7 Bundesförderprogramm „Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport,
- 8 Jugend und Kultur“ fortgesetzt werden.

Antrag StFi01: Wiedereinsetzung der Vermögenssteuer

Antragsteller*in:	SPD-Landesorganisation Hamburg
Status:	überwiesen
Empfehlung Antragskommission:	Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion und SPD-Parteivorstand für Grundsatzprogramm-Prozess
Sachgebiet:	StFi - Steuern und Finanzen

- 1 Die SPD Mitglieder der Bundesregierung sowie die SPD Bundestagsfraktion werden
- 2 aufgefordert, sich dafür einzusetzen, das Vermögenssteuergesetz entsprechend den
- 3 Anforderungen des Bundesverfassungsgerichtes unverzüglich wieder in Kraft zu setzen.

Antrag StFi02: Zur Erhebung der Vermögenssteuer

Antragsteller*in:	100 SPD-Kreis Marzahn-Hellersdorf
Status:	überwiesen
Empfehlung Antragskommission:	Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion und SPD-Parteivorstand für Grundsatzprogramm-Prozess
Sachgebiet:	StFi - Steuern und Finanzen

- 1 Die neue Fraktion der SPD im Bundestag wird aufgefordert sich gemäß des Beschlusses
- 2 des Bundesparteitages aus dem Jahr 2019, geeignete Anstrengungen zu unternehmen, um
- 3 sicherzustellen, dass die Erhebung der Vermögenssteuer in einer mit dem Urteil des
- 4 Bundesverfassungsgerichtes vom 22.06.1995 vereinbarten Form so bald wie möglich
- 5 wieder aufgenommen werden kann.

Antrag StFi03: Überprüfung der Verschonungsbedarfsprüfung bei Erben bzw. Beschenkten

Antragsteller*in:	SPD-Unterbezirk Gifhorn
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung Antragskommission:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	StFi - Steuern und Finanzen

- 1 Nach den geltenden Regelungen zur Verschonungsbedarfsprüfung im Erbschaft- und
- 2 Schenkungsteuerrecht werden sehr große Vermögensübertragungen kaum oder überhaupt
- 3 nicht besteuert. Das BVerfG hat in der Vergangenheit zu weitgehende Begünstigungen im
- 4 Zusammenhang mit den Verschonungsregelungen für große
- 5 Unternehmensvermögen beanstandet.
- 6 Diese umfangreichen Begünstigungen stellen laut BVerfG eine Abweichung vom
- 7 Gleichheitsgrundsatz im Verhältnis zu der steuerlichen Behandlung von Privatvermögen
- 8 dar.
- 9 Die Ausnahmen für Unternehmensvermögen vor dem Hintergrund extremer
- 10 Vermögensungleichheit in Deutschland sowie die hohen Kosten dieser Steuersubvention
- 11 erfordern eine politische Einflussnahme zur Änderung der bestehenden Regelungen.
- 12 Die Verschonungsregelungen für das Unternehmensvermögen im Erbschaft- und
- 13 Schenkungsteuerrecht müssen dahingehend angepasst werden, dass endlich auch die
- 14 Übertragung der höchsten Vermögen einer gerechten Besteuerung zugeführt wird. Dies
- 15 wollen wir durch eine effektive Mindestbesteuerung für große Unternehmensvermögen
- 16 innerhalb des Erbschaftsteuerrechts erreichen.

Antrag StFi04: Millionenerben müssen nicht geschont werden: Für eine Abschaffung der Verschonungsbedarfsprüfung und weiterer Steuertricks

Antragsteller*in:	080 SPD-Kreis Neukölln
Status:	überwiesen
Empfehlung Antragskommission:	Überweisung an SPD-Parteivorstand für Grundsatzprogramm-Prozess
Sachgebiet:	StFi - Steuern und Finanzen

- 1 • Die Abschaffung der Verschonungsbedarfsprüfung.
- 2 • Stattdessen die Einführung einer Stundung der Erbschafts- und
- 3 Übertragungssteuer, nach dem Vorbild der Erbersatzsteuer.
- 4 • Die Abschaffung der 100% Verschonung und stattdessen eine Regel- und
- 5 Optionsverschonung, die bei 85% beginnt und ohne Ausnahmen auf 0% Verschonung
- 6 sinkt.
- 7 • Die entsprechenden Finanzbehörden sollen Umgehungsmaßnahmen wie überkreuzte
- 8 Übertragungen, Kettenschenkungen und Vermögensumwandlungen stärker überprüfen,
- 9 indem auch das Vermögen abseits des Stichtags in den Blick genommen wird. Die
- 10 genannten Maßnahmen sollen verboten und strenger kontrolliert werden.

Antrag StFi05: Faire Startchancen für alle!

Antragsteller*in:	SPD-LV Thüringen
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung Antragskommission:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	StFi - Steuern und Finanzen

- 1 In kaum einem anderen OECD-Land ist Vermögen so enorm ungleich verteilt, wie in
2 Deutschland. Vermögen ist in unserer Gesellschaft in erheblichem Maße auf wenige
3 reiche Haushalte konzentriert, während die ärmere Hälfte der Bevölkerung nur einen
4 äußerst geringen Anteil am Gesamtvermögen besitzt. Die extreme Ungleichheit bei den
5 Vermögen wurde in den letzten Jahrzehnten nicht geringer, sondern hat sich sogar noch
6 verschärft.
- 7 Auch innerhalb Deutschlands ist die Vermögensverteilung sehr unterschiedlich, vor
8 allem zwischen Ost und West. Bei einem regionalen Vergleich zeigt sich deutlich, dass
9 der Großteil des Gesamtvermögens in Westdeutschland konzentriert ist. Gleichzeitig
10 sind die Startchancen für junge Menschen ungerecht verteilt. Kinder aus
11 Arbeiter:innenfamilien finden schlechtere Ausgangsbedingungen für den sozialen
12 Aufstieg und den Aufbau von Wohlstand vor. Bei Verteilungsgerechtigkeit und
13 Chancengleichheit gibt es in Deutschland große Defizite. Das Elternhaus, der
14 Geburtsort und die soziale Herkunft bestimmen maßgeblich den Lebensverlauf. Der
15 Aufbau von Vermögen ist für viele Haushalte schwierig, weil ihre Einkommen kaum
16 Möglichkeiten zum Sparen zulassen.
- 17 Wir leben in einer Zeit, in der größere Vermögen kaum noch durch Arbeit entstehen
18 können, sondern vor allem vererbt werden. Auch bei Erbschaften sehen wir eine starke
19 Ungleichverteilung, so dass erhebliche Vermögenswerte nur an eine sehr kleine
20 Bevölkerungsgruppe weitergegeben werden, während die große Mehrheit nichts oder kaum
21 etwas erbt. Gerade im Alter zwischen 16 und 35 Jahren treffen viele Menschen
22 richtungsweisende Entscheidungen, die ihren weiteren Lebensweg prägen – etwa in
23 Ausbildung, Beruf und Familie. Ausgerechnet in dieser prägenden Lebensphase sind
24 viele Menschen von Armut betroffen oder armutsgefährdet. Auch Armut wird in
25 Deutschland vererbt.
- 26 Mit diesem hohen Maße an sozialer Ungleichheit finden wir uns nicht ab. Wir müssen
27 Maßnahmen entwickeln und ergreifen, um die Möglichkeiten für sozialen Aufstieg in
28 Deutschland wieder zu verbessern. Das Ziel, gleichwertige Lebensverhältnisse in
29 Deutschland herzustellen und starke regionale Unterschiede bei der Verteilung von
30 Wohlstand abzubauen, leitet dabei unsere Handlungen. Sozialer Aufstieg ist ein
31 zentrales sozialdemokratisches Ziel. Wir wollen junge Menschen dabei unterstützen und
32 ihnen zeigen, dass wir ernsthaft an diesem Aufstiegsversprechen festhalten. Junge
33 Menschen sollen sich selbstbestimmt für einen Ausbildungs-, Studien- oder Lebensort
34 entscheiden, sich selbst verwirklichen oder ein Unternehmen gründen können. Wir haben
35 Vertrauen in junge Menschen und Respekt vor Ihren Entscheidungen.
- 36 Es ist eine Aufgabe von herausragender Bedeutung für die Sozialdemokratie, die

37 extreme Ungleichheit bei den Vermögen in Deutschland zu verringern. Dabei gilt es die
38 oben genannten unterschiedlichen Ebenen der Ungleichheit durch passende Instrumente
39 zu adressieren. Wir wollen dafür sorgen, dass junge Menschen unabhängig von sozialer
40 und regionaler Herkunft über ausreichend gute Startchancen verfügen, um sich im
41 Verlauf ihres Lebens Wohlstand und ein Vermögen erarbeiten und aufbauen zu können.
42 Hierfür müssen wir ein ganzheitliches und grundsätzliches Lösungskonzept entwickeln
43 und dabei explizit auch die politische Umsetzung von Lösungsmaßnahmen priorisieren.
44 In diesem Zusammenhang gilt es über unterschiedliche Instrumente zu diskutieren –
45 solche zur Besteuerung von sehr großen Vermögen, zur Verbesserung der sozialen
46 Mobilität oder auch zur Förderung von Vermögensaufbau, etwa über ein Grunderbe mit
47 Umverteilungswirkung in angemessener Höhe. Dies wollen wir im Zusammenhang mit einem
48 neuen Grundsatzprogramm erarbeiten.

Antrag StFi06: Einführung eines Kommunalsoli für Milliardäre

Antragsteller*in:	OV Hannover Oststadt/ Zoo
Status:	abgelehnt
Empfehlung Antragskommission:	Ablehnung
Sachgebiet:	StFi - Steuern und Finanzen

- 1 Die SPD bringt eine Gesetzesinitiative auf den Weg, mit welchem eine als Kommunalsoli
- 2 bezeichnete einmalige verfassungsrechtlich zulässige Vermögensabgabe für
- 3 Vermögensmilliardäre in Höhe von 10 % des Verkehrswertes eingeführt wird.
- 4 Die Einnahmen hieraus kommen vollständig den Kommunen zu Gute, die damit wieder in
- 5 die Lage versetzt werden, die ihnen übertragenen Aufgaben vollständig zu erfüllen und
- 6 sich zugleich qualitätsvoll auch freiwilligen Aufgaben zu widmen.

Antrag StFi07: Einführung eines Kindersoli für Milliardäre

Antragsteller*in:	OV Hannover Oststadt/ Zoo
Status:	abgelehnt
Empfehlung Antragskommission:	Ablehnung
Sachgebiet:	StFi - Steuern und Finanzen

- 1 Die SPD bringt eine Gesetzesinitiative auf den Weg, mit welchem eine als Kindersoli
- 2 bezeichnete einmalige, verfassungsrechtlich zulässige Vermögensabgabe für
- 3 Vermögensmilliardäre in Höhe von 10 % des Verkehrswertes eingeführt wird.
- 4 Die Einnahmen werden vollständig für die Belange von Kindern vorgesehen, insbesondere
- 5 zur Vermeidung von Kinderarmut, auch zur entsprechenden zweckgerichteten
- 6 flächendeckenden Unterstützung der Kommunen zur Erfüllung der Rechtsansprüche von
- 7 Kindern auf Krippenplätze, Kindergartenplätze, Ansprüche nach dem SGB VIII,
- 8 Kinderschutz, Errichtung und Sanierung von (Indoor-)Spielplätzen, ebenso zur
- 9 deutlichen Verbesserung der medizinischen Versorgung von Kindern im kinderärztlichen
- 10 Bereich und im Bereich der Kinderkrankenhäuser.

Antrag StFi08: Steuerschlupflöcher bei Share Deals schließen

Antragsteller*in:	080 SPD-Kreis Neukölln
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung Antragskommission:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	StFi - Steuern und Finanzen

- 1 Die sozialdemokratischen Mitglieder des Deutschen Bundestages und der Bundesregierung
- 2 werden aufgefordert, sich dafür einzusetzen, den steuerlichen Missbrauch im
- 3 Zusammenhang mit sogenannten Share Deals konsequent einzudämmen.

Antrag StFi09: Gerechte Steuern

Antragsteller*in:	60 plus Bundeskonferenz Bund (Parteizentrale)
Status:	erledigt durch SPD-Regierungsprogramm 2025
Empfehlung Antragskommission:	Erledigt durch SPD-Regierungsprogramm 2025
Sachgebiet:	StFi - Steuern und Finanzen

- 1 Die „Ordentliche Bundeskonferenz der AG SPD 60 plus 2024“ fordert die Mitglieder der
2 SPD in der Bundesregierung und in den Parlamenten auf, sich für Steuergerechtigkeit
3 einsetzen und beschließen:
- 4 1. Übergewinne konsequent besteuern: Die im Zuge von Krisen stark gestiegenen (Über-)
5 Gewinne, z.B. im Lebensmittel-, Rüstungs- und Energiesektor, sollten mit Steuersätzen
6 von mindestens 50 Prozent abgeschöpft werden.
- 7 2. Eine einmalige Solidaritätsabgabe erheben: In Krisenzeiten müssen insbesondere die
8 vermögendsten Teile der Gesellschaft mehr zu ihrer Bewältigung beitragen. Daher
9 sollte eine einmalige Solidaritätsabgabe auf Milliarden-/ Millionenvermögen erhoben
10 werden.
- 11 3. Vermögenssteuer wieder erheben: Führende Institutionen, wie z.B. der IWF,
12 empfehlen eine stärkere Besteuerung von hohen Vermögen. Mittelfristiges Ziel sollte
13 eine dauerhafte Besteuerung des Nettovermögens des reichsten Prozents der Bevölkerung
14 mit hohen Steuersätzen auf Milliarden- und Millionenvermögen sein, um die
15 Vermögensungleichheit zu verringern.
- 16 4. Ausnahmen bei der Erbschaftssteuer beenden: Sehr hohe Vermögen werden bei der
17 Erbschaftssteuer begünstigt. Sie profitieren z.B. von weitreichenden Ausnahmen bei
18 der Weitergabe von hochprofitablen Familienunternehmen.
- 19 5. Steuerschlupflöcher konsequenter als bisher schließen. U. a. ist zu verbieten das
20 Anlegen von in Deutschland erwirtschafteten Gewinnen / Vermögen in Steueroasen, wo
21 sie nur einen extrem niedrigen Steuersatz zahlen. „Steueroasen“ müssen auf eine
22 Schwarze Liste gesetzt und sanktioniert werden.
- 23 6. Gewinnausschüttungen verbieten, wenn Unternehmen staatliche Hilfen, wie zum
24 Beispiel Kurzarbeit, in Anspruch genommen haben.

Antrag StFi10: Maßnahmenpaket für mehr finanzielle Gerechtigkeit in Deutschland – sieben Maßnahmen für mehr Sozialdemokratie in Deutschland

Antragsteller*in:	OV Oldenburg-Eversten
Status:	überwiesen
Empfehlung Antragskommission:	Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion
Sachgebiet:	StFi - Steuern und Finanzen

- 1 Die SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag sowie der Bundeskanzler Olaf Scholz werden
- 2 aufgefordert, durch folgende Maßnahmen eine Verbesserung der finanziellen
- 3 Gerechtigkeit in Deutschland herbeizuführen:
- 4 1. Erbschaftssteuer neu denken, Grunderbe einführen
- 5 2. Hohe Vermögen besteuern
- 6 3. Alle Deutschen zahlen Steuern
- 7 4. Niedrige Einkommen stärken
- 8 5. Spitzenverdiener in die Pflicht nehmen
- 9 6. Dienstwagenprivileg reduzieren
- 10 7. Kerosinsteuerbefreiung aufheben

Antrag StFi11: Unser Weg in ein faires Steuersystem

Antragsteller*in:	SPD-Landesverband Berlin
Status:	erledigt durch SPD-Regierungsprogramm 2025
Empfehlung Antragskommission:	Erledigt durch SPD-Regierungsprogramm 2025
Sachgebiet:	StFi - Steuern und Finanzen

1 Vermögen sind in Deutschland derzeit extrem ungleich verteilt. Nach Zahlen des
2 Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung gehören den reichsten 10 Prozent in
3 Deutschland 65 Prozent der Vermögen. Umgekehrt besitzen die ärmsten 40 Prozent gar
4 kein Vermögen. Sie stehen den derzeitigen Krisen ungeschützt gegenüber. Damit hat
5 Deutschland in Europa im Bereich der Vermögensungleichheit eine negative
6 Sonderstellung. Es gibt in diesem Feld kaum eine Demokratie, die ungleicher ist als
7 Deutschland. Das ist ein Zustand, den wir als Sozialdemokratie nicht hinnehmen können
8 und wollen. Daher wollen wir die Beseitigung der Vermögensungleichheit ins Zentrum
9 unserer Politik stellen. Denn eine ungleiche Gesellschaft ist oft auch eine instabile
10 Gesellschaft. Wir geben wenigen Menschen eine Fülle an Macht, die in einer Demokratie
11 nicht hinnehmbar ist. Wir erleben aktuell wie der Überreichtum weniger Menschen
12 wächst während auf der anderen Seite auch die Armut in Deutschland immer weiter
13 zunimmt. Dabei hängen Reichtum und Armut strukturell zusammen.

14

15 Als zentrales Instrument für die Eindämmung der Vermögensungleichheit sehen wir die
16 Steuerpolitik. In den letzten Jahrzehnten gab es keine großen Reformen im Bereich der
17 Steuern. Wir als Sozialdemokratie wollen eine große Reform wagen, die im Ergebnis die
18 Überreichen belastet und umgekehrt den Großteil der Bevölkerung entlastet. Wir wollen
19 eine Steuerreform die einen handlungsfähigen Staat und Investitionen in die Zukunft
20 ermöglichen.

21

22 **1. Steuerprivilegien abschaffen**

23 Wir stellen Steuerprivilegien auf den Prüfstand und werden sie insbesondere in den
24 Bereichen abschaffen, wo sie gesellschafts-, umwelt- oder klimaschädliche oder
25 unerwünschte Wirkungen entfalten.

26

27 **2. Eine progressive Erbschaftsteuer**

28 Die derzeitige Ausgestaltung der Erbschaftsteuer ist für uns kein hinnehmbarer
29 Zustand. Aktuell zahlen vor allem die mittleren Erbschaften, während die hohen
30 Erbschaften steuerlich meist komplett verschont werden. Ab einer Erbschaft von 10
31 Millionen Euro wird die Steuer sogar regressiv. Daher brauchen wir eine umfassende
32 Reform. Das Bundesverfassungsgericht hat uns mit zwei Urteilen hier den Weg
33 aufgezeigt. Wir müssen erstens die umfassenden Ausnahmen für Erb*innen von
34 Unternehmen abschaffen. Wir streben eine Gleichbehandlung aller Erbschaften an, so
35 wie es auch das Bundesverfassungsgericht mittlerweile zwei Mal geurteilt hat. Für

Erbschaften von Unternehmen sollen Stundungen, Streckungen oder der Staat als stiller Teilhaber möglich sein. Damit ist der Weiterbetrieb der Unternehmen sichergestellt.

Zweitens wollen wir die unzähligen Umgehungswege der Steuer radikal abschaffen. Geld in Stiftungen zu packen, große Summen an Kinder zu verschenken, das darf nicht mehr dazu führen, dass keine Erbschaftsteuer anfällt. Gerade Menschen mit großen Erbschaften müssen ihren Teil zum funktionierenden Staat beitragen. Unser Ziel ist daher die Rückkehr zu einer progressiven Steuer. Eine Flat Tax wie sie die CDU vorschlägt lehnen wir klar ab.

Im Gegenzug wollen wir den Freibetrag bei der Erbschaftsteuer auf eine Million Euro erhöhen und ihn zu einem einmalig nutzbaren Lebensfreibetrag umwandeln. Die selbstgenutzte Immobilie soll auch weiterhin nicht zum Freibetrag gezählt werden. Eine solche Reform würde höhere Einnahmen bei der Steuer mit sich bringen, würde aber vor allem die sehr hohen Erbschaften betreffen. Es wäre zudem eine klare Vereinfachung einer heute sehr komplexen Steuer.

3. Einführung des Grunderbes

Derzeit werden nur zwei Prozent des Erbvolumens im gesamten ostdeutschen Gebiet weitergegeben. Damit verfestigt sich eine gravierende Vermögensungleichheit zwischen Ost- und Westdeutschland immer weiter. Ohne ein Eingreifen in das Erben wird sich an diesem Zustand auch nichts ändern. Da die Erbschaftsteuer den Ländern zu Gute kommt wird diese alleine die ungleiche regionale Verteilung von Erbschaften nicht ändern. Daher wollen wir das Konzept des Grunderbes weiterentwickeln und entführen. Wir wollen mit dem Grunderbe jedem zwischen 18 und 21 Jahren ein staatliches Erbe von 20.000 Euro steuerfrei geben. Mit dem Grunderbe sollen junge Menschen in einer entscheidenden Lebensphase die Möglichkeit haben, ihre Ideen umzusetzen. Diese können das Geld zum studieren, für eine Ausbildung oder für Investitionen nutzen. Das DIW hat ausgerechnet, dass die Einführung eines Grunderbes die Vermögen der unteren Hälfte der Bevölkerung um 60 bis 90 Prozent steigen lässt. Die Maßnahme würde jährlich 15 Milliarden Euro kosten und soll durch die Erhöhung der Erbschaftsteuer für sehr hohe Erbschaften finanziert werden. Weitere Instrumente der Umverteilung wollen wir prüfen.

4. Vermögensteuer? Brauchen wir!

Seit den 80er Jahren wurden die Steuern auf Vermögen innerhalb der OECD und vor allem auch in Deutschland massiv abgebaut. Dieser Abbau hat zur Folge, dass wir heute eine in Deutschland noch nie dagewesene Vermögensungleichheit erleben können. Wir haben eine Vermögensungleichheit, die den Fortbestand unserer Demokratie mittlerweile gefährdet. Deswegen ist für uns klar, dass die ausgesetzte Vermögensteuer wieder eingesetzt werden muss. Die Ausgestaltung der Vermögensteuer soll sich dabei vor

77 allem auf die besonders reichen Teile der Bevölkerung konzentrieren. Neben
78 natürlichen Personen sollen auch juristische Personen in die Vermögensteuer
79 einbezogen werden. Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts wollen wir bei der
80 Wiedereinsetzung der Steuer naturgemäß umsetzen.

82 **5. Kapitalertragsteuer**

83 Wir setzen uns für eine Reform der Kapitalertragsteuer ein. Derzeit werden
84 Kapitalerträge niedriger besteuert als Arbeitseinkommen. Das führt zu einer niedrigen
85 steuerlichen Belastung gerade für Menschen mit viel Geld. Das wollen wir nicht länger
86 hinnehmen. Deswegen wollen wir die Kapitalertragsteuer deutlich erhöhen. Zweitens
87 wollen wir eine progressive Steuer statt eines Einheitssatzes von 25 Prozent. So kann
88 sichergestellt werden, dass gerade Menschen mit sehr hohen Erträgen ihren fairen
89 Anteil an Steuern zahlen.

91 **6. Wir senken die Steuern auf Arbeit für Geringverdiener*innen**

92 Kein anderes Land besteuert die Arbeit so hoch und die Vermögen so niedrig, wie es
93 Deutschland tut. Das führt zu großen Ungerechtigkeiten im Steuersystem. Die
94 Besteuerung von Einkommen werden wir daher gerechter gestalten. Das aktuelle
95 Steuersystem nimmt gerade mittlere Einkommen zu stark in Anspruch. Die finanziellen
96 Lasten der Krisenbewältigung dürfen für die ohnehin stark strapazierte große
97 Mehrheit der Bürger*innen nicht zu einer steuerlichen Mehrbelastung führen. Im
98 Gegenteil: Wir wollen die Steuern für die Mehrheit senken. Wir werden eine
99 Einkommensteuerreform vornehmen, die kleine und mittlere Einkommen besserstellt, die
100 Kaufkraft stärkt und dafür im Gegenzug die oberen fünf Prozent stärker für die
101 Finanzierung der wichtigen öffentlichen Aufgaben heranzieht. Die Mehrwertsteuer auf
102 Grundnahrungsmittel wollen wir senken.

104 **7. Überreichtum bekämpfen**

105 Derzeit erleben wir, wie wenige Menschen einen immer größeren Reichtum auf sich
106 vereinen können. Mit 40 Milliarden Euro Privatvermögen sind die BMW Erb*innen Susanne
107 Klatten und Stefan Quandt derzeit die reichsten Deutschen. Trotz wirtschaftlicher
108 Krise sind die Vermögen der Top 500 in Deutschland im Vergleich zum Vorjahr um
109 insgesamt 82 Milliarden Euro auf knapp 1,1 Billionen Euro gestiegen. Die Zahl der
110 Milliardär*innen ist auf 226 gestiegen. In eine solche Entwicklung wollen wir
111 eingreifen. Denn für uns ist ein solcher Überreichtum mit einer Demokratie nicht
112 vereinbar. Menschen bekommen eine solche Machtfülle, der wir entgegen treten wollen.
113 Bis zur Erstellung des nächsten Bundeswahlprogramms soll daher eine Kommission
114 gegründet werden und fundierte Vorschläge erarbeiten, wie wir den derzeitigen
115 Überreichtum bekämpfen können, **dazu gehört die Umsetzung einer Vermögensabgabe.**

117 **8. Abschaffung des Ehegattensplittings**

Das Ehegattensplitting steht gerade bei den mittleren Einkommen der Steuer- und Geschlechtergerechtigkeit entgegen. Es erhält zusätzlich den Anreiz, mehrheitlich Frauen vom Arbeitsmarkt fernzuhalten und subventioniert eine veraltete Rollenverteilung.

9. Gut ausgestattete Steuerbehörden

Wir erleben derzeit, wie viele reiche Menschen versuchen, legal und illegal Steuern zu sparen. Nie war das Kapital mobiler und nie wurde stärker versucht, mit illegalen Mitteln Steuern zu umgehen. Derzeit treffen Kriminelle auf schlecht ausgestattete Steuerbehörden. Wir wollen die Mittel für die Steuerbehörden daher massiv erhöhen. Jede neu geschaffene Stelle bringt derzeit ein Vielfaches an steuerlichen Mehreinnahmen mit sich, es ist ein gutes Geschäft für den Staat. Wir brauchen Steuerfahnder*innen mit den besten digitalen Ermittlungsmöglichkeiten, die gut ausgestattet sind und einen länderübergreifenden Austausch sicherstellen können. Die bessere Ausstattung der Steuerbehörden hat bei den nächsten Haushaltsberatungen für uns eine sehr hohe Priorität.

10. Investitionen in die Zukunft

Unsere oben skizziertes Steuerkonzept ermöglicht es uns auch, wieder wichtige Investitionen in die Zukunft zu tätigen. Mit der Klimakrise, der Bildung der Zukunft und der Digitalisierung brauchen wir Spielräume für staatliche Zukunftsinvestitionen. Nur diese können garantieren, dass wir den gesellschaftlichen Wandel auch sozial gerecht gestalten können. Um weitere Zukunftsinvestitionen tätigen zu können, müssen wir uns neben dem Umbau des Steuersystems auch mit der Schuldenbremse befassen. Wir fordern die Bundesregierung auf, Spielräume, die die Schuldenbremse ermöglicht, auch zu nutzen. Perspektivisch wollen wir die Schuldenbremse in Gänze abschaffen und dazu auch konkret in Verhandlungen mit anderen Parteien treten.

11. Die nächste SPD Regierung ist eine Regierung der Steuergerechtigkeit

Deutschland verfügt derzeit über ein ungerechtes Steuersystem. Während die niedrigen und mittleren Einkommen hohe Belastungen tragen müssen, müssen Vermögende kaum etwas beitragen. Für uns hat eine Steuerreform daher hohe Priorität. Denn laut Berechnungen des Netzwerk Steuergerechtigkeit zahlt die/der deutsche Muster-Millionär*in auf das Einkommen von 1,6 Millionen Euro nur 21 % Steuern. Während das Durchschnittspaar mit einem Bruttoeinkommen von 110.000 Euro eine Steuer- und Abgabenquote von 43 % trägt.

Antrag StFi12: Globale und europäische Steuergerechtigkeit

Antragsteller*in:	Online-Themenforum zu Außen- und Sicherheitspolitik
Status:	überwiesen
Empfehlung Antragskommission:	Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion
Sachgebiet:	StFi - Steuern und Finanzen

1 Das Onlinethemenforum Außen- und Sicherheitspolitik der SPD begrüßt die Diskussionen
2 der G20 zur globalen Vermögenssteuer für Milliardär:innen von mind. 2 %. Dennoch
3 braucht es wesentlich weitergehende und vor allem schnellere Schritte, um globale
4 Vermögensungleichheit zu bekämpfen und gleichzeitig Mittel freizusetzen, welche die
5 drängendsten Krisen unserer Zeit effektiv adressieren können.

6 Die Schaffung von mehr Steuergerechtigkeit darf nicht auf Deutschland beschränkt
7 bleiben, sondern muss auch in europäischem und globalen Kontext erfolgen. Gerade vor
8 dem Hintergrund eines wachsenden Drucks auf internationale Institutionen und globale
9 Kooperation durch die neue Form von "Dealmaking" müssen Deutschland und die EU hier
10 ein Zeichen setzen. Nach der auch auf maßgeblichen Druck von SPD und europäischer
11 Sozialdemokratie auf globaler Ebene eingeführten Mindeststeuer für Unternehmen sind
12 die nachfolgenden Maßnahmen nun logische nächste Schritte auf dem Weg zu mehr
13 europäischer und globaler Steuergerechtigkeit.

14 Wir fordern deshalb:

- 15 1. Unterstützung von SPD und Bundesregierung für eine stärkere Besteuerung großer
16 Vermögensmassen. Hierzu gehören eine Reform der Erbschaftssteuer in Deutschland,
17 eine Mindestanforderung an die Vermögensbesteuerung innerhalb der EU sowie die
18 Einführung einer Millardär:innensteuer auf globaler Ebene wie sie im vergangenen
19 Jahr auf dem G20-Gipfel in Brasilien diskutiert wurde.
- 20 2. Einsatz der Bundesregierung für ein einiges, entschiedenes EU-Vorgehen gegen
21 Steueroasen in der EU und Steuerflucht ins Ausland. Hierzu sind in der EU
22 Mehrheitsentscheidungen im Bereich der Steuerpolitik zu ermöglichen und der
23 Austausch von Bank- und Steuerdaten zwischen den EU-Mitgliedsländern zu
24 verbessern.
- 25 3. Aktives Mitwirken bei der Schaffung einer dichteren globalen Infrastruktur zur
26 Erfassung von Vermögen und Austausch von Bankdaten. Hierzu gehört die Einführung
27 eines EU-weiten Transparenzregisters für Beteiligungen an Kapitalgesellschaften
28 ein, um die gezielte Verschleierung von Einkünften zu erschweren. Daneben ist
29 europaweit ein nicht-öffentliches Immobilienregister einzuführen, welches die
30 Eigentümer bzw. Eigentümerstruktur von Immobilien erfasst, die durch
31 Kapitalgesellschaften oder Nicht-EU-Bürgerinnen und Nicht-EU-Bürger gehalten
32 werden.
- 33 4. Einsatz der SPD, um bilaterale Vereinbarungen (sogenannte
34 Doppelbesteuerungsabkommen) durch gemeinsame europäische Regeln zu ersetzen, um

Schlupflöcher und Umgehungsmöglichkeiten zu beenden. Für die Einhaltung und Durchsetzung dieser Regeln sollen außerdem nicht nur die nationalen Steuerbehörden, sondern auch die EU-Kommission zuständig sein, denn nur eine übergeordnete Instanz kann eine Umgehung durch einzelne Unternehmen oder Mitgliedsstaaten effektiv unterbinden.

5. Einsatz der SPD, um die im Rahmen der G20 eingeführte Globale Mindeststeuer für Unternehmen überall in der EU zügig umzusetzen und den Mindeststeuersatz auf 25% anzuheben. Ausnahmen von der Globalen Mindeststeuer für grenzübergreifende Unternehmen müssen außerdem nachgeschärft bzw. abgebaut werden.

6. Nach dem Scheitern der OECD-Verhandlungen zur Neuordnung internationaler Besteuerungsrechte für internationale Großkonzerne, insbesondere im Digitalbereich: Einsatz der Bundesregierung für eine EU-Einigung auf einen „Plan B“, welcher eine einheitliche und gerechte Mindestbesteuerung von Digitalkonzernen jenseits von Steueroasen erlaubt. Steuersätze müssen eine angemessene Mindesthöhe haben und künftig dort bezahlt werden, wo die wirtschaftliche Aktivität von Unternehmen stattfindet. Das gilt auch für die Besteuerung großer Onlinedienste wie Facebook, Amazon, Google & Co.

7. Unterstützung für die Einführung einer Finanztransaktionssteuer auf europäischer und globaler Ebene, um Vermögenden stärker bei der Finanzierung des Gemeinwesens in die Verantwortung zu nehmen und kurzfristige Spekulationen auf den Finanzmärkten unattraktiver zu machen. Die Einnahmen hieraus sollen der EU zur Verfügung gestellt werden, um einem Teil der gewachsenen globalen Herausforderungen zu begegnen.

8. Einsatz der SPD, um die Regeln zur Begrenzung der Gewinn- und Verlustverschiebung zu präzisieren und zu verschärfen, mit dem Ziel eine gemeinsame konsolidierte Bemessungsgrundlage EU-weit und global einzuführen. Unter anderem müssen hierzu EU-weit gleiche Abschreibungsmöglichkeiten geschaffen werden, auch im Hinblick auf die steuerliche Abzugsfähigkeit von Managervergütungen, die künftig an das Lohnniveau der untersten Lohngruppen im jeweiligen Unternehmen gekoppelt sein muss.

9. Unterstützung der SPD für den 2023 auf UN-Ebene angestoßenen Prozess für eine UN-Steuerrahmenkonvention (UN Framework Convention on International Tax Cooperation) ein. Die hierzu ab 2025 startenden Verhandlungen sind durch Deutschland und die EU zu unterstützen und im Sinne einer inklusiven und fairen globalen Steuersystematik zu führen. Die konstruktive Beteiligung an den UN-Verhandlungen ist umso wichtiger angesichts der Tatsache, dass sich die USA mit Antritt der 2. Trump-Administration aus allen Verhandlungsprozessen der OECD herausgezogen haben.

Antrag StFi13: Zuckersteuer auf Softdrinks und weiteren Lebensmitteln

Antragsteller*in:	SPD-Landesorganisation Hamburg
Status:	überwiesen
Empfehlung Antragskommission:	Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion
Sachgebiet:	StFi - Steuern und Finanzen

- 1 Der Bundesparteitag der SPD möge zur Weiterleitung an die SPD Bundestagsfraktion
- 2 beschließen:
- 3 1. Einführung einer Zuckersteuer auf Softdrinks. Diese soll in Anlehnung an den
- 4 „Part 2 Finance Act 2017“ des Vereinigten Königreichs als Verbrauchssteuer
- 5 gestaltet sein.
- 6 2. Darüber hinaus ist zu prüfen, inwieweit eine Steuer auf weitere
- 7 Lebensmittelprodukte umgesetzt werden kann, die für ihre Produktart einen
- 8 unnötig hohen Zuckeranteil aufweisen.

Antrag StFi14: Mehrwertsteuerreform im Gesundheitsbereich

Antragsteller*in:	OV Lamsheim
Status:	überwiesen
Empfehlung Antragskommission:	Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion
Sachgebiet:	StFi - Steuern und Finanzen

- 1 1. Verschreibungspflichtige Medikamente von der Mehrwertsteuer gänzlich zu befreien.
- 2 2. Für apothekenpflichtige nicht verschreibungspflichtige Medikamente maximal mit dem
- 3 verminderten Mehrwertsteuersatz zu besteuern.
- 4 3. Den Leistungskatalog der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung von der
- 5 Mehrwertsteuer freistellen.
- 6 4. Die verdeckte Mehrwertsteuerbelastung durch das Verbot des Vorwegabzugs für Ärzte
- 7 und Krankenhäuser aufheben.

Antrag StFi15: Bio darf kein Privileg sein! Mehrwertsteuersenkung auf Bio-Lebensmittel!

Antragsteller*in:	SPD-Landesorganisation Hamburg
Status:	überwiesen
Empfehlung Antragskommission:	Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion
Sachgebiet:	StFi - Steuern und Finanzen

- 1 Die Ausgestaltung der Mehrwertsteuer ist insbesondere bei Lebensmitteln vielfach
- 2 nicht widerspruchsfrei und gleichzeitig sind im Zuge der Teuerung der letzten Jahre
- 3 gerade Lebensmittel teurer geworden, was gerade bei Menschen mit kleinem Geldbeutel
- 4 überproportional wirkt und die soziale Schieflage verstärkt. Eine neue
- 5 Bundesregierung und die SPD Bundestagsfraktion sollten sich der Mehrwertsteuer-
- 6 Gestaltung auch über den Bereich der Gastronomie hinaus annehmen und Möglichkeiten
- 7 der Mehrwertsteuersenkung für Grundnahrungsmittel und bei Bioprodukten prüfen.

Antrag StFi16: Gute Lebensmittel für alle.

Antragsteller*in:	SPD-LV Sachsen-Anhalt
Status:	überwiesen
Empfehlung Antragskommission:	Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion
Sachgebiet:	StFi - Steuern und Finanzen

- 1 Die Mehrwertsteuer ist eine der ungerechtesten Steuern. Sie trifft alle gleich, ob
- 2 arm, ob reich. Die SPD Sachsen-Anhalt setzt sich dafür ein, dass Grundnahrungsmittel
- 3 von der Mehrwertsteuerbefreit werden. Außerdem setzen wir uns dafür ein, dass auch
- 4 pflanzliche Alternativprodukte nicht länger steuerlich schlechter gestellt werden.
- 5 Zudem herrscht viel zu viel Intransparenz über Lebensmittel im allgemeinen. Deshalb
- 6 soll es eine eindeutige Trennung zwischen Siegeln mit staatlichen Rechtsvorschriften
- 7 und Siegeln ohne staatliche Rechtsvorschriften geschaffen werden. Diese Trennung muss
- 8 für die Verbraucher:innen auf der Verpackung erkennbar sein.

Antrag StFi17: Internet ist kein Luxusprodukt!

Antragsteller*in:	SPD-Bezirk Hessen-Nord
Status:	überwiesen
Empfehlung Antragskommission:	Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion
Sachgebiet:	StFi - Steuern und Finanzen

- 1 Die SPD-Bundestagsfraktion wird dazu aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass der
- 2 ermäßigte Umsatzsteuersatz von 7% auf die Bereitstellung und den Betrieb von
- 3 Breitband-Internetanschlüssen sowie den häufig damit verbundenen
- 4 Festnetztelefonanschlüssen an den Endverbraucher Anwendung findet. Die Ermäßigung
- 5 soll unabhängig von der bereitgestellten Bandbreite, sowie der hierfür verwendeten
- 6 Übertragungstechnologie sein. Diese Steuersenkung soll ohne Befristung im § 12
- 7 Steuersätze im Umsatzsteuergesetz (UstG) verankert werden.

Antrag StFi18: Mobilfunk ist kein Luxusprodukt!

Antragsteller*in:	SPD-Bezirk Hessen-Nord
Status:	überwiesen
Empfehlung Antragskommission:	Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion
Sachgebiet:	StFi - Steuern und Finanzen

- 1 Die SPD-Bundestagsfraktion wird dazu aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass der
- 2 ermäßigte Umsatzsteuersatz von 7% auf die Bereitstellung und den Betrieb von
- 3 öffentlichen zellularen Mobilfunkdiensten sowie mobilen Breitbanddiensten Anwendung
- 4 findet. Die Ermäßigung soll unabhängig von Vertragsmodellen, der bereitgestellten
- 5 Bandbreite, sowie der hierfür verwendeten Übertragungstechnologie sein. Diese
- 6 Steuersenkung soll ohne Befristung im § 12 Steuersätze im Umsatzsteuergesetz (UstG)
- 7 verankert werden.

Antrag StFi19: Strom ist kein Luxusprodukt

Antragsteller*in:	SPD-Bezirk Hessen-Nord
Status:	überwiesen
Empfehlung Antragskommission:	Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion
Sachgebiet:	StFi - Steuern und Finanzen

- 1 Die SPD-Bundestagsfraktion wird dazu aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass der
- 2 ermäßigte Umsatzsteuersatz von 7% auf die Belieferung von Strom an den Endverbraucher
- 3 Anwendung findet. Diese Steuersenkung soll ohne Befristung im § 12 Steuersätze im
- 4 Umsatzsteuergesetz (UstG) verankert werden.

Antrag StFi20: Portemonnaies leichter machen

Antragsteller*in:	SPD-Bezirk Hessen-Nord
Status:	überwiesen
Empfehlung Antragskommission:	Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion
Sachgebiet:	StFi - Steuern und Finanzen

- 1 Es werden Maßnahmen mit dem Ziel getroffen, die Bargeldabgabe bei Banken auch für
- 2 Kleingeld wieder kostenlos zu machen. Auch wird geprüft, inwiefern durch politische
- 3 Maßnahmen verhindert werden kann, dass Produkte mit absichtlich ungeraden Summen, wie
- 4 z.B. 9,99€, bepreist werden.

Antrag StFi21: Die unbeschränkte Steuerpflicht der Einkommenssteuer soll auf alle Personen mit deutschem Pass ausgeweitet werden.

Antragsteller*in:	SPD-Unterbezirk Duisburg
Status:	überwiesen
Empfehlung Antragskommission:	Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion
Sachgebiet:	StFi - Steuern und Finanzen

- 1 Die unbeschränkte Steuerpflicht der Einkommenssteuer soll auf alle Personen mit
- 2 deutschem Pass ausgeweitet werden.

Antrag StFi22: Änderung des Sparerpauschbetrages

Antragsteller*in:	SPD-UB Region Hannover
Status:	überwiesen
Empfehlung Antragskommission:	Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion
Sachgebiet:	StFi - Steuern und Finanzen

- 1 Die SPD setzt sich dafür ein, auf Bundesebene eine gesetzliche Regelung zu erreichen,
- 2 wonach der Sparerpauschbetrag bei Kapitalerträgen künftig dahingehend geändert wird,
- 3 dass der Freibetrag von eigenen Kindern unter 18 Jahren zusammen mit den Eltern
- 4 veranlagt werden kann, wie dies bei Eheleuten bereits möglich ist. Bei
- 5 getrenntlebenden Eltern kann der Betrag im Einvernehmen aufgeteilt werden. Sollte
- 6 keine Einigung möglich sein, so wird der Betrag dem Elternteil zur Verfügung
- 7 gestellt, dem der Kinderfreibetrag zusteht.

Antrag StFi23: Absetzbarkeit von Werbungskosten für Vermieter

Antragsteller*in:	SPD-Unterbezirk Köln
Status:	überwiesen
Empfehlung Antragskommission:	Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion
Sachgebiet:	StFi - Steuern und Finanzen

- 1 Bei Vermietungen sollen auch dann Werbungskosten in voller Höhe abgesetzt werden
- 2 können, wenn Wohnraum zu 50 Prozent der ortsüblichen Miete angeboten wird.
- 3 Gesetzliche Einschränkungen sollen abgeschafft werden.

Antrag StFi24: Klimagerechte Entfernungspauschale

Antragsteller*in:	OTF Klimagerechte Wirtschaft
Status:	überwiesen
Empfehlung Antragskommission:	Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion
Sachgebiet:	StFi - Steuern und Finanzen

- 1 Wir fordern die SPD-Bundestagsfraktion und die SPD-Mitglieder in der Bundesregierung
2 dazu auf, die bestehende Entfernungspauschale weiterzuentwickeln, um eine ökologisch
3 und sozial gerechte Entlastung für Pendler:innen zu schaffen. Dafür muss die neue
4 Entfernungspauschale die folgenden Bedingungen erfüllen:
- 5 • Empfangsberechtigt sind Nutzer:innen des motorisierten Individualverkehrs nur,
6 wenn Unzumutbarkeit in Bezug auf den Umweltverbund nachgewiesen werden kann.
7 Unzumutbarkeit bedeutet mind. 60 Minuten längere Fahrzeit pro einfacher Fahrt.
 - 8 • Die steuerliche Entlastung muss als gleicher absoluter Betrag pro Kilometer
9 berechnet werden.
 - 10 • Der Betrag pro Kilometer muss unabhängig von der Gesamtdistanz sein, um lange
11 Fahrwege nicht spezifisch zu fördern.
 - 12 • Es gibt eine Deckelung des Förderbetrags auf eine Gesamtdistanz des einfachen
13 Weges auf 60 km.
 - 14 • Die Entfernungspauschale sollte nicht vom zu versteuernden Einkommen, sondern
15 direkt von der Steuerschuld abgezogen werden und damit Steuerklassen-unabhängig
16 sein.
 - 17 • Mittelfristig müssen auf fossilen Brennstoffen basierende Verbrenner von der
18 Pauschale in einem bürokratiearmen Verfahren ausgeschlossen werden.
- 19 Sollten diese Bedingungen nicht erfüllbar sein, sollte die Entfernungspauschale als
20 fossile und regressive Subvention komplett abgeschafft werden.

Antrag StFi25: Faire Besteuerung von Renten

Antragsteller*in:	SPD-Landesorganisation Hamburg
Status:	angenommen
Empfehlung Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	StFi - Steuern und Finanzen

- 1 Das Steuerrecht so zu ändern, dass steuerpflichtige Renten ähnlich wie
- 2 Arbeitseinkommen sofort beim Bezug im Rahmen eines Steuereinbehalts besteuert werden.

Antrag StFi26: KfZ-Steuer auf Boote

Antragsteller*in:	SPD-LV Sachsen-Anhalt
Status:	überwiesen
Empfehlung Antragskommission:	Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion
Sachgebiet:	StFi - Steuern und Finanzen

- 1 Die Kfz-Steuer bzw. eine an ihr orientierte neu zu schaffende Steuer soll auf
- 2 maschinenbetriebene Wasserfahrzeuge erhoben bzw. eingeführt werden, welche auf
- 3 Binnengewässern und Binnenwasserstraßen fahren.

Antrag StFi27: Kirchensteuer und staatliche Entschädigungsleistungen an die christlichen Kirchen in Deutschland abschaffen!

Antragsteller*in:	SPD-Landesverband Berlin
Status:	überwiesen
Empfehlung Antragskommission:	Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion
Sachgebiet:	StFi - Steuern und Finanzen

1 Seit der Zeit Napoleons vor über 200 Jahren werden die christlichen Kirchen in
2 Deutschland durch den deutschen Staat entschädigt und durch das automatische
3 Einbehalten der Kirchensteuer bei Kirchenmitgliedern durch die Finanzämter
4 unterstützt. An Entschädigungsleistungen haben die evangelische und katholische
5 Kirche im Jahr 2022 rund 602 Mio. Euro von den Bundesländern erhalten, durch die
6 Kirchensteuer schätzungsweise 13 Milliarden Euro.

7
8 Im Jahr 1803 beschlossen die Fürsten des Heiligen Römischen Reichs, als Ausgleich für
9 die Eroberungen Napoleons Besitztümer und Ländereien der Kirche auf heute deutschem
10 Boden in ihre eigene Herrschaft zu überführen. Damals bedeutete das, dass rund fünf
11 Millionen Menschen plötzlich neue Landesherren hatten. Für diesen Verlust werden die
12 evangelische und katholische Kirche in Deutschland als Religionsgemeinschaften bis
13 heute von staatlicher Seite entschädigt. Zu den Privilegien der
14 Religionsgemeinschaften in Deutschland gehört auch, dass diese seit rund 200 Jahren
15 ermächtigt sind, Kirchensteuer von den Bürgerinnen und Bürgern einzuziehen, die
16 Kirchenmitglieder sind. Davon profitieren in besonders großem Umfang die evangelische
17 und katholische Kirche. Die Kirchen können die Steuer gegen eine
18 Aufwandsentschädigung von den staatlichen Finanzämtern einziehen lassen, wenn das
19 Landesparlament des entsprechenden Bundeslandes zugestimmt hat.

20
21 Schon in der Weimarer Verfassung war vorgesehen, die Entschädigungsleistungen an die
22 Kirchen zu beenden, doch auch in der Weimarer Republik konnte keine Lösung gefunden
23 werden. Das setzt sich bis heute fort. Die Ampel-Regierung hat in ihrem
24 Koalitionsvertrag festgeschrieben, dass sie „einen fairen Rahmen für die Ablösung der
25 Staatsleistungen“ finden werde.

26 Daher fordern wir die sozialdemokratischen Mitglieder des Bundestags auf
27 • die Verhandlungen für das Ende der Entschädigungsleistungen an die Kirchen
28 voranzutreiben und diese noch in der laufenden Legislaturperiode wie im
29 Koalitionsvertrag vorgesehen endgültig zu beenden und dabei eine Schlusszahlung unter
30 Berücksichtigung der bereits an die Kirchen geleisteten Zahlungen anzustreben.

Antrag StFi28: Steuerliche Abzugsfähigkeit von Spenden bei Sozialunternehmen

Antragsteller*in:	SPD-Landesorganisation Hamburg
Status:	überwiesen
Empfehlung Antragskommission:	Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion
Sachgebiet:	StFi - Steuern und Finanzen

- 1 Die SPD-Bundestagsfraktion und die sozialdemokratischen Mitglieder*innen der
- 2 Bundesregierung werden aufgefordert, eine Reform bezüglich der gesetzlichen Grundlage
- 3 zur Besteuerung von Sozialunternehmen zu prüfen. Ziel soll es sein, die steuerliche
- 4 Abzugsfähigkeit von Aufwendungen zur finanziellen Unterstützung von gemeinnützigen
- 5 Zwecken zu vereinfachen und auszuweiten, ohne dabei Möglichkeiten zur
- 6 Steuervermeidung zu schaffen.

Antrag StFi29: Förderung Ehrenamt

Antragsteller*in:	SPD-Bezirk Hessen-Nord
Status:	überwiesen
Empfehlung Antragskommission:	Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion
Sachgebiet:	StFi - Steuern und Finanzen

- 1 Die SPD-Bundestagsfraktion soll sich für eine Erweiterung des bisherigen
- 2 „Sportvereinschecks“ einsetzen. Diese Ehrenamtsförderung soll es nicht nur für
- 3 Sportvereine, sondern für alle gemeinnützigen eingetragenen Vereine in Deutschland
- 4 geben. Die erweiterte Förderung soll „Vereinscheck“ genannt werden.

Antrag StFi30: Neustart zur Stabilisierung der internationalen Finanzmärkte erforderlich!

Antragsteller*in:	SPD-Landesorganisation Hamburg
Status:	überwiesen
Empfehlung Antragskommission:	Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion
Sachgebiet:	StFi - Steuern und Finanzen

- 1 Wir fordern den Bundestag und die Bundesregierung sowie das Europaparlament und die
- 2 EU auf, endlich weitere Schritte zu unternehmen, damit es nicht immer wieder zu
- 3 Krisen kommt, in denen gigantische Summen für die Bankenrettung ausgegeben werden
- 4 müssen, während die Gewinne weiter privatisiert werden.

Antrag StFi31: Besondere Rolle der Sparkassen - Erinnerung an das Gemeinwohl

Antragsteller*in:	60 plus Bundeskonferenz Bund (Parteizentrale)
Status:	überwiesen
Empfehlung Antragskommission:	Überweisung an SPD-Landtagsfraktionen
Sachgebiet:	StFi - Steuern und Finanzen

- 1 Sparkassen haben nach EU-Recht eine besondere Funktion, denn sie sind Anstalten
- 2 öffentlichen Rechts. Sie müssen diesem Anspruch gerecht werden, trotz des Strebens
- 3 nach Gewinn und Behauptung im Markt den Banken gegenüber. Die Länderparlamente müssen
- 4 deshalb die Landessparkassengesetze verschärfen und klare Vorgaben für die
- 5 flächendeckende Versorgung formulieren.

Antrag StFi32: Das Sondervermögen braucht Leitplanken und Reformen

Antragsteller*in:	OTF Klimagerechte Wirtschaft
Status:	überwiesen
Empfehlung Antragskommission:	Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion
Sachgebiet:	StFi - Steuern und Finanzen

- 1 Die SPD-Mitglieder des Deutschen Bundestages und der Bundesregierung werden
- 2 aufgefordert, klare, transparente Richtlinien zur Ausgabe der Gelder aus dem
- 3 Sondervermögen nach Art. 143h GG über die zeitliche Grenze im Jahr 2045 und die
- 4 inhaltliche Festlegung auf die Erreichung der Klimaneutralität hinaus zu schaffen:
- 5 1. Das Sondervermögen wird mit und durch Reformen gerahmt. Die Vergabe- und
- 6 Beschaffungspraxis seitens staatlicher Stellen sowie der Mitteleinsatz sind zu
- 7 effektivieren. Notwendige Mehreinnahmen werden dort generiert, wo sie geringe
- 8 und mittlere Einkommen nicht belasten und einen Beitrag zur
- 9 Vermögensgerechtigkeit leisten.
- 10 2. Vor dem Hintergrund der sozialen, finanziellen und klimatischen Erfordernisse
- 11 werden alle künftigen Maßnahmen am Dreiklang „Verbessern, Verlagern, Vermeiden“
- 12 ausgerichtet.
- 13 3. Neben Kosteneffizienz werden auch Faktoren wie soziale Gerechtigkeit,
- 14 ökologische Verträglichkeit (kein Nachteil für Klimaneutralität) und
- 15 Verhältnismäßigkeit gleichrangig einbezogen.
- 16 4. Das Sondervermögen begünstigt ausschließlich investive Maßnahmen wie
- 17 Infrastruktur und Daseinsvorsorge. Konsumtive Maßnahmen verbleiben in laufenden
- 18 Haushalten. Es finanziert ausschließlich Maßnahmen, deren Betrieb und Unterhalt
- 19 auch künftig aus laufenden Haushalten finanziert werden können und nicht
- 20 absehbar die Haushalte der jeweiligen Aufgabenträger über die Verhältnisse
- 21 hinaus belasten. Alle Projekte sind objektiv am Bedarf orientiert, notwendig und
- 22 stellen die finanziell-ökologisch beste Möglichkeit der Zweckerfüllung dar. .
- 23 5. Es wird vorrangig auf Standardisierung und Marktverfügbarkeit gesetzt.
- 24 6. Für größtmögliche Transparenz wird dokumentiert, welche Projekte finanziert
- 25 wurden.
- 26 Daraus folgen unter anderem:
- 27 1. Stärkung des Deutschen Bundestages durch Vereinfachung des Bundeshaushaltes bei
- 28 gleichzeitiger Vertiefung der Detailgrade, Vermeidung von Nebenhaushalten und
- 29 deren Rückführung in den Bundeshaushalt.
- 30 2. Verfassungskonforme Entschuldungsstrategien der Kommunen (beispielsweise
- 31 Schuldenschnitt sowie definitorische Verbesserung und Verschärfung des
- 32 Konnexitätsprinzips zwischen Bund und Kommunen, ohne das Haushaltsrecht der
- 33 Parlamente übermäßig zu beschneiden).

3. Mehr Transparenz staatlichen Handelns und für Einflussnahme: exekutiven Fußabdruck und Lobbyregister effektiveren und ausdehnen.
4. Verschlankung des Sozialstaats – nicht durch Leistungskürzung, sondern durch zielgenauere Leistung und Bündelung der Auszahlung (derzeit 170 unterschiedlichen Sozialleistungen von fast 30 Behörden) sowie durch mehr Pauschalleistungen und weniger Einzelfallprüfungen.
5. Bürokratiereform: Steigerung staatlicher Effizienz durch Vereindeutigen von Zuständigkeiten und Ausschluss von Kompetenzkonkurrenzen statt neoliberal-schlankem Staat. Ausstattungs- und Digitalisierungsoffensive, um den Überhang an Altfällen abzubauen und Arbeitsplatzattraktivität zu erhöhen. Nur noch höchstpersönliche Leistungen analog zu bearbeiten. Auftreten der Behörden gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern vermehrt in einem Front Office. Vereinheitlichung von (Schutz)-Vorschriften und grundsätzliche Prüfung von Ausnahmetatbeständen
6. Steuergerechtigkeit schaffen durch Vereinfachung und Ausnahmeabbau der Umsatzsteuer, durch Reform der Erbschafts- und Schenkungssteuer, durch Wiedereinführung der Vermögenssteuer ab einem Vermögen von 2 Mio. Euro mit Staffelung für weit höhere Vermögen, durch die Anhebung des Spitzensteuersatzes ab ca. 100.000 Euro Jahreseinkommen, durch Anpassung des Reichenzuschlags auf die Einkommenssteuer ab Jahreseinkommen von ca. 300.000 Euro, um die Steuerlast von Millionären und Milliardären (unter 30 Prozent) an den Mittelstand (über 40 Prozent) anzugleichen.
7. Steuerhinterziehung effektiv bekämpfen durch Schließung von Schlupflöchern und bessere Ausstattung der Ermittlungsbehörden und so den Verlust von 100 Mrd. Euro Steuergelder zu reduzieren. „Legale Steuergestaltung“ ist im Sinne des Gemeinwohls zu reformieren und zu begrenzen.
8. Einbeziehung aller Personengruppen sowie von Kapitalerträgen in sozialen Sicherungssysteme inklusive einer Vereinheitlichung des Arbeitgeberanteils bzw. eines Äquivalents für Beamte.
9. Prüfung der Ausgabenseite und Reduzierung des Mitteleinsatzes durch Reform der Preismechanismen insbesondere in Bereichen der (sozialen) Daseinsvorsorge und Verteidigung und diesbezügliche Reduktion der Wirkweisen des freien Marktes.
10. Evaluation aller Subventionsstrategien und deren Anpassung, um die Relation zwischen dem erheblichen Aufwuchs der Subventionsmittel bei gleichzeitig überschaubarer Bilanz insbesondere in Schlüsselfeldern wieder herzustellen. Im Bereich der Landwirtschaft muss ein Systemwechsel erfolgen, der den Landwirten und -wirtinnen das Überleben ohne staatliche Dauersubventionierung sichert.
11. Abbau klimaschädlicher Vorteile und Schaffung von Übergangs- und Ersatzlösungen, insbesondere beim Diesel-Privileg, der Entfernungspauschale, der Dienstwagenprivilegierung.
 - a. grundsätzlich kein Autobahnneubau, sondern nur noch Sanierung,

- 75 b. Schaffung von Redundanz in den wichtigsten Bereichen im Schienennetz,
- 76 c. hohe Elektrifizierungsquote inklusive dem Ausbau und Elektrifizierung der
- 77 wichtigen Schienenwege nach Osteuropa (für Zusammenwachsen, Güterverkehre
- 78 und militärischen Nutzen) und im übrigen grenzüberschreitenden Verkehr,
- 79 d. Reaktivierung Nebenstrecken mit SPNV-Konzepten und Einbindung in lokale
- 80 Strukturen,
- 81 e. Energieerzeugung und -versorgung dezentralisieren (auch für mehr Resilienz
- 82 – auch im Verteidigungsfall), nachhaltige Energieerzeugung weiter
- 83 beschleunigen, Netze vorrangig staatlich führen,
- 84 f. Erneuerbare Energie statt Investitionen in Kernspaltungs- oder
- 85 Kernfusionsenergie
- 86 g. Ladeinfrastruktur flächendeckend beschleunigt ausbauen unter Aktivierung
- 87 privater Akteure
- 88 h. Keine Förderung von Wasserstoff-Infrastruktur im Bereich der Mobilität an
- 89 Land
- 90 i. Neben Wohnungsbau und -sanierung Intensivierung des Ausbaus von
- 91 Schienenverbindungen und deren Digitalisierung (besonders in
- 92 Großstadtregionen), um Wohnraumpotenzial im ländlichen Raum durch die
- 93 Kombination von Pendeln und Heimarbeit zu attraktivieren, zu aktivieren und
- 94 Regionen näher aneinander zu binden.
- 95 j. Bildung und Bildungsinfrastruktur als zentralen Baustein für Innovation
- 96 sowie Bildung als Ressource begreifen.

Antrag StFi33: Gleichbehandlung von Investitionen in Immobilien und Unternehmensbeteiligungen im Rahmen der Schuldenbremse

Antragsteller*in:	SPD-Landesorganisation Bremen
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung Antragskommission:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	StFi - Steuern und Finanzen

- 1 Die SPD setzt sich dafür ein, dass der direkte Erwerb von Immobilien und Grundstücken
- 2 durch die öffentliche Hand künftig ebenso wie der Erwerb von
- 3 Unternehmensbeteiligungen als Aktivtausch und damit als finanzielle Transaktion im
- 4 Sinne der Schuldenbremse behandelt wird. So soll sichergestellt werden, dass
- 5 Investitionen in Sachvermögen, die dauerhaft im Eigentum der öffentlichen Hand
- 6 verbleiben, nicht auf die zulässige Nettokreditaufnahme angerechnet werden und damit
- 7 die Spielräume der öffentlichen Haushalte unnötig einschränken.

Antrag StFi34: Divestment jetzt: Öffentliche Gelder raus aus fossilen Energien

Antragsteller*in:	OTF Klimagerechte Wirtschaft
Status:	überwiesen
Empfehlung Antragskommission:	Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion
Sachgebiet:	StFi - Steuern und Finanzen

- 1 Die SPD setzt sich auf allen politischen Ebenen dafür ein, dass öffentliche Mittel –
- 2 darunter staatliche Rücklagen, Pensionsfonds, Beteiligungen, Fördermittel und
- 3 institutionelle Kapitalanlagen – schrittweise und konsequent aus Investitionen in
- 4 Unternehmen abgezogen werden, deren Geschäftsmodell maßgeblich auf der Förderung,
- 5 Verarbeitung oder dem Vertrieb fossiler Energieträger (Kohle, Erdöl, Erdgas) basiert,
- 6 solange diese keine glaubhaften und klar überprüfbaren Dekarbonisierungs-Strategien
- 7 vorlegen. Im Rahmen dessen fordern wir die SPD-Bundestagsfraktion und die SPD-
- 8 Mitglieder in der Bundesregierung auf ein nachhaltiges Kapitalanlagegesetz in
- 9 Orientierung an das „Gesetz für nachhaltige Finanzanlagen in Baden-Württemberg“ im
- 10 Einklang mit den entsprechenden EU-Nachhaltigkeitskriterien herbeizuführen.
- 11 Die SPD bekennt sich damit klar zum Prinzip des Divestments und fordert, dass alle
- 12 staatlichen und staatsnahen Institutionen ihre Investitionsstrategien an den Zielen
- 13 des Pariser Klimaabkommens ausrichten und konsequente Ausschlusskriterien für fossile
- 14 Geschäftsmodelle anwenden.

Antrag StFi35: Kommunale Finanzausstattung insbesondere bei Aufgabenübertragung an die Kommunen durch den Bund und die Länder verbessern.

Antragsteller*in:	SPD-Unterbezirk Wolfenbüttel
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung Antragskommission:	Annahme in geänderter Fassung
Auf diesen Antrag verweisende Anträge:	StFi36, StFi37
Sachgebiet:	StFi - Steuern und Finanzen

- 1 Bei Aufgaben, die durch den Bund an die Kommunen übertragen werden, ist darauf zu
- 2 achten, dass die Kommunen in der Lage sind, diese zu finanzieren. Ein möglicher Weg
- 3 ist hierbei eine auf die Dauer der vorübergehenden Mindereinnahmen angelegte,
- 4 gezielte Kompensation durch den Bund. Darüber hinaus gilt es Lösungen für eine
- 5 systematische Verbesserung der Kommunalfinanzen zu entwickeln.

Antrag StFi36: Kommunen und kommunale Aufgaben dauerhaft auskömmlich finanzieren

Antragsteller*in:	SPD-UB Region Hannover
Status:	erledigt durch Annahme StFi35 in geänderter Fassung
Empfehlung Antragskommission:	Erledigt durch Annahme StFi35 in geänderter Fassung
Sachgebiet:	StFi - Steuern und Finanzen

- 1 Die SPD setzt sich dafür ein, die derzeitige Unterfinanzierung der Kommunen
- 2 schrittweise zu beseitigen.
- 3 1. Kommunale Aufgaben sind dauerhaft in ihrer Finanzierung zu sichern. Dazu gehört,
- 4 dass bei zusätzlichen gesamtgesellschaftlichen Aufgaben wie aktuell zum Beispiel
- 5 Flüchtlingshilfe eine Finanzierung durch Bund und Land in vollem Umfang
- 6 sicherzustellen ist.
- 7 2. Nach wie vor werden den Kommunen Aufgaben per Gesetz übertragen oder die
- 8 Qualität vorhandener Aufgaben durch entsprechende Landes- oder Bundesvorgaben
- 9 erhöht, ohne dass dies mit der notwendigen Finanzierung hinterlegt ist. Dies
- 10 muss geändert werden. Wer ein Gesetz beschließt, muss auch die Finanzierung
- 11 übernehmen.
- 12 3. Jedwede Beschlüsse der Bundes- und / oder Landesregierungen müssen darauf hin
- 13 überprüft werden, ob sie unmittelbar oder mittelbar zu Mindereinnahmen oder
- 14 Mehraufwendungen in den Kommunen führen. Ein entsprechender ausreichender
- 15 Finanzierungsausgleich von Bundes- oder Landesebene an die Kommunen muss damit
- 16 zwingend einhergehen.
- 17 4. Eine konkrete Lösung für die Altschuldenproblematik der Kommunen muss endlich
- 18 her. Bundesregierung und Landesregierungen stehen hier im Wort. Die SPD wird auf
- 19 allen Ebenen in Gespräche mit den Regierungen eintreten, um hier endlich eine
- 20 Lösung und deren Umsetzung einzufordern.
- 21 5. Eine von Bundesfinanzminister Lindner proklamierte damit einhergehende
- 22 Grundgesetzänderung und „Auferlegung“ einer Schuldenbremse für die Kommunen ist
- 23 strikt zurückzuweisen.
- 24 6. Altschulden müssen umgehend getilgt werden. Dazu werden Vermögens- und
- 25 Erbschaftssteuer neugestaltet.
- 26 7. Da die Finanzierung der öffentlichen Daseinsfür- und vorsorge überwiegend aus
- 27 Steuern und Abgaben erfolgt, bedarf es ebenso einer Debatte um Umverteilung.
- 28 Die Länder benötigen dringend Änderungen im Steuerrecht, um ihre eigene Finanzkraft
- 29 zu stärken. Die Vermögenssteuer muss wieder erhoben werden, bei der Erbschafts- /
- 30 Schenkungssteuer und Grunderwerbssteuer müssen die Schlupflöcher geschlossen werden.
- 31 Kapitaleinnahmen müssen zukünftig wieder mit dem persönlichen Steuersatz versteuert
- 32 werden.

Antrag StFi37: Stärkung der kommunalen Finanzen

Antragsteller*in:	OV Hannover Oststadt/ Zoo
Status:	erledigt durch Annahme StFi35 in geänderter Fassung
Empfehlung Antragskommission:	Erledigt durch Annahme StFi35 in geänderter Fassung
Sachgebiet:	StFi - Steuern und Finanzen

- 1 Die SPD setzt sich dafür ein, dass entsprechend des Konnexitätsprinzips die alle
- 2 Aufwendungen der Städte und Gemeinde für Aufgaben, die ihnen als Pflichtaufgaben
- 3 auferlegt worden sind und auferlegt werden, jeweils vollständig von derjenigen
- 4 Körperschaft erstattet werden, die die jeweilige Aufgabe der Kommune auferlegt hat.
- 5 Um die Städte und Gemeinden auch hinsichtlich der Aufgaben aus dem freiwilligen
- 6 Wirkungskreis wieder handlungsfähig zu machen, soll zur weiteren Stärkung der
- 7 Kommunalfinanzen ein um weitere 2 Prozentpunkte höherer Anteil an der Einkommensteuer
- 8 den Gemeinden nach Art 106 Abs.3 iVm. 5 GG zustehen (bisher 15 % des
- 9 Steueraufkommens).

Antrag U01: Abschaffung von Perfluorierte Alkyl- und polyfluorierte Alkylsubstanzen (PFAS)

Antragsteller*in:	SPD-Unterbezirk Gifhorn
Status:	überwiesen
Empfehlung Antragskommission:	Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion
Sachgebiet:	U - Umwelt, Ernährung, Landwirtschaft, Natur-, Arten & Verbraucherschutz

- 1 Die Verwendung von PFAS in sensiblen Konsumprodukten muss ohne weitere Verzögerung
- 2 verboten werden.
- 3 Aufgrund ihrer wasser-, fett- und schmutzabweisenden Eigenschaften kommen PFAS in
- 4 zahlreichen Alltagsprodukten (Lebensmittelverpackungen) zum Einsatz. z. B. Pfannen,
- 5 Raclette-Grills, Waffeleisen, Sandwichmakern, Backpapier, Fast-Food-Verpackungen
- 6 (Burgerboxen, Pommestüten, Dönertüten), Zahnseide, Wasserfilter, Shampoo, Kosmetika,
- 7 Regenjacken, Pflanzenschutzmittel, Teppichen, Imprägniersprays für Textilien und
- 8 Schuhe, Wachsen und Schmiermitteln (z. B. in Ski-Wachsen), Antibeschlagmitteln (z. B.
- 9 für Brillen), Kabelummantelungen, Fotopapieren, Klebeetiketten, Druckfarben und
- 10 Lacken, Feuerlöschschäumen.
- 11 PFAS sind unter der Bezeichnung langlebige bzw. persistente Chemikalien bekannt, da
- 12 sie in unserer Umwelt und in unserem Körper äußerst lange nachweisbar sind. Sie
- 13 können zu Gesundheitsproblemen wie Leberschäden, Schilddrüsenerkrankungen,
- 14 Fettleibigkeit, Fruchtbarkeitsstörungen und Krebs führen.
- 15 Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, die Verwendung von PFAS unverzüglich zu
- 16 verbieten. Für die Sanierung kontaminierter Orte muss eine nationale Strategie
- 17 entwickelt werden.
- 18 Die SPD muss zeitgleich entsprechende Anträge bei der EU-Kommission einreichen.

Antrag U02: Gute Gesundheit vor Schadstoffe

Antragsteller*in:	SPD-Landesorganisation Hamburg
Status:	überwiesen
Empfehlung Antragskommission:	Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion
Sachgebiet:	U - Umwelt, Ernährung, Landwirtschaft, Natur-, Arten & Verbraucherschutz

- 1 1. Erweiterte Beschränkung von PFAS in Verbrauchsprodukten:
- 2 • Einführung einer Kennzeichnungspflicht für PFAS-haltige Produkte.
- 3 • Einrichtung eines Förderprogramms für PFAS-freie Alternativen in der Industrie.
- 4 2. Maßnahmen gegen Mikroplastik und Weichmacher:
- 5 • Förderung biologisch abbaubarer Alternativen für Verpackungen und Textilien.
- 6 3. Reduzierung von Pestiziden und Schwermetallen:
- 7 • Die öffentliche Hand soll mittelfristig auf den Einkauf aller Artikel, die
- 8 Mikroplastik enthalten, verzichten.
- 9 • Entwicklung eines Monitoringsystems für Schwermetalle in Lebensmitteln mit
- 10 verpflichtender Verbraucherinformation.
- 11 • Verbot des Imports von stark pestizidbelasteten (z. B. durch Atrazin)
- 12 Lebensmitteln aus Drittländern, sofern sie nicht EU-Standards entsprechen.
- 13 4. Förderung von Forschung und Innovation:
- 14 • Einrichtung eines Forschungsfonds für schadstofffreie Alternativen, insbesondere
- 15 für nachhaltige Verpackungen und umweltfreundliche Chemikalien.
- 16 • Unterstützung von Start-ups und Unternehmen, die innovative Lösungen zur
- 17 Schadstoffreduktion entwickeln.
- 18 5. Verbraucheraufklärung und Transparenz:
- 19 • Einrichtung einer staatlichen Informationsplattform, die Verbraucher*innen über
- 20 gesundheitsgefährdende Substanzen aufklärt.
- 21 • Einführung eines Siegels für schadstofffreie Produkte, um bewusste
- 22 Kaufentscheidungen zu ermöglichen.

Antrag U03: Es klappert die Mühle am rauschenden Bach – doch wem gehört der Bach?

Antragsteller*in:	SPD-Landesverband Berlin
Status:	überwiesen
Empfehlung Antragskommission:	Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion
Sachgebiet:	U - Umwelt, Ernährung, Landwirtschaft, Natur-, Arten & Verbraucherschutz

1 Shocking Fact: Wasser ist wichtig und wird knapper

2

3 Der 3. Juli 2023 war der weltweit heißeste Tag seit Beginn der Wetteraufzeichnungen
4 im Jahr 1880. Dass solche Negativrekorde immer häufiger auftreten, zeigte sich indiesem Sommer kurz
5 darauf: Einen Tag später, am 4. Juli, wurde
6 dieser Rekordwieder gebrochen. Unwahrscheinlich, dass die Durchschnittstemperatur
7 von 17.18°C derletzte Negativrekord bleiben wird.

7

8 In Zeiten steigender Temperaturen sind Hitzeperioden kein seltenes Phänomen.
9 Die Folgen der Klimakrise wirken sich unlängst auf sämtliche Lebensbereiche aus. So wurden in den letzten
10 Jahren die Herausforderung auf die
11 Wasserwirtschaft immer größer. Wasserknappheit wird dadurch immer öfter saisonal und
12 regional zu einem Problem und einer großen Gefahr für viele Gruppen der Gesellschaft.
13 Immermehr Nutzer*innen werden zukünftig über die knapp werdende Ressource Wasser
14 konkurrieren. Diese Konflikte können auf das internationale Parkett kommen, wie beidem Beispiel von
15 Äthiopiens Staudamms für den Oberlauf des Nils,
16 wodurch Ägypten die Wasserversorgung bedroht sieht oder beim Staudamm der Türkei vom
17 Euphrat und Tigris, wodurch ähnlicher Ärger in Syrien und Irak aufgekommen ist. Die
18 Sorge vor den viel zitierten Kriegen um Wasser wächst durch die Klimakrise.

17

18 Doch auch ohne die Androhung von Gewalt steigt der Konflikt, wenn
19 der Grundwasserspiegel weiter sinkt und sich große Unternehmen den Zugriff auf das
20 immer knapp werdende Wasser werden wollen. Unlängst sind die Beispiele wie das von Nestlé bekannt, in
21 denen der Konzern die Wasserrechte von staatlichen Wasserbehörden kauft. Das erlaubt dem
22 Unternehmen, Wasser direkt aus dem
23 Grundwasser (unterhalb der Erdoberfläche) abzupumpen. Die lokale Bevölkerung geht oft
24 leer aus oder muss horrend Preise für abgepackte Wasser zahlen.

23

24 Die Vereinten Nationen haben das Recht auf "einwandfreies und sauberes
25 Trinkwasser und Sanitärversorgung" als ein Menschenrecht eingestuft- zwar erst seit 2010. Doch dieser
26 UN-Beschluss ist nicht bindend für die
27 Mitgliedsstaaten. So haben laut UN-Weltwasserbericht immer noch rund 2,2 Milliarden
28 Menschen keinen Zugang zu einer sicheren Trinkwasserversorgung.

28

29 Bei starker Hitze ist nicht nur genügend Trinkwasser besonders entscheidend. Auch der
30 Zugang zum Wasser in Form von Seen und Flüssen ist wichtig, um dort die Möglichkeit
31 einer Abkühlung und Erholung zu ermöglichen. Gerade in Zeiten steigender Preise und finanzieller
Unsicherheiten ist für viele Menschen die örtlichen Naherholungsgebiete die einzige Möglichkeit zur
Abkühlung.

32

33 Doch auch hier zeigt der Kapitalismus sich wieder von seiner hässlichsten Seite: Viel
34 zu oft ist der Zugang zu Seen oder Flüssen stark eingeschränkt oder komplett
35 unmöglich, weil angrenzende Grundstücke privatisiert oder verpachtet wurden. Es scheint, dass der
öffentliche See nur für diejenigen zugänglich wird,
36 die viel Geld haben. Während die Reichen ihre Privilegien genießen, wird die
37 Klimakrise für arme Menschen immer mehr zu einer Bedrohung.

38

39 **Rechtsprechung: It's complicated**

40

41 Der Druck, die Wasserversorgung innerhalb der EU zu privatisieren, nimmt
42 zu. Lobbygruppen und Konzerne setzen sich seit Jahren dafür ein. Doch warum das eine
43 schlechte Idee ist, haben unfreiwillige Reallabore längst gezeigt:

44

45 Die Euphorie der Privatisierungen in den 1990er Jahren hat auch Berlin erfasst, als
46 unter Senatsführung der CDU die Berliner Wasserbetriebe teilprivatisiert wurden.
47 Statt wie versprochen neue Arbeitsplätze zu schaffen, wurden viele Arbeitsplätze eingestampft.
Gleichzeitig zogen die Wasserpreise an. In Berlin hat sich die Bevölkerung gewehrt – das Wasser ist jetzt
wieder in öffentlicher Hand und die
48 Preise für das Trinkwasser sind wieder zurückgegangen.

49

50 Auch in der portugiesischen Stadt Pacos de Ferreira stieg der Trinkwasserpreis nach
51 der Privatisierung in sechs Jahren um 400 % an.

52

53 Wie drastisch die Lage auf nationaler Ebene werden kann, zeigt Chile, wo die
54 Wasserversorgung seit 1981 nahezu vollständig privatisiert wurde. Mittlerweile
55 konzentrieren sich die Besitzverhältnisse auf wenige mächtige Großunternehmen, die
56 Preise diktieren können und den Spekulationsmarkt boomen lassen. Die extremen Dürren, unter denen
Chile oft leiden muss, werden dadurch immer schwieriger zu bewältigen – insbesondere für die ärmeren
Gruppen der Bevölkerung auf dem Land, die
57 sich das Wasser nicht mehr leisten können.

58

59 2014 ist die EU-Kommission mit einem Versuch gescheitert, die Privatisierung der
60 Wasserversorgung über die so genannte Konzessionsrichtlinie voranzutreiben. Für

Wasserversorgung und -entsorgung sollte jede Verfügungsbewilligung EU-weit
ausgeschrieben werden. Schon damals wurde deutlich, dass dadurch Gemeinden unter
Preisdruck von global agierenden Konzernen geraten würden, wodurch auf massiven öffentlichen Druck
Wasser aus der Richtlinie ausgenommen wurde – vorerst. Eine EU-weite Regelung über die Verhinderung
der Privatisierung von Wasser gibt
es dementsprechend nach wie vor nicht.

Für die Bürger*innen der Bundesrepublik folgt aus dem Grundrecht auf Leben und
Gesundheit und dem Sozialstaatsprinzip im Grundgesetz ein Anspruch auf qualitativ angemessene
Versorgung mit Trinkwasser als Bestandteil des zu sichernden
Existenzminimums. Die der Allgemeinheit dienende Wasserversorgung ist Aufgabe der Bundesländer und
Gemeinden. Dabei können die Kommunen sich von
privaten Unternehmen unterstützen lassen, solange sie die wesentlichen Entscheidungen
selbst treffen. Was bleibt, ist eine Hintertür für zukünftige Privatisierungen. Auch
können schon jetzt einzelne Wasserquellen wie Brunnen in Privatbesitz gelangen. Schon
jetzt kommt es zu ersten örtlichen Verteilungskonflikten zwischen
Mineralwasserunternehmen und der lokalen Wasserwirtschaft über die Frage, wer bei der
Nutzung lokaler Wasserressourcen den Vorrang hat.

Verteilungskämpfe zwischen den Bundesländern und Kommunen um die Ressource Wasser
zeichnen sich bereits ab: Die Tagebaugruben der Lausitz werden aktuell mit Pumpen von
Grundwasser trocken gehalten. Das Wasser aus den Tagebauen speist momentan die
Spree. Wenn diese Tagebaue nun stillgelegt werden, wird die Senkung des Flusspegels
zusätzlich zum allgemein sinkenden Grundwasserspiegel verstärkt.

Um den Flusspegel der Spree und damit den Trinkwasserhaushalt Berlins zu sichern, ist
ein "Überlaufkanal" zwischen Elbe und Spree geplant, der bei Wasserknappheit der
Spree überschüssiges Wasser aus der Elbe in die Spree einleiten soll. Diese Vorschläge stoßen nicht bei allen
Menschen in Sachsen und Südbrandenburg auf große
Begeisterung. Ein Konflikt um die wenigen Wasserressourcen zeichnet sich bereits jetzt ab.

Auch die Verwendung des Wassers in den dann gefluteten Tagebaugruben der Lausitz ist
nicht abschließend geklärt. Im schlimmsten Fall beanspruchen die Betreiber*innen der
ehemaligen Tagebaue das Wasser und Kommunen müssen zur Verwendung des Wassers zahlen.

Auch der Zugang zum fließenden Wasser ist nur eingeschränkt möglich. Während des
Gewässerbett nicht eigentumsfähig sein können, dürfen die angrenzenden Landflächen
das sehr wohl sein. Der Zugang zum öffentlichen Wasser kann dadurch erheblich
eingeschränkt werden, auch wenn rechtlich die Nutzung von oberirdischen Gewässern
klar erlaubt ist.

Do it like Slovenia - Grundrecht auf Trinkwasser

Slowenien hat 2016 als erstes Land in der Europäischen Union das Recht auf Trinkwasser zur Verfassung hinzugefügt. Damit wird der Zugang zum „flüssigen Gold des 21. Jahrhunderts“ rechtlich gesichert. Insbesondere von Armut betroffene Gruppen der Gesellschaft haben damit einen Rechtsanspruch. Ebenso wird auch für die Zukunft verhindert, dass Wasser zur Ware wird und Wasserquellen privatisiert werden.

Eine Festschreibung des Grundrechts auf Zugang zum Trinkwasser auch in das Grundgesetz ist nur der logische Schritt.

Weg mit den Villen und rein ins Wasser

Den See sehend, aber nicht erreichend, ist bei hochsommerlichen Temperaturen ein bekanntes Ärgernis. Oft verhindern private Badebereiche und Privatgrundstücke Zugang zum Wasser, wobei der See öffentliches Gut ist. Hier muss sichergestellt werden, dass für die Mehrheit der Gesellschaft der Zugang nicht abgeschnitten werden kann. Ähnliches fordern unsere Genoss*innen der SPÖ mit einem „Recht auf Natur“ auf Verfassungsebene, damit sich in Zukunft nicht immer mehr Menschen auf wenige Quadratmeterquetschen müssen, während Reiche ihre eigenen Privatkilometer Zugang haben.

Water we waiting for?

Daher fordern wir:

- Die Aufnahme des Grundrechts auf Trinkwasser ins Grundgesetz nach slowenischem Vorbild, um die Vorrangstellung der Trinkwasserversorgung in Konkurrenz zu anderen Wassernutzungen klarzustellen sowie um eine Privatisierung von Trinkwasser zu verhindern. Dafür ist das Grundgesetz hier nach dem geltenden Naturschutzgesetz anzupassen.
- Die Aufnahme des Rechts auf freie Natur im Grundgesetz, damit öffentliches Wasser nicht nur den Reichen zugänglich sein darf
- Ein Vorkaufsrecht für Länder und Kommunen, um neue Flächen an Seezugängen zu erwerben und der Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen. Dafür sollen ausreichend finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt werden. Öffentliche Seegrundstücke gelten ab dann als unverkäuflich und dürfen nur im Rahmen der öffentlichen Zugänglichkeit verpachtet werden.
- Bei Wasserflächen, wo aktuell kein bis kaum ein öffentlicher Zugang existiert, müssen Lösungen zugunsten der öffentlichen Zugänglichkeit gefunden werden. Auch vor Vergesellschaftungen darf nicht zurückgeschreckt werden.
- Eine stärkere lokale, nationale und internationale Koordinierung zu

- 134 faireren Wasserverteilung, um Engpässe zu vermeiden
- 135 • Mehr Investitionen in die Infrastrukturen der Wasserwirtschaft und in
- 136 den Naturschutz, um die Resilienz der Wasserwirtschaft zu stärken und damit der
- 137 Grundwasserpegel nicht weiter sinkt.
- 138 • Uns ist bewusst, dass es auf klimapolitische Herausforderungen nur
- 139 globale Antworten geben kann. Daher bedarf es verbindliche Regelungen zur Privatisierung der
- Wasserversorgung. Als einen ersten Schritt
- fordern wir gesamt europäische Lösungen für die Sicherstellung vom Grundrecht
- Wasser und den Zugang zum öffentlichen Gut.

Antrag U04: Lebensmittelverschwendung = Ressourcenverschwendung – Lebensmittelverschwendung effektiv minimieren

Antragsteller*in:	OTF Klimagerechte Wirtschaft
Status:	überwiesen
Empfehlung Antragskommission:	Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion
Sachgebiet:	U - Umwelt, Ernährung, Landwirtschaft, Natur-, Arten & Verbraucherschutz

- 1 Dass das Wegwerfen noch verwendbarer Lebensmittel für größere Supermärkte (z.B. nach
- 2 Ladenfläche) nach französischem Vorbild und entsprechend des Beschluss der
- 3 Bundestagsfraktion vom 5.5.2020, verboten werden soll. Dies soll darüber hinaus auch
- 4 für noch haltbare Lebensmittel über das Mindesthaltbarkeitsdatum hinaus ermöglicht
- 5 werden.
- 6 Darüber hinaus soll das Retten von noch genießbaren Lebensmitteln (containern)
- 7 entkriminalisiert werden. Verknüpft mit öffentlichkeitswirksamen Kampagnen und
- 8 Aufklärungsarbeit in Schulen und anderen Bildungseinrichtungen kann so das
- 9 Bewusstsein für den Wert von Lebensmitteln in der gesamten Gesellschaft gestärkt
- 10 werden.

Antrag U05: Kastrationspflicht für Hauskatzen

Antragsteller*in:	SPD-Bezirk Hessen-Nord
Status:	angenommen
Empfehlung Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	U - Umwelt, Ernährung, Landwirtschaft, Natur-, Arten & Verbraucherschutz

- 1 Der Bundesparteitag fordert die SPD-Fraktionen in Land und Bund auf, sich für die
- 2 Einführung einer flächendeckenden Kastrationspflicht für Hauskatzen, die nicht zur
- 3 Zucht eingesetzt werden, einzusetzen. Dazu ist eine Änderung des Tierschutzgesetzes
- 4 zu initiieren.

Antrag U06: Förderung und Entkriminalisierung von Nutzhanf

Antragsteller*in:	SPD-Unterbezirk Duisburg
Status:	überwiesen
Empfehlung Antragskommission:	Überweisung an die SPD-Bundestagsfraktion
Sachgebiet:	U - Umwelt, Ernährung, Landwirtschaft, Natur-, Arten & Verbraucherschutz

- 1 Um die nachweislichen ökologischen, ökonomischen und medizinisch-therapeutischen
- 2 Qualitäten der Hanfpflanze stärker nutzbar machen zu können, brauchen Anbaubetriebe
- 3 Rechtssicherheit und einen seriösen, gesicherten Marktzugang.
- 4 Betriebe, die Hanf nachweislich nicht für den Cannabiskonsum von Endverbrauchern,
- 5 sondern zur anderweitigen Nutzung anbauen, sollen daher nicht weiter der
- 6 Strafverfolgung ausgesetzt sein. Entsprechende Gesetze, Verordnungen und fachliche
- 7 Weisungen sind demgemäß zu ändern.
- 8 Auch sind solche Betriebe anderweitig zu fördern, beispielsweise durch die Vergabe
- 9 entsprechender Anbaulizenzen. Zudem sollte für Nutzhanfpflanzen eine Obergrenze beim
- 10 THC-Gehalt von 1% (wie in der Schweiz) gelten, was durch staatliche Kontrolle
- 11 sicherzustellen wäre.

Antrag U07: „Tax the rich - not the poor“ - Abschaffung der Gebühren bei Auszahlung des Arbeitslosengelds II/Bürgergeld und Kindergeld.

Antragsteller*in:	SPD-Landesorganisation Hamburg
Status:	überwiesen
Empfehlung Antragskommission:	Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion
Sachgebiet:	U - Umwelt, Ernährung, Landwirtschaft, Natur-, Arten & Verbraucherschutz

- 1 Der Bundesparteitag möge beschließen:
- 2 1) die Kosten, die durch die Postbank, Deutsche Bank und durch die Kassenautomaten
- 3 des Arbeitsamtes erhoben werden, bei einer Auszahlung des Arbeitslosengelds
- 4 II/Bürgergeld, sollen abgeschafft werden,
- 5 2) die Gebühren bei einer Auszahlung des Kindergelds sollen abgeschafft werden.

Antrag U08: Überschuldung verhindern – Armutsfallen bekämpfen

Antragsteller*in:	SPD-Landesorganisation Hamburg
Status:	überwiesen
Empfehlung Antragskommission:	Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion
Sachgebiet:	U - Umwelt, Ernährung, Landwirtschaft, Natur-, Arten & Verbraucherschutz

- 1 Die SPD Bundestagsfraktion wird dazu aufgefordert, sich für eine
- 2 öffentlichkeitswirksame Kampagne des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz,
- 3 nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV) zur Arbeit der
- 4 Schuldnerberatungsstellen einzusetzen.

Antrag U09: Stärkung der Suchtprävention in Sachsen-Anhalt

Antragsteller*in:	SPD-LV Sachsen-Anhalt
Status:	überwiesen
Empfehlung Antragskommission:	Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion
Sachgebiet:	U - Umwelt, Ernährung, Landwirtschaft, Natur-, Arten & Verbraucherschutz

- 1 wir machen uns dafür stark, dass Menschen nicht länger in Süchte getrieben werden,
- 2 die am Ende nur Großkonzernen nutzen. Deshalb fordern wir Werbeverbote für:
 - 3 • Glücksspiel
 - 4 • Alkohol
 - 5 • Sportwetten

Antrag U11: Schutz für Ungeborenes: Verpflichtende Warnhinweise für alkoholische Getränke zur Sensibilisierung von Schwangeren

Antragsteller*in:	SPD-Landesorganisation Hamburg
Status:	abgelehnt
Empfehlung Antragskommission:	Ablehnung
Sachgebiet:	U - Umwelt, Ernährung, Landwirtschaft, Natur-, Arten & Verbraucherschutz

- 1 Die SPD fordert die SPD Bundestagsfraktion auf, sich dafür einzusetzen, dass ein
- 2 Warnhinweis auf alkoholischen Getränken ab 0,1 Promille gedruckt wird, um auf die
- 3 Gefährlichkeit von Alkoholkonsum in der Schwangerschaft hinzuweisen.

Antrag U12: Alkoholabhängige schützen: Verlockungskäufe von Alkohol erschweren

Antragsteller*in:	SPD-Landesorganisation Hamburg
Status:	überwiesen
Empfehlung Antragskommission:	Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion
Sachgebiet:	U - Umwelt, Ernährung, Landwirtschaft, Natur-, Arten & Verbraucherschutz

- 1 Dass in Lebensmittelmärkten an der Kasse verboten wird, Alkohol in Form von
- 2 Verlockungskäufen anzubieten. Es sollen außerdem Warnhinweise angebracht werden, wie
- 3 bei Zigarettenartikeln, und eine Therapiehotline angeboten werden.

Antrag W01: E-Mobilität als Chance für Standort und Beschäftigte nutzen

Antragsteller*in:	SPD-Unterbezirk Köln
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung Antragskommission:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	W - Wirtschaft

- 1 1. Die künftige Bundesregierung soll wieder attraktive Kaufanreize für
2 Elektroautos einführen. Neben einer Kauf- oder Umtauschprämie als Anreiz zum
3 Umstieg schlagen wir Steuerbegünstigungen und schnellere Abschreibungen für
4 dienstliche E-Fahrzeuge vor. Um das Ziel zu erreichen, dass in der EU bis zum
5 Jahr 2035 nur noch Neufahrzeuge mit Elektromotor verkauft werden, muss
6 insbesondere die Entwicklung erschwinglicher Modelle für breite
7 Bevölkerungsgruppen unterstützt werden, auch um die soziale Gerechtigkeit zu
8 wahren.
- 9 2. Vor allem Haushalte mit kleinem Einkommen sollen gefördert werden: Zusätzlich zu
10 Kauf- oder Umtauschanreizen sollen Haushalte mit kleinem Einkommen ein
11 vergünstigtes Langzeitleasing eines Elektroautos erhalten.
- 12 3. Der Ladestrom an öffentlichen Ladesäulen muss deutlich preiswerter werden, denn
13 die Kosten für das Laden von Elektroautos sind ein zentrales Hindernis für den
14 Umstieg.
- 15 4. Um langfristig wettbewerbsfähig zu bleiben, braucht es erhebliche Investitionen
16 in Forschung und Entwicklung und die Mittel für nachhaltige Antriebe,
17 Innovationen in der Batterieproduktion, bei alternativen Antrieben und
18 Recyclingtechnologien am Standort Deutschland. Dabei sollten gezielt heimische
19 Automobilstandorte durch die Batterieproduktion aufgewertet werden, wie etwa
20 Ford in Köln.

Antrag W02: Keine Abwrackprämie, besonders für fahrtüchtige und TÜV-taugliche Fahrzeuge

Antragsteller*in:	100 SPD-Kreis Marzahn-Hellersdorf
Status:	überwiesen
Empfehlung Antragskommission:	Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion
Sachgebiet:	W - Wirtschaft

- 1 Die Mitglieder der SPD-Fraktion des Bundestages werden gebeten, sich dafür
- 2 einzusetzen: Eine Abwrackprämie, besonders für fahrtüchtige und TÜV-taugliche
- 3 Fahrzeuge ist zu unterlassen, weil das Nutzen alter Fahrzeuge auch einen
- 4 Nachhaltigkeitsaspekt beinhaltet. Es kommt hinzu, dass dadurch mehr als nötig in den
- 5 Gebrauchtfahrzeugmarkt eingegriffen würde, was nicht Sinn sozialdemokratischer
- 6 Politik sein darf.

Antrag W03: Eine eigene Stahlerzeugung ist und muss Ausgangspunkt der Industriellen Wertschöpfungskette im Industrieland Deutschland bleiben: Deshalb die Stahlstandorte in Deutschland erhalten, Arbeitsplätze und Arbeitnehmerrechte sichern.

Antragsteller*in:	Arbeitsgemeinschaft für Arbeit (AfA)
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung Antragskommission:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	W - Wirtschaft

- 1 Die Stahlbranche als wichtiger Arbeitgeber muss weiter in Deutschland eine Zukunft
2 haben und auf höchstem Standard -einschließlich der angestrebten Klimaschutzziele-
3 produzieren. Eine weitere Abhängigkeit von der internationalen Arbeitsteilung,
4 globalen Lieferketten und der Ressourcenverfügbarkeit auf globalen Märkten ist
5 entgegenzuwirken.
- 6 „Stahl ist Zukunft“
- 7 Daher fordern wir:
- 8 Den Einstieg des Staates in die deutsche Stahlproduktion muss in begründeten
9 Einzelfällen künftig eine Option sein: Mit einer „rechtlichen Anteilseignerschaft an
10 Stahlunternehmen“ können unter anderem die Sicherheitsinteressen des Landes durch
11 heimische Kapazitäten abgesichert werden. Zudem könnte eine Beteiligung dazu dienen,
12 Beschlüsse, für die eine qualifizierte Mehrheit verlangt wird, sicherzustellen. Die
13 wirtschaftliche Entwicklung in der Stahlindustrie hat in den vergangenen Monaten eine
14 dramatische Dynamik aufgenommen, die den Stahlstandort Deutschland gefährdet.
- 15 Die Erzeugung von Roheisen und die Weiterverarbeitung zu Stahl verschiedener
16 Zusammensetzung ist eine Grundstoffindustrie, die für ein Industrieland unverzichtbar
17 ist. Wir brauchen daher eine „Stahlstrategie für Deutschland. Unter dem Dach einer
18 Stahlstiftung analog der RAG Stiftung oder einer "Deutschen Stahl AG“ könnte die
19 Unabhängigkeit deutscher Stahlproduzenten gewährleistet bleiben, jedoch
20 unvorhersehbare Marktentwicklungen ausgeglichen werden. könnte aber auch die
21 Unternehmen beim Umbau zu einer klimaneutralen Produktion unterstützen.
22 Wirtschaftlich tragfähig, ökologisch verantwortlich und nah an den Menschen. Sie
23 könnte wichtige Impulse setzen, für eine nachhaltige Transformation und die
24 öffentlichen Kassen dauerhaft von den Kosten entlasten, die mit der Transformation
25 und der Bewahrung der Umwelt verbunden sind.
- 26 Wettbewerbsfähige Strompreise und Netzentgelte:
- 27 Die Konkurrenzfähigkeit deutscher Unternehmen ist durch die hohen Stromkosten
28 gefährdet. Schon jetzt fahren energieintensive Betriebe ihre Produktion teilweise
29 herunter. Außerdem fehlt den Unternehmen das Geld für wichtige Zukunftsinvestitionen.
30 Insgesamt geht es um Tausende von Arbeitsplätzen. Diesen staatlichen Eingriff soll es

31 aber nur unter bestimmten Bedingungen geben. Wer die Förderung erhält, muss sich zu
32 Investitionen in den grünen Umbau der eigenen Produktion verpflichten. Die
33 Arbeitnehmervertretungen und die zuständigen Gewerkschaften müssen dabei eng
34 einbezogen werden und Vereinbarungen zur Beschäftigungssicherung aushandeln. Der
35 Industriestrompreis soll nur für die energieintensive Industrie gelten und zeitlich
36 klar abgegrenzt sein.

37 Betriebsbedingte Kündigungen und Standortschließungen müssen ausgeschlossen werden:
38 Alle Tarifparteien werden aufgefordert, die Verträge einzuhalten und so
39 betriebsbedingte Kündigungen und eventuelle Standortschließungen auszuschließen. Wir
40 brauchen ein klares Bekenntnis zum Erhalt aller Stahlstandorte, der Stahlproduktion
41 und Stahlverarbeitung. Alle müssen sich ihrer Verantwortung für die Standorte in
42 Deutschland bewusst sein.

43 Unternehmensführungen müssen Transparenz schaffen:
44 Die Arbeitnehmervertretungen müssen in die Entscheidungsfindung eingebunden werden.
45 Die Mitbestimmungsrechte im Rahmen der Montanmitbestimmung müssen eingehalten werden.

46 Grüne Leitmärkte:
47 Bislang ist die Nachfrage nach grünem Stahl noch gering. Die Umstellung auf die
48 klimafreundliche Stahlproduktion ist somit für die Hersteller mit einem Risiko
49 verbunden. Hier müssen die Länder und die Bundesregierung bei der Vergabe von
50 öffentlichen Aufträgen auf die Verwendung von CO²- reduziertem und regionalem Stahl
51 setzen, um so die Nachfrage anzukurbeln. Hierbei sollten Bund und Länder prüfen, wie
52 sie grünen Stahl attraktiver machen können.

Antrag W04: Kreislaufwirtschaft als ausschließliches Wirtschaftsmodell im Produktions- und im Dienstleistungssektor etablieren

Antragsteller*in:	OTF Klimagerechte Wirtschaft
Status:	überwiesen
Empfehlung Antragskommission:	Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion und SPD-Landtagsfraktionen
Sachgebiet:	W - Wirtschaft

- 1 Der Bundesparteitag möge zur Weiterleitung an die Bundestagsfraktion und die
2 Länderfraktionen beschließen:
- 3 Kreislaufwirtschaft ist kurz-, mittel- und langfristig die einzige nachhaltige und
4 akzeptable Wirtschaftsform. Durch Steigerung der Ressourceneffizienz und konsequente
5 Kreislaufwirtschaft können ein Großteil des heutigen Bedarfs an Primärmaterialien
6 eingespart werden. Der produktionsbedingte Trinkwasserverbrauch und der
7 Mikroplastikeintrag in die Umwelt und die Nahrungskette müssen minimiert werden.
- 8 Um diese Ziele zu erreichen, sind unterschiedliche Ansätze gleichzeitig zu verfolgen:
- 9 • Einplanung des Recyclings bereits bei der Produktentwicklung (Cradle to cradle).
10 • Steigerung der Produktlebensdauer durch innerbetriebliches Qualitätsmanagement.
11 • Möglichst weitgehende Vermeidung von Verbundstoffen.
12 • Möglichst weitgehende Vermeidung der zusätzlichen Abgabe von Mikroplastik,
13 toxischen, kanzerogenen und persistenten Stoffen (PFAS) in die Umwelt.
14 • Technische Produkte müssen sich zerlegen und wieder zusammensetzen lassen, ohne
15 dauerhafte Beschädigungen.
16 • Ersatzteile, Geräteinfos und Softwareupdates müssen zu angemessenen Kosten
17 lieferbar sein.
18 • Längere Werksgarantien und Softwareupdates,
19 • Rückgabe an Hersteller am Ende der Produktlebensdauer.

Antrag W05: Genoss*innenschaften für alle!

Antragsteller*in:	SPD-Unterbezirk Dresden
Status:	überwiesen
Empfehlung Antragskommission:	Überweisung an SPD-Parteivorstand als Material
Sachgebiet:	W - Wirtschaft

- 1 Für uns als SPD ist die Demokratisierung der Wirtschaft ein zentraler Bestandteil
- 2 unseres sozialistisches Selbstverständnisses. Eine Demokratie, in der ein hoher
- 3 Anteil der Macht in der Hand einiger weniger liegt, ist langfristig nicht
- 4 funktionsfähig und unsere kapitalistische Wirtschaftsordnung sorgt durch ihre
- 5 inhärente Kapitalakkumulation für genau diese Machtkonzentration.
- 6 Die Unternehmensform der Genossenschaft kann im besten Fall dafür sorgen, dass der
- 7 Besitz an Produktionsmittel nicht in den Händen einzelner Kapitalist*innen, sondern
- 8 gemeinschaftlich in den Händen der „Beschäftigten“ (die in diesem Fall auch
- 9 Eigentümer*innen) der Betriebe liegen.
- 10 In Deutschland existieren bereits einige Wirtschaftszweige, in denen
- 11 Genossenschaftsmodelle üblich sind, wie Banken oder Wohnungsunternehmen. Diese sind
- 12 aber oftmals nur mangelhaft demokratisch organisiert, die Mitbestimmungsrechte
- 13 beschränken sich zum Teil auf Briefwahlen zu Vertreter*innenversammlungen alle paar
- 14 Jahre. Damit geht der besondere Charakter der Genoss*innenschaft gegenüber anderen
- 15 Eigentumsmodellen wie der Aktiengesellschaft mehr oder weniger verloren. Unsere
- 16 Idealvorstellung der Genoss*innenschaft ist die einer aktiven demokratischen
- 17 Selbstverwaltung, in der sich alle Beteiligten als gleichberechtigte Inhaber*innen
- 18 verstehen.
- 19 Wir fordern von staatlicher Seite nicht nur eine verstärkte steuerliche Förderung des
- 20 Genoss*innenschaftsmodells, als auch die Einführung, Bewerbung und Beratung zu neuen
- 21 Modellen des Genoss*innenschaftsmodells, wie Energie-, Industrie- oder IT-
- 22 Genoss*innenschaften. Zu diesem Zweck fordern wir die Einführung von
- 23 Genoss*innenschaftsberatungen, in der Menschen mit dem Willen zu einer Unternehmung
- 24 aktiv auf die Möglichkeiten der Genoss*innenschaft hingewiesen werden. Auch
- 25 Unternehmen, die oftmals akut nachfolgegefährdet sind (z.B. kleine Handwerksbetriebe
- 26 im ländlichen Raum) sollen aktiv auf die Möglichkeit der Überführung oder Umwandlung
- 27 in eine Genoss*innenschaft (auch in Kooperation mehrerer betroffener Betriebe)
- 28 hingewiesen werden.
- 29 Unser langfristiges Ziel ist die Überführung aller Unternehmen in Deutschland in
- 30 basisdemokratische Hand.

Antrag V01: Neu-Strukturierung der Deutschen Bahn

Antragsteller*in:	SPD-Unterbezirk Duisburg
Status:	abgelehnt
Empfehlung Antragskommission:	Ablehnung
Sachgebiet:	V - Verkehr

- 1 Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, sich für eine umfassende Neu-
2 Strukturierung der Deutschen Bahn einzusetzen. Diese soll insbesondere beinhalten:
3
- 4 - Die Infrastruktur muss aus dem Gesamtkonzern Deutsche Bahn AG herausgelöst
5 und in eine gemeinwohlorientierte Gesellschaft des Bundes (Eisenbahn GmbH) überführt
6 werden: ähnlich wie die Autobahn GmbH des Bundes.
 - 7 - Die Eisenbahn GmbH soll die Aufgabe erhalten, die bundeseigene
8 Schieneninfrastruktur des Bundes auf dem Stand der Technik zu erhalten, auszubauen
9 und zu erweitern.
 - 10 - Durch gesetzliche Bestimmungen der Eisenbahn-Bau- und Betriebsordnung (EBO)
11 müssen nichtbundeseigene Bahnstrecken durch die Eigentümer gleichfalls auf dem Stand
12 der Technik erhalten, ausgebaut und erweitert werden.
 - 13 - Die bundeseigene Schieneninfrastruktur ist Eisenbahnverkehrsunternehmen
14 diskriminierungsfrei zur Verfügung zu stellen. Die Trassenpreise müssen für die
15 einzelnen Verkehre so festgelegt werden, dass Wettbewerb für Personenverkehr möglich
16 wird und der Schienengüterverkehr gegenüber dem Straßengüterverkehr nicht
17 benachteiligt wird. Gleiches gilt für Zugbildungsanlagen im Eigentum der Eisenbahn
18 GmbH.
 - 19 - Die DB Station & Service wird ebenfalls aus dem Konzern herausgelöst und
20 bietet ihre Dienstleistungen diskriminierungsfrei zugelassenen EVUs an.
 - 21 - Die Deutsche Bahn AG als Holding betreibt weiterhin Personen- und
22 Güterverkehr, nimmt hier aber am Wettbewerb der Eisenbahnverkehrsunternehmen teil.
 - 23 - Durch gesetzliche Regelungen ist unbedingt zu verhindern, dass vorhandene
24 Schieneninfrastruktur stillgelegt oder liegen gelassen wird.

Antrag V02: Deutsche Bahn gemeinwohlorientiert weiterentwickeln

Antragsteller*in:	OTF Klimagerechte Wirtschaft
Status:	überwiesen
Empfehlung Antragskommission:	Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion
Sachgebiet:	V - Verkehr

1 Die SPD-Abgeordneten im Deutschen Bundestag und die SPD-Mitglieder der
2 Bundesregierung werden aufgefordert, die Schaffung der notwendigen Strukturen für die
3 Verbesserung des Eisenbahnwesens in Deutschland voranzutreiben und gleichzeitig
4 Gemeinwohlorientierung und politische Kontrolle zu erhalten und dafür unter anderem
5 die folgenden Maßnahme zu ergreifen:

- 6 • Keine Zerschlagung der Konzernstruktur der Deutschen Bahn AG, insbesondere da
7 die Trennung von Netz und Betrieb bereits nach den Vorgaben der Europäischen
8 Union innerhalb des Konzerns umgesetzt ist.
- 9 • Keine Privatisierung der DB InfraGO AG, DB Fernverkehr AG, DB Regio AG oder den
10 Tätigkeiten im Schienengüterverkehr der DB Cargo AG, auch nicht teilweise.
- 11 • Sicherung der Fähigkeiten und Kapazitäten zur Instandhaltung von Fahrzeugen und
12 Infrastruktur innerhalb des Konzerns der Deutschen Bahn AG.
- 13 • Weiterführung der gemeinwohlorientierten Ausrichtung der DB InfraGO AG und der
14 Gewährleistung eines möglichst diskriminierungsfreien Netzzugangs mit möglichst
15 geringen Trassen- und Stationsgebühren nach dem Grenzkostenprinzip.
- 16 • Langfristige Sicherstellung der Finanzierung von Instandhaltung und Neubau der
17 Eisenbahninfrastruktur, durch die Schaffung eines "Eisenbahninfrastrukturfonds".
- 18 • Vorbereitung einer Umgestaltung der Vergabep Praxis im Regionalverkehr mit einem
19 Fokus auf eine hohe Qualität des Angebots und gute Arbeitsbedingungen für die
20 Beschäftigten. Dazu werden Anreize für die Länder gesetzt, in den
21 Vergabekriterien die Betriebsqualität und die Arbeitsbedingungen zum
22 ausschlaggebenden Kriterium zu machen, damit diese einen größeren Einfluss im
23 Vergleich zum Angebotspreis erhalten. Zusätzlich müssen Sanktionsmöglichkeiten
24 bei Nicht-Erfüllung der Qualitätskriterien und die Möglichkeiten der Länder in
25 solchen Fällen einzugreifen erweitert werden. Darüber hinaus ist die Schaffung
26 der rechtlichen Rahmenbedingungen für Direktvergaben an landes- und bundeseigene
27 Betreiber nach österreichischen und schweizerischem Vorbild die Zielstellung.
- 28 • Einleitung eines Prozess zur Schaffung eines einheitlichen
29 Rahmenverkehrsverbundes für ganz Deutschland, bei dem Abo-Angebote neben dem
30 Deutschland-Ticket, Beförderungsbedingungen (z.B. Mitnahme von Fahrrädern),
31 Bezahlmethoden, Ticketing- und Informationssysteme einheitlich gestaltet werden.
- 32 • Vorbereitung eines deutschen Beitrags zur Schaffung eines gemeinsamen
33 europäischen Schienenpersonenverkehrs- und Mobilitätsangebots. Dazu gehören in
34 der Anfangsphase eines solchen Systems auch finanzielle Sondermittel für die
35 Ertüchtigung von grenzüberschreitenden Verbindungen, den Bau von

36 grenzüberschreitenden Hochgeschwindigkeitsstrecken und die Angleichung
37 technischer Standards und Systeme.

38 Das übergeordnete Ziel ist die Schaffung einer zuverlässigen Infrastruktur mit einem
39 diskriminierungsfreien Netzzugang und möglichst geringen Strecken- und
40 Stationsgebühren durch die Weiterführung der gemeinwohlorientierten Umgestaltung der
41 Netze, um so für gute Bedingungen für den Eisenbahnverkehr und für den Wettbewerb in
42 den eigenwirtschaftlichen Marktsegmenten (allen voran dem Güterverkehr) zu sorgen und
43 darüber hinaus die Voraussetzung zu einer gemeinwohlorientierten Umgestaltung des
44 Regionalverkehrs und des Personenfernverkehrs zu schaffen.

Antrag V03: Soziale und ökologische Transformation im Verkehrssektor: Vorrang für die Schiene !

Antragsteller*in:	Arbeitsgemeinschaft für Arbeit (AfA)
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung Antragskommission:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	V - Verkehr

1) Güterverkehr

Die SPD setzt sich weiterhin dafür ein, das Ziel 25% Marktanteil für den Güterverkehr auf der Schiene bis 2030 zu erreichen. Für einen wirksamen Beitrag des Verkehrssektors zur Erreichung der Klimaziele sowie für eine Entlastung der Strasseninfrastruktur, die Erhöhung der Verkehrssicherheit und das Funktionieren von Lieferketten brauchen wir auch den Erhalt guter Arbeitsbedingungen und sicherer Arbeitsplätze. Dies wird nur mit einer deutlich veränderten veränderten Verkehrspolitik möglich. Um das Ziel „25 bis 30“ zu erreichen, benötigen wir ein aufeinander abgestimmtes Maßnahmenbündel:

- **Schaffung fairer Wettbewerbsbedingungen** zwischen Straßen und Schiene, um beide Systeme effizient zu nutzen:
 - Senkung der Trassenpreise: Das Trassenpreissystem muss reformiert werden, um die massiven Kostensteigerungen zu begrenzen und eine gerechte Verteilung der Kosten zwischen den Nutzern des Schienennetzes (Personen- und Güterverkehr) zu gewährleisten. Dazu muss kurzfristig die Förderung der Trassenpreise für den Schienengüterverkehr angehoben werden.
 - Senkung der Strompreise/Stromsteuer: Der Schienengüterverkehr sollte von der Stromsteuer durch Absenkung auf den europäischen Mindeststeuersatz entlastet werden (in DE aktuell höchste Stromsteuer für Eisenbahnen in Europa 1,14 ct/kWh).
 - Förderung von Anlagenpreisen: Die Anlagenpreisförderung sollte über das Haushaltsjahr 2025 hinaus fortgeführt werden, um die Kosten des Einzelwagenverkehrs zu begrenzen.
- **Förderung der Umrüstung auf die DAK** (digitale automatische Kupplung): Übernahme von 80% der Umrüstkosten durch die Europäische Union und den Bund
- Die Einführung der DAK in Europa wird die Kapazität im Schienennetz um voraussichtlich 10-15% erhöhen. Davon profitieren alle Nutzer des Schienennetzes. Aufgrund der hohen Vorteile der DAK für das Gesamtsystem Schiene können die Kosten der Technologie nicht von den Schienengüterverkehrsunternehmen allein getragen werden. Die dabei entstehenden Verluste an Arbeitsplätzen müssen vorausschauend sozialverträglich aufgefangen werden, was durch den Zuwachs an Kapazität zu bewältigen ist.
- **Förderung der Umrüstung auf ETCS** (European Train Control System) und **ERTMS**

(European Rail Traffic Management System): Die Umrüstung der Leit- und Sicherungstechnik auf das European Train Control System (ETCS) erfordert eine umfangreiche und kostenintensive Nachrüstung aller Lokomotiven mit On-Board-Units.

- **Förderung des Einzelwagenverkehrs:** Der Einzelwagenverkehr (EV) sichert die flächendeckende Belieferung der Unternehmen. Er stellt einen wesentlichen Beitrag zur Daseinsvorsorge und Standortsicherung dar, beispielsweise für Sektoren wie Stahl und Chemie, aber auch für die Vielzahl mittelständischer Unternehmen. Just-in-Time muss auch auf der Schiene und im grenzüberschreitenden Verkehr möglich werden. Täglich werden durch den EV rund 40.000 Lkw-Fahrten vermieden, wodurch jährlich etwa zwei Millionen Tonnen CO₂ eingespart werden. Damit der Einzelwagenverkehr in Deutschland erhalten bleiben kann, muss die neue Betriebskostenförderung des Bundes jenseits der reinen Marktmechanismen in Richtung Daseinsvorsorge weiterentwickelt werden. Dazu gehört auch die Einführung eines Auskehrmechanismus in der Förderrichtlinie.
- **Besondere Berücksichtigung des Schienengüterverkehrs bei allen Investitionen in die Schiene:** zusätzlich zu den im Sondervermögen vorgesehenen 90 Mrd. Euro bedarf es des beschleunigten Ausbaus von Korridoren, der Verlängerung von Überholgleisen, des Ausbaus der Güterverkehrszentren (GVZ) und Knotenpunkte, der Elektrifizierung des Schienennetzes (75% bis 2030 unter besonderer Berücksichtigung der grenzüberschreitenden Verbindungen),
- über die Infrastruktur im engeren Sinne hinaus **gesonderte Investitionen** für die Förderung des Container-, kombinierten und grenzüberschreitenden Verkehrs, für den Ausbau der Fähigkeiten des Bahnsystems für Sonder- und Schwertransporte;
- Europäische Initiativen zur Erreichung der dort gesteckten Ziele (30% bis 2030) analog zu den genannten nationalen Anstrengungen; neue Marktregeln im Sinne des Vorrangs bahnpolitischer Ziele vor dem Setzen auf Marktmechanismen;
- Verkehrslenkung durch fairere Wettbewerbsbedingungen: In-Rechnung-Stellen der überproportionalen Belastungen des Güter- und Schwerlastverkehrs für Straßen, Brücken und Landschaft; Senkung der Trassenpreise, die die Schiene zu 100%, der LKW nur zu 6% der Strecken bezahlt, Lkw-Maut auf allen Bundesstraßen, Senkung der Stromsteuer, Abschaffung des Diesel-Privilegs, keine Gigaliner, verursachergerechte Umlegung aller Folgekosten von Verkehren (Gesundheit, Schäden, Platzbedarf, Umwelt, Klima, Arbeitsbedingungen...) Dazu gehört auch eine wirksame Bekämpfung von Lohn- und Sozialdumping auf der Straße durch neue europäische Regeln und systematische Kontrollen.

2) System Schiene insgesamt stärken!

Wir erwarten ein klares Bekenntnis aller politischen Ebenen zum Gesamtsystem Schiene von den Schienenherstellern, Lokomotiven- und Wagenherstellern, Zulieferern über eine ganzheitlich gedachten Infrastruktur bis zu den Eisenbahnverkehrsunternehmen im Personen- und Schienengüterverkehr.

- Beschäftigung, Wirtschaft und Klima nicht gegeneinander ausspielen: Transformation geht nur gemeinsam!

Grundlage allen Handelns muss die sozial-ökologische Transformation sein. Nachhaltigkeit muss zugleich ökologisch, sozial und ökonomisch gedacht und umgesetzt werden. Demokratie und Fairness schaffen dafür die notwendige Akzeptanz in unserer Gesellschaft. Der Verkehrssektor muss endlich seinen Beitrag zum Erreichen der Klimaziele leisten.

- Industriepolitik für Qualität und Innovationen

Die Krisen der vergangenen Jahre haben die Anfälligkeit globaler Lieferketten gezeigt. Um Abhängigkeiten zu reduzieren, einen bereits empfindlichen Know-how-Abfluss zu verhindern und den Produktions- und Logistiksektor ökologischer und krisenfester zu gestalten, müssen die Kostensenkungs- und Verlagerungsstrategien vieler Unternehmen auch in der Bahnbranche in Länder mit den vermeintlich geringsten Herstellungskosten („Best Cost Countries“) sowie der selbstmörderische Druck auf die Arbeitsbedingungen gestoppt und umgedreht werden. Sie haben sich als kurzsichtig und volkswirtschaftlich schädlich erwiesen.

Eine leistungsfähige Bahnindustrie braucht endlich bessere Rahmenbedingungen sowie eine verlässliche und auskömmliche Finanzierung, um Investitionsanreize zu schaffen, Planungssicherheit herzustellen und den Anteil der Wertschöpfung in Deutschland und Europa zu erhöhen.

- Strom zu günstigen Preisen: Zukunft mit erneuerbaren Energien

Die Verkehrswende und der weitere Ausbau erneuerbarer Energien sind Voraussetzung für die Transformation in Deutschland. Daher brauchen wir rasch wirkende Maßnahmen wie die Einführung eines Brückenstrompreises, Entlastungen für die Schiene bei Netzentgelten und bei der Stromsteuer. Der Ausbau erneuerbarer Energien und bezahlbarer Strom für das System Schiene sind zwei Seiten derselben Medaille .

- Soziale und ökologische Kriterien bei öffentlicher Auftragsvergabe: Bestbieterprinzip anwenden!

Die Vergabep Praxis der öffentlichen Hand sollte anderen Leitlinien als bisher folgen. Öffentliche Aufträge dürfen nicht allein auf den niedrigsten Einkaufspreis abzielen, wie dies immer noch gängige Praxis in der Bahnbranche ist. Das hilft weder den Steuerzahlenden noch dem Klima und öffnet unseren Markt für Billiganbieter. Nach den MEAT-Kriterien („Most Economically Advantageous Tender“) müssen soziale und ökologische Kriterien in der Ausschreibungspraxis endlich deutlich stärker berücksichtigt werden. Wir fordern klare gesetzliche Muss-Vorschriften zur Tariftreue und zum Personalübergang bei Betreiberwechseln. Wettbewerb, der hauptsächlich zu Lasten der Beschäftigungsbedingungen stattfindet, muss der Vergangenheit angehören. Instrumente wie die Vergabegesetze in einigen Bundesländern und EU-Staaten oder die EU-Sektorenverordnung ermöglichen es bereits heute, soziale und ökologische Kriterien bei der Vergabe stärker zu berücksichtigen. Regionalisierungsmittel tragen nur dann auf die Dauer zur Stärkung eines heimischen Leitmarktes bei, wenn Qualität,

111 regionale Wertschöpfung, Klimafreundlichkeit, Innovation, Tariftreue und faire
112 Arbeitsbedingungen berücksichtigt werden.

113 Die zukünftige Bundesregierung sowie Unternehmen in öffentlicher Hand müssen Wege
114 suchen, um die öffentliche Auftrags- und Vergabep Praxis mit Blick auf die gesamte
115 Wertschöpfungskette so anzupassen, dass bei den Bahnen beispielsweise eine Nachfrage
116 nach CO2-arm hergestelltem und zertifiziertem Stahl und anderen Vorprodukten aus der
117 Europäischen Union entsteht.

118

119 - **Keine Zerschlagung der Deutschen Bahn: Mehr gemeinwohlorientierte staatliche**
120 **Steuerung, mehr Effizienz, mehr Synergien!**

121

122 Die verbreitete Meinung, dass durch eine Zerschlagung der Deutschen Bahn eine bessere
123 politische Steuerung, mehr Effizienz und eine schlankere Aufstellung erreicht würden,
124 ist schlicht falsch. Vielmehr zeigen Erfahrungen in anderen Ländern ebenso wie die
125 ohnehin schon übertriebene Segmentierung der Deutschen Bahn, welche kontraproduktiven
126 Folgen eine Aufspaltung des Systems hat.

127 Die Deutsche Bahn kann nur im Systemverbund als integrierter Konzern die
128 Herausforderungen der Mobilitätswende stemmen. Innovationen durch Digitalisierung und
129 Technik, die damit einhergehenden betrieblichen Synergieeffekte, der
130 unternehmensübergreifende Arbeitsmarkt, einheitliche Tarif- und Sozialleistungen, der
131 Schutz vor Auslagerung von Tätigkeiten sowie die Aus-, Fort- und Weiterbildung
132 entfalten ihre gewünschten Effekte nur, wenn sie aus einer Hand gezielt gesteuert
133 werden. Aufgrund der gegenseitigen prozessbedingten Abhängigkeiten der verschiedenen
134 Unternehmensteile untereinander wäre durch eine betriebliche Zerschlagung das
135 Funktionieren des Gesamtsystems kaum noch zu gewährleisten. Der Druck zur
136 Kostenoptimierung und -Verschiebung würde keine Synergien freisetzen, sondern
137 vielmehr eine kontraproduktive Konkurrenz unter den Gesellschaften schüren und
138 Reibungsverluste potenzieren.

139 Der seit der Bahnreform 1994 herbeiregulierte Wettbewerb hat keines der Probleme des
140 Systems Schiene gelöst, sondern es in der Konkurrenz zur Straße zurückgeworfen. Der
141 zunächst geplante Börsengang erzeugte zusätzliche Defizite, unter denen wir noch
142 heute leiden. Es bleibt eine Aufgabe auf europäischer und nationaler Ebene, die
143 Wettbewerbsunternehmen effizient und sozialverträglich wieder unter einem Dach
144 zusammenzuführen.

145 Der Bahn-Familie muss jetzt die Chance gegeben werden, die fehlerhaften
146 Entscheidungen der Vorstände und der Politik aus der Vergangenheit auszuräumen und
147 sich geeint den kommenden Herausforderungen zu stellen. Mit der Gründung der DB
148 InfraGO AG ist ein europarechtlich gebotener Schritt gemacht. Dieser braucht bei der
149 Umsetzung Zeit und kritische Begleitung, um weitere gemeinwohlorientierte
150 Reformschritte zu ermöglichen.

151 - **Auskömmliche und überjährige Finanzierung der Deutschen Bahn: Grundsanierung und**

Ausbau der Infrastruktur vorantreiben, Betriebskosten, Anlagen-, Trassen- und Stationspreise, Regionalisierungsmittel sowie Digitalisierung und Technik im Blick haben!

Um die Züge wieder pünktlich und zuverlässig auf das Gleis zu bekommen, muss zunächst die Grundsanierung des Bestandsnetzes in den Mittelpunkt der politischen Kraftanstrengung gestellt werden. Erst durch ein auskömmlich finanziertes und leistungsfähiges Bestandsnetz kann die Pünktlichkeit deutlich verbessert werden. Für die anvisierte Mobilitätswende mit der Verdopplung des Schienenfern- und Regionalverkehrs inklusive eines bis zum Ende des Jahrzehnts auf mindestens 25% erhöhten Schienengüterverkehrsanteils ist ein optimierter Ausbau des Bahnnetzes unumgänglich.

Für die Eisenbahnverkehrsunternehmen sind Betriebskosten, Anlagen-, Trassen- und Stationspreise, Regionalisierungsmittel sowie Digitalisierung und innovative Technik von größter Bedeutung. Zu den Schlüsseltechnologien zählen die Digitale Automatische Kupplung (DAK) und das European Rail Traffic Management System (ERTMS, deutsch: Europäisches Zugleitsystem) mit dem European Train Control System (ETCS, deutsch: Europäisches Zugsicherungssystem) und dem Global System for Mobile Communications-Rail (GSM-R[1], deutsch: digitales Zugfunk-Kommunikationsnetz). Die Herausforderungen für die Infrastruktur und die Transporteure bedeuten eine enorme finanzielle und personelle Kraftanstrengung für das System Bahn, die nur mit einer verlässlichen langfristigen Planung und Mittelausstattung umsetzbar ist. Der entsprechende Ausbau der Infrastrukturen für die Gütertransporte kann und muss einen wichtigen Beitrag zur Entlastung des gesamten Systems auch im Personenverkehr leisten.

Zukunftsfähige Mobilität in den Ländern und Kommunen: Nur mit einem leistungsfähigen Nah- und Regionalverkehr und auskömmlicher Finanzierung!

Um den Straßenverkehr zu entlasten, die Emissionen zu reduzieren und somit nicht nur zu einer klimafreundlichen, sondern gesundheitsfördernden Mobilität in den Städten und Gemeinden beizutragen, ist ein attraktiver ÖPNV in den Ländern und Kommunen unerlässlich. Damit der ÖPNV auch dem Anspruch einer attraktiven Alternative zum Automobil gerecht werden kann, ist ein flächendeckendes, barrierefreies und altersgerechtes Angebot sowie eine hohe Zuverlässigkeit erforderlich.

Der Nah- und Regionalverkehr ist auskömmlich zu finanzieren. Hierzu bedarf es der Bereitstellung ausreichender finanzieller Mittel seitens des Bundes und der Länder.

Fachkräfte für die Bahnen sichern und gewinnen!

Um die genannten Herausforderungen angehen zu können, müssen wir dem Fachkräftemangel entschieden entgegenwirken. Einsparungen im Bereich Aus-, Fort- und Weiterbildung, Stellenabbau, Verlagerungen und Standortschließungen sind der falsche Weg.

Die Unternehmen aus der Branche sind in der Pflicht, attraktive und tarifgebundene Ausbildungs- und Arbeitsplätze anzubieten und den Frauenanteil zu erhöhen. Tarif- und Betriebsparteien verfügen mit einer starken Mitbestimmung über viele gute

191 Instrumente, um die Zukunft gemeinsam zu gestalten.

192 Wir fordern die zukünftige Bundesregierung auf, gute Rahmenbedingungen für
193 Fachkräfte, eine qualitativ hochwertige Ausbildung und Instrumente zur Qualifizierung
194 voranzutreiben und praxistauglich zur Anwendung zu bringen. Im Zuge der sich
195 wandelnden Arbeitswelt müssen auch Perspektiven für Arbeitsplatzwechsel über
196 Betriebs- und Branchengrenzen hinaus geschaffen werden. Bei allen Übergängen ist die
197 Qualität der Arbeit (Tarifbindung, Gesundheitsschutz, Entgelt, etc.) zu
198 gewährleisten. Für Fachkräfte aus dem Ausland benötigen wir pragmatische,
199 unbürokratische und attraktive Regelungen ohne Dequalifizierung, Lohn- und
200 Sozialdumping.

201 [1] GSM-R soll in den kommenden Jahren schrittweise durch Future Railway Mobile
202 Communication System (FRMCS, deutsch: Kommunikationssystem der Zukunft für den
203 Schienenverkehr)

Antrag V04: Wir wollen pünktliche Züge auf einer funktionierenden modernen Infrastruktur!

Antragsteller*in:	Arbeitsgemeinschaft für Arbeit (AfA)
Status:	erledigt durch Annahme V03 in geänderter Fassung
Empfehlung Antragskommission:	Erledigt durch Annahme V03 in geänderter Fassung
Sachgebiet:	V - Verkehr

1 Wir erwarten ein klares Bekenntnis aller politischen Ebenen zum System Schiene. Das
2 reicht von den Schienenherstellern, Lokomotiven- und Wagenherstellern samt deren
3 Zulieferern über eine ganzheitlich gedachte Infrastruktur bis zu den
4 Eisenbahnverkehrsunternehmen im Personen- und Schienengüterverkehr.

5

- 6 • Beschäftigung, Wirtschaft und Klima gehören zusammen !
7 • Industriepolitik für Qualität und Innovationen
8 • Strom zu günstigen Preisen: Zukunft mit erneuerbaren Energien
9 • Soziale und ökologische Kriterien bei öffentlicher Auftragsvergabe:
10 Bestbieterprinzip anwenden!

11

12 Grundlage allen Handelns muss die sozial-ökologische Transformation sein.
13 Nachhaltigkeit muss zugleich ökologisch, sozial und ökonomisch gedacht und umgesetzt
14 werden. Demokratie und Gerechtigkeit schaffen dafür die notwendige Akzeptanz in
15 unserer Gesellschaft. Sozialpartnerschaft ist Grundlage für das Gelingen der
16 Transformation. Der Verkehrssektor muss endlich seinen Beitrag zum Erreichen der
17 Klimaziele leisten.

18

19 Die Krisen der vergangenen Jahre haben die Anfälligkeit globaler Lieferketten
20 gezeigt. Um Abhängigkeiten zu reduzieren, einen bereits empfindlichen Know-how-
21 Abfluss zu verhindern und die Herstellung ökologischer und krisenfester zu gestalten,
22 müssen die Kostensenkungs- und Verlagerungsstrategien vieler Unternehmen auch der
23 Bahnbranche in Länder mit den vermeintlich geringsten Herstellungskosten („Best Cost
24 Countries“) sowie der selbstmörderische Druck auf die Arbeitsbedingungen gestoppt und
25 umgedreht werden. Sie haben sich als kurzsichtig und volkswirtschaftlich schädlich
26 erwiesen. Eine leistungsfähige Bahnindustrie braucht endlich bessere
27 Rahmenbedingungen sowie eine verlässliche und auskömmliche Finanzierung, um
28 Investitionsanreize zu schaffen, Planungssicherheit herzustellen und den Anteil der
29 Wertschöpfung in Deutschland und Europa zu erhöhen.

30

31 Die Verkehrswende und der weitere Ausbau erneuerbarer Energien sind Voraussetzung für
32 die Transformation in Deutschland. Daher brauchen wir rasch wirkende Maßnahmen wie
33 die Einführung eines Brückenstrompreises, die Entlastungen für die Schiene bei

Netzentgelten und bei der Stromsteuer. Der Ausbau erneuerbarer Energien und bezahlbarer Strom für das System Schiene sind zwei Seiten derselben Medaille.

Die Vergabep Praxis der öffentlichen Hand sollte anderen Leitlinien als bisher folgen. Öffentliche Aufträge dürfen nicht allein auf den niedrigsten Einkaufspreis abzielen, wie dies immer noch gängige Praxis in der Bahnbranche ist. Das hilft weder den Steuerzahlenden noch dem Klima und öffnet unseren Markt für Billiganbieter. Nach den MEAT-Kriterien („Most Economically Advantageous Tender“) müssen soziale und ökologische Kriterien in der Ausschreibungspraxis endlich deutlich stärker berücksichtigt werden. Ein neues Bundesvergabegesetz und ein Bundestariftreuegesetz sowie entsprechende Regelungen in den Ländern müssen die Grundlagen dafür schaffen. Wir fordern klare gesetzliche Muss-Vorschriften zur Tariftreue und zum Personalübergang bei Betreiberwechseln. Wettbewerb, der hauptsächlich zu Lasten der Beschäftigungsbedingungen stattfindet, muss der Vergangenheit angehören.

Instrumente wie die Vergabegesetze in einigen Bundesländern und EU-Staaten oder die EU-Sektorenverordnung ermöglichen es bereits heute, soziale und ökologische Kriterien bei der Vergabe stärker zu berücksichtigen. Regionalisierungsmittel tragen nur dann auf die Dauer zur Stärkung eines heimischen Leitmarktes bei, wenn Qualität, regionale Wertschöpfung, Klimafreundlichkeit, Innovation, Tariftreue und faire Arbeitsbedingungen berücksichtigt werden.

Die zukünftige Bundesregierung sowie Unternehmen in öffentlicher Hand müssen Wege suchen, um die öffentliche Auftrags- und Vergabep Praxis mit Blick auf die gesamte Wertschöpfungskette so anzupassen, dass bei den Bahnen beispielsweise eine Nachfrage nach CO₂-arm hergestelltem und zertifiziertem Stahl und anderen Vorprodukten aus der Europäischen Union entsteht.

- Keine Zerschlagung der Deutschen Bahn: Mehr gemeinwohlorientierte staatliche Steuerung, mehr Kontrolle der Vorstände durch die Aufsichtsräte, mehr Effizienz, mehr Synergien!
- Auskömmliche und überjährige Finanzierung der Deutschen Bahn: Grundsanierung und Ausbau der Infrastruktur vorantreiben; Betriebskosten, Anlagen-, Trassen- und Stationspreise, Regionalisierungsmittel sowie Digitalisierung und Technik fördern
- Zukunftsfähige Mobilität in den Ländern und Kommunen: Nur mit einem leistungsfähigen Nah- und Regionalverkehr!
- Fachkräfte für die Bahnen sichern und gewinnen!

Die Auffassung, dass durch eine Zerschlagung der Deutschen Bahn eine bessere

politische Steuerung und mehr Effizienz erreicht würden, ist schlicht falsch.
Vielmehr zeigen Erfahrungen in anderen Ländern ebenso wie die ohnehin schon
übertriebene Segmentierung der Deutschen Bahn, welche kontraproduktiven Folgen eine
Aufspaltung des Systems hat.

Die Deutsche Bahn kann nur im Systemverbund als integriertes Unternehmen mit Netz und
Betrieb die Herausforderungen der Mobilitätswende stemmen. Innovationen durch
Digitalisierung und Technik, die damit einhergehenden betrieblichen Synergieeffekte,
der unternehmensübergreifende Arbeitsmarkt, einheitliche Tarif- und Sozialleistungen,
der Schutz vor Auslagerung von Tätigkeiten sowie die Aus-, Fort- und Weiterbildung
entfalten ihre gewünschten Effekte nur, wenn sie aus einer Hand gezielt gesteuert
werden. Aufgrund der gegenseitigen Abhängigkeiten der verschiedenen Unternehmensteile
wäre durch eine Zerschlagung das Funktionieren des Gesamtsystems kaum noch zu
gewährleisten. Der Druck zur Kostenoptimierung und -verschiebung würde keine
Synergien freisetzen, sondern vielmehr eine ruinöse Konkurrenz unter den
Gesellschaften schüren und Reibungsverluste potenzieren – mit verheerenden
Konsequenzen für Qualität, Zuverlässigkeit und Pünktlichkeit.

Der seit der Bahnreform 1994 herbeiregulierte Wettbewerb hat keines der Probleme des
Systems Schiene gelöst, sondern es in der Konkurrenz zur Straße zurückgeworfen. Der
zunächst geplante Börsengang erzeugte zusätzliche Defizite, unter denen wir noch
heute leiden. Es bleibt eine Aufgabe auf europäischer und nationaler Ebene, die
Wettbewerbsunternehmen effizient und sozialverträglich wieder unter einem Dach
zusammenzuführen.

Der Bahn-Familie muss jetzt die Chance gegeben werden, die fehlerhaften
Entscheidungen der Vorstände und von politischen Akteur:innen aus der Vergangenheit
auszuräumen und sich geeint den kommenden Herausforderungen zu stellen. Mit der
Gründung der DB InfraGO AG ist ein europarechtlich gebotener Schritt gemacht. Dieser
braucht bei der Umsetzung Zeit und kritische Begleitung, um weitere
gemeinwohlorientierte Reformschritte zu ermöglichen.

Um die Züge wieder pünktlich und zuverlässig auf das Gleis zu bekommen, muss zunächst
die Grundsanierung des Bestandsnetzes in den Mittelpunkt der politischen
Kraftanstrengung gestellt werden. Erst durch ein auskömmlich finanziertes und
leistungsfähiges Bestandsnetz kann die Pünktlichkeit deutlich verbessert werden. Für
die anvisierte Mobilitätswende mit der Verdopplung des Schienenfern- und
Regionalverkehrs inklusive eines bis zum Ende des Jahrzehnts auf mindestens 25%
erhöhten Schienengüterverkehrsanteils ist ein optimierter Ausbau des Bahnnetzes
unumgänglich.

Für die Eisenbahnverkehrsunternehmen sind Betriebskosten, Anlagen-, Trassen- und Stationspreise, Regionalisierungsmittel sowie Digitalisierung und innovative Technik von größter Bedeutung. Zu den Schlüsseltechnologien zählen die Digitale Automatische Kupplung (DAK) und das Europäische Zugleitsystem (ERTMS) mit dem Europäischen Zugsicherungssystem (ETCS) und dem digitalen Zugfunk. Die Herausforderungen für die Infrastruktur und die Transporteure bedeuten eine enorme finanzielle und personelle Kraftanstrengung für das System Bahn, die nur mit einer verlässlichen langfristigen Planung und Mittelausstattung umsetzbar ist. Der entsprechende Ausbau der Infrastrukturen für die Gütertransporte kann und muss einen wichtigen Beitrag zur Entlastung des gesamten Systems auch im Personenverkehr leisten.

Um den Straßenverkehr zu entlasten, den Emissionsausstoß und die Schadstoffbelastung zu senken und somit nicht nur zu einer klimafreundlichen, sondern gesundheitsfördernden Mobilität in den Städten und Gemeinden beizutragen, ist ein attraktiver ÖPNV in den Ländern und Kommunen unerlässlich. Damit der Nah- und Regionalverkehr dem Anspruch einer attraktiven Alternative zum Automobil gerecht werden kann, ist ein flächendeckendes, barrierefreies und altersgerechtes Angebot sowie eine hohe Zuverlässigkeit erforderlich.

Nicht nur außerhalb der größeren Städte besteht hier großer Nachholbedarf. Die teils marode Schieneninfrastruktur sowie mangelnde Verfügbarkeit und Verknüpfung stellen die Verkehrsunternehmen vor immense Herausforderungen und führen immer wieder zu Vertrauensverlust und Wettbewerbsnachteilen im Nah- und Regionalverkehr. Die erforderliche Modernisierung der vorhandenen Infrastruktur sowie die Elektrifizierung und der Ausbau bestehender Schienennetze und die Wiederinbetriebnahme stillgelegter Strecken stellen einen wesentlichen Faktor für die Verkehrswende dar. Ein qualitativ hochwertiges Angebot an Regional-, Stadt-, S-, U- und Straßenbahnnetzen ist das Rückgrat einer zukunftsfähigen Mobilität.

Attraktive Busse und Bahnen lassen sich nicht überall kostendeckend betreiben. Bei allen zunehmenden finanziellen Herausforderungen dürfen die Verkehrsunternehmen nicht der Versuchung erliegen, ihre Kosten zulasten der Beschäftigten zu senken. Sie müssen stattdessen attraktive Arbeitgeber:innen sein, um dem Fachkräftemangel begegnen zu können und damit Qualität und Sicherheit der Verkehrsdienstleistungen herzustellen. Das bedeutet für die Verkehrsunternehmen eine deutliche Verbesserung der Arbeitsbedingungen und angemessene Bezahlung. Dies geht auf die Dauer nur durch Flächentarifverträge für die gesamte Branche und die Neuregelung des Vergaberechts.

Die Kommunen und Verkehrsunternehmen dürfen mit den finanziellen Herausforderungen eines attraktiven Nah- und Regionalverkehr nicht allein gelassen werden. Um sie zu entlasten, bedarf es der Bereitstellung ausreichender finanzieller Mittel seitens des

156 Bundes und der Länder.

157

158 Um die genannten Herausforderungen angehen zu können, müssen wir dem Fachkräftemangel
159 entschieden entgegenwirken. Einsparungen im Bereich Aus-, Fort- und Weiterbildung,
160 Stellenabbau, Verlagerungen und Standortschließungen sind der falsche Weg.

161

162 Die Unternehmen aus der Branche sind in der Pflicht, attraktive und tarifgebundene
163 Ausbildungs- und Arbeitsplätze anzubieten und den Frauenanteil zu erhöhen. Tarif- und
164 Betriebsparteien verfügen mit einer starken Mitbestimmung über viele gute
165 Instrumente, um die Zukunft gemeinsam zu gestalten.

166

167 Wir fordern die zukünftige Bundesregierung auf, gute Rahmenbedingungen für
168 Fachkräfte, eine qualitativ hochwertige Ausbildung und Instrumente zur Qualifizierung
169 voranzutreiben und praxistauglich zur Anwendung zu bringen. Im Zuge der sich
170 wandelnden Arbeitswelt müssen auch Perspektiven für Arbeitsplatzwechsel über
171 Betriebs- und Branchengrenzen hinaus geschaffen werden. Bei allen Übergängen ist die
172 Qualität der Arbeit (Tarifbindung, Gesundheitsschutz, Entgelt, etc.) zu
173 gewährleisten. Für Fachkräfte aus dem Ausland benötigen wir pragmatische,
174 unbürokratische und attraktive Regelungen ohne Dequalifizierung, Lohn- und
175 Sozialdumping.

Antrag V05: Verkehrspolitische Rahmenbedingungen für Nachtzüge für den Klimaschutz verbessern

Antragsteller*in:	SPD-Landesverband Berlin
Status:	überwiesen
Empfehlung Antragskommission:	Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion und Europa SPD
Sachgebiet:	V - Verkehr

Die SPD-Bundestagsfraktion und die Europaabgeordneten der S&D Fraktion werden aufgefordert, sich gegenüber der Bundesregierung und der EU-Kommission dafür einzusetzen, dass Rahmenbedingungen für eine Entwicklung eines klimafreundlichen europäischen Nachtzugnetzes geschaffen werden:

- Die in Deutschland überhöhten Trassenpreise sind zu senken und sollen sich maximal an den Grenzkosten orientieren. Solange die Wettbewerbsverzerrungen zum Flugverkehr fortbestehen (Befreiung von der Kerosin- und Mehrwertsteuer, Nichtberücksichtigung der externen Kosten des Flugverkehrs) sind die Betreiber von Nachtzügen von den Trassenpreisen und internationale Bahnfahrkarten von der Mehrwertsteuer zu befreien.
- Nach dem Vorbild anderer europäischer Staaten (Schweden, Finnland, Polen und Italien) sind Nachtzüge aus Klimaschutzgründen zu subventionieren und ggf. im Wettbewerb auszuschreiben.
- Die Produktion moderner neuer Schlaf- und Liegewagen und der Aufbau eines betreiberneutralen Pools für das Rollmaterial ist von der Europäischen Union und der Bundesregierung zu fördern.
- Der Verkauf des Gesamtangebots von Bahnfahrkarten in Bahnhöfen einschließlich des digitalen Vertriebs aller europäischen Nachtzüge ist betreiberneutral durchzuführen. Nach dem Vorbild der Schweiz ist der Fahrkartenvertrieb nicht von Eisenbahnverkehrsunternehmen, sondern vom neutralen Infrastrukturbetreiber (DB InfraGo) zu übernehmen.
- Ziel ist weiterhin eine europaweite Buchungsplattform mit einem Ticket auf die Gesamtstrecke.
- Die Hemmnisse an den Grenzbahnhöfen sind abzubauen. Um grenzüberschreitende Verkehre organisatorisch zu vereinfachen, werden die Fahrplanentwürfe und Bautätigkeiten zunächst in den Transeuropäischen Korridoren der Schiene europaweit koordiniert. Ein einheitlicher EU-Führerschein für Triebfahrzeuge und Englisch wird als einheitliche Sprache für den grenzüberschreitenden Betrieb der Eisenbahn in der Europäischen Union eingeführt, so dass z.B. Lokführer nicht mehr alle Sprache der durchfahrenen Länder beherrschen müssen.

34

35

Antrag V06: Strom statt Diesel - Für eine schnelle und zuverlässige Elektrifizierung deutscher Eisenbahnstrecken mittels Oberleitungen

Antragsteller*in:	SPD-LV Sachsen-Anhalt
Status:	überwiesen
Empfehlung Antragskommission:	Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion
Sachgebiet:	V - Verkehr

- 1 , dass deutsche Eisenbahnstrecken zu 85% bis spätestens 2050 elektrifiziert sein
2 müssen. Mit bevorzugter Priorität sind Strecken des Personen- und Güterverkehrs zu
3 behandeln, die zu 100 % zu elektrifizieren sind, bei unwichtigen Nebenstrecken
4 entfällt diese Priorität. Diese Priorität muss durch eine Kosten-Nutzen-Analyse durch
5 Bund und Bahn erfolgen. Dazu bedarf es ebenfalls Übergangslösungen, unter anderem
6 einen zügigen inselweisen Ausbau der Oberleitungen, wie es bereits in Schleswig-
7 Holstein der Fall ist, um batterieelektrischen Zügen das Aufladen auf nicht
8 elektrifizierten Strecken zu ermöglichen.

Antrag V07: Modernisierung der Ostbahn

Antragsteller*in:	100 SPD-Kreis Marzahn-Hellersdorf
Status:	überwiesen
Empfehlung Antragskommission:	Überweisung an die SPD-Fraktionen der Länder Berlin und Brandenburg.
Sachgebiet:	V - Verkehr

- 1 Der Senat von Berlin wird gebeten, sich gemeinsam mit dem Land Brandenburg beim Bund
- 2 und der Deutschen Bahn für den dringend notwendigen zweigleisigen Ausbau und die
- 3 Elektrifizierung der Ostbahn einzusetzen. Zudem soll die Aufnahme der Ostbahn in den
- 4 Bundesverkehrswegeplan und ihre Einbindung in das transeuropäische Verkehrsnetz (TEN-
- 5 V) vorangetrieben werden. Es ist sicherzustellen, dass ein dichterer Takt realisiert
- 6 wird. Des Weiteren soll die Verbindung der Ostbahn (RB 26) mit dem RE 1 über die
- 7 "Seelower Kurve" realisiert und ein Abzweig nach Müncheberg-Stadt geprüft werden.
- 8 Ziel und Zweck ist es, die Schiene zu stärken und die Straßen des Bezirkes zu
- 9 entlasten.

Antrag V08: Fortbestand des Deutschlandtickets

Antragsteller*in:	SPD-LV Mecklenburg-Vorpommern · SPD-LV Thüringen
Status:	erledigt durch Koalitionsvertrag 2025
Empfehlung Antragskommission:	Erledigt durch Koalitionsvertrag 2025
Sachgebiet:	V - Verkehr

- 1 Der Parteivorstand und die Bundestagsfraktion der SPD werden aufgefordert, sich dafür
- 2 einzusetzen, dass das Deutschlandticket Fortbestand hat und bezahlbar bleibt.

Antrag V09: Preiserhöhung des 49-Euro-Tickets stoppen!

Antragsteller*in:	SPD-Landesverband Berlin
Status:	erledigt durch Zeitablauf
Empfehlung Antragskommission:	Erledigt durch Zeitablauf
Sachgebiet:	V - Verkehr

- 1 Die Mitglieder der SPD-Fraktion im Bundestag sowie die Regierungsmitglieder der SPD
- 2 werden aufgefordert, die geplante generelle Erhöhung des 49-Euro Tickets zu
- 3 verhindern und notfalls mit Bundesmitteln die Finanzierung des 49-Euro-Tickets
- 4 sicherzustellen.

Antrag V10: Deutschland-Ticket bei 49 Euro belassen – oder Grenze für steuerfreie Sachzuwendung vom Arbeitgeber in § 8 EstG anpassen

Antragsteller*in:	100 SPD-Kreis Marzahn-Hellersdorf
Status:	überwiesen
Empfehlung Antragskommission:	Überweisung an SPD Bundestagsfraktion
Sachgebiet:	V - Verkehr

- 1 Wir fordern die sozialdemokratischen Mitglieder des Bundestages und die
2 sozialdemokratisch regierten Bundesländer auf, sich dafür einzusetzen, den Preis für
3 das Deutschlandticket wieder auf 49 Euro zu reduzieren. Sofern das Deutschlandticket
4 nicht dauerhaft auf den Preis von 49 Euro abgesenkt werden kann, fordern wir die SPD-
5 Bundestagsfraktion dazu auf, Schritte zu ergreifen, im EstG Rahmenbedingungen zu
6 schaffen, die es Arbeitgeber:innen einfacher machen den Preis für das
7 Deutschlandticket für Ihre Arbeitnehmer:innen zu reduzieren. Dafür soll der
8 Steuerfreibetrag im EstG an die Preisentwicklung des Deutschlandtickets gekoppelt
9 werden. Sachbezüge von Seiten der Arbeitgeber:innen sind seit 1. Januar 2022 bis zu
10 einem Betrag von monatlich 50 € steuerfrei. Hiermit konnte der Arbeitgeber bisher für
11 Arbeitnehmer:innen auch das Deutschland-Ticket zur Verfügung stellen. Nach einer nun
12 geplanten Erhöhung des Preises für das Deutschland-Ticket würde die Steuerfreigrenze
13 von 50 € überschritten. Dem kann entgegen gewirkt werden, indem die Grenze angehoben
14 wird bis zu dem Preis des Deutschland-Tickets, um dem Arbeitgeber:innen weiterhin zu
15 ermöglichen, Arbeitnehmer:innen das Ticket zu zahlen.

Antrag V11: Einführung eines vom Bund finanzierten Familien-Deutschlandtickets

Antragsteller*in:	SPD-Ortsverein Neuhausen
Status:	überwiesen
Empfehlung Antragskommission:	Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion
Sachgebiet:	V - Verkehr

- 1 Die SPD setzt sich dafür ein, dass der Bund ein kostenfreies Deutschlandticket für
- 2 alle Kinder und Jugendliche finanziert, in deren Familie mindestens ein Elternteil
- 3 ein Deutschlandticket besitzt und die das 18 Lebensjahr nicht überschritten haben.
- 4 Dieses Ticket soll auch ohne Begleitung der Eltern genutzt werden können und heißt
- 5 Familien-Deutschlandticket.
- 6 Die Einführung des Familien-Deutschlandtickets trägt zur Erreichung folgender Ziele
- 7 bei:
- 8 1. Mobilitätswende auch für Kinder und Familien gestalten: Das Deutschlandticket ist
- 9 ein zentraler Baustein der sozial-ökologischen Mobilitätswende. Allerdings wurden
- 10 Kinder und Familien in der bisherigen Ausgestaltung nicht ausreichend berücksichtigt.
- 11 Ein kostenfreies Deutschlandticket für Kinder stärkt die soziale Dimension des
- 12 Tickets und macht den Umstieg auf den ÖPNV für Familien attraktiver.
- 13 2. Familien gezielt finanziell entlasten: Viele Familien sind finanziell stark
- 14 belastet. Ein Familien-Deutschlandticket wäre eine konkrete, spürbare Unterstützung –
- 15 insbesondere für Haushalte mit geringerem Einkommen. Gleichzeitig würde es die
- 16 Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel auch in der Freizeit erleichtern, ohne
- 17 zusätzliche Kostenbelastung.
- 18 3. Kinder frühzeitig an umweltfreundliche Mobilität gewöhnen: Ein kostenloses
- 19 Deutschlandticket für Kinder ist ein Beitrag zur Verkehrswende. Es macht den ÖPNV für
- 20 Kinder zum selbstverständlichen Teil ihres Alltags. So wird umweltfreundliches
- 21 Verhalten frühzeitig erlernt, gefördert und gestärkt.
- 22 4. ÖPNV-Nutzung erleichtern: Das Deutschlandticket steht für einen einfache und
- 23 bundesweit einheitliche Tarif. Familien sollen ebenfalls davon profitieren – ohne
- 24 komplizierte Zusatzregelungen. Das Familienticket schafft Klarheit und
- 25 Verlässlichkeit.
- 26 5. Abonnementstruktur stärken und ausbauen: Durch ein attraktives Familienmodell wird
- 27 das Deutschlandticket als Dauer-Abo für Eltern noch attraktiver. Das erhöht die Zahl
- 28 stabiler Abonnements und stärkt die langfristige Finanzierung des Deutschlandtickets.
- 29 6. Länder und Kommunen entlasten: Ein vom Bund finanziertes Familienticket trägt
- 30 perspektivisch dazu bei, bestehende, teils aufwändige und teure Förderstrukturen für
- 31 Schüler- und Jugendtickets in Ländern und Kommunen abzulösen und ist somit eine echte
- 32 Verwaltungsvereinfachung mit klarer sozialer Wirkung.
- 33 7. Familienpolitisches Profil der SPD stärken: Ein Familien-Deutschlandticket ist ein

- 34 sichtbares Zeichen sozialdemokratischer Familienpolitik: modern, nachhaltig, gerecht.
35 Es setzt ein klares Gegenzeichen zu den rückwärtsgewandten Familienbildern rechter
36 Parteien wie der AfD. Wir stellen uns dem Versuch entgegen, den Begriff der Familie
37 ideologisch zu vereinnahmen – mit progressiven, konkreten Maßnahmen für alle
38 Familienformen.

Antrag V12: Bessere Teilhabe: Einführung von Seniorentickets

Antragsteller*in:	60 plus Bundeskonferenz Bund (Parteizentrale)
Status:	überwiesen
Empfehlung Antragskommission:	Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion
Auf diesen Antrag verweisende Anträge:	V13
Sachgebiet:	V - Verkehr

- 1 Wir, die Antragstellerinnen, fordern ein bundesweit gültiges Seniorenticket.

Antrag V13: Bessere Teilhabe: Einführung von Seniorentickets

Antragsteller*in:	60 plus Bundeskonferenz Bund (Parteizentrale)
Status:	erledigt durch V12
Empfehlung Antragskommission:	Erledigt durch V12
Sachgebiet:	V - Verkehr

- 1 Die Einführung eines bundesweit gültiges Seniorentickets.

Antrag V14: Mobilität muss bezahlbar bleiben: Deutschlandticket dauerhaft erhalten

Antragsteller*in:	SPD-Ortsverein Augsburg-Lechhausen
Status:	erledigt durch Koalitionsvertrag 2025
Empfehlung Antragskommission:	Erledigt durch Koalitionsvertrag 2025
Sachgebiet:	V - Verkehr

- 1 Die SPD setzt sich auf Bundes- und Landesebene dafür ein, dass das Deutschlandticket
- 2 dauerhaft erhalten bleibt – zum Preis von maximal 58 € monatlich. Eine zukünftige
- 3 Preiserhöhung ist nur dann zulässig, wenn sie sozial gerecht ausgestaltet ist und mit
- 4 einer gleichzeitigen Verbesserung des Angebots einhergeht.
- 5 Langfristig strebt die SPD die schrittweise Einführung eines sozial gestaffelten
- 6 Preismodells an, das auch ein kostenfreies Ticket für Auszubildende, Studierende,
- 7 Schüler*innen und Menschen mit geringem Einkommen einschließt.

Antrag V15: Deutschlandticket verstetigen

Antragsteller*in:	60 plus Bundeskonferenz Bund (Parteizentrale)
Status:	erledigt durch Koalitionsvertrag 2025 bzw. Regierungshandeln
Empfehlung Antragskommission:	Erledigt durch Koalitionsvertrag 2025 bzw. Regierungshandeln
Sachgebiet:	V - Verkehr

- 1 Die SPD-Bundestagsfraktion und alle SPD-Landtagsfraktionen sollen sich dafür
- 2 einsetzen, dass das Deutschlandticket verstetigt wird.
- 3 Bei der Nutzung und dem Verkauf des Deutschlandtickets sollen folgende Anpassungen
- 4 bzw. Ergänzungen vorgenommen werden, damit der Nutzung allen, insbesondere auch
- 5 Älteren, ermöglicht wird:
- 6 1. Der Erwerb des Deutschlandtickets (49€-Ticket) soll dahingehend ergänzt werden,
- 7 dass es, unabhängig von einem Abonnement, auch für eine einmonatliche Dauer
- 8 erworben werden kann.
- 9 2. Der nicht-digitale Erwerb soll über das Jahr 2024 hinaus beibehalten werden.
- 10 3. In Städten und Gemeinden sind Hilfsmöglichkeiten einzurichten, um insbesondere
- 11 Älteren und Alten ohne Internetzugang bzw. Smartphone ein Deutschlandticket in
- 12 Papier- oder Kartenform zu ermöglichen.
- 13 4. Weitere Möglichkeiten der Personenbeförderung, die öffentlich gefördert werden,
- 14 wie z. B. Fahren müssen mit dem Deutschlandticket für Fahrgäste nutzbar gemacht
- 15 werden.
- 16 5. Der Bund wird dringend aufgefordert, seine finanzielle Beteiligung von z. Zt.
- 17 1,5 Milliarden Euro mit einer Preisgleitklausel analog der Allgemeinen
- 18 Preissteigerungen zu verstetigen.

Antrag V16: Deutschlandticket für alle Schüler:innen und Auszubildende!

Antragsteller*in:	SPD-LV Sachsen-Anhalt
Status:	überwiesen
Empfehlung Antragskommission:	Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion
Sachgebiet:	V - Verkehr

- 1 Allen Studierenden, Schüler:innen, Auszubildende und Freiwilligendienstleistende, die
- 2 eine Schule oder Ausbildung im Land Sachsen-Anhalt absolvieren, soll unabhängig von
- 3 der Entfernung vom Schulort oder Ausbildungsort, ein Deutschland-Ticket Vergünstigung
- 4 anbieten können.

Antrag V17: Digitale Nutzung der Daseinsvorsorge

Antragsteller*in:	SPD-Bezirk Hessen-Nord
Status:	überwiesen
Empfehlung Antragskommission:	Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion
Sachgebiet:	V - Verkehr

- 1 Die Bundesregierung wird aufgefordert sicherzustellen, dass auch zukünftig weiterhin
- 2 Menschen ohne Smartphone die Bahncard oder ermäßigte Fahrkartenpreise nutzen können.
- 3 Als erster Schritt ist die Regelung der Deutschen Bahn, wonach die Bahncard bei Kauf
- 4 oder Verlängerung nicht mehr ohne Internetkonto möglich ist, aufzuheben.
- 5 Hierzu sind die weisungsgebundenen politischen Vertreter im Aufsichtsrat der
- 6 Deutschen Bahn aufzufordern. Die Möglichkeit, das Deutschland-Ticket auch weiterhin
- 7 ohne Internet nutzen zu können, soll ebenfalls sichergestellt werden.

Antrag V18: Fahrkartensysteme seniorengerecht gestalten

Antragsteller*in:	60 plus Bundeskonferenz Bund (Parteizentrale)
Status:	überwiesen
Empfehlung Antragskommission:	Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion
Sachgebiet:	V - Verkehr

- 1 Die AG 60 plus fordert die SPD-Bundestagsfraktion auf, von der Bundesregierung einen
- 2 Bericht zur Umsetzung und Weiterentwicklung eines auch für Senioren gerechten und
- 3 einfachen Fahrkartensystems vorzulegen.

Antrag V19: Benzinpreise nur noch einmal täglich erhöhen

Antragsteller*in:	60 plus Bundeskonferenz Bund (Parteizentrale)
Status:	erledigt durch V20
Empfehlung Antragskommission:	Erledigt durch V20
Sachgebiet:	V - Verkehr

- 1 Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, bei den Mineralölgesellschaften darauf
- 2 hinzuwirken, ihre Preiserhöhungen an Tankstellen nur noch einmal täglich vorzunehmen,
- 3 wie es bereits seit einigen Jahren in Österreich praktiziert wird.
- 4 Darüber hinaus soll geprüft werden, nach Beispiel einer italienischen Regelung, die
- 5 Tankstellen rechtlich zu verpflichten, durch Aushang über die örtlich günstigsten
- 6 Kraftstoffpreise zu informieren.

Antrag V20: Benzinpreise nur noch einmal täglich erhöhen

Antragsteller*in:	SPD-Bezirk Hessen-Nord
Status:	angenommen
Empfehlung Antragskommission:	Annahme
Auf diesen Antrag verweisende Anträge:	V19
Sachgebiet:	V - Verkehr

- 1 Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, bei den Mineralölgesellschaften darauf
- 2 hinzuwirken, ihre Preiserhöhungen an Tankstellen nur noch einmal täglich vorzunehmen,
- 3 wie es bereits seit einigen Jahren in Österreich praktiziert wird.
- 4 Darüber hinaus soll geprüft werden, nach Beispiel einer italienischen Regelung, die
- 5 Tankstellen rechtlich zu verpflichten, durch Aushang über die örtlich günstigsten
- 6 Kraftstoffpreise zu informieren.

Antrag V21: Hürden für Fußgängerüberwege und Geschwindigkeitsbegrenzungen in Ortslagen senken

Antragsteller*in:	SPD-LV Sachsen-Anhalt
Status:	überwiesen
Empfehlung Antragskommission:	Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion
Sachgebiet:	V - Verkehr

- 1 Die SPD setzt sich für Änderungen der Straßenverkehrsordnung (StVO), der Allgemeinen
- 2 Verwaltungsvorschrift zur Straßenverkehrsordnung (VwV-StVo) und
- 3 des Straßenverkehrsgesetz ein, damit:
- 4 • innerörtliche streckenbezogene Geschwindigkeitsbeschränkungen von 30 km/h auch
- 5 entlang Bundes-/Landes-/Kreisstraßen über die Regelungen von § 45 Abs. 9 Nr. 6
- 6 hinaus eingerichtet werden dürfen, wenn die Gemeinden dies für sinnvoll
- 7 erachten;
- 8 • die Anforderungen zur Einrichtung von Fußgängerüberwegen gesenkt werden.

Antrag V22: Digitale Parkraumbewirtschaftung ermöglichen

Antragsteller*in:	030 SPD-Kreis Pankow
Status:	überwiesen
Empfehlung Antragskommission:	Überweisung an SPD-Bundestagstraktion
Sachgebiet:	V - Verkehr

- 1 Die Sozialdemokratischen Entscheidungsträger der Landes- und Bundesebene werden
- 2 aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass entsprechende Regelungen geschaffen
- 3 werden, um die Digitale Parkraumbewirtschaftung z.B. durch Scan-Fahrzeuge in
- 4 Deutschland rechtssicher dauerhaft einzuführen.

Antrag V23: Stilllegung und Rückbau des nördlichen Abzweigs Steglitz (ex-A104)

Antragsteller*in:	SPD-Landesverband Berlin
Status:	überwiesen
Empfehlung Antragskommission:	Überweisung an SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus Berlin
Sachgebiet:	V - Verkehr

- 1 Die Berliner SPD-Abgeordneten in Abgeordnetenhaus und Bundestag sowie die SPD-
- 2 Mitglieder in Senat und Bundesregierung werden aufgefordert, sich dafür einzusetzen,
- 3 dass aufbauend auf den Beschluss des Berliner Landesparteitags (Antrag 302/I/2023)
- 4 der nördliche Ast der ehemaligen A104 zwischen Mecklenburgische Straße und Konstanzer
- 5 Straße umgehend stillgelegt wird und perspektivisch zugunsten von sozialen
- 6 Wohnungsprojekten rückgebaut wird. Für andere bestehende Bauten gleicher Art (bspw.
- 7 in Steglitz) soll dies gleichfalls geprüft werden, um Stadtraum zurückzugewinnen.

Antrag V24: Planungen zur Erweiterung der A100 stoppen und 17. Bauabschnitt aus dem Bundesverkehrswegeplan entfernen

Antragsteller*in:	010 SPD-Kreis Mitte
Status:	überwiesen
Empfehlung Antragskommission:	Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion
Sachgebiet:	V - Verkehr

- 1 Die sozialdemokratischen Mitglieder des Bundestages und der Bundesregierung setzen
- 2 sich für eine sofortige Beendigung der bereits laufenden Planungen des
- 3 Bundesverkehrsministeriums bzw. der Autobahn GmbH für den 17. Bauabschnitt der A 100
- 4 ein. Weiterhin soll der 17. Bauabschnitt aus dem Bundesverkehrswegeplans entfernt
- 5 werden. Die Kopplung von 16. und 17. Bauabschnitt im Bundesverkehrswegeplan wird
- 6 aufgehoben.

Antrag V25: Häfen als nationale Infrastruktur sichern – Gemeinschaftsaufgabe „Häfen“ einführen

Antragsteller*in:	SPD-Landesorganisation Bremen
Status:	angenommen
Empfehlung Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	V - Verkehr

1 Die SPD setzt sich auf Bundesebene dafür ein, dass die deutschen See- und Binnenhäfen
2 als Teil der kritischen Infrastruktur künftig als gesamtstaatliche Aufgabe behandelt
3 werden. Um die Wettbewerbsfähigkeit, Versorgungssicherheit, wirtschaftliche
4 Leistungsfähigkeit sowie die ökologische und sicherheitspolitische Resilienz
5 Deutschlands langfristig zu sichern, ist ein grundlegender Wandel in der
6 Finanzierungsstruktur der Hafeninfrastruktur notwendig.

7 **Dazu fordern wir:**

- 8 1. Die Bundesregierung wird aufgefordert, zeitnah Gespräche mit den Ländern
9 aufzunehmen, um die im März 2024 beschlossene **Nationale Hafenstrategie**
10 umzusetzen. Sie soll einen Finanzierungsvorschlag vorlegen, der der
11 **gesamtstaatlichen Bedeutung der See- und Binnenhäfen** gerecht wird und eine
12 tragfähige, dauerhafte Investitionsgrundlage schafft.
- 13 2. Die Bundesregierung wird aufgefordert, Investitionen in die Hafeninfrastruktur
14 **aus dem Bundesanteil des geplanten Sondervermögens für Infrastruktur** zu fördern.
15 Häfen sind – ebenso wie Schienenwege, Straßen und Brücken – ein wesentlicher
16 Bestandteil der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit unseres Landes.

Antrag V26: Traditionelle Wassersportarten erhalten – Länderausstiegsklausel innerhalb der Sportbootführerscheinverordnung ermöglichen

Antragsteller*in:	010 SPD-Kreis Mitte
Status:	überwiesen
Empfehlung Antragskommission:	Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion
Sachgebiet:	V - Verkehr

- 1 Innerhalb der Sportbootführerscheinverordnung (§ 5 Besondere Regelungen) wird den
- 2 Bundesländern eine Ausstiegsklausel eingeräumt, sodass sie auch auf
- 3 Bundeswasserstraßen die Höchstgrenze für das Führen eines motorisierten Sportbootes
- 4 ohne Fahrerlaubnis von 15 PS (11,03 Kilowatt) wieder auf die zuvor gültigen 5 PS
- 5 (3,68 Kilowatt) senken können.

Antrag V27: Elektrokleinfahrzeuge

Antragsteller*in:	60 plus Bundeskonferenz Bund (Parteizentrale)
Status:	überwiesen
Empfehlung Antragskommission:	Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion
Sachgebiet:	V - Verkehr

- 1 Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert bei der Neuregelung der
- 2 „**Elektrokleinstfahrzeugverordnung**“ darauf hinzuwirken, dass Fußgänger auf Fußwegen
- 3 geschützt werden. Erlaubnisse zum Befahren von Fußwegen müssen verhindert werden.

Antrag Th01: Leitantrag AG 60 plus

Antragsteller*in:	60 plus Bundeskonferenz Bund (Parteizentrale)
Status:	nicht befasst
Empfehlung Antragskommission:	Nichtbefassung
Sachgebiet:	Th - Themenübergreifende

1 Unser Leitantrag, den wir auf der vergangenen Konferenz 2022 beschlossen haben, war
2 der erste Schritt auf einem langen Weg. Vieles wurde noch nicht aufgegriffen, einiges
3 ist auf gutem Wege oder in der Realisierung. Unser Leitantrag 2022 ist also noch sehr
4 aktuell. Deshalb greifen wir hier nur wenige Punkte zur Verstärkung, Erinnerung und
5 Ergänzung auf.

6 Die Bundesdelegiertenkonferenz der Arbeitsgemeinschaft SPD 60 Plus möge beschließen,
7 auf dem kommenden Bundesparteitag der SPD folgenden Antrag einzubringen, der als eine
8 Grundlage für die nächsten Koalitionsverhandlungen dienen soll.

9 Auf eine Detaildarstellung, beziehungsweise die Erläuterung notwendiger
10 Regelungsanpassungen, wie etwa der Neujustierung der Beiträge für die
11 Sozialversicherungen und der Anpassung steuerlicher Zuschüsse beispielsweise im
12 Kontext versicherungsfremder Leistungen wird hier verzichtet, weil zwar keiner der
13 nachfolgenden Vorschläge einerseits neu ist, andererseits aber keiner dieser
14 Vorschläge in Koalitionsverhandlungen eine maßgebliche Rolle gespielt hat – wir
15 wollen aber, dass auch die großen Systemfragen zur Zukunftssicherung der sozialen
16 Sicherung – Rente, Gesundheit, Pflege – in Koalitionsverhandlungen eingebracht
17 werden.

18 Altersvorsorgesystem

19 Das bisherige zersplitterte Altersvorsorgesystem wird im Verlauf des ersten
20 Regierungsjahres der kommenden Legislaturperiode auf ein System der
21 Erwerbstätigenversicherung umgestellt, in das alle Erwerbstätigen einzahlen und aus
22 dem künftig alle dann Anspruchsberechtigten eine Altersversorgung erhalten.
23 Ergänzende betriebliche oder echte private oder geförderter kapitalgedeckte
24 Altersvorsorge oder Versicherungen bleiben – alte Rechtsansprüche – davon unberührt.
25 Geförderte Kapitaldeckung in der Altersvorsorge wird zurückgefahren.

26 Krankenversicherungssystem

27 Das bisherige, in zwei Systemen – gesetzlich und privat - organisierte
28 Krankenversicherungssystem wird in der kommenden Legislaturperiode auf eine
29 Bürgerversicherung umgestellt. Darüber hinaus gehende zusätzliche private
30 Versicherungen sind weiterhin möglich, aber nicht öffentlich gefördert.

31 Pflegeversicherungssystem

32 Das bisher in weiten Teilen unterfinanzierte Pflegeversicherungssystem wird in der
33 kommenden Legislaturperiode auf ein System der Pflegevollversicherung umgestellt.

34 Inflationsausgleich auch für Renten

Die respektlose Regelung, die Pensionen mit dem Inflationsausgleich von 3.000 € anteilig anzuheben und gleichzeitig die Renten von dieser Regelung auszunehmen, muss durch einen Gesetzentwurf, den die SPD-Bundestagsfraktion in Abstimmung mit den Koalitionspartnern einbringt, korrigiert werden. Aus fiskalischen Gründen ist es sinnvoll, sowohl bei den Pensionen als auch bei den Renten eine einkommensabhängige Regelung zu treffen.

Rentenüberleitung für ehemalige DDR-Rentnerinnen und Rentner korrigieren

Der schwere Fehler der CDU CSU und FDP bei der Rentenüberleitung für ehemalige DDR-Rentnerinnen und Rentner, Anfang der Neunzigerjahre, durch den noch immer viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus 17 Berufsgruppen nach Eintritt in den Ruhestand stark benachteiligt sind und ungerecht behandelt werden, muss durch einen Gerechtigkeitsfond für alle Rentnerinnen und Rentner aus diesen Berufsgruppen korrigiert werden.

Gleichwertige Lebensverhältnisse in Deutschland – in Land und Stadt

Trotz einer sehr langen wirtschaftlichen Wachstumsphase hat sich die „sozioökonomische Ungleichheit in Deutschland“ in den vergangenen Jahren verfestigt. Auch wenn sich die Vermögensunterschiede drastisch zu Gunsten der Vermögenden verschoben haben und die Einkommen noch immer extreme Unterschiede aufweisen – hier geht es viel mehr um die Ausstattung der Kommunen mit sozialer und technischer Infrastruktur, die gegenwärtig, auch in Folge unterschiedlicher Finanzkraft der Kommunen und Investitionshilfen der Länder und des Bundes, räumlich sehr ungleich verteilt sind. Dies alles zeigt schon der Disparitäten Bericht 2019.

Wir wollen im nächsten Wahlprogramm und den nächsten Koalitionsverhandlungen, als ersten Schritt, dass Art. 72 Abs. 2 Grundgesetz geändert, also gleichwertige Lebensverhältnisse in Deutschland gesetzlich fest verankert werden. Wir denken dabei einerseits an den Paragraphen 71 im SGB XII, dessen Inhalt – was in einer Kommune für die Älteren damit für alle Bürger zu tun wäre – zu einer Pflichtaufgabe zu machen und zweitens hinsichtlich der regionalen Daseinsvorsorge an eine indikatorengestützte Regionalisierung bei der Förderung der Regionen.

Migrantinnen, Migranten und Beschäftigung

Noch niemals gab es in Deutschland mehr Erwerbstätige als im Moment: 46 Millionen. Davon einige Millionen Arbeitnehmer in (oft prekären) Sonderarbeitsformen (Leiharbeit, Zeitarbeit, Minijob, ...). Gleichwohl fehlt es an allen Ecken und Enden. Es gibt zu wenige Altenpflegerinnen und -pfleger, es gibt zu wenige Krankenschwestern und Krankenpfleger, in fast allen Gewerken gibt es zu wenige Handwerkerrinnen und Handwerker. Es gibt zu wenige Lehrer, zu wenige Ärzte, zu wenige Lokomotivführer, in der Gastronomie fehlen Köche und Servicekräfte.

Mit einem riesigen Verwaltungsapparat in einem komplizierten Gestrüpp aus Rechtsvorschriften, folgen wir einer primitiven Ausländerfeindlichkeit unter dem Deckmantel, uns vor der sehr kleinen Zahl Faulen, Gaunern und Kriminellen schützen zu wollen und davor, dass andernfalls „die halbe Welt“ zu uns käme.

Gleichzeitig haben wir offensichtlich keine Probleme in unserem Rechtsstaat eine riesige Schar an Schwarzarbeitgebern und Schwarzarbeit zu dulden. Schwarzarbeitgeberinnen und Schwarzarbeitgeber wie auch Schwarzarbeiterinnen und Schwarzarbeiter hinterziehen Steuern und Sozialabgaben und am schlechten Ende degeneriert dieses System illegal beschäftigter Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, gesundes Rechtsempfinden und produziert Altersarmut.

Die Arbeitsgemeinschaft der SPD 60 Plus will hier die Gelassenheit etwas neu verteilen und schlägt vor, alle Migranten (Wanderer) unmittelbar auszubilden und in Beschäftigung zu bringen, um uns zu helfen, die großen Lücken im Arbeitsmarkt zum beiderseitigen Vorteil auszufüllen.

Hinsichtlich der weitverbreiteten Schwarzarbeit bei Schwarz Arbeitgebern wollen wir eine Kampagne, die hier das Unrechtsbewusstsein schärft, um die gemeinschaftlichen Nachteile wie fehlende soziale Absicherung und Steuerhinterziehung, wie auch die subjektiven Nachteile, etwa Altersarmut zu überwinden. Gelegentliche Kontrollen wären von Vorteil.

Nachfolgeregelung des Dublin-Verfahrens - Herkulesaufgabe

Das Dublin-Verfahren regelt seit 1993, welcher EU-Mitgliedstaat für ein Asylverfahren zuständig ist. Jeder Asylantrag soll „materiell-rechtlich nur durch einen Staat“ (dem ersten Ankunftsstaat) geprüft werden, um Sekundärwanderung innerhalb Europas zu steuern und zu begrenzen. Nachdem ein Antrag auf Asyl bei einer Außenstelle des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge oder im zuständigen Ankunftszentrum gestellt wurde, werden der zuständig Mitgliedstaat festgestellt und mögliche Abschiebungshindernisse geprüft. Da Deutschland keine EU-Außengrenzen hat, also alle Flüchtlinge, sofern sie nicht auf dem Luftweg einreisen, in anderen Ländern zuerst ankommen, konnte sich Deutschland viele Jahre auf dem Rücken anderer Länder ausruhen – Merkel hatte Dublin – bis das System 2015 überspannt wurde. Und mit den schönen Worten „wir schaffen das“, war zwar viel gesagt, aber nichts getan. Darunter leiden viele Flüchtlinge noch heute, Gemeinden geraten unter Druck und Rechtsextreme missbrauchen die Sorgen vielen Leute für ihre menschenfeindlichen Parolen.

Das Dublin-Verfahren ist zusammengebrochen und nun müssen Nachfolgeregierungen in Europa die Migration aus außereuropäischen Ländern neu verhandeln. Rechtstaatlich und human – eine Herkulesaufgabe.

Friedenspartei – unser Vorschlag: „Mehr Diplomatie wagen“

Die USA werden atomwaffenfähige Marschflugkörper in Deutschland stationieren, die das russische Radar unterfliegen können und eine große Reichweite haben. Die Mitteilung aus den USA kam ohne die Möglichkeit einer breiteren Debatte in unserer Gesellschaft, nicht einmal unser Parlament wurde gefragt, ob es die Stationierung von atomwaffenfähigen Marschflugkörpern in Deutschland begrüßt, erlaubt oder ablehnt.

Unser Präsidium schreibt von „Vereinbarung“ der SPD-geführten Regierung mit der US-Administration und beschließt am 12. August 2024 – als ob dies die einzig mögliche „Reaktion“ auf die plötzlich entdeckten Entwicklungen der vergangenen Jahre sei:

„Dieser Schritt ist eine Reaktion auf den eklatanten Völkerrechtsbruch Russlands in der Ukraine und trägt der Bedrohung Europas durch die massive russische Aufrüstung der vergangenen Jahre gerade im Bereich der Raketen mittlerer Reichweite Rechnung.“

Während wir im Zusammenhang mit russischen Iskander-Raketen in Kaliningrad oft von einer Verteidigungslücke hören, erfahren wir recht wenig von der Raketenabwehr der NATO – denn die Vereinigten Staaten haben beispielsweise längst Aegis-Ashore-Anlagen auf osteuropäischen Militärflugplätzen installiert: Deveselu in Rumänien und Ślupsk-Redzikowo in Polen.

Aber die AG SPD 60 plus sieht Alternativen, die militärisch eindimensional Denkende als naiv und lächerlich abtun können: der Plan beispielsweise, Luftabwehrraketen zu stationieren, die der Verteidigung dienen, der Landes- und Bündnisverteidigung.

Auch wenn es nicht der militärischen Logik entspricht, sowohl das Einfrieren eines Konfliktes schafft Raum für Friedensverhandlungen als auch der Stopp von Kampfhandlungen bzw. eine Waffenruhe. Aber Friedenspolitik braucht Diplomatie, braucht Reden, braucht Austausch und Erklärung, braucht Geld für Entwicklungspolitik und Friedensarbeit. Unsere Regierung muss also neben der Aufrüstungsoffensive zur Landes- und Bündnisverteidigungsfähigkeit eine diplomatische Verhandlungsoffensive starten. Hier könnte sich die Beschäftigung einiger hundert Diplomaten auszahlen.

Wir begrüßen die jüngsten Äußerungen bzw. Vorhaben unseres Kanzlers, sich um eine weltumspannende Friedenskonferenz zu kümmern und auch die Russische Föderation einzuladen. Diese Vorhaben entsprechen unserem lang gehegten Vorschlag „mehr Diplomatie wagen“.

Mit Willy Brandt: „Wir brauchen in Deutschland nicht mehr Mittel zur Massenvernichtung, wir brauchen weniger.“ Wir müssen die alten Pfade „Abschreckung durch Wettrüsten“ verlassen.

Wir müssen schon deshalb einen neuen Pfad zum Frieden suchen, weil Militärstrategen, die eindimensional in militärischen Kategorien denken, versagt haben:

- Unter Putins Führung wurde die Ukraine überfallen – Putins „Strategie“ mit einem Blitzkrieg die Ukraine mit Waffengewalt zu unterwerfen, ist gescheitert.
- Die Strategie „des Westens“, mit Waffengewalt das Ziel „Putin darf nicht gewinnen“ zu erreichen, ist nach zweieinhalb Jahren gescheitert. Waffen und gleichzeitig Prothesen für amputierte Beine zu liefern, zeigt den ganzen Zynismus.
- Die Strategie, Deutschland und „der Westen“ verhängen Sanktionen, auf dass die russische Wirtschaft kriegsunfähig und Putin international isoliert werden, ist gescheitert.

Keine dieser „Strategien“ hat ihre Ziele erreicht – aber Ergebnisse: Tausendfacher Tod, tausendfache Invalidität, Zerstörung von Infrastruktur, Wohnhäusern, Krankenhäusern, Extrembelastung von Natur, Umwelt und Klima. Und Deutschland importiert Fracking-Gas aus den USA. Menschlich ein Desaster, ökonomisch ein Desaster, ökologisch ein Desaster.

158 Keine Unterstützung von Rechtsextremismus – Zweistaaten: Israel und Palästina

159 In kaum einer Rede fehlt der „Kampf gegen Rechtsextremismus“. Konkret wäre das etwa:
160 gut vorbereitetes Verbotverfahren rechtsextremer Zeitschriften, Onlineplattformen
161 und Parteien zum Schutz unserer Gesellschaft, der Verfassung und damit der
162 Demokratie. Wir denken an Carlo Schmid: „Demokratie ist nur dort mehr als ein Produkt
163 einer bloßen Zweckmäßigkeitentscheidung, wo man den Mut hat, an sie als etwas für
164 die Würde des Menschen Notwendiges zu glauben. Wenn man aber diesen Mut hat, dann
165 muss man auch den Mut zur Intoleranz denen gegenüber aufbringen, die die Demokratie
166 gebrauchen wollen, um sie umzubringen.“

167 Gut ist schon die Verurteilung extremistischer Straftäterinnen und Straftäter, damit
168 unser Land sicherer ist, gut wäre auch noch besser über rechte Gewalt und die Folgen
169 rechtsextremer Politik aufzuklären. Rechtsextremismus endet in Unterdrückung, der
170 Abschaffung des Rechtsstaates, in Gewaltherrschaft, Entmenschlichung und hat die
171 Eigenschaft, dass erst dann alle merken, was passiert, wenn es zu spät ist.

172 Wir „bekämpfen“ die Rechte, Rechtsextremismus. In Deutschland. Aber wir unterstützen
173 eine rechtsextreme israelische Regierung, Premier Benjamin Netanyahu, Finanzminister
174 Bezalel Smotrich, Minister für Nationale Sicherheit Itamar Ben-Gvir – ein
175 rechtsextremes Gruselkabinett. (In diesem Kabinett ist übrigens Antisemitismus zu
176 finden, denn solche Leute zerstören Israel, zerstören den Glauben an jüdischen
177 Glauben – mit dem Ziel des persönlichen Machterhalts. Purer Egoismus.)

178 Deutschland liefert einerseits Waffen an Israel (Netanyahu, Smotrich, Ben-Gvir) zu
179 Händen einer rechtsextremen Regierung und andererseits Nahrung und medizinische
180 Hilfsmittel an die Palästinenser in Gaza. Dabei ist die Besetzung von Ost-Jerusalem,
181 der Westbank und Gaza rechtswidrig und statt Waffenlieferungen wäre ein verschärfter
182 Einsatz für eine Zweistaatenlösung von Nöten – das bedeutet, sich für das
183 Existenzrecht sowohl von Israel als auch Palästina einzusetzen.

184 Den Vorwurf, Antisemitismus sei dort, wo die Politik dieser Netanyahu-Regierung
185 verurteilt wird, dort, wo der Siedlerterrorismus im Westjordanland verurteilt wird,
186 lassen wir nicht gelten. Dieser Vorwurf kommt in unterschiedlichen Gewändern von
187 „Betroffenheit“ und „Bedrohungsängsten“ – in Deutschland – und soll von der
188 Brutalität der israelischen Regierung und dem Siedlerterror im Westjordanland
189 ablenken. Nein: weder können die Hamas von ihrer Brutalität am 7. Oktober ablenken,
190 noch kann die israelische Regierung davon ablenken, dass sie völkerrechtswidrig und
191 brutal agiert.

192 Nach dem terroristischen Angriff der Hamas am 7. Oktober 2023 führt Israel (Premier
193 Benjamin Netanyahu, Finanzminister Bezalel Smotrich, Minister für Nationale
194 Sicherheit Itamar Ben-Gvir) im Gazastreifen einen Krieg, nennt ihn
195 „Vergeltungsmaßnahmen“, verschärft die Blockade. Die Menschen hungern, flüchten in
196 Zeltlager, die anschließend bombardiert werden. Die Zahl der Todesopfer geht in die
197 Zehntausende, darunter viele Kinder. Dabei ist die Zahl der Menschen, die an Hunger,
198 Krankheiten oder fehlender medizinischer Behandlung starben, unbekannt.

199 Gleichzeitig eskaliert die Gewalt von Siedlern (im Schutz des israelischen Militärs)

200 im Westjordanland. Menschen werden aus ihren Häusern vertrieben oder umgebracht.
201 Außerdem werden israelische Angriffe auf den Libanon und Syrien ausgeweitet – zur
202 Unterstützung der Palästinenser greift die libanesische Hisbollah Ziele in Israel an.
203 Schiitische Milizen greifen die US-Armee in Syrien und Irak an – als Vergeltung für
204 die US-Unterstützung Israels. Kriegslogik führt zum Flächenbrand. Die Bombardements,
205 beispielsweise einer Schule, weil sich dort Hamas-Führer verbergen sollen, ruft den
206 Iran auf den Plan. Die Spirale der Gewalt dreht sich immer schneller, die Anzahl der
207 Angriffe steigt und steigt.

208 Weder die “Strategie” der Hamas Terroristen noch die Strategie der rechtsextremen
209 Führung Israels haben ihre Ziele erreicht – aber sie haben ein Ergebnis:
210 Tausendfacher Tod, tausendfache Invalidität, Zerstörung von Infrastruktur,
211 Wohnhäusern, Krankenhäusern, Extremlastung von Natur, Umwelt und Klima,
212 tausendfache Flucht und Vertreibung.

213 Wer Tod und Zerstörung als Ziel ausschließt, muss feststellen, dass die bisherigen
214 Strategien der Militärs auf allen Seiten gescheitert sind. Weder die Aufrüstung
215 Russlands, noch die Aufrüstung der Ukraine, weder die Kriegseskalation Israels, noch
216 die Verlängerung der Geiselnahme durch die Hamas-Terroristen, waren ein Schritt in
217 Richtung Frieden.

218 Und wie klug ist es in dieser Lage, am Merkel-Begriff „Staatsräson“ gegenüber Israel
219 festzuhalten? Gerade mit Blick auf die Opposition in Israel sehen wir den Unterschied
220 zwischen Israel und israelischer Regierung, die um Haaresbreite an der Abschaffung
221 des Rechtsstaates vorbeigeschlittert ist. Die rechtsextreme Regierung tötet nicht nur
222 mit deutschen Waffen, nein, sie bekommen auch noch unsere „Staatsräson“.

223 Weil rechtsextreme Mitglieder der israelischen Regierung ihre Macht-Interessen mit
224 den Interessen von Israel gleichsetzen, wird jede Kritik an dieser rechtsextremen
225 Regierung als antisemitisch zurückgewiesen – als der „neue Antisemitismus von links“?

226 Diese zynische Logik lehnen wir ab und sind solidarisch mit der israelischen
227 Friedensbewegung und den israelischen Demonstranten für die Freilassung der Geiseln
228 in den Händen der Hamas.

229 Der brutale Überfall des terroristischen Flügels der Hamas kann nur mit der
230 Bekämpfung von Terrorismus und dem Schutz der israelischen Bevölkerung vor
231 Terrorismus beantwortet werden. Menschliche Schutzschilde sind perfide, aber ob die
232 Zerstörung ganzer Landstriche, die Tötung von Zivilisten, Frauen und Kindern in Gaza
233 noch irgendwie zu unserer Staatsräson gegenüber Israel passt, müssen wir bezweifeln.
234 Auch der internationale Gerichtshof und viele Länderregierungen bezweifeln dies.

235 Nach der Verurteilung des Hamas-Terrors am 7. Oktober 2023 und Forderung alle Geiseln
236 freizulassen, muss unsere Antwort auf die Politik der Regierung Netanjahu erstens die
237 Forderung sein, das flächendeckende Morden und die Zerstörung von in Gaza zu beenden
238 und zweitens die Forderung alle Geiseln freizulassen und drittens die Forderung einer
239 Zweistaatenlösung.

240 Wir sehen das Leid auf beiden Seiten und eine (schwierige) Lösung in einer

- 241 Zweistaatenlösung. Das wäre alle diplomatischen Anstrengungen wert. Wir schlagen als
242 ein Signal von Deutschland an die Welt vor, ein Sondervermögen von drei Milliarden
243 für den Friedens- und Aufbauprozess in Israel/Palästina einzustellen.

Antrag Th02: Ungleichheit - Klima - Migration zusammen solidarisch angehen

Antragsteller*in:	OV Bogenhausen-Oberföhring, OV Viechtach
Status:	überwiesen
Empfehlung Antragskommission:	Überweisung an SPD-Parteivorstand für Grundsatzprogramm-Prozess
Sachgebiet:	Th - Themenübergreifende

- 1 Die SPD muss aufhören, die Bereiche Ungleichheit, Klima und Migration getrennt
- 2 voneinander zu sehen. Sie sind eng miteinander verbunden. Wir müssen dafür eine
- 3 Gesamtstrategie entwickeln. In nationaler, europäischer und globaler Solidarität. Das
- 4 führt uns auch aus mancher Sackgasse heraus.

Antrag O01: Handeln statt hadern!

Antragsteller*in:	SPD Parteivorstand
Status:	angenommen
Empfehlung Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	O - Organisationspolitik

1 Handeln statt hadern!

2 Für eine solidarische Grundfinanzierung 3 der großen gemeinsamen organisationspolitischen Aufgaben

4 Eine funktionierende Parteiorganisation ist für das politische Comeback der SPD
5 essenziell. Denn wie konsequent und wie zügig wir die SPD organisationspolitisch neu
6 aufstellen, wird am Ende mit darüber entscheiden, ob und wie wir zukünftige Wahlen
7 wiedergewinnen werden.

8 Als Mitgliederpartei konnten wir immer auf das Engagement und die Kompetenzen unserer
9 Mitglieder setzen, wenn es darum ging, politische Kampagnen erfolgreich
10 voranzubringen. Dies soll auch in Zukunft so sein und deshalb halten wir an dem auf
11 dem vergangenen Bundesparteitag formulierten Ziel fest, die SPD zur modernsten
12 Mitgliederpartei Deutschlands weiterzuentwickeln. In dem Beschluss zum
13 organisationspolitischen Leitantrag „O1“ hat dieser Bundesparteitag darüber hinaus
14 klar und deutlich festgelegt, in welcher Art und Weise sich die SPD neu aufstellen
15 muss, um wieder in vollem Umfang politische Wirkungsmacht erzielen zu können.

16 Auf dieser Grundlage haben Parteivorstand, Landesverbände und Bezirke gemeinsam einen
17 umfassenden und zielgerichteten Prozess zur Umsetzung der organisationspolitischen
18 Vorgaben des Leitantrages begonnen. Aufgrund der vorgezogenen Bundestagswahl konnte
19 der Prozess noch nicht zu Ende gebracht werden. Unser schlechtes Abschneiden bei der
20 Bundestagswahl 2025 unterstreicht die Notwendigkeit, den beschlossenen Weg zur
21 organisationspolitischen Neuaufstellung konsequent und zügig auf allen Ebenen unserer
22 Partei umzusetzen.

23 Um unser Ziel, die modernste Mitgliederpartei in Deutschland zu werden, erreichen zu
24 können, bedarf es in den kommenden zwei Jahren umfassender Investitionen in
25 Millionenhöhe auf allen Ebenen der Partei. Jetzt müssen die erforderlichen Mittel für
26 die notwendige Professionalisierung und Digitalisierung der Parteiorganisation in den
27 Bereichen Mitglieder- und Finanzverwaltung, Kampagnenfähigkeit sowie strategischer
28 Kommunikation mobilisiert werden, welche für die erfolgreichen Wahlkämpfe und die
29 politische Arbeit in der Zukunft unabdingbar sind.

30 Große Aufgaben – große Herausforderungen

31 Diesen großen gemeinsamen Aufgaben stehen nicht weniger große finanzielle und
32 strukturelle Herausforderungen gegenüber, die es zu meistern gilt.

33 So hat die SPD gerade im Bereich der Modernisierung der Parteiorganisation mit einem
34 großen Investitionsstau zu kämpfen. In den Jahren 2018 bis 2023 konnten aufgrund der
35 Klage gegen die Erhöhung der staatlichen Parteienfinanzierung und den daraus

resultierenden drohenden Rückzahlungen in Millionenhöhe dringend notwendige Investitionen in eine funktionale und effiziente IT-Struktur, moderne Anwendungen, aber auch in eine zeitgemäße Mitgliederdatenbank nicht erfolgen, obwohl diese Grundlage jeglicher Kampagnefähigkeit sind.

In den letzten Jahren haben wir die IT-Stabsstelle im Willy-Brandt-Haus völlig neu aufgestellt und eine sehr produktive Zusammenarbeit mit der Office Consult entwickelt. Dies ermöglicht uns jetzt Investitionen und Entwicklungen im IT-Bereich, bzw. der Digitalisierung zielgerichteter auf den Weg zu bringen.

Trotzdem hat der Investitionsstau der vergangenen Jahre dazu geführt, dass in den nächsten Jahren Investitionen in Millionen Höhe dringend nachgeholt werden müssen, wenn die SPD hinsichtlich ihrer Organisations- und Kampagnefähigkeit nicht den Anschluss an die politischen Mitbewerber verlieren will.

In den letzten fünf Jahren haben zuerst die Coronakrise und dann die durch den Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine ausgelösten enormen Preissteigerungen und wirtschaftlichen Belastungen dazu geführt, dass ausgerechnet in den für die politische Arbeit essenziellen Bereichen, wie IT-Sicherheit, datenbasierte Anwendungen, Hallenmieten, Social Media Arbeit, Event-Dienstleistungen oder der Produktion von Druckerzeugnissen, wie z.B. den Vorwärts die Kostensteigerung noch einmal deutlich über der allgemeinen Inflation lagen. Für bestimmte Produkte und Dienstleistungen lagen die Preissteigerungen sogar über 50 %.

Die Haupteinnahmequelle von Landesverbänden und Bezirken sind die Einnahmen aus den Mitgliedsbeiträgen. Der Parteivorstand erhält nur 15 % dieser Einnahmen. Die anderen 85 % gehen an die LV/BZ, wobei diese wiederum einen Teil dieser Mittel an die Ortsvereine und die Unterbezirke weiterleiten. Im Durchschnitt verbleiben rund 65 % der Einnahmen aus den Mitgliedsbeiträgen bei den LV/BZ.

Die wichtigste Einnahmequelle des Parteivorstandes sind wiederum die Mittel aus der staatlichen Parteienfinanzierung. Sie gehen zu zwei Dritteln an den PV und zu einem Drittel an die LV/BZ.

Parteivorstand, Landesverbände und Bezirke haben aber letztlich ein gemeinsames großes Problem: Ihre jeweiligen Haupteinnahmequellen sinken. Bei den staatlichen Mitteln spielen zum einen die Wahlergebnisse bei Landtagswahlen und Bundestagswahlen eine wichtige Rolle. Aber auch der Umstand, dass der Kuchen der staatlichen Mittel mittlerweile in einem Sieben-Parteien-System aufgeteilt werden muss, wirkt sich negativ auf die Einnahmen der SPD aus.

Bei den Einnahmen aus den Mitgliedsbeiträgen gibt es ebenfalls ein strukturelles Problem, denn wir müssen davon ausgehen, dass wir in 10 Jahren nur noch halb so viele Parteimitglieder haben werden. Nur eine überdurchschnittlich hohe Zahl von Eintritten kontinuierlich über viele Jahre fortgesetzt würde an diesem Trend signifikant etwas ändern können. Das hat etwas mit der gewachsenen demographischen Struktur unserer Mitgliedschaft zu tun. Schon heute sind 58 % der Mitglieder älter als 60 Jahre. Die größte Gruppe stellten die 70 bis 79-jährigen mit 22 % dar.

Wenn es in den nächsten Jahren nicht zu deutlich besseren Wahlergebnissen für die SPD kommt und in es diesen Jahren nicht gelingt, weit über das bisherige Maß hinaus, tausende neuer Mitglieder für die SPD zu gewinnen, werden ab den 30er Jahren nicht nur die Bundespartei, sondern auch ein Landesverband und Bezirk nach dem anderen strukturell unterfinanziert sein. Die oben beschriebene Entwicklung steigender Ausgaben auf der einen und die hohen finanziellen Aufwendungen für die nicht mehr länger aufschiebbaren Investitionen auf der anderen Seite, verstärken diese Entwicklung zusätzlich.

Jetzt die finanziellen Voraussetzungen für die organisationspolitische Handlungsfähigkeit schaffen

Die vor uns liegenden Herausforderungen können wir nur in einer großen, solidarischen Gemeinschaftsleistung meistern, bei der Parteivorstand, Landesverbände und Bezirke enger als bisher zusammenarbeiten müssen. Denn keiner der 22 Bezirke und Landesverbände und auch nicht der Parteivorstand werden in der Lage sein, die vor uns liegenden organisationspolitischen Herausforderungen personell, logistisch und finanziell jeweils alleine zu stemmen.

Deshalb wollen wir keine Zeit verlieren und jetzt entschlossen die notwendigen Schritte für eine effiziente und nachhaltige Grundfinanzierung einer modernen Parteiorganisation gemeinsam gehen. Dabei setzen wir auf die Solidarität aller in der SPD:

- Mit einer einmaligen maßvollen Erhöhung der Mitgliedsbeiträge schaffen wir die finanzielle Basis für eine Grundfinanzierung der vor uns liegenden Aufgaben.
- Mit der Weiterentwicklung des seit Jahrzehnten in der SPD praktizierten Finanzinstrument des Vorwegabzugs stellen wir sicher, dass zweckgebunden jedes Jahr entsprechende Mittel für die großen organisationspolitischen Aufgaben zur Verfügung stehen.

Mit einer einmaligen Beitragsanpassung solidarisch die finanzielle Basis der SPD stärken

Um die finanzielle Basis für die Zukunftsaufgaben unserer Partei zu stärken, heben wir alle Mitgliedsbeiträge gestaffelt nach Beitragsgruppe einmalig um jeweils 0,50, 1,00 oder 2,00 Euro an. Diese einmalige Anhebung um Festbeträge stärkt beim Vorwegabzug die Landesverbände und Bezirke, welche aus strukturellen sozioökonomischen Gründen überdurchschnittlich viele Mitglieder mit einer eher geringeren Beitragshöhe haben. Denn diese LV/BZ würden bei einem erhöhten Vorwegabzug von ihren Einnahmen aus Mitgliedsbeiträgen einen höheren prozentualen Anteil aufwenden müssen als andere LV/BZ.

In diesem Sinne heben wir den monatlichen Mitgliedsbeitrag zum 01.01.2026 folgendermaßen an:

- Für alle Mitglieder, die den ermäßigten Beitrag von 2,50 € im Monat zahlen, um monatlich 0,50 € auf dann 3,00 €.
- Für alle Mitglieder, die einen monatlichen Beitrag zwischen 6,00 € und 19,99 €

118 zahlen,
119 um monatlich 1,00 €.

- 120 • Für alle Mitglieder, die einen monatlichen Beitrag von 20,00 € und mehr zahlen,
121 um monatlich 2,00 €

122 **Der Vorwegabzug als solidarisches Finanzierungsinstrument**

123 Ein geeignetes Instrument für eine gemeinsame Grundfinanzierung stellt der so
124 genannte Vorwegabzug dar, welcher in der SPD seit 1991 zur Unterstützung der
125 Herausgabe des Vorwärts und zur Unterstützung der ostdeutschen Landesverbände
126 („Strukturhilfe“) genutzt wird.

127 Beim Vorwegabzug wird bei jedem Mitgliedsbeitrag monatlich eine bestimmte Summe vor
128 der Verteilung der Mitgliedsbeiträge auf die Gliederungen abgezogen und für die
129 zugewiesene Aufgabe verwandt. Zurzeit beträgt der Vorwegabzug für den Vorwärts und
130 für die Strukturhilfe für die ostdeutschen Landesverbände jeweils 0,26 € pro Mitglied
131 und Monat. Hinzu kommt noch der Vorwegabzug für den Innovationsfonds in Höhe von 0,03
132 € pro Mitglied und Monat.

133 Der Vorwegabzug ist in seiner Systematik ein solidarisches Finanzierungsinstrument,
134 weil er alle Gliederungen in die Finanzierung der Grundstrukturen der Partei mit
135 einbezieht. Allerdings gestalten sich die Einnahmen aus dem Vorwegabzug degressiv,
136 weil die Zahl der SPD-Mitglieder auch aus demographischen Gründen kontinuierlich
137 sinkt. Dieser Trend wird sich aufgrund der demographischen Struktur unserer
138 Mitgliedschaft in den nächsten Jahren fortsetzen.

139 **Den Vorwegabzug für gemeinsame wichtige Aufgaben** 140 **der Parteiorganisation weiterentwickeln**

141 Seit seiner Einführung im Jahr 1991 ist der Vorwegabzug (damals jeweils 50 Pfennig)
142 nicht ein einziges Mal der Höhe nach angepasst worden. Damit wächst nicht nur seit
143 1991 die alleine vom Parteivorstand zu tragende Deckungslücke zur Finanzierung des
144 Vorwärts, sondern auch die ostdeutschen Landesverbände erhalten Jahr für Jahr weniger
145 Geld aus der Strukturhilfe.

146 Angesichts der vor uns liegenden großen organisationspolitischen Herausforderungen
147 und Aufgaben wird es nach 35 Jahren Zeit, den Vorwegabzug den heutigen
148 organisationspolitischen Notwendigkeiten gemäß § 1(11) und § 1(12) der Finanzordnung
149 weiterzuentwickeln.

150 **In diesem Sinne beschließt der Parteitag:**

- 151 • Der bisherige Vorwegabzug in Höhe von 0,26 € monatlich zur Finanzierung der
152 Strukturhilfe für die ostdeutschen Landesverbände wird beibehalten
- 153 • Der bisherige Vorwegabzug in Höhe von 0,26 € monatlich für die Herausgabe des
154 Vorwärts wird bis zum 31. Dezember 2026 beibehalten.
- 155 • Der bisherige Vorwegabzug in Höhe von 0,03 € monatlich für den Innovationsfonds
156 wird bis zum 31. Dezember 2026 beibehalten.
- 157 • Zum 1. Januar 2027 wird ein neuer Vorwegabzug in Höhe von 0,84 € eingeführt,

158 welcher für einen Fonds zur Stärkung einer nachhaltigen, leistungsfähigen
159 Parteiorganisation im Sinne der in dem im Jahre 2023 beschlossenen Leitantrag O1
160 genannten zentralen organisationspolitischen Aufgaben („Brot und Butter
161 Fähigkeiten“) verwandt werden soll.

- 162 • Es können sowohl bereits laufende als auch neue Projekte und Dienstleistungen im
163 Bereich der zentralen organisationspolitischen Aufgaben aus dem Fonds finanziert
164 werden. Damit ist eine Refinanzierung von bereits jetzt für die LV/BT und den PV
165 anfallenden Kosten (z.B. Aufwendungen für den Mitgliederservice in regionalen
166 Service Centern) möglich.
- 167 • Die Vorwegabzüge für den Vorwärts und den Innovationsfonds gehen ab 2027 in dem
168 neuen „Fonds zur Stärkung einer nachhaltigen, leistungsfähigen
169 Parteiorganisation“ auf. Damit würde sich ab 2027 der Gesamtumfang aller
170 Vorwegabzüge von zurzeit 0,55 € auf dann 1,10 € verdoppeln.
- 171 • Der Herausgeber und der Treuhänder des Vorwärts erhalten den Auftrag, den
172 Vorwärts zu evaluieren und darauf aufbauend mit dem Vorwärtsverlag ein
173 zukunftsfähiges Konzept für den Vorwärts zu entwickeln. Auf dieser Grundlage
174 wird der Parteivorstand bis Mitte 2026 entscheiden, in welchem Umfang ab 2027
175 der Vorwärts und der Innovationsfonds aus dem neuen „Fonds zur Stärkung einer
176 nachhaltigen, leistungsfähigen Parteiorganisation“ weiter finanziert werden
177 sollen.“

178 **Eine zielgerichtete Verwendung der Mittel aus dem Vorwegabzug sicherstellen**

179 Die ab 2027 dem „Fonds zur Stärkung einer nachhaltigen, leistungsfähigen
180 Parteiorganisation“ zur Verfügung stehenden Mittel sollen entsprechend der folgenden
181 Regeln verausgabt werden:

- 182 • Die Schatzmeister- und Kassierer-Konferenz soll dem Parteivorstand und dem
183 Länderrat bis Ende 2025 Vorschläge unterbreiten, die festlegen, welche Produkte
184 und Dienstleistungen zukünftig als „Brot und Butter Fähigkeiten“ gemeinsam von
185 Bezirken, Landesverbänden und Parteivorstand finanziert werden sollen. Dabei
186 sind folgende Bereiche zu berücksichtigen:
 - 187 • IT-Landschaft und IT-Investitionen inklusive IT-Sicherheit und Datenschutz
 - 188 • Mitgliederverwaltung in regionalen Servicecentern nach gleichen Standards
 - 189 • Neue Anwendungslandschaft (Mitgliederdatenbank)
 - 190 • Gemeinsame Verfahren zur Erstellung eines rechtssicheren
 - 191 Rechenschaftsberichtes
 - 192 • Gemeinsame Buchhaltung und Spendenmanagement
 - 193 • Gemeinsame Kommunikations-, Kampagne- und Organizing-Strukturen
 - 194 • Gemeinsame Bildung und Qualifizierung für die politische Arbeit
- 195 • Die nach diesen Vorgaben ausgewählten Produkte und Dienstleistungen sollen gemäß
196 den Erfordernissen und finanziellen Möglichkeiten der Partei inhaltlich und
197 zeitlich priorisiert werden. Dabei müssen sowohl hauptamtliche Themen als auch

Anforderungen an das Ehrenamt einfließen. Vor allem die aktive ehrenamtliche Arbeit muss von IT-Dienstleistungen wesentlich profitieren, wenn wir unserer Kernaufgabe als demokratische Partei – der politischen Willensbildung - auch in Zukunft gerecht werden wollen.

- Bei der Finanzierung von Produkten und Dienstleistungen, die Mittel aus dem „Fonds zur Stärkung einer nachhaltigen, leistungsfähigen Parteiorganisation“ erhalten, leistet der Parteivorstand gegebenenfalls einen zusätzlichen finanziellen Eigenanteil, dessen Höhe sich daraus ableitet, in welchem Umfang der Parteivorstand im Vergleich mit den Landesverbänden und Bezirken von dem jeweiligen Produkt, bzw. von der jeweiligen Dienstleistung profitiert.

Wir wollen verlässlich und nachhaltig in die Parteiorganisation investieren

Die solidarische Grundfinanzierung für eine leistungsfähige Parteiorganisation ergibt nur dann Sinn, wenn sie auf einer gemeinsamen Finanzplanung und einer gemeinsamen Finanzierung der notwendigen Produkte und Dienstleistungen basiert. Der Parteitag fordert deshalb Bezirke, Landesverbände und Parteivorstand zu folgenden konkreten Schritten auf:

1. Landesverbände, Bezirke (LV/BZ) und der Parteivorstand (PV) sollen sich bis Ende 2025 auf gemeinsame Verfahren einigen, um ihre Finanzplanung und ihre Investitionsentscheidungen im Bereich der Parteiorganisation aufeinander abzustimmen. Dazu schließen die jeweiligen LV/BZ mit dem PV entsprechende Zielvereinbarungen ab.
2. Wie bereits oben ausgeführt, sollen LV/BZ und PV dann ebenfalls festlegen, welche Produkte und Dienstleistungen zukünftig als „Brot und Butter Fähigkeiten“ von ihnen gemeinsam finanziert werden.
3. Um die dafür notwendigen zukünftigen Finanzbedarfe einschätzen und planen zu können, sind vom PV und den LV/BZ bis Ende 2025 ihre jeweiligen derzeitigen Kosten und ihre jeweiligen zukünftigen Finanzbedarfe im Bereich der Parteiorganisation gemäß dem organisationspolitischen Leitantrages O1 von 2023 zu ermitteln.
4. Auf dieser Datengrundlage soll es dann für alle gemeinsam zu finanzierenden Produkte und Dienstleistungen verlässliche „Preisschilder“ geben, die regelmäßig sowohl hinsichtlich notwendiger Neuerungen als auch entsprechend der Preisentwicklung anzupassen sind.
5. Bis Ende 2026 sollen Landesverbände, Bezirke und der Parteivorstand gemäß der oben unter Punkt 1. genannten Verfahren einen verbindlichen Rahmen für gemeinsame Finanzentscheidungen in den zuvor festgelegten „Brot und Butter Fähigkeiten“ und deren Handlungsfeldern vereinbart haben.
6. Auf dieser Grundlage werden ab 2027 von LV/BZ und PV die notwendigen gemeinsamen Finanzentscheidungen getroffen. Dies betrifft dann nicht nur die Verwendung der Mittel aus dem „Fonds zur Stärkung einer nachhaltigen, leistungsfähigen Parteiorganisation“, sondern auch möglicherweise darüberhinaus gehende

- 239 Finanzentscheidungen aus dem jeweiligen Betriebshaushalt von Bezirken,
240 Landesverbänden und Parteivorstand.
- 241 7. LV/BZ und PV sollen bis dahin auch festlegen, in welchem gemeinsamen Gremium die
242 jeweils notwendigen gemeinsamen Leitentscheidungen hinsichtlich der
243 Finanzplanungen und Finanzentscheidungen getroffen werden sollen.
- 244 8. Die Umsetzung und Aussteuerung der in einem solchen Gremium getroffenen
245 finanziellen Grundsatzentscheidungen sollten in einer effizienten und
246 transparenten Arbeitsstruktur erfolgen, die sich an der bewährten Struktur der
247 AGDS orientieren soll.
- 248 9. Die Koordination der hier aufgeführten Arbeitsschritte und Arbeitsprozesse
249 obliegt dem Schatzmeister der SPD, der sich dabei eng mit der Schatzmeister- und
250 Kassierer-Konferenz, dem Parteivorstand und dem Länderrat abstimmt.
- 251
- 252

Antrag O02: Haltung zeigen. Zukunft schreiben. Erarbeitung eines neuen Grundsatzprogramms der SPD

Antragsteller*in:	SPD-Ortsverein Augsburg-Lechhausen
Status:	erledigt durch L01
Empfehlung Antragskommission:	Erledigt durch L01
Sachgebiet:	O - Organisationspolitik

- 1 Der Parteivorstand wird beauftragt, die Erarbeitung eines neuen Grundsatzprogramms
- 2 der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in die Wege zu leiten. Ziel ist es, bis
- 3 spätestens 2029 ein neues Grundsatzprogramm vorzulegen, das Antworten auf die
- 4 tiefgreifenden gesellschaftlichen, ökologischen, wirtschaftlichen und technologischen
- 5 Umbrüche unserer Zeit gibt und die sozialdemokratische Idee ins 21. Jahrhundert
- 6 fortschreibt.

Antrag O03: Neues Grundsatzprogramm erarbeiten - die Chance auf Profilierung und öffentliche Wahrnehmung nutzen

Antragsteller*in:	SPD-Kreisverband Breisgau-Hochschwarzwald, SPD-Ortsverein Bad Krozingen-Harthelm
Status:	erledigt durch L01
Empfehlung Antragskommission:	Erledigt durch L01
Sachgebiet:	O - Organisationspolitik

- 1 Die SPD benötigt ein neues Grundsatzprogramm. Das inzwischen 18 Jahre alte "Hamburger
- 2 Programm" ist zwar nicht veraltet, in vielen Teilen noch aktuell und in den
- 3 Kernaussagen nach wie vor gültig.
- 4 Jedoch fehlen viele wichtige Themenkomplexe wie z.B. zur Digitalisierung, Sicherheit
- 5 in Europa und Rüstungspolitik (Thema Zeitenwende), Fluchtursachen und Integration von
- 6 Geflüchteten in Europa und Deutschland. Weiterhin lassen sich in vielen anderen
- 7 Bereichen inzwischen Ergänzungen und Präzisierungen aufnehmen oder sind
- 8 Überarbeitungen aufgrund der Entwicklungen der letzten Jahre angebracht.
- 9 Der Bundesvorstand der SPD wird deshalb aufgefordert, den Prozess zur Erarbeitung
- 10 eines neuen Grundsatzprogramms umgehend zu starten und in die Wege zu leiten.
- 11 Für die wesentlichen Themen der Zeit (Migration, Rente, Bildung, Gesundheit, Wohnen,
- 12 Vermögensverteilung, Bürokratie, föderales System, faire Besteuerung, äußere und
- 13 innere Sicherheit) gibt die SPD derzeit keine ausreichenden Antworten. Das
- 14 Zukunftsversprechen und die Aufstiegschancen werden nicht mehr als solche
- 15 wahrgenommen. Der SPD wird nicht mehr zugetraut, wirksame Lösungen für die vielen
- 16 offenen, strukturellen Probleme des Landes zu haben.
- 17 Auf Grund der permanent neuen Koalitionszwänge gibt es kein klares eigenständiges
- 18 Profil der SPD in der Wahrnehmung weiter Teile der Bevölkerung.
- 19 In der besonderen Situation, dass die SPD sich eine dringend notwendige Erneuerung
- 20 verordnet hat, gleichzeitig jedoch voraussichtlich erneut in Verantwortung für unser
- 21 Land Regierungsverantwortung übernimmt, ist die Erarbeitung eines neuen
- 22 Grundsatzprogramms eine gute Möglichkeit, Profil zu zeigen.
- 23 Die Erarbeitung des neuen Grundsatzprogramms muss unabhängig von einem aktuellen
- 24 Koalitionsvertrag und in die Zukunft gerichtet gesehen werden, eine Möglichkeit der
- 25 Mitarbeit an der Erstellung des neuen Programms soll allen Gliederungen und
- 26 Mitgliedern der SPD nach Möglichkeit offen stehen.

Antrag O04: Neues Grundsatzprogramm SPD

Antragsteller*in:	SPD-Ortsverein Herrenberg
Status:	erledigt durch L01
Empfehlung Antragskommission:	Erledigt durch L01
Sachgebiet:	O - Organisationspolitik

- 1 Die SPD entwickelt ein neues Grundsatzprogramm.
- 2 Dabei sind folgende Themen besonders zu berücksichtigen:
 - 3 1. Sozial gerechte ökologische Transformation und Transformation der Arbeitswelt
 - 4 2. Gerechte und angemessenere Beteiligung aller (insbesondere der Vermögenden) an
 - 5 der Bewältigung der öffentlichen Aufgaben
 - 6 3. Die SPD muss sich wieder stärker um die Kommunen kümmern
 - 7 4. Der kapital- und digitalgetriebene Wandel der Medienlandschaft gefährdet die
 - 8 Demokratie. Diese Entwicklung braucht Transparenz und Regulierung.
 - 9 5. Die SPD muss sich für ein starkes und demokratisches Europa engagieren.

Antrag O05: Konsequenzen aus dem Debakel – Umgehender Start des Prozesses zur Erarbeitung eines neuen Grundsatzprogramms

Antragsteller*in:	030 SPD-Kreis Pankow
Status:	erledigt durch L01
Empfehlung Antragskommission:	Erledigt durch L01
Sachgebiet:	O - Organisationspolitik

- 1 Der SPD-Parteivorstand startet umgehend den Prozess zur Erarbeitung eines neuen
- 2 Grundsatzprogramms. Dieser soll bis Mitte 2027 abgeschlossen sein und der Beschluss
- 3 ist auf dem regulären Bundesparteitag 2027 anzustreben.

Antrag O06: Bundestagswahl 2025 - endlich Konsequenzen ziehen!

Antragsteller*in:	SPD-Unterbezirk Bad Tölz-Wolfratshausen
Status:	erledigt durch L01
Empfehlung Antragskommission:	Erledigt durch L01
Sachgebiet:	O - Organisationspolitik

1 Die SPD hat seit zwanzig Jahren eine Serie von Wahlniederlagen hinter sich.
2 Mittlerweile hat sie auch ihre führende Position als mitgliederstärkste Partei in
3 Deutschland verloren.
4 Sooft diese dramatischen Entwicklungen über viele Jahre analysiert und diskutiert
5 wurden, sooft blieben sie politisch, strategisch und organisatorisch folgenlos. Dies
6 ist vor allem dem Umstand geschuldet, dass die Ergebnisse all der Analysen,
7 Kommissionen, Arbeitskreise zwar teilweise vorgelegt, aber nicht weiter in der Partei
8 ausgewertet, geschweige denn Konsequenzen gezogen wurden. Anträge mit konkreten
9 Forderungen zur strategischen Neuorientierung der Partei wurden regelmäßig an
10 Kommissionen und Gremien überwiesen, in denen sie nie wieder aufgetaucht sind. Damit
11 muss endlich Schluss sein. Der Bundesparteitag fordert daher den Parteivorstand auf,
12 auf Grundlage dieses Antrags dem nächsten Bundesparteitag geeignete Vorschläge zur
13 programmatischen und organisatorischen Erneuerung zu unterbreiten. Diese sind dann in
14 geeigneter Weise der gesamten Mitgliedschaft zur Beratung und dem folgenden Parteitag
15 zur Beschlussfassung vorzulegen. Dabei gehen wir von folgenden Feststellungen aus:

16

17 1) Der Weg ins Tal war weit

18 Wahlen werden in der Regel nicht gewonnen, sondern verloren. Das galt 2021 für die
19 Union und gilt 2025 für die SPD. Die Zuwächse für die AfD und die Unionsparteien und
20 die damit verbundene massive Rechtsverschiebung des gesamten politischen Spektrums
21 sind nicht auf deren Stärken und Leistungen, sondern auf das politisch-inhaltliche
22 wie kommunikative Desaster vor allem der SPD (und der Grünen) zurückzuführen. Wie
23 schon bei vorausgegangenen Wahlen betreffen die politischen Defizite vor allem die
24 wahlentscheidenden Themen der Wirtschafts- und Sozialpolitik sowie die Defizite in
25 der staatlichen Handlungsfähigkeit (Bahn, Infrastruktur, Daseinsvorsorge
26 Sicherheitsgefühl, Verwaltung...). Diese Entwicklung dauert seit nunmehr über zwanzig
27 Jahren an. Wachsende Teile der Arbeitnehmerschaft und der jüngeren Generationen haben
28 sich von der SPD entfremdet und zunächst immer weniger an Wahlen teilgenommen.

29

30 Im Laufe der Jahre haben Enttäuschung und Verbitterung zugenommen, so dass aus der
31 Wahlenthaltung der Jahre nach 2005 im Laufe der Zeit zunehmend die Wahl der AfD
32 wurde. Wesentliche Teile der Parteiführung klammerten unterdessen weiter an die
33 Illusion, dass am Ende ihr „Klientel“ keine Alternative zur SPD habe und man sich vor
34 allem um die bürgerliche „Mitte“ kümmern müsse. Das Ergebnis dieser Politik waren und
35 sind die eigene programmatische Unkenntlichkeit und der Verlust an Attraktivität in

alle Richtungen. Eine um sich selbst kreisende Rekrutierungs- und Personalpolitik sowie die Abschottung gegenüber weiten Teilen der Zivilgesellschaft, insbesondere den Gewerkschaften und Sozialverbänden, sicherte diesen Kurs mehrheitlich ab. Schließlich haben davon ohne großes eigenes Zutun die Rechtsextremen in Gestalt der AfD immer stärker profitiert.

2) Die Verluste der SPD haben Namen und Hausadressen

Dementsprechend gab es für die SPD 2025 erneut die höchsten Verluste bei Menschen, die ihre wirtschaftliche Lage als eher schlecht beurteilen, vor allem bei Arbeiterinnen und Arbeitern sowie bei Menschen mit einfacher und mittlerer formaler Bildung. Das spiegelt sich in der regionalen Verteilung der Stimmen wider: die SPD verliert am meisten in den Regionen mit den niedrigsten Einkommen, in der Peripherie und mit den höheren Anteilen an Industriearbeit. Das gilt nicht nur im Osten, sondern in der ganzen Republik. Spiegelbildlich gewinnt dort die AfD am stärksten. Sie gewinnt bei den Arbeitslosen mit 34% und den Arbeitern mit 38% die höchsten Stimmenanteile, was einer Verdoppelung entspricht. Das zeigt auch einmal mehr, dass das Thema nicht die Migration ist (weil in den boomenden Metropolen mit den höchsten Anteilen an Zugewanderten die AfD weit unter dem Durchschnitt liegt) und auch nicht das Bürgergeld, sondern das Lebensgefühl, die Einkommens- und Lebenslage. Uns fehlte in der Gesamtheit auch das Wissen und das Gefühl für die Ängste, die die dynamischen Veränderungen in der Lebens- und Arbeitswelt bei all denen auslösen, die nicht durch Besitz, besondere Qualifikation und Einkommen abgesichert sind. Sinngemäß gilt das auch für die eher städtischen Regionen, in denen sich relative Armut und Migration gerade wegen der prekären Lebensverhältnisse (wie zum Beispiel im Ruhrgebiet) begegnen.

Die SPD hat sich also mit dem Einsteigen auf die mediengetriebene Hysterisierung von Migration und der Verdrängung der Arbeits- und Gerechtigkeitsfragen selbst ein Bein gestellt. Mit einer einschläfernden Rhetorik und dem Verkauf von (sicher notwendigen) Kompromissen als Zweck und Inhalt der eigenen Politik erreicht man die verunsicherten Teile der Bevölkerung nicht. Dabei darf natürlich nicht vergessen werden, dass die Liberalen und Konservativen jeden noch so zarten Versuch, die Lebensverhältnisse der schlechter gestellten und durch zu hohe Abgaben, Mieten und Preise belasteten Bevölkerungsteile zu verbessern, systematisch blockierten. So entsteht ein Kreislauf aus Ängsten und gesellschaftlicher Spaltung, der Verhinderung der sozialdemokratischen Politik und der Stärkung von Rassismus und Rechtsextremismus.

Das Desaster der SPD kann daher keineswegs mit Entwicklungen seit dem Koalitionsbruch, Fehlern im (handwerklich insgesamt gut gemachten) Wahlkampf, Migration oder den Attentaten erklärt werden. Entgegen der medialen Stimmungsmache von Merz, Söder und AfD haben sich die Umfrage-Werte für die Parteien (mit Ausnahme der Linken) selbst nach den Verbrechen in Solingen, Magdeburg und Aschaffenburg kaum noch verändert.

78

79 **3) Die Ampel hat ihren Beitrag geleistet**

80 Seit Beginn der Ampelregierung befand sich die SPD dauerhaft inhaltlich in der
81 Defensive und im zunächst Absinken und dann im Tiefflug der Umfragen. Wir eilten bei
82 den Landtagswahlen und der Europawahl von Niederlage zu Niederlage, ohne daraus
83 spürbare Konsequenzen zu ziehen. Der Kinderglaube an die große Aufholjagd konnte vor
84 dem Hintergrund des anhaltenden, nicht nur selbstverschuldeten Vertrauensverlustes
85 nicht in Erfüllung gehen. Die Schwächen und Fehlleistungen der Opposition
86 („schlechteste Opposition aller Zeiten“) und der Koalitionspartner brachten diesmal
87 keinen Aufwind für die SPDmehr. In der Endphase des Wahlkampfes mehrten sich die
88 Anzeichen dafür, dass sich die SPD auf die Rolle des Juniorpartners der
89 Unionsparteien vorbereiten würde.

90 Zusammen mit dem Mitte-Wahlkampf, der Bürgergeldkürzungs-, Abschiebe- und
91 Aufrüstungsrhetorik bewirkte das eine weitere Abkehr insbesondere jüngerer
92 Wähler*innen. Dies kam vor allem der Linkspartei zugute. Vielen Menschen ist es
93 darüber hinaus nicht vermittelbar, dass der Bundeskanzler auch gegen den Willen der
94 Mehrheit der Partei bis zuletzt die Schuldenbremse verteidigt hat, um zum Schluss
95 deren Aufhebung nur für Aufrüstung und Ukrainekrieg zu befürworten. Das hat leider
96 zum Ende die bisherige Linie der Besonnenheit in der Außenpolitik komplett
97 unglaublich gemacht. Analysen haben gezeigt, dass das Thema „Frieden und
98 Sicherheit“ zusammen mit Wirtschaft ein entscheidendes Kriterium bei der Wahl war.

99

100 Das Bild der Ampel war von Anfang an nicht von der stärksten Fraktion im Bundestag
101 und der Kanzlerpartei SPD geprägt, sondern von den permanenten Querschüssen vor allem
102 aus den Reihen der FDP. Anstatt auf Umsetzung des Koalitionsvertrages zu bestehen,
103 haben der Bundeskanzler („wer Führung bestellt...“) und die Partei- und
104 Fraktionsführung es zugelassen, dass die beiden anderen Koalitions-„Partner“ ein Bild
105 der Zerrissenheit entstehen ließen, in dem sich vor allem der sozialdemokratische
106 Teil der Wählerschaft überhaupt nicht wiederfand. Die durchaus vorhandenen Erfolge,
107 die auch durch Mitgestaltung der Bundestagsfraktion erreicht werden konnten, wurden
108 daher permanent entwertet und überlagert.

109

110 Die sozialdemokratischen Teile des Koalitionsvertrages wurden durch die
111 Arbeitgeberverbände und mächtige Sonderinteressen torpediert, wie der Mindestlohn
112 (Erhöhung auf 12,41 Euro auf der Basis von 10,45 Euro statt von 12 Euro, und das
113 ohne Konsequenzen) und die sozial-ökologische Transformation, beispielsweise durch
114 die Automobilindustrie. Andere Projekte wurden durch die FDP so verzögert und
115 blockiert, dass sie nicht mehr vor Ende der Legislaturperiode behandelt werden
116 konnten, wie beispielsweise die Tarifbindung und das Rentenpaket 2, ganz zu schweigen
117 vom Klimageld. Ein dritter Teil fiel der Inkompetenz in den grünen Ministerien zum
118 Opfer, wie das „Heizungsgesetz“ und die Kindergrundsicherung. Zu nahezu keiner Zeit
119 wurde - jedenfalls für Außenstehende - erkennbar, dass die SPD-geführten Ressorts,

die Bundestagsfraktion oder die Parteiführung für die von der SPD durchgesetzten Teile des Koalitionsvertrages mit Nachdruck gekämpft hätten. Verdienstvolle Initiativen einzelner Abgeordneter wurden weder von der Partei-, noch von der Fraktionsführung erkennbar unterstützt.

Die Parteiführung sorgte auf dem Bundesparteitag 2023 selbst dafür, dass von positiven inhaltlichen Impulsen in der Folge nichts in die öffentliche Wahrnehmung drang (beispielsweise Steuerpolitik, Abkehr von der Schuldenbremse, Transformation). Andere Vorstöße wie zur Bürger- und Erwerbstätigenversicherung, Rente und Demokratisierung der Partei wurden kleingearbeitet oder abgeblockt. Insbesondere der (überlebenswichtige) Markenkern der SPD in der Wirtschafts-, Arbeits- und Sozialpolitik („soziale Politik für dich“ - „mehr für dich“) tauchte erst im Wahlkampf wieder auf, während es in den drei Regierungsjahren zuvor mehr oder weniger ausschließlich eine Angelegenheit des zuständigen Ministeriums zu sein schien. Im Gesamtbild wirkten Kanzler und SPD zumeist nicht als führend und handlungsfähig, sondern als Getriebene eines konservativ-liberalen medialen Mainstreams, gleich ob es um Panzer, Bürgergeld oder Zuwanderung ging.

4) Anstelle die Meinungsführerschaft auszuüben werden wir getrieben

Die Tendenz des Getrieben-Werdens steigerte sich bis in die letzten Wochen vor der Wahl: eine Sozialdemokratie, die vor den rassistischen und spalterischen Kampagnen in Sachen Gewalttaten (massenhafte Abschiebungen...) und Bürgergeld (härteste Sanktionen, Nullrunde, Kürzungen in der Arbeitsmarktpolitik) zurückweicht, anstatt mit ihrer Industrie-, Arbeitsförderungs- und Sozialpolitik (Integration, Qualifizierung, Tarifbindung, Mitbestimmung, Investitionen...) in die Offensive zu gehen, frustriert ihre potentiellen Wähler*innen und treibt den einen Teil zu Union/AfD und den anderen zur Linkspartei.

Die Sozialdemokratie in Deutschland hat es nicht geschafft, ihre richtigen Ansätze im Regierungsprogramm zu einer stimmigen Erzählung zu verdichten. Sie hielt viel zu lange an der Schuldenbremse und anderen Relikten der Agenda-2010-Politik fest, ließ jeden Gestaltungswillen der Politik gegenüber wirtschaftlicher Macht und zunehmender Ungerechtigkeit vermissen. Sie ließ sich in die Defensive drängen, obwohl Regierungsprogramm und Koalitionsvertrag wichtige Ansätze für mehr Gerechtigkeit und Demokratie enthielten.

Die „Zeitenwende“ wurde nicht zu einem welt- und europapolitischen Konzept weiterentwickelt, das über neu belebtes Freund-Feind-Denken gegen Russland und China hinausgeht. In Zeiten globaler Veränderungen auf den Weltmärkten, von Machtverschiebungen und sich verschärfenden Großmachtstrategien brauchen wir andere Ideen als militärische Aufrüstung, wenn es um die Rolle Deutschlands und Europas in

161 der Zukunft geht.

162

163 All das schlägt sich in miserablen Kompetenzzuweisungen in zentralen Politikfeldern
164 nieder. So ist zwar die Erwartung an die SPD beispielsweise im Bereich „soziale
165 Gerechtigkeit“ immer noch überdurchschnittlich, jedoch hat sich auch auf diesem Feld
166 die Kompetenzzuweisung (wie in den Bereichen Außenpolitik, Steuer- und Finanzpolitik,
167 Wirtschaft und Altersversorgung) massiv verschlechtert.

168

169 Der Mangel an Perspektiven, die über das Tagesgeschäft hinausreichen, bringt uns
170 zwangsläufig gegenüber den konservativen und reaktionären Kräften in die Defensive.
171 Zu den notwendigen neuen Sichtweisen gehört eine Analyse über den weltweiten
172 Vormarsch rechter, rechtsextremer und nationalistischer Kräfte, die aus den sozialen
173 Verwerfungen, den Umbrüchen in der Arbeitswelten mit Digitalisierung und
174 Transformation resultieren.

175

176 Unabhängig davon, ob und wie die SPD in einer Regierung landet, wird sie bei Strafe
177 des Untergangs den Zustand der Selbstlähmung überwinden und schlüssige
178 programmatische Neuanfänge entwickeln müssen. Diese müssen auch in die Tagespolitik
179 und in eine breite, angstfreie parteiinterne und öffentliche Debatte einfließen.

180

181 **5) Unseren Markenkern herausarbeiten: Arbeit, Gerechtigkeit, Demokratie, Solidarität**

182 Wenn wir die Zeichen der Zeit richtig verstehen wollen, müssen wir

- 183 • mit verständlichen, medientauglichen Botschaften auch die Gefühlslagen und das
184 Alltagsbewusstsein der Menschen erreichen;
- 185 • die Arbeitswelt und ihre Veränderungen wieder verstärkt in den Blick nehmen und
186 diesbezügliche Strategien entwickeln;
- 187 • offensiv die Verteilungsfrage stellen, damit das Treten nach unten aufhört und
188 die Binnenwirtschaft gestärkt wird;
- 189 • die Handlungsfähigkeit des Staates vor allem in wirtschaftlichen und sozialen
190 Fragen wiederherstellen, von der Daseinsvorsorge, Verwaltung über Infrastruktur
191 bis zur inneren Sicherheit;
- 192 • die Machtfrage gegenüber den Reichen und Mächtigen stellen: Primat der Politik,
193 Demokratisierung aller Lebensbereiche, Brechen der Informations- und
194 Meinungsoligarchie, die auf wirtschaftlicher Macht beruht;
- 195 • neben der erwerbsbezogenen Qualifizierung unsere politische und
196 gewerkschaftliche Bildungsarbeit wiederbeleben;
- 197 • eine realistische Strategie in der internationalen Politik einschließlich der
198 Wirtschafts- und Handelspolitik entwickeln.

199

200 Ausgangspunkt ist die Erkenntnis, dass **Gerechtigkeit** ein zentraler Dreh- und
201 Angelpunkt im Denken und Fühlen der Menschen ist. So müssen wir die Realität und das
202 Gefühl aufgreifen, dass die Menschen mit den niedrigen und mittleren Einkommen nicht
203 nur mit ihrer Arbeit, sondern auch mit ihren steigenden Beiträgen, Steuern und
204 Abgaben die Hauptlasten in Staat und Gesellschaft tragen. Daher haben sie die
205 berechnete Angst, nunmehr auch noch die Hauptlast der Klimapolitik, der Aufrüstung
206 und der Transformation aufgebürdet zu bekommen.

207

208 Wenn sie den Glauben daran verlieren, dass der Staat für eine gerechtere Verteilung
209 dieser Lasten sorgt, liegt die Versuchung nahe, alle staatlichen Ausgaben, sei es für
210 Sozialleistungen wie das Bürgergeld, sei es für Entwicklungszusammenarbeit (Radwege
211 in Peru), sei es für „die Ausländer“, sei es letzten Endes die gesamte staatliche
212 Verwaltung, infrage zu stellen. Die SPD hat bisher keine ausreichend deutliche
213 Bereitschaft gezeigt, offensiver die kleinen und mittleren Einkommen sowie den Faktor
214 Arbeit zu entlasten. Dazu müsste sie viel entschlossener an große Vermögen und die
215 Steuervermeidungsstrategien der Reichen herangehen.

216 Zarte Forderungen in dieser Richtung im Wahlprogramm haben im Wahlkampf keine Rolle
217 gespielt. Seit 1998 haben die Wählerinnen und Wähler eine Sozialdemokratie erlebt,
218 die zwar manchmal den Mund gespitzt, aber nie gepfiffen hat. Das Ergebnis war: die
219 soziale Spaltung wurde vertieft, die sogenannte Mitte ausgedünnt und die Reichen
220 wurden immer reicher.

221

222 Über die Verteilungsfragen im engeren Sinne hinaus geht es um die **Zukunft der Arbeit**.
223 Es geht um Wiedererlangung von Souveränität und **Solidarität** in Zeiten der
224 Zersplitterung und Individualisierung, um demokratische Gestaltung der
225 Transformation, um rechtliche und materielle Absicherung bei der Umstrukturierung von
226 Betrieben und Arbeitsplätzen, um Qualifizierung, um Mitbestimmung und
227 gewerkschaftliche Organisationsmacht.

228

229 Die Erfahrungen mit Globalisierung und Transformation führen bei den eher negativ
230 davon Betroffenen oder Geängstigten auch zu einem massiven Vertrauensverlust für die
231 **Demokratie**. Wahlen scheinen kein Weg zu Veränderungen mehr zu sein. Wir brauchen
232 deshalb auch einen Plan zur Mobilisierung der Demokratie in allen Lebensbereichen,
233 vor allem in der Arbeitswelt und im Bildungswesen, aber auch innerhalb der Partei.
234 Gewählte Jugend- und Regionalparlamente, überbetriebliche Transformationsräte,
235 betriebliche und überbetriebliche Mitbestimmung, Schüler*innen- und
236 Studierendenvertretungen mit echten Entscheidungskompetenzen können den
237 Ohnmachtsgefühlen wesentlich stärker entgegenwirken als mediengetriebene und
238 polarisierende Kampagnen zu Volksentscheiden mit Ja-Nein-Fragen.

239

240 „Die SPD lebt Demokratie“ - so lautete früher ein Argument für die Mitgliederwerbung.

241 Dieser Anspruch von einst muss durch eine Durchforstung und Enthierarchisierung der
242 **Parteistrukturen** von oben her neu mit Leben gefüllt werden. Solidarität ist keine
243 Einbahnstraße. Solidarität muss gemeinsam erarbeitet und gelebt, nicht von oben
244 verordnet werden. Innerparteiliche Solidarität heisst nicht Gefolgschaft für eine
245 Regierungskoalition und eine Parteiführung. Solidarität heißt Leben im Spannungsbogen
246 zwischen den Kompromissen des politischen Alltags einerseits und den Perspektiven
247 einer Partei, die im offenen Dialog tiefgreifende Veränderungen in Gesellschaft und
248 Staat anstrebt, andererseits.

249 In diesem Zusammenhang verweisen wir insbesondere auf die Vorschläge der
250 Arbeitsgemeinschaft für Arbeit (AfA) zum (Wieder-)Aufbau einer zweiten Säule der
251 Parteiarbeit, die auf die Arbeitswelt bezogen ist sowie zur Stärkung der Repräsentanz
252 der Arbeitnehmerschaft in der Partei und ihren Gremien. Diese lagen den vergangenen
253 Bundesparteitagen zur Beratung vor. Sie wurden wiederholt in Kommissionen und an den
254 Parteivorstand überwiesen, ohne jedoch dort jemals behandelt worden zu sein. Es wird
255 allerhöchste Zeit, dass sie einer breiten Diskussion zugeführt werden.

Antrag O07: Appell an die deutsche Sozialdemokratie

Antragsteller*in:	SPD-Ortsverein Dresden-Pieschen
Status:	erledigt durch L01
Empfehlung Antragskommission:	Erledigt durch L01
Sachgebiet:	O - Organisationspolitik

- 1 Der Parteivorstand wird aufgefordert über Arbeitsgruppen oder andere geeignete
2 Formate unter weitgehender Einbeziehung der Parteibasis folgende Themen zu
3 bearbeiten:
- 4 1. Wir müssen uns verstärkt auf unsere grundlegenden Werte Freiheit, Gerechtigkeit
5 und Solidarität stützen. Es braucht eine klare Umsetzung unserer Strategien
6 anhand unseres Grundsatzprogramms. Dazu soll ein Konzept entwickelt werden mit
7 den grundsätzlichen Frage: Wofür stehen wir? Wen wollen wir mit unseren Themen
8 ansprechen? Wie können wir diese vermitteln? Etc.
- 9 2. Wir brauchen ein neues Fehlermanagement, indem wir Fehler innerhalb aber auch
10 außerhalb aufarbeiten und in Zukunft danach handeln. Dazu brauchen wir neue
11 Richtlinien und Konzepte, die ein Fehlermanagement ermöglichen. Dazu müssen
12 sowohl inhaltliche als auch personelle Fragen in dem Konzept berücksichtigt
13 werden.
- 14 3. Wir dürfen nicht am status quo festhalten, sondern brauchen neue Ideen, die den
15 Sozialdemokratischen Geist widerspiegeln. Dazu sollen inhaltliche Themen
16 aufgearbeitet werden, sodass wir am Ende wieder als soziale Partei verstanden
17 werden können. Dazu sollen in die Ausarbeitung auch erprobte Ideen anderer
18 Staaten in Betracht gezogen werden und teurer typisch sozialdemokratische Ideen
19 bedacht und ausgearbeitet werden.
- 20 4. Wir brauchen verstärkte innerparteilich-demokratische Prozesse. Es sollen
21 Konzepte entwickelt werden, wie die Basis verstärkt in wichtige Entscheidungen
22 eingebunden werden kann und ob es dazu eine Änderung des Organisationsstatuts
23 braucht, um bspw. Urwahlen und Mitgliederbefragungen zum Regelfall zu gestalten.
- 24 5. Es sollen neue Konzepte neben der inhaltlichen Aufarbeitung auch für die
25 Außenwirkung der Partei entwickelt werden. Dazu sollen Unterstützungsangebote
26 für die Gesellschaft, Einbindung in die Gesellschaft durch die Zusammenarbeit
27 mit Gewerkschaften und Vereinen sowie Konzepte entwickelt werden, bei welchem
28 die Partei mit Externen auch außerhalb des Wahlkampfes in die Auseinandersetzung
29 kommen kann. Für die Außenwirkung sollen auch Konzepte für eine erfolgreiche
30 Digitalstrategie auf Social-Media entwickelt werden, sodass unsere Anliegen
31 niedrigschwellig für viele Menschen erreichbar sind. Rechte Ideologien sollen
32 durch die neuen Konzepte mittels eigener Ideen und Vorschlägen vertrieben
33 werden.
- 34 6. Insgesamt braucht es einen breiten Erneuerungsdiskurs zur Veränderung der
35 Partei.

- 36 Die Ergebnisse werden nach 12 Monaten auf einem a.o. Parteitag vorgestellt und
37 diskutiert.

Antrag O08: Rekonstitution der SPD

Antragsteller*in:	SPD-Ortsverein Hennigsdorf
Status:	abgelehnt
Empfehlung Antragskommission:	Ablehnung
Sachgebiet:	O - Organisationspolitik

- 1 Es ist eine grundsätzliche Rekonstitution der Partei, insbesondere des
- 2 Führungspersonals durchzuführen, bei der die Grundwerte der Partei, gemessen an der
- 3 aktuellen (Personal-) Politik evaluiert werden.
- 4 Außerdem muss unverzüglich damit begonnen werden, qualifizierte
- 5 Nachwuchsführungskräfte auszubilden, welche die nötigen Lebensrealitäts-Erfahrungen
- 6 innehaben.

Antrag O09: Erneuern heißt begegnen – Unsere SPD in Resonanz mit der Gesellschaft

Antragsteller*in:	SPD-Unterbezirksvorstand Uelzen-Lüchow-Dannenberg
Status:	erledigt durch L01
Empfehlung Antragskommission:	Erledigt durch L01
Sachgebiet:	O - Organisationspolitik

- 1 Ein beitragender Antrag zur Weiterentwicklung des Erneuerungsprozesses nach der
2 Bundestagswahl 2025
- 3 Die SPD hat die Bundestagswahl 2025 verloren. Viele sprechen nun von Analyse,
4 Neuausrichtung, Strategie. All das ist wichtig – und es reicht noch nicht.
- 5 Denn was auf dem Spiel steht, ist nicht nur die Zukunft der Partei, sondern das
6 Vertrauen in Politik als kollektive Gestaltungskraft. Dieses Vertrauen wächst nicht
7 durch weitere Papiere und Posts. Es entsteht dort, wo wir politisch wirken – in der
8 Begegnung, im Mitdenken, im Mitfühlen.
- 9 Der vom Parteivorstand beschlossene Erneuerungsprozess ist ein notwendiger Schritt.
10 Doch er bleibt bislang zu stark im kontrollierten Modus klassischer Parteiarbeit.
11 Was fehlt, ist eine politische Praxis, die nicht nur fragt, was Menschen denken –
12 sondern miterlebt, wie sie leben.
- 13 Eine echte Erneuerung beginnt nicht mit einer Umfrage, sondern mit einem Besuch.
14 Nicht mit einem Leitantrag, sondern mit einem offenen Ohr in der Mittagspause einer
15 Pflegekraft, am Tisch einer Dorfgemeinschaft, in der Halle eines mittelständischen
16 Betriebs.
- 17 Sie beginnt dort, wo gemeinsam Resonanz erlebt wird, wo Widerspruch ausgehalten,
18 Vertrauen gewagt und Zugehörigkeit neu verhandelt wird.
- 19 Wir schlagen vor, den Erneuerungsprozess als das zu gestalten, was er sein muss: ein
20 Raum gelebter Politik.
- 21 Ein solcher Prozess...
- 22 • ...organisiert keine Beteiligung, sondern ermöglicht politische Erfahrung –
23 gemeinsam, ungeschützt, ohne vorgefertigtes Ergebnis.
 - 24 • ...findet nicht in Parteibüros statt, sondern dort, wo Verantwortung längst
25 übernommen wird – wie zum Beispiel in Betrieben, Kitas, Tafeln, Feuerwehren,
26 Pflegeeinrichtungen, Schulen, Kulturzentren und Sportvereinen.
 - 27 • ...läuft nicht auf ein weiteres Papier hinaus, sondern prägt die neue SPD bereits
28 in der Form, wie sie sich zeigt: zugewandt, lernbereit, klar – nicht auf der
29 Bühne, sondern in Beziehung.
 - 30 • Kopräsenz mit der Gesellschaft zur Grundhaltung macht: Politische
31 Vertreter:innen der SPD treten nicht nur mit Menschen in Dialog, sondern
32 begegnen ihnen in ihren eigenen Erfahrungsräumen – in Elternabenden,
33 Vereinsräten, Betriebsversammlungen, Nachbarschaften. Es geht nicht um

zusätzliches Zuhören, sondern darum, den Alltag der anderen mitzuerleben – nicht als Beobachter:in, sondern als Mitmensch, als Mitgestaltende:r, als politische Präsenz. Wer wirklich verstehen will, was Gerechtigkeit, Vertrauen oder Überforderung heute bedeuten, muss sich einlassen – auf Nähe, auf Zeit, auf gemeinsame Wirklichkeit.

- gesellschaftliche Bündnisse nicht gesucht, sondern gelebt werden: Die SPD macht in ihrem Erneuerungsprozess ernst mit dem Anspruch, nicht nur Partei zu sein, sondern Teil eines demokratischen Ökosystems. Sie öffnet ihre Prozesse zu Verbänden, Bewegungen und Vorfeldorganisationen – und arbeitet mit ihnen an gemeinsamen Fragen: Was hält Gesellschaft zusammen? Wo bricht Verantwortung weg? Wer trägt eigentlich schon längst? Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbände, Stiftungen, Initiativen – sie alle sind nicht Anwendungsfeld der SPD-Erneuerung, sondern Mitgestaltende. Nicht eingeladen, sondern gebraucht.
- die Form des Prozesses als politische Aussage begreift: Die Art und Weise, wie wir zuhören, auftreten, verweilen, ist kein Mittel zum Zweck – sie ist bereits Ausdruck unserer neuen politischen Kultur. Gliederungen und Ortsvereine werden unterstützt, eigene, alltagsnahe Formate zu entwickeln und zu teilen – mit ihren Menschen, mit ihrer Sprache, mit ihrem Takt.
- einen gemeinsamen Erfahrungsraum enthält, der mitläuft – nicht begleitet: Die SPD schafft einen offenen Raum, in dem Erfahrungen geteilt und der Prozess selbst befragt werden kann – von Mitgliedern, Verbündeten, Kritiker:innen, Weggefährter:innen. Kein Expert:innenpanel, keine Rückmeldeschleife – sondern ein Ort, an dem gemeinsam gedeutet, irritiert, verdichtet und gefragt werden kann: Was zeigt sich unterwegs? Wo sind wir sprachlos? Was überrascht uns – und was bleibt leer? Dieser Erfahrungsraum ist kein Add-on, sondern ein integraler Teil des Erneuerungsprozesses. Er macht deutlich: Wir meinen es ernst – nicht nur mit dem, was wir beschließen, sondern mit dem, wie wir unterwegs sind... und mit wem.

Wir fordern deshalb, dass der Erneuerungsprozess der SPD so weiterentwickelt wird, dass er:

Wir wollen keine Strategie, die später greift. Wir wollen eine SPD, die jetzt schon spürbar anders wird. Nicht, weil sie sich neu erklärt, sondern weil sie anders da ist. Weil sie gesellschaftlichen Zusammenhalt nicht nur fordert, sondern lebt.

Wir erneuern uns nicht für die Menschen – wir erneuern uns mit ihnen. Und das heißt: jetzt.

Antrag O10: Konsequenzen aus der Bundestagswahl 2025 ziehen: SPD als Partei der Arbeit wieder aufbauen - Arbeitswelt als zweite Säule in der Parteiorganisation abbilden - AfA stärken

Antragsteller*in:	Arbeitsgemeinschaft für Arbeit (AfA)
Status:	abgelehnt
Empfehlung Antragskommission:	Ablehnung
Sachgebiet:	O - Organisationspolitik

1 Die SPD versteht sich als Volkspartei, die ihre Wurzeln in der Arbeiterinnen- und
2 Arbeiterbewegung hat. Sie beansprucht, sich im Kern an den Bedürfnissen derjenigen
3 Menschen zu orientieren, die ihren Lebensunterhalt durch Arbeit sichern. Als dadurch
4 wirtschaftlich zunächst schlechter gestellte Bevölkerungsmehrheit sind die abhängig
5 Beschäftigten in ihrem Streben nach guten Arbeitsbedingungen, einem funktionierenden
6 Sozialstaat und gerechter Verteilung des von ihnen geschaffenen Wohlstandes auf
7 solidarische gewerkschaftliche und politische Interessenvertretung angewiesen. Die
8 Zukunftsfragen unserer Gesellschaft und der Menschheit können nur auf der Grundlage
9 dieser Solidarität und sozialer Gerechtigkeit gelöst werden.

10 Erfolg, Mehrheitsfähigkeit und derzeit sogar das Überleben der Sozialdemokratie
11 hängen davon ab, ob sie das Vertrauen der Arbeitnehmerschaft zurückgewinnt. Das
12 Themenfeld Arbeit spielt dabei eine zentrale Rolle.

13 Wie im Anschluss an die folgenden Forderungen ausführlich dargelegt, erfüllt die SPD
14 den Anspruch, die Partei der Arbeit, der arbeitenden Menschen, der wahren
15 „Leistungsträger“ zu sein, seit längerem nicht mehr. Eine Analyse des
16 Bundestagswahlergebnisses 2025 und vorausgegangener Wahlen zeigt die tiefgehenden
17 Vertrauensverluste. Für diese gibt es gesellschaftliche, inhaltliche,
18 kommunikatorische und organisationspolitische Gründe.

19

20 Eine Partei der Arbeit braucht neben der Präsenz in den Wohnbereichen die Verankerung
21 in den Betrieben, Verwaltungen und Einrichtungen. In Zeiten des voranschreitenden
22 Auseinanderfallens von Wohnort und Arbeitsplatz und des Wandels in der Arbeitswelt
23 muss die Verankerung der Sozialdemokratie am Arbeitsplatz und in dessen Umgebung
24 (wieder) zur zweiten Säule der Parteiorganisation werden. Das zieht erhebliche
25 Anstrengungen im Zuge einer wirkungsvollen Parteireform nach sich, auch und gerade in
26 Zeiten knapperer finanzieller Mittel.

27

- 28 • Politik braucht Organisation. Organisation ist Mittel zum Zweck, also zur
29 Gewinnung von Mehrheiten sowie zur Umsetzung von Programmen und Inhalten.
30 Menschen brauchen Organisation, um ihre politischen und sozialen Interessen zur
31 Geltung zu bringen. Organisation in der Sozialdemokratie muss sicherstellen,
32 • dass Entscheidungsprozesse transparent und demokratisch von unten nach oben

33 stattfinden,

- 34 • dass alle Mitglieder gleichberechtigte Entscheidungsrechte und -möglichkeiten
- 35 haben,
- 36 • dass Wahlen und Abstimmungen ein Höchstmaß an Klarheit und Repräsentativität
- 37 schaffen,
- 38 • dass Meinungen zusammengeführt und gebündelt werden,
- 39 • dass Konsens und Verbindlichkeit entstehen, die zu solidarischem Handeln führen,
- 40 • dass die knapper werdenden finanziellen und personellen Ressourcen möglichst
- 41 effizient eingesetzt werden,
- 42 • und dass Rechenschaft und Kontrolle ermöglicht werden.
- 43 • unsere Angebote den spezifischen Nutzen, unser Alleinstellungsmerkmal als SPD
- 44 und AfA in Gestalt einer Schnittstelle Betrieb-Gewerkschaft-Partei-Politik
- 45 aufweisen; wir sollten nicht vorhandene Gremien, beispielsweise in
- 46 Gewerkschaften, nachbilden oder in Konkurrenz zu ihnen treten,
- 47 • die SPD selbst nicht intern konkurrierende Angebote macht, sondern
- 48 arbeitnehmerbezogene Politikformen nur unter dem Dach und mit der AfA
- 49 veranstaltet und dabei die Erfahrungen und Kompetenzen der AfA nutzt,
- 50 • unsere Parteiorganisation haupt- wie ehrenamtlich ab der Ebene des Unterbezirks
- 51 die Bildung von arbeitnehmerInnenbezogenen Strukturen unterstützt und mindestens
- 52 ab der Ebene des (Regional-)Bezirks mit hauptamtlicher Zuarbeit und angemessenem
- 53 Budget ausstattet,
- 54 • Spezifizierte Verteiler (betriebliche und gewerkschaftliche
- 55 FunktionsträgerInnen, Parteimitglieder in den jeweiligen Betrieben und
- 56 Verwaltungen, Interessierte aus dem gesamten Bereich „ArbeitnehmerInnen“)
- 57 aufgebaut werden, auf die die auf der jeweiligen Ebene gewählten AfA-Vorstände
- 58 Zugriff haben und die gemeinsam aufgebaut und gepflegt werden,
- 59 • auch auf Bundesebene die einheitliche, von demokratisch gewählten AfA-Gremien
- 60 (Bundesvorstand, Bundesausschuss) verantwortete, finanziell und mit
- 61 hauptamtlichem Personal angemessen ausgestattete ArbeitnehmerInnen-Struktur neu
- 62 aufgebaut wird.
- 63 • die Medien der Partei, angefangen beim Vorwärts bis in die digitale
- 64 Kommunikation, das gesamte Spektrum der Partei abbilden. Dazu gehören auch
- 65 arbeitnehmerInnenbezogene Themen, AfA-Positionen und AfA-Personal mit
- 66 authentischer Sprache und verständlichen Darstellungsformen. Komplexe
- 67 Sachverhalte und notwendige Kompromisse sind nachvollziehbar zu erklären und zu
- 68 begründen anstatt undifferenziert abzufeiern.
- 69 • in jedes Vorstandsorgremium ab der Unterbezirks-/Kreisverbandsebene ein/e
- 70 VertreterIn der AfA wie der anderen großen Arbeitsgemeinschaften mit Stimmrecht
- 71 zu wählen sind,
- 72 • in allen Vorständen, die aus mehr als 20 Mitgliedern bestehen, mindestens ein

weiteres Mitglied mit gewerkschaftlichen und/oder betriebliche Funktionen in der Interessenvertretung auf Vorschlag der AfA zu wählen ist,

- dass jeder Delegiertenkonferenz der Partei mindestens 10%, maximal 20% Delegierte angehören, die auf einer AfA-Konferenz oder Mitgliederversammlung der jeweiligen Ebene gewählt wurden. Dort haben bestehende Betriebsgruppen besonderes Gewicht.

2) Sozialdemokratische Politik hat Werte und eine soziale Basis. Kern der Wähler- und Mitgliedschaft der SPD müssen wieder die abhängig Beschäftigten werden. Ziel und Aufgabe der Arbeitsgemeinschaft für Arbeit in der SPD (AfA) ist es dabei, sozialdemokratische Politik in die Betriebe, Verwaltungen und Einrichtungen zu vermitteln und gleichzeitig die Interessen aus der Arbeitswelt und der Gesellschaft in die Partei und die Parlamente zu tragen, mehrheitsfähig zu machen und durchzusetzen. Der Erfolg dessen hängt ganz entscheidend von einer möglichst großen Mitgliedschaft und funktionierenden demokratischen Strukturen ab.

In unserer Klassengesellschaft verfügen nicht alle Menschen über gleiche Zugangsmöglichkeiten zu politischer Gestaltung. Es bestehen erhebliche Unterschiede hinsichtlich Vermögen und Einkommen, verfügbarer Zeit, Bildung, Kommunikationsgewohnheiten und -möglichkeiten. Auf diese Unterschiede, die derzeit wieder zunehmen, müssen wir besonders achten. Wir als SozialdemokratInnen wollen Politik für die Vielen, für die Mehrheit, machen.

Wir sind uns der Tatsache bewusst, dass die Arbeitswelt und die Arbeitnehmerschaft stark ausdifferenziert, zunehmend prekariisiert und polarisiert sind. Mit Hilfe der sogenannten „Sozialen Medien“ werden die Tendenzen der Individualisierung und Entsolidarisierung im Interesse von verschiedenen politischen Kräften verstärkt und für deren Zwecke benutzt.

Unsere Partei braucht deshalb angemessene Arbeitsformen, die auf die Lebenswirklichkeit aller ArbeitnehmerInnen Bezug und Rücksicht nehmen und gleichzeitig den Egoismen und den sozialen und politischen Zersplitterungstendenzen entgegen wirken. Der Erhalt und die Weiterentwicklung von Solidarität erfordern solidarische Kommunikations- und Arbeitsformen.

Daher genügt es nicht, den Wohnortbezug unserer Statuten durch digitale Formate zu ergänzen. Die Arbeitswelt des 21. Jahrhunderts verlangt nach einer zweiten Säule politischer Repräsentanz in der SPD. Deshalb wollen wir moderne, flexible, der jeweiligen Arbeitssituation angepasste Strukturen von Betriebsgruppen, Branchengruppen, Betriebsvertrauensleuten und Personengruppen (Betriebs- und Personalräte, Schwerbehindertenvertretungen, Jugend- und Auszubildendenvertretungen, Mitglieder aus Aufsichts- und Verwaltungsräten, Mitarbeitervertretungen, hauptamtliche und ehrenamtliche GewerkschafterInnen, interessierte Einzelpersonen...) unter dem Dach der AfA schaffen und bündeln.

114 Entscheidend wird dabei sein, dass

115

116 3) Die Arbeiterbewegung gewann ihre Stärke als Selbstorganisation der arbeitenden
117 Menschen, die ihre Angelegenheiten selbst in die Hand nehmen. Die Glaubwürdigkeit der
118 SPD hängt davon ab, dass wir uns wieder besser in der Arbeitswelt und der
119 Arbeitnehmerschaft verankern. Glaubwürdigkeit und Vertrauen wachsen erst dann wieder,
120 wenn die ArbeitnehmerInnen den Eindruck gewinnen, dass ihre Meinungen und Interessen
121 in der SPD wahrgenommen und umgesetzt werden. Dies kann nur auf direktem Weg über
122 ihre originäre Vertretung in der Partei, die AfA, geschehen. Die ArbeitnehmerInnen
123 brauchen daher in allen Vorständen und Gremien der Partei, in allen für ihre Belange
124 relevanten Arbeitszusammenhängen von ihnen selbst gestelltes und von der Partei
125 gewähltes Personal aus ihren Reihen. Konkret bedeutet das, dass
126 Dabei ist selbstverständlich die Quotenregelung zu beachten. Sollten die jeweiligen
127 Personalvorschläge der AfA nicht die notwendigen Mehrheiten finden, bleiben die
128 betreffenden Positionen unbesetzt.

129

130 4) Für die Bundesebene erfordert dies Änderungen im Organisationsstatut, im Haushalt
131 der Partei und in der Organisation der Parteizentrale.

- 132 • Organisationsstatut: Dem Parteivorstand gehören je eine VertreterIn der auf
133 Bundesebene eingerichteten Arbeitsgemeinschaften mit beratender Stimme an.
- 134 • Organisationsstatut/Wahlordnung: Solange dem Parteivorstand fünf oder mehr
135 stellvertretende Vorsitzende angehören, kann eine/r von ihnen nur auf Vorschlag
136 der AfA gewählt werden. In Ausnahmefällen kann dies durch entsprechende Wahl
137 eines Präsidiumsmitgliedes geschehen
- 138 • Organisationsstatut/Wahlordnung: Mindestens ein weiteres stimmberechtigtes
139 Mitglied des Parteivorstandes kommt aus gewerkschaftlichen und/oder
140 betrieblichen Interessenvertretungen, das nur auf Vorschlag der AfA gewählt
141 werden kann.
- 142 • Dem Bundesparteitag gehören mindestens zwei stimmberechtigte Delegierte der AfA
143 an.
- 144 • Die politische Arbeit im Zuständigkeitsbereich der AfA ist finanziell im Rahmen
145 der Möglichkeiten der Gesamtpartei angemessen auszustatten. Darüber ist zwischen
146 SchatzmeisterIn und AfA jährlich zu verhandeln. Die Mittel für alle Aktivitäten
147 im ArbeitnehmerInnen-Bereich sind in einem Titel zu bündeln. Sie dürfen nicht
148 nur ein Minimum an Gremienarbeit garantieren, sondern müssen Raum für
149 ausreichende politische Arbeit - auch dezentral und regional - einschließlich
150 Öffentlichkeitsarbeit schaffen. Dazu gehört der auf Dauer angelegte Aufbau
151 politischer Bildungsarbeit speziell für politisch Aktive aus der
152 sozialdemokratischen Arbeitnehmerschaft. Dazu ist voraussichtlich der
153 Gesamteinsatz der Mittel derzeit unter dem Diktat der knappen Kassen nicht
154 unbedingt zu erhöhen, sondern lediglich effizienter zu gestalten. Insbesondere

darf die derzeit vorgesehene Einrichtung neuer Arbeitszusammenhänge (Themenforen, Mitgliederbeirat, Länderrat, Kommunalrat...) nicht zulasten der Arbeitsmöglichkeiten der Arbeitsgemeinschaften gehen.

- Es ist wieder ein AfA-Referat einzurichten, das im Willy-Brandt-Haus für die Umsetzung der gesamten Arbeit der AfA und der Arbeitnehmerpolitik zuständig ist. Hier sind auch die AfA-relevanten Daten, die Öffentlichkeitsarbeit einschließlich der digitalen Medien, sowie die Arbeit der bundesweiten Betriebs- und Personengruppen zu bündeln. Die Social Media Arbeit der AfA ist zu professionalisieren und ehrenamtliche Arbeit damit zu ermöglichen. Die Arbeit und die Besetzung des AfA-Referats finden in enger Abstimmung mit dem AfA Bundesvorstand statt.
- Die AfA ist bei der Besetzung aller relevanten Verhandlungsteams, Kommissionen, Arbeitskreise und Delegationen zu berücksichtigen. Dies gilt insbesondere für die Antragskommission zu Parteitag und Parteikonvent, Organisationspolitische Kommission, Lenkungsgruppen, Grundwertekommission, SPE-Delegation, Auswahlgremien wie für die Parteischule...

Auf Bezirks- und Landesebene gilt all dies sinngemäß. Auch dort ist hauptamtliche Zuarbeit und die Vertretung in den Gremien, in Kommissionen, Gewerkschaftsräten sicherzustellen. Dafür sind auf Landesebene jeweils entsprechende verbindliche Vereinbarungen und Regelungen zu schaffen.

Die Dringlichkeit der Umsetzung dieser Forderungen ergibt sich erneut bei einer genaueren Betrachtung des Ergebnisses der Bundestagswahl 2025:

Bundestagswahl 2025 - ein neuer Tiefpunkt auf einem langen Weg

1) Der lange Weg ins Tal

Wahlen werden in der Regel nicht gewonnen, sondern verloren. Das galt 2021 für die Union und gilt 2025 für die SPD. Die Zuwächse für die AfD und die Unionsparteien und die damit verbundene massive Rechtsverschiebung des gesamten politischen Spektrums sind nicht auf deren Stärken und Leistungen, sondern auf das politisch-inhaltliche wie kommunikative Desaster vor allem der SPD (und der Grünen) zurückzuführen. Wie schon bei vorausgegangenen Wahlen betreffen die politischen Defizite vor allem die wahlentscheidenden Themen der Wirtschafts- und Sozialpolitik sowie die Defizite in der staatlichen Handlungsfähigkeit (Bahn, Infrastruktur, Daseinsvorsorge Sicherheitsgefühl, Verwaltung...). Diese Entwicklung dauert seit nunmehr über zwanzig Jahren an. Wachsende Teile der Arbeitnehmerschaft und der jüngeren Generationen haben sich von der SPD entfremdet und zunächst immer weniger an Wahlen teilgenommen.

195

196 Im Laufe der Jahre haben Enttäuschung und Verbitterung zugenommen, so dass aus der
197 Wahlenthaltung der Jahre nach 2005 im Laufe der Zeit zunehmend die Wahl der AfD
198 wurde. Wesentliche Teile der Parteiführung klammerten unterdessen weiter an die
199 Illusion, dass am Ende ihr „Klientel“ keine Alternative zur SPD habe und man sich vor
200 allem um die bürgerliche „Mitte“ kümmern müsse. Das Ergebnis dieser Politik waren und
201 sind die eigene programmatische Unkenntlichkeit und der Verlust an Attraktivität in
202 alle Richtungen. Eine um sich selbst kreisende Rekrutierungs- und Personalpolitik
203 sowie die Abschottung gegenüber weiten Teilen der Zivilgesellschaft, insbesondere den
204 Gewerkschaften und Sozialverbänden, sicherte diesen Kurs mehrheitlich ab. Schließlich
205 haben davon ohne großes eigenes Zutun die Rechtsextremen in Gestalt der AfD immer
206 stärker profitiert.

207

208 2) Die Verluste der SPD haben Namen und Hausadressen

209 Dementsprechend gab es für die SPD 2025 erneut die höchsten Verluste bei den
210 Menschen, die ihre wirtschaftliche Lage als eher schlecht beurteilen, vor allem bei
211 Arbeiterinnen und Arbeitern sowie bei Menschen mit einfacher und mittlerer formaler
212 Bildung. Das spiegelt sich in der regionalen Verteilung der Stimmen wider: die SPD
213 verliert am meisten in den Regionen mit den niedrigsten Einkommen, in der Peripherie
214 und mit den höheren Anteilen an Industriearbeit. Das gilt nicht nur im Osten, sondern
215 in der ganzen Republik. Spiegelbildlich gewinnt dort die AfD am stärksten. Sie
216 gewinnt bei den Arbeitslosen mit 34% und den Arbeitern mit 38% die höchsten
217 Stimmenanteile, was einer Verdoppelung entspricht. Das zeigt auch einmal mehr, dass
218 das Thema nicht die Migration ist (weil in den boomenden Metropolen mit den höchsten
219 Anteilen an Zugewanderten die AfD weit unter dem Durchschnitt liegt) und auch nicht
220 das Bürgergeld, sondern das Lebensgefühl, die Einkommens- und Lebenslage. Uns fehlte
221 in der Gesamtheit auch das Wissen und das Gespür für die Ängste, die die dynamischen
222 Veränderungen in der Lebens- und Arbeitswelt bei all denen auslösen, die nicht durch
223 Besitz, besondere Qualifikation und Einkommen abgesichert sind. Sinngemäß gilt das
224 auch für die eher städtischen Regionen, in denen sich relative Armut und Migration
225 gerade wegen der prekären Lebensverhältnisse (wie zum Beispiel im Ruhrgebiet)
226 begegnen.

227 Die SPD hat sich also mit dem Einsteigen auf die mediengetriebene Hysterisierung von
228 Migration und der Verdrängung der Arbeits- und Gerechtigkeitsfragen selbst ein Bein
229 gestellt. Mit einer einschläfernden Rhetorik und dem Verkauf von (sicher notwendigen)
230 Kompromissen als Zweck und Inhalt der eigenen Politik erreicht man die verunsicherten
231 Teile der Bevölkerung nicht. Dabei darf natürlich nicht übersehen werden, dass die
232 Liberalen und Konservativen jeden noch so zarten Versuch, die Lebensverhältnisse der
233 schlechter gestellten und durch zu hohe Abgaben, Mieten und Preise belasteten
234 Bevölkerungsteile zu verbessern, systematisch blockierten. So entsteht ein Kreislauf
235 aus Ängsten und gesellschaftlicher Spaltung, der Verhinderung dem begegnender
236 sozialdemokratischer Politik und der Stärkung von Rassismus und Rechtsextremismus.

237

238 Das Desaster der SPD kann daher keineswegs mit Entwicklungen seit dem
239 Koalitionsbruch, Fehlern im (handwerklich insgesamt gut gemachten) Wahlkampf,
240 Migration oder den Attentaten erklärt werden. Entgegen der medialen Stimmungsmache
241 von Merz, Söder und AfD haben sich die Umfrage-Werte für die Parteien (mit Ausnahme
242 der Linken) selbst nach den Verbrechen in Solingen, Magdeburg und Aschaffenburg kaum
243 noch verändert.

244

245 3) Der Beitrag der Ampel

246

247 Seit Beginn der Ampelregierung befand sich die SPD dauerhaft inhaltlich in der
248 Defensive und im zunächst Absinken und dann im Tiefflug der Umfragen. Wir eilten bei
249 den Landtagswahlen und der Europawahl von Niederlage zu Niederlage, ohne daraus
250 spürbare Konsequenzen zu ziehen. Der Kinderglaube an die große Aufholjagd konnte vor
251 dem Hintergrund des anhaltenden, nicht nur selbstverschuldeten Vertrauensverlustes
252 nicht in Erfüllung gehen. Die Schwächen und Fehlleistungen der Opposition
253 („schlechteste Opposition aller Zeiten“) und der Koalitionspartner brachten diesmal
254 keinen Aufwind für die SPD mehr. In der Endphase des Wahlkampfes mehrten sich die
255 Anzeichen dafür, dass sich die SPD auf die Rolle des Juniorpartners der
256 Unionsparteien vorbereiten würde.

257 Zusammen mit dem Mitte-Wahlkampf, der Bürgergeldkürzungs-, Abschiebe- und
258 Aufrüstungsrhetorik bewirkte das eine weitere Abkehr insbesondere jüngerer
259 Wähler*innen. Dies kam vor allem der Linkspartei zugute. Vielen Menschen ist es
260 darüber hinaus nicht vermittelbar, dass der Bundeskanzler auch gegen den Willen der
261 Mehrheit der Partei bis zuletzt die Schuldenbremse verteidigt hat, um zum Schluss
262 deren Aufhebung nur für Aufrüstung und Ukrainekrieg zu befürworten. Das hat leider
263 zum Ende die bisherige Linie der Besonnenheit in der Außenpolitik weitgehend
264 unglaubwürdig gemacht. Analysen haben gezeigt, dass das Thema „Frieden und
265 Sicherheit“ zusammen mit Wirtschaft ein entscheidendes Kriterium bei der Wahl war.

266

267 Das Bild der Ampel war von Anfang an nicht von der stärksten Fraktion im Bundestag
268 und der Kanzlerpartei SPD geprägt, sondern von den permanenten Querschüssen vor allem
269 aus den Reihen der FDP. Anstatt auf Umsetzung des Koalitionsvertrages zu bestehen,
270 haben der Bundeskanzler („wer Führung bestellt...“) und die Partei- und
271 Fraktionsführung es zugelassen, dass die beiden anderen Koalitions-„Partner“ ein Bild
272 der Zerrissenheit entstehen ließen, in dem sich vor allem der sozialdemokratische
273 Teil der Wählerschaft überhaupt nicht wiederfand. Die durchaus vorhandenen Erfolge,
274 die auch durch Mitgestaltung der Bundestagsfraktion erreicht werden konnten, wurden
275 daher permanent entwertet und überlagert.

276

277 Die sozialdemokratischen Teile des Koalitionsvertrages wurden durch die

278 Arbeitgeberverbände und mächtige Sonderinteressen torpediert, wie der Mindestlohn
279 (Erhöhung auf 12,41 Euro auf der Basis von 10,45 Euro statt von 12 Euro, und das
280 ohne Konsequenzen) und die sozial-ökologische Transformation, beispielsweise durch
281 die Automobilindustrie. Andere Projekte wurden durch die FDP so verzögert und
282 blockiert, dass sie nicht mehr vor Ende der Legislaturperiode behandelt werden
283 konnten, wie beispielsweise die Tarifbindung und das Rentenpaket 2, ganz zu schweigen
284 vom Klimageld. Ein dritter Teil fiel der Inkompetenz in den grünen Ministerien zum
285 Opfer, wie das „Heizungsgesetz“ und die Kindergrundsicherung. Zu nahezu keiner Zeit
286 wurde - jedenfalls für Außenstehende - erkennbar, dass die SPD-geführten Ressorts,
287 die Bundestagsfraktion oder die Parteiführung für die von der SPD durchgesetzten
288 Teile des Koalitionsvertrages mit Nachdruck gekämpft hätten. Verdienstvolle
289 Initiativen einzelner Abgeordneter wurden weder von der Partei-, noch von der
290 Fraktionsführung erkennbar unterstützt.

291

292 Die Parteiführung sorgte auf dem Bundesparteitag 2023 selbst dafür, dass von
293 positiven inhaltlichen Impulsen in der Folge nichts in die öffentliche Wahrnehmung
294 drang (beispielsweise Steuerpolitik, Abkehr von der Schuldenbremse, Transformation).
295 Andere Vorstöße wie zur Bürger- und Erwerbstätigenversicherung, Rente und
296 Demokratisierung der Partei wurden kleingearbeitet oder abgeblockt. Insbesondere der
297 (überlebenswichtige) Markenkern der SPD in der Wirtschafts-, Arbeits- und
298 Sozialpolitik („soziale Politik für dich“ - „mehr für dich“) tauchte erst im
299 Wahlkampf wieder auf, während es in den drei Regierungsjahren zuvor mehr oder weniger
300 ausschließlich eine Angelegenheit des zuständigen Ministeriums zu sein schien.
301 Im Gesamtbild wirkten Kanzler und SPD zumeist nicht als führend und handlungsfähig,
302 sondern als Getriebene eines konservativ-liberalen medialen Mainstreams, gleich ob es
303 um Panzer, Bürgergeld oder Zuwanderung ging.

304

305 4) Getriebenwerden statt Meinungsführerschaft

306

307 Die Tendenz des Getrieben-Werdens steigerte sich bis in die letzten Wochen vor der
308 Wahl:

309 eine Sozialdemokratie, die vor den rassistischen und spalterischen Kampagnen in
310 Sachen Gewalttaten (massenhafte Abschiebungen...) und Bürgergeld (härteste Sanktionen,
311 Nullrunde, Kürzungen in der Arbeitsmarktpolitik) zurückweicht, anstatt mit ihrer
312 Industrie-, Arbeitsförderungs- und Sozialpolitik (Integration, Qualifizierung, höhere
313 Löhne, Mitbestimmung, Investitionen) in die Offensive zu gehen, frustriert ihre
314 potentiellen Wähler*innen und treibt den einen Teil zu Union/AfD und den anderen zur
315 Linkspartei.

316

317 Die Sozialdemokratie in Deutschland hat es nicht geschafft, ihre durchaus richtigen
318 Ansätze im Regierungsprogramm zu einer stimmigen Erzählung zu verdichten. Sie hielt

319 viel zu lange an der Schuldenbremse und anderen Relikten der Agenda-2010-Politik
320 fest, ließ jeden Gestaltungswillen der Politik gegenüber wirtschaftlicher Macht und
321 zunehmender Ungerechtigkeit vermissen. Sie ließ sich in die Defensive drängen, obwohl
322 Regierungsprogramm und Koalitionsvertrag wichtige Ansätze für mehr Gerechtigkeit und
323 Demokratie enthielten.

324 Die „Zeitenwende“ wurde nicht zu einem welt- und europapolitischen Konzept
325 weiterentwickelt, das über neu belebtes Freund-Feind-Denken gegen Russland und China
326 hinausgeht. In Zeiten globaler Veränderungen auf den Weltmärkten, von
327 Machtverschiebungen und sich verschärfenden Großmachtstrategien brauchen wir andere
328 Ideen als militärische Aufrüstung, wenn es um die Rolle Deutschlands und Europas in
329 der Zukunft geht.

330

331 All das schlägt sich in miserablen Kompetenzzuweisungen in zentralen Politikfeldern
332 nieder. So ist zwar die Erwartung an die SPD beispielsweise im Bereich „soziale
333 Gerechtigkeit“ nach wie vor relativ hoch, jedoch hat sich auch auf diesem Feld die
334 Kompetenzzuweisung (wie in den Bereichen Außenpolitik, Steuer- und Finanzpolitik,
335 Wirtschaft und Altersversorgung) massiv verschlechtert.

336

337 Der Mangel an Perspektiven, die über das Tagesgeschäft hinausreichen, bringt uns
338 zwangsläufig gegenüber den konservativen und reaktionären Kräften in die Defensive.
339 Zu den notwendigen neuen Sichtweisen gehört eine Analyse über den weltweiten
340 Vormarsch rechter, rechtsextremer und nationalistischer Kräfte, die aus den sozialen
341 Verwerfungen, den Umbrüchen in der Arbeitswelten mit Digitalisierung und
342 Transformation resultieren.

343

344 Unabhängig davon, ob die SPD in einer Regierung oder der Opposition landet, wird sie
345 bei Strafe des Untergangs diesen Zustand überwinden und schlüssige programmatische
346 Neuanfänge entwickeln müssen. Diese müssen auch in die Tagespolitik einfließen.
347 Anders als in den letzten 20 Jahren darf das keine hohle Phrase bleiben.

348

349 5) Unser Markenkern: Arbeit, Gerechtigkeit, Demokratie, Solidarität

350

351 Wenn wir die Zeichen der Zeit richtig verstehen wollen, müssen wir

- 352 • mit verständlichen, medientauglichen Botschaften auch die Gefühlslagen und das
- 353 Alltagsbewusstsein der Menschen erreichen;
- 354 • die Arbeitswelt und ihre Veränderungen wieder verstärkt in den Blick nehmen und
- 355 diesbezügliche Strategien entwickeln;
- 356 • offensiv die Verteilungsfrage stellen, damit das Treten nach unten aufhört und
- 357 die Massenkaufkraft gestärkt wird;
- 358 • die Handlungsfähigkeit des Staates vor allem in wirtschaftlichen und sozialen

Fragen wiederherstellen, von der Daseinsvorsorge, Verwaltung über Infrastruktur
bis zur inneren Sicherheit;

- die Machtfrage gegenüber den Reichen und Mächtigen stellen: Primat der Politik, Demokratisierung aller Lebensbereiche, Brechen der Informations- und Meinungsoligarchie;

- neben der erwerbsbezogenen Qualifizierung unsere politische und gewerkschaftliche Bildungsarbeit wiederbeleben;

- eine realistische Strategie in der internationalen Politik einschließlich der Wirtschafts- und Handelspolitik entwickeln.

Ausgangspunkt ist die Erkenntnis, dass Gerechtigkeit ein zentraler Dreh- und Angelpunkt im Denken und Fühlen der Menschen ist. So müssen wir die Realität und das Gefühl aufgreifen, dass die Menschen mit den niedrigen und mittleren Einkommen nicht nur mit ihrer Arbeit, sondern auch mit ihren steigenden Beiträgen, Steuern und Abgaben die Hauptlasten in Staat und Gesellschaft tragen. Daher haben sie die berechnete Angst, nunmehr weiter die Hauptlast der Klimapolitik, der Aufrüstung und der Transformation aufgebürdet zu bekommen.

Wenn sie den Glauben daran verlieren, dass der Staat für eine gerechtere Verteilung dieser Lasten sorgt, liegt die Versuchung nahe, alle staatlichen Ausgaben, sei es für Sozialleistungen wie das Bürgergeld, sei es für Entwicklungszusammenarbeit (Radwege in Peru), sei es für „die Ausländer“, sei es letzten Endes die gesamte staatliche Verwaltung, infrage zu stellen. Die SPD hat bisher keine ausreichend deutliche Bereitschaft gezeigt, offensiver die kleinen und mittleren Einkommen sowie den Faktor Arbeit zu entlasten. Dazu müsste sie viel entschlossener an große Vermögen und die Steuervermeidungsstrategien der Reichen herangehen.

Zarte Forderungen in diesem Sinne im Wahlprogramm haben im Wahlkampf keine Rolle gespielt. Seit 1998 haben die Wählerinnen und Wähler eine Sozialdemokratie erlebt, die zwar manchmal den Mund gespitzt, aber nie gepfiffen hat. Das Ergebnis war: die soziale Spaltung wurde vertieft, die sogenannte Mitte ausgedünnt und die Reichen wurden immer reicher.

Über die Verteilungsfragen im engeren Sinne hinaus geht es um die Zukunft der Arbeit. Es geht um Wiedererlangung von Souveränität und Solidarität in Zeiten der Zersplitterung und Individualisierung, um demokratische Gestaltung der Transformation, um rechtliche und materielle Absicherung bei der Umstrukturierung von Betrieben und Arbeitsplätzen, um Qualifizierung, um Mitbestimmung und gewerkschaftliche Organisationsmacht.

Die Erfahrungen mit Globalisierung und Transformation führen bei den eher negativ davon Betroffenen oder Geängstigten auch zu einem massiven Vertrauensverlust für die

400 Demokratie. Wahlen scheinen kein Weg zu Veränderungen mehr zu sein. Wir brauchen
401 deshalb auch einen Plan zur Mobilisierung der Demokratie in allen Lebensbereichen,
402 vor allem in der Arbeitswelt und im Bildungswesen, aber auch innerhalb der Partei.
403 Gewählte Jugend- und Regionalparlamente, überbetriebliche Transformationsräte,
404 betriebliche und überbetriebliche Mitbestimmung, Schüler*innen- und
405 Studierendenvertretungen mit echten Entscheidungskompetenzen können den
406 Ohnmachtsgefühlen wesentlich stärker entgegenwirken als mediengetriebene und
407 polarisierende Kampagnen zu Volksentscheiden mit Ja-Nein-Fragen.
408 „Die SPD lebt Demokratie“ - so lautete früher ein Argument für die Mitgliederwerbung.
409 Dieser Anspruch von einst muss durch eine Durchforstung und Enthierarchisierung der
410 Parteistrukturen von oben her neu mit Leben gefüllt werden. Solidarität ist keine
411 Einbahnstraße. Solidarität muss gemeinsam erarbeitet und gelebt, nicht von oben
412 verordnet werden. Innerparteiliche Solidarität heisst nicht Gefolgschaft für eine
413 Regierungskoalition und eine Parteiführung. Solidarität heißt leben im Spannungsbogen
414 von den Kompromissen des politischen Alltags einerseits und den Perspektiven einer
415 Partei, die tiefgreifende Veränderungen in Gesellschaft und Staat anstrebt
416 andererseits.
417 Für die Koalitionsverhandlungen und die zu erwartende Regierungsarbeit bedeutet das,
418 dass wir jetzt die öffentliche Debatte nicht wieder den Lautsprechern der Union und
419 der Medien überlassen dürfen. Die SPD muss klare strategische Ziele erkennen lassen:
420 Investitionen, gute Arbeit und soziale Gerechtigkeit. Die vielzitierte
421 staatspolitische Verantwortung kann nicht zur Selbstaufgabe der Sozialdemokratie
422 führen. Nicht das Aufgehen in Koalitionskompromissen, sondern das Wiedererstarken der
423 SPD ist der beste Dienst am „Vaterland“.

424

425 6) Die AfA in der SPD

426

427 Mit dem historisch schlechten Ergebnis der Bundestagswahl 2025 ist die Entwicklung
428 eingetreten, vor der die AfA seit vielen Jahren gewarnt hat. Immer wieder hat sie
429 detailliert Alternativen inhaltlicher und organisatorischer Art aufgezeigt. Alle
430 Versuche der Parteiführung, neben, gegen oder ohne die AfA im Bereich der
431 Arbeitswelt, der gewerkschaftlichen und betrieblichen Interessenvertretungen wieder
432 Fuß zu fassen, sind nahezu unbemerkt gescheitert. Die Parteiführung muss endlich die
433 strategische Bedeutung der AfA für die Rückgewinnung der Mehrheit der abhängig
434 Beschäftigten erkennen. Das ist eine Überlebensfrage für die ganze Partei.
435 Wir brauchen die Ebene der Betriebe und Verwaltungen, der Branchen- und
436 Betriebsgruppen, der Betriebs- und Personalaräte-, der JAV und SBV-Konferenzen und der
437 Gewerkschaftsräte mit und in der AfA als festes Beteiligungsformat für die
438 arbeitenden Menschen. Die AfA braucht ein Mindestmaß an finanzieller und
439 organisatorischer Unterstützung, vor allem aber auch eine angemessene Repräsentanz in
440 den Gremien der Partei auf allen Ebenen. Wir brauchen einen langen Atem: so wie der
441 Vertrauensverlust über Jahrzehnte entstanden ist, so wird die Rückgewinnung von

- 442 Dialog und Vertrauen Jahrzehnte dauern. Es hat sich immer wieder gezeigt, dass es
443 genügend ehrenamtliches Potential, Engagement und Personal gibt.

Antrag O11: Kommunalpolitik als Rückgrat der Erneuerung der SPD

Antragsteller*in:	OTF Klimagerechte Wirtschaft
Status:	abgelehnt
Empfehlung Antragskommission:	Ablehnung
Sachgebiet:	O - Organisationspolitik

1 Wenn wir als SPD wieder mehr Vertrauen gewinnen wollen, müssen wir die Basis
2 aufwerten und müssen wir Nachwuchsförderung ernst meinen. Alle Landesverbände der SPD
3 sollen sich verpflichten, junge Kandidierende - auf nicht-Mitglieder und andere
4 Bündnispartner - in Kommunalwahlkämpfen gezielt zu unterstützen und Angebote zur
5 Vernetzung und Weiterbildung für sie zu schaffen. Gerade in vielen kommunalen
6 Parlamenten und Kreistagen gibt es eine echte Kraft zur Veränderung. Diese müssen wir
7 jetzt nutzen. Nicht als nachgelagerte Verwaltung der Bundespolitik, sondern als
8 entscheidende Stimme im politischen Gestaltungsprozess. Kommunalpolitiker:innen
9 müssen konkret bei Richtungsentscheidungen der Bundespartei und -fraktion gehört,
10 eingebunden und ernstgenommen werden.

11 Daher fordern wir:

- 12 • Einbindung von Vier stellvertretende Personen im SPD-Parteivorstand. Diese müssen
13 Kommunalpolitiker:innen sein – und dürfen nicht dem Bundestag, Landtag oder
14 Europaparlament angehören.
 - 15 • Selbstverpflichtung der Landesverbände zur gezielten Unterstützung von jungen
16 Kandidierenden, jungen-nicht-Mitgliedern und andere Bündnispartner in
17 Kommunalwahlkämpfen
 - 18 • Schaffung von potenten Angebote zur Vernetzung und Weiterbildung für jungen und
19 kommunalen Kandidierende, jungen-nicht-Mitgliedern und andere Bündnispartner
- 20 Die kommunale Perspektive gehört in die Spitze der Partei. Sie ist der Schlüssel für
21 glaubwürdige Politik, die nicht nur verwaltet, sondern gestaltet. Nur mit der
22 kommunale Verankerung kann die SPD zur echten Volkspartei zurückfinden – von unten
23 nach vorn. Unser kommunales Personal muss sich niedrigschwellig – auch digital –
24 vernetzen können um voneinander zu lernen und sich gegenseitig zu empower.

Antrag O12: Zeit für Erneuerung – Macht teilen heißt Zukunft gestalten (Teil 1)

Antragsteller*in:	OTF Klimagerechte Wirtschaft
Status:	abgelehnt
Empfehlung Antragskommission:	Ablehnung
Sachgebiet:	O - Organisationspolitik

- 1 Zur Förderung des Generationenwechsels und der Verjüngung der Partei, sollen folgende
- 2 Regelung in die Satzung der SPD aufgenommen werden: Es soll eine freiwillige
- 3 Höchstdauer für Amtszeiten eingeführt werden.
- 4 Für Mandatsträger*innen, sowie für Inhaber*innen gewählter Parteiämter soll angeregt
- 5 werden, dass ab der vierten aufeinanderfolgenden Amtszeit der Platz freigemacht wird
- 6 für Nachrückende. Dies soll nicht durch Zwang erfolgen. Die Betroffenen sollen
- 7 angehalten werden, im Falle einer Gegenkandidatur, nicht wieder anzutreten. Zum Ende
- 8 der vierten aufeinanderfolgenden Amtszeit soll aktiv nach Nachfolger*innen gesucht
- 9 werden. Dabei sollen insbesondere Flinta*- Personen und junge Menschen berücksichtigt
- 10 werden. Eine erneute Kandidatur soll so an Bedingungen geknüpft werden und das
- 11 Nachrücken neuer Gesichter erleichtern sowie Machtmonopole einzelner Personen
- 12 erschweren. Grundsätzlich ausgenommen hiervon sind Kassierer*innen,
- 13 Schatzmeister*innen und Revisor*innen.

Antrag O13: Zeit für Erneuerung – Macht teilen heißt Zukunft gestalten (Teil 2)

Antragsteller*in:	OTF Klimagerechte Wirtschaft
Status:	abgelehnt
Empfehlung Antragskommission:	Ablehnung
Sachgebiet:	O - Organisationspolitik

- 1 Zur Förderung der Machtteilung des Vorbeugens verschiedener Machtmonopole, die an
- 2 einzelne Personen gebunden sind, soll eine regelhafte Trennung von Amt und Mandat
- 3 gelten.
- 4 Präziser sollen gewählte Abgeordnete, mindestens ab Landesebene, aufgefordert werden
- 5 keine Ämter als Vorstandsvorsitzende auszuüben. Diese Regel soll kein Zwang sein. Es
- 6 bestehen jedoch Interessenskonflikte. Während es viele Beispiele gibt für
- 7 Abgeordnete, die gleichzeitig gute Vorsitzende sind, gibt es auch Gegenbeispiele.
- 8 Etwa kann das Amt zur Sicherung des Mandats benutzt werden, oder die Diskussions- und
- 9 Partizipationsmöglichkeiten der Basis eingeschränkt werden. Im Idealfall kontrolliert
- 10 und korrigiert die Basis die Abgeordneten, während diese vor allem informieren.

Antrag O14: Mehr Stimme für die Basis – Demokratie beginnt in der Partei

Antragsteller*in:	OTF Klimagerechte Wirtschaft
Status:	überwiesen
Empfehlung Antragskommission:	Überweisung an SPD-Parteivorstand
Sachgebiet:	O - Organisationspolitik

- 1 Eine starke Sozialdemokratie lebt von einer lebendigen, mitgestaltenden Basis. Damit
2 die SPD wieder zur echten Mitgliederpartei wird, braucht es neue, moderne und
3 inklusive Strukturen. Nur wenn Parteimitglieder auf allen Ebenen mitentscheiden
4 können, entsteht echte Mitverantwortung – und damit auch politische Schlagkraft.
- 5 Darum fordern wir:
- 6 • Eine direkte Nominierung der Parteivorsitzenden in Bund und Ländern durch die
7 Mitglieder einzuführen.
 - 8 • Online-Mitgliederabstimmungen zu zentralen Fragen der inhaltlichen und
9 strategischen Ausrichtung der Partei. Die Basis muss Richtungsentscheidungen mit
10 niedrigem Quorum treffen können.
 - 11 • Eine Kultur, in der Mitbestimmung nicht als Störung, sondern als Stärke
12 verstanden wird. Dazu sollte der ständige und regelmäßige Austausch des
13 Parteivorstands mit allen Ebenen der Partei verstärkt werden. Wenn an der Basis
14 Kritik laut wird am Vorgehen der Parteispitze, dann muss die Parteispitze diese
15 Kritik ernst nehmen. Die Bundestagsfraktion muss gegenüber der Partei
16 Rechenschaft leisten.

Antrag O15: Durchgehende (in allen Ebenen) Betreuungsstruktur zu den Betrieben aufbauen und stärken

Antragsteller*in:	SPD-Ortsverein Aichach
Status:	überwiesen
Empfehlung Antragskommission:	Überweisung an AfA und SPD-Parteivorstand
Sachgebiet:	O - Organisationspolitik

- 1 1. Informationsfluss innerhalb der Parteistrukturen verbessern: Ein effizienter und
2 transparenter Informationsfluss innerhalb der Parteistrukturen stellt sicher,
3 dass relevante Informationen schnell und zielgerichtet an die Basis
4 weitergegeben werden. Dies fördert das Vertrauen und die Zusammenarbeit
5 innerhalb der Partei.
- 6 2. Ansprechpartner benennen: Klare Ansprechpartner für Betriebe und Arbeitnehmer
7 innerhalb der Partei erleichtern den direkten Kontakt und die Kommunikation.
8 Dies stärkt die Bindung zwischen Partei und Arbeitnehmer*innen.
- 9 3. Informationsmaterial bereitstellen: Umfassendes Informationsmaterial hilft
10 Betrieben und Arbeitnehmern, sich über aktuelle politische Entwicklungen und
11 deren Auswirkungen zu informieren. Dies unterstützt eine informierte und aktive
12 Beteiligung am politischen Prozess.
- 13 4. Enger Austausch mit Gewerkschaften: Ein kontinuierlicher und regelmäßiger
14 Austausch mit Gewerkschaften ermöglicht es, gemeinsame Ziele und Maßnahmen zu
15 koordinieren und die Interessen der Arbeitnehmer*innen noch besser zu vertreten.
- 16 5. Erschließungs- und Betreuungsstruktur analog Gewerkschaft aufbauen und stärken:
17 Entwicklung und Stärkung einer Struktur, die der Gewerkschaftsstruktur ähnelt,
18 um eine effektive Betreuung und Unterstützung der Arbeitnehmer zu gewährleisten.
19 Dies fördert die Solidarität und Zusammenarbeit.

20

Ziel ist es, die SPD wieder als die Partei der Arbeitnehmer*innen zu etablieren und

21

die Wurzeln der Partei zu stärken.

Antrag O16: Modernisierung des Parteistatutes zur festen Verankerung von Digitalarbeit auf Unterbezirks-/ Kreisebene zur Schaffung digitaler Kompetenz

Antragsteller*in:	010 SPD-Kreis Mitte
Status:	abgelehnt
Empfehlung Antragskommission:	Ablehnung
Sachgebiet:	O - Organisationspolitik

- 1 • Erforderliche Anpassung des Statutes durch Schaffung der Position einer
- 2 Vertreter*in für digitale Politikkommunikation in den geschäftsführenden
- 3 Unterbezirks-/ Kreisvorständen durch erforderliche Anpassung des Statutes.
- 4 • Für die neue Position müssen die Unterbezirks-/ Kreisvorstände nicht vergrößert
- 5 werden, sondern eine Stellvertreter*innenposition kann ersetzt werden.
- 6 • Die Position ist in allen Parteigliederungen identisch zu benennen, um eine
- 7 eindeutige Verantwortungs- und Kommunikationskette in der Partei zu schaffen.

8

Antrag O17: SPD-App – wann? Moderne Kommunikation zwischen Basis und Partei-Spitze

Antragsteller*in:	SPD-Ortsverein Leipzig-Mitte
Status:	überwiesen
Empfehlung Antragskommission:	Überweisung an AGDS
Sachgebiet:	O - Organisationspolitik

- 1 Der nächste Bundesvorstand beginnt die Entwicklung einer eigenen SPD-App. Diese soll
- 2 eine zeitgemäße Kommunikation innerhalb der Partei sicherstellen und beispielsweise
- 3 folgende Funktionen bereithalten bzw. bündeln:
- 4 • Themenspezifische Abstimmungen
- 5 • Zeitgemäße Kommunikation abseits der Partei-eMail-Flut
- 6 • Niedrigschwellige Feedback-Funktion an die Parteispitze
- 7 Diese App soll die bestehenden Instrumente der parteiinternen Willensbildung (z.B.
- 8 Anträge und Parteitagsbeschlüsse) nicht ersetzen, sondern eine sinnvolle Ergänzung
- 9 sein.

Antrag O18: Entwicklung einer Wahlkampf-App zur effizienten Plakatierung und Wahlkampfführung an der Basis

Antragsteller*in:	OV Vahrenwald-List
Status:	überwiesen
Empfehlung Antragskommission:	Überweisung an AGDS
Sachgebiet:	O - Organisationspolitik

- 1 Im Rahmen unserer Bemühungen, den Wahlkampf effizienter und zielgerichteter zu
- 2 gestalten, wird die Bundespartei eine Wahlkampf-App für die unteren Gliederungsebenen
- 3 entwickeln. Neben den bereits bestehenden Werkzeugen des Mobilisierungsplaners und
- 4 der Tür-zu-Tür-App soll vor allem ein Managementsystem für Plakatierungen integriert
- 5 werden. Die zu integrierenden bestehenden und neuen Funktionalitäten sollten in einem
- 6 Feedback-Prozess mit den Ortsvereinen und Unterbezirken entwickelt bzw. verbessert
- 7 werden.

Antrag O19: Verbesserung der Wahlkampf-App

Antragsteller*in:	OV Kiel-Hassee
Status:	überwiesen
Empfehlung Antragskommission:	Überweisung an AGDS
Sachgebiet:	O - Organisationspolitik

- 1 Wir fordern den Parteivorstand auf, eine neue, Benutzer*innenfreundliche Wahlkampf-
2 App zu entwickeln, die die bestehende TzT-App entweder ersetzt oder so weit wie
3 möglich verbessert. Die neue oder verbesserte App soll die folgenden Funktionen
4 beinhalten:
- 5 - Live-Verfolgung der Teams: Nach dem Einloggen soll eine Live-Verfolgung der Teams
6 (Flyer-Verteilung und TzT) möglich sein, sodass alle Teammitglieder sehen können, wo
7 sich die anderen Teams befinden und welche Maßnahmen bereits ergriffen wurden.
 - 8 - Zentralisierte Wissensdatenbank: Eine zentrale Datenbank soll geschaffen werden, um
9 Wissen aus vergangenen Wahlkämpfen zu sammeln und für zukünftige Einsätze zugänglich
10 zu machen.
 - 11 - Erfassung von Plakatstandorten: Auch die Standorte von Plakaten sollen in der App
12 verzeichnet werden.
 - 13 - Zentrale Vorgaben und Anweisungen: Die App soll eine zentrale Anlaufstelle für
14 Vorgaben und Anweisungen aus der Wahlkampagne bieten.
- 15 Sobald die App entwickelt oder verbessert wurde, fordern wir die Durchführung
16 zentraler Schulungen, um sicherzustellen, dass alle Mitglieder die App effizient
17 nutzen können.

Antrag O20: Gründung einer Arbeitsgemeinschaft Klima- und Umweltschutz auf Bundesebene

Antragsteller*in:	SPD-Unterbezirk Wolfenbüttel
Status:	überwiesen
Empfehlung Antragskommission:	Überweisung an SPD-Parteivorstand
Sachgebiet:	O - Organisationspolitik

- 1 Gründung einer Arbeitsgemeinschaft Klima- und Umweltschutz auf Bundesebene, um
- 2 künftig auch als Arbeitsgemeinschaft vor Ort agieren zu dürfen.

Antrag O21: Gründung einer „Arbeitsgemeinschaft Klima, Energie, Umwelt und Nachhaltigkeit“ in der SPD

Antragsteller*in:	SPD-UB Potsdam
Status:	überwiesen
Empfehlung Antragskommission:	Überweisung an SPD-Parteivorstand
Sachgebiet:	O - Organisationspolitik

- 1 Der Bundesparteitag möge beschließen, den Vorstand der SPD zu beauftragen:
- 2 Eine „Arbeitsgemeinschaft für Klima, Energie, Umwelt und Nachhaltigkeit“ gem. § 10
- 3 des SPD-Organisationstatut mit Stand 2024 als offizielle Arbeitsgemeinschaft gemäß
- 4 den „Grundsätzen und Richtlinien für die Tätigkeit der Arbeitsgemeinschaften in der
- 5 SPD“ zu gründen.

Antrag O22: SPD-Arbeitskreis "Gerechte Klimapolitik"

Antragsteller*in:	OTF Klimagerechte Wirtschaft
Status:	überwiesen
Empfehlung Antragskommission:	Überweisung an SPD-Parteivorstand
Sachgebiet:	O - Organisationspolitik

- 1 Der SPD-Parteivorstand richtet zum nächstmöglichen Zeitpunkt einen Arbeitskreis
- 2 „Gerechte Klimapolitik“ ein. In diesem sollen Vertreterinnen und Vertreter der
- 3 Bundestags- und Europafraktion, des Parteivorstands, der seit 2021 bestehenden,
- 4 ehrenamtlich engagierten Gruppen SPD.Klima.Gerecht, SPD-Klimaforum sowie weitere
- 5 thematisch beteiligte und betroffene Akteur*innen aus der SPD und ihrem Umfeld
- 6 zusammenkommen, um Expertise in der SPD zur sozialen Gestaltung der unausweichlichen
- 7 Transformation zu bündeln und den Parteivorstand in seiner Arbeit zu unterstützen.

Antrag O23: Projektgruppe Zivile Konfliktstrategien

Antragsteller*in:	SPD-Kreisverband Freudenstadt
Status:	überwiesen
Empfehlung Antragskommission:	Überweisung an SPD-Parteivorstand
Sachgebiet:	O - Organisationspolitik

- 1 Als Friedenspartei ist es uns ein dringendes Anliegen, auch zivile Alternativen zur
- 2 militärischen Friedenssicherung zu entwickeln.
- 3 Wir werden hierfür eine Projektgruppe aus VertreterInnen der Friedensforschung und
- 4 Friedenssicherung sowie relevanten Fachleuten bilden.
- 5 Ihre Aufgabe ist die Sichtung ziviler Konfliktstrategien sowie die Entwicklung eines
- 6 Konzepts ziviler Sicherheitspolitik für Deutschland und Europa.
- 7

Antrag O24: Arbeitsgemeinschaften stärken

Antragsteller*in:	SPD FRAUEN Vorstand Bund (Parteizentrale)
Status:	überwiesen
Empfehlung Antragskommission:	Überweisung an SPD-Parteivorstand und Länderrat
Sachgebiet:	O - Organisationspolitik

1 Die Arbeitsgemeinschaften nehmen innerhalb der SPD besondere Aufgaben in Partei und
2 Öffentlichkeit wahr. Sie stehen als Bindeglied zu den jeweiligen gesellschaftlichen
3 Gruppen, die sich in den politischen Bereichen engagieren. Sie verfügen über
4 Fachkompetenz in ihren jeweiligen Themenfeldern und haben vielfältige Kontakte in
5 diese Bereiche. Das muss konstruktiv für die Arbeit der SPD weiter genutzt und sogar
6 verstärkt werden.

7 Deshalb spricht sich der Bundesparteitag dafür aus, dass:

8 1) Die Bundeskonferenzen alle zwei Jahre gemäß der Größe der AG ein-, oder zweitägig
9 mit 1 bzw. 2 Übernachtungen stattfinden. Tagungsort ist das Willy-Brandt-Haus in
10 Berlin oder ein anderer Ort in Deutschland, an dem eine Durchführung der
11 Bundeskonferenz zu gleichen oder geringeren Kosten als im Willy-Brandt-Haus möglich
12 ist.

13 2) Sitzungen der Bundesvorstände sollen nicht ausschließlich im WBH in Berlin
14 durchgeführt werden müssen, wenn eine Durchführung zu gleichen oder geringeren Kosten
15 als im Willy-Brandt-Haus in Berlin möglich ist

16 3) Die Delegiertenzahlen für die Bundeskonferenzen erhöht werden können und die
17 Anzahl der Mitglieder der Vorstände so erhöht werden kann, dass alle Länder und
18 Bezirke vertreten sein können.

19 4) Eine Finanzielle / personelle Erhöhung der Ressourcen für die
20 Arbeitsgemeinschaften geprüft wird,

21 5) Arbeitsgemeinschaften beratendes Antrags- und Rederecht im Parteivorstand
22 erhalten,

23 6) Die Arbeitsgemeinschaften beratend an der Bundes-Antragskommission zu ihrem
24 spezifischen Themenfeld teilnehmen können.

Antrag O25: Statutenänderung

Antragsteller*in:	60 plus Bundeskonferenz Bund (Parteizentrale)
Status:	überwiesen
Empfehlung Antragskommission:	Überweisung an SPD-Parteivorstand und Länderrat
Sachgebiet:	O - Organisationspolitik

- 1 Unter Ziffer 3 im Allgemeinen Teil werden die Sätze 1 und 3 ersatzlos gestrichen und
2 der Satz 3 wird dem nächsten Absatz angehängt. Der Absatz lautet dann wie folgt:
- 3 3. Stellung und Aufbau
- 4 Die Arbeitsgemeinschaften sind unselbständige Teile der Partei. Sie sind keine
5 Gliederungen im Sinne des Organisationsstatuts.
- 6 Die Kompetenz zur Beschlussfassung über Bildung und Widerruf einer
7 Arbeitsgemeinschaft sowie die Beschlussfassung über die Grundsätze für die Tätigkeit
8 der Arbeitsgemeinschaften liegt allein beim Parteivorstand. Die Gliederungen der
9 Partei sind an diese vom Partei-vorstand beschlossene Richtlinie gebunden. Eigene
10 Richtlinien der Gliederungen dürfen dieser Richtlinie nicht widersprechen.
- 11 ~~Die Bildung der Arbeitsgemeinschaften in den Organisationsgliederungen erfolgt durch~~
12 ~~Beschlussfassung des jeweils zuständigen Vorstandes der Partei. Der Beschluss ist~~
13 ~~widerrufbar.~~
- 14 Grundsätzlich soll auf jeder Ebene des Parteiaufbaus die Bildung von
15 Arbeitsgemeinschaften ermöglicht werden, soweit die Mitglieder dazu den Wunsch und
16 die Bereitschaft äußern.
- 17 Die Arbeitsgemeinschaft muss zumindest auf Bundesebene bestehen.

Antrag O26: Grundsätze und Richtlinie für die Arbeitsgemeinschaften in der SPD

Antragsteller*in:	60 plus Bundeskonferenz Bund (Parteizentrale)
Status:	überwiesen
Empfehlung Antragskommission:	Überweisung an SPD-Parteivorstand
Sachgebiet:	O - Organisationspolitik

- 1 Die „Grundsätze und Richtlinie für die Tätigkeiten der Arbeitsgemeinschaften in der
- 2 SPD“ gemäß § 10 des Organisationsstatuts im Teil „2. Aufgaben, Ziele und Angehörige
- 3 der Arbeitsgemeinschaften“, hier Teil „b) Arbeitsgemeinschaft SPD 60 plus“ sind wie
- 4 folgt zu ergänzen:
- 5 „Die Arbeitsgemeinschaft SPD 60 plus ist der Ort, an dem Zielvorstellungen nicht nur
- 6 für eine älter werdende Bevölkerung, Positionen und ggfls. Programme diskutiert,
- 7 vorgedacht und vorformuliert werden, sondern auch zu tagespolitischen und
- 8 grundsätzlichen gesellschaftspolitischen Themen. Die Arbeitsgemeinschaft 60 plus
- 9 bringt ihre Positionen und Programme in die nach Parteistatut der SPD vorgesehenen
- 10 Gremien ein und beteiligt sich insoweit an Beratungen und Beschlüssen.“
- 11 Der Bundesvorstand der Arbeitsgemeinschaft 60 plus wird beauftragt, diesen Antrag zum
- 12 nächstfolgenden Bundesparteitag einzubringen.

Antrag O27: Richtlinien für Arbeitsgemeinschaften in der SPD verbessern

Antragsteller*in:	SPD-Landesverband Bayern
Status:	überwiesen
Empfehlung Antragskommission:	Überweisung an SPD-Parteivorstand und Länderrat
Sachgebiet:	O - Organisationspolitik

- 1 Die Arbeitsgemeinschaften nehmen innerhalb der SPD besondere Aufgaben in Partei und
2 Öffentlichkeit wahr. Sie stehen als Bindeglied zu den jeweiligen gesellschaftlichen
3 Gruppen, die sich in den politischen Bereichen engagieren. Sie verfügen über
4 Fachkompetenz in ihren jeweiligen Themenfeldern und haben vielfältige Kontakte in
5 diesen Bereichen. Das muss konstruktiv für die Arbeit der SPD weiter genutzt und
6 sogar verstärkt werden. Viele der bestehenden elf Arbeitsgemeinschaften sind im
7 Unterschied zu anderen bundesweiten Zusammenhängen in der SPD von der Mitgliederbasis
8 bis zur Bundesebene durch Wahlen und Delegationssysteme demokratisch legitimiert. Ihr
9 Aufbau und ihre Aufgaben regelt der Parteivorstand durch Richtlinien. Im Jahr 2020
10 wurde eine neue Richtlinie für die Arbeitsgemeinschaften beschlossen. Die neue
11 Richtlinie mit erheblichen Einschnitten und Strukturveränderungen für die AGen
12 schädigt die Schlagkraft der gesamten Partei.
- 13 Es sollte alles versucht werden, gemeinsam mit den Arbeitsgemeinschaften
14 Möglichkeiten zu finden, um die Arbeitsfähigkeit der AGen zu stärken und auszubauen
15 und damit die Außenwirkung und Bindungskraft unserer Partei über unsere Verankerung
16 zum Beispiel bei den Frauen, in der Arbeitnehmerschaft, in bestimmten
17 gesellschaftlichen Gruppierungen, Milieus und Altersgruppen erheblich zu verbessern.
- 18 Wir fordern den Landesvorstand der SPD in Bayern auf, sich für eine Verbesserung der
19 Richtlinie für die Arbeitsgemeinschaften zu deren Stärkung einzusetzen. Gleichzeitig
20 fordern wir den Vorstand der SPD sowie den Bundesparteitag auf, die Richtlinie für
21 die Arbeitsgemeinschaften zu verändern, damit diese ihre besonderen Aufgaben in
22 Partei und Öffentlichkeit wahrnehmen und die SPD-Arbeit auch zukünftig noch stärker
23 unterstützen können.
- 24 Insbesondere fordern wir:
- 25 • Die Bundeskonferenzen und Sitzungen der Bundesvorstände sollen nicht
26 ausschließlich im WBH in Berlin durchgeführt werden. Sitzungsintervalle erhöhen.
27 Die Einschränkungen bei den Sitzungsintervallen und die Verpflichtung, in Berlin
28 zu tagen, bedeuten im Ergebnis Abgehobenheit und regionale Ungleichgewichte. Der
29 Wegfall von Möglichkeiten, sich regional, bzw. vor Ort zu repräsentieren, statt
30 im WBH unterzutauchen vermindert die Außenwirkung und Werbungsmöglichkeit der
31 Partei
 - 32 • Delegiertenzahlen für die Bundeskonferenzen erhöhen und Vorstände so erhöhen,
33 dass alle 16 Länder ordentlich vertreten sind. Die Ausdünnung der
34 Delegiertenbasis und der Vorstände reduziert die Repräsentativität und

35 Kommunikationsmöglichkeiten erheblich.

Antrag O28: Richtlinienantrag AGen

Antragsteller*in:	Arbeitsgemeinschaft für Arbeit (AfA), SPD Frauen, SPD queer, Arbeitsgemeinschaft SPD 60plus, Arbeitsgemeinschaft Selbst Aktiv, Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Gesundheitswesen, Arbeitsgemeinschaft Selbstständige, Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristinnen und Juristen, Arbeitsgemeinschaft für Migration und Vielfalt
Status:	überwiesen
Empfehlung Antragskommission:	Überweisung an SPD-Parteivorstand und Länderrat
Sachgebiet:	O - Organisationspolitik

1 Die Arbeitsgemeinschaften nehmen innerhalb der SPD besondere Aufgaben in Partei und
2 Öffentlichkeit wahr. Sie stehen als Bindeglied zu den jeweiligen gesellschaftlichen
3 Gruppen, die sich in den politischen Bereichen engagieren. Sie verfügen über
4 Fachkompetenz in ihren jeweiligen Themenfeldern und haben vielfältige Kontakte in
5 diese Bereiche. Das muss konstruktiv für die Arbeit der SPD weiter genutzt und sogar
6 verstärkt werden.

7 Deshalb spricht sich der Bundesparteitag dafür aus, dass:

- 8 1. Die Bundeskonferenzen alle zwei Jahre gemäß der Größe der AG ein-, oder
9 zweitägig mit 1 bzw. 2 Übernachtungen stattfinden. Tagungsort ist das Willy-
10 Brandt-Haus in Berlin oder ein anderer Ort in Deutschland, an dem eine
11 Durchführung der Bundeskonferenz zu gleichen oder geringeren Kosten als im
12 Willy-Brandt-Haus möglich ist.
- 13 2. Sitzungen der Bundesvorstände sollen nicht ausschließlich im WBH in Berlin
14 durchgeführt werden müssen, wenn eine Durchführung zu gleichen oder geringeren
15 Kosten als im Willy-Brandt-Haus in Berlin möglich ist
- 16 3. Die Delegiertenzahlen für die Bundeskonferenzen erhöht werden können und die
17 Anzahl der Mitglieder der Vorstände so erhöht werden kann, dass alle Länder und
18 Bezirke vertreten sein können.
- 19 4. Eine Finanzielle / personelle Erhöhung der Ressourcen für die
20 Arbeitsgemeinschaften geprüft wird,
- 21 5. Arbeitsgemeinschaften beratendes Antrags- und Rederecht im Bundesvorstand
22 erhalten,
- 23 6. Die Arbeitsgemeinschaften beratend an der Bundes-Antragskommission zu ihrem
24 spezifischen Themenfeld teilnehmen können.
- 25 7. 7. Der Parteivorstand zum nächstmöglichen Zeitpunkt einen Arbeitskreis
26 "Gerechte Klimapolitik" einsetzt.

Antrag O29: Weniger Titel, mehr Themen – Arbeitsgruppen neu denken

Antragsteller*in:	OTF Klimagerechte Wirtschaft
Status:	zurückgezogen
Empfehlung Antragskommission:	Überweisung an SPD-Parteivorstand
Sachgebiet:	O - Organisationspolitik

- 1 In Zukunft soll es innerhalb der SPD Arbeitsgruppen geben, die auf Themen und nicht
2 auf Personen- und Berufsgruppen zugeschnitten werden. Konkret sollen Themengruppen,
3 wie eine AG Klima, eine AG Digitales, eine AG Soziales etc. entstehen und Gruppen,
4 wie die AG Jurist*innen oder die AG Selbstständige ersetzen. Die Themengruppen sollen
5 den Parteivorstand mit inhaltlichem Input unterstützen, indem sie mindestens ein
6 beratendes Mitglied in den Bundesvorstand und mindestens eine:n ordentliche:n
7 Deligierte:n auf die Parteitage entsenden können. So soll eine direkte Verbindung zur
8 inhaltlichen Arbeit und strukturellen Entscheidungen entstehen, die der heutigen Zeit
9 und den präsenten Krisen und politischen Umständen angepasst ist. Arbeitsgruppen, wie
10 die Jusos, die AG 60+ oder die AG Queer und weitere Gruppen, die aufgrund ihrer
11 personenbezogenen Diskriminierung bestehen, sollen ihre Daseinsberechtigung behalten.

Antrag O30: Frauenförderung und breitere Teilhabemöglichkeiten für Engagierte und Funktionsträger:innen

Antragsteller*in:	SPD-UB Region Hannover
Status:	überwiesen
Empfehlung Antragskommission:	Überweisung an SPD-Parteivorstand
Sachgebiet:	O - Organisationspolitik

- 1 Die SPD setzt sich für eine gleichberechtigte politische Teilhabe von Männern und
- 2 Frauen ein und fordert mit Hilfe der folgenden Maßnahmen die aktive Mitarbeit von
- 3 Genoss:innen strukturell zu unterstützen:
- 4 1. Bei der Aufstellung zu Wahlen auf kommunaler Ebene sowie auf Ebene des Landes,
- 5 des Bundes und auf Europaebene werden die Spitzenkandidaturen, also die
- 6 Listenplätze 1, mindestens zur Hälfte mit Frauen besetzt.
- 7 2. Parteiinterne Förderprogramme für Frauen als Kandidierende für vordere
- 8 Positionen in Gremien der Partei und für Wahlämter auf kommunaler Ebene werden
- 9 ausgebaut. Dazu gehören auch Maßnahmen wie regelmäßige Interessenabfragen in der
- 10 Mitgliedschaft zur Übernahme von Funktionen und Mandaten, Veranstaltungen zur
- 11 Findung von Co-Vorsitzendenteams, Mentoringprogramm, Förderung der Bildung von
- 12 Netzwerken.
- 13 3. Um die Erfolge der parteiinternen Gleichstellungspolitik besser messbar zu
- 14 machen, wird alle drei Jahre ein parteiinterner Gleichstellungsbericht auf
- 15 Bezirks- und Landesebene erstellt.
- 16 4. Sitzungen von parteiinternen Gremien auf Unterbezirks-, Bezirks und Landes- und
- 17 Bundesebene werden – sofern eine technische Umsetzung möglich ist – als hybride
- 18 Sitzungen durchgeführt.
- 19 5. Es wird ein Konzept entwickelt, das gewährleistet, dass insbesondere Frauen beim
- 20 Vorgehen gegen Drohungen, Herabsetzungen oder verbalisierte Gewalt
- 21 („catcalling“) unterstützt werden.
- 22 6. Das Sharing von Funktionen innerhalb der Partei wird als Möglichkeit begriffen,
- 23 Teilhabechancen auch in besonderen familiären oder Notsituationen zu sichern.
- 24 Daher wird die Landtagsfraktion gebeten, die rechtlichen Möglichkeiten von
- 25 Mandatssharing auszuloten. Auch bei parteiinternen Funktionen werden Konzepte
- 26 entwickelt, um die Teilung von Funktionen zu ermöglichen.

Antrag O31: Änderung der Quotierungsregelungen des SPD-Ordnungsstatuts

Antragsteller*in:	SPD-Bezirk Weser-Ems
Status:	überwiesen
Empfehlung Antragskommission:	Überweisung an Parteivorstand
Sachgebiet:	O - Organisationspolitik

- 1 Wir fordern die Überarbeitung der Quotierungsregelungen des SPD-Ordnungsstatuts zu
- 2 einer FINTA*-quote statt einer Geschlechterquote.

Antrag O32: Einführung einer Seniorenmitgliedschaft in der SPD

Antragsteller*in:	SPD-Unterbezirk Duisburg
Status:	abgelehnt
Empfehlung Antragskommission:	Ablehnung
Sachgebiet:	O - Organisationspolitik

- 1 Viele ältere Genossinnen und Genossen werden aus finanziellen Gründen von ihren
- 2 Angehörigen aus der Partei abgemeldet, obwohl sie selbst dies nicht wünschen. Um
- 3 ihnen weiterhin eine Zugehörigkeit zur SPD zu ermöglichen und ihre langjährige Treue
- 4 zu würdigen, fordern wir eine beitragsfreie Mitgliedschaft bei
- 5 Pflegebedürftigkeit/Betreuung und Nachweis von ähnlichen Härtefällen.

Antrag O33: Politische Teilhalbe erleichtern durch Barrierefreiheit

Antragsteller*in:	SPD-Unterbezirk Kassel-Stadt
Status:	überwiesen
Empfehlung Antragskommission:	Überweisung an SPD-Parteivorstand
Sachgebiet:	O - Organisationspolitik

- 1 Wir fordern den Einsatz von Livetranskription wie zum Beispiel über Webex oder
- 2 ähnliche Plattformen für Redebeiträge, damit hörgeschädigte Menschen mitpartizipieren
- 3 und damit mitgestalten können.

Antrag O34: Beschlusslagen transparent machen

Antragsteller*in:	SPD-Bezirk Hessen-Nord
Status:	überwiesen
Empfehlung Antragskommission:	Überweisung an SPD-Parteivorstand
Sachgebiet:	O - Organisationspolitik

- 1 Wir fordern die Bundes-SPD auf, alle Beschlussbücher ihrer Parteitage aus den
- 2 vergangenen fünf Jahren parteiöffentlich leicht auffindbar zu machen.

Antrag O35: Berichterstattung zum Arbeitsstand der angenommenen und beschlossenen Anträge durch den PV

Antragsteller*in:	60 plus Bundeskonferenz Bund (Parteizentrale)
Status:	nicht befasst
Empfehlung Antragskommission:	Nichtbefassung
Sachgebiet:	O - Organisationspolitik

- 1 Der Bundesvorstand (BuVo SPD AG60plus) wird aufgefordert, die zeitnahe
- 2 Berichterstattung zum Bearbeitungsstand der angenommenen und übergebenen Anträge
- 3 durch die Empfänger zu organisieren.

Antrag O36: SPD-Aussendungen mit anderer Kennung versehen

Antragsteller*in:	SPD-Unterbezirk Osnabrück-Stadt
Status:	überwiesen
Empfehlung Antragskommission:	Überweisung an SPD-Parteivorstand
Sachgebiet:	O - Organisationspolitik

- 1 Die Bundespartei wird aufgefordert, dass E-Mail-Aussendungen der SPD eine andere
- 2 Kennung erhalten, da viele Provider diese blocken. Mitglieder erhalten daher, obwohl
- 3 gewünscht, keine E-Mails aus den SPD-Geschäftsstelle oder dem Willy-Brandt-Haus.

Antrag O37: Deadnaming raus aus den Parteibüchern!

Antragsteller*in:	SPD-LV Sachsen-Anhalt
Status:	überwiesen
Empfehlung Antragskommission:	Überweisung an SPD-Parteivorstand
Sachgebiet:	O - Organisationspolitik

- 1 „Deadnaming“ im Parteibuch sollte rechtssicher verhindert werden.

Antrag O38: Benachrichtigung über Neumitglieder in der SPDqueer auf Kreisebene

Antragsteller*in:	SPD-Landesverband Berlin
Status:	überwiesen
Empfehlung Antragskommission:	Überweisung an SPD-Parteivorstand
Sachgebiet:	O - Organisationspolitik

- 1 Der Bundesvorstand der SPD wird aufgefordert analog zu den Abteilungen und den Jusos
- 2 den Vorstand der SPDqueer auf Kreisebene über Ein-, Austritte und Umzüge von
- 3 Mitgliedern der AG zu informieren.

Antrag O39: Professionelles Erklärvideo zur Formulierung von Anträgen

Antragsteller*in:	SPD-Landesorganisation Hamburg
Status:	überwiesen
Empfehlung Antragskommission:	Überweisung an SPD-Parteivorstand
Sachgebiet:	O - Organisationspolitik

- 1 Der SPD-Parteivorstand soll die Finanzierung, Vorbereitung und Produktion eines
- 2 professionellen Erklärvideos zum Thema „Wie schreibe ich einen Antrag?“ veranlassen.
- 3 Dabei soll Folgendes beachtet werden:
- 4 Das Video soll barrierefrei sein, d.h. es sollen verschiedene Versionen verfügbar
- 5 sein. Z.B.
- 6 • in leichter Sprache
- 7 • in einer Untertitelten Version, deren Tempo an die Lesegeschwindigkeit angepasst
- 8 ist
- 9 • mit Gebärdendolmetschung
- 10 Das Video soll in einem ersten Kapitel erklären, welches Parteiorgan Antragsrecht an
- 11 welches andere Parteiorgan hat.
- 12 Es soll auf der Website der Bundespartei verfügbar sein und in die Websites anderer
- 13 Organisationseinheiten problemlos einzubinden sein.
- 14 Es soll in einer bei der Entwicklung des Videos geplanten Kampagne bundesweit
- 15 beworben werden.
- 16 Es soll Hinweise enthalten, an wen sich Antragstellende bei Fragen wenden können.

Antrag O40: Rahmenbedingungen für kleine Kreisverbände und Unterbezirke verbessern

Antragsteller*in:	SPD-LV Sachsen-Anhalt
Status:	überwiesen
Empfehlung Antragskommission:	Überweisung an SPD-Parteivorstand
Sachgebiet:	O - Organisationspolitik

- 1 Der SPD-Parteivorstand schlägt in Zusammenarbeit mit der Organisationspolitischen
- 2 Kommission dem Parteikonvent Maßnahmen zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für
- 3 kleine Kreisverbände vor. Dies betrifft u.a. die Vereinfachung von
- 4 Verwaltungsaufgaben. Entsprechende Satzungsänderungen sollen dem nächsten
- 5 ordentlichen Bundesparteitag vorgeschlagen werden. Dies soll u.a. umfassen:
- 6
 - Zugang zu den Mitgliedsdaten für Kreisvorstände
- 7
 - Zentralisierung der Kontenführung auf Kreis- oder Landesebene mit Zustimmung der
- 8 Ortsvereine

Antrag O41: Die deutsche Sozialdemokratie in Europa vollständig und solidarisch repräsentieren - Ein Listenplatz für jedes Bundesland

Antragsteller*in:	SPD-KV Erfurt
Status:	abgelehnt
Empfehlung Antragskommission:	Ablehnung
Sachgebiet:	O - Organisationspolitik

- 1 Der Bundesparteitag möge beschließen, die aufzustellende Liste zu künftigen
- 2 Europawahlen dahingehend zu quotieren, dass sich unter den ersten 16 Listenplätzen
- 3 nur eine Kandidatin oder ein Kandidat aus jedem Bundesland wiederfindet. Hiermit
- 4 gewährleisten wir Sozialdemokraten eine vollständige Repräsentation aller
- 5 Bundesländer innerhalb der europäischen Sozialdemokratie und dem Europaparlament.
- 6 Gleichzeitig tragen wir über die gewählten Vertreter*innen die europäische Demokratie
- 7 flächendeckend in jedes Bundesland, auch in unsere strukturschwachen Landesverbände.
- 8 Zusätzlich können wir hier durch zusätzliche Mandatsträger und deren hauptamtliche
- 9 Strukturen unsere politische Arbeit, Demokratiebildung und Weltoffenheit aktiv und
- 10 durch gelebte Politik unterstützen.

Antrag O42: Für eine demokratische Kompromisskultur - die richtige, nicht die falsche

Antragsteller*in:	OV Bogenhausen-Oberföhring, OV Viechtach
Status:	überwiesen
Empfehlung Antragskommission:	Überweisung an SPD-Parteivorstand
Sachgebiet:	O - Organisationspolitik

- 1 Die SPD muss, in einer Regierungskoalition, die Koalitionsvereinbarung loyal
- 2 abarbeiten. Sie muss aber gleichzeitig immer deutlich machen, was sie darüber hinaus
- 3 eigentlich will.

Antrag StÄ01: Änderung des Organisationsstatuts zur Digitalisierung der Parteiarbeit

Antragsteller*in:	SPD Parteivorstand
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung Antragskommission:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	StÄ - Statutenänderungen

1) Änderung des § 16 OrgStat Parteitag, Konstituierung, Protokoll

In § 16 wird folgender neuer Absatz 2 eingefügt:

- a) „Die Geschäftsordnung bestimmt, ob und mit welchen Hilfsmitteln die Stimmabgabe bei Wahlen und Beschlussfassungen ganz oder teilweise im Wege der elektronischen Kommunikation erfolgt.“
- „b) Der bisherige Absatz 2 wird zu Absatz 3.“

2) Änderung des § 18 OrgStat Einberufung des ordentlichen Parteitages

In § 18 wird folgender neuer Absatz 2 angefügt:

- a) „(2) Der Parteivorstand legt fest, ob der Parteitag in Präsenz, virtuell oder hybrid durchgeführt wird. Grundsätzlich soll der Parteitag in Präsenz stattfinden.“
- b) Die bisherigen Absätze 2 bis 4 werden zu Absätzen 3 bis 5

13

3) Änderung des § 22 OrgStat Fristen des außerordentlichen Parteitages

§ 22 Abs. 1 wird wie folgt gefasst:

- „(1) Die Einberufung des außerordentlichen Parteitages muss spätestens einen Monat vorher veröffentlicht werden. Mit der Einberufung setzt der Parteivorstand die Antragsfrist fest. Er legt zugleich fest, ob der Parteitag in Präsenz, virtuell oder hybrid durchgeführt wird. Grundsätzlich soll der Parteitag in Präsenz stattfinden.“

4) Änderung des § 23 OrgStat Parteivorstand

Es wird folgender neuer Absatz 10 angefügt:

- „(10) Der Vorstand kann festlegen, ob er in Präsenz, digital oder hybrid zusammentritt.“

5) Änderung des § 28 OrgStat Zusammensetzung und Einberufung des Parteikonvents

§ 28 Abs. 3 wird wie folgt gefasst:

- „(3) Mit der Einberufung setzt der Parteivorstand die Antragsfrist fest. Er legt zugleich fest, ob der Parteikonvent in Präsenz, virtuell oder hybrid durchgeführt wird. Es gelten die Antragsberechtigungen des Parteitages entsprechend.“

6) Änderung des § 3 Wahlordnung Allgemeine Grundsätze

§ 3 Abs. 3 der Wahlordnung wird wie folgt gefasst:

- „(3) Die für einen Wahlgang verwendeten Stimmzettel müssen einheitlich sein, soweit die vorhandenen technischen Möglichkeiten dies zulassen. Der Vorstand legt fest, ob und mit welchen Hilfsmitteln die Stimmabgabe ganz oder teilweise im Wege der elektronischen Kommunikation erfolgt. Dies gilt nicht für die Aufstellung von Kandidatinnen und Kandidaten zu staatlichen Wahlen.“

Antrag StÄ02: Änderung der Finanzordnung

Antragsteller*in:	SPD Parteivorstand
Status:	angenommen
Empfehlung Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	StÄ - Statutenänderungen

1 Neue Beitragstabelle

- 2 bis 1000,00 €: 6,00 € Monatsbeitrag
- 3 bis 2000,00 €: 8,50 € - 17,00 € - 23,00 € Monatsbeitrag
- 4 bis 3000,00 €: 28,00 € - 35,00 € - 40,00 € Monatsbeitrag
- 5 bis 4000,00 €: 50,00 € - 67,00 € - 83,00 € Monatsbeitrag
- 6 bis 6000,00 €: 110,00 € - 170,00 € - 280,00 € Monatsbeitrag
- 7 ab 6000,00 €: 330,00 € und mehr Monatsbeitrag

8 1. Änderung §1 Mitgliedsbeiträge

9 (2) Der monatliche Mitgliedsbeitrag, der von Bundestags- und Europaabgeordneten sowie
10 von Regierungsmitgliedern erwartet wird, beträgt mindestens 350,00 Euro. (vorher
11 300,00)

12 (4) Der monatliche Mitgliedsbeitrag, der von kommunalen und vergleichbaren
13 Wahlbeamten erwartet wird, beträgt unter Bezug auf die Besoldungsgruppe mindestens:

- 14 A15 und A16: 75,00 € (vorher 70 €)
- 15 B1 und B2: 150,00 € (vorher 140 €)
- 16 B3 bis B6: 225,00 € (vorher 210 €)
- 17 B7 bis B9: 300,00 € (vorher 280 €)
- 18 B10 bis B11: 380,00 € (vorher 350)

19 (5) Für Mitglieder ohne Erwerbseinkommen, ohne Pensionen, ohne Renteneinkünfte oder
20 vergleichbare Einkommen beträgt der monatliche Mitgliedsbeitrag 3,00 Euro (vorher
21 2,50 €). Für Mitglieder, die zugleich einer anderen Partei angehören, die Mitglied
22 der Sozialdemokratischen Partei Europas (SPE) ist, beträgt der monatliche Beitrag
23 3,00 Euro wenn sie ihre Beitragsverpflichtungen gegenüber dieser Schwesterpartei
24 erfüllen. (vorher 2,50)

25 (6) Der Jahresbeitrag beträgt für Nur-Juso-Mitglieder 24,00 Euro. (vorher 18,00)

26 2. Änderung des § 1 Abs. 7 FO

27 § 1 Abs. 7 FO wird wie folgt gefasst:

28 (7) Eine Anpassung der Beiträge erfolgt jährlich zum 1. Januar. Diese orientiert sich
29 an der nominalen Steigerung des durchschnittlichen Nettoeinkommens, ermittelt durch
30 das Bundesamt für Statistik. Dies bedarf jeweils der Festlegung durch den
31 Parteivorstand. Beiträge von Mitgliedern ohne Einnahmen oder mit geringfügigem
32 Einkommen sind von der jährlichen Anpassung ausgenommen. Mit Zustimmung von
33 Zweidritteln der Mitglieder der Konferenz der Schatzmeister*innen und
34 Kassierer*innen der Landesverbände und Bezirke kann der Parteivorstand eine über

diese Regelung hinausgehende Anpassung der Beiträge beschließen. (Das Nähere regelt der Parteivorstand in einer Richtlinie.)

3. Änderung des § 1 Abs. 13 FO

§ 1 Abs. 13 FO wird wie folgt gefasst:

(13) Die *Vorgaben* für die Herstellung von Beitragsmarken, Beitragsbestätigungen, Wahlfonds – und Sondermarken, sowie von Formularen für die Zuwendungsbestätigungen *sind* ausschließlich dem Parteivorstand vorbehalten. (...)

4. Änderung § 2 Abs. 2 und 5 FO

§ 2 Abs. 2 FO wird wie folgt gefasst:

(2) Mitglieder der SPD, die auf Vorschlag *der Partei* oder in Wahrnehmung von Funktionen für die Partei oder in Wahrnehmung öffentlicher Ämter und Mandate als Mitglieder von Aufsichts-, Verwaltungs-, ~~oder~~ Beiräten oder vergleichbaren Gremien Aufwandsentschädigungen, Tantiemen oder ähnliche Bezüge erhalten, haben von ihren Bezügen 30 Prozent an den Gebietsverband der entsprechenden Ebene abzuführen. Die Abführung von derartigen Bezügen aufgrund anderer bestehender Regelungen, wie sie z. B. für Gewerkschaftsmitglieder in Aufsichtsräten gelten, ist dabei anzurechnen.

§ 2 Abs. 5 FO wird wie folgt gefasst:

(5) *Landesverbände/Bezirke können für sich sowie ihre nachgeordneten Gliederungen zusätzlich zu den in den Absätzen 1, 1a und 3 geregelten Sonderbeiträgen für die dort genannten Personen weitere Sonderbeiträge festlegen. Die Regelungen der Absätze 1 bis 3 bleiben hiervon unberührt.*

5. Änderung § 3 Abs. 6 FO

§ 3 Abs. 6 FO wird wie folgt gefasst:

(6) Spenden, Mitglieds- und Sonderbeiträge an die Partei oder einen oder mehrere Gebietsverbände, deren Gesamtwert in einem Kalenderjahr (Rechnungsjahr) 10.000 Euro übersteigt, sind unter Angabe des Namens und einer Anschrift der/des Spenderin/Spenders sowie der Gesamthöhe der Zuwendungen im Rechenschaftsbericht der Gesamtpartei zu verzeichnen. Spenden, die im Einzelfall die Höhe von 35.000 Euro übersteigen, sind dem Parteivorstand zur Meldung an den Präsidenten/*die Präsidentin* des Deutschen Bundestages unverzüglich anzuzeigen.

6. Änderung § 5 Abs. 3 FO

§ 5 Abs. 3 FO wird wie folgt gefasst:

(3) *Ortsvereine und sonstige Organisationsformen unterhalb der Unterbezirksebene, die einmalig nicht fristgerecht einen ordnungsgemäßen Rechenschaftsbericht erstellt haben, können das Recht zur Kassenführung verlieren. Bei zweimaliger aufeinanderfolgender Nichtabgabe verliert die betroffene Organisationsform das Recht zur Kassenführung. Der jeweilige Bezirksvorstand stellt den Verlust des Rechtes zur Kassenführung fest und beschließt auf Antrag der jeweiligen Organisationsform, dass die betroffene Gliederung bzw. Organisationsform das Recht zur Kassenführung wiedererlangt. Das Nähere regelt der Parteivorstand in einer Richtlinie.*

Antrag StÄ03: Streichung Dopplung § 4 Wahlordnung

Antragsteller*in:	SPD Parteivorstand
Status:	angenommen
Empfehlung Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	StÄ - Statutenänderungen

- 1 **Änderung des § 4 Wahlordnung Verfahren bei Kandidatenaufstellungen**
- 2 § 4 Abs. 1 Satz 3 der Wahlordnung wird gestrichen.

Antrag StÄ04: Änderung der Wahlordnung

Antragsteller*in:	SPD-KV Erfurt
Status:	angenommen
Empfehlung Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	StÄ - Statutenänderungen

- 1 In § 13 Absatz 4 der Wahlordnung wird folgender Satz 3 eingefügt: Die
- 2 Bundesschiedskommission ist an die Zulassung gebunden.

Antrag StÄ05: Änderung der Wahlordnung Absatz 5

Antragsteller*in:	SPD-KV Erfurt
Status:	abgelehnt
Empfehlung Antragskommission:	Ablehnung
Sachgebiet:	StÄ - Statutenänderungen

- 1 In § 13 der Wahlordnung wird folgender neue Absatz 5 eingefügt; die bisherigen
2 Absätze 5 bis 7 werden Absätze 6 bis 8:
- 3 • (5) Die Nichtzulassung der Berufung unterliegt der Beschwerde
4 (Nichtzulassungsbeschwerde). Die Nichtzulassungsbeschwerde ist nur zulässig,
5 wenn die Sache grundsätzliche Bedeutung hat oder eine Entscheidung der
6 Bundesschiedskommission im Interesse der einheitlichen Auslegung der Wahlordnung
7 liegt. Die Nichtzulassungsbeschwerde ist innerhalb einer Woche nach Zustellung
8 der Entscheidung bei der Bundesschiedskommission einzulegen; innerhalb dieser
9 Frist ist sie auch zu begründen. Wird der Beschwerde gegen die Nichtzulassung
10 der Revision stattgegeben, so wird das Beschwerdeverfahren als
11 Berufungsverfahren fortgesetzt. In diesem Fall gilt die form- und fristgerechte
12 Einlegung der Nichtzulassungsbeschwerde als Einlegung der Berufung. Im Übrigen
13 gilt § 21 Abs. 3 bis 5 der Schiedsordnung entsprechend.

Antrag StÄ06: Aufwandsentschädigung des Parteivorstandes im Organisationsstatut / Finanzordnung neu regeln

Antragsteller*in:	OV Fürstenwalde
Status:	überwiesen
Empfehlung Antragskommission:	Überweisung an SPD-Parteivorstand
Sachgebiet:	StÄ - Statutenänderungen

- 1 Die Aufwandsentschädigung der Parteivorsitzenden und Generalsekretärs in der
- 2 Finanzordnung wie folgt zu regeln:
- 3 "§ 16 Ehrenamtsentschädigung
- 4 Eine Vergütung für ehrenamtliche Tätigkeit ist auf 4500 Euro begrenzt."
- 5 Die Aufwandsentschädigung wird auf 4500,- EUR monatlich begrenzt. Sofern ein
- 6 Bundestagsmandat, Landtagsmandat oder Ministeramt wahr genommen wird, entfällt die
- 7 Zahlung einer monatlichen Aufwandsentschädigung. Ausgaben für die Arbeit als
- 8 Vorsitzenden und Generalsekretärs werden in diesem Fall nach Aufwand entschädigt und
- 9 müssen nachgewiesen werden, dürfen aber 4500,- EUR im Monat nicht überschreiten.

Antrag StÄ07: Weibliche oder gender-diverse Doppelspitzen in Vorständen erlauben

Antragsteller*in:	OV Bamberg Altstadt-Süd
Status:	überwiesen
Empfehlung Antragskommission:	Überweisung an SPD-Parteivorstand
Sachgebiet:	StÄ - Statutenänderungen

- 1 dass das Organisationsstatut § 11 (2), Satz 4 um das Wort „mindestens“ und „bzw. eine
2 gender-diverse Person“ im unterstrichenen nachfolgenden Wortlaut ergänzt werde.
- 3 Konkret beantragen wir damit die zusätzliche Wahlmöglichkeit von ausschließlich
4 weiblich oder gender-divers besetzen Doppelspitzen in Parteiämtern, die eine
5 Doppelspitze vorsehen.
- 6 „...In den Funktionen und Mandaten der Partei müssen nach Maßgabe dieses Statuts und
7 der Wahlordnung Frauen und Männer mindestens zu je 40 % vertreten sein. Die Pflicht
8 richtet sich an das wählende oder entsendende Gremium. Die Quotierung bezieht sich
9 insbesondere auf Mehrpersonengremien wie Vorstände, geschäftsführende Vorstände, von
10 Vorständen eingesetzte Gremien und Delegationen.
- 11 Die Satzungen der Gliederungen können zulassen, dass dem Vorstand zwei
12 gleichberechtigte Vorsitzende, davon MINDESTENS eine Frau BZW. EINE GENDER-DIVERSE
13 PERSON angehören. “

Antrag StÄ08: Weibliche Doppelspitze ermöglichen

Antragsteller*in:	SPD-Kreisverband Osnabrück-Land
Status:	überwiesen
Empfehlung Antragskommission:	Überweisung an SPD-Parteivorstand
Sachgebiet:	StÄ - Statutenänderungen

- 1 Paragraf 23 (1) a) SPD-OrgaStatut wie folgt ergänzt wird
- 2 • "dem oder der Vorsitzenden oder zwei gleichberechtigten Vorsitzenden, davon
- 3 **mindestens** eine Frau."(weitere Änderungen im Organisationsstatut, die sich aus
- 4 diesem Beschluss ergeben, sind entsprechend vorzunehmen)

Antrag StÄ09: Auf dem Weg zur Parität

Antragsteller*in:	SPD FRAUEN Vorstand Bund (Parteizentrale)
Status:	überwiesen
Empfehlung Antragskommission:	Überweisung an Parteivorstand
Sachgebiet:	StÄ - Statutenänderungen

- 1 § 11 Abs. 2, Satz 1 Organisationsstatut wird als neuer Satz 2 angefügt:
- 2 „Vorschläge zur Listenaufstellung beginnen mit einer Person des Geschlechts, das zum
- 3 Zeitpunkt der Wahl (parteiintern) unterrepräsentiert ist, soweit die
- 4 Unterrepräsentanz einen Anteil von weniger als 50% beträgt.“
- 5 Satz 2 wird zu Satz 3, Satz 3 zu Satz 4 (Folgeänderung)

Antrag StÄ10: Für Europa: Nur quotierte Landeslisten

Antragsteller*in:	SPD FRAUEN Vorstand Bund (Parteizentrale)
Status:	überwiesen
Empfehlung Antragskommission:	Überweisung an Parteivorstand
Sachgebiet:	StÄ - Statutenänderungen

- 1 § 14 Abs. 3, Organisationsstatut wird ein Satz angefügt:
- 2 §4 Verfahren bei Kandidatenaufstellungen
- 3 ...
- 4 (3) Die Aufstellung der gemeinsamen Liste aller Bundesländer (Bundesliste) zur
- 5 Europawahl oder die Aufstellung von Landeslisten zur Europawahl erfolgt alternierend;
- 6 eine Frau, ein Mann, beginnend mit dem Spitzenkandidaten oder der Spitzenkandidatin.
- 7 Für die Ersatzkandidaturen gilt: Für eine Kandidatin kann nur eine Ersatzkandidatin,
- 8 für einen Kandidaten nur ein Ersatzkandidat nominiert werden.
- 9 **neu: Auch in Landesverbänden mit Bezirksstrukturen müssen alternierende Landeslisten**
- 10 **aufgestellt werden, die die Grundlage der Bundesliste darstellen.**

Antrag StÄ11: Los-Verfahren bei Delegiertenwahl

Antragsteller*in:	OV Suchsdorf
Status:	abgelehnt
Empfehlung Antragskommission:	Ablehnung
Sachgebiet:	StÄ - Statutenänderungen

- 1 Ergänze in der Wahlordnung § 8 (4) den Satz:
- 2 Bei Delegiertenwahlen gibt es bei Stimmengleichheit keine Stichwahl, es entscheidet
- 3 direkt das Los.

Antrag StÄ12: Sicherstellung der Geheimhaltung von Wahlen durch Aufstellung von Wahlkabinen

Antragsteller*in:	SPD-Ortsverein Blankenfelde-Mahlow
Status:	abgelehnt
Empfehlung Antragskommission:	Ablehnung
Sachgebiet:	StÄ - Statutenänderungen

- 1 Der § 3 "Allgemeine Grundsätze" (1) des Organisationstatuts der SPD wird wie folgt
- 2 ergänzt:
- 3 „Wahlen sind geheim, soweit satzungsmäßig nicht offen gewählt werden kann. Zur
- 4 Sicherstellung der Geheimhaltung der Wahl sind Wahlkabinen in ausreichender Anzahl
- 5 bereitzustellen. Die Anzahl der Wahlkabinen soll sich dabei an der Anzahl der
- 6 Wahlberechtigten orientieren, um eine zügige und reibungslose Durchführung der Wahl
- 7 zu gewährleisten. Darüber hinaus ist sicherzustellen, dass alle Wahlkabinen
- 8 barrierefrei zugänglich sind, um die vollständige Teilhabe aller Mitglieder zu
- 9 ermöglichen.“

Antrag StÄ13: Erleichterte Abwicklung von Ortsvereinen

Antragsteller*in:	SPD-Kreisverband Segeberg
Status:	überwiesen
Empfehlung Antragskommission:	Überweisung an SPD-Parteivorstand
Sachgebiet:	StÄ - Statutenänderungen

- 1 Der Bundesparteitag wird aufgefordert, das Organisationsstatut dahingehend zu ändern,
2 dass die Abwicklung nicht mehr handlungsfähiger Ortsvereine vereinfacht wird.
- 3 Das bisherige Verfahren, das den Untergang eines funktionierenden Ortsvereins und den
4 Aufwand für die Neukonstituierung eines fusionierten Ortsvereins erfordert,
5 demotiviert die aktiven Mitglieder und schwächt die lokale Organisationskraft.
6 Entsprechend ist § 11 Abs. 4 OrgStatut wie folgt zu ändern (Änderungen kursiv).
- 7 § 11 Abs. 4 (neu):
- 8 (4) Gehören einem Vorstand nicht mindestens drei gewählte Mitglieder an, so hat der
9 Vorstand der nächst höheren Gliederung unverzüglich Neuwahlen anzukündigen. Er muss
10 die Rechte des handlungsunfähigen Vorstandes wahrnehmen oder Dritte mit der
11 Wahrnehmung dieser Rechte kommissarisch beauftragen. Kommt es nicht in angemessener
12 Zeit, spätestens aber binnen drei Monaten, zur Wahl eines handlungsfähigen
13 Vorstandes, kann der Vorstand der nächsthöheren Gliederung eine Neuabgrenzung nach §
14 8 Abs. 2 vornehmen. Geschieht dies nicht in angemessener Zeit, so obliegt diese
15 Pflicht wiederum der nächsthöheren Gliederung. *Alternativ kann ein*
16 *Unterbezirksvorstand einen nicht mehr handlungsfähigen Ortsverein beenden und dessen*
17 *Mitglieder einem oder mehreren benachbarten Ortsvereinen zuordnen. Der*
18 *Kassenabschluss für den beendeten Ortsverein ist in diesem Falle vom Unterbezirk zu*
19 *erstellen.* Wurde der Vorstand nicht in jedem zweiten Kalenderjahr gewählt, so ist der
20 Vorstand der nächsthöheren Gliederung berechtigt, unverzüglich Neuwahlen
21 anzukündigen.

Antrag StÄ14: Dauerhafte Gültigkeit des Widerrufs der Anpassung des Mitgliedsbeitrags

Antragsteller*in:	SPD-Unterbezirk Salzgitter
Status:	abgelehnt
Empfehlung Antragskommission:	Ablehnung
Sachgebiet:	StÄ - Statutenänderungen

- 1 Gemäß Finanzordnung der SPD §1 Mitgliedsbeiträge Absatz 7 wurde ab 2003 eine
- 2 jährliche Anpassung des Mitgliedsbeitrags beschlossen. Daher soll die aktuelle
- 3 Regelung zum jährlichen Widerruf der Anpassung des Mitgliedsbeitrags dahingehend
- 4 geändert werden, dass ein einmal erklärter dauerhafter Widerruf dauerhaft Gültigkeit
- 5 behält, auch wenn die Mitglieder ihren Mitgliedsbeitrag manuell ändern.

Antrag Ini01: Wehrhafte Demokratie heißt handeln. Jetzt AfD-Verbotsverfahren vorbereiten – und die Menschen zurückgewinnen

Antragsteller*in:	SPD Parteivorstand
Status:	angenommen
Empfehlung Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	Ini - Initiativanträge

- 1 Seit 162 Jahren streiten wir für Demokratie. Wir wissen: Freiheit, Gerechtigkeit und
2 Solidarität können nur in einer Gesellschaft entstehen und bestehen, die auf
3 universellen Grundrechten und Rechtsstaatlichkeit aufbaut.
- 4 Die Demokratie ist die einzige Staatsform, die das gewährleistet. Sie organisiert die
5 Mehrheitsbildung in einer vielfältigen und offenen Gesellschaft. Sie schützt die
6 Rechte von Minderheiten. Und sie lebt vom Vertrauen in gleiche Freiheit, gleiche
7 Würde und gleiche Teilhabe – unabhängig von Herkunft, Religion, Geschlecht oder
8 sozialem Status.
- 9 Demokratie ist kein Naturzustand. Sie ist verletzlich. Sie lebt von Voraussetzungen,
10 die sie selbst nicht garantieren kann: von unser aller innerer demokratischer
11 Überzeugung. Demokratisch zu sein ist deshalb eine bewusste und fortwährende
12 Entscheidung – für eine solidarische Gesellschaft, für das Gemeinwohl, für das
13 Menschenrecht auf Mitbestimmung.
- 14 In einer starken Gemeinschaft der Demokrat*innen wollen wir diese Gesellschaft
15 schützen – vor ihren alten und neuen Feinden. Dafür stehen wir: unserer Grundwerte
16 bewusst und unserer Geschichte verpflichtet.
- 17 **Aus verbaler Gewalt wird physische Gewalt**
- 18 Die größte Gefahr für unsere Demokratie ist der Rechtsextremismus. Er ist keine
19 politische Meinung, sondern eine Kampfansage an die Grundlagen eines freien und guten
20 Zusammenlebens. Die aktuellen Zahlen des Bundeskriminalamts zur politisch motivierten
21 Kriminalität belegen erneut die weiter wachsende Bedrohung: Im Jahr 2024 wurden
22 bundesweit 42.788 rechtsmotivierte Straftaten registriert – ein Anstieg von fast 50%
23 im Vergleich zum Vorjahr. Damit machen sie mit Abstand den größten Anteil aller
24 politisch motivierten Straftaten aus. Besonders besorgniserregend ist auch der
25 Anstieg rechtsextremistisch motivierter Gewalttaten um 13% Prozent.
- 26 Diese Entwicklung ist nicht nur eine gesellschaftliche und sicherheitspolitische
27 Herausforderung – sie hat zunehmend verfassungsrechtliche Relevanz. Denn wenn
28 rechtsextreme Ideologie nicht nur auf der Straße, sondern auch in Parteien und
29 Parlamenten Fuß fasst, wird politische Pluralität nicht gelebt, sondern gezielt
30 missbraucht – von Kräften, die sich außerhalb unserer Verfassungsordnung stellen und
31 darauf hinarbeiten, eben diese Ordnung abzuschaffen.
- 32 Gradmesser dieser zunehmenden Relevanz ist die Einstufung der AfD durch das Bundesamt
33 für Verfassungsschutz als „gesichert rechtsextremistisch“. Mit ihrer seit Jahren
34 betriebenen Strategie der gezielten Grenzverschiebung macht die AfD Rassismus und

völkisch-nationales Denken wieder salonfähig – und trägt aktiv zur Verrohung des öffentlichen Diskurses bei. Wo Worte entgrenzen, folgen Taten: Die Schwelle zur Gewalt sinkt, wenn die Menschenwürde anderer bewusst infrage gestellt wird.

Die fortschreitende Radikalisierung der AfD

Schon bei ihrer Gründung zeigte die AfD rechtsradikale Tendenzen – heute ist sie klar rechtsextremistisch. Der völkische Flügel dominiert die Partei. Ein demokratisches Korrektiv existiert in der AfD faktisch nicht mehr. Die Belege für die Verfassungswidrigkeit der AfD sind erdrückend – vielfältig, dokumentiert und ihr als Partei zurechenbar.

Björn Höcke, nach gerichtlicher Feststellung Rechtsextremist, sollte 2017 noch ausgeschlossen werden. 2019 erklärte ihn der AfD-Ehrenvorsitzende zur „Mitte der Partei“. Auch Co-Vorsitzende Alice Weidel hat sich dem völkisch-nationalistischen Kurs angeschlossen. Im Bundestagswahlkampf hetzte sie offen für „Remigration“ – die Ausweisung von Menschen, die nicht in das ethnisch definierte Volksbild der extremen Rechten passen. Eine Kampfansage an das Grundgesetz und die Menschenwürde.

Demokratiefeind in den Parlamenten

Und immer wieder wird der Nationalsozialismus verherrlicht und NS-Verbrechen relativiert: Matthias Helferich (MdB) nannte sich das „freundliche Gesicht des NS“, viele Mandatsträger, wie Björn Höcke, wurde mehrfach wegen Nazi-Parolen verurteilt. Wo sie kann, macht die AfD die parlamentarische Demokratie verächtlich – etwa, als ihr Alterspräsident im Thüringer Landtag die Konstituierung sabotierte und erst durch das Verfassungsgericht gestoppt wurde. In internen Chats wird zur „Stürmung des Bundestags“ aufgerufen. Oder ganz offen Enrico Komning, heutiger Parlamentarischer Geschäftsführer der AfD-Bundestagsfraktion, der sagte: „Diese Demokratie..., die wollen wir ja aber gar nicht. Die wollen wir doch abschaffen.“

AfD kein normaler politischer Akteur

Mit einer Partei, die demokratische Regeln missbraucht, um die Demokratie von innen zu bekämpfen, ist kein fairer Wettbewerb möglich. Jeder Versuch, sie in den demokratischen Diskurs einzubinden, läuft ins Leere. Mit KI-gesteuerter politischer Kommunikation setzt die AfD auf Desinformationen und Fake News anstelle von wahrhaftigen Argumenten. Die erheblichen Finanzströme der AfD und ihre Unterstützungsstruktur ist oftmals nebulös und mangelhaft transparent. Die AfD sabotiert das System – sie ist kein Mitbewerber, sondern ein Feind der parlamentarischen Demokratie. Käme sie an die Macht, wäre zu befürchten, dass sie nicht mehr abgewählt werden könnte, weil sie die freiheitlich-demokratische Grundordnung abschaffen würde. Parlamentarische Demokratien leben vom gemeinsamen demokratischen Konsens. Die AfD teilt diesen nicht – sie lehnt die Gewaltenteilung ab.

Mit Lügen zur Macht – Desinformation und Spaltung als Strategie

Die Verrohung des gesellschaftlichen Klimas ist Teil der politischen Methode der AfD. Sie appelliert bewusst an die rohe Bürgerlichkeit – an Unsicherheit, Empörung und

Enttäuschung –, um gezielt Ressentiments zu schüren und Menschen zu radikalisieren. Mit Verschwörungserzählungen, Hetze und Tatsachenverdrehung verschiebt sie die Grenzen des Sagbaren und will völkisch-nationales Denken normalisieren. Ihre Angriffe auf freie Medien, Wissenschaft, Justiz und staatliche Institutionen zielen darauf, Vertrauen zu zerstören und demokratische Debatten zu vergiften. Dabei agiert sie nicht isoliert: Es gibt Hinweise auf Verbindungen zu international agierenden Akteuren, die Einfluss auf die öffentliche Meinung in Deutschland nehmen und die AfD gezielt als innenpolitisches Destabilisierungsinstrument stärken.

Gezielter Angriff auf das Herz unserer Demokratie

Diese Strategie der Diskursvergiftung ist kein Selbstzweck – sie ist Teil eines umfassenden Angriffs auf die demokratischen Institutionen unseres Landes. Die AfD verfolgt eine Strategie, die darauf abzielt, zentrale Institutionen unseres demokratischen Rechtsstaats zu delegitimieren und das Vertrauen in die parlamentarische Demokratie systematisch zu untergraben. Sie verspottet demokratische Verfahren, unterläuft bewusst parlamentarische Regeln und nutzt ihre Mandate nicht zur Mitgestaltung, sondern zur bewussten Verächtlichmachung und Schwächung unserer demokratischen Ordnung. Ihr Ziel ist es, die freiheitlich-demokratische Grundordnung von innen heraus zu zersetzen. Dieses Vorgehen ist autoritären Bewegungen historisch bekannt – und unsere Geschichte mahnt uns, solchen Angriffen rechtzeitig und entschlossen entgegenzutreten.

Aus Warnung wird Verantwortung – der Weg zum Parteiverbot

Je klarer die Befunde sind, desto näher rückt der Punkt, an dem die Schutzinstrumente unserer Verfassung greifen müssen – allen voran die Entscheidung zur Einleitung eines Verfahrens auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit der AfD nach Artikel 21 Absatz 2 Grundgesetz mit der Folge eines Parteiverbots (§ 46 Absatz 3 Bundesverfassungsschutzgerichtsgesetz). Am Ende dieses Weges steht für uns kein politisches Ermessen mehr, sondern Verantwortung: vor unserer Geschichte und zum Schutz unserer Demokratie vor ihren Feinden. Deshalb stellt sich mit wachsender Klarheit und Konsequenz die Frage, wann der demokratische Rechtsstaat nicht nur beobachtet, sondern handelt – auch mit dem schärfsten Mittel, das ihm das Grundgesetz zur Verfügung stellt: dem Verbot einer verfassungsfeindlichen Partei.

Jetzt den Verbotsantrag fachlich strukturiert vorbereiten

Für uns als SPD ist klar erkennbar, dass die AfD mit der Unterstützung illiberaler und demokratiefeindlicher, rechtsextremer Netzwerke das Ziel verfolgt, mit den Mitteln der Manipulation und Desinformation, der Verunsicherung und der Spaltung unserer Gesellschaft unsere freiheitliche demokratische Grundordnung systematisch zu beeinträchtigen. Eine solche Gefährdung unserer Demokratie werden wir nicht hinnehmen.

Wegen der besonderen Rolle und Privilegierung von Parteien in unserer politischen Ordnung sieht unsere Verfassung als Ultima Ratio, als äußerstes Mittel unserer

117 wehrhaften Demokratie, das Verbot einer Partei vor, wenn das Bundesverfassungsgericht
118 in einem Prüfverfahren zu dem Schluss kommt, dass die Partei verfassungswidrig sei.
119 Antragsberechtigt sind die Verfassungsorgane Bundestag, Bundesrat und
120 Bundesregierung.

121 Für uns als SPD ist deshalb klar: Jetzt ist die Zeit, dass die antragsberechtigten
122 Verfassungsorgane die Voraussetzungen schaffen, um unverzüglich einen Antrag auf
123 Feststellung der Verfassungswidrigkeit der AfD stellen zu können.

124 Wir wollen deshalb darauf hinwirken, dass die antragsberechtigten Verfassungsorgane
125 durch Einsetzung einer Bund-Länder Arbeitsgruppe mit einer Sammlung von Materialien
126 für ein Feststellungsverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht beginnen. Zudem
127 sollen Gutachter*innen benannt werden, die das Material daraufhin prüfen, ob damit
128 der Nachweis der Verfassungswidrigkeit der AfD erbracht werden kann. Sofern
129 ausreichendes Material vorliegt, betrachten wir es als demokratische Pflicht, dass
130 durch eines der antragsberechtigten Verfassungsorgane eine gut substantiierte
131 Antragsstellung auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit der AfD beim
132 Bundesverfassungsgericht nach Art. 21 GG erfolgt.

133 Aus unserer Geschichte als älteste Partei Deutschlands, im Kampf gegen den Faschismus
134 und an der Seite derer, die heute besonders von rechtsextremer Gewalt bedroht sind,
135 setzt sich die SPD auf allen Ebenen für die Einleitung eines Verbotsverfahrens gegen
136 die AfD vor dem Bundesverfassungsgericht ein.

137 **Politisch handeln – strategisch verstehen: AfD-Zuspruch ernst nehmen, Menschen**
138 **zurückgewinnen**

139 Doch klar ist auch: Ein Verbotsverfahren oder die Feststellung der
140 Verfassungswidrigkeit der AfD ersetzt in keiner Weise die politische
141 Auseinandersetzung mit ihrem Gedankengut. Der Zuspruch zur AfD wächst trotz ihrer
142 rechtsextremen Botschaften. Damit müssen wir uns konzentriert und dringlich
143 auseinandersetzen.

144 Wir sind überzeugt, dass bei weitem nicht alle Wähler und Wählerinnen der AfD über
145 ein gefestigtes rechtsextremes Weltbild verfügen. Doch warum wählen und unterstützen
146 diese Menschen eine Partei, die offen gegen Grundrechte, soziale Gerechtigkeit und
147 das Zusammenleben in Vielfalt agiert – und deren Politik oft gerade denjenigen
148 schadet, die sie wählen?

149 Zu viele Menschen in Deutschland zweifeln an der Handlungsfähigkeit von Staat und
150 Demokratie. Zu viele nehmen wahr, dass ihre Lebenssituation nicht gesehen wird, dass
151 ihr Stimme nicht gehört wird und dass sie in viel zu geringem Maße selbst über ihr
152 Leben bestimmen. Zu viele stellen infrage, ob es in Deutschland bei der Verteilung
153 von Einkommen, Vermögen und der Chancen bei Bildung und Teilhabe gerecht zugeht.

154 Auf diese Fragen, auf diese Wahrnehmungen und Realitäten braucht die Sozialdemokratie
155 Antworten, wenn wir den Zuspruch zu den radikalen Kräften brechen und Menschen
156 zurückgewinnen wollen.

157 Der Parteivorstand wird deshalb beauftragt, in unserer Partei eine dauerhafte

158 Struktur zu schaffen, die die Ursachen des AfD-Zuspruchs sowie deren politische
159 Methoden systematisch analysiert. Dazu soll eine Arbeitsgruppe eingerichtet werden,
160 die zentrale Motive, Milieus und Narrative untersucht – und auf dieser Grundlage ein
161 Konzept entwickelt, wie wir Menschen mit unserer Politik inhaltlich aber auch im
162 praktischen Tun direkt vor Ort auf dem Marktplatz, beim Kinderfest und vor dem
163 Supermarkt wieder besser erreichen, überzeugen und dauerhaft zurückgewinnen – und in
164 diesem Zusammenhang der AfD etwas entgegensetzen.

165 Diese Arbeitsgruppe muss ebenso eng mit der Kommission „KI und politische
166 Kommunikation“ zusammenarbeiten, in der kurzfristig Maßnahmen gegen Desinformationen,
167 Fake News und Online-Hass und -Hetze entwickelt werden.

Antrag Ini02: Für Deeskalation und Frieden im Nahen Osten!

Antragsteller*in:	SPD Parteivorstand
Status:	angenommen
Empfehlung Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	Ini - Initiativanträge

1 Die SPD blickt mit großer Sorge auf die eskalierenden Spannungen zwischen Israel und
2 dem Iran sowie auf den andauernden Krieg in Gaza. Unsere oberste Priorität ist die
3 Sicherheit und Stabilität im Nahen Osten. Dafür braucht es jetzt alle diplomatischen
4 Anstrengungen, um die fragile Waffenruhe zwischen Israel und Iran zu erhalten und
5 weiteres Leid zu verhindern. Dabei dürfen wir Gaza nicht aus dem Blick verlieren. Das
6 unermessliche Leid der Zivilbevölkerung muss ein Ende haben. Für die SPD gilt dabei:
7 Die Achtung des Völkerrechts und ein Ende der Gewalt stehen an erster Stelle.

8

9 Die SPD ist tief besorgt über die nach wie vor unerträgliche humanitäre Lage im
10 Gazastreifen. Selbstverständlich darf Israel nach dem barbarischen Angriff der Hamas
11 am 7. Oktober 2023 sein Selbstverteidigungsrecht wahrnehmen. Die Hamas darf nie
12 wieder eine Bedrohung für Israel darstellen und die palästinensische Zivilbevölkerung
13 unterjochen. Es war die Hamas, die den abscheulichen Überfall am 7. Oktober 2023 -
14 das größte Massaker an Jüdinnen und Juden seit der Shoa - geplant und durchgeführt
15 hat. Auch Israel ist an das Völkerrecht gebunden und muss die Verhältnismäßigkeit
16 des Einsatzes wahren. Diese Verhältnismäßigkeit ist nicht mehr gegeben.

17

18 Zugleich ist es für die SPD nicht nur ein Gebot der Menschlichkeit, sondern auch des
19 internationalen Rechts, sich dafür einzusetzen, die unerträgliche humanitäre Lage im
20 Gazastreifen zu verbessern. Der Schutz der Zivilbevölkerung muss oberstes Gut sein.
21 Vertreibungen in sogenannte „sterile Zonen“, die Verwehrung des Zugangs zu Wasser und
22 die unzureichende Versorgung mit humanitärer Hilfe, sind nicht zu rechtfertigen. Die
23 Bilder aus Gaza sind verheerend, menschenwürdiges Leben ist dort kaum vorstellbar.
24 Wir rufen die israelische Regierung dazu auf, den uneingeschränkten, dezentralen
25 Zugang zu Lebensmitteln und zur medizinischen Versorgung für die Zivilbevölkerung
26 unverzüglich sicherzustellen – ohne politische oder militärische Bedingungen. Ein
27 Unterlassen der Versorgung verletzt humanitäre Grundsätze. Die UN-Organisationen,
28 anerkannte humanitäre Hilfsorganisationen und das Internationale Komitee vom Roten
29 Kreuz (IKRK) müssen dafür von allen Seiten ungehinderten Zugang erhalten und ihre
30 Arbeit sicher ausüben können. Wir begrüßen die eingeleiteten Reformschritte von
31 UNRWA, deren Rolle lebenswichtig und derzeit nicht zu ersetzen ist für die Versorgung
32 der Menschen in Gaza. Die aktuellen Strukturen der Gaza Humanitarian Foundation sind
33 weder adäquat noch unabhängig. Jedes menschliche Opfer ist eines zu viel, und jedes
34 Leben ist gleich viel wert – ein fundamentaler Grundsatz, zu dem wir als
35 Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten aus fester Überzeugung stehen.

Die Hamas muss alle Geiseln bedingungslos freilassen und ihre Angriffe auf Israel dauerhaft einstellen. Sie stellt nicht nur eine Bedrohung für Israel dar, sondern schadet gezielt der eigenen Bevölkerung durch eine Kriegsführung, die zivile Einrichtungen in Mitleidenschaft zieht. Ihr Handeln verhindert eine Friedensperspektive. Erste Zeichen zivilen Widerstands gegen die Hamas begrüßen wir. Wir stehen an der Seite unserer Freunde und Partner in Israel, die für Frieden und Demokratie täglich auf die Straße gehen.

Angesichts der vielen zivilen Opfer fordern wir ein sofortiges Ende der Kampfhandlungen und eine Rückkehr zur Waffenruhe als Grundlage für einen dauerhaften Waffenstillstand. Aus Deutschland gelieferte Rüstungsgüter dürfen nicht für völkerrechtswidrige Militäraktionen eingesetzt werden. An diesem Grundsatz halten wir fest.

Wir begrüßen internationale Bemühungen, die auf eine Überwindung des Krieges in Gaza gerichtet sind. Das gilt in besonderer Weise für die arabische Initiative zu einem Wiederaufbau- und Sanierungsplan für Gaza. Die arabische Friedensinitiative von 2002 stellt eine Grundlage für die Friedensverhandlungen, die Entstehung eines Palästinensischen Staates und die Normalisierung der Beziehungen zwischen Israel und seinen arabischen Nachbarn da. Annexionen, Vertreibungen und völkerrechtswidriger Siedlungsbau im Westjordanland und in Ost-Jerusalem müssen beendet werden und dürfen nicht folgenlos bleiben. Als Partei des internationalen Rechts fühlen wir uns der internationalen Rechtsprechung, insbesondere des IGH verpflichtet. Wir bekennen uns weiterhin zum Völkerrecht und zum Völkerstrafrecht und unterstützen die Arbeit des IStGH.

Deutschland sollte europäische Initiativen zur Verbesserung der Lage in Gaza und in der Westbank unterstützen. Bemühungen um die Umsetzung einer Zweistaatenlösung stellen die einzige Möglichkeit dar, Frieden und Sicherheit für Israelis und Palästinenser zu schaffen und langfristige Stabilität in der Region zu gewährleisten. Unser Ziel bleibt die friedliche Koexistenz zweier souveräner und lebensfähiger Staaten im Rahmen einer Verhandlungslösung. Die Anerkennung eines palästinensischen Staates muss dabei nicht zwingend am Ende eines Prozesses stehen. Eine deutsche Anerkennung sollte dabei immer dem Ziel der Etablierung zweier Staaten dienen. Kein Akteur darf in die Lage versetzt werden, als Vetospieler die Zwei-Staatenlösung zu torpedieren. Dazu gehört eine reformierte Palästinensische Autonomiebehörde, die auch die zivile Verwaltung in Gaza übernimmt. Wir sind der festen Überzeugung, dass nur eine politische Perspektive dauerhaft Frieden gewährleisten kann. Vorher braucht es eine umfassende Deeskalation der Auseinandersetzungen im Nahen Osten.

Ein Grund für die militärische Stärke der Hamas, die zum Massaker des 7. Oktobers

führte, ist die Unterstützung der Terrormiliz durch den Iran. Israel wird vom Mullah-Regime mit seinem Atomprogramm, seinen Raketen- und Drohnenangriffen auf Israel und seiner jahrzehntelangen Unterstützung der Terrorangriffe gegen Israel durch radikal-islamistische Terrorgruppen und Milizen - insbesondere die Huthi im Jemen, die Hisbollah im Libanon und der Hamas im Gazastreifen - in seiner Existenz bedroht. Das Mullah-Regime äußert immer wieder seine Absicht, Israel zu vernichten.

Aus Sicht Israels sind die jüngsten Militäraktionen ein Akt der Selbstverteidigung, um drohende Gefahren in der nahen Zukunft abzuwenden. Die SPD stellt klar, dass sich das israelische Volk auf die Solidarität Deutschlands im Kampf gegen die Feinde Israels verlassen kann. Diese Position ergibt sich aus der besonderen geschichtlichen Verantwortung Deutschlands für den Staat Israel. Für uns ist klar, dass Israel das Recht auf Selbstverteidigung hat. Das geht aber mit der Verantwortung einher, selbst das Völkerrecht zu achten. Ohne unmittelbar bevorstehende Aggression besteht ein Gewaltverbot. Iran muss seinen Verpflichtungen als Vertragsstaat des Atomwaffensperrvertrags nachkommen.

Das Mullah-Regime fordern wir auf, den Weg für Reformen freizumachen. Die Repressionen gegen Andersdenkende und vor allem gegen Frauen, die für ihre Rechte und Freiheit kämpfen, müssen beendet werden. Wir unterstützen daher die internationalen Sanktionen gegen das Regime und setzen uns weiterhin dafür ein, die Revolutionsgarden auf die EU-Terrorliste zu setzen. Als Sozialdemokratische Partei ist für uns klar: nur durch Dialog, Verhandlungen und Gespräche kann eine nachhaltige Lösung und damit Stabilität und Frieden für die Menschen im Nahen Osten entstehen.

Antrag Ini03: Solidarität mit der demokratischen Opposition in der Türkei! Freiheit für Ekrem İmamoğlu!

Antragsteller*in:	SPD Parteivorstand
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung Antragskommission:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	Ini - Initiativanträge

1 Mit Sorge und Bestürzung verfolgt die SPD seit Jahren den kontinuierlichen Abbau
2 rechtsstaatlicher Prinzipien in der Türkei.

3

4 Seit dem 19. März 2025 sitzt der Istanbuler Oberbürgermeister, Ekrem İmamoğlu, in der
5 Türkei in Untersuchungshaft. Er ist damit eines der prominentesten Opfer einer
6 breiten Welle politisch motivierter Repressionen der Regierung Erdoğan gegen führende
7 Vertreterinnen und Vertreter der demokratischen Opposition. Die Inhaftierung des
8 Kandidaten der Republikanischen Volkspartei (CHP) für die nächste
9 Präsidentschaftswahl entbehrt jeglicher rechtsstaatlichen Grundlage. Sie steht
10 exemplarisch für den Missbrauch staatlicher Gewalt zur Ausschaltung politischer
11 Konkurrenz in der Türkei und reiht sich in eine Serie politisch motivierter
12 Verurteilungen ein.

13

14 Ekrem İmamoğlu genießt große Unterstützung weit über Istanbul hinaus, da er seit
15 vielen Jahren mit deutlicher Mehrheit erfolgreich regiert. Seine Verhaftung ist der
16 Versuch, den stärksten politischen Wettbewerber mit unlauteren Mitteln auszuschalten
17 - ein Angriff auf Demokratie und freie Wahlen in der Türkei.

18 Seit İmamoğlus Verhaftung wurden in mehreren Wellen immer wieder
19 Bezirksbürgermeister, Personen aus dem politischen Umfeld İmamoğlus und leitende
20 Angestellte der Stadtverwaltung festgenommen. Ein Vorgehen, das in der Türkei System
21 hat.

22

23 Repression und autoritäre Kontrolle mögen kurzfristig Macht sichern, doch sie
24 untergraben das Vertrauen der Bevölkerung, schwächen die Institutionen und schaden
25 das internationale Ansehen der Türkei. Eine unabhängige Justiz, ein echter
26 politischer Wettbewerb und eine lebendige Meinungsvielfalt sind Grundlagen für einen
27 starken und zukunftsfähigen Staat. Die Zukunft der Türkei liegt in der Stärke ihrer
28 Demokratie – nicht in ihrer Unterdrückung. Und ein funktionierender Rechtsstaat
29 gehört zu den Voraussetzungen eines möglichen EU-Beitritts.

30

31 Wir verurteilen in aller Schärfe die politisch motivierte Inhaftierung von Ekrem
32 İmamoğlu. Wir fordern seine sofortige Freilassung sowie die Freilassung aller anderen
33 politischen Häftlinge. Eine Rückkehr zu rechtsstaatlichen Standards und freien

- 34 politischen Wahlen ist im Interesse aller Menschen in der Türkei. Wir setzen uns auf allen politischen
Ebenen für die Freilassung von Ekrem Imamoglu sowie für Rechtsstaatlichkeit, den Schutz von
Menschenrechten und die Achtung demokratischer
35 Institutionen in der Türkei ein und erwarten dies auch von anderen Akteuren aus
36 Bundesregierung und Europäischer Union.
- 37 Unsere Solidarität gilt allen, die mit großem Mut in Istanbul und in anderen Städten
38 der Türkei gegen die Festnahmen und für die Demokratie auf die Straße gehen. Wir
39 stehen fest an der Seite unserer Schwesterpartei CHP und an der Seite aller in der
40 Türkei, die für ein freies und demokratisches Land eintreten.

Antrag Ini07: Freiwilligkeit statt Zwang: Unsere Vorstellungen für einen Wehrdienst

Antragsteller*in:	Philipp Türmer (SPD-BZ Hessen-Süd), JUSO Vorstand Bund (Parteizentrale)
Unterstützer*innen:	Aaron Thatje (SPD-LO Bremen), Alexander Roth, Alicem Polat (SPD-LV NRW), Anke Kozlowski (SPD-LO Bremen), Annika Klose (SPD-LV BERLIN), Aziz Bozkurt (SPD-LV BERLIN), Beatrice Wiesner, Benedict Lang (er · SPD-LV Bayern), Carlos Kasper, Carmen Wegge (SPD-LV Bayern), Christiane Buhl, Christine Faltynek-Haschke (SPD-LO Hamburg), Daniele Cipriano, David Mandrella (SPD-LV Bayern), Emily Block (Sie/ Ihr), Eric Tylkowski (SPD-LV Bayern), Eva-Maria Weimann (SPD-LV Bayern), Fabian Erstfeld (SPD-LV NRW), Filippas Kourtoglou, Gabriel Kunze (SPD-LV NRW), Gabriel Tollkühn (SPD-LV Bayern), Gregor Forster (SPD-LV Bayern), Heike Grube, Hilke Lüschen, Imke Grützmann (sie), Jan Plobner (SPD-LV Bayern), Jan Sellmann (SPD-LV NRW), Jana Kurz (SPD-BZ Braunschweig), Jan Luca Oberländer (SPD-LV NRW), Jasmin Berger (Sie / Ihr · SPD-BZ Hessen-Süd), Jessica Rosenthal (Parteivorstand), Joachim Schuster (SPD-LO Bremen), Johanna Bamberg-Reinwand (SPD-LV Bayern), Johanna Lagemann (SPD-LV Brandenburg), Julia Rothmayer, Katja Reitmaier (SPD-LV Bayern), Kevin Marius Martin (SPD-LV Bayern), Kristina Luxen (SPD-BZ Hessen-Süd), Lara Herter (sie/ihr), Lasse Rebbin, Laura Helena Wolf (sie/ihr · SPD-BZ Hessen-Süd), Lavinia Esser (Sie/ Ihr · SPD-LV NRW), Lena Marie Angermann (SPD-LV NRW), Lisa Glaremin (SPD-LV NRW), Maria Sauer (SPD-LV Bayern), Marvin Kliem (SPD-LV Bayern), Marvin Müller, Matthias Bonigut (SPD-LV Bayern), Maximilian Hertrich, Maybrit Venzke, Melissa Butt, Mirjam Drechsel (SPD-LV Bayern), Monika Waldeck (SPD-LV Bayern), Nadia Khalaf (SPD-LV NRW), Niklas Gerlach, Oleg Shevchenko, Paul Lüber (er/ihm · SPD-BZ Hessen-Süd), Reka Molnar (SPD-LV Bayern), Sabrina Wanderer (SPD-LV Bayern), Sana Hummady (SPD-LV Bayern), Sanae Abdi (SPD-LV NRW), Sebastian Schmugler (SPD-LO Bremen), Selin Ece Arpaz (SPD-LO Bremen), Simon Grajer (SPD-LV Bayern), Sophie Koch, Sven Wingerter (SPD-BZ Hessen-Süd), Theresia Stahl, Thevagar Mohanadhasan (Er/Ihm), Victor Strogies (SPD-LV Bayern), Yannick-Noel Schenker (SPD-LV NRW)
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung Antragskommission:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	Ini - Initiativanträge

- 1 Die SPD bekennt sich zu einem Neuen Wehrdienst, der auf Freiwilligkeit beruht und
- 2 sich am schwedischen Wehrdienstmodell orientiert. Mittels einer Steigerung der
- 3 Attraktivität des Wehrdienstes wollen wir den notwendigen Aufwuchs der Reserve und
- 4 der Bundeswehr insgesamt erreichen. Die Bundeswehr muss eine Personalstärke von
- 5 mindestens 60.000 zusätzlichen Soldatinnen und Soldaten und 200.000 Reservistinnen
- 6 und Reservisten erreichen. Vor dem Hintergrund der sicherheitspolitischen Lage und
- 7 der berechtigten Erwartungen unserer Verbündeten benötigen wir eine ausreichende
- 8 Personalausstattung der Bundeswehr. Wir müssen reagieren können, wenn die
- 9 sicherheitspolitische Lage oder die Bedarfe der Bundeswehr dies erfordern.

- 10 Wir wollen keine aktivierbare gesetzliche Möglichkeit zur Heranziehung
- 11 Wehrpflichtiger, bevor nicht alle Maßnahmen zur freiwilligen Steigerung ausgeschöpft
- 12 sind. Maßnahmen zur Musterung, Erfassung und Wehrüberwachung wehrpflichtiger junger
- 13 Männer wollen wir ermöglichen.

Antrag Ini13: Kein Mindestlohn zweiter Klasse für Saisonarbeitende! Ausbeutung stoppen, sozialen Zusammenhalt stärken!

Antragsteller*in:	Florian von Brunn (Parteivorstand), Ronja Endres (Parteivorstand), Katharina Räth (SPD-LV Bayern), Klaus Barthel (SPD-LV Bayern)
Unterstützer*innen:	Alexander Roth, Alexander Elias Tsartilidis (SPD-LO Bremen), Andreas Mehlretter (SPD-LV Bayern), Anke Kozlowski (SPD-LO Bremen), Annika Klose (SPD-LV BERLIN), Annika Stöfer (SPD-LV NRW), Antonia Miersch (SPD-LV NRW), Aziz Bozkurt (SPD-LV BERLIN), Beatrice Wiesner, Carlos Kasper, Carmen Wegge (SPD-LV Bayern), Christian Altkirch, Christine Negele (SPD-LV Bayern), Claudia Bednarski (SPD-LV NRW), Daniele Cipriano, Dieter Spetzke, Dirk Wurm Wurm (SPD-LV Bayern), Dominik Streit (SPD-LV Bayern), Emily Block (Sie/Ihr), Eric Tylkowski (SPD-LV Bayern), Eva-Maria Weimann (SPD-LV Bayern), Evi Oberneder (SPD-LV Bayern), Fabian Erstfeld (SPD-LV NRW), Filippas Kourtoglou, Gabriel Tollkühn (SPD-LV Bayern), Gregor Forster (SPD-LV Bayern), Jan Plobner (SPD-LV Bayern), Jarno Behrens, Jasmin Berger (Sie / Ihr · SPD-BZ Hessen-Süd), Jessica Rosenthal (Parteivorstand), Joachim Schuster (SPD-LO Bremen), Johanna Bamberg-Reinwand (SPD-LV Bayern), Julia Rothmayer, Kari Lenke (SPD-LV BERLIN), Karin Schimmels (SPD-LV NRW), Katharina Schrader (SPD-LV Bayern), Kathrin Pollack (SPD-LV Bayern), Katja Reitmaier (SPD-LV Bayern), Kepiaya Prabakaran, Kevin Marius Martin (SPD-LV Bayern), Kirsti Elle (sie/ihr), Lara Meyer (Sie/ ihr), Lasse Rebbin, Laura Helena Wolf (sie/ihr · SPD-BZ Hessen-Süd), Lederer Iris (SPD-LV Bayern), Lena Odell (SPD-LV Bayern), Lena Voigt (SPD-BZ Hessen-Süd), Lisa Glaremin (SPD-LV NRW), Marc Nötscher (SPD-LV Bayern), Marco Albers (er/ihm), Maria Bellmann, Maria Sauer (SPD-LV Bayern), Markus Aicher (SPD-LV Bayern), Markus Rinderspacher (SPD-LV Bayern), Martina Stamm-Fibich (SPD-LV Bayern), Marvin Kliem (SPD-LV Bayern), Matthias Bonigut (SPD-LV Bayern), Max Dörflein (SPD-LV Bayern), Maximilian Hertrich, Melissa Butt, Mirjam Drechsel (SPD-LV Bayern), Monika Waldeck (SPD-LV Bayern), Nadia Khalaf (SPD-LV NRW), Natalie Fiebig (SPD-LV NRW), Oleg Shevchenko, Paul Lüber (er/ihm · SPD-BZ Hessen-Süd), Reka Molnar (SPD-LV Bayern), René van Eckert (SPD-LV Bayern), Ruth Metzger (SPD-LV Bayern), Ruth Müller (SPD-LV Bayern), Sabine Balleier (SPD-LV Bayern), Sabrina Wanderer (SPD-LV Bayern), Sana Hummady (SPD-LV Bayern), Selin Ece Arpaz (SPD-LO Bremen), Simon Grajer (SPD-LV Bayern), Sophie Hofer (Sie/ Ihr · SPD-LV Bayern), Steve Brachwitz (SPD-LV Bayern), Sven Wingerter (SPD-BZ Hessen-Süd), Svenja Diedrich (SPD-LV BERLIN), Theresia Stahl, Thevagar Mohanadhasan (Er/Ihm), Thomas Bergmann (SPD-LV NRW), Thomas Grämmer (SPD-LV Bayern), Tim Glaubitz, Udo Lutz, Ulrich Piechota (SPD-LV NRW), Ulrike Bahr (SPD-LV Bayern), Victor Strogies (SPD-LV Bayern), Yannick-Noel Schenker (SPD-LV NRW)
Status:	angenommen
Empfehlung Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	Ini - Initiativanträge

- 1 **Gegen Lohndumping und für ausnahmslosen Mindestlohn:**
- 2 Der SPD-Bundesparteitag lehnt die Forderung des Deutschen Bauernverbands,

3 Saisonarbeitskräften künftig nur noch 80 Prozent des gesetzlichen Mindestlohns zu
4 zahlen, mit Nachdruck ab. Eine Absenkung des gesetzlichen Mindestlohns für
5 Saisonarbeitskräfte stellt eine Form des Lohndumpings auf dem Rücken der
6 Beschäftigten dar und ist inakzeptabel. Der Mindestlohn muss ausnahmslos für alle
7 Beschäftigten gelten – ohne Wenn und Aber. Wer Ausnahmen vom Mindestlohn fordert oder
8 gar zulässt, legt die Axt an den unverzichtbaren Schutz für hart arbeitende Menschen
9 und will diesen großen sozialen Fortschritt wieder zurückdrehen!

10
11 **Kritik an Aussagen des CSU-Agrarministers zu Lobby-Forderungen:**

12 Der SPD-Bundesparteitag kritisiert weiterhin scharf, dass Bundesagrarminister Alois
13 Rainer sich offen für die Pläne zur Ausnahme des Mindestlohns für Saisonarbeiter
14 zeigt. Ein solches Signal ist fatal, da der Staat keine Ausnahmen von der
15 Menschenwürde zulassen darf. Es steht auch in deutlichem Widerspruch zum Geist des
16 Koalitionsvertrags, der nicht auf das Infragestellen, sondern eine Erhöhung des
17 Mindestlohns abzielt. Hier geht es um eine Frage von Würde und Respekt für hart
18 arbeitende Menschen!

19
20 **Handlungsauftrag an die SPD-Bundestagsfraktion und Bundesregierung:**

21 Die SPD-Bundestagsfraktion und die sozialdemokratischen Mitglieder der
22 Bundesregierung werden aufgefordert, sich an der Seite der DGB-Gewerkschaften auf
23 allen Ebenen und auch in der öffentlichen Debatte konsequent gegen jede Form von
24 Mindestlohn-Ausnahmen einzusetzen und Maßnahmen zu ergreifen, die die Einhaltung des
25 gesetzlichen Mindestlohns für alle Beschäftigten, insbesondere in der Landwirtschaft,
26 vollumfänglich sicherstellen und die Arbeitsbedingungen von Saisonarbeitskräften wie
27 auch von regulär Beschäftigten nachhaltig verbessern. Dazu gehören u.a. verstärkte
28 Kontrollen und wirksame, harte Sanktionen bei Verstößen.

Antrag Ini04: AfD-Verbot einleiten: Antrag jetzt stellen!

Antragsteller*in:	Philipp Türmer (SPD-BZ Hessen-Süd)
Unterstützer*innen:	Aaron Thatje (SPD-LO Bremen), Alexander Roth, Alicem Polat (SPD-LV NRW), Angelika Buttler (SPD-LV NRW), Annika Klose (SPD-LV BERLIN), Aziz Bozkurt (SPD-LV BERLIN), Beatrice Wiesner, Carlos Kasper, Daniele Cipriano, Dirk Wurm Wurm (SPD-LV Bayern), Dominik Streit (SPD-LV Bayern), Emily Block (Sie/Ihr), Eric Tylkowski (SPD-LV Bayern), Evi Oberneder (SPD-LV Bayern), Fabian Erstfeld (SPD-LV NRW), Filippas Kourtoglou, Frederik Frimmel (SPD-BZ Hessen-Süd), Gabriel Tollkühn (SPD-LV Bayern), Gregor Forster (SPD-LV Bayern), Heike Grube, Hilke Lüschen, Imke Grützmann (sie), Jan Plobner (SPD-LV Bayern), Jan Sellmann (SPD-LV NRW), Jan Luca Oberländer (SPD-LV NRW), Jasmin Berger (Sie / Ihr · SPD-BZ Hessen-Süd), Johanna Lagemann (SPD-LV Brandenburg), Julia Rothmayer, Katharina Räth (SPD-LV Bayern), Katja Reitmaier (SPD-LV Bayern), Kepiaya Prabaharan, Kevin Marius Martin (SPD-LV Bayern), Kristina Luxen (SPD-BZ Hessen-Süd), Lara Herter (sie/ ihr), Laura Helena Wolf (sie/ihr · SPD-BZ Hessen-Süd), Lederer Iris (SPD-LV Bayern), Lena Voigt (SPD-BZ Hessen-Süd), Lena Marie Angermann (SPD-LV NRW), Lisa Glaremin (SPD-LV NRW), Maria Bellmann, Maria Sauer (SPD-LV Bayern), Markus Aicher (SPD-LV Bayern), Markus Rinderspacher (SPD-LV Bayern), Marvin Kliem (SPD-LV Bayern), Marvin Müller, Matthias Bonigut (SPD-LV Bayern), Max Dörflein (SPD-LV Bayern), Maybrit Venzke, Mirjam Drechsel (SPD-LV Bayern), Monika Waldeck (SPD-LV Bayern), Nadia Khalaf (SPD-LV NRW), Niklas Gerlach, Oleg Shevchenko, Reka Molnar (SPD-LV Bayern), Richard Schmidt, Ruth Metzger (SPD-LV Bayern), Ruth Müller (SPD-LV Bayern), Sabine Balleier (SPD-LV Bayern), Sabrina Wanderer (SPD-LV Bayern), Sana Hummady (SPD-LV Bayern), Sanae Abdi (SPD-LV NRW), Selin Ece Arpaz (SPD-LO Bremen), Simon Brauer (SPD-LV NRW), Simon Grajer (SPD-LV Bayern), Sophie Hofer (Sie/ Ihr · SPD-LV Bayern), Theresia Stahl, Thevagar Mohanadhasan (Er/Ihm), Tim Glaubitz, Ulrike Bahr (SPD-LV Bayern), Ulrike Huf (SPD-BZ Hessen-Süd), Victor Strogies (SPD-LV Bayern), Yannick-Noel Schenker (SPD-LV NRW)
Status:	zurückgezogen
Sachgebiet:	Ini - Initiativanträge

- 1 Wir fordern die Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion, die sozialdemokratischen
- 2 Mitglieder der Bundesregierung und die Vertreter*innen der sozialdemokratischen
- 3 Regierungen im Bundesrat dazu auf, einen Antrag beim Bundesverfassungsgericht zur
- 4 Einleitung eines AfD-Verbotsverfahrens zu stellen.
- 5 Im Jahr 1930 scheiterte die erste Initiative preußischer Beamter, ein Parteiverbot
- 6 der NSDAP anzustrengen. Der Versuch wurde von der bürgerlichen Reichsregierung mit
- 7 den Argumenten abgewehrt, man würde die NSDAP damit nur stärken, und müsse sie
- 8 stattdessen inhaltlich stellen (so Reichskanzler Brüning vom „Zentrum“). Die NSDAP
- 9 war zu diesem Zeitpunkt bemüht, sich ein bürgerliches Image zu geben. Es lag aber
- 10 eine breite Materialsammlung von Aussagen führender Nazis vor, die eindeutig ihre
- 11 eigentlichen Absichten erkennen ließen.
- 12 Historische Gleichsetzungen verbieten sich zwar, jedoch sind klare Parallelen zum

heutigen Umgang mit der AfD zu erkennen. Es gilt, aus der Geschichte zu lernen und die im Grundgesetz verankerten Instrumente des demokratischen Rechtsstaats gegen seine erklärten Feinde zu nutzen. Spätestens mit der Einstufung durch den Verfassungsschutz als „gesichert rechtsextrem“ verbietet sich jede Naivität im Umgang mit der AfD. Die AfD zielt darauf ab, die demokratische Verfasstheit der Bundesrepublik zu beseitigen. Alle Mittel zu ihrer Bekämpfung müssen eingesetzt werden.

Parteiverbotsverfahren

Parteien, die darauf ausgehen, die freiheitlich demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen oder zu beseitigen oder den Bestand der Bundesrepublik gefährden sind gem. Art. 21 Abs.2 GG verfassungswidrig. Über die Verfassungswidrigkeit kann gem. Art. 21 Abs.4 GG nur das Bundesverfassungsgericht entscheiden. Der Prüfantrag als notwendige Voraussetzung kann nur von Bundestag, Bundesrat oder Bundesregierung gestellt werden. Die tatsächliche Entscheidung über das Verbot trifft allein das Bundesverfassungsgericht (Verwerfungsmonopol) auf Basis einer rechtlichen Prüfung.

Die Möglichkeit des Parteiverbots ist Ausdruck des Prinzips der wehrhaften Demokratie. Nicht zuletzt als Lehre aus der NS-Zeit soll verhindert werden, dass Verfassungsfeinde die den Parteien durch das Grundgesetz garantierten Privilegien nutzen, um die freiheitlich demokratische Grundordnung zu beseitigen. Es ist nicht erforderlich, dass sich die Verfassungswidrigkeit bereits aus dem offiziellen Programm der Partei ergibt. Äußerungen von Vertreter*innen der Partei, Gliederungen oder Aussagen auf Werbematerialien können der Partei zugerechnet werden.

Die fortschreitende Radikalisierung der AfD

Bereits bei ihrer Gründung wies die AfD klar rechtsradikale Elemente auf. Diese sind seitdem immer stärker geworden und beherrschen die Partei mittlerweile. Wurde 2017 noch versucht, Björn Höcke als einflussreichsten Vertreters des völkischen Flügels aus der Partei auszuschließen, bezeichnet Alice Weidel dies mittlerweile als Fehler. Mit jedem Machtwechsel wurden wirtschaftsliberale oder konservativ geprägte Gruppen zurückgedrängt, sodass der völkische Flügel die Partei in der Breite dominiert.

Alice Weidel hat im Bundestagswahlkampf offen mit der Forderung nach „Remigration“ geworben. Der Begriff bezeichnet die Ausweisung von Bürger*innen der Bundesrepublik, die keinen Platz im völkisch geprägten Nationsbegriff der extremen Rechte haben und richtet sich sowohl gegen Menschen mit Migrationsgeschichte als auch politische Gegner*innen. Dieser ethnisch definierte Volksbegriff steht im klaren Widerspruch zu dem rechtlich geprägten Verständnis des Grundgesetzes, der auf die Staatsangehörigkeit Bezug nimmt und bewegt sich außerdem klar im Widerspruch zur Menschenwürde.

Die völkische Ideologie spiegelt sich durchgehend in den Äußerungen einflussreicher AfD-Politiker*innen wieder. Sie wird breit geteilt in der AfD.

Immer wieder macht die AfD die parlamentarische Demokratie verächtlich. Bei der Konstituierung des thüringischen Landtags versuchte der AfD-Alterspräsident

parlamentarische Prozesse gezielt zu sabotieren und ließ sich dabei nur durch ein Urteil des thüringischen Verfassungsgerichtshofs stoppen. Regelmäßig wird der demokratische Charakter der Bundesrepublik in Zweifel gezogen. In öffentlich gewordenen Geheimchats rufen AfD-Politiker*innen zur „totalen Revolution“, „Stürmung des Bundestags“ auf und zweifeln die Universalität der Menschenrechte an.

Immer wieder stellen einflussreiche AfD-Politiker*innen eine Kontinuität mit dem Nationalsozialismus her. Matthias Helferich bezeichnete sich selbst als das „freundliche Gesicht des NS“, Björn Höcke ist mittlerweile mehrmals wegen des öffentlichen Verwendens von Naziparolen verurteilt, regelmäßig relativieren AfD-Abgeordnete NS-Verbrechen.

Die Belege sind mittlerweile umfassend, dass die AfD hinter demokratischen Lippenbekenntnissen eine klar faschistische und antidemokratische Agenda verfolgt und eng mit militanten und rechtsextremen Kräften in der Gesellschaft zusammenarbeitet. Teilweise geht direkte Gewalt von AfD-Funktionär*innen oder Mitarbeiter*innen gegen migrantische Personen, Pressevertreter*innen oder linke Aktivist*innen aus oder sie stehen in direkter Verbindung mit militanten rechtsextremen Gruppierungen. Rechtsterrorist*innen nehmen regelmäßig positiv Bezug zur Politik der AfD oder sind von AfD-Propaganda beeinflusst.

Wer nicht bewusst die Augen davor verschließt, muss erkennen: Die AfD zielt darauf ab, diese Demokratie zu beseitigen und will eine rechtsautoritäre, faschistische Gesellschaft errichten.

Antrag jetzt stellen

Die Neubewertung der AfD durch den Verfassungsschutz als gesichert rechtsextrem spiegelt diese fortschreitende Radikalisierung wider. Es liegen mittlerweile detaillierte und umfassende Materialsammlungen von privaten Initiativen, Journalist*innen und Aktivist*innen (sog. OSINT) vor, die die Verfassungsfeindlichkeit der AfD belegen. Seit Jahren wird die AfD zudem als rechtsextremistischer Verdachtsfall oder in einzelnen Ländern als gesichert rechtsextrem beobachtet. Es ist fest davon auszugehen, dass den Behörden neben den öffentlich zugänglichen Erkenntnissen weitere Informationen vorliegen, die einen Prüfantrag vor dem BVerfG untermauern können.

Mit einer Partei, die sich nicht an die demokratischen Spielregeln hält, ist kein Wettbewerb auf Augenhöhe möglich. Jeder Versuch, sie „im demokratischen Diskurs zu stellen“ läuft ins Leere. Sie sabotiert das demokratische System, denn sie ist kein politischer Mitbewerber, sondern ein Feind des demokratischen Systems. Käme sie an die Macht, ist fest davon auszugehen, dass sie nicht mehr abgewählt werden kann. Parlamentarische Demokratien leben davon, dass die politischen Akteure einen demokratischen Konsens teilen. Die AfD ist nicht Teil dieses Konsens. Sie lehnt die Gewaltenteilung ab, würde die demokratischen Oppositionsrechte abschaffen und die Ablösbarkeit der Regierung durch demokratische Wahlen zumindest de facto aufheben. Die internationalen Verbündeten der AfD sind autokratische Politiker*innen und Regime. Ebenso wie sie, strebt die AfD eine autokratische Verfasstheit der

96 Bundesrepublik an.

97 Das Parteiverbot ist ein scharfes Schwert der wehrhaften Demokratie. Seit den zwei
98 gescheiterten NPD-Verbotsverfahren verfolgt Karlsruhe eine restriktive Linie bei der
99 Anwendung des Instruments. Teilweise bestehen Zweifel, ob die politische
100 Entscheidung, einen Prüfantrag zu stellen, klug ist oder die AfD in ihrem
101 Opfernarrativ stärken würde.

102 Die Entscheidung über das Einleiten eines Partei-Verbots kann nicht taktisch
103 getrieben, sondern muss Ergebnis grundsätzlicher Erwägungen sein. Sobald überzeugende
104 Belege für die Verfassungswidrigkeit einer Partei vorliegen, ist es die demokratische
105 Pflicht der antragsberechtigten Verfassungsorgane, mit einem Antrag die Prüfung der
106 Verfassungsgemäßheit einer Partei zu ermöglichen. Die antragsberechtigten
107 Verfassungsorgane müssen mit ihrem Prüfantrag in Verantwortung für den Schutz unserer
108 Demokratie und Verfassung die Voraussetzung für ein AfD-Verbotsverfahren schaffen.

109 Die Gründe, aus denen die NPD-Verfahren gescheitert sind, sind auf die AfD nicht
110 übertragbar. Weder mangelt es der AfD an der Potentialität zur Beseitigung der
111 verfassungsmäßigen Ordnung, noch ist die AfD derart mit V-Leuten unterwandert, dass
112 Probleme bestehen, ihr das Verhalten ihrer Funktionsträger*innen zuzurechnen.

113 Wer die wehrhafte Demokratie ernst nimmt und sich dem Geist des Grundgesetzes
114 dergestalt verpflichtet fühlt, dass den Feinden der Demokratie niemals die
115 Privilegien des Verfassungsstaats zuteil werden darf, der muss jetzt handeln. Gerade
116 aus der Tradition als älteste Partei Deutschlands, als historische Kämpferin gegen
117 den Faschismus und als Verbündete derjenigen, die von rechtsradikaler Gewalt bereits
118 gegenwärtig besonders bedroht sind, setzt sich die SPD auf allen Ebenen, in
119 Regierung, Bundestag und in Zusammenarbeit mit den sozialdemokratisch geführten oder
120 mit regierten Ländern für die Einleitung eines AfD-Verbotsverfahrens ein.

121 Selbstverständlich ist ein rechtliches Vorgehen gegen die AfD alleine nicht
122 ausreichend. Es ist unbedingt entscheidend, die Demokratiebildung zu stärken,
123 Deradikalisierungsprogramme zu unterstützen und Vertrauen für demokratische Parteien
124 zurückzugewinnen. Es wäre aber in der gegenwärtigen Bedrohungslage für unsere
125 Demokratie sträflich, neben all diesen notwendigen politischen Anstrengungen von den
126 rechtlichen Möglichkeiten der Bekämpfung der AfD nicht zusätzlich Gebrauch zu machen.

127 In Verantwortung vor unserer Geschichte und für die demokratische Zukunft dieses
128 Landes gilt es, den Weg für ein AfD-Verbotsverfahren frei zu machen.

Antrag Ini22: Einhaltung des humanitären Völkerrechts durch die israelische Regierung – Stopp der Waffenlieferungen an Israel

Antragsteller*in:	Heidi Irlenbusch (SPD-LV NRW)
Unterstützer*innen:	Christine Negele (SPD-LV Bayern), Dieter Spetzke, Erik Haase (SPD-LV BERLIN), Filippos Kourtoglou, Maria Bellmann, Mathias Schulz (SPD-LV BERLIN), Mehmed König (SPD-LV BERLIN), Sana Hummady (SPD-LV Bayern)
Status:	nicht zugelassen
Sachgebiet:	Ini - Initiativanträge

- 1 Die SPD-Minister in der Bundesregierung und die SPD Bundestagsfraktion werden
- 2 aufgefordert auf einen Stopp der Waffenlieferungen der Bundesrepublik Deutschland an
- 3 Israel hinzuwirken. Dieser Stopp soll bis zu einem Abkommen über eine Waffenruhe, die
- 4 vollumfängliche Aufnahme der humanitären Hilfe und ihre Verteilung nach den
- 5 Prinzipien der UN, die Freilassung der von der Hamas festgehaltenen Geiseln und der
- 6 Übergabe der Leichen der von ihr getöteten Geiseln, die Einstellung aller
- 7 Kampfhandlungen durch die Hamas und dem Rückzug der israelischen Armee aus dem Gaza
- 8 streifen gelten. Die Regierung Israels, die immer mehr von rechtsextremistischen
- 9 Parteien dominiert wird, muss auch mit diesen Mittel gedrängt werden, das Völkerrecht
- 10 einzuhalten.

Antrag Ini11: Familien gehören zusammen – auch für subsidiär Schutzberechtigte

Antragsteller*in:	Aziz Bozkurt (SPD-LV BERLIN)
Unterstützer*innen:	Aaron Thatje (SPD-LO Bremen), Alexander Roth, Alicem Polat (SPD-LV NRW), Anke Kozlowski (SPD-LO Bremen), Annika Klose (SPD-LV BERLIN), Annika Stöfer (SPD-LV NRW), Beatrice Wiesner, Bernd Lober (SPD-LV Bayern), Bianca Wöller, Carlos Kasper, Carmen Wegge (SPD-LV Bayern), Christiane Buhl, Christine Negele (SPD-LV Bayern), Claudia Bednarski (SPD-LV NRW), Daniele Cipriano, Dominik Streit (SPD-LV Bayern), Emily Block (Sie/Ihr), Eric Tytkowski (SPD-LV Bayern), Eva-Maria Weimann (SPD-LV Bayern), Fabian Erstfeld (SPD-LV NRW), Filippos Kourtoglou, Florian von Brunn (Parteivorstand), Gregor Forster (SPD-LV Bayern), Hannah Elten (SPD-LV BERLIN), Heike Grube, Hilke Lüschen, Imke Grützmann (sie), Jan Sellmann (SPD-LV NRW), Jan Luca Oberländer (SPD-LV NRW), Jarno Behrens, Jasmin Berger (Sie / Ihr · SPD-BZ Hessen-Süd), Julia Deike (SPD-LV NRW), Kepiaya Prabaharan, Lara Meyer (Sie/ihr), Lasse Rebbin, Laura Helena Wolf (sie/ihr · SPD-BZ Hessen-Süd), Lavinia Esser (Sie/ Ihr · SPD-LV NRW), Lena Marie Angermann (SPD-LV NRW), Lisa Glaremin (SPD-LV NRW), Marco Albers (er/ihm), Maria Sauer (SPD-LV Bayern), Markus Aicher (SPD-LV Bayern), Marvin Kliem (SPD-LV Bayern), Marvin Müller, Matthias Bonigut (SPD-LV Bayern), Maximilian Hertrich, Melissa Butt, Nadia Khalaf (SPD-LV NRW), Natalie Fiebig (SPD-LV NRW), Niklas Gerlach, Paul Lüber (er/ihm · SPD-BZ Hessen-Süd), Philipp Türmer (SPD-BZ Hessen-Süd), Richard Schmidt, Ruth Metzger (SPD-LV Bayern), Sabine Balleier (SPD-LV Bayern), Sabrina Wanderer (SPD-LV Bayern), Sana Hummady (SPD-LV Bayern), Sanae Abdi (SPD-LV NRW), Selin Ece Arpaz (SPD-LO Bremen), Simon Brauer (SPD-LV NRW), Simon Grajer (SPD-LV Bayern), Sven Wingerter (SPD-BZ Hessen-Süd), Theresa Abend, Theresia Stahl, Thevagar Mohanadhasan (Er/Ihm), Thomas Bergmann (SPD-LV NRW), Tim Glaubitz, Ulrich Piechota (SPD-LV NRW), Ulrike Bahr (SPD-LV Bayern), Yannick-Noel Schenker (SPD-LV NRW)
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung Antragskommission:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	Ini - Initiativanträge

- 1 Artikel 6 GG stellt Ehe und Familie unter besonderen Schutz – unabhängig von Herkunft
- 2 oder Aufenthaltsstatus. Der Ausschluss subsidiär Schutzberechtigter vom
- 3 Familiennachzug widerspricht diesem Grundsatz und sozialdemokratischen Werten.
- 4 Der Parteivorstand und die SPD-Bundestagsfraktion werden beauftragt, sich für die
- 5 vollständige Wiederherstellung des Familiennachzugs für subsidiär Schutzberechtigte
- 6 einzusetzen – nach Ablauf der im Koalitionsvertrag vereinbarten zweijährigen
- 7 Aussetzung und ohne Kontingentierung.

Antrag Ini21: Initiativantrag an den Bundesparteitag zur programmatischen Erneuerung der SPD

Antragsteller*in:	Heidi Irlenbusch (SPD-LV NRW)
Unterstützer*innen:	Dieter Spetzke, Gisela Becker (SPD-LV NRW), Gregor Forster (SPD-LV Bayern), Heike Heubach (SPD-LV Bayern), Lisa Glaremin (SPD-LV NRW), Mehmed König (SPD-LV BERLIN), Sana Hummady (SPD-LV Bayern)
Status:	nicht zugelassen
Sachgebiet:	Ini - Initiativanträge

- 1 Die SPD gibt sich ein neues Grundsatzprogramm, das das bisher geltende Programm von
- 2 2007 ablöst. Der Parteivorstand wird aufgefordert, ein Konzept für eine Beteiligung
- 3 aller Mitglieder und eine, Dialog orientierte öffentliche Programmdebatte zu
- 4 erarbeiten. Zur Programmdebatte sollen Gewerkschaften, Sozialverbände, den
- 5 Menschenrechten verpflichtete Organisationen, Expert*innen aus der Umweltbewegung
- 6 usw. eingeladen werden.

Antrag Ini17: Jetzt Haltung zeigen statt schweigen

Antragsteller*in:	Christine Faltynek-Haschke (SPD-LO Hamburg)
Unterstützer*innen:	Alexander Kleinow (SPD-LO Hamburg), Angelika Buttler (SPD-LV NRW), Bettina Martin (Parteivorstand), Carmen Wegge (SPD-LV Bayern), Christiane Buhl, Christine Negele (SPD-LV Bayern), Dirk Wurm Wurm (SPD-LV Bayern), Dominik Streit (SPD-LV Bayern), Eric Tylkowski (SPD-LV Bayern), Erik Haase (SPD-LV BERLIN), Erkan Ertan (SPD-LV BERLIN), Evi Oberneder (SPD-LV Bayern), Fabian Erstfeld (SPD-LV NRW), Gabriel Tollkühn (SPD-LV Bayern), Hannelore Baur (SPD-LV Bayern), Heike Grube, Jan Plobner (SPD-LV Bayern), Jana Jeuck (SPD-BZ Hessen-Süd), Jasmin Berger (Sie / Ihr · SPD-BZ Hessen-Süd), Jihane Qotit Zerhouni (SPD-LV NRW), Johanna Bamberg-Reinwand (SPD-LV Bayern), Julia Deike (SPD-LV NRW), Julia Rothmayer, Katharina Räth (SPD-LV Bayern), Kathrin Pollack (SPD-LV Bayern), Kevin Marius Martin (SPD-LV Bayern), Lena Odell (SPD-LV Bayern), Lena Voigt (SPD-BZ Hessen-Süd), Lena Marie Angermann (SPD-LV NRW), Lisa Glaremin (SPD-LV NRW), Marc Nötscher (SPD-LV Bayern), Maria Bellmann, Maria Deingruber (SPD-LV Bayern), Maria Sauer (SPD-LV Bayern), Markus Aicher (SPD-LV Bayern), Maximilian Hertrich, Mehmed König (SPD-LV BERLIN), Monika Waldeck (SPD-LV Bayern), Réka Klein (SPD-LV Saar), Reka Molnar (SPD-LV Bayern), René van Eckert (SPD-LV Bayern), Richard Schmidt, Ronja Endres (Parteivorstand), Ruth Metzger (SPD-LV Bayern), Ruth Müller (SPD-LV Bayern), Sabine Balleier (SPD-LV Bayern), Sabrina Wanderer (SPD-LV Bayern), Sana Hummady (SPD-LV Bayern), Sevim Kaya-Karadag (SPD-LV Saar), Simon Brauer (SPD-LV NRW), Simon Grajer (SPD-LV Bayern), Susi Möbbeck, Sven Wingerter (SPD-BZ Hessen-Süd), Svenja Diedrich (SPD-LV BERLIN), Theresa Abend, Theresia Stahl, Thomas Grämmer (SPD-LV Bayern), Tim Glaubitz, Tommy Mike Speicher
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung Antragskommission:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	Ini - Initiativanträge

- 1 Wir fordern, dass sich die SPD in der Bundesregierung und in der EU-Kommission dafür
2 einsetzt, dass:
- 3 • die gesetzlichen Grundlagen geschaffen werden, um Parität der Geschlechter in
4 allen Entscheidungsgremien von Wirtschaft, Wissenschaft, Politik, Verwaltung in
5 Deutschland und Europa zu verwirklichen,
 - 6 • fortschrittliche Gesetze, wie z.B. die Förderung von Frauen und von Vielfalt
7 durch Repressalien der Trump Regierung in Verhandlungen über wirtschaftliche
8 Kooperation und in bilateralen Gesprächen nicht
9 konterkariert werden können.
- 10 Wir erwarten ferner von einem verantwortungsbewussten Unternehmertum,
- 11 • dass sich Unternehmen ausdrücklich zu ihren Programmen für
12 Geschlechtergleichstellung und Diversität bekennen, statt sich den
13 zuwiderlaufenden Vorgaben der amerikanischen Administration zu beugen und auf
14 die Förderung von Vielfalt zu verzichten,

- 15 • dass Unternehmen ihre internationale Vernetzung dazu nutzen, um im globalen
- 16 Wirtschaftskontext für die Beibehaltung und den Ausbau von Maßnahmen zur
- 17 Geschlechtergleichstellung und Diversität zu werben.

Antrag Ini06: Jetzt reicht's – Keine katholische Dienstanweisungen gegen Frauenrechte akzeptieren!

Antragsteller*in:	Christine Faltynek-Haschke (SPD-LO Hamburg)
Unterstützer*innen:	Aaron Thatje (SPD-LO Bremen), Alexander Roth, Anke Kozlowski (SPD-LO Bremen), Beatrice Wiesner, Carmen Wegge (SPD-LV Bayern), Christiane Buhl, Christine Negele (SPD-LV Bayern), Dirk Wurm Wurm (SPD-LV Bayern), Dominik Streit (SPD-LV Bayern), Eric Tylkowski (SPD-LV Bayern), Eva-Maria Weimann (SPD-LV Bayern), Evi Oberneder (SPD-LV Bayern), Fabian Erstfeld (SPD-LV NRW), Florian von Brunn (Parteivorstand), Gabriel Tollkühn (SPD-LV Bayern), Gregor Forster (SPD-LV Bayern), Heike Grube, Ingrid Völkl (SPD-LV Bayern), Jan Plobner (SPD-LV Bayern), Jan Sellmann (SPD-LV NRW), Jasmin Berger (Sie / Ihr · SPD-BZ Hessen-Süd), Joachim Schuster (SPD-LO Bremen), Johanna Bamberg-Reinwand (SPD-LV Bayern), Julia Rothmayer, Katharina Räth (SPD-LV Bayern), Katharina Schrader (SPD-LV Bayern), Kathrin Pollack (SPD-LV Bayern), Katja Reitmaier (SPD-LV Bayern), Kevin Marius Martin (SPD-LV Bayern), Laura Helena Wolf (sie/ihr · SPD-BZ Hessen-Süd), Lederer Iris (SPD-LV Bayern), Lena Odell (SPD-LV Bayern), Lena Voigt (SPD-BZ Hessen-Süd), Lisa Glaremin (SPD-LV NRW), Marc Nötscher (SPD-LV Bayern), Maria Bellmann, Maria Sauer (SPD-LV Bayern), Markus Aicher (SPD-LV Bayern), Marvin Kliem (SPD-LV Bayern), Matthias Bonigut (SPD-LV Bayern), Max Dörflein (SPD-LV Bayern), Maximilian Hertrich, Melissa Butt, Mirjam Drechsel (SPD-LV Bayern), Monika Waldeck (SPD-LV Bayern), Reka Molnar (SPD-LV Bayern), René van Eckert (SPD-LV Bayern), Ronja Endres (Parteivorstand), Ruth Metzger (SPD-LV Bayern), Ruth Müller (SPD-LV Bayern), Sabine Balleier (SPD-LV Bayern), Sabrina Wanderer (SPD-LV Bayern), Sana Hummady (SPD-LV Bayern), Simon Grajer (SPD-LV Bayern), Sophie Hofer (Sie/ Ihr · SPD-LV Bayern), Steve Brachwitz (SPD-LV Bayern), Theresia Stahl, Thomas Grämmer (SPD-LV Bayern), Tim Glaubitz, Ulrike Bahr (SPD-LV Bayern), Victor Strogies (SPD-LV Bayern)
Status:	überwiesen
Empfehlung Antragskommission:	Überweisung an die SPD-Bundestagsfraktion
Sachgebiet:	Ini - Initiativanträge

- 1 Im nordrhein-westfälischen Lippstadt fusionierten zwei Krankenhäuser – eines in
- 2 evangelischer, das andere in katholische Trägerschaft. Der "katholischen Partner"
- 3 setzte im Rahmen der Fusion durch, dass die bisher schon nur in seltenen Fällen
- 4 vorgenommenen Schwangerschaftsabbrüche ab sofort weiter reduziert werden. Mit einer
- 5 Dienstanweisung des Klinikums wurde gegen konkret gegen Gynäkolog:innen vorgegangen,
- 6 um fast alle Abbrüche zu verbieten. Ein Arzt wehrt sich derzeit vor dem
- 7 Arbeitsgericht gegen diese entsprechende Dienstanweisung des Klinikums.
- 8 Seither gilt nach besagter Dienstanweisung, dass Schwangerschaftsabbrüche aus
- 9 medizinischer Indikation grundsätzlich nicht durchgeführt werden dürfen – außer bei
- 10 Lebensgefahr für die Mutter. Schwangerschaftsabbrüche aus sozialen Gründen bis zur
- 11 12. Schwangerschaftswoche waren schon bisher nicht möglich an den Lippstädter
- 12 Krankenhäusern. Nun aber wurde auch noch die medizinische Indikation stark

13 eingeschränkt.

14 Das neu fusionierte Klinikum im nordrhein-westfälischen Lippstadt hat einen
15 staatlichen Versorgungsauftrag für gynäkologische Behandlungen, gegen den es mit
16 diesen Verboten verstößt. Das Verbot von Schwangerschaftsabbrüchen in fast allen
17 Fällen bedeutet eine Missachtung der Rechte von Frauen, die in Notlage geraten und
18 sich entscheiden, eine Schwangerschaft abzuberechen.

19 Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, sich in der Bundesregierung für eine
20 Änderung des „Kirchlichen Arbeitsrechts“ einzusetzen, um die massive Einschränkung
21 von Abbrüchen aufgrund derartiger hausinterner Dienstanweisungen zu stoppen.

Antrag Ini12: Rechtswidrige Zurückweisungen jetzt stoppen

Antragsteller*in:	Aziz Bozkurt (SPD-LV BERLIN), Philipp Türmer (SPD-BZ Hessen-Süd)
Unterstützer*innen:	Aaron Thatje (SPD-LO Bremen), Alexander Roth, Alicem Polat (SPD-LV NRW), Anke Kozlowski (SPD-LO Bremen), Annika Klose (SPD-LV BERLIN), Annika Stöfer (SPD-LV NRW), Antonia Miersch (SPD-LV NRW), Beatrice Wiesner, Bernd Lober (SPD-LV Bayern), Bianca Wöller, Christiane Buhl, Christine Negele (SPD-LV Bayern), Claudia Bednarski (SPD-LV NRW), Daniele Cipriano, Dominik Streit (SPD-LV Bayern), Emily Block (Sie/Ihr), Eric Tylkowski (SPD-LV Bayern), Eva Jutzler (SPD-LV Bayern), Evi Oberneder (SPD-LV Bayern), Fabian Erstfeld (SPD-LV NRW), Florian von Brunn (Parteivorstand), Gabriel Kunze (SPD-LV NRW), Hannah Elten (SPD-LV BERLIN), Heike Grube, Hilke Lüschen, Imke Grützmann (sie), Jan Sellmann (SPD-LV NRW), Jan Luca Oberländer (SPD-LV NRW), Jarno Behrens, Jasmin Berger (Sie / Ihr · SPD-BZ Hessen-Süd), Joachim Schuster (SPD-LO Bremen), Johanna Bamberg-Reinwand (SPD-LV Bayern), Julia Deike (SPD-LV NRW), Julia Rothmayer, Katja Reitmaier (SPD-LV Bayern), Kepiaya Prabakaran, Kevin Marius Martin (SPD-LV Bayern), Lara Herter (sie/ihr), Lasse Rebbin, Laura Helena Wolf (sie/ihr · SPD-BZ Hessen-Süd), Lavinia Esser (Sie/ Ihr · SPD-LV NRW), Lena Marie Angermann (SPD-LV NRW), Lisa Glaremin (SPD-LV NRW), Marco Albers (er/ihm), Maria Sauer (SPD-LV Bayern), Markus Aicher (SPD-LV Bayern), Marvin Kliem (SPD-LV Bayern), Marvin Müller, Matthias Bonigut (SPD-LV Bayern), Max Dörflein (SPD-LV Bayern), Maximilian Hertrich, Melissa Butt, Nadia Khalaf (SPD-LV NRW), Natalie Fiebig (SPD-LV NRW), Niklas Gerlach, Noah Börnhorst (SPD-LV NRW), Oleg Shevchenko, Reka Molnar (SPD-LV Bayern), Richard Schmidt, Sabrina Wanderer (SPD-LV Bayern), Sana Hummady (SPD-LV Bayern), Sanae Abdi (SPD-LV NRW), Selin Ece Arpaz (SPD-LO Bremen), Simon Grajer (SPD-LV Bayern), Sophie Hofer (Sie/ Ihr · SPD-LV Bayern), Sven Wingerter (SPD-BZ Hessen-Süd), Theresia Stahl, Thevagar Mohanadhasan (Er/Ihm), Thomas Bergmann (SPD-LV NRW), Tom Hoffmann, Ulrich Piechota (SPD-LV NRW), Victor Strogies (SPD-LV Bayern), Yannick-Noel Schenker (SPD-LV NRW)
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung Antragskommission:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	Ini - Initiativanträge

- 1 Die Zurückweisungen von Asylsuchenden an der Staatsgrenze sind rechtswidrig: Das hat
2 das Verwaltungsgericht Berlin in drei Eilverfahren festgestellt. Die Zuständigkeit
3 für die Asylanträge der drei betroffenen Somalier*innen hätte zunächst in einem
4 Dublin-Verfahren geprüft werden müssen. Es ist völlig offensichtlich, dass es in
5 anderen Dublin-Fällen zur gleichen Entscheidung kommen würde. Auch
6 Bundesjustizministerin Stefanie Hubig hat das rechtswidrige Vorgehen des
7 Bundesinnenministeriums zu Recht deutlich kritisiert. Insbesondere das intransparente
8 Hantieren mit einer weder juristisch noch tatsächlich substantiierten „Notlage“ nach
9 Art. 72 AEUV ist nicht hinnehmbar.
- 10 Wir fordern:
- 11 • die vollständige Einhaltung und Umsetzung des Dublin-Verfahrens, sowie die

- 12 strikte Beachtung des geltenden europäischen und deutschen Asylrechts;
- 13 • den Stopp der Zurückweisungen von Asylsuchenden an den deutschen Außengrenzen.

Antrag Ini10: Wir brauchen einen gesellschaftlichen Tarifvertrag! – Für ein neues Miteinander von Wirtschaft, Beschäftigten und Politik in der Transformation

Antragsteller*in:	Achim Post (Parteivorstand), Sarah Philipp (SPD-LV NRW)
Unterstützer*innen:	Alicem Polat (SPD-LV NRW), Annika Stöfer (SPD-LV NRW), Beatrice Wiesner, Claudia Bednarski (SPD-LV NRW), Dieter Spetzke, Fabian Erstfeld (SPD-LV NRW), Gabriel Kunze (SPD-LV NRW), Jan Sellmann (SPD-LV NRW), Jan Luca Oberländer (SPD-LV NRW), Jessica Rosenthal (Parteivorstand), Julia Deike (SPD-LV NRW), Lisa Glaremin (SPD-LV NRW), Micha Heitkamp (SPD-LV NRW), Nadia Khalaf (SPD-LV NRW), Natalie Fiebig (SPD-LV NRW), Sana Hummady (SPD-LV Bayern), Selin Ece Arpaz (SPD-LO Bremen), Thomas Bergmann (SPD-LV NRW), Victor Strogies (SPD-LV Bayern)
Status:	angenommen
Empfehlung Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	Ini - Initiativanträge

- 1 Der Wirtschaftsstandort Deutschland befindet sich mitten im Umbruch. Die
2 Transformation hin zu einer nachhaltigen, digitalen und sozial gerechten Wirtschaft
3 stellt eine gewaltige Herausforderung dar. Diese ist kein Selbstzweck, sondern
4 notwendig, damit wir morgen noch in Wohlstand leben können. Wenn wir jetzt die
5 richtigen Weichen stellen, kann sie gelingen.
- 6
- 7 Zurzeit erleben viele Bürger*innen die Transformation jedoch als Bedrohung. Fehlendes
8 Wirtschaftswachstum, Arbeitsplatzabbau und gestiegene Lebenshaltungskosten sorgen für
9 Verunsicherung – auch wenn diese Entwicklungen nur zum Teil durch den Wandel bedingt
10 sind. Andererseits werden diese Sorgen durch konkrete Fälle wie jener von
11 Thyssenkrupp bestätigt. Trotz einer staatlichen Förderung von zwei Milliarden Euro
12 plant das Unternehmen den Abbau von bis zu 11.000 Stellen. Eine Aufspaltung des
13 Konzerns droht, weil Unternehmensbereiche verkauft oder ausgelagert werden sollen.
14 Die Beschäftigten werden mit diesen Plänen konfrontiert, ohne einbezogen zu werden.
15 Und auch die Politik wird vor vollendete Tatsachen gestellt – obwohl sie massiv mit
16 öffentlichen Mitteln unterstützt hat. So wird die Zustimmung zur Transformation
17 verspielt.
- 18
- 19 Insbesondere durch die Entwicklung, dass immer mehr ehemalige Familienunternehmen
20 heute unter der Kontrolle externer Geschäftsführungen stehen, hat sich das über
21 Jahrzehnte bestehende Verständnis, als Arbeitgeber*innen und Arbeitnehmer*innen
22 gemeinsam für den langfristigen Erfolg zu arbeiten, verändert und ist häufig durch
23 das Ziel, kurzfristig gute Zahlen zu erzielen, ersetzt worden. Statt den Blick auf
24 die nächsten Generationen zu legen und diesen ein starkes, zukunftsfähiges
25 Unternehmen zu übergeben, tritt der kurzfristige Erfolg der nächsten Quartalszahlen
26 an erste Stelle. Dies geht oft zulasten der Arbeitnehmer*innen, die für ein

Unternehmen langfristig von existenzieller Bedeutung sind. Indem die Beschäftigten und ihre Belange zunehmend weniger berücksichtigt werden, schadet sich der Arbeitgeber in Zeiten dringend benötigter (Fach-) Arbeitskräfte dauerhaft selbst.

Anstelle in die Entwicklung und Fertigung neuer Produkte zu investieren, entscheiden sich Entscheidungsträger*innen in den Unternehmen viel zu häufig für den einfachen Weg. Schließungen beziehungsweise Teilschließungen verbunden mit betriebsbedingten Kündigungen sind die häufige Folge. Nur selten wird dabei auf die Expertise von Betriebsräten und Gewerkschaften geachtet. Dabei zeigen Tarifpolitik und die vielen betrieblichen Lösungen aus der Vergangenheit, dass es anders geht: Arbeitsplätze und Wertschöpfung können in die Zukunft gebracht werden!

Wir setzen auf ein klares Gegenmodell: Wir wollen einen gesellschaftlichen Tarifvertrag schließen. Wir verwenden den Begriff des Tarifvertrags an dieser Stelle, weil seit über 100 Jahren über Tarifverträge auch in schwierigen Zeiten in Anerkennung gegenseitiger Interessen zukunftsfähige Vereinbarungen für Beschäftigte und Unternehmen vereinbart werden, um Sicherheit, Wohlstand und auch demokratische Beteiligung der Beschäftigten zu schaffen oder abzusichern. Unser Grundgesetz hat sehr vorausschauend mit der Tarifautonomie ein Werkzeug geschaffen, das einen umfangreichen Interessenausgleich möglich macht und die Rechte insbesondere der Beschäftigten als Grundrecht absichert. Dies wird leider von immer mehr Verantwortungsträger*innen missachtet. Der Rückgang von Tarifbindung und die Behinderung von Betriebsratsarbeit sind ein Ergebnis hiervon. In diesem Geiste wollen wir, dass Politik, Unternehmen und ihre Verbände sowie Beschäftigte und ihre Interessenvertretungen an der Zukunft des Standorts Deutschland arbeiten.

Es braucht aus unserer Sicht ein neues Miteinander von Unternehmensvorständen, Beschäftigten und Politik. Und dieses neue Miteinander muss auf verbindlichen Vereinbarungen basieren: Die Politik schafft verlässliche Rahmenbedingungen, stellt Investitionsmittel bereit und ermöglicht Betriebsräten per Gesetzgebung bessere und frühzeitige Mitbestimmungsrechte bei betrieblichen und unternehmerischen Veränderungsprozessen. Die Unternehmen verpflichten sich zur Sicherung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen, Tarifbindung und mehr Mitbestimmung. Beschäftigte, Betriebsräte und Gewerkschaften bringen ihre Ideen und ihr Wissen ein.

Gleichzeitig wissen wir: Transformation und die Notwendigkeit von Innovationen betreffen nicht nur große Konzerne, sondern auch den Mittelstand und das Handwerk. Gerade diese Unternehmen stehen unter einem enormen Anpassungsdruck – sei es durch Fachkräftemangel, wachsende Bürokratie oder die steigenden Anforderungen durch Digitalisierung und Klimaschutz. Deshalb gilt unser gesellschaftlicher Tarifvertrag auch hier: Politik muss Bedingungen schaffen, unter denen kleine und mittlere

Unternehmen mutig investieren, digitalisieren und sich zukunftsicher aufstellen können – mit klarer Perspektive und Planungssicherheit.

Im Verhältnis von Staat und Unternehmen braucht es eine neue Kultur des Miteinanders. Hier muss gelten „in guten wie in schlechten Tagen“. Es darf nicht sein, dass bei guter wirtschaftlicher Lage nur die Aktionär*innen profitieren und bei wirtschaftlichen Problemen nach einem Eingreifen des Staates verlangt wird. Die Zeiten, in denen Gewinne privatisiert und Risiken vergesellschaftet wurden, sind vorbei. Die unternehmerische Freiheit darf nicht nur im Aufschwung gelten. Wer von der öffentlichen Hand gefördert wird, muss auch gesellschaftliche Verantwortung übernehmen und akzeptieren, dass diese Förderung an Zusagen geknüpft ist. Dabei geht es nicht darum, dass der Staat in die Unternehmen reinregieren möchte, sondern um klare Bedingungen: Beschäftigungssicherung, Standorttreue, Tarifbindung und Mitbestimmung. Für uns ist klar, dass Mitbestimmung hier die aktive Einbeziehung von Betriebsräten und Gewerkschaften weit vor Entscheidungsfindung bedeutet und Initiativrechte für die Interessenvertretungen der Beschäftigten einräumt.

Dabei bedeutet ein New Deal zwischen Politik und Wirtschaft, dass beide Seiten etwas geben und beide Seiten etwas bekommen. Insbesondere sozialdemokratische Wirtschaftspolitik war stets davon geleitet, dass die breite Gesellschaft am Wohlstand des Landes partizipieren muss und wachsende Gewinne nicht von einzelnen wenigen abgeschöpft werden. Dieser Wohlstand braucht starke und innovative Unternehmen, die politische Rahmenbedingungen und Unterstützung erhalten, um weiter zu wachsen und den Wirtschaftsstandort Deutschland zu stärken und unseren Wohlstand zu erhalten. Transformation bedeutet Veränderung – und sie braucht Mut. Deshalb setzen wir uns für eine innovationsfreundliche Wirtschaftspolitik ein. Dazu gehören gezielte Investitionen in Forschung und Entwicklung, insbesondere für den industriellen Mittelstand. Unternehmen, die neue Technologien erproben oder klimaneutrale Produktionsweisen entwickeln, verdienen unsere volle Unterstützung. Eines der Themen, die wir angehen müssen, ist die zunehmende Bürokratie und die zu langsame Digitalisierung. Vor diesem Hintergrund ist es richtig, dass sich die Bundesregierung das klare Ziel gesetzt hat, die Bürokratiekosten um 25 Prozent zu senken, indem Dokumentations- und Meldepflichten reduziert und Verwaltungsprozesse konsequent digitalisiert werden. Mit Bürokratie meinen wir ausdrücklich nicht Regelungen des Arbeitsschutzes und der Arbeitnehmer*innenmitbestimmung. Auch die Beschleunigungen im Bereich Planung und Genehmigung weisen in die richtige Richtung. Ein anderes Thema sind Netzausbau und Energiesicherheit, sowie Energiepreise. Durch die Senkung der Stromsteuer und der Netzentgelte, sowie durch die Einführung eines Industriestrompreises sorgen wir hier für spürbare Entlastungen. Der Kohleausstieg war mit Blick auf den Klimawandel ein notwendiger Schritt. Jetzt muss die Versorgung mit erneuerbaren Energien sichergestellt werden. Dazu gehören Schritte, über deren Notwendigkeit sich die Expert*innen weitgehend einig sind, wie bei der Überbauung von

Netzanschlüssen im Bereich der Erneuerbaren Energie. Schließlich haben wir mit dem 500 Milliarden Euro starken Sondervermögen für die Infrastruktur deutlich gemacht: Jetzt ist nicht die Zeit zu Kleckern, sondern zu Klotzen. Wir haben die Größe der Herausforderung verstanden und gehen sie an.

Zum sozialdemokratischen Verständnis einer guten, zukunftsfähigen Wirtschaftspolitik für unser Land gehört aber im Gegenzug auch eine Verpflichtung der Unternehmen, dass staatliche Unterstützung mit der langfristigen Sicherung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen und dem Bekenntnis zum deutschen Standort verknüpft sein muss. Die Einhaltung von arbeits- und mitbestimmungsrechtlichen Regeln und Gesetzen ist immer Grundlage einer Zusammenarbeit. Unternehmen, die staatliche Förderung erhalten, müssen ihre Investitionspläne für die kommenden Jahre transparent machen. Sie müssen umfangreiche Zusagen zum Erhalt von Standorten und Arbeitsplätzen machen. Eine Grundvoraussetzung für staatliche Förderung ist Tarifbindung. Gewerkschaften und Betriebsräte sind grundsätzlich einzubinden. Durch den Ausstieg aus der Kohle fallen immer weniger Unternehmen unter die Regeln des Montanmitbestimmungsgesetzes. Diese weiterreichenden Regeln der Unternehmensmitbestimmung sollen auch für Unternehmen gelten, die in größerem Umfang staatliche Hilfen erhalten.

Tariffucht und Behinderung von Betriebsratsarbeit scheinen in manchen Kreisen salonfähig geworden zu sein. Wo das gemeinsame Verständnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern für den langfristigen wirtschaftlichen Wohlstand nicht mehr existiert, muss Politik bereit sein, in diese Lücke zu treten und gemeinsam ein neues Verhältnis mit den Beteiligten zu entwickeln.

Wir fordern deshalb,

- dass die dringend benötigte Unterstützung der Wirtschaft z.B. in Form eines ausreichend ausgestatten Transformationsfonds sichergestellt wird.
- dass staatliche Unterstützung an Anforderungen geknüpft wird. Maßgeblich sind für uns dabei: Beschäftigungs- und Ausbildungssicherung, Standorttreue, Tarifbindung und Mitbestimmung durch vorhandene Betriebsratsgremien und – bei entsprechender Größe der Unternehmen – die Beteiligung von Beschäftigtenvertreter*innen in Aufsichtsgremien. Bei größeren Fördervolumina muss es auch um Mitspracherechte für die öffentliche Hand, etwa in Form von Aufsichtsratsposten oder stillen Beteiligungen, gehen.
- ein neues Miteinander von Politik und Sozialpartnern, bei dem nicht die Gewinne privatisiert und die Verluste vergesellschaftet werden, beispielsweise durch die Einführung einer Übergewinnsteuer.
- dass ein Bündnis aus Arbeitgeber*innen, Gewerkschafter*innen und Politik initiiert wird, um gemeinsame Lösungen für die wirtschaftliche Transformation zu

151 **entwickeln.**

Antrag Ini08: Fortführung der finanziellen Unterstützung ziviler Seenotrettung durch die Bundesregierung

Antragsteller*in:	Sana Hummady (SPD-LV Bayern), Benedict Lang (er · SPD-LV Bayern), Ronja Endres (Parteivorstand)
Unterstützer*innen:	Aaron Thatje (SPD-LO Bremen), Alexander Roth, Alicem Polat (SPD-LV NRW), Anke Kozlowski (SPD-LO Bremen), Annika Klose (SPD-LV BERLIN), Antonia Miersch (SPD-LV NRW), Aziz Bozkurt (SPD-LV BERLIN), Beatrice Wiesner, Bianca Wöller, Carlos Kasper, Christine Negele (SPD-LV Bayern), Daniele Cipriano, David Mandrella (SPD-LV Bayern), Dirk Wurm Wurm (SPD-LV Bayern), Dominik Streit (SPD-LV Bayern), Emily Block (Sie/Ihr), Eric Tylkowski (SPD-LV Bayern), Eva-Maria Weimann (SPD-LV Bayern), Evi Oberneder (SPD-LV Bayern), Fabian Erstfeld (SPD-LV NRW), Filippas Kourtoglou, Gabriel Kunze (SPD-LV NRW), Heike Grube, Hilke Lüschen, Imke Grützmann (sie), Jan Plobner (SPD-LV Bayern), Jan Sellmann (SPD-LV NRW), Jan Luca Oberländer (SPD-LV NRW), Jasmin Berger (Sie / Ihr · SPD-BZ Hessen-Süd), Joachim Rahmann (SPD-LV BERLIN), Joachim Schuster (SPD-LO Bremen), Johanna Bamberg-Reinwand (SPD-LV Bayern), Julia Rothmayer, Katharina Räth (SPD-LV Bayern), Katharina Schrader (SPD-LV Bayern), Kathrin Pollack (SPD-LV Bayern), Katja Reitmaier (SPD-LV Bayern), Kepiaya Prabakaran, Kevin Marius Martin (SPD-LV Bayern), Lasse Rebbin, Laura Helena Wolf (sie/ihr · SPD-BZ Hessen-Süd), Lena Odell (SPD-LV Bayern), Lena Marie Angermann (SPD-LV NRW), Lisa Glaremin (SPD-LV NRW), Marc Nötscher (SPD-LV Bayern), Maria Sauer (SPD-LV Bayern), Markus Rinderspacher (SPD-LV Bayern), Martina Stamm-Fibich (SPD-LV Bayern), Marvin Kliem (SPD-LV Bayern), Matthias Bonigut (SPD-LV Bayern), Max Dörflein (SPD-LV Bayern), Maximilian Hertrich, Melissa Butt, Mirjam Drechsel (SPD-LV Bayern), Monika Waldeck (SPD-LV Bayern), Nadia Khalaf (SPD-LV NRW), Niklas Gerlach, Oleg Shevchenko, Paul Lüber (er/ihm · SPD-BZ Hessen-Süd), Reka Molnar (SPD-LV Bayern), René van Eckert (SPD-LV Bayern), Ruth Müller (SPD-LV Bayern), Sabine Balleier (SPD-LV Bayern), Sabrina Wanderer (SPD-LV Bayern), Sanae Abdi (SPD-LV NRW), Selin Ece Arpaz (SPD-LO Bremen), Simon Brauer (SPD-LV NRW), Simon Grajer (SPD-LV Bayern), Sophie Hofer (Sie/ Ihr · SPD-LV Bayern), Theresia Stahl, Thevagar Mohanadhasan (Er/Ihm), Thomas Grämmer (SPD-LV Bayern), Tim Glaubitz, Ulrich Piechota (SPD-LV NRW), Ulrike Bahr (SPD-LV Bayern), Victor Strogies (SPD-LV Bayern), Yannick-Noel Schenker (SPD-LV NRW)
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung Antragskommission:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	Ini - Initiativanträge

- 1 Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, sich in den beginnenden
- 2 parlamentarischen Haushaltsverhandlungen dafür einzusetzen, dass die private
- 3 Seenotrettung auch weiterhin aus den bestehenden und geplanten Haushaltsmitteln durch
- 4 das Auswärtige Amt unterstützt wird.
- 5 Solange es keine umfassende staatliche Seenotrettung gibt, ist die Unterstützung
- 6 zivilgesellschaftlicher Organisationen unerlässlich, um das Sterben im Mittelmeer zu
- 7 verhindern und europäische Werte zu wahren.

Antrag Ini14: Keine starre Festlegung der Rüstungsausgaben auf 5 % des Bruttoinlandsproduktes

Antragsteller*in:	Christine Negele (SPD-LV Bayern), Klaus Barthel (SPD-LV Bayern)
Unterstützer*innen:	Alicem Polat (SPD-LV NRW), Annika Klose (SPD-LV BERLIN), Annika Stöfer (SPD-LV NRW), Aziz Bozkurt (SPD-LV BERLIN), Beatrice Wiesner, Bernd Lober (SPD-LV Bayern), Carlos Kasper, Daniele Cipriano, David Mandrella (SPD-LV Bayern), Dieter Spetzke, Dominik Streit (SPD-LV Bayern), Emily Block (Sie/Ihr), Eric Tylkowski (SPD-LV Bayern), Evi Oberneder (SPD-LV Bayern), Filippos Kourtoglou, Florian von Brunn (Parteivorstand), Gabriel Kunze (SPD-LV NRW), Gregor Forster (SPD-LV Bayern), Helga Raab-Wasse (SPD-LV Bayern), Hilke Lüschen, Imke Grützmann (sie), Jan Sellmann (SPD-LV NRW), Jana Kurz (SPD-BZ Braunschweig), Jan Luca Oberländer (SPD-LV NRW), Jarno Behrens, Jasmin Berger (Sie / Ihr · SPD-BZ Hessen-Süd), Jihane Qotit Zerhouni (SPD-LV NRW), Joachim Schuster (SPD-LO Bremen), Johanna Lagemann (SPD-LV Brandenburg), Karin Schimmels (SPD-LV NRW), Kathleen Beck, Katja Reitmaier (SPD-LV Bayern), Kepiaya Prabakaran, Kevin Marius Martin (SPD-LV Bayern), Kirsti Elle (sie/ihr), Laura Helena Wolf (sie/ihr · SPD-BZ Hessen-Süd), Lena Marie Angermann (SPD-LV NRW), Marc Nötscher (SPD-LV Bayern), Marvin Kliem (SPD-LV Bayern), Matthias Bonigut (SPD-LV Bayern), Maximilian Hertrich, Monika Waldeck (SPD-LV Bayern), Nadia Khalaf (SPD-LV NRW), Niklas Gerlach, Nina Horbelt (SPD-LV NRW), Nina Scheer, Paul Lüber (er/ihm · SPD-BZ Hessen-Süd), Ruth Müller (SPD-LV Bayern), Sabrina Wanderer (SPD-LV Bayern), Sana Hummady (SPD-LV Bayern), Sanae Abdi (SPD-LV NRW), Simon Grajer (SPD-LV Bayern), Sven Wingerter (SPD-BZ Hessen-Süd), Thevagar Mohanadhasan (Er/Ihm), Truels Reichardt, Ulrich Piechota (SPD-LV NRW), Victor Strogies (SPD-LV Bayern), Yannick-Noel Schenker (SPD-LV NRW)
Status:	abgelehnt
Empfehlung Antragskommission:	Ablehnung
Sachgebiet:	Ini - Initiativanträge

- 1 Die SPD lehnt eine dauerhafte und starre Festlegung der Rüstungsausgaben auf 5 % des
- 2 Bruttoinlandsproduktes ab.
- 3 Auf dem NATO-Gipfel in Den Haag am 24. & 25.06. haben die Mitgliedsstaaten
- 4 vereinbart, ab 2035 jeweils Ausgaben in Höhe von 5 Prozent ihres
- 5 Bruttoinlandsproduktes (BIP) für Rüstung und militärische Infrastruktur zu
- 6 veranschlagen. Dabei sollen 3,5 % für Rüstung und weitere 1,5 % für militärische
- 7 Infrastruktur ausgegeben werden. Für Deutschland würden das schon heute Ausgaben in
- 8 Höhe von 225 Mrd. € pro Jahr bedeuten. Zum Vergleich: Der gesamte Haushalt des Bundes
- 9 im Jahr 2024 betrug knapp 477 Mrd. €.
- 10 Wir sprechen uns dagegen aus, die zukünftige Handlungsfähigkeit des Bundes und die
- 11 Haushaltsaouveränität des Bundestages durch die NATO-Verpflichtungen dermaßen
- 12 einzuschränken. Es ist noch nicht geklärt, ob und wie Ausgaben in dieser Höhe
- 13 gegenfinanziert werden können. Befürchtungen, dass Verteidigungsausgaben in solcher
- 14 Höhe zu Kürzungen zum Beispiel bei Rente oder Sozialstaat führen könnten, müssen wir

15 entgegenzutreten, indem wir vor einer Zusage über Ausgaben die Gegenfinanzierung
16 klären. Auch wenn Verteidigungsausgaben über Schulden finanziert werden, belasten sie
17 den Haushalt und binden Ressourcen, die zur Bewältigung von Krisen und für das
18 Gestalten unserer Zukunft benötigt werden.

19 Vor einer Festlegung auf die Höhe der Verteidigungsausgaben braucht es eine
20 gesellschaftliche Debatte, welche Ausgaben nötig und sinnvoll sind. Wir alle wissen:
21 Die Welt hat sich geändert. Aber das erledigt noch lange nicht die Diskussion darum,
22 welche Antworten darauf vernünftig sind. Dabei ergibt es keinen Sinn, wenn sich die
23 notwendigen Verteidigungsaufwendungen am BIP eines Landes orientieren, statt an
24 etwaigen Bedrohungslagen. Jedenfalls ist es unplausibel, dass die Frage, welche
25 Waffensysteme angeschafft werden sollen, jedes Jahr aufs Neue so beantwortet wird,
26 dass genau ein Betrag in Höhe von 5 % des BIP daraus folgt. Erst, wenn wir diskutiert
27 und entschieden haben, welche Antworten es braucht, lässt sich vernünftigerweise
28 sagen, wie hoch die Verteidigungsausgaben sein sollen.

Antrag Ini23: Initiativ-Kandidatur: Geänderte Nominierungen LV Berlin für SPE-Kongress

Antragsteller*in:	Erkan Ertan (SPD-LV BERLIN), Hannah Elten (SPD-LV BERLIN)
Unterstützer*innen:	Andreas Geisel (SPD-LV BERLIN), Andreas Kugler (SPD-LV BERLIN), Annemarie Wolff (SPD-LV Brandenburg), Annette- Claudia Unger (SPD-LV BERLIN), Annika Klose (SPD-LV BERLIN), Aziz Bozkurt (SPD-LV BERLIN), Benjamin Göhler, Bettina van Suntum, Bilgin Lutzke (SPD-LV BERLIN), Carlos Kasper, Cordula Klein (SPD-LV BERLIN), Daniela Milutin (SPD-LV BERLIN), Daniele Cipriano, Ellen Haußdörfer (SPD-LV BERLIN), Erik Haase (SPD-LV BERLIN), Erik Stohn (SPD-LV Brandenburg), Fabio Krauthäuser (SPD-LV BERLIN), Giorgio Nasseh (SPD-BZ Hessen-Süd), Helmut Kleebank (SPD-LV BERLIN), Henry Marx (SPD-LV BERLIN), Ina Muhß (SPD-LV Brandenburg), Ina Maria Czyborra (SPD-LV BERLIN), Joachim Rahmann (SPD-LV BERLIN), Jochen König (SPD-LV Brandenburg), Johannes Barsch, Kari Lenke (SPD-LV BERLIN), Kathleen Beck, Kathrin Michel, Kathrin Peitler, Kurt Fischer (SPD-LV Brandenburg), Linda Vierecke (SPD-LV BERLIN), Mareike Engel, Mathias Schulz (SPD-LV BERLIN), Matthias Ecke, Maximilian Hertrich, Mehmed König (SPD-LV BERLIN), Michelle Breustedt (sie/ihr · SPD-BZ Hessen-Süd), Muzaffer Yilmaz (SPD-LV BERLIN), Rachid Khenissi (er/ihn · SPD-BZ Hessen-Süd), Raik Baugatz (SPD-LV Brandenburg), Robert Drewnicki (SPD-LV BERLIN), Sana Hummady (SPD-LV Bayern), Sebastian Roloff (Parteivorstand), Simon Grajer (SPD-LV Bayern), Sonja Eichwede (SPD-LV Brandenburg), Stefan Pauluhn (SPD-LV Saar), Stefan Zierke (SPD-LV Brandenburg), Susanne Drescher (SPD-LV BERLIN), Sven Steinbach (SPD-LV BERLIN), Sven Wingerter (SPD-BZ Hessen-Süd), Svenja Diedrich (SPD-LV BERLIN), Tobias Cremer (SPD-LV NRW)
Status:	Kandidatur zugelassen
Sachgebiet:	Ini - Initiativanträge

- 1 Der LV Berlin möchte die Kandidaturen Viola Weyer (Kreis Spandau) als Delegierte und
- 2 Johannes Kup (Kreis Neukölln) als Ersatzdelegierter initiativ aufstellen.

Antrag Ini15: Unser Stahl hat Zukunft

Antragsteller*in:	Esra-Leon Limbacher (SPD-LV Saar), Sebastian Schmutzger (SPD-LO Bremen), Sarah Philipp (SPD-LV NRW), Thorsten Kornblum (SPD-BZ Braunschweig), Kurt Fischer (SPD-LV Brandenburg)
Unterstützer*innen:	Aaron Thatje (SPD-LO Bremen), Alexander Elias Tsartilidis (SPD-LO Bremen), Alexandra Becker (SPD-LV Saar), Anke Kozlowski (SPD-LO Bremen), Annika Stöfer (SPD-LV NRW), Beatrice Wiesner, Claudia Bednarski (SPD-LV NRW), Constantin Grosch, Damhat Sisamci (SPD-LV Saar), Dominik Streit (SPD-LV Bayern), Dörte Liebetruth, Emily Block (Sie/Ihr), Evi Oberneder (SPD-LV Bayern), Fabian Erstfeld (SPD-LV NRW), Florian Schäfer (SPD-LV Saar), Florian von Brunn (Parteivorstand), Frank Seuberth, Gerd Olbrich (SPD-LV Bayern), Hilke Lüschen, Imke Grützmann (sie), Ingrid Völkl (SPD-LV Bayern), Insa Meiser (SPD-LV Saar), Isolde Ries (SPD-LV Saar), Jan Sellmann (SPD-LV NRW), Jan Luca Oberländer (SPD-LV NRW), Jarno Behrens, Jasmin Berger (Sie / Ihr · SPD-BZ Hessen-Süd), Joachim Schuster (SPD-LO Bremen), Jörg Aumann (SPD-LV Saar), Julia Deike (SPD-LV NRW), Julia Rothmayer, Jürgen Barke (SPD-LV Saar), Karin Schimmels (SPD-LV NRW), Katharina Räth (SPD-LV Bayern), Katharina Schrader (SPD-LV Bayern), Kepiaya Prabakaran, Kevin Marius Martin (SPD-LV Bayern), Kira Braun (SPD-LV Saar), Kirsti Elle (sie/ihr), Lara Herter (sie/ihr), Lara Meyer (Sie/ihr), Lasse Rebbin, Laura Helena Wolf (sie/ihr · SPD-BZ Hessen-Süd), Lena Marie Angermann (SPD-LV NRW), Maria Bellmann, Markus Aicher (SPD-LV Bayern), Marvin Kliem (SPD-LV Bayern), Marvin Müller, Matthias Bonigut (SPD-LV Bayern), Matthias Disterheft (SPD-BZ Braunschweig), Max Dörflein (SPD-LV Bayern), Maximilian Hertrich, Micha Heitkamp (SPD-LV NRW), Mirjam Drechsel (SPD-LV Bayern), Natalie Fiebig (SPD-LV NRW), Niklas Gerlach, Nina Horbelt (SPD-LV NRW), Oleg Shevchenko, Pascal Arweiler (SPD-LV Saar), Ralf Völkl, Réka Klein (SPD-LV Saar), Reka Molnar (SPD-LV Bayern), Ruth Metzger (SPD-LV Bayern), Sabine Balleier (SPD-LV Bayern), Sabine Kleer (SPD-LV Saar), Sana Hummady (SPD-LV Bayern), Sandra Quinten (SPD-LV Saar), Sebastian Müller (SPD-LV Bayern), Sebastian Schmutzger (SPD-LO Bremen), Selin Ece Arpaz (SPD-LO Bremen), Sevim Kaya-Karadag (SPD-LV Saar), Simon Brauer (SPD-LV NRW), Sophie Hofer (Sie/ Ihr · SPD-LV Bayern), Stefan Pauluhn (SPD-LV Saar), Stephanie Meiser (SPD-LV Saar), Thevagar Mohanadhasan (Er/Ihm), Thomas Bergmann (SPD-LV NRW), Torsten Lang (SPD-LV Saar), Ulrike Bahr (SPD-LV Bayern), Werner Wippler, Yannick-Noel Schenker (SPD-LV NRW), Youri Steeneck
Status:	angenommen
Empfehlung Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	Ini - Initiativanträge

- 1 Der grüne Stahl kann den Aufbruch in ein neues Stahlzeitalter bedeuten. Es handelt
- 2 sich gerade nicht um das Konservieren vermeintlich alter Strukturen, sondern um eine
- 3 technologische Revolution, die unseren Standort zukunftsfähig macht. Die
- 4 Transformation der Stahlindustrie ist in Deutschland längst angestoßen und auf dem
- 5 Weg. Mancherorts ist der Weg längst unumkehrbar.

6

Wenn nicht in grünen Stahl investiert wird, bedeutet es angesichts steigender CO₂-Preise innerhalb weniger Jahre, dass die Stahlindustrie schlicht und ergreifend in Europa nicht mehr wettbewerbsfähig sein wird. Daher ist die Absage von ArcelorMittal an die eigenen Transformationspläne ein Rückschlag vor allem für die Beschäftigten an den Standorten Bremen und Eisenhüttenstadt. Die SPD steht solidarisch zu den Belegschaften und zum Schutz der Arbeitsplätze.

Die SPD kämpft für den Erhalt der Stahlindustrie in Deutschland und der damit verbundenen Arbeitsplätze. Die Stahlindustrie hat das große Potenzial ein gelingendes Beispiel von erfolgreicher Transformation zu werden, die das Versprechen einer sozial-ökologischen Wende tatsächlich einlöst. Denn jeder investierte Euro schützt Arbeitsplätze und das Klima zugleich. Dazu müssen alle Beteiligten an einem Strang ziehen: Unternehmen, Beschäftigte und auch der Staat.

Damit der Umbau der Industrie gelingt, braucht es neben dem klaren Bekenntnis zum grünen Stahl und den gegebenen Förderzusagen auch verlässliche, planbare Rahmenbedingungen. Wir brauchen jetzt Tempo für international wettbewerbsfähige Energiepreise und für die Verfügbarkeit von bezahlbarem Wasserstoff.

Der SPD-Bundesparteitag fordert die Bundesregierung und insbesondere das Bundeswirtschaftsministerium auf:

- schnellstmöglich einen Stahlgipfel mit allen Unternehmen und Stahlstandorten in Deutschland, die vor dieser Transformation stehen, anzusetzen.
- einen klaren Fahrplan vorzulegen für die Umsetzung der im Koalitionsvertrag verabredeten Maßnahmen von der Entlastung bei den Netzentgelten, über den Industriestrompreis bis zur Entwicklung und Unterstützung grüner Leitmärkte.
- sich auf europäischer Ebene für wirksame handelspolitische Schutzmechanismen gegen Dumpingpreise und staatlich subventionierte Überkapazitäten einzusetzen
- sich für eine effektive Weiterentwicklung des EU-Grenzausgleichsmechanismus einzusetzen, der auch einen Ausgleich für Exporte vorsieht.
- sich für einen schnellen und pragmatischen Hochlauf der Wasserstoffproduktion einsetzt, damit die Preise für Wasserstoff zügig sinken und grüner Stahl wettbewerbsfähig wird.
- sich entschieden für die Schaffung grüner Leitmärkte auf europäischer und internationaler Ebene einzusetzen und in Deutschland die Einführung einer Grünstahlquote als Sofortmaßnahme umzusetzen.

Kein Strukturwandel ohne Einbindung der Beschäftigten und der Arbeitnehmervertretungen. Die Mitbestimmungsrechte der Montanmitbestimmung und Tarifverträge müssen eingehalten werden. Wir brauchen ein klares Bekenntnis zum

- 47 Erhalt der Stahlstandorte, der Stahlproduktion und Stahlverarbeitung. Alle müssen
48 sich ihrer Verantwortung für die Standorte in Deutschland bewusst sein.

Antrag Ini09: Resolution: Demokratie in der Türkei verteidigen – Solidarität mit Ekrem İmamoğlu und allen politisch Verfolgten

Antragsteller*in:	Turgut Yüksel (SPD-BZ Hessen-Süd)
Status:	erledigt durch Annahme Ini03 in geänderter Fassung
Empfehlung Antragskommission:	Erledigt durch Annahme Ini03 in geänderter Fassung
Sachgebiet:	Ini - Initiativanträge

- 1 Der Bundesparteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands erklärt seine tiefe
2 Besorgnis über die jüngsten politischen Entwicklungen in der Republik Türkei und
3 verurteilt die Festnahme des Istanbuler Oberbürgermeisters Ekrem İmamoğlu sowie die
4 Inhaftierung weiterer Mitglieder der oppositionellen Republikanischen Volkspartei
5 (CHP) aufs Schärfste.
- 6 Diese Maßnahmen stehen in einer Reihe politisch motivierter Repressionen gegen
7 oppositionelle Kräfte, insbesondere gegen gewählte kommunale Amtsinhaber*innen.
8 Zahlreiche Bürgermeister*innen, insbesondere aus den Reihen der CHP und der pro-
9 kurdischen DEM-Partei (ehemals HDP), wurden unter konstruierten Vorwürfen abgesetzt,
10 inhaftiert oder durch staatlich eingesetzte Zwangsverwalter ersetzt.
- 11 Dies stellt einen gravierenden Verstoß gegen demokratische Grundsätze, die kommunale
12 Selbstverwaltung sowie das Prinzip freier und fairer Wahlen dar.
- 13 Seit der Einführung des Präsidialsystems im Jahr 2017 ist eine schleichende Erosion
14 rechtsstaatlicher Strukturen in der Türkei zu beobachten. Gewaltenteilung,
15 Meinungsfreiheit und eine unabhängige Justiz sind faktisch nicht mehr gewährleistet.
- 16 Der Fall Ekrem İmamoğlu – eines der profiliertesten Gesichter der demokratischen
17 Opposition und potenzieller Kandidat für die Präsidentschaftswahl 2028 – ist ein
18 deutliches Zeichen für den autoritären Kurs der Regierung Erdoğan, der auf
19 Machterhalt durch Repression und Unterdrückung politischer Konkurrenz zielt.
- 20 Die SPD steht uneingeschränkt an der Seite all jener, die sich in der Türkei
21 friedlich und mutig für Demokratie, Menschenrechte, Meinungsfreiheit und
22 rechtsstaatliche Prinzipien einsetzen.
- 23 Der Bundesparteitag fordert daher:
- 24 1) Die Bundesregierung wird aufgefordert, die politisch-motivierte Inhaftierung von
25 Ekrem İmamoğlu und weiteren oppositionellen Amtsträger*innen unmissverständlich zu
26 verurteilen und sich auf diplomatischer und europäischer Ebene aktiv für deren
27 sofortige Freilassung einzusetzen.
- 28 2) Die Bundesregierung und die Europäische Union werden aufgefordert, die
29 Rechtsstaatlichkeit, den Schutz von Menschenrechten und die Achtung demokratischer
30 Institutionen zu zentralen Maßstäben in den bilateralen Beziehungen mit der Türkei zu
31 machen.
- 32 Die SPD bekräftigt ihre Solidarität mit den demokratischen Kräften in der Türkei und
33 unterstützt alle Initiativen der Zivilgesellschaft, die sich für eine pluralistische,

34 rechtsstaatlich verfasste Gesellschaft einsetzen.

Antrag Ini16: Barrierefreiheit und nachhaltige Investitionen zusammendenken

Antragsteller*in:	Julia Maiano (SPD-BZ Hessen-Süd)
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung Antragskommission:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	Ini - Initiativanträge

- 1 Wir fordern:
- 2 **1. Angemessene gesetzliche und förderrechtliche Standards zur Barrierefreiheit**
- 3 für alle durch das Sondervermögen finanzierten (Um-)Bau-, Digitalisierungs- und
- 4 Infrastrukturprojekte von Anfang an und nicht erst als spätere Nachbesserung.
- 5 **2. Unbürokratische Beteiligung von Menschen mit Behinderungen und ihren Verbänden**
- 6 bei Planung, Umsetzung und Evaluation dieser Vorhaben nach dem Grundsatz:
- 7 „Nichts über uns ohne uns“.
- 8 **3. Anerkennung von Barrierefreiheit als gesamtgesellschaftliche Aufgabe**
- 9 und nicht als optionaler Kostenfaktor. Barrierefreiheit muss als Kriterium für
- 10 nachhaltige, zukunftsfähige Investitionen fest verankert werden.

Antrag Ini18: 15 Euro Mindestlohn

Antragsteller*in:	Julia Maiano (SPD-BZ Hessen-Süd)
Unterstützer*innen:	Ali Sinankili, Annalena Wirth, Annette- Claudia Unger (SPD-LV BERLIN), Beatrice Wiesner, Benedict Lang (er · SPD-LV Bayern), Benjamin Göhler, Bernd Lober (SPD-LV Bayern), Carlos Kasper, Christian Altkirch, Christine Negele (SPD-LV Bayern), Diana Lehmann, Dirk Maximilian Schröter, Dominik Streit (SPD-LV Bayern), Eric Tylkowski (SPD-LV Bayern), Erkan Ertan (SPD-LV BERLIN), Eva-Maria Weimann (SPD-LV Bayern), Fabian Funke, Felix Wilsberg, Frederik Frimmel (SPD-BZ Hessen-Süd), Gabriel Tollkühn (SPD-LV Bayern), Geert Hüser, Hannelore Baur (SPD-LV Bayern), Hannes Langer, Heike Heubach (SPD-LV Bayern), Helga Raab-Wasse (SPD-LV Bayern), Hilke Lüschen, Jan Sellmann (SPD-LV NRW), Jarno Behrens, Jasmin Berger (Sie / Ihr · SPD-BZ Hessen-Süd), Johanna Bamberg-Reinwand (SPD-LV Bayern), Johannes Barsch, Julia Perkowski (SPD-BZ Braunschweig), Julia Rothmayer, Karin Schimmels (SPD-LV NRW), Katharina Räth (SPD-LV Bayern), Katharina Schrader (SPD-LV Bayern), Kathleen Beck, Katja Reitmaier (SPD-LV Bayern), Kirsti Elle (sie/ihr), Klaus Barthel (SPD-LV Bayern), Lara Herter (sie/ihr), Lasse Rebbin, Lena Odell (SPD-LV Bayern), Marco Albers (er/ihm), Mareike Engel, Maria Deingruber (SPD-LV Bayern), Maria Sauer (SPD-LV Bayern), Markus Abstein, Marvin Kliem (SPD-LV Bayern), Marvin Müller, Mathias Schulz (SPD-LV BERLIN), Matthias Bonigut (SPD-LV Bayern), Matthias Körner (SPD-BZ Hessen-Süd), Maximilian Hertrich, Maybrit Venzke, Mehmed König (SPD-LV BERLIN), Monika Waldeck (SPD-LV Bayern), Natalie Fiebig (SPD-LV NRW), Noel Herschmann (er/ihm), Norbert Schmitt (SPD-BZ Hessen-Süd), Oleg Shevchenko, Ronja Endres (Parteivorstand), Sabine Balleier (SPD-LV Bayern), Sabrina Wanderer (SPD-LV Bayern), Sana Hummady (SPD-LV Bayern), Sarah Götz, Seija Knorr-Köning (SPD-LV Bayern), Selin Ece Arpaz (SPD-LO Bremen), Simon Grajer (SPD-LV Bayern), Stefan Adamski, Sven Wingerter (SPD-BZ Hessen-Süd), Tommy Mike Speicher, Ulrike Bahr (SPD-LV Bayern)
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung Antragskommission:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	Ini - Initiativanträge

- 1 Die SPD hätte sich eine höhere Anpassung auf 15 Euro gewünscht. Preisteigerungen
- 2 erfordern auch eine anständige Entwicklung der Löhne. Leider waren 15 Euro mit den
- 3 Arbeitgebern nicht möglich. Dennoch ist der Mindestlohn eine Erfolgsgeschichte.
- 4 Im Unterschied zum letzten Mal, hat die Mindestlohnkommission dieses Mal jedoch
- 5 einstimmig entschieden. Anders als bisher hat sie sich ebenfalls das Ziel, 60% des
- 6 Medianeinkommens zu erreichen, zu eigen gemacht, wie es unsere Erwartung war und in
- 7 der europäischen Mindestlohnrichtlinie festgelegt ist. Das ist ein gutes Signal für
- 8 die Sozialpartnerschaft in Deutschland.
- 9 Dank der SPD und der Gewerkschaften haben wir im Ergebnis eine Erhöhung von insgesamt
- 10 13.9% in zwei Schritten erreicht und konkret 6 Millionen Menschen ein ordentliches
- 11 Lohnplus erkämpft. Dieses entspricht einer Erhöhung von 1,78 Euro je Arbeitsstunde,
- 12 einem monatlichen Plus von brutto 310 Euro und einem Jahresplus von 3.700 Euro für

- 13 Vollzeitbeschäftigte.
- 14 Über den Zeitraum von zwei Jahren werden so 5,7 Mrd. Euro zu Gunsten der
- 15 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer umverteilt. Davon profitieren ganz konkret 6
- 16 Millionen Menschen.
- 17 Uns geht es bei der Höhe des Mindestlohnes nicht um das Ringen um abstrakte Zahlen.
- 18 Wer zum Mindestlohn arbeitet, darf nicht in Armut leben.
- 19 Dafür setzen wir uns mit Nachdruck ein.

Antrag Ini19: Sozialrechtliche Gleichstellung von Menschen mit ME/CFS, Long Covid und Post-Vaccine-Syndrom

Antragsteller*in:	Ulrike Huf (SPD-BZ Hessen-Süd), Julia Maiano (SPD-BZ Hessen-Süd)
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung Antragskommission:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	Ini - Initiativanträge

- 1 Die sozialrechtliche Gleichstellung von Menschen mit ME/CFS muss sowohl im
- 2 Schwerbehindertenrecht als auch im medizinischen Versorgungsbereich gewährleistet
- 3 werden.
- 4 Die Versorgungsmedizin-Verordnung (VersMedV) muss dahingehend angepasst werden, dass
- 5 Myalgische Enzephalomyelitis/Chronisches Fatigue-Syndrom (ME/CFS) analog zu anderen
- 6 schweren neuroimmunologischen Erkrankungen, insbesondere Muskelkrankheiten nach 18.6,
- 7 mit einem angemessenen Grad der Behinderung (GdB) bewertet werden. Die Einstufung
- 8 soll sich an der Schwere der Erkrankung orientieren, wobei bereits die milde Form der
- 9 Erkrankung einen hohen GdB rechtfertigt. Merkzeichen sind ebenfalls adäquat zur
- 10 Einschränkung durch die Behinderung zu vergeben.
- 11 Mit der Gleichstellung von ME/CFS Betroffenen im Schwerbehindertenrecht müssen auch
- 12 die pflegenden Angehörigen gleichgestellt werden.
- 13 Erkrankte Kinder und Jugendliche mit ME/CFS sowie Erwachsene müssen auch im Bezug auf
- 14 einen Pflegegrad gleichgestellt werden. Hierzu erfolgt eine Anpassung der
- 15 Pflegebegutachtung (§§ 14–18 SGB XI) zur besseren Berücksichtigung von
- 16 neurokognitiven, autonomen und belastungsinduzierten Einschränkungen unter
- 17 Berücksichtigung des Leitmerkmals der Post Exertional Malaise (PEM).

Antrag Ini20: Kinder und Jugendliche mit ME/CFS und Long Covid

Antragsteller*in:	Ulrike Huf (SPD-BZ Hessen-Süd), Julia Maiano (SPD-BZ Hessen-Süd)
Status:	angenommen
Empfehlung Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	Ini - Initiativanträge

- 1 1. Die SPD setzt sich auf Bundesebene dafür ein, dass das interdisziplinäre
2 Versorgungsnetzwerk für Kinder und Jugendliche mit ME/CFS und Long COVID über
3 2028 hinaus verstetigt und in die Regelversorgung überführt wird. Es müssen
4 langfristige Finanzierungszusagen getroffen und eine flächendeckende Versorgung
5 mit spezialisierten Behandlungszentren sichergestellt werden muss.
- 6 2. Förderung der Therapieforschung für Kinder und Jugendliche, weil sie einer
7 spezifisch pädiatrischen Behandlung bedürfen.

Impressum

Herausgegeben vom
SPD-Parteivorstand
Abteilung 3 / Beteiligung
Willy-Brandt-Haus
Wilhelmstraße 141
10911 Berlin

SPD.DE